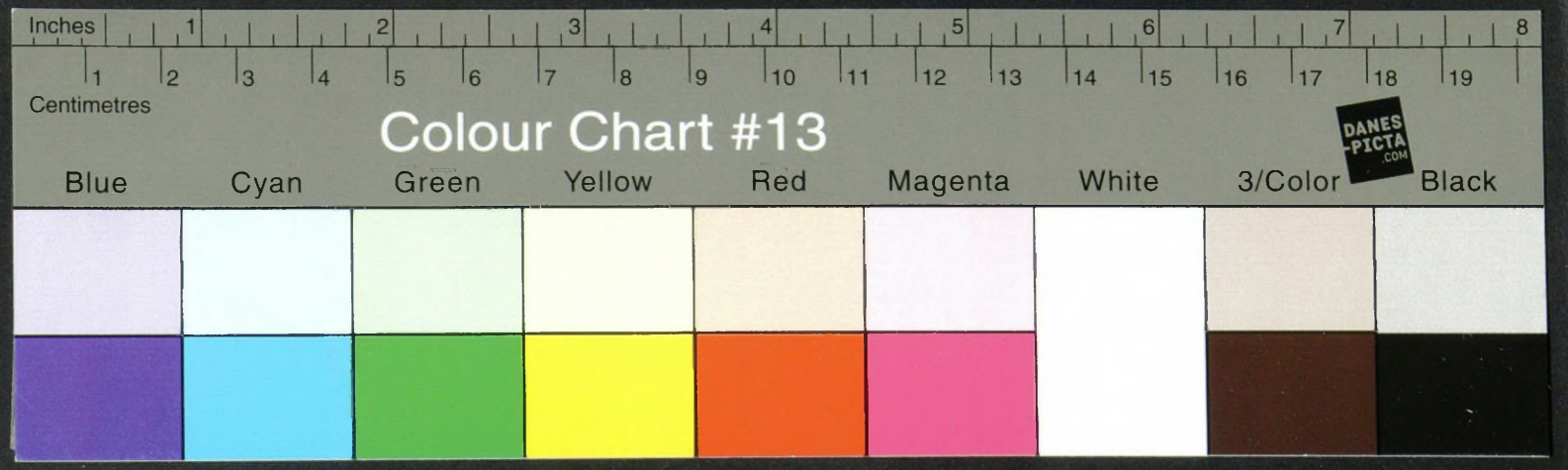
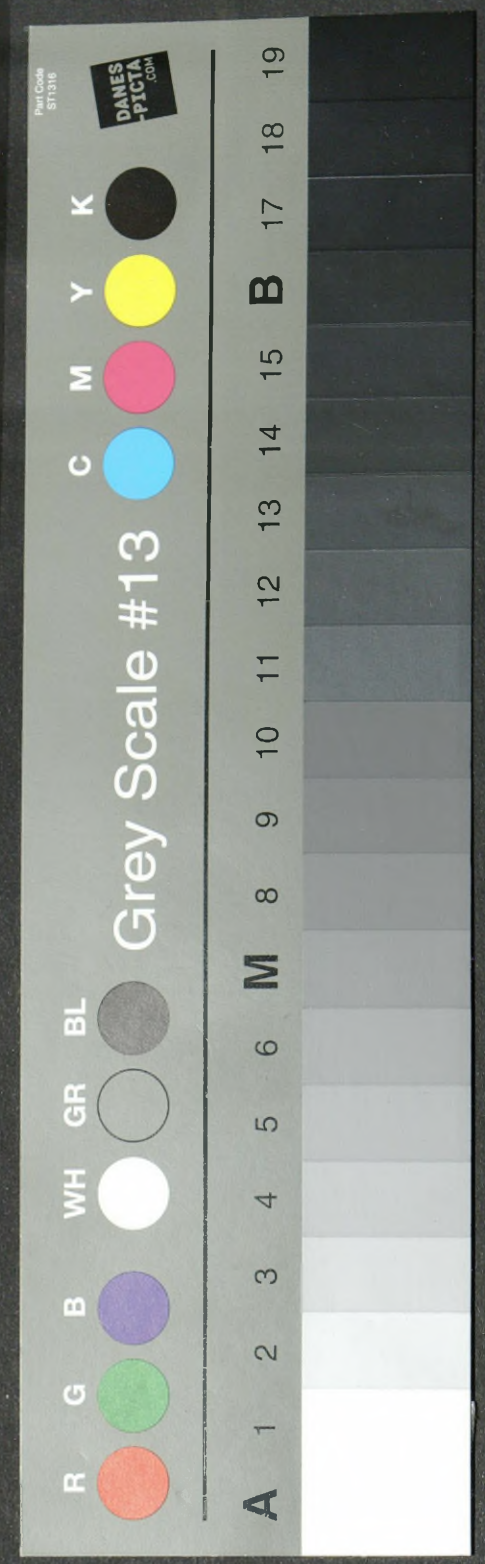

Inches
Centimetres
Colour Chart #13
DANES PICTA .COM
Blue
Cyan
Green
Yellow
Red
Magenta
White
3/Color
Black


Part Code ST1316
DANES PICTA .COM
C M Y K
Grey Scale #13
R G B WH GR BL
A 1 2 3 4 5 6 M 8 9 10
B 11 12 13 14 15 16 17 18 19

52.055

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914

Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes

Die Grosse Politik der EuropäischenKabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W. 8

18. Band:

Zweibund und Dreibund 1900–1904

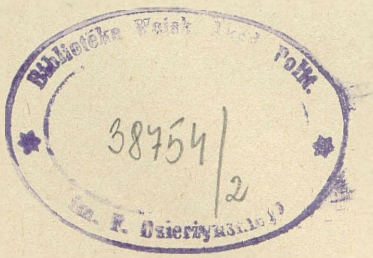
Zweite Hälfte

1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

1. Auflage

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten / Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Übereinkunft / Amerikanisches Copyright 1924 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Unter den Linden 17/18 / Amerikanische Schutzzollformel: Made in Germany / Gesetzt und gedruckt in der Buchdruckerei F. E. Haag in Melle i. H.



Inhaltsübersicht des achtzehnten Bandes (2. Hälfte)

KAPITEL CXXI

Das Protokoll über die Fortdauer des Deutsch-Österreich-Ungarischen Bündnisses 1902 483

KAPITEL CXXII

Der vierte Dreibundvertrag 1902 499
Anhang: Die Dreibundmächte 1902—1904 611

KAPITEL CXXIII

Erneuerung des Rumänischen Vertrages 1902 649

KAPITEL CXXIV

Italiens militärische Dreibundverpflichtungen 1901—1902..... 681

KAPITEL CXXV

Italiens „Extratouren". Die Tripolisfrage 709

KAPITEL CXXVI

Deutsch-Französische Beziehungen 1900—1903..... 761

KAPITEL CXXVII

Russisch-Französische Beziehungen 1900—1903 809
Namenregister zu Band XIII—XVIII 855
Berichtigungen zu Band XIII—XVIII 936

Ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis erscheint zum Schlusse des gesamten Werkes.

Kapitel CXXI

Das Protokoll über die Fortdauer des Deutsch-Österreich-Ungarischen Bündnisses 1902

Nr. 5694

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Klehmet

Eigenhändig

Berlin, den 16. Januar 1902

Der zurzeit in Kraft stehende Dreibundvertrag* ist am 6. Mai 1891 in Berlin geschlossen worden. Artikel 14 dieses Vertrags sagt: „Le présent traité restera en vigueur pour l'espace de six ans à partir de l'échange des ratifications; mais s'il n'avait pas été dénoncé un an à l'avance par l'une ou l'autre des hautes Parties contractantes, il restera en vigueur pour la même durée de six autres années."

Der Austausch der Ratifikationen ist am 17. Mai 1891 erfolgt. Folglich erstreckte sich die ursprüngliche Gültigkeitsdauer des Vertrags bis zum Ablauf des 16. Mai 1897. Dieselbe ist, da nicht bis zum 17. Mai 1896 eine Kündigung erfolgt ist, um weitere sechs Jahre, d. i. bis zum Ablauf des 16. Mai 1903 verlängert worden.

Ob der Vertrag von da ab ohne ausdrückliche Verlängerung weiterläuft oder am 16. Mai 1903 einfach erlischt, muß als nicht unzweifelhaft bezeichnet werden.

Auf den ersten Blick ist man geneigt, in dem mit „mais" beginnenden zweiten Satze des oben zitierten Artikels 14 das allgemeine Prinzip ausgesprochen zu finden, daß der Vertrag jeweils weiterlaufen soll, solange nicht rechtzeitig Kündigung eintritt.

Es ist indessen zuzugeben, daß bei strikter Wortinterpretation diese Deutung nicht unbedingt zwingend ist. Es läßt sich vielmehr auch die Auffassung vertreten, daß der Artikel 14 überhaupt nur von der e r s t e n Verlängerung spreche, über die zweite und alle folgenden aber keine ausdrückliche Bestimmung enthalte.

Diese letztere Auslegung erhält zudem auch in der Entstehungsgeschichte einigermaßen eine Stütze. Der Vertrag von 1891 beruht nämlich auf dem Dreibundvertrage vom 20. Mai 1882 und ist, wie

* Vgl. über die Erneuerung des Dreibundvertrags Kap. CXXII.

in seiner Einleitung ausdrücklich gesagt wird, dazu bestimmt, das 1882 geschlossene Bündnis zu verlängern. In dem Vertrag von 1882 ist aber (in Art. 7) nur bestimmt, daß dieser Vertrag in Kraft bleiben solle während fünf Jahre vom Tage der Ratifikation (28. Mai 1882) ab. Ebenso heißt es in dem 1887 vereinbarten „Traité additionnel" über Verlängerung des Dreibundvertrags, daß der Vertrag von 1882 in seiner ganzen Ausdehnung in Kraft bleiben solle bis zum 30. Mai 1892. Die gleiche Bestimmung steht in dem 1891 in das Hauptabkommen aufgenommenen Sonderabkommen zwischen Deutschland und Italien vom 20. Februar 1887.

In diesen drei Verträgen ist also nur ein bestimmter Endtermin, nicht aber eine Verlängerung vorgesehen.

Hieraus läßt sich immerhin ein gewisser Analogieschluß dahin ableiten, daß der Vertrag von 1891 nicht allzuweit von seinen Vorbildern abweichen, also nicht den bestimmt befristeten Vertrag in einen solchen ohne Frist, nur mit Kündigungsmöglichkeit, umwandeln sollte.

Der österreichisch-ungarisch-rumänische Vertrag vom 25./13. Juli 1892, dem Deutschland unter dem 23./11. November 1892 beigetreten ist, bestimmt in Artikel 5: „Le présent traité restera en vigueur pour la durée de quatre ans à partir du jour de l'échange des ratifications. Si une année avant son expiration le présent traité n'est pas dénoncé ou si la revision n'en est pas demandée par aucune des hautes Parties contractantes, il sera prolongé pour la durée de trois autres années."

Auch diese Wortfassung schließt an und für sich die Auslegung nicht aus, daß darin nur eine einmalige, nicht aber eine wiederholte stillschweigende Verlängerung stipuliert sei. Zu bemerken ist jedoch, daß wir in einem Schreiben des Staatssekretärs vom 30. Dezember 1898 an Herrn Beldiman (A. S. 3601) ausdrücklich erklärt haben, wir legten den obigen Artikel 5 dahin aus, daß nicht allein das erste, sondern jedes weitere Mal, wenn ein Jahr vor Ablauf der Vertragszeit einer der kontrahierenden Teile seinen Rücktritt von dem Vertrage nicht erklärt hat, der Vertrag sich für diesen Vertragschließenden stillschweigend auf die Dauer von drei weiteren Jahren erneuert. Wir hielten uns daher ohne weiteres bis 1902 gebunden. Den Empfang dieses Schreibens hat der rumänische Gesandte am folgenden Tage schriftlich mit bestem Dank bestätigt, und König Karol hat sich damit einverstanden erklärt. Es läßt sich also wohl sagen, daß damit für Rumänien unsere Interpretation akzeptiert ist. Danach wären wir sowohl als Rumänien jetzt bis 1905 gebunden. Der österreichisch-ungarischen Regierung haben wir von unserer Auslegung des rumänischen Vertrages Kenntnis gegeben. (A. S. 901/660 v. 7. Mai 1899.) Die Wiener Regierung hat hiervon Akt genommen,

jedoch in einer Form, die sich für die Interpretation des Dreibundvertrages selbst kaum verwerten läßt. (A. S. 977 15/5 99)*.

Der deutsch-österreichische Vertrag d. d. Wien 7. Oktober 1879 setzt in Artikel 3 die Dauer seiner Gültigkeit auf fünf Jahre vom Tage der Ratifikation ab fest. „Ein Jahr vor Ablauf dieses Termins werden die beiden hohen Kontrahenten über die Frage, ob die dem Vertrage zur Grundlage dienenden Verhältnisse noch obwalten, in Verhandlung treten und über die weitere Dauer oder eventuelle Abänderung einzelner Modalitäten übereinkommen. Wenn im Verlauf des ersten Monats des letzten Vertragsjahrs die Einladung zur Eröffnung dieser Verhandlungen von keiner Seite erfolgt ist, so gilt der Vertrag als für die weitere Dauer von drei Jahren erneuert."

Auch diese Bestimmung schließt die doppelte Auslegung (stillschweigende Verlängerung entweder nur einmal oder wiederholt) an sich nicht aus.

Dagegen heißt es in dem ratifizierten Protokoll d. d. Wien, den 22. März 1883, wegen Verlängerung des Vertrags von 1879:

„Der oben bezeichnete Vertrag wird auf fünf Jahre, vom 21. Oktober 1884 an gerechnet, also bis zum 21. Oktober 1889 verlängert.

2. Der Artikel 3 wird außerdem dahin modifiziert, daß nicht ein Jahr, sondern zwei Jahre vor dem 21. Oktober 1889 die beiden hohen Kontrahenten über die Frage, ob die dem Vertrage zur Grundlage dienenden Verhältnisse noch obwalten, in Verhandlung treten, und daß, wenn im Verlaufe des ersten Monats des vorletzten Vertragsjahres die Einladung zur Eröffnung dieser Verhandlungen von keiner Seite erfolgt ist, der Vertrag als für die weitere Dauer von drei Jahren erneuert gilt."

Diese Wortfassung, insbesondere die ausdrückliche Angabe des 21. Oktober 1889 als Endtermin, läßt sich für die Auffassung verwerten, daß eine Verlängerung des Vertrages über den 21. Oktober 1889 durch bloßen tacitus consensus nur einmal und nicht wiederholt erfolgen sollte.

Der Vertrag von 1879 zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn hätte somit, zumal er durch die Dreibundverträge von 1882 und 1891 nicht ausdrücklich aufgehoben, überhaupt darin nicht erwähnt ist, bis zum 26. Oktober 1892 fortbestanden, wäre aber mit diesem Tage mangels ausdrücklicher Erneuerung erloschen.

Nach alledem muß die Frage, ob der Dreibundvertrag sich über den 16. Mai 1903 hinaus mangels Kündigung stillschweigend verlängert, als juristisch nicht unzweifelhaft bezeichnet werden, es sei denn, daß aus den gesamten Vorverhandlungen sich bestimmte Anhaltspunkte für die eine oder die andre Auffassung der Paziszenten

* Vgl. dazu auch Kap. CXXIII.

ergeben sollten, oder daß etwa, ähnlich wie gegenüber Rumänien geschehen, auch gegenüber Österreich-Ungarn und Italien nachträglich gewissermaßen eine Legal-Interpretation erfolgt wäre.

(Um letzteres einigermaßen festzustellen, würde ein sehr umfangreiches, vermutlich längere Zeit beanspruchendes Aktenstudium erforderlich sein.)

Klehmet

Schlußbemerkung von Mühlbergs:
Ich glaube, daß man sehr wohl die Anschauung vertreten kann, wonach ohne Kündigung der Vertrag ohne weiteres weiterläuft. Hätten die Kontrahenten wirklich nur eine einmalige stillschweigende Verlängerung im Auge gehabt, so hätte präzis der Schluß des Artikels lauten müssen: il restera en vigueur pour la durée de 12 ans", anstatt „durée de 6 autres ans".

Nr. 5695

Österreich-ungarisches „Promemoria pro domo"

Unsignierte Ausfertigung
Vom österreich-ungarischen Botschafter von Szögyény-Marich dem Reichskanzler Grafen von Bülow übergeben

Berlin, den 19. Jänner 1902

Hinsichtlich des Fortbestandes des zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland im Jahre 1879 abgeschlossenen und im Jahre 1883 erneuerten Bündnisses ist ein Zweifel nicht zulässig, obgleich dasselbe im Jahre 1892, bis zu welchem seine Dauer in dem Protokolle vom Jahre 1883 speziell vorgesehen war, nicht abermals durch einen besonderen Vertrag erneuert wurde. Denn abgesehen davon, daß bei dem Abschlusse des Bündnisses im Jahre 1879 die Bestimmung, laut welcher die Dauer des Vertrages auf fünf Jahre und eventuell auf weitere drei Jahre festgestellt wurde, als eine vorläufige bezeichnet wurde, weist der Umstand, daß in dem Protokolle vom Jahre 1883 als Frist für eine eventuelle Revision nicht mehr der Anfang des letzten, sondern der erste Monat des vorletzten Jahres vor Ablauf des Vertrags festgesetzt wurde, auf die Absicht der Kompaziszenten hin, durch den Vertrag ein dauerndes Bundesverhältnis zu schaffen.

Noch überzeugender geht diese Absicht aus der Art und Weise hervor, in welcher das geheime Bündnis im Jahre 1887 von der österreichisch-ungarischen und von der deutschen Regierung den Kabinetten von St. Petersburg, London und Rom mitgeteilt wurde.

Fürst Bismarck antwortete damals dem Grafen Schuwalow, als dieser nach der Dauer des Bündnisses frug: „Das Bündnis mit

Österreich-Ungarn wird weder erlöschen noch gekündigt werden, solange ich lebe, und dann auch nicht". (Siehe Depesche des Grafen Kálnoky an Grafen Wolkenstein in St. Petersburg, de dato 4. Oktober 1887.)

Dieselbe Erklärung hatten die Botschafter Österreich-Ungarns und Deutschlands dem Lord Salisbury respektive Herrn Crispi bei Mitteilung des Bündnisses bezüglich dessen Dauer abzugeben. (Siehe Telegramm des Grafen Kálnoky an Baron Biegeleben in London, de dato 16. Oktober 1887, und Depesche des Grafen Kálnoky an Baron Bruck in Rom, de dato 14. November 1887, Nr. 1).

In einer ergänzenden Depesche gleichen Datums (Nr. 2) des Grafen Kálnoky an Baron Bruck heißt es:

„Da die Verlängerungsmodalitäten entsprechend dem Wunsche der beiden Monarchen so eingerichtet sind, daß eine Kündigung des Bündnisses nicht anzunehmen und dieses bestimmt ist, den festen Punkt der beiderseitigen Politik auch für die Zukunft zu bilden, so habe ich mich mit dem Fürsten Bismarck über die in dem vorhergehenden Erlasse (id est vom 14. November 1887, Nr. 1) angegebene Formel geeinigt."

Diese Formel lautete:

„Der Vertrag wird unbedingt erneuert werden, w e n n e r j e m a l s a b l i e f e."

Dementsprechend wurde, als die Kabinette von Wien und Berlin im Jahre 1888 (3. Februar) übereinkamen, das Bündnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland zu veröffentlichen, der Artikel III, welcher von der Dauer des Vertrages handelt, bei der Publikation weggelassen.

Die Dauer des Bündnisses ist somit eine unbeschränkte, und könnte dasselbe erst zwei Jahre nach einer eventuellen Kündigung seitens eines oder beider Kompaziszenten ein Ende finden.

Nicht so klar aber liegen die Dinge bezüglich einer eventuell sich von selbst ergebenden Fortdauer des Dreibundvertrages. Dieser läuft, da er im Jahre 1897 von keinem der drei Kompaziszenten gekündigt wurde, auf Grund des Artikels XVI des Vertrages vom 6. Mai 1891 bis zum 17. Mai 1903. Wird er im Jahre 1902 nicht gekündigt, so wäre nach dem in der deutschen Verbalnote vom 7. Mai 1899 für die Interpretation der Verlängerungsklausel der Verträge aufgestellten Grundsatze der Vertrag als von selbst und vollinhaltlich erneuert anzusehen. Nun hat die italienische Regierung diese Interpretation allerdings bezüglich ihrer Akzession zu dem geheimen Vertrage zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien akzeptiert, aber es liegt seitens Italiens keine Erklärung vor, daß es die deutsche Interpretation auch als eine für den Dreibundvertrag maßgebende ansehe.

Daß aber ein so wichtiger Punkt irgendwie im Zweifel bleibe, erscheint durchaus unzulässig. Schon der Umstand, daß sowohl der

Bibliothek Wolf

Dreibundvertrag als der Vertrag zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien und die darauf bezüglichen Akzessionserklärungen Deutschlands und Italiens wiederholt ausdrücklich erneuert wurden, läßt erkennen, daß die aus der nicht erfolgten Kündigung sich von selbst ergebende Erneuerung des Vertrages in infinitum nicht immer von allen maßgebenden Faktoren als ein feststehendes und allgemein gültiges Prinzip anerkannt wurde. Auch kann nicht außer acht gelassen werden, daß in der Praxis in mehreren Fällen bei dem Abschlusse von Verträgen, welche im Falle der Nichtkündigung als selbstverständlich fortdauernd gelten sollen, dies in der bezüglichen Erneuerungsklausel besonders zum Ausdruck gebracht wurde.

So lautet z. B. der Artikel 14 der Pariser Münzkonvention vom Jahre 1865:

„La présente convention restera en vigueur jusqu'au 1 er janvier 1880. Si un an avant ce terme, elle n'a pas été dénoncée, elle restera en vigueur de plein droit pendant une nouvelle période de 15 années et ainsi de suite de 15 ans en quinze ans, à défaut de dénonciation."

Es erscheint daher mit Rücksicht auf die bei politischen Verträgen besonders wichtige Klarheit der bezüglichen Bestimmungen geboten, daß die deutsche Interpretation der Verlängerungsklausel, die betreffs des geheimen Vertrages zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien von dem italienischen Kabinette und seitens Rumäniens bereits akzeptiert wurde, auch für den Dreibundvertrag seitens der drei Kompaziszenten durch einen sie gleichmäßig bindenden Akt maßgebend erklärt werde. Ein gemeinsames Protokoll, welches von den bezüglichen Bevollmächtigten auf Grund eines von ihren Souveränen ad hoc zu erteilenden Mandates zu unterzeichnen wäre, dürfte die geeignetste Form dafür sein.

Nr. 5696

Österreich-ungarisches Promemoria

Unsignierte Ausfertigung
Von dem österreich-ungarischen Botschafter in Berlin von Szögyény-Marich dem Reichskanzler Grafen von Bülow übergeben

Berlin, den 19. Jänner 1902

Obwohl das zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland geschlossene Bündnis im Jahre 1892 nicht ausdrücklich erneuert wurde, kann doch bezüglich seiner Fortdauer ein Zweifel schon im Hinblick auf die Erklärungen nicht bestehen, mit welchen die beiden Verbündeten die im Jahre 1887 erfolgte Mitteilung des Bündnisvertrages an die Kabinette von Petersburg, London und Rom begleitet haben.

Was jedoch den Dreibund anbelangt, so liegt eine authentische Interpretation der Verlängerungsklausel im Sinne der stillschweigenden Erneuerung derselben nicht vor.

Die K. und K. Regierung wäre vollkommen damit einverstanden, die Verlängerungsklausel so zu interpretieren, daß für die Zukunft eine ausdrückliche Verlängerung nicht mehr notwendig sei, respektive daß, wenn der Vertrag nicht ein Jahr vor Ablauf von irgendeiner Seite gekündigt werde, derselbe sich von selbst immer wieder erneuere.

Diese Interpretation der Verlängerungsklausel scheint übrigens der Auffassung der Kaiserlich Deutschen Regierung zu entsprechen. Mittelst der an den K. u. K. Botschafter in Berlin d. d. 7. Mai 1899 gerichteten Verbalnote gab — nämlich — die Kaiserlich Deutsche Regierung die Erklärung ab, daß sie von der Auffassung ausgehe, daß der im Jahre 1892 zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien erneuerte Vertrag — welchem Deutschland und Italien beigetreten sind — auf Grund des Artikels 5 dieses Vertrages — für jeden der vertragschließenden Teile, welcher nicht ein Jahr vor Ablauf desselben seinen Rücktritt erklärt habe, stillschweigend weiterlaufe.

Auch die Königlich Italienische Regierung trat ihrerseits dieser Anschauung bei.

Trotz alledem hält Graf Goluchowski in betreff des Dreibundes eine diesbezügliche ausdrückliche Verständigung zwischen den drei verbündeten Mächten für unerläßlich, damit die fragliche Interpretation durch einen formellen, von den betreffenden Souveränen zu ratifizierenden Akt festgestellt werde.

Nachdem der Wortlaut des Artikels 14 des Dreibundvertrages vom Jahre 1891 die Dauer des Bündnisses nur bis zum 17. Mai 1903 ausdrücklich stipuliert, ist es notwendig, daß die in Rede stehende Verständigung noch vor Ablauf der in dem Artikel 14 festgesetzten Kündigungsfrist, also noch vor dem 17. Mai 1902 erfolge. Der betreffende Akt könnte, wie dies bezüglich des im Jahre 1891 erneuerten Dreibundvertrages der Fall war, in Berlin unterzeichnet werden und behufs Vereinfachung der Formalitäten in den bezüglichen Vollmachten die Zustimmung der die Vollmacht erteilenden Souveräne zu der zu vereinbarenden Interpretation der Verlängerungsklausel bereits im vorhinein zum Ausdruck gelangen, womit die nachträgliche Ratifikation hinwegfiele.

Wenn die Kaiserlich Deutsche Regierung, wie Graf Goluchowski hofft, sich mit diesem Modus der Erneuerung einverstanden erklärt, wird es sich darum handeln, auch die Zustimmung der italienischen Regierung zu demselben zu erlangen und könnte die Verständigung darüber mit Rom vielleicht am zweckmäßigsten durch den Königlich Italienischen Botschafter in Berlin über Anregung des deutschen Kabinetts eingeleitet werden.

Nr. 5697

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Klehmet

Eigenhändig

Berlin, den 22. Januar 1902

Die anliegenden beiden österreichischen Promemorias* geben keinen Anlaß zu einer Änderung der Aufzeichnung A. S. 110**. Einzig neu und zugleich von einiger juristischen Erheblichkeit ist darin die Angabe, daß Italien bezüglich des Vertrags mit Rumänien unsere Auslegung (unbegrenzter Fortbestand des Vertrags, solange nicht gekündigt wird) förmlich akzeptiert habe. Ob diese Angabe richtig ist, hat sich aber aus unseren Akten nicht feststellen lassen.

Die Beweisführung dafür, daß der Vertrag von 1879 zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn noch heute bestehe und weiter gelte, solange nicht gekündigt wird, ist zwar juristisch nicht stichhaltig, denn sie stützt sich wesentlich auf Erklärungen und Äußerungen zu dritten Mächten, denen gegenüber aber die Kontrahenten wohl ein Interesse daran haben konnten, das Vertragsverhältnis als fester darzustellen, als es in Wirklichkeit war. Politisch werden wir uns aber die österreichische Deduktion wohl gefallen lassen können.

Hinsichtlich des eigentlichen Dreibundvertrags gelangt die österreichisch-ungarische Regierung zu dem meines Erachtens zutreffenden Ergebnis, daß es nicht sicher sei, ob der Vertrag bei unterbliebener rechtzeitiger Kündigung noch nach 16. Mai 1903 von selber weiterläuft. Der hieran geknüpfte Vorschlag, daß dies im Wege einer protokollarischen Erklärung für die Zukunft klarzustellen sei, und daß Deutschland deswegen via Graf Lanza mit der italienischen Regierung in Verbindung treten sollte, scheint an sich sachgemäß. Dagegen dürfte erst noch näher zu prüfen sein, ob der Zeitpunkt zu solchem Schritt schon jetzt gekommen ist, damit nicht etwa gerade dadurch abermalige italienische Anträge auf Abänderung des sonstigen Vertragsinhalts provoziert werden.

Klehmet

---

* Siehe Nr. 5695 und 5696.
** Siehe Nr. 5694.

Nr. 5698

*Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Klehmet**

Eigenhändig

Berlin, den 27. Januar 1902

1. Die Kaiserliche Regierung teilt die Ansicht des Grafen Goluchowski, daß es wünschenswert erscheint, noch vor dem 17. Mai d. Js. im Wege einer ausdrücklichen Verständigung zwischen den drei verbündeten Mächten diejenige Auslegung der Erneuerungsklausel des Vertrages von 1891 außer Zweifel zu stellen, wonach sich das Bündnisverhältnis, wofern nicht rechtzeitig Kündigung erfolgt, stets stillschweigend und von selbst immer wieder weiterverlängert.

2. Wir sehen kein Bedenken gegen den Vorschlag, jene Verständigung durch einen in Berlin vorzunehmenden protokollarischen Akt zu bewirken, zu dessen Unterzeichnung Vertreter der drei Mächte zwecks Ersparung einer nochmaligen besondren Ratifikation von ihren Souveränen im voraus mit Vollmacht zu versehen wären.

3. Wir sind bereit, behufs Erlangung der Zustimmung der italienischen Regierung mit dieser unsererseits ins Benehmen zu treten.

Darüber, zu welchem Zeitpunkte letzteres zweckmäßigerweise zu geschehen hat, sowie über die sonstigen damit zusammenhängenden Einzelheiten möchten wir uns eine Ansicht noch vorbehalten, bis wir im Besitz einer uns für die nächste Woche angekündigten näheren Aufklärung aus Rom sind, welche für die Beurteilung der einschlägigen Verhältnisse möglicherweise von Bedeutung sein wird.

4. Was das zwischen dem Deutschen Reich und der Österreichisch-Ungarischen Monarchie im Jahre 1879 geschlossene Bündnis anbelangt, so erscheinen uns die bezüglichen Ausführungen in dem von dem K. u. K. Botschafter hier übergebenen Promemoria vom 19. Januar d. Js. als durchaus zutreffend. Auf die zeitlich unbeschränkte Aufrechterhaltung dieses Bündnisses legt die Kaiserlich Deutsche Regierung den gleichen Wert, wie dies seitens der K. und K. Regierung geschieht. Wir sind daher überzeugt, daß über die unveränderte Aufrechterhaltung des Vertrags von 1879 ein formelles Einverständnis unschwer zu erzielen sein wird, und die Frage, ob jener Vertrag, streng juristisch genommen, noch heute in Geltung sei, mithin als unerheblich zu bezeichnen sein wird.

Klehmet

---

* Die Aufzeichnung stellt nach einem Aktenvermerk einen „Entwurf zu einer dem österreichisch-ungarischen Botschafter auf sein Promemoria vom 19. d. Mts. mündlich zu erteilenden vorläufigen Erwiderung" vor. Nach einer Randbemerkung Graf Bülows ist die Erwiderung am 29. Januar „dem österreichisch-ungarischen Botschafter à titre de communication verbale übergeben".

Nr. 5699

Österreich-ungarische Note

Unsignierte Ausfertigung
Vom österreich-ungarischen Botschafter in Berlin von Szögyény-Marich dem Reichskanzler Grafen von Bülow übergeben

Berlin, den 13. Februar 1902

pp. Mit Genugtuung begrüßt die K. und K. Regierung den von dem Herrn Deutschen Reichskanzler angeregten Gedanken, das zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland bestehende Einverständnis bezüglich der zeitlich unbeschränkten Aufrechterhaltung des zwischen den beiden Mächten im Jahre 1879 abgeschlossenen Bündnisses in formeller Weise zu konstatieren*, und würde sich nach Ansicht der K. und K. Regierung zu diesem Zwecke die Unterzeichnung eines Protokolles empfehlen, in welchem die ad hoc zu ernennenden Bevollmächtigten unter Bezugnahme auf die im Jahre 1883 vereinbarte Verlängerung des österreichisch-ungarischen-deutschen Bündnisses zu erklären hätten, daß nach der übereinstimmenden Auffassung beider Kontrahenten dieses Bündnis vom Jahre 1889 an sich von drei zu drei Jahren insolange stillschweigend erneuere, als innerhalb der vertragsmäßig festgesetzten Frist eine Kündigung desselben oder ein bezügliches Revisionsbegehren nicht erfolgt.

Nr. 5700

*Mitteilung des österreich-ungarischen Botschafters in Berlin von Szögyény***

Undatierte und unsignierte Ausfertigung, am 24. Mai 1902 dem Reichskanzler Grafen von Bülow übergeben

pp. Graf Goluchowski ist der Meinung, daß, wenn auch mit Rücksicht auf den Wunsch Herrn Prinettis für die Unterzeichnung des die Erneuerung des Dreibundes betreffenden Protokolles der 1. Juli d. Js. als äußerster Termin in Aussicht genommen wurde, die Unterfertigung des die Gültigkeitsdauer des österreichisch-ungarischen-deutschen Bündnisses regelnden Protokolles schon jetzt erfolgen könnte. — Zu diesem Zwecke hat Seine K. u. K. Apostolische Majestät die allerhöchste Vollmacht, mit welcher allerhöchstderselbe den Botschafter von Szögyény zur Unterzeichnung des in Rede stehenden Protokolles zu ermächtigen geruht, d. d. Budapest, 20. Mai d. d. Js., ausgefertigt. —

---

* Vgl. Nr. 5698.

** Der Anfang der Mitteilung betrifft die deutsche Anschlußerklärung zu dem erneuerten österreich-ungarisch-rumänischen Vertrage. Vgl. Kap. CXXIII.

Die beiden im Entwurfe von Unterstaatssekretär Herrn von Mühlberg mitgeteilten Protokolle, von welchen das eine die Erneuerung des Dreibundvertrages, das andere die Regelung der Gültigkeitsdauer des österreichisch-ungarischen-deutschen Bündnisses zum Gegenstande haben*, haben die volle Billigung des Grafen Goluchowski gefunden, und bittet derselbe Seine Exzellenz den Herrn Reichskanzler, für deren Mitteilung den besten Dank entgegenzunehmen.

Nr. 5701

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 30. Mai 1902

Ganz geheim

Wie Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät ich seinerzeit alleruntertänigst zu melden die Ehre hatte, ist von der österreichisch-ungarischen Regierung im Laufe der Erörterungen über die Dreibundserneuerung hier der Wunsch zum Ausdruck gebracht worden, daß neben dem Dreibund die fortdauernde Geltung des im Jahre 1879 in Wien abgeschlossenen und bereits einmal im Jahre 1883 verlängerten geheimen Defensivvertrags zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, aus dem später durch Hinzutritt Italiens der Dreibund hervorgegangen ist, im Wege eines besonderen diplomatischen Akts bekräftigt und außer Zweifel gestellt werden möchte.

Nachdem Euere Majestät zu dem Eintritt in Verhandlungen hierüber die Allerhöchste Zustimmung zu erteilen geruht hatten, bin ich mit der österreichisch-ungarischen Regierung über den anliegenden Entwurf** zu einer entsprechenden protokollarischen Erklärung einig geworden, welche in Berlin von den beiderseitigen Bevollmächtigten vollzogen und demnächst Euerer Majestät und Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph zur Ratifikation unterbreitet werden soll.

In dem Entwurf ist von mir die Fortgeltung des alten Defensivbündnisses zwischen den beiden Monarchien stipuliert, gleichzeitig aber eine Bestimmung hinzugefügt worden, wonach es fortan nicht mehr einer ausdrücklichen Erneuerung bedürfen, das Bündnis vielmehr beim Ausbleiben einer Kündigung stillschweigend von drei zu drei Jahren weiterlaufen soll[1].

Die österreichisch-ungarische Regierung hat nunmehr angeregt, daß die vereinbarte protokollarische Erklärung schon alsbald voll-

---

* Vgl. das folgende Schriftstück.

** Identisch mit dem am 1. Juni 1902 vollzogenen Protokoll. Siehe das folgende Schriftstück.

zogen werden möchte, ohne damit auf die formelle Erneuerung des Dreibunds zu warten. Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph hat bereits unterm 20. d. Mts. eine diesbezügliche Vollmacht für Herrn von Szögyény erteilt.

Meines alleruntertänigsten Dafürhaltens ist es für uns vorteilhaft, dem österreichischen Wunsche gefällig zu sein[1].

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät erlaube ich mir daher den Entwurf einer Allerhöchsten Vollmacht, durch welche ich zur Unterzeichnung des Protokolls ermächtigt werde, zu Allergnädigster Vollziehung anbei ehrfurchtsvollst zu unterbreiten.

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja

Nr. 5702

*Protokoll über die Fortdauer des Vertrags vom 7. Oktober 1879 und des Protokolls vom 22. März 1883**

Ausfertigung

Berlin, den 1. Juni 1902

Die Unterzeichneten, Graf Bernhard von Bülow, Kanzler des Deutschen Reichs, und Ladislaus Szögyény-Marich von Magyar-Szögyén und Szolgaegyháza, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter Seiner Majestät des Kaisers von Österreich, Königs von Böhmen usw. und Apostolischen Königs von Ungarn, sind auf Grund allerhöchster Ermächtigung ihrer Souveräne am heutigen Tage in Berlin zu einer Beratung über die fernere Aufrechterhaltung des zu Wien am 7. Oktober 1879 unterzeichneten, am 21. desselben Monats ratifizierten und durch das zu Wien am 22. März 1883 vollzogene, am 1. April desselben Jahres ratifizierte Protokoll bereits einmal ausdrücklich verlängerten geheimen Vertrages zwischen Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, Könige von Preußen und Seiner Majestät dem Kaiser von Österreich, König von Böhmen usw. und Apostolischen König von Ungarn, zusammengetreten und haben in Vollmacht Ihrer Majestäten folgende Erklärung abgegeben:

Die Bestimmungen des Artikels III des am 7. Oktober 1879 unterzeichneten und am 21. desselben Monats ratifizierten geheimen Vertrages zwischen Ihren Majestäten dem Deutschen Kaiser, König von Preußen und dem Kaiser von Österreich, Apostolischen König

---

* Die österreich-ungarische Ausfertigung des Protokolls findet sich bei Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1897—1914 I, 90 f.

von Ungarn, sowie auch die Bestimmungen der Punkte 1 und 2 des den Vertrag erneuernden Protokolles vom 22. März 1883 sind gemäß den Intentionen, welche diesbezüglich bei Abschluß des Vertrages obwalteten, dahin zu verstehen, daß die Dauer des Vertrages sich immer wieder von selbst von drei zu drei Jahren verlängert, insolange die beiden Kontrahenten nicht innerhalb der im Punkt 2 des Protokolles vom 22. März 1883 vereinbarten Frist vor Ablauf einer dieser dreijährigen Perioden über die Frage, ob die dem Vertrage zur Grundlage dienenden Verhältnisse noch obwalten, in Verbindung treten.

Das gegenwärtige Protokoll wird den beiden hohen Souveränen zur Ratifikation unterbreitet und empfohlen werden, und soll der Austausch der Ratifikationsurkunden binnen drei Wochen in Berlin erfolgen.

Zu Urkund dessen ist dieses Protokoll in zwei Exemplaren aufgenommen, unterzeichnet und besiegelt worden.

Geschehen zu Berlin, am ersten Juni Eintausendneunhundertzwei.

Bülow
(L. S.)

Szögyény
(L. S.)

Kapitel CXXII

Der vierte Dreibundvertrag 1902

Nr. 5703

*Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe**

Ausfertigung

Nr. 482 St. Petersburg, den 31. Juli 1900

Die entsetzliche Nachricht von dem meuchelmörderischen Attentat auf König Humbert** erweckte in Petersburg allgemeine Entrüstung, wie dies nicht anders zu erwarten war. Aber das erste Wort mit einem Ausdruck der Erleichterung bei vielen politischen Männern, deren Stimme nicht unwesentlich im Kreise der Regierung ist, war, als die Schreckensnachricht eintraf: „Nun ist es aus mit dem Dreibund, der Kronprinz von Italien*** denkt anders wie sein Vater, der Einfluß seiner Gemahlin wird sich geltend machen, und der Anschluß Italiens an Rußland und Frankreich ist gesichert!"

Diese Äußerungen sind mir von verschiedenen Seiten hinterbracht worden und entsprechen dem Gefühle einer großen Anzahl der hiesigen gebildeten Bevölkerung.

Ich gebe sie weiter, weil dieser spontane Ausruf charakteristisch für die Stimmung ist und einen Beweis dafür liefert, welche falsche Auffassung man hier im allgemeinen und selbst unter sonst ganz vernünftigen Leuten von dem Dreibunde hat, den man als eine drohende Gefahr für den Zweibund, als eine stete Provokation desselben ansieht[1].

Selbst Fürst Lobanow und Graf Murawiew haben mir, ebenso wie andere Minister, mehr als einmal zu verstehen gegeben, daß, solange der Dreibund bestände, Rußland gegen Deutschland, welches die Seele dieses Bundes sei, berechtigtes Mißtrauen haben müsse. Alle Argumente, „daß der Dreibund die sicherste Basis für den Frieden in Europa sei," werden mit ungläubigem Lächeln zurückge-

* Vgl. zu diesem Kapitel das mit ihm im engen Zusammenhang stehende Kapitel CXXV, in dem die italienisch-französischen Beziehungen einschließlich der Tripolisfrage zusammengefaßt sind.

** Am 29. Juli 1900 war König Humbert in Monza von dem Anarchisten Angelo Bresci ermordet worden.

*** Victor Emanuel III. Er war seit 1896 vermählt mit Helene, Prinzessin von Montenegro.

wiesen. Die Neigung Österreichs zum Slawentum, namentlich das Emporkommen Böhmens, erfüllte zuerst die Russen mit Freude, weil sie darin das allmähliche Abbröckeln der Monarchie zu erblicken glaubten, welche nur, solange der bejahrte Kaiser Franz Joseph noch lebe, an den eingegangenen Verpflichtungen, gleichsam moralisch gezwungen, festhalten müsse. Nicht zum mindesten trägt — wie ich fürchte — die gegenwärtige Zusammensetzung der österreichischen Botschaft mit böhmischer Färbung* dazu bei, diesen Glauben zu befestigen.

Das tragische Ereignis des 29. Juli ist ein Trumpf mehr in den Karten derer, die Deutschland isoliert sehen möchten[2].

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Da der Zweibund später kam, ist es höchstens umgekehrt der Fall
[2] sie täuschen sich! Der Himmel hat ihnen ihre Aufgabe in Asien vorgezeichnet

Nr. 5704

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Karl von Wedel

Reinkonzept

Nr. 397 Berlin, den 30. November 1900

Ganz geheim

Aus Andeutungen, welche Ew. pp. amtlich und privatim haben hergelangen lassen, ist ersichtlich, daß Sie für angezeigt halten, die politische Richtung des jungen Königs von Italien zum Gegenstande aufmerksamer Beobachtung zu machen. Ich kann namentlich mit Rücksicht auf vertrauliche Mitteilungen, welche mir über die politischen Beziehungen der Königin Helene zugegangen sind, Ew. pp. nur beipflichten. Ein früherer Lehrer der Königin soll von Petersburg aus als aktives Werkzeug der Slawenbewegung tätig sein und teils in der Petersburger Presse, teils als Reiseapostel auf der Balkanhalbinsel wirken. Auf seine Veranlassung sollen der Königin und gleichzeitig ihrem Vater** die bemerkenswertesten, d. h. die heftigsten unter den Presseerzeugnissen regelmäßig zugeschickt werden, insbesondere alle diejenigen, wo die Erwerbung von Albanien für Montenegro verlangt, oder wo der Fürst von Montenegro aufgefordert wird, der österreichischen Regierung möglichst viele Schwierigkeiten in Sachen der Eisenbahn Serajewo—Nowipasar zu machen.

In Berücksichtigung dieser sowie der von Ew. pp. wahrgenommenen Symptome würde es leichtsinnig von uns sein, wenn wir die

---

* Botschafter Freiherr von Aehrenthal und Botschaftsrat Graf Kinsky entstammten dem böhmischen Adel, doch dürfte das ihre Haltung, die durchaus dreibundfreundlich war, nicht beeinflußt haben.
** Nikolaus I. (Nikita) von Montenegro.

Frage, ob der König gleich seinem Vater das Verbleiben im Dreibunde als etwas Selbstverständliches betrachtet, als in seinem Geiste bereits entschieden behandeln wollten. König Humbert war der feste Mittelpunkt, um den sich die vorhandenen dreibundfreundlichen Elemente kristallisieren konnten. Gegenüber der Zurückhaltung des Königs Viktor Emanuel wird der deutsche Politiker denjenigen Elementen vermehrte Aufmerksamkeit zuzuwenden haben, die als Gegengewicht gegen etwaige franko-russische Sympathien des Königspaares eventuell in Betracht kommen könnten. Wir dürfen uns keine Illusionen darüber machen, daß die Sympathie der Italiener auch für Deutschland — von Österreich-Ungarn gar nicht zu reden — in dem Maße abgekühlt ist, wie die Aussichten auf territorialen Erwerb unverwirklicht geblieben sind. Aber es gibt einen Instinkt, welcher die große Masse der Italiener verhindern wird, sich dem Zweibunde zuzuwenden, das ist das Gefühl einer dauernden politischen Interessengemeinschaft, ja Zusammengehörigkeit mit England. Je schärfer die Gegensätze zwischen England einerseits und Frankreich und Rußland andererseits zutage treten, destoweniger werden die Italiener geneigt sein, Zweibundpolitik zu machen. Daß aber in naher Zukunft England und der Zweibund sich näherkommen sollten, würde kaum der politischen Logik entsprechen; denn es ist nicht anzunehmen, daß England jetzt, wo seine Beziehungen zu Deutschland wieder normale sind, dem Ausbreitungsbedürfnis der Zweibündler oder eines derselben Konzessionen machen sollte, zu denen es sich selbst in der Periode größter deutsch-englischer Spannung und gegenseitiger Verbissenheit nicht verstanden hat.

Solange also die gegenwärtige Gruppierung der europäischen Mächte sich nicht ändert, werden wir ohne weiteres die Gesamtsumme der in Italien vorhandenen englischen Sympathien dem Dreibunde zugute schreiben können.

Einer der überzeugtesten Anhänger Englands in Italien ist Herr Crispi, gegen welchen allerdings — wenn auch vielleicht nicht aus diesem Grunde — der junge König angeblich eine starke Abneigung haben soll.

Bülow

Nr. 5705

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Entzifferung

Nr. 131 Rom, den 14. Mai 1901

Der italienische Botschafter in Wien Graf Nigra, welcher vor einigen Tagen hier eintraf und morgen auf seinen Posten zurückkehrt,

machte mir heute einen längeren Besuch. Wie neulich Graf Lanza, so empfahl mir auch Graf Nigra auf das allerwärmste seinen jetzigen Chef, Herrn Prinetti*, als einen ehrlichen, zuverlässigen und unbedingt auf dem Boden unserer Allianzen stehenden Mann. Auch der König habe ihm von demselben mit ganzer Anerkennung und vollstem Vertrauen gesprochen und dabei geäußert, er hoffe diesen Minister auch in einer neuen Kombination konservieren zu können.

Was den König selbst betreffe, so sei höchstderselbe fest entschlossen, die Bündnisverträge zu erneuern**. Seine Majestät habe dabei nur einer gewissen Sorge Ausdruck gegeben, daß der Abschluß der neuen Handelsverträge Schwierigkeiten bieten und Verstimmungen hervorrufen könnte, weil die große Masse der Bevölkerung ja etwaige materielle Nachteile am direktesten empfinde.

Graf Nigra meinte, daß eine Verständigung mit uns über den neuen Handelsvertrag keine großen Hindernisse bieten werde, während mit Österreich-Ungarn ernste Schwierigkeiten vorauszusehen seien. Die Erneuerung der Weinklausel*** betrachte er zwar naturgemäß als ausgeschlossen, der von Österreich in Aussicht genommene Zollsatz von 12 Gulden für Weine erscheine aber unannehmbar, weil dieser Satz den Preis des hier in Frage kommenden apulischen und kalabrischen Verschnittweins übersteige. Gegen eine angemessene Zollerhöhung werde Italien im übrigen um so weniger Einwendungen erheben, als es gerade auf dem Gebiete des von hier nach Österreich-

---

* Minister des Äußern im Kabinett Zanardelli.

** Der Dreibundvertrag vom 6. Mai 1891, dessen Dauer sich nach Artikel XIV auf 6 und im Falle nicht erfolgender Kündigung auf weitere 6, im ganzen also auf 12 Jahre bemaß, lief im Mai 1902 ab. Daß man deutscherseits um die Jahreswende 1901/02 die Auffassung vertreten hätte, als laufe der Vertrag bei nicht eintretender Kündigung auch über den Mai 1902 hinaus automatisch fort, und daß man von dieser Auffassung erst infolge des italienischen, von Österreich unterstützten Widerspruchs abgekommen sei, wie das Pribram, Die Politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns I, 231, aus den österreichischen Akten schließt, trifft nach den deutschen Akten nicht zu. Der genaue Sachverhalt ist ersichtlich aus Kap. CXXI, Nr. 5694 ff.

*** Im österreichisch-italienischen Handelsvertrag vom 6. Dezember 1891 war die Zollbegünstigung der italienischen Weine, die dem Königreich Italien seit 1867 vertraglich zustand, die sogenannte Weinklausel, in Abänderung früherer Bestimmungen so formuliert worden, daß, falls Italien einen Zoll von 5,77 Lire oder weniger für Weine aus Österreich-Ungarn erheben würde, für die italienischen Weine in Österreich ipso facto eine Zollherabsetzung auf 3,20 fl. einzutreten hätte. Von dem in dieser Abmachung liegenden Optionsrecht machte Italien in einem Jahre (1892) Gebrauch, in dem die Weinbaugebiete in Österreich-Ungarn großen Verwüstungen durch die Reblaus ausgesetzt waren. Die Folge war ein starker Einfuhrüberschuß an Wein, der auf die Handelsbilanz Österreichs, das bis dahin ein weinexportierendes Land gewesen war, einen merklichen Druck ausübte. — Solche Erfahrungen lassen den österreichischen Wunsch auf Fortfall der Weinklausel bei Erneuerung des Handelsvertrages verständlich erscheinen. Vgl. Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, S. 242, Anm. 253.

Ungarn vornehmlich exportierten weißen Verschnittweins keine ernste Konkurrenz zu fürchten habe.

Graf Nigra gab endlich dem italienischen Wunsch Ausdruck, sobald als möglich mit Deutschland in Vorverhandlungen über die Erneuerung des Handelsvertrags zu treten, ein Wunsch, der ja Österreich-Ungarn gegenüber solange unerfüllbar bleibe, als diese beiden Staaten sich nicht über die seiner Ansicht nach übrigens kaum gefährdete Aufrechterhaltung des gemeinsamen Zollgebiets geeinigt hätten.

Ich habe dem Botschafter geantwortet, daß meiner Meinung nach deutsch-italienische Verhandlungen wohl kaum vor der gesetzlichen Fixierung des neuen Zolltarifs, der denselben als Grundlage dienen müsse, eingeleitet werden könnten.

Wedel

Nr. 5706

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 85 Rom, den 16. Mai 1901

Herr Prinetti kam gestern im Hinblick auf die bevorstehende Vertagung des Reichstags mit sichtlicher Sorge auf den Wunsch zurück, es möge in Berücksichtigung der hier sich vorbereitenden Agitation gegen den Dreibund in irgendeiner Form eine amtliche Erklärung bei uns erfolgen, wonach Deutschland gewillt sei, vertragsmäßige Handelsbeziehungen zu Italien aufrechtzuerhalten, worauf dann auch er eine ähnliche Erklärung abgeben werde. Der österreichische Handelsminister* habe sich jetzt bereits in diesem Sinne im Abgeordnetenhause geäußert, Graf Goluchowski habe versprochen, ein Gleiches in den Delegationen zu tun, und er selbst werde dann bei der demnächstigen Verhandlung seines Budgets, der er nicht ohne Sorge entgegensehe, Gelegenheit nehmen, sich in betreff Österreich-Ungarns in derselben Weise auszusprechen.

Was uns angehe, so schwebe ihm die Idee vor, und Graf Nigra, mit dem er in den letzten Tagen vielfach konferiert, habe ihn in dieser Idee lebhaft bestärkt, ob es nicht möglich erscheine, durch Protokoll oder Notenaustausch der beiderseitigen Absicht, den Handelsvertrag auf eine beliebige Anzahl von Jahren zu erneuern, Ausdruck zu geben. Dabei könne man den Wegfall der bisherigen Bestimmung über die Getreidezölle bedingen und den Vorbehalt etwaiger sich als notwendig erweisender Änderungen der jetzigen Tarifsätze machen.

* Freiherr von Call zu Kulmbach und Rosenburg.

Ein solches Protokoll würde jeder weiteren dreibundfeindlichen Agitation den Boden entziehen und auch auf Österreichs guten Willen in puncto Handelsvertrag fördernd einwirken. Sollten aber Euere Exzellenz ein solches schriftliches Präliminarabkommen aus innerpolitischen Gründen für untunlich erachten, so würde er auch für eine Erklärung in anderer Form zu großem Dank verpflichtet sein.

Ich habe Herrn Prinetti geantwortet, ich werde seinen Wunsch dem Herrn Reichskanzler zur Kenntnis bringen, habe zugleich aber meine persönliche Ansicht dahin ausgedrückt, daß sich einer in der Öffentlichkeit zu verwertenden schriftlichen Verpflichtung voraussichtlich insofern Schwierigkeiten entgegenstellen dürften, als unsere Agrarier darin leicht eine Präjudizierung erblicken und daraus Waffen zu heftigen Angriffen schmieden würden.

Herr Prinetti kam erneut auf die zu befürchtende, nach seiner Überzeugung mehr von russischer als französischer Seite genährte Agitation gegen den Dreibund zurück, die, wenn man sie nicht unschädlich mache, bis zum Beginn der Handelsvertragsverhandlungen, also mindestens 18 Monat, Zeit behalte, sich mehr und mehr zu entwickeln, und den Versuch zu wagen, die äußere Politik Italiens in andere Bahnen zu drängen.

Ich warf hier ein, daß es dagegen ja eventuell ein Mittel gebe, welches seinerzeit auch Marquis di Rudini* benutzt habe, indem er den Allianzvertrag vorzeitig erneuerte. Der Minister erwiderte, er seinerseits würde dazu auch bereit sein, weil ein Verlassen des sich in langen Jahren bewährt habenden Dreibundes für Italien einen Sprung ins Unbekannte bedeuten würde.

Euere Exzellenz bitte ich, hochgeneigtest erwägen zu wollen, ob sich nicht ein Entgegenkommen ermöglichen läßt. Nach meiner festen Überzeugung würden wir uns auf diesem Wege Garantien schaffen. Daß der Auswärtige Minister ohne sichere Aussicht auf Erneuerung der Handelsverträge eine vorzeitige Verlängerung der politischen Allianzen durchzusetzen vermöchte, glaube ich nicht.

Wedel

Nr. 5707

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt von Mühlberg

Reinschrift

Berlin, den 29. Juli 1901

Dem italienischen Botschafter sagte ich heute ganz vertraulich und mit der Bitte, selbst diese Mitteilung nicht an die Öffentlichkeit

* Ministerpräsident 1896—98.

durchdringen zu lassen, daß wir in dem neuen deutschen Zolltarif* ein Hindernis für den Abschluß eines Handelsvertrags mit Italien nicht erblickten.

Wir glaubten vielmehr, daß bei beiderseitigem guten Willen auf der Basis des jetzigen Vertrags das Zustandekommen eines neuen durchaus möglich sei.

Graf Lanza dankte dem Herrn Reichskanzler für diese vertrauliche Mitteilung; er verkenne durchaus nicht die Schwierigkeiten, mit welchen wir zu rechnen hätten, und er sei seinerseits — dessen könnten wir sicher sein — aufs eifrigste bemüht, Verständnis dafür in Rom zu erwecken und für die Aufrechterhaltung sowohl der wirtschaftlichen als auch der politischen Vertragsbeziehungen mit Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit zu wirken. Aber er könne es mir nicht verhehlen und müsse es offen aussprechen, daß bei der unausgesetzten Minierarbeit, welche von St. Petersburg und von Paris aus gegen den Dreibund ins Werk gesetzt würde, er ohne Zustandekommen des Handelsvertrags es für die Regierung in Italien für ausgeschlossen halte, den Dreibundvertrag zu verlängern.

Der Botschafter, welcher morgen in die Ferien geht, fügte noch hinzu, er habe bereits gestern von Herrn Prinetti ein Telegramm erhalten, in welchem derselbe sich bedauernd über unsern neuen Tarif äußert; besonders klage Herr Prinetti darüber, daß gerade solche italienischen Erzeugnisse mit hohen Zöllen belegt seien, welche für die italienischen Produzenten und Exporteure einen höheren Gewinn abwürfen; als solche führte er z. B. feinere Obstsorten und Cyiaswedel (Palmwedel) an.

Mühlberg

Nr. 5708

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen

Reinschrift

Berlin, den 17. Dezember 1901

Beim heutigen Botschafterempfang berührten mir gegenüber sowohl Graf Lanza wie der englische Geschäftsträger Buchanan spontan die Prinettirede über Tripolis**.

---

* Am 26. Juli waren die Entwürfe zum Zolltarif und zum Zolltarifgesetz im „Reichsanzeiger" und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht worden.

** Am 14. Dezember hatte Minister Prinetti in der italienischen Deputiertenkammer auf eine Anfrage des Abgeordneten Guicciardini hin, die ein Mißtrauen bezüglich der französischen Politik im Mittelmeer bekundete, erklärt, zu solchem Mißtrauen sei um so weniger Grund, als die französische Regierung

Graf Lanza sagte, er betrachte die Italien durch die französischen Erklärungen gegebene Beruhigung nur für eine zeitweise. Immerhin sei der bedeutende Einfluß Barrères bemerkenswert, der sich insbesondere in zahlreichen italienischen Zeitungen geltend mache; der französische Botschafter müsse in dieser Richtung mit bedeutenden Fonds ausgerüstet sein. Im übrigen sei Herr Prinetti fest und zuverlässig; er, Graf Lanza, sehe daher in den Vorgängen keinerlei Gefährdung der Erneuerung des Dreibundes; würde er eine solche Gefährdung vorliegend erachten, so würde er nicht eine halbe Stunde länger auf seinem Posten hier verbleiben. Auch die Handelsvertragsfrage werde den neuen Dreibundvertrag nicht beeinflussen; jede Erneuerung des Dreibundes geschehe aber erfahrungsgemäß nicht ohne lebhafte Diskussion im italienischen Parlament und bei dieser würde die Stellung des Ministeriums jedenfalls wesentlich erleichtert werden, wenn es gelingen könnte, die Aussicht auf den Handelsvertragsabschluß schon zuvor sicherer zu gestalten.

Mr. Buchanan begann damit, daß er Herrn Barrères Einfluß und Erfolge in Rom hervorhob. Die Erfolge lägen hauptsächlich auf antiösterreichischem, aber gleichzeitig auch auf antienglischem Gebiet. England könne sich dabei von einer gewissen Schuld nicht freisprechen, denn es habe in den letzten Jahren die italienische öffentliche Meinung und die italienische Regierung wohl zu sehr vernachlässigt. Insbesondere sei es schwer erklärlich, daß England das Nordafrikaabkommen mit Frankreich abgeschlossen habe, ohne Italien eigentlich irgendwie davon Kenntnis zu geben.

Richthofen

Nr. 5709

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept

Nr. 149 Berlin, den 17. Dezember 1901

Zu Ew. letzter Feldjägerexpedition. Daß zwischen Frankreich und Italien ein befriedigender Meinungsaustausch hinsichtlich der Zu-

---

anläßlich der englisch-französischen Konvention vom 21. März 1899 über das Hinterland von Tripolitanien (vgl. Bd. XIV, Kap. XCIII, Nr. 3943, Fußnote *) die beruhigendsten Zusicherungen abgegeben habe. Seitdem seien die freundschaftlichen Beziehungen derartige geworden, daß beiderseits über die respektiven Interessen im Mittelmeer Erklärungen ausgetauscht seien, die eine vollständige Übereinstimmung der Ansichten ergäben. — Siehe diese am 14. bzw. 16. Dezember 1900 ausgetauschten Erklärungen nunmehr in dem 1920 ausgegebenen französischen Gelbbuch „Les Accords Franco-Italiens de 1900—1902", p. 3 s. Vgl. auch des Näheren Kap. CXXV.

kunft von Tripolis nebst Hinterland stattgefunden habe, war mir in allgemeinen Umrissen schon seinerzeit durch den Minister Visconti Venosta angedeutet worden. Die Bedeutung der neulichen Rede des Herrn Prinetti* liegt darin, daß nunmehr öffentliche Meinung und Presse in Italien in die Lage gesetzt sind, das prinzipielle französisch-italienische Einvernehmen wegen Tripolis als Unterlage für ihre Zukunftskombinationen zu nehmen. Ew. pp. bitte ich daher, die in der italienischen Publizistik bemerkbar werdenden Gruppierungen aufmerksam zu verfolgen:

1. Welche Gruppe ist für Erneuerung des Dreibundes, bezw. von welchen Bedingungen macht sie die Erneuerung abhängig?

2. Welche Gruppe ist für den Anschluß Italiens an den jetzigen Zweibund, Frankreich und Rußland? Wird in diese Kombination auch Deutschland als Vierter hineingezogen, wodurch dieselbe eine besondere Spitze gegen Österreich bekommen würde, welches dann allein draußen bliebe?

3. Markiert sich der Wunsch nach zukünftigem Zusammengehen mit England noch so stark wie früher? Markiert er sich überhaupt? Und eventuell, wen denkt man sich als Teilnehmer an der italienisch-englischen Gruppe?

Das französisch-italienische Abkommen verfolgt den doppelten Zweck, die französischen Pläne auf Marokko einerseits und das Wiedererwachen der Irredenta andererseits zu fördern. Italien wird, wenn es mit Tripolis abgefunden ist, den Engländern in dem Konflikte um Marokko keinen Beistand leisten. Andererseits ist es natürlich, daß Italien, sobald es wegen Tripolis beruhigt ist, sich mit gesteigertem Eifer dem alten Irredentagedanken wieder zuwendet. Ganz aus den Augen verloren hat die italienische Regierung diesen Gedanken niemals, und es dürfte Ew. bekannt sein, daß ein Teil des hochbemessenen italienischen geheimen Fonds von jeher für Zwecke der Agitation im Trentino, Litorale usw. abgezweigt worden ist.

Das Bedeutsame der französisch-italienischen Vereinbarung liegt augenscheinlich darin, daß dadurch Italien nicht nur von dem Erzfeinde Österreich, sondern auch von England, dem Geburtshelfer der italienischen Einheit, getrennt werden soll.

Darüber, daß eine Förderung der französischen Pläne auf Marokko die für England unsympathischste und gefährlichste Lösung der marokkanischen Frage bedeuten würde, sind sich die scharfsinnigen Staatsmänner Italiens natürlich keinen Augenblick im Zweifel, und sie haben bei den Verhandlungen den hierdurch geweckten Be-

---

* Vgl. Nr. 5708, Fußnote **.

denken auch jedenfalls Ausdruck gegeben: Denn Tripolis nebst Hinterland ist ein hoher Preis, und die französische Regierung hat, indem sie sich hierzu erbötig zeigte, die alte Freundschaft Italiens für England gebührend hoch abgeschätzt.

Deutschland wird durch diese Mittelmeerfragen nicht direkt berührt. Wir haben heute nicht mehr wie in den ersten Jahrzehnten nach der Zurücknahme von Straßburg und Metz zu gewärtigen, daß wir der Gegenstand eines konzentrischen Angriffs sind. Die großen Ziele der heutigen Interessenpolitik — Mittelmeer, Byzanz, Persien, Ostasien — sind Fragen, denen gegenüber wir die Freiheit der Entscheidung haben. Wenn eine dieser Fragen in Bewegung kommt, werden die dem Wirbel zunächstliegenden Staaten es als ihre Aufgabe ansehen müssen, sich über Deutschlands Stellungnahme zu orientieren. Keinenfalls ist es Deutschlands Aufgabe, in irgendeiner dieser Fragen mit Initialvorschlägen hervorzutreten. In diesem Sinne wollen Ew. pp. sich ruhig aussprechen, falls Ihnen von maßgebender italienischer Seite Anlaß dazu gegeben wird. Ich habe auch kein Bedenken dagegen, daß Sie selbst bei Besprechung der Zukunftsschicksale des Dreibundes den Gedanken der durch die Weltlage gewährleisteten Freiheit unserer Zukunftsentschließungen als Grundprinzip geltend machen.

Bülow

Nr. 5710

Der Botschafter in Wien Fürst zu Eulenburg an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Privatbrief. Abschrift

Geheim Wien, den 1. Januar 1902

Vor einigen Tagen kehrte Graf Nigra nach langer Abwesenheit hierher zurück.

In einer Unterhaltung mit ihm über Erneuerung des Bündnisses mit Italien, Handelsverträge und andere Fragen fiel mir auf, daß der Botschafter der Ansicht Ausdruck verlieh, es wäre gut, wenn die Handelsverträge zugleich mit Erneuerung des Bündnisses abgeschlossen würden, weil im italienischen Volke das Bündnis mit Österreich nicht populär sei und etwaige Schwierigkeiten bezüglich der Handelsverträge leichter unter der Flagge des von der Regierung für notwendig angesehenen Bündnisses segeln würden.

Graf Nigra nannte als Termin der notwendigen Erneuerung des Bündnisses den Juni.

Ich machte die Bemerkung, daß auf eine Fertigstellung des Zolltarifs und aller Vorbedingungen für den Handelsvertrag in Österreich-Ungarn nicht vor Dezember d. Js. zu rechnen sei. Es ergäbe sich daraus ein unüberbrückbares Spatium, und die Hoffnungen auf Gleichzeitigkeit der Erneuerung der Verträge müßten fromme Wünsche bleiben.

Die Auffassung von der Notwendigkeit der Erneuerung des Bündnisses mit Italien bis Juni 1902 veranlaßte mich, Graf Goluchowski über seine Auffassung in bezug auf den genannten Termin zu hören.

Der Graf sagte mir, daß er auch der Ansicht sei, daß das Bündnis mit Italien nicht stillschweigend weiterlaufe, wie man in Berlin anscheinend annähme, sondern daß man hier eine Erneuerung im Laufe des Juni — also bis zum Juli — für nötig halte. Er fügte hinzu, daß er seinerseits durchaus nicht abgeneigt sei, der Berliner Auffassung zuzustimmen, doch sei wohl eine Auslegung oder Abmachung seitens der drei Mächte in dieser Richtung nötig. Keinenfalls dürfe man bezüglich des Bündnisses mit Italien von der Auffassung Deutschlands oder Österreichs die geringste Abweichung statuieren, um sich nicht der Gefahr auszusetzen, daß Italien infolge abweichender Auffassung plötzlich abspringe.

Nach dieser Anregung wird Graf Goluchowski in der nächsten Zeit Herrn von Szögyény mit genauer Information über die Auffassung der österreichisch-ungarischen Regierung bezüglich des Bündnisses mit Italien versehen.

Meinerseits habe ich den Eindruck, daß im Hinblick auf die innerlichen Schwierigkeiten, die Italien bezüglich der Termine für die beiden Verträge zu haben scheint, eine von Österreich und Italien akzeptierte Auslegung des Bündnisvertrages im Sinne stillschweigender Verlängerung Italien über die von Graf Nigra genannten Schwierigkeiten am besten hinwegheben würde.

Ich möchte noch hinzufügen, daß ein Druck Italiens auf Österreich-Ungarn in der von Graf Nigra angegebenen Richtung die hiesige Regierung in eine unmögliche Lage versetzen müßte. Die Schwierigkeiten, in denen sich das Land befindet, sind derartige, daß sie auch einem äußeren Druck nicht weichen würden.

Ich glaube allerdings, daß wir in der Lage sind, in vermittelndem Sinne zu handeln. Der Zeitpunkt dürfte sich ergeben, wenn Herr von Szögyény die Auslegung des Vertrages mit Italien berührt. Dieses wird, wie mir Graf Goluchowski sagte, noch im Laufe des Januar erfolgen.

(gez.) P. Eulenburg

Nr. 5711

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 13 Rom, den 5. Januar 1902
Geheim

Während unserer gestrigen Unterhaltung fragte mich Herr Prinetti, wann ich glaube, daß unser Zolltarif zur Erledigung gelangen werde.

Ich antwortete, die Kommission nehme meines Wissens ihre Arbeiten in den nächsten Tagen wieder auf, doch fehle mir jeder Anhalt dafür, wann deren Beschlüsse vor das Plenum gelangen würden.

Der Minister fuhr fort, es sei sein großer Wunsch, durch eine baldige Erneuerung des Dreibundes aller weiteren Agitation die Spitze abzubrechen und daher sobald als möglich mit Deutschland in Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Handelsvertrages treten zu können, der, wie er nach wie vor fest überzeugt sei, keinen ernsten Schwierigkeiten begegnen werde. Seien Deutschland und Italien in dieser Beziehung erst einmal einig, so werde sich eine Verständigung mit Österreich auch finden lassen. Mit letzterem handele es sich ja um die schwierige Weinfrage, die wegen der Quantität des exportierten Weines fast bedeutungslos erscheine, die aber dadurch hohe Wichtigkeit gewinne, daß es sich um die armen apulischen Provinzen handele, für die dieser Export eine Lebensfrage wäre. Würde daher Österreich Italien selbst Vorteile von fünffach höherem Werte für andere Handelsobjekte bieten, so könne letzteres darauf nicht eingehen, weil diese Vorteile ausschließlich den reicheren Provinzen zugute kommen, die apulischen aber ruiniert werden würden. Er rechne indessen auch in dieser Beziehung mit Sicherheit auf einen Ausgleich. Sowie die italienisch-deutschen Handelsbeziehungen geregelt seien, wäre er daher auch bereit, zu einer Verlängerung des Dreibundes zu schreiten. Er habe völlig freie Hände, und nur Herrn Barrère hätte er das Versprechen gegeben, daß der Vertrag nichts Aggressives[1] gegen Frankreich enthalten werde.

Als ich bei dieser Gelegenheit erstaunt äußerte, daß ich ein solches Versprechen nicht verstehe, da ja unsere Allianz auf absolut defensiver Basis beruhe, meinte Herr Prinetti, er habe das auch nur zur Beruhigung des französischen Botschafters gesagt. Er vermöge die scheinbare Sorge des Herrn Barrère lediglich auf den Umstand zurückzuführen, daß man in Frankreich wahrscheinlich von militärischen Verabredungen über die Verwendung der italienischen Truppen im Kriegsfalle Kenntnis erhalten habe und darin etwas Drohendes

erblicke. Er selbst, Prinetti, kenne diese angeblichen Verabredungen der beiderseitigen Generalstäbe nicht und wolle sie auch nicht kennen, um rückhaltslos sagen zu können, er wisse von derartigem nichts *.

Ich habe dem Minister kein Hehl daraus gemacht, daß mir sein Argument nicht einleuchte. Der Dreibund sehe die Hülfe des Verbündeten nur für den Fall vor, daß der andere angegriffen würde. Trete also unter solchen Bedingungen der Kriegsfall ein, so werde jeder einzelne begreiflicherweise dahin streben, seine Truppen dort einzusetzen, wo ihre Aktion den größten Erfolg verspreche. Selbst militärische Abmachungen also, wenn sie beständen, und ob sie beständen, erscheine mir zweifelhaft, würden keinerlei Drohung enthalten, da der Eintritt ihrer Wirksamkeit ausschließlich auf der Voraussetzung eines französischen Angriffs beruhe.

Herr Prinetti mußte das natürlich zugeben und äußerte, man dürfe ja Frankreich den Vertrag nicht zeigen, aber er wolle Herrn Barrère eventuell sein Ehrenwort geben, daß derselbe nichts Aggressives enthalte. Ihm habe freilich die Idee vorgeschwebt, ob nicht dem Vertrage eine zur Veröffentlichung geeignete Einleitung vorangesetzt werden könne, in welcher die Verbündeten die rein defensive Natur desselben speziell bekräftigten.

Diese etwas eigentümliche Idee habe ich nach meiner persönlichen Ansicht als Pleonasmus bezeichnet. Der rein defensive Charakter unserer Allianz sei so sonnenklar, daß eine derartige einleitende Kommentierung desselben mir absolut unnötig erscheine und eher Mißtrauen erwecken als zerstreuen werde.

Dabei habe ich dem Minister den Rat erteilt, Herrn Barrère, wenn derselbe auf seine diesbezüglichen Sorgen zurückkommen sollte, doch einfach darauf hinzuweisen, daß der Zweibund sich bisher nicht bewogen gefunden habe, seinen Allianzvertrag zu publizieren.

Ich fragte demnächst Herrn Prinetti, wie er sich eigentlich die Erneuerung oder Verlängerung unseres Vertrages, die er nun einmal zur Sprache gebracht, denke, d. h. ob er bereit sein werde, denselben tel quel zu verlängern. Die Antwort lautete, daß er dazu im allgemeinen bereit sei, es indessen für notwendig erachte, die die Balkanhalbinsel betreffenden Punkte zu erweitern. Über eine bestimmte Fassung der letzteren sei er sich allerdings noch nicht klar geworden. Auf alle Fälle habe er dabei übrigens keinerlei Ausgleich etwaiger Rivalitäten zwischen Österreich und Italien im Auge, denn die Beziehungen der Kabinette von Wien und Rom seien so gute und hätten während der Polemik über Albanien und San Girolamo ** die Feuer-

---

* Vgl. dazu Kap. CXXIV, Nr. 5826, S. 704, Fußnote *.

** Die San Girolamoaffäre war durch die Ende Juli 1901 mittels päpstlichen Breves erfolgte Umwandlung des Pilgerasyls San Girolamo degli Schiavoni in

probe so vortrefflich bestanden, daß er auf diesem Gebiete keine Sorgen hege. Denn wie Italien, so sei seiner festen Überzeugung nach auch Österreichs Streben einzig und allein auf die Aufrechterhaltung des Status quo gerichtet. Beiden aber drohe eine gemeinsame Gefahr, das sei der rapide fortschreitende panslawistische oder russische Einfluß auf der Balkanhalbinsel, einschließlich Bosniens und der Herzegowina. Alle ihm zugehenden Berichte stimmten in dieser Beziehung überein, und die völlige Slawisierung oder Russifizierung jener Gegenden bilde ebensowohl für Italien[2] als für Österreich eine ernste Gefahr, der rechtzeitig zu begegnen sich beide vertragsmäßig vereinigen müßten.

Herr Prinetti kam dann erneut auf Montenegro zurück, das einen Herd der panslawistischen Agitation bilde. Der König denke freilich durchaus verständig und ruhig über diesen Punkt, aber schließlich bleibe die Königin immer eine Montenegrinerin, die ihr hoher Gemahl liebe und schätze, und auf deren Familie der König daher naturgemäß gewisse Rücksichten nehme. Könnte nur Österreich sich dazu entschließen, Montenegro im Falle der Liquidation der Türkei einen gewissen Gebietszuwachs nach Skutari hin zu versprechen, so werde das Ländchen zufrieden sein und die panslawistisch-russische Propaganda verliere damit dort ihren Stützpunkt.

Euerer Exzellenz habe ich geglaubt, über diese Äußerungen des Herrn Prinetti berichten zu sollen, obgleich dieselben in ihrem letzten Teil wenigstens mehr privater Natur waren und gewissermaßen noch unverdaute Aphorismen darstellen. Immerhin erhellt aber aus denselben, daß man hier — wie ich solches bereits bei früherer Gelegenheit als meine Überzeugung aussprach — den Wunsch hegt, den Dreibund zu verlängern, aber nicht wagt, an diese Verlängerung heranzutreten, ehe nicht wenigstens der Handelsvertrag mit uns gesichert erscheint.

Das den Allianzvertrag betreffende Ansuchen des Herrn Barrère und das ihm daraufhin erteilte Versprechen führe ich auf eine Einwirkung des Herrn Zanardelli zurück, der jenen Gedanken seinerzeit in dem bekannten Interview* Ausdruck gab. Vom diplomatischen

---

Rom, das bisher vorwiegend italienischen Bruderschaften aus Illyrien und Dalmatien offen gestanden hatte, in eine Anstalt zur Heranbildung kroatischer Priester hervorgerufen. Dalmatiner erstürmten Anfang August das Asyl; die italienische Regierung besetzte es daher. Infolge diplomatischer Vorstellungen der österreichischen Regierung, der das Aufsichtsrecht über das Asyl zustand, gab indessen die italienische Regierung die Verwaltung des Asyls im Oktober 1901 wieder frei.

* Am 25. März 1901 hatte der Pariser „New York Herald" ein Interview des italienischen Ministerpräsidenten Zanardelli veröffentlicht, wonach dieser unter Betonung seiner lebhaften französischen Sympathien gesagt hätte, das Ministerium werde sich nicht bloß mit den Bündnisverträgen, sondern auch mit den Handelsverträgen zu befassen haben, denn man müsse wissen, welchen

Standpunkte aus erscheint mir dieses Versprechen zum mindesten töricht, weil es sich wie eine Art von pater peccavi präsentiert, zu dem nicht der mindeste Grund vorliegt.

Graf C. Wedel

Randbemerkungen von Holsteins:
[1] Nach dem gestrigen Telegramm aus Rom hat Herr Prinetti gesagt „nichts Feindliches".
[2] wieso für Italien?

Nr. 5712

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Karl von Wedel

Konzept

Nr. 13 Berlin, den 9. Januar 1902

Die Mitteilungen, welche Herr Prinetti über die Natur der französisch-italienischen Beziehungen Euerer Exzellenz gemacht hat, sind seitdem durch die Rede des Herrn Barrère* und durch die Auslassungen des Herrn Delcassé gegenüber dem Redakteur des „Giornale d'Italia"** ergänzt worden. Aber gerade die Mehrseitigkeit der Aufklärungen erschwert dem Beobachter zurzeit noch Urteil und Überblick. Wir werden daher, bevor wir zu der Frage der Erneuerung des Dreibundes Stellung nehmen, eine weitere Klärung der Verhältnisse, mit denen wir zu rechnen haben, abwarten müssen.

Nach dem Dreibundvertrage tritt der casus foederis ein, wenn einer der Kontrahenten von zwei oder mehreren Mächten angegriffen wird. Nur hinsichtlich Frankreichs ist diese Regel insofern zuge-

---

Einfluß die Handelsbeziehungen auf die politischen hätten. „Die politischen Bündnisverträge Italiens gehen vor den Handelsverträgen zu Ende. Wir werden lange voraus wissen, woran wir uns bezüglich des einen oder anderen zu halten haben."

* Siehe Kap. CXXV, Nr. 5864, Fußnote *.

** Es handelt sich um ein Interview, das Delcassé Anfang Januar 1902 dem Pariser Korrespondenten des „Giornale d'Italia" Ojetti (Getti) gewährt hatte. Nach dem italienischen Blatte hätte sich der französische Minister etwa dahin geäußert: Die Herstellung des Gleichgewichts der italienischen und französischen Interessen an der ganzen Mittelmeerküste bis Marokko sei ein Leichtes gewesen, weil die italienischen Interessen wesentlich im Osten, die französischen aber im Westen lägen. Der heiße Wunsch Frankreichs sei jetzt die Aufrechterhaltung des Status quo. Auch bezüglich des Balkans sollten sich Italien und Frankreich einigen. Keine andere Macht würde besser als Frankreichs Verbündeter, Rußland, die Bestrebungen Italiens auf dem Balkan verstehen und begünstigen können. Prinetti, den Graf Wedel auf diese Äußerungen Delcassés hin interpellierte, hielt dieselben für apokryph; auch Barrère erklärte, die auf die Balkanhalbinsel bezügliche Stelle könne unmöglich richtig sein. Delcassé selbst dementierte in der „Agence Havas" seine Äußerungen, doch hielt das italienische Blatt dieselben aufrecht.

spitzt, als schon der bloße isolierte Angriff Frankreichs auf Deutschland oder auf Italien genügt, um alle drei Verbündete in Bewegung zu setzen. (Artikel 2.) Man kann es Herrn Prinetti glauben, wenn er sagt, daß ihm die Aufhebung dieses Artikels nicht erwünscht sein würde, denn man weiß nicht, wie lange die jetzige kirchenfeindliche Regierung in Frankreich sich halten wird (die Hauptperson, Herr Waldeck-Rousseau, scheint ja bereits amtsmüde zu sein), und gegenüber einem klerikalen französischen Regime würde Italien o h n e deutschen Rückhalt und bei der Apathie Englands in einer recht gefährdeten Lage sein. Für Deutschland hingegen wäre die Aufhebung des Artikels 2 von keiner wahrnehmbaren Bedeutung, denn wir können schon heute vorhersagen, daß Frankreich uns nur angreifen wird, falls es der Unterstützung einer dritten Macht sicher ist. Wenn also Artikel 3 des Dreibundvertrags, wo der Angriff mehrerer Mächte gegen einen Dreibündler vorgesehen ist, bestehen bliebe, und der Artikel 2, welcher vom isolierten französischen Angriff handelt, fiele fort, so wäre Italien zweifellos der verlierende Teil, da die Deckung gegen einen isolierten französischen Überfall oder gegen die Androhung eines solchen eine praktische Bedeutung für Deutschland nicht hat, wohl aber für Italien. Bei der Preßagitation, welche Herr Barrère für die Aufhebung des Artikels 2 ins Werk setzt, hat derselbe wohl weniger französisch-deutsche als französisch-italienische Zukunftskonflikte im Auge.

Für Deutschland kommt es demnach nicht darauf an, ob Italien uns gegen einen isolierten französischen Angriff beisteht, sondern darauf, ob überhaupt noch und unter welchen Voraussetzungen mit einer Unterstützung Deutschlands durch Italien im Kriegsfalle zu rechnen sein würde. Das ist die Frage, welche die Regierung Seiner Majestät des Kaisers zu prüfen hat. Der Umstand, daß, wie Euere Exzellenz im Bericht Nr. 13* melden, Herr Barrère als Berater des Herrn Prinetti für die Formulierung eines neuen Dreibundvertrages auftritt, ist geeignet, unsere Vorsicht noch zu vermehren.

Die Eventualität eines konzentrischen Angriffs auf Deutschland, welcher das deutsch-österreichische Bündnis und demnächst der Dreibundvertrag ihre Entstehung verdanken, ist allmählich in weite Ferne gerückt worden und kommt heute eigentlich nur noch für den Fall in Betracht, wo die revolutionären Kräfte im Zarenreiche die Oberhand gewinnen sollten. Der Zar und seine Regierung sind sich klar darüber, daß Frankreich nur so lange seine 900jährige Orientpolitik verleugnen und der Verbündete Rußlands bleiben wird, wie Deutschland fortfährt, für Frankreich ein Gegenstand besonderen Hasses und besonderer Besorgnis zu sein, daß ferner mit der Stärke Frankreichs auch die Stärke des französischen Riegels vor dem Nordein-

* Siehe Nr. 5711.

gange des Bosporus zunimmt. Die Wahrheit dieser beiden Gedanken ist der russischen Regierung durch den neulichen französisch-türkischen Konflikt* wieder klar vor Augen geführt worden. Durch die Expedition nach Mytilene nahm die französische Regierung einen energischen, groß angelegten Anlauf zur Wiedererlangung ihres alten historischen Prestige im türkischen Orient. Zum ersten Male seit dem polnischen Aufstande von 1862, wo Preußen auf die russsische, Frankreich auf die polnische Seite getreten war, setzte letzteres sich jetzt wieder in direkten Gegensatz mit den Zielen Rußlands. Die russische Diplomatie ging denn auch still, aber kräftig an die Arbeit, und unter ihrer Einwirkung schrumpfte die Expedition nach Mytilene zu einer Übungsfahrt zusammen. Diesen Erfolg verdankt Rußland indirekt dem Vorhandensein eines starken Deutschlands; denn ob sonst Frankreich nachgegeben hätte, kann man angesichts der unverhüllten Enttäuschung und Verbissenheit, die sich damals in allen Organen der französischen öffentlichen Meinung bemerkbar machte, füglich bezweifeln. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die ganz besondere Wärme und Herzlichkeit, mit welcher der Zar in Danzig** unserm allergnädigsten Herrn begegnete, auch durch die ernüchternde Erfahrung veranlaßt war, welche er in dem durch Herrn Constans hervorgerufenen Zwischenfall soeben mit dem französischen Freund und Verbündeten gemacht hatte; Frankreich hatte seit dem Krimkriege zum ersten Male seine Orientkarten aufgedeckt.

Vielleicht hängt es mit dem Schwinden der Besorgnis vor Rußland zusammen, daß man in hiesigen politischen Kreisen mehr noch als in früheren Jahren die Frage erörtert, welches Maß von Vorteil wir noch fernerhin von dem Bündnis mit Italien zu erwarten haben würden, als Äquivalent für die großen und fortdauernden Schwierigkeiten, die für die innere Lage Deutschlands wie Österreich-Ungarns daraus erwachsen, daß der Dreibund dem Königreich Italien gegenüber der Politik der Freunde der weltlichen Macht sicheren Schutz gewährt.

Diese allgemeine Übersicht der deutsch-italienischen Beziehungen wollen Euere Exzellenz zunächst als zu Ihrer Orientierung bestimmt behandeln und einzelne Gesichtspunkte nur dann, und zwar als eigene Ansicht verwerten, wenn die Diskussion derselben von Herrn Prinetti provoziert wird.

Für jetzt genügt es, wenn Euere Exzellenz dem Minister mitteilen, Sie hätten auf Ihre letzten Berichte die Antwort erhalten, daß sofern Balkanfragen in Betracht kämen, wir voraussichtlich dem, worüber Rom und Wien sich verständigten, auch unsererseits würden zustimmen können; daß ferner in betreff von Tripolis Deutschland

---

* Vgl. dazu Kap. CXX.
** Vgl. Kap. CXVI, Nr. 5395.

sich schon im Artikel 9 des Vertrages von 1891 bereit erklärt habe, die Ansprüche Italiens gegen die aller andern Bewerber zu unterstützen. Jede weitere Stärkung der italienischen Anwartschaft auf Tripolis werde daher von Deutschland mit Befriedigung begrüßt. Wir zweifelten nicht, daß es der Umsicht und Geschicklichkeit der italienischen Regierung gelingen werde, für die Angliederung den richtigen Moment und die richtige Form zu finden.

Bülow

Nr. 5713

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Wien Fürsten zu Eulenburg

Konzept

Nr. 22 — Berlin, den 9. Januar 1902
Geheim — [abgegangen am 10. Januar]

Aus den Äußerungen des Grafen Nigra, mit welchen Ew. geheimer Bericht vom 1. Januar cr.* eingeleitet wird, habe ich ersehen, daß die italienischen Staatsmänner augenblicklich erwägen, welcher Zeitpunkt ihnen für den Eintritt Italiens in die Verhandlungen wegen Erneuerung des Dreibundes am besten paßt. Ew. wollen eine baldige Gelegenheit ergreifen, um dem italienischen Botschafter zu sagen, Sie hätten seine Bemerkungen unverzüglich nach Berlin weitergegeben, hätten jedoch lediglich die Antwort erhalten, daß dort die Frage einer Erneuerung des Dreibundes zurzeit geprüft werde. Ew. wollen sodann, wie von sich aus, dem Grafen Nigra im Laufe der Unterhaltung etwa das Nachstehende mitteilen:

„Ich erkläre mir die Zurückhaltung meiner Regierung aus dem Umstande, daß diese sich infolge der vollzogenen italienisch-französischen Annäherung** einer neuen Lage gegenübersieht. In der Tat ist die erste Frage, welche sich nicht nur jedem Diplomaten, sondern jedem Zeitungsleser heute aufdrängt, die: Gegen wen und unter welchen Voraussetzungen wird nach dieser Hinneigung zu Frankreich überhaupt noch mit einer Unterstützung Deutschlands durch Italien im Kriegsfalle zu rechnen sein?“

Wenn alsdann in der Antwort des Grafen Nigra auch die Eventualität eines konzentrischen Angriffs von zwei Seiten auf Deutschland erwähnt wird, wollen Ew. in der Ihnen geeignet scheinenden Weise ihm folgende Gedanken nach und nach zugänglich machen:

„Nach der in Berlin heute vorherrschenden Ansicht würde für Deutschland die Möglichkeit eines russischen Angriffs nur als Folge

---

* Siehe Nr. 5710.
** Vgl. darüber Kap. CXXV.

einer großen russischen Umsturzbewegung, wie es die erste französische Revolution war, in Betracht kommen. Der Zar und seine Regierung sind sich ganz klar darüber, daß Frankreich nur so lange seine 900jährige Orientpolitik verleugnen und der Verbündete Rußlands bleiben wird, wie Deutschland fortfährt, für Frankreich ein Gegenstand besonderen Hasses und besonderer Besorgnis zu sein; daß ferner, je mehr die Macht Frankreichs steigt, desto fester auch der französische Riegel vor dem Nordeingange des Bosporus wird. Die Wahrheit dieser beiden Gedanken ist der russischen Regierung durch den französisch-türkischen Konflikt* wieder klar vor Augen geführt worden. Durch die Expedition nach Mytilene nahm Frankreich einen energischen, groß angelegten Anlauf zur Wiedererringung seines alten historischen Prestige im türkischen Orient und setzte sich dadurch zum ersten Male seit dem polnischen Aufstande von 1862 in direkten Gegensatz mit den Zielen Rußlands. Die russische Diplomatie ging denn auch still, aber kräftig an die Arbeit, und unter ihrer Einwirkung schrumpfte die Expedition nach Mytilene zu einer Übungsfahrt zusammen. Diesen Erfolg verdankt Rußland indirekt dem Vorhandensein eines starken Deutschland; ob sonst Frankreich nachgegeben hätte, kann man angesichts der unverhüllten Enttäuschung und Verbissenheit, die sich damals in allen Organen der französischen öffentlichen Meinung bemerkbar machte, füglich bezweifeln. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die ganz besondere Wärme und Herzlichkeit, mit welcher der Zar unserem allergnädigsten Herrn in Danzig begegnete**, mit der gerade damals sich kennzeichnenden Neigung Frankreichs zur Wiederaufnahme einer aktiven Orientpolitik in Zusammenhang stand; Frankreich hatte zum ersten Male seit dem Krimkriege seine Orientkarten aufgedeckt. Deshalb würde heute der Versuch, in Berlin Besorgnis vor einem russischen Kriege wachzurufen, bei allen maßgebenden Faktoren und auch bei der Presse gänzlich mißlingen.

Vielleicht hängt es mit dem Schwinden der Besorgnis vor Rußland zusammen, daß man in Berlin rückhaltloser, als es wohl sonst geschehen wäre, die Frage behandelt, welches Maß von Unterstützung wir fernerhin noch von Italien zu erwarten haben würden. Schon jetzt wird, wie ich (Fürst Eulenburg) mit tiefem Bedauern wahrnehme, seitens einflußreicher Gruppen und Persönlichkeiten verschiedendster Färbung darauf hingewiesen, daß die deutsche Regierung durch ihr Bündnis mit Italien sich den Papst und dessen Anhang innerhalb und außerhalb Deutschlands verfeindet hat. Letzteres läßt sich freilich nicht bestreiten. Mir ist authentisch bekannt, daß bei der letzten Begegnung Leo XIII. meinem allergnädigsten Herrn wörtlich sagte:

---

* Vgl. Kap. CXX.
** Vgl. dazu Kap. CXVI.

„Sire rendez-moi Rome." Worauf Seine Majestät erwiderte, das könne er nicht, da König Humbert sein Freund sei.

Selbstredend läßt sich vernünftigerweise keine noch so veränderte Lage denken, wo ein deutscher Kaiser, wie zur Zeit der Karolinger, dem Papste Rom „wiedergäbe". Die Römerzüge haben über Deutschland unsagbares Elend gebracht, sie waren eine saignée blanche, die das Reich auf Jahrhunderte hinaus schwächte, und sind für alle Zukunft undenkbar. Aber wahrscheinlich würde der Papst sich auch mit wenigerem begnügen und schon damit zufrieden sein, daß Deutschland sich verpflichtete, ruhig zuzusehen, falls Frankreich, wie 1849 und später, ein politisch selbständiges päpstliches Gebiet mit Waffengewalt herstellte. Daß eine solche Zusicherung für die Zukunft genügen würde, um die Beziehungen Deutschlands sowie Österreich-Ungarns zum Heiligen Stuhle gründlich umzugestalten, braucht einem Staatsmanne, wie dem Grafen Nigra, nicht erst bewiesen zu werden. Ebensowenig, daß die Aussichten für das Herankommen einer klerikal-nationalistischen Regierung in Frankreich sich wesentlich steigern würden, wenn sich für letztere in der durch die Wiederherstellung eines weltlichen Papsttums zu bewirkenden Verminderung Italiens eine aussichtsvolle und äußerst populäre Aufgabe böte. Denn selbst der nichtklerikale Teil des französischen Volkes würde die Wiederherstellung der weltlichen Macht als Mittel zur Sprengung der italienischen Einheit mit Freude begrüßen.

Der russischen Regierung würde bekanntlich ein klerikal-nationalistisches Regime in Frankreich sympathischer als das gegenwärtige sein. Die deutsche Regierung ihrerseits hat seit den Tagen des Herrn Thiers und des Marschalls Mac Mahon stets an der Anschauung festgehalten, daß eine klerikale französische Regierung geringere Gewähr für die Erhaltung des Friedens zwischen Frankreich und Deutschland biete als eine republikanische. Mit dieser Anschauung haben wir niemals hinter dem Berge gehalten, und sie mag das ihrige dazu beigetragen haben, daß an der Wahlurne die Stimmen derer, welche einem Revanchekriege aus dem Wege gehen wollten, den antiklerikalen republikanischen Kandidaten zufielen.

Die Wiederherstellung einer, wenn auch engbegrenzten territorialen Souveränität des Papstes würde, sobald sie überhaupt erreichbar schiene, in den Gefühlen des klerikalen Frankreichs allen anderen Aufgaben vorgehen und die elsaß-lothringische Frage schon deshalb in den Hintergrund drängen, weil der Krieg mit Deutschland ein ganz anderes Wagnis sein würde als ein Krieg mit Italien bezw. eine Landung bei Civitavecchia."

Die vorstehend skizzierten Gesichtspunkte bitte ich als eigene Augenblicksgedanken in Ihren Gesprächen mit dem Grafen Nigra zu verwenden. Ich lege besonderen Wert darauf, daß dem italieni-

schen Botschafter, wenn auch nicht in einer und derselben Unterhaltung, sondern nach und nach, aber vollständig und bald die Lage klargemacht wird. Die auf italienische und französische Volksstimmung bezüglichen Punkte dieser Darlegung werden Ew. pp. wohl am besten in Frageform an den Grafen heranbringen, unter ausdrücklicher Anerkennung seiner genaueren Kenntnis von Land und Leuten. Auch wenn der Graf, wie das nicht anders zu erwarten ist, eine unbequeme Insinuation als irrig behandelt, wird dieselbe doch, vom deutschen Vertreter kommend, ihre Wirkung tun.

Die durch das italienisch-französische Tripolisabkommen* bewirkte Verstärkung der italienischen Anwartschaft auf jenes Gebiet werden Ew. pp. dem Grafen Nigra gegenüber durchaus sympathisch behandeln können.

Ew. pp. Berichterstattung über Ihre nächsten Gespräche mit dem italienischen Botschafter sehe ich mit besonderem Interesse entgegen.

Dem Grafen Goluchowski bitte ich zu sagen, daß Sie wegen der Dreibundanregung nach Berlin berichtet haben, zugleich auf Wunsch und unter Erwähnung des italienischen Botschafters, daß jedoch aus der Antwort hervorgeht, wie die Kaiserliche Regierung, bevor sie zum Eintritt in die Verhandlungen Stellung nimmt, hinsichtlich der italienischen An- und Absichten klarer zu sehen wünsche, als ihr dies auf Grund der aus Rom bisher eingegangenen Berichte möglich sei. Diese Reserve sei namentlich auch veranlaßt durch die neuerdings von Herrn Delcassé an den Vertreter des „Giornale d'Italia" gerichtete Aufforderung**, daß Italien wegen seiner Aspirationen auf der Balkanhalbinsel und speziell auf das Gebiet zwischen Mazedonien, Serbien und dem Adriatischen Meere sich doch an die „Kooperation" des Zweibundes wenden möge. Deshalb hielte ich es für angezeigt, die italienische Regierung vor Beginn der Verhandlungen zu dem Bewußtsein zu bringen, daß von deutscher Seite ein Verbleiben Italiens im Bundesverhältnis zwar als sehr erwünscht, jedoch nicht als für uns unter allen Umständen notwendig betrachtet werde. Hinsichtlich der Behandlung von Balkanfragen hätte ich Herrn Prinetti sagen lassen, Deutschland werde voraussichtlich allem zustimmen können, worüber Rom und Wien sich verständigten.

Über die Äußerungen des Grafen Goluchowski wollen Ew. pp. seinerzeit berichten, die Aufträge für Graf Nigra bitte ich jedoch unter allen Umständen und sofort zu erledigen.

Bülow

---

* Über dieses Abkommen war man in Berlin durch die Tripolisrede Prinettis vom 14. Dezember 1901 (vgl. Nr. 5708, Fußnote) halbwegs orientiert.
** Vgl. Nr. 5712, Fußnote **.

Nr. 5714

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 5 Rom, den 9. Januar 1902
Geheim

In unserem Gespräch kam Herr Prinetti auf die Erneuerung des Dreibundes zurück. Er habe freie Hände und sei mit dem König und Zanardelli dazu bereit. Graf Bülow und Graf Goluchowski hätten erklärt, daß die politischen und kommerziellen Verträge in keiner direkten Beziehung ständen, und er habe sich wohl gehütet, in dieser Beziehung eine andere Meinung auszusprechen.

Da er Herrn Barrère, wenn auch nur gesprächsweise, versprochen, daß der Vertrag auch ferner keine aggressive Spitze gegen Frankreich enthalten werde, so wäre es ihm, da man den ganzen Vertrag wegen der Balkanabmachungen etc. nicht veröffentlichen könne, obgleich Graf Nigra für eine solche Veröffentlichung als bestes Beruhigungsmittel plädiere, lieber, wenn man eine den defensiven Charakter derselben betonende Einleitungsformel zu finden vermöge, die man Frankreich mitteilen könne.

Die öffentliche Meinung erwarte zwar hier, daß die Erneuerung der Handelsverträge mit der der Allianz Hand in Hand gehen müsse, und daher wäre es für die italienische Regierung immerhin gewagt, zu einem einseitigen Abschluß der letzteren zu schreiten. Mit Deutschland allein würde er indessen nicht einen Moment Bedenken tragen, aber auch mit Österreich erscheine die Verständigung sehr viel erleichtert. Letzteres habe sich nämlich, wie er mir ganz geheim mitteilen wolle, bereit erklärt, den Zoll auf italienischen Wein auf acht Gulden zu ermäßigen, und da er selbst geneigt sei, die Erhöhung dieses Zollsatzes gegen gewisse kleine Konzessionen auf Zitronen etc. bis auf fünf und selbst sechs Gulden zu akzeptieren, so sei die Differenz schließlich keine große mehr, und es sei fast nur noch nötig, daß Österreich sich über den dem italienischen Wein zu gewährenden Ausnahmetarif mit Frankreich verständige.

Der österreichisch-ungarische Tarif werde freilich, wie Graf Nigra ihm geschrieben, erst Ende dieses Jahres fertig werden, da es sich aber bei den Vertragsverhandlungen nur um die Weinklausel handele, so dürften dieselben rasch erledigt sein und dann immer noch genügend Zeit zur Erneuerung der Allianz bleiben.

Als ich einwarf, daß das allerdings ein Verschieben bis zum letzten Moment bedeuten würde, erwiderte der Minister, er habe die Idee, die drei Verbündeten möchten in einer formellen Erklärung

schon jetzt ihrem festen Willen, sowohl die Handels- wie die Allianzverträge zu erneuern, Ausdruck geben. Ich replizierte, es würde mir von Interesse sein, wenn er mir die Formulierung einer solchen Erklärung, die nach meiner Ansicht kaum mehr als einen theoretischen Wert haben dürfte, zukommen lassen wollte, worauf Prinetti meinte, es erfordere das allerdings Nachdenken, mais enfin — nous sommes prêts! — Im übrigen würden wir ja über die Angelegenheit noch weiter sprechen.

Ich habe aus diesen ganzen Äußerungen den Eindruck gewonnen, als wenn Herrn Prinetti die allzuheißen französischen Liebeswerbungen ein wenig bange machen und er den Wunsch hat, denselben durch die Erneuerung des Dreibundes ein fait accompli gegenüberzustellen.

In Euerer Exzellenz Intentionen glaube ich zu handeln, wenn ich die Sache nach wie vor an mich herankommen lasse und die weitere Initiative des Herrn Prinetti abwarte, die, wie ich beinahe annehme, bald auf eine Verlängerung der Allianz auch ohne die Verbindung der Handelsvertragserneuerung, weil er letztere mit Sicherheit erhofft, hinauslaufen wird.

Wedel

Nr. 5715

Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen von Bülow

Reinschrift

Berlin, den 12. Januar 1902

pp.* Über den Dreibund, fuhr ich fort, hätte ich dem italienischen Botschafter nicht viel mehr zu sagen, als was ich ihm am 1. Januar

---

* Der Anfang der Bülowschen Aufzeichnung über seine Unterredung mit Graf Lanza vom 12. Januar, der sich speziell auf die Tripolisfrage bezieht — Graf Bülow wiederholte die Versicherung, daß Deutschland nichts ferner liege, als den Italienern den Besitz von Tripolis zu mißgönnen oder dem Erwerb von Tripolis durch Italien irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg zu legen — findet sich in Kap. CXXV, Nr. 5850. Der eine kurze Weile bei Minister Prinetti bestandene Eindruck, daß Deutschland den Aspirationen Italiens auf Tripolis nicht eben freundlich gegenüberstehe, war nicht ohne Einfluß auf seine Stellungnahme bezüglich der Erneuerung des Dreibundes geblieben; erst als Prinetti durch Graf Wedel am 11. Januar von den günstigen Dispositionen Deutschlands in der Tripolisfrage verständigt wurde, ließ er sich hierbei, Graf Lanza zu der Erklärung zu autorisieren, daß Italien bereit sei, sofort in Unterhandlungen wegen Erneuerung des Dreibundvertrags einzutreten. Allerdings hielt er an der Voraussetzung fest, daß Deutschland und Österreich ihre Bereitwilligkeit kundgäben, auch die Handelsverträge erneuern zu wollen. Vgl. Kap. CXXV, Nr. 5849.

privatim und kürzlich im Reichstag öffentlich über diesen Gegenstand gesagt habe*. Der Vertrag mit Italien sei für uns keine Lebensfrage. Unter Umständen würde es für uns wohl möglich sein, anderswo Anlehnung, Entschädigung, Gegenleistungen und Kompromisse zu finden. Eine Isolierung sei für uns aus vielen Gründen weniger bedrohlich, wie eine solche für Italien sein würde. Die römische Frage sei wesentlich heikeliger und schwieriger als die elsaß-lothringische. Die Erneuerung des Dreibundes wünschte ich für Deutschland mehr aus Pietät gegenüber einer alten und bewährten Einrichtung, für Italien aber als Freund dieses Landes, da für Italien der Dreibund eine Existenzfrage sei und es sonst in völlige Abhängigkeit von Frankreich gerate. Ich sei bereit, den Dreibund zu erneuern, aber unter zwei Voraussetzungen:

1. müsse Italien uns erklären, daß es keine Abmachungen mit anderen Staaten getroffen habe, welche die defensive Wirksamkeit der Dreibundverträge beeinträchtigen könnten;

2. müsse der Dreibund, was uns beträfe, unverändert bleiben, während wir voraussichtlich mit jedem Abkommen einverstanden sein würden, das Italien mit Österreich-Ungarn über Balkanangelegenheiten träfe, oder mit allen diesbezüglichen Abänderungen des Vertrages. Hierbei ließ ich noch einfließen, daß ich mich des Eindrucks nicht erwehren könne, als ob Herr Prinetti gegenüber Herrn Barrère sehr schwach und allzu vertrauensvoll sei, und daß ich anfinge zu glauben, was uns von französischer Seite über die Hinneigung des italienischen Königspaares nach Frankreich insinuiert würde.

Ich bemerkte schließlich, daß ich wegen des Abschlusses des Dreibundvertrages nicht drängte, aber darauf aufmerksam machte, daß, wenn von italienischer Seite die Sache hingezogen würde, dies Seine Majestät den Kaiser leicht mißtrauisch machen könnte. Welche Folgen ein ernstliches Mißtrauen meines allergnädigsten Herrn gegenüber Italien für die weitere Orientierung unserer Politik und damit für Italien haben könnte, sei unberechenbar.

Bülow

---

* Am 8. Januar hatte sich Graf Bülow im Reichstage über die internationale Lage verbreitet. Er verweilte in seiner Rede des längeren bei dem Dreibunde. Es hieß in seiner Rede u. a.: „Der Dreibund erfreut sich noch immer des besten Wohlseins und ich denke und hoffe, es wird ihm so gehen, wie solchen Personen, die fälschlich totgesagt werden und nun erst recht lange leben." Und weiter: „Der Dreibund ist nicht eine Erwerbsgemeinschaft, sondern er ist eine Versicherungsgesellschaft." Über Italien: „In einer glücklichen Ehe muß der Gatte auch nicht gleich einen roten Kopf kriegen, wenn seine Frau mit einem andern eine unschuldige Extratour tanzt. Hauptsache ist, daß sie ihm nicht durchgeht; sie wird ihm nicht durchgehen, wenn sie es bei ihm am besten hat."

Nr. 5716

Der Botschafter in Wien Fürst zu Eulenburg an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 10 Wien, den 12. Januar 1902
Geheim

Auf geheimen Erlaß vom 9. d. Mts., Nr. 22*.

Ich suchte heute Graf Nigra auf, nachdem gestern abend der Auftrag Euerer Exzellenz in meine Hände gelangt war. Mein Vorwand war eine Mitteilung respektive Erkundigung wegen einer Frage innerer österreichischer Politik.

Ehe ich die Frage des Dreibundes und des Grafen letzte darauf bezüglichen Bemerkungen berühren konnte, sagte mir der Botschafter, ziemlich erregt, folgendes:

„Sie entsinnen sich meiner Mitteilungen über den Gedanken meiner Regierung, das politische Bündnis mit den Handelsverträgen gleichzeitig erneuern zu wollen. Nur erhielt ich gestern von Prinetti den Auftrag, dieses unter eingehender Motivierung Goluchowski vorzuschlagen. Natürlich ist es ein Unding! Wie soll man einen Handelsvertrag, der unmöglich vor zwei Jahren fertig wird, mit einem Vertrag, der in einigen Monaten erneuert werden muß, in Verbindung bringen? Ich habe die Sache Goluchowski mitgeteilt und ihn gebeten, sehr eindringlich durch Pasetti** auf den nonsens hinzuweisen, ebenso wie ich sofort und wiederum auf die Unmöglichkeit hingewiesen habe. So schlecht, wie unter diesen Umständen die Dinge liegen, sehe ich nur die Möglichkeit, daß von Berlin aus eingewirkt werde, und zwar in dem Sinne eines Abkommens über das Fortlaufen des Vertrages bis zu dem Termin des Abschlusses der Handelsverträge. Einen anderen Ausweg wüßte ich jetzt nicht. Von Ihnen muß aber der Vorschlag kommen — dann wird er akzeptiert werden, wie ich meine —, nicht von Österreich, das könnte bei uns auf Schwierigkeiten stoßen. Ich bitte Sie dringend, in diesem Sinne an den Grafen Bülow zu schreiben. Ich fürchte wahrhaftig sonst für das Bündnis."

Wenn ich bereits Euerer Exzellenz in meinem letzten Briefe den Gedanken aussprach, daß mit jenem merkwürdigen Verlangen der italienischen Regierung vielleicht der Hebel für die Kündigung des Bündnisses angesetzt werden sollte, so mußte dieser Gedanke bei der mir von Graf Nigra gemachten Mitteilung nur noch lebhafter in mir auftauchen.

Ich sagte dem Botschafter deshalb, daß mir der Auftrag Herrn

* Siehe Nr. 5713.
** Österreich-ungarischer Botschafter in Rom.

Prinettis höchst eigentümlich erscheine, da doch die italienische Regierung über die Unmöglichkeit der Durchführung jener Wünsche in Österreich orientiert sein müsse. Es röche die Sache nach Kündigung[1].

Graf Nigra antwortete schnell, aber ganz bestimmt, daß dieses nach seiner festen Überzeugung Herrn Prinetti fern läge[2]. Er (Nigra) sei allerdings nicht der Ansicht gewesen, daß man die von Visconti Venosta abgeschlossenen Abmachungen mit Frankreich* öffentlich verkünde[3], weil das ja von einem Manne wie Barrère zum Aufschäumen gebracht werden würde, und man bei den leicht erregbaren Italienern auf allerhand Aufregung gefaßt sein müßte — aber diese Ehrlichkeit[4] Prinettis sei eben nur das, und er halte wirklich an dem Bündnis fest. Ich machte hierauf die Bemerkung, daß Graf Nigra wohl ebenso wie ich und jeder Zeitungskorrespondent als Folge dieser Prinettischen Äußerung den Eindruck haben müsse, sich einer neuen Lage gegenüber zu befinden. Man frage sich, gegen wen und unter welchen Voraussetzungen nach dieser Hinneigung zu Frankreich überhaupt noch mit einer Unterstützung Deutschlands durch Italien im Kriegsfalle zu rechnen sei?

Graf Nigra antwortete: „Sie haben vollkommen recht. Aber der Kriegsfall ist doch nur die Defension gegen Frankreich — und Frankreich weiß, daß unser Bündnis diesen Charakter trägt. Deshalb hat sich auch Frankreich bei den bewußten Abmachungen nicht an unserm Bündnis gestoßen."

Ich erwiderte, daß es mir aufgefallen sei, wie auf meine Mitteilung seiner Bemerkungen an den Grafen Bülow ich lediglich die Antwort erhalten habe, „daß in Berlin die Frage der Erneuerung des Dreibundes geprüft werde". Die Kürze und das fast Abweisende dieser Antwort ließen mich fast darauf schließen, daß auch dort unsere — des Grafen Nigra und meine — Ansicht geteilt würde, daß man sich einer neuen Lage gegenüber befände.

Die Unterhaltung bewegte sich nun nochmals in der Richtung der Nützlichkeit des italienischen Faktors im Kriegsfalle, und es kam seitens des Grafen die Eventualität eines konzentrischen Angriffs von zwei Seiten auf Deutschland zur Sprache. Ich entwarf nach der mir vorgezeichneten Richtung dem Botschafter das Bild der russischen Politik bezüglich seines Bündnisses mit Frankreich und seiner Beziehungen zu Deutschland. Graf Nigra teilte meine Ansicht in jeder Hinsicht — besonders in bezug auf die Wichtigkeit eines starken Deutschlands für Rußland. Er fügte aber hinzu: „Immerhin ist es gut, wenn der Zweibund nicht[5] durch Italien verstärkt wird." Schließlich äußerte er mit großem Nachdruck: „Es darf nicht sein, daß eine andere Kombination als die gegenwärtige eintrete! Wenn man überhaupt kein Bündnis hat, so hat das nichts auf sich. Aber

* Vgl. dazu Kap. CXXV, Nr. 5834 und Nr. 5842.

ein vorhandenes Bündnis lösen, ist ein gefährliches und beunruhigendes Experiment. Darum komme ich wieder darauf zurück: machen Sie in Berlin, was Sie können, um die Sache in Ordnung zu bringen — und zwar durch jene Verlängerung bis zu dem Termin der Erneuerung der Handelsverträge. Es ist ein wahres Unglück, daß man damals nicht auf meinen Vorschlag der stillschweigenden Verlängerung des Vertrages, solange keine Kündigung erfolgt, einging![6] Aber Kálnoky wollte es durchaus nicht. Wir hätten nicht jetzt die eingetretenen Schwierigkeiten!"

Leider wurde unsere so gut in Fluß befindliche Unterhaltung unterbrochen. Ich vermochte weiteres von den mir an die Hand gegebenen Argumenten nicht anzuwenden und muß eine zweite Unterredung dazu benutzen.

Ich kann nicht leugnen, daß ich den Eindruck habe, als spiele man in Rom ein Spiel, das Graf Nigra nicht „mitmachen" will.

Ich halte es für ausgeschlossen[7], daß der Botschafter etwa Herrn Prinetti jenen Gedanken eines Zusammenwerfens des politischen Bündnisses und der Handelsverträge an die Hand gegeben hat. Er würde weder den Ausweg aus dieser impasse so dringend empfehlen, noch mich so inständig und warm bitten, für ein Wirken Deutschlands in der schwierigen Lage einzutreten.

Es sieht eher aus, als ob der alte und erfahrene Staatsmann ein Abenteuer seines jungen Monarchen[8] befürchtet.

P. Eulenburg

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] ?
[2] Sehr richtig
[3] richtig
[4] Eitelkeit
[5] noch
[6] !!
[7] ich auch
[8] ?

Nr. 5717

Der Botschafter in Wien Fürst zu Eulenburg an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 12 Wien, den 14. Januar 1902
Geheim

In bezug auf geheimen Erlaß Nr. 22 vom 9. d. Mts.*.

Ich hatte gestern abend Gelegenheit, dem Grafen Goluchowski den mir gewordenen Auftrag zu übermitteln.

---

* Siehe Nr. 5713.

Der Herr Minister glaubt, daß das inzwischen dementierte[1] Interview des Herrn Delcassé* tatsächlich eine freie Erfindung war. Es scheint ihn der Marquis de Reverseaux** in dieser Hinsicht beruhigt zu haben. Graf Goluchowski sagte mir, er habe die Sache von Anfang an für zu plump gehalten, um sie glauben zu können[2].

Was die Frage des Dreibundes betrifft, so steht der Graf nach wie vor auf dem Standpunkt, daß Italien nicht abspringen werde. Italien wolle nur das denkbar beste „Geschäft" machen. „Und wenn es den Italienern sogar seinerzeit geglückt ist, ein gutes Geschäft zu machen, wenn sie geschlagen wurden," setzte er hinzu, „werden sie wohl jetzt wieder ihren Vorteil finden, auch ohne aus dem Dreibund zu scheiden."

Über den Inhalt des Vertrages äußerte der Graf im Anschluß an diese Bemerkungen folgendes: „Wenn ich auch überzeugt davon bin, daß Italien im Bunde bleiben will, so halte ich doch daran fest, daß der Vertrag derartig laute, daß die Italiener nicht etwa glauben können, durch eine ihnen passende Interpretation ausscheiden zu können, wenn wir noch der Meinung sind, daß alles feststeht[3]. Darin sähe ich eine Gefahr, und wir müssen Vorkehrungen treffen, sie zu beseitigen. Nach meiner Auffassung ist eine verschiedene Interpretation des Vertrages bezüglich der Erneuerung denkbar. Ich werde dieses durch Szögyényi seinerzeit in Berlin darlegen lassen, sobald ich Zeit gehabt haben werde, diese Anschauungen präzisiert zu haben. Ich glaube, daß es nötig sein wird, das Prinzip der stillschweigenden Verlängerung festzulegen. Aber ich lasse mich nicht in dieser Hinsicht auf mündlichen Gedankenaustausch oder mündliche Abmachungen ein. Das müßte protokollarisch festgelegt werden. Wir dürfen den Italienern nicht die Tür auflassen, durch welche sie entschlüpfen könnten."

Ich teilte hierauf dem Grafen mit, daß ich über meine Unterredung mit Graf Nigra nach Berlin berichtet habe und man dort hinsichtlich der italienischen Absichten vorderhand, und ehe man zum Eintritt in die Verhandlungen Stellung nehme, klarer zu sehen wünsche, als dies auf Grund der aus Rom eingegangenen Berichte möglich sei. Ich könne ihm, dem Minister, auch mitteilen, daß Graf Nigra mir von seiner letzten Unterredung mit ihm Kenntnis gegeben habe. Der Botschafter schiene über das Verlangen Prinettis ziemlich beunruhigt zu sein.

Aus der Antwort des Grafen Goluchowski ergab sich, daß Graf Nigra den Auftrag des Herrn Prinetti, bei der hiesigen Regierung auf die Erneuerung des politischen Bündnisses im Zusammenhang mit den Handelsverträgen hinzuwirken, in sehr abgeschwächter

---

* Vgl. Nr. 5712, S. 515, Fußnote ** und Kap. CXVIII, Nr. 5560, Fußnote ***.
** Französischer Botschafter in Wien.

Form ausgerichtet hat. Ich muß daraus entnehmen, daß Graf Nigra geradezu Besorgnis vor einer ernsteren Wendung gehabt hat und eine erneute Einwirkung in Rom versuchen will, ehe er wieder in Fragen des Bündnisses hervortritt.

P. Eulenburg

Randbemerkung von Holsteins:
[1] Von Getti aufrechterhalten
Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[2] ?
[3] Gut

Nr. 5718

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Entzifferung

Nr. 31 Rom, den 18. Januar 1902
Geheim

pp. In unserem weiteren Gespräche, dem teilweise auch Herr Malvano* beiwohnte, äußerte Herr Prinetti, der König, Herr Zanardelli und er seien zur sofortigen Erneuerung des Allianzvertrags bereit. Derselbe könne ja im wesentlichen bleiben wie er sei. Nachdem auch England, wie ihm Lord Currie** gesagt, — die Aufmerksamkeiten, die dem Könige Viktor Emanuel in der englischen Thronrede*** und in beiden Häusern erwiesen, haben hier inzwischen einen sehr günstigen Eindruck gemacht — jetzt voraussichtlich bereit sein werde, eine der französischen analoge Erklärung in betreff Tripolis† abzugeben, und nachdem Euere Exzellenz sich in dieser Beziehung so klar ausgesprochen, erachte er diese Gefahr für beschworen, und in dem Bewußtsein der gesicherten Erbschaft werde kein Mensch in Italien daran denken, vorzeitig etwas gegen Tripolis zu unternehmen.

Was die Balkanfragen angehe, so würden gewisse Änderungen vielleicht angezeigt erscheinen, wobei der Minister andeutungsweise einfließen ließ, daß auch Deutschland auf diesem Gebiete möglicherweise Garantien zu übernehmen vermöchte. Die letztere Anspielung habe ich sofort, und zwar auf das allerbestimmteste zurückgewiesen. Ich könne zwar, so erklärte ich, nicht in Euerer Exzellenz

---

* Generalsekretär im italienischen Ministerium des Auswärtigen.
** Englischer Botschafter in Rom.
*** Die Thronrede, mit der am 16. Januar 1902 das englische Parlament eröffnet wurde, gedachte in schmeichelhafter Weise des vom König von Italien übernommenen Schiedsrichteramts in der Guianagrenzfrage.
† Vgl. Nr. 5708, Fußnote.

Namen sprechen, aber ich glaube die traditionelle Linie unserer Balkanpolitik genau genug dahin zu kennen, daß wir jede direkte oder aktive Einmischung in die dortigen Verhältnisse geflissentlich vermieden. Ich erachte es deshalb für zweifellos, daß wir jede Anregung dieser Art von Hause aus ablehnen würden. Wie ich ihm in Euerer Exzellenz Auftrage mitgeteilt, würde Deutschland, soweit Balkanfragen in Betracht kämen, voraussichtlich allem, worüber sich Italien und Österreich verständigen, seinerseits zustimmen, ich könne ihm also nur empfehlen, sich diesbezüglich mit Österreich in Verbindung zu setzen.

Als Herr Prinetti später wieder auf seine Idee zurückkam, dem Allianzvertrage eine dessen defensive Tendenz betonende, zur Veröffentlichung geeignete Einleitung vorauszusetzen, habe ich ihn freundlich, aber sehr ernst ersucht, diesen Gedanken definitiv fallenzulassen. Ganz abgesehen von der Zwecklosigkeit einer solchen Einleitung, werde dem Herrn Reichskanzler doch nicht zugemutet werden können, daß er die Wahrheit seiner jüngsten, im Reichstage abgegebenen klaren und feierlichen Erklärungen* über den Charakter unseres Bündnisses noch einmal in anderer Form bekräftige. Dabei habe ich ganz offen ausgesprochen, daß ein solches Ansinnen ihn, den Minister, leicht in den Verdacht bringen könne, auf zwei Achseln tragen zu wollen. Ich glaube, daß diese ziemlich deutliche, im übrigen aber dem Tone nach unseren persönlichen guten Beziehungen angepaßte Sprache ihren Eindruck nicht verfehlt hat, da Herr Prinetti meinte, die Situation sei allerdings durch Euerer Exzellenz Rede verändert worden. Er denke daran, einen Passus in die Thronrede aufnehmen zu lassen, der den defensiven Charakter des Dreibunds betone, oder aber selbst sich in der Kammer in diesem Sinne zu äußern.

Der Minister kam dann auf die Handelsverträge und auf die Notwendigkeit für Italien, in dieser Beziehung wenigstens gewisse moralische Garantien zu erlangen. Er denke dabei gar nicht an Deutschland, wohl aber komme Österreich in Frage, um so mehr als Graf Goluchowski dem Grafen Nigra noch kürzlich ganz spontan erklärt habe, es bestehe zwischen den politischen und den Handelsverträgen keinerlei Zusammenhang.

Der anwesende Herr Malvano zitierte darauf den ungefähren Inhalt des im Jahre 1891 unterzeichneten, die abzuschließenden Handelsverträge betreffenden Protokolls, das dem Minister nicht genügende Garantien zu enthalten schien. Ich habe mich hier auf den Ausdruck der persönlichen Ansicht beschränkt, daß mir die Übernahme weiterer Verpflichtungen schon an sich, ganz besonders aber auch deshalb ausgeschlossen erscheine, weil bei den Handelsver-

* Vgl. Nr. 5715, S. 524, Fußnote *.

trägen und Tariffeststellungen nicht nur die Souveräne und Regierungen, sondern auch die Parlamente mitzusprechen hätten und also niemand, auch Italien nicht, sich fest zu binden vermöge.

Als Herr Prinetti später dem Gedanken Ausdruck gab, ob wir nicht eine gemeinsame Formel für die etwa vorzunehmenden Änderungen finden könnten, habe ich ihm geantwortet, Italien sei es, das Änderungen wünsche und für den Abschluß der Handelsverträge Garantien erstrebe, nicht wir, und meines Wissens auch nicht Österreich. Ich könne ihm also nur anheimstellen, sich wegen etwaiger, die Balkanfrage berührender Änderungen des Bündnisvertrags mit Österreich zu verständigen, seine Wünsche wegen eines etwaigen, die Handelsverträge betreffenden Protokolls aber selbst zu formulieren. Daraus aber wolle ich ihm kein Hehl machen, daß es mir Zeit erscheine, der Frage endlich näherzutreten, weil ein längeres Hinhalten leicht Mißtrauen erwecken könne.

Der Minister, der nach wie vor daran festhält, daß die Vereinbarungen mit uns keinerlei Schwierigkeiten begegnen werden, scheint den Wunsch zu haben, sich zunächst mit uns zu verständigen, wohl weil er glaubt, daß der Weg über Berlin nach Wien gangbarer als der direkte. Daß er baldigst mit positiven Anträgen hervortreten wird, weil die Gefahr schließlich, zwischen zwei Stühlen zu sitzen, sich ihm wohl aufdrängt, nehme ich an.

Wedel

Nr. 5719

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 32 Rom, den 19. Januar 1902

Ich hatte heute ein längeres Gespräch mit dem für einige Tage hier weilenden Marquis Visconti Venosta*, in welchem letzterer sich offen, wenn auch ganz vertraulich, über verschiedene Fragen aussprach.

Der Marquis äußerte, man sei hier in allen ernsten Kreisen, vom Könige angefangen, von der Notwendigkeit der Erneuerung des Dreibundes überzeugt[1]. Wenn man damit jetzt hier noch zögere, so möge man dabei auf Seiten der Alliierten Geduld haben. Die Schwierigkeit liege in den Handelsverträgen, ohne deren wenigstens annähernde Sicherung die Regierung der Kammer gegenüber in eine gefährliche Situation geraten würde[2]. Vielleicht wolle Herr Prinetti

* Italienischer Minister des Äußern 1896/98, 1899/1900.

daher den günstigen Moment abwarten, wenn das Parlament in die Sommerferien gegangen sei[3]. pp.*

Marquis Visconti schloß hieran eine ganz vertrauliche Mitteilung, von der Euere Exzellenz, wie ich annehme, seit langem Kenntnis haben dürften, die mir aber in ihrer Form wenigstens unbekannt war. Danach hat der Marquis bei Gelegenheit des Besuches des Grafen Goluchowski in Monza** mit letzterem dahin mündliche Erklärungen ausgetauscht, daß weder Österreich noch Italien auf Albanien[1] aspirieren, daß beide für den Status quo und, falls dieser sich nicht aufrechterhalten lassen sollte, für die Autonomie jener Gebiete eintreten wollen. Diese allgemeine Verständigung hatte zwar Marquis Visconti Venosta mir gegenüber bei früherer Gelegenheit des öfteren erwähnt, neu aber war mir, daß darüber ein Notenaustausch stattgefunden hat.

Nachdem er nämlich im Dezember 1900, so erzählte mir der Marquis, in der Kammer seine beruhigenden Erklärungen über Albanien*** abgegeben habe, hätte Graf Goluchowski ihm dafür danken lassen, und diese Gelegenheit hätte er benutzt, um seinem österreichischen Kollegen vorzuschlagen, die damals in Monza gewechselten Erklärungen in einer Note niederzulegen †, was dann auch geschehen sei[1].

Im weiteren Verlaufe unseres Gespräches äußerte der Marquis, er selbst sei zwar ein alter österreichischer Rebell, er erachte aber gute Beziehungen zu Österreich für Italien von eminentester Wichtigkeit. Der Dreibund sichere diese Beziehungen, er paralysiere die irredentischen und sonstigen turbulenten italienischen Elemente. Höre der Dreibund auf, so würden ernste Konflikte mit Österreich voraussichtlich sofort auf die Tagesordnung kommen. Dieser Punkt sei seiner Ansicht nach für Italien einer der schwerwiegendsten der ganzen Tripelallianz[4]. Graf C. Wedel

---

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Richtig
[2] ?
[3] !!
[4] sehr richtig

---

* Das Mittelstück des Berichts, das über Tripolis handelt, findet sich in Kap. CXXV, Nr. 5851.
** 6. November 1897.
*** Am 18. Dezember 1900 hatte Visconti Venosta in der Deputiertenkammer erklärt, daß Italien sowohl als auch Österreich-Ungarn die Aufrechterhaltung des Status quo in Albanien als ihren beiderseitigen Interessen am besten entsprechend erachteten.
† Siehe den Notenwechsel vom 20. Dezember 1890 bzw. 9. Februar 1901 bei Pribram, Die Politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, I, 83 f.; deutsche Übersetzung bei W. N. Doerkes-Boppard, Das Ende des Dreibundes (1916); S. 20 f.

Nr. 5720

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 16 Rom, den 22. Januar 1902
Geheim

Heute abend wird von hier ein Telegramm an Graf Lanza abgesandt, welches die generellen Linien der von der italienischen Regierung gewünschten und vom Könige genehmigten Änderungen des Dreibundvertrags enthält und die zu Euerer Exzellenz vorheriger Orientierung mitzuteilen ich nicht unterlassen will.

Die den defensiven Charakter betonende Eingangsklausel hat Herr Prinetti definitiv fallenlassen. Er will sich bei einem geeigneten Anlaß im Sinne Euerer Exzellenz Rede* öffentlich über den Charakter des Dreibundes äußern [1]. Der auf Tripolis bezügliche Paragraph soll nach hiesigen Wünschen eine Fassung erhalten, in welcher die von mir in Euerer Exzellenz Auftrag abgegebene, im Schlußsatz des hohen Erlasses vom 9. d. Mts., Nr. 13**, enthaltene Erklärung Ausdruck findet.

Die auf die Balkanhalbinsel bezüglichen Bestimmungen sollen eine präzisere Form und eine Erweiterung dahin erfahren, daß der Status quo garantiert wird [2]. Für das dem Vertrag von 1891 angeheftete, die abzuschließenden Handelsverträge betreffende Protokoll wird eine präzisere Fassung gewünscht [3], um Österreich in dieser Richtung möglichst zu binden, nachdem man hier scheinbar den Eindruck gewonnen hat, als wenn man in Wien einem Handelsvertrag mit Italien ausweichen möchte.

Am 1. Februar soll ein Kurier nach Berlin gehen, um dem Grafen Lanza die bis dahin fest formulierten hiesigen Vorschläge zu überbringen. Herr Prinetti sagte mir bei dieser Gelegenheit, es sei sein Wunsch, daß, ehe er mit Österreich über die die Balkanfrage und das Protokoll betreffenden Änderungen in Verbindung trete, Euere Exzellenz zunächst davon Kenntnis erhielten.

Baron Pasetti, der mich heute besuchte, erzählte mir im strengsten Vertrauen, er habe mit Herrn Prinetti vorgestern auf dessen Einladung konferiert. In dieser Unterredung habe der Minister die Notwendigkeit der Erhaltung des Status quo auf der Balkanhalbinsel betont und erklärt, daß Konstantinopel nicht russisch, aber auch nicht bulgarisch oder überhaupt slawisch werden dürfe [4], weil das Schwarze Meer dann ein großer russischer Hafen werden würde [5], der Italiens

---

* Vgl. Nr. 5715, S. 524, Fußnote *.
** Siehe Nr. 5712.

Stellung im Mittelmeer ernstlich bedrohe. Herr Prinetti hat bei dieser Gelegenheit auch auf die mögliche Übernahme gewisser Garantien für den Status quo auf der Balkanhalbinsel seitens Deutschlands hingewiesen, doch hat der Botschafter geantwortet, er glaube nicht, daß wir nach unserer traditionellen Orientpolitik bindende Verpflichtungen übernehmen würden.

Ich nehme an, daß Graf Goluchowski dem Fürsten zu Eulenburg über die italienischen Balkanwünsche, die mein österreichischer Kollege nach Wien gemeldet hat, sprechen wird.

Euere Exzellenz darf ich bitten, von den Mitteilungen des Baron Pasetti nach keiner dritten Seite hin Gebrauch machen zu wollen.

Wedel

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Er soll aber auch nicht mehr sagen, als ich gesagt habe
[2] vederemo
[3] können wir darauf eingehen?
[4] !
[5] !!

Nr. 5721

Der Botschafter in Wien Fürst zu Eulenburg an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 26 Wien, den 23. Januar 1902
Geheim

Die Stellung des Herrn Prinetti zu dem Bündnis mit Österreich hat in den letzten Tagen eine kleine Wandlung erfahren.

Graf Nigra sagte mir, daß man ihn nicht mehr mit dem Auftrag inkommodiert habe, die Gleichzeitigkeit der Erneuerung des politischen Bündnisses und der Handelsverträge zu verlangen. Jedoch wünsche man, daß eine Erklärung abgegeben werde, wonach das Wiederzustandekommen des Handelsvertrages zugesagt respektive versprochen würde.

Graf Nigra sagte mir sehr richtig, daß diese Forderung eigentlich ebenso unmöglich sei als die erste. Wie soll die Regierung, ehe sie die Parlamente befragt hat, eine solche Erklärung geben?

Immerhin scheint in den Anschauungen in Rom eine Modifikation eingetreten zu sein, die ja wohl noch weiter modifikationsfähig sein wird.

Auf die dringenden Vorstellungen des Grafen Nigra bei Herrn Prinetti, daß König Viktor Emanuel bei Eröffnung der Kammer eine

Rede halte, in der das Bündnis erwähnt und betont werde, ist Herr Prinetti eingegangen. Er hat, (wie mir Graf Nigra in tiefstem Vertrauen mitteilte) den Entwurf der Rede geschickt, damit der Botschafter seine Ansicht darüber ausspreche. Graf Nigra hat den Text noch energischer gestaltet.

Auf meine Frage, ob der König denselben akzeptieren und die Rede halten werde, antwortete mir Graf Nigra, daß er daran nicht zweifele. Soviel er wisse, habe der König generell bereits die Zustimmung zu der Rede gegeben.

Es ist mir möglich gewesen, in den letzten Tagen dem Botschafter in dem Sinne des hohen Erlasses vom 9. Januar* weiter zu sprechen. Er ließ sich leicht in eine Diskussion der Fragen ein und stimmte mir vollkommen zu, was ich bezüglich der Gefahren sagte, die Italien drohten, wenn unsere und Frankreichs Politik „schwärzer" würde. Er trug sogar die Farben noch tiefer auf als ich und wiederholte immer von neuem, daß die Lostrennung Italiens von unberechenbaren Folgen für Europa — und jedenfalls am bedenklichsten für Italien selbst sein würde.

Als wir die russische Politik in bezug auf eine Änderung in dem Dreibund besprachen, sagte mir Graf Nigra, daß er nicht an ein ernsthaftes Interesse Rußlands an der Lostrennung Italiens vom Dreibund glauben könne. Eine größere Sicherung Frankreichs bedeute eine Abschwächung des Vasallenverhältnisses von Frankreich zu Rußland. Letzteres mache eine falsche Politik, wenn es das nicht einsähe.

P. Eulenburg

Nr. 5722

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Rom Grafen Karl von Wedel

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 38 Berlin, den 25. Januar 1902

Antwort auf Telegramm Nr. 16**.

Ew. pp. wollen sich bei nächster Gelegenheit Herrn Prinetti gegenüber in folgendem Sinne aussprechen:

Herr Prinetti könne sicher sein, daß die angekündigten Vorschläge nach Eingang hier einer unvoreingenommenen und wohlwollenden Prüfung zugeführt werden würden. Unter den Andeutungen über

* Siehe Nr. 5713.
** Siehe Nr. 5720.

den Inhalt der Vorschläge sei uns, wie wir schon immer erwähnen wollten, diejenige aufgefallen, wonach die auf die Balkanhalbinsel bezüglichen Bestimmungen eine präzisere Form und eine Erweiterung erhalten sollten; bei einer früheren Unterredung habe Herr Prinetti auch den Ausdruck „Garantie" gebraucht. Nach unserm vorläufigen Eindruck würde durch eine solche Garantie der Dreibund vielleicht Gefahr laufen, seine Beziehungen nicht nur nach Rußland, sondern namentlich auch nach Frankreich hin zu verschärfen. Das amtliche Rußland hege, soweit wir seine Absichten hätten ergründen können, für die nahe Zukunft keine aktiven Balkanpläne. Gleichwohl aber dürfte ihm eine feste Verankerung der Türkei im Hafen des Dreibunds kaum angenehm sein. Ganz unsicher und deshalb doppelt vorsichtig seien wir jedoch hinsichtlich der Pläne Frankreichs. Zur Zeit der französischen Expedition nach Mytilene* habe es nicht an Anzeichen dafür gefehlt, daß Frankreich beabsichtige, sich im östlichen Mittelmeer durch Besitznahme einer größeren türkischen Insel einen festeren Stützpunkt zu verschaffen. Hierzu komme, daß der Korrespondent des „Giornale d'Italia" nach wie vor behaupte, bei Wiedergabe des bekannten Interwiew mit dem Minister Delcassé** die Äußerungen, wo derselbe zu einer aktiveren Balkanpolitik auffordere, wörtlich genau wiedergegeben zu haben. Eine Garantie der europäischen Türkei — denn man würde sich doch kaum auf die Balkanhalbinsel unter Ausschluß der türkischen Inseln beschränken können — durch den Dreibund würde dann die französchen noch mehr als die russischen Pläne durchkreuzen, und auf die Art würde der Dreibund es zuwege bringen, den Zweibund zu einem gemeinsamen Hasse fester als bisher zusammenzuschließen, während heute der Dreibund als solcher den Balkanvorgängen neutral gegenüberstünde. Es möge vielleicht noch andre Bedenken geben gegen eine Gewährleistung des europäischen Besitzstandes der Türkei, das vorerwähnte Bedenken erscheine uns jedoch als das weitaus schwerwiegendste. Diese Frage würde daher jedenfalls ihrer Wichtigkeit entsprechend einer ernsten Prüfung unterzogen werden müssen.

Es wird mich interessieren zu hören, was Herr Prinetti auf diese Darlegungen zu erwidern weiß, indessen möchte ich bezweifeln, daß ihm über die Aktionspläne Frankreichs, falls solche wirklich bestehen, viel bekannt ist. Nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung wird Frankreich, wenn es etwas unternehmen will, zunächst eine Verständigung mit Rußland suchen müssen. Erst nachdem diese erreicht wäre, dürfte der Zeitpunkt gekommen sein, wo der Zweibund an Italien mit einer — nicht allzuhoch bemessenen — Abfindung herantreten würde.

Richthofen

---

* Vgl. Kap. CXX.
** Vgl. Nr. 5712, S. 515, Fußnote **.

Nr. 5723

Der Botschafter in Wien Fürst zu Eulenburg an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 40 Wien, den 5. Februar 1902
Geheim

Ich habe gestern mit dem Grafen Goluchowski über die augenblickliche Lage seiner Besprechungen mit Italien, das Bündnis betreffend, gesprochen. Er hat von Berlin die Meldung erhalten, daß Graf Wedel mit Herrn Prinetti Besprechungen habe, und hat seinerseits Baron Pasetti beauftragt, die bezüglichen Fragen einer eingehenden Erörterung zu unterziehen. Sobald er Näheres von Rom erfährt, wird er Mitteilung nach Berlin machen, ebenso wie er darauf hofft, von Berlin über das Resultat der Besprechungen zwischen Graf Wedel und Herrn Prinetti orientiert zu werden.

Graf Nigra scheint mir in letzter Zeit etwas beruhigter zu sein. Er mißt den Besprechungen zwischen Euerer Exzellenz und Graf Lanza eine heilsame Wirkung zu. Auch Graf Goluchowski hat diesen Eindruck und sagte mir, daß Graf Nigra jetzt nur mehr noch den Eindruck habe, als wolle sich der jugendliche italienische Minister des Äußern wichtig machen und in eine etwas veränderte Fassung des Bündnisinstruments seinen Namen bringen.

Was die einzelnen Punkte betrifft, die Herr Prinetti in das Bündnisinstrument aufgenommen haben will, so äußerte sich Graf Goluchowski darüber folgendermaßen:

„Einen besonderen Paragraphen über unsere Beziehungen auf dem Balkan in den Vertrag aufzunehmen, habe ich abgelehnt; ebenso unsere Interessen bezüglich Albaniens festzulegen oder abzugrenzen. Wir haben über diesen Punkt genügend verhandelt und es steht fest, daß wir den Status quo nicht ändern wollen. Das gleiche findet bezüglich aller Balkanfragen statt. Wozu soll man alles das in den Vertrag hineinbringen, der in seinem ganzen Wesen ein Defensivvertrag ist. Je mehr Details darin enthalten sind, je unklarer und komplizierter wird er. Was die von Prinetti gewünschte Berührung der tripolitanischen Interessensphäre betrifft, so hätte ich dagegen nichts einzuwenden. Auf die Wünsche, die Erneuerung des des Handelsvertrages betreffend, und eine Festlegung derselben in dem Bündnisvertrage, kann ich natürlich unter keinen Umständen eingehen. Mit dem Handelsvertrag muß sich eben Italien abzufinden suchen, so gut es möglich ist. Die Schwierigkeit liegt ja wohl in der Weinklausel; aber wir können diese unter keiner Bedingung erneuern."

Graf Goluchowski teilte mir diese Details mehr zu meiner eigenen Information als in der Absicht mit, sie durch mich nach Berlin ge-

langen zu lassen. Er wird vielmehr alle diese Fragen, wenn sie präzisere Form erhalten haben, formulieren und sie durch Herrn von Szögyény Euerer Exzellenz mitteilen lassen. Zur allgemeinen Orientierung hielt ich es dennoch für nützlich, Euerer Exzellenz den Inhalt meines Gespräches zu melden.

Was nun die Form der Erneuerung des Vertrags betrifft: ob durch ein Protokoll die Verlängerung ausgesprochen oder ein neues Bündnisinstrument geschaffen wird, so legt Graf Goluchowski hierauf weniger Wert als darauf, daß überhaupt das Bündnis bestehen bleibe. Er hat den Eindruck, daß Italien für das Protokoll nicht zu haben sei, sondern ein neues Vertragsinstrument verlangen werde. Der Minister sagte mir, daß er sich den Entscheidungen von Berlin anschließen wolle, da er, wie gesagt, auf die Form keinen besonderen Wert lege. pp.

P. Eulenburg

Nr. 5724

Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen von Bülow

Reinschrift

Berlin, den 14. Februar 1902

Seine Majestät der Kaiser, allerhöchstwelchem ich heute in großen Zügen den gegenwärtigen Stand der Unterhandlungen über die Erneuerung des Dreibundes darlegte, geruhten mir zu sagen, daß er mir in dieser Beziehung ganz freie Hand ließe. Unser allergnädigster Herr stimmte mir zu, als ich die Gründe auseinandersetzte, aus denen es sich empfiehlt, den Dreibund in unveränderter Form zu erneuern. Seine Majestät setzt hierbei jedoch voraus, daß es zu einer Erneuerung des Dreibundes kommen wird.

Dem österreichisch-ungarischen Botschafter habe ich mit großer Bestimmtheit gesagt, daß wir am Dreibund nichts ändern lassen könnten. Dies gelte für Tripolis beinahe noch mehr als für den Balkan, weil der erstgenannte Punkt ein noch sensiblerer sei. Hierzu bemerke ich, daß Seine Majestät der Kaiser mir gegenüber über Tripolis äußerte, er wolle natürlich nicht wegen dieser Frage das Vertrauen des Sultans und unsere Stellung in Konstantinopel verlieren, im übrigen dürften wir aber gegenüber den Italienern uns keine Eifersucht oder Ängstlichkeit wegen Tripolis anmerken lassen.

Als ich Herrn von Szögyény andeutete, daß wir, wenn Italien auf für uns unannehmbaren Modifikationen des Dreibundvertrages bestünde, es auf das Abspringen Italiens ankommen lassen, dann aber uns wegen des Orient turc mit Rußland verständigen würden, glich die Wirkung dieser Bemerkung dem Eindruck, welchen die Berührung

mit einer Leydener Flasche hervorzubringen pflegt. Herr von Szögyény beruhigte sich auch nicht, als ich ihm sagte, daß ich nur an eine eventuelle Verständigung mit Rußland à trois dächte, er schien namentlich bewegt, als ich von gewissen russischen traditionellen Wünschen sprach, denen wir beide in diesem Falle würden Rechnung tragen müssen.

Wohl unter dem Eindruck dieser meiner Andeutungen erklärte mir der k. und k. Botschafter im feierlichsten Tone, daß die Reise des Erzherzogs Franz Ferdinand nach St. Petersburg* keinerlei politische Bedeutung habe, und daß selbstverständlich anläßlich dieser Reise in Petersburg nichts abgemacht oder verabredet worden sei.

Bülow

Nr. 5725

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Petersburg Grafen von Alvensleben

Konzept

Nr. 139 Berlin, den 22. Februar 1902
[abgegangen am 23. Februar]

Ew. pp. wollen den als Anlage beifolgenden Erlaß**, wie am Schlusse desselben bereits gesagt ist, dem Grafen Lamsdorff vollständig mitteilen; am liebsten ist es mir, wenn Sie ihm denselben langsam vorlesen, jedoch stelle ich das ganz in Ihr Ermessen. Wenn der Graf, was ich bei seinem zurückhaltenden Wesen kaum annehme, Hinterlassung einer Abschrift wünschen sollte, wollen Ew. pp. dies mit Hinweis auf mangelnde Ermächtigung ablehnen. Zur Begründung dessen, was in der Anlage über die zunehmende antirussische Strömung gesagt ist, jedoch vertraulich und nur ausschließlich für Ew. pp., bemerke ich das Folgende:

Am 22. v. Mts. meldete Graf Wedel in einem Berichte über die von Herrn Prinetti wegen Erneuerung des Dreibundvertrags angeregten Besprechungen wörtlich***: „Baron Pasetti, der mich heute

---

* Am 5. Februar war der österreichische Thronfolger als Vertreter Kaiser Franz Josephs zum Besuche des Zaren nach St. Petersburg gereist.

** Es handelt sich um den bereits im Zusammenhang des englisch-japanischen Bündnisses und der russisch-französischen Gegenaktion (Bd. XVII, Kap. CX, B, Nr. 5050) veröffentlichten Erlaß Nr. 140 vom 22. Februar 1902. In diesem war nach einer Darlegung der Gründe, welche Deutschland hinderten, der am 16. März 1902 veröffentlichten französisch-russischen Deklaration beizutreten, ausgeführt, daß allmählich eine antirussische Strömung in der Weltpolitik besonders mit Rücksicht auf die Balkanfragen hervorgetreten sei, daß jedoch gerade der Dreibund sich von antirussischen Tendenzen freihalte.

*** Siehe Nr. 5720.

besuchte, erzählte mir im strengsten Vertrauen, er habe mit Herrn Prinetti vorgestern auf dessen Einladung konferiert. In dieser Unterredung habe der Minister die Notwendigkeit der Erhaltung des Status quo auf der Balkanhalbinsel betont und erklärt, daß Konstantinopel nicht russisch, aber auch nicht bulgarisch oder überhaupt slawisch werden dürfe, weil das Schwarze Meer dann ein großer russischer Hafen werden würde, der Italiens Stellung im Mittelmeer ernstlich bedrohe. Herr Prinetti hat bei dieser Gelegenheit auch auf die mögliche Übernahme gewisser Garantien für den Status quo auf der Balkanhalbinsel seitens Deutschlands hingewiesen, doch hat der Botschafter geantwortet, er glaube nicht, daß wir nach unserer traditionellen Orientpolitik bindende Verpflichtungen übernehmen würden."

Ferner heißt es in einer hier übergebenen Abschrift eines geheimen Erlasses des Grafen Goluchowski an den Freiherrn von Pasetti, d. d. 6. Februar d. Js., wo gleichfalls die Erneuerung des Dreibunds besprochen wird: „Sein Hauptaugenmerk, so sagte Ihnen Herr Prinetti, sei dabei auf Konstantinopel und auf die Gefahr einer russischen oder bulgarischen Aktion gegen diese, die Verbindung zwischen dem Schwarzen und dem Mittelländischen Meere beherrschende Position gerichtet. Er beabsichtige daher, eine Redaktion des Art. VI des bestehenden Vertrages vorzuschlagen, durch welche die Kontrahenten bei Erneuerung desselben sich verpflichten würden „à s'opposer contre toute tentative d'une tierce grande puissance de modifier le statu quo territorial en Orient."

Diese Anregung wird, wie ich nicht unterlassen will hinzuzufügen, in dem österreichischen Erlasse als aussichtslos beanstandet. Das bedeutsamste bei der Sache ist jedoch der Umstand, daß Herr Prinetti bekanntermaßen dem französischen Botschafter Barrère eine weitgehende Einwirkung auf seine Entschließungen gestattet und sogar mit einer gewissen Naivität bei Besprechung von Dreibundfragen wiederholt und ausdrücklich auf die Ansicht dieses letzteren Bezug genommen hat. Daß der Gedanke einer Balkangarantie durch den Dreibund, durch welche in erster Linie dem russischen Vorgehen gegen Konstantinopel ein Riegel vorgeschoben werden würde, von Herrn Prinetti nicht vor dem französischen Botschafter verheimlicht worden ist, erscheint als sicher; vielleicht ist sogar die Anregung von letzterem ausgegangen, denn für Frankreich würde es ein idealer Zustand sein, den Russen sagen zu können:

„Wir würden Euch ja so gern die Meerengen gönnen, aber der von Deutschland beherrschte Dreibund stemmt sich dagegen. Deshalb schlagen wir vor, zunächst viribus unitis mit Deutschland abzurechnen."

Das Komplott, welches darauf abzielt, den Dreibund zum Werkzeuge der antirussischen Mittelmeerpolitik Frankreichs zu machen, dabei aber das Odium in den Augen Rußlands ausschließlich dem

Dreibund zuzuschieben, liegt so offen auf der Hand, daß ich mich dadurch veranlaßt sehen werde, Seiner Majestät unserem allergnädigsten Herrn bei Erneuerung des Dreibundvertrags die Ablehnung jeder großen oder kleinen Änderung anzuraten. Man wird dann mit gutem Gewissen sagen können, daß alles beim alten geblieben ist, und die russische Regierung weiß längst, daß der heutige Dreibund keine antirussische Spitze hat.

Das in diesem Erlasse Mitgeteilte bitte ich Ew. pp. als einen besonderen Beweis meines Vertrauens zu Ihrer erprobten Diskretion ansehen zu wollen. Sie werden dadurch in den Stand gesetzt, dem Grafen Lamsdorff, wenn derselbe das, was ich in der Anlage über das Hervortreten einer antirussischen Strömung gesagt habe, nicht gelten lassen will, ungefähr zu sagen: „Einzelne Anhaltspunkte für die Richtigkeit der Ansicht des Grafen Bülow sind mir bekannt und ich muß allerdings konstatieren, daß es sich um mehr als bloße Mutmaßungen handelt, mehr sagen kann ich jedoch nicht."

Schließlich habe ich nur noch zu bemerken, daß Ew. pp. sich angelegen sein lassen wollen, beim Grafen Lamsdorff den Gedanken nicht aufkommen zu lassen, als verfolgten wir bei der jetzigen Auseinandersetzung irgendeinen speziellen Augenblickszweck. Der Zweck ist im Gegenteil ein ganz allgemeiner, nämlich der, Klarheit darüber zu verbreiten, daß Deutschland in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse keine antirussische Richtung in der Weltpolitik fördern wird, weil die Regierung Seiner Majestät des Kaisers die Überzeugung hat, daß auch die russische Regierung nicht beabsichtigt, ihre Machtmittel für eine Schädigung Deutschlands wirksam zu machen.

Bülow

Nr. 5726

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Petersburg Grafen von Alvensleben

Privatbrief. Konzept

Berlin, den 23. Februar 1902

Um die beiden Erlasse über den ostasiatischen Dreibund* nicht unnötig auszudehnen, wähle ich für das, was ich in Verbindung damit noch sagen möchte, die Form des Privatbriefs.

Die These von dem stärkeren Hervortreten einer antirussischen Strömung in der Weltpolitik wurde nicht ad hoc aufgestellt, sondern ist das Ergebnis des Zusammenwirkens vieler kleiner und größerer Indizien. Das wichtigste und unzweideutigste unter diesen ist jedenfalls

* Siehe Nr. 5725 (Erlaß Nr. 139) und Bd. XVII, Kap. CX, B, Nr. 5050 (Erlaß Nr. 149).

der Versuch Prinettis, den Dreibund zum Wächter des Bosporus zu machen. Bei Visconti Venosta hätten wir eine derartige naive Äußerung niemals zu hören bekommen; selbst wenn er, was ich bezweifle, das Projekt für ausführbar gehalten hätte, würde er zunächst vorsichtig sondiert haben und nicht so mit der Tür ins Haus gefallen sein. Ich nehme ohne weiteres an, daß der Mailänder Fahrradfabrikant* diesen großen Gedanken nicht selber gehabt, sondern denselben von Barrère zum weiteren Betriebe übernommen hat. Bei den Besprechungen, welche Prinetti mit Wedel über die Erneuerung des Dreibundes hatte, kommt die kunstlose Wendung „dies wünscht Barrère" oder „dies wünscht er nicht" wiederholt vor. Nach den ersten vorläufigen Äußerungen von Prinetti wünscht derselbe den Text des erneuerten Dreibundvertrags so zu gestalten, daß Frankreich als eventueller Gegner des Bundes mehr als bisher — um nicht zu sagen ganz und gar — in den Hintergrund treten würde. Danach würde also das Bündnis sich in Zukunft allein oder doch vorwiegend gegen Rußland richten. Vom Standpunkte von Barrère aus wäre dies wohl die richtige Art, um den Russen die Überzeugung beizubringen, daß Deutschland Schlimmes gegen sie im Schilde führt, denn natürlich würde Deutschland als stärkste Dreibundmacht für die Zulassung dieser Änderung des Vertrags verantwortlich gemacht werden. Aus dem eben Gesagten ergibt sich zur Genüge, welches meine Stellung zu den italienischen Vorschlägen sein wird. Dies alles erzähle ich aber nur Ihnen persönlich.

Was nun die von Ihnen in Petersburg zu führende Sprache anlangt, so bitte ich, daß Sie sich vor allen Dingen angelegen sein lassen, denjenigen Persönlichkeiten, wo es der Mühe lohnt, klarzumachen, daß eine möglichst lange Erhaltung guter russisch-französischer Beziehungen unseren Interessen, daher auch unseren Wünschen entspricht, wegen der mäßigenden Einwirkung, die Rußland auf Frankreich ausübt.

Während ich an Ihre gegenwärtigen Aufgaben denke, fällt mir ein, daß ich vor langen Jahren las, der Fürst Kaunitz habe als Botschafter in Paris das österreichisch-französische Bündnis, welches nachher im siebenjährigen Kriege für Preußen so gefährlich wurde, dadurch vorbereitet, daß er mit Ruhe und Ausdauer in seinen Unterhaltungen den Gedanken wiederholte, die Feindschaft des Pariser und Wiener Hofes — von Völkern sprach man damals wenig — sei einer kindlichen Unart vergleichbar, die man beiderseits sich leicht abgewöhnen werde. In ähnlicher Weise, glaube ich, könnten Sie jetzt an den geeigneten Stellen gelegentlich und beiläufig, nicht als etwas Neues, sondern als etwas Selbstverständliches, die Gedanken hinwerfen, 1. daß mit Rußlands Macht auch Rußlands Feinde sich mehren, 2. daß zu diesen Deutsch-

* Prinetti.

land nicht gehört, weil dasselbe nicht in der Richtung der russischen Expansionszone liegt, 3. daß Frankreich nur aus Haß und Furcht vor Deutschland der Verbündete Rußlands bleibt, da es über die Orientfrage und die türkische Erbschaft sich jederzeit leichter und lieber mit England, Italien und Österreich als mit Rußland verständigen würde; es liegt daher in Rußlands Interesse, daß Deutschland stark und für Frankreich ein Gegenstand der Besorgnis bleibt.

Wenn etwa Lamsdorff bei Besprechung meines Erlasses sagen sollte: „Die russische Regierung beabsichtigt nicht gegen Deutschland, aber auch nicht gegen Konstantinopel feindlich vorzugehen", so wäre wohl das einfachste, ihm zu antworten: „Nun um so besser, wenn die russische Regierung stark genug ist, um bei einem französischen Angriff auf Deutschland ihre chauvinistischen Elemente ruhig zu halten. Es ist aber ein Beweis des Zutrauens, das man in Berlin zur russischen Politik hat, wenn man dort annimmt, daß selbst in dem ungünstigeren Falle, wo die russische Regierung darauf verzichtete, den chauvinistischen Strom einzudämmen, sie denselben eher nach dem Bosporus als nach der Weichsel ableiten wird*." pp.

Bülow

Nr. 5727

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept

Nr. 27 Berlin, den 24. Februar 1902

Die zuerst in Ew. pp. Telegramm Nr. 16 vom 22. Januar** übermittelte Meldung, daß Herr Prinetti sich mit dem Gedanken einer Garantierung des Status quo auf dem Balkan durch den Dreibund trage und darüber mit dem österreichischen Botschafter gesprochen habe, ist inzwischen durch das Wiener Kabinett hier formell bestätigt worden. Der Plan, den Dreibund als Riegel zwischen Rußland und den Bosporus zu schieben, ist von Herrn Prinetti keinenfalls ohne Kenntnis seines Beraters Barrère aufgenommen worden, wenn er nicht überhaupt von letzterem herrührt. Falls die französische Regierung in Petersburg sagen könnte: „Frankreich würde nichts dagegen haben, daß die Meerengen in russischen Besitz kämen, aber der Dreibund stemmt sich dagegen," so wäre damit für die französische Politik ein ungeheurer Erfolg erreicht und die Revancheidee wäre ihrer Ver-

* Der Schluß des Briefes betrifft einen Krakauer Zeitungsartikel über deutschfeindliche Exzesse in Warschau; vgl. Kap. CXVI, Nr. 5400 und Nr. 5402, S. 40, Fußnote †.

** Siehe Nr. 5720.

wirklichung um vieles näher gerückt. Dieser Erfolg wird der französischen Diplomatie versagt bleiben, denn schon hat das Wiener Kabinett eine weitere Erörterung dieses Garantieprojekts als aussichtslos abgelehnt. Es wäre indessen eine Unterschätzung des Herrn Barrère, welchen wir hierbei wohl als hauptsächlichen, wenn auch nicht als direkten Gegner vor uns haben, wollten wir annehmen, daß der Plan, anläßlich der Erneuerung des Dreibundvertrags unsere guten Beziehungen zu Rußland zu stören, infolge des ersten Mißlingens aufgegeben sei. Vielmehr ist die Vermutung berechtigt, daß man versuchen wird, dem erstrebten Ziele durch kleinere weniger auffällige Mittel und Wege näherzukommen.

Seit dem Tage, wo die neue Annäherung zwischen Frankreich und Italien bekannt wurde, wird in der französischen und in einem Teile der italienischen Presse das Thema variiert, dem neuen Freundschaftsverhältnis der beiden Schwesternationen müsse dadurch der Stempel aufgedrückt werden, daß bei Erneuerung des Dreibundvertrags Frankreich als eventueller Gegner ausscheide oder jedenfalls mehr in den Hintergrund trete. Auch Herr Prinetti hat sich in gleichem Sinne Ew. pp. gegenüber geäußert und dabei offen und ehrlich erkennen lassen, daß Herr Barrère gleichfalls hoffe, durch irgendeine, wenn auch kleine Veränderungen im Vertragstext werde den heutigen vorteilhaft veränderten Beziehungen zwischen den beiden Mittelmeermächten Rechnung getragen werden.

Wenn diesem Wunsche nachgegeben würde und Frankreich dementsprechend als eventueller Gegner aus dem Vertragshorizont verschwände oder mehr in die Ferne gerückt würde, so bliebe alsdann, da der Vertrag ja doch nur etwaige Angriffe von Frankreich oder Rußland oder von beiden ins Auge faßt, Rußland als einziger oder als Hauptgegner des Dreibunds übrig. Je mehr der Dreibundvertrag Frankreich aus dem Spiele ließe, desto schärfer würde er Rußland gegenüber pointiert. Daß jede Änderung des Vertrags als ein Erfolg Frankreichs verzeichnet werden würde, das läßt sich bereits heute aus dem Tone der großen französischen Zeitungen erkennen. Dafür bürgt auch überdies die Art, wie Herr Barrère vor einigen Monaten nach Abschluß des französisch-italienischen Abkommens sich und Frankreich in das rechte Licht zu setzen wußte. Da somit unter den derzeit obwaltenden Umständen schon allein die Tatsache, daß irgend etwas in dem Vertrage geändert worden ist, eine für die deutsch-russischen Beziehungen nachteilige Auslegung erfahren würde, so ist die Regierung Seiner Majestät des Kaisers genötigt, auf dem Standpunkt stehenzubleiben, welchen ich bereits am 12. v. Mts. dem italienischen Botschafter dahin kennzeichnete, daß Seine Majestät der Kaiser unter Berücksichtigung der heutigen Lage auf der unveränderten Verlängerung der Dreibundverträge besteht, und daß ich im Hinblick auf die imminente Gefahr einer falschen Auslegung und da-

durch herbeigeführten Störung unserer vertrauensvollen Beziehungen zur Regierung Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus außerstande sein würde, irgendeine Änderung, groß oder klein, zu befürworten, welche es uns unmöglich machte, mit gutem Gewissen der Außenwelt zu erklären, daß im Dreibundvertrage alles beim alten geblieben ist.

Ew. pp. bitte ich, Herrn Prinetti dementsprechend zu informieren und ihm dabei zu sagen, daß ich, als die Pourparlers zuerst über diesen Gegenstand aufgenommen wurden, noch keine Bedenken gegen die Bewilligung unbedeutender redaktioneller Änderungen sah, und daß erst seither die aufmerksame Prüfung der Äußerungen französischer Staatsmänner und Zeitungen sowie auch anderer Wetterzeichen mir die Überzeugung aufgedrängt haben, daß bei den in dem Vertrage etwa aufgenommenen Änderungen nicht deren wirklicher (intrinsèque) Wert, sondern lediglich die Tatsache in Betracht kommen würde, daß dieselben durch französische Einwirkung veranlaßt sind, daß der Vertrag sich künftig nur noch in „platonischer" Weise gegen Frankreich richtet, so daß folglich Rußland als alleiniger oder doch als Hauptgegenstand dieses Verteidigungsbundes übrigbleibt. Einer solchen Mißdeutung kann ich die deutsche Politik nicht aussetzen.

Bülow

Nr. 5728

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 37 Rom, den 26. Februar 1902

Antwort auf Telegramm Nr. 27*.

Ich habe Herrn Prinetti soeben die mir durch Ew. Exzellenz vorgeschriebenen Eröffnungen gemacht[1], die den Minister sichtlich tief impressionierten. Er betonte sofort und bat mich, dies Hochdenselben ganz besonders zu sagen, wie lebhaft er bedauere, daß der Ministerpräsident** seiner Gewohnheit gemäß die Zeit nicht gefunden habe, den Vertragsentwurf früher durchzusehen und denselben ihm zurückzugeben. Wäre der Entwurf, wie es in seiner Absicht gelegen, schon vor einigen Wochen nach Berlin gegangen, so würden Ew. Exzellenz sich voraussichtlich nicht veranlaßt gesehen haben, mich mit der ihm soeben gemachten Eröffnung zu beauftragen. Seiner festen Überzeugung nach seien nämlich die vorgeschlagenen Veränderungen nicht derartig, daß wir dieselben beanstanden würden[2]. Die für Italien unbedingt wichtigen, an denen auch jeder seiner Nach-

* Siehe Nr. 5727.
** Zanardelli.

folger festhalten werde, sei[en] die in den Vertrag aufzunehmende Desinteressementserklärung[3] in betreff Tripolis und auf die Erneuerung der Handelsverträge[4] bezügliches Protokoll. Die Änderung des Wortes prévenir in s'opposer im § 6 sei von ihm lediglich wegen größerer Präzision des Ausdrucks vorgeschlagen, ohne daß er an denselben weitere Konsequenzen knüpfe.

In den § 7 wünsche er lediglich den Wortlaut der in betreff Albaniens zwischen Österreich und Italien ausgetauschten Noten aufnehmen zu sehen, was also keine Änderung bedeute[5]. Freilich habe er diesen Paragraphen, und zwar, wie er mich bitte Ew. Exzellenz vertraulich mitzuteilen, auf speziellen Wunsch des Königs, dahin erweitert, daß auch die übrigen unter türkischer Herrschaft stehenden Provinzen der Balkanhalbinsel unter die über Albanien getroffene Vereinbarung fallen sollten, doch sei das ein Punkt, an dem er nicht festhalten und über den wir uns daher leicht verständigen würden.

In allen übrigen Teilen des Vertrags und speziell in den auf Frankreich bezüglichen sei nicht ein Wort geändert[6].

Der Ministerpräsident habe ihm den Entwurf nunmehr unverändert zurückgegeben, und solle derselbe heute abend durch Kurier nach Berlin gebracht werden. Was die Dauer des Vertrags angeht, so beantrage er die gleiche Formel, die im Jahre 1891 gewählt sei[6].

Zu einer näheren Erörterung der für unsere Haltung maßgebenden Punkte, speziell gegenüber der vorgeschlagenen Ausdehnung des albanischen Abkommens auf die übrigen türkischen Gebiete der Balkanhalbinsel, konnte ich Prinetti nicht bringen. Er meinte nur, als ich ihn wiederholt auf die Spitze, die eine solche Ausdehnung gegen Rußland richten würde, hinwies, der Vertrag sei ja geheim. Ich konnte hier berechtigt genug erwidern, daß die Wahrung des Geheimnisses problematisch genug erscheine, wenn ein derartiger Vertrag, wie gerade jetzt geschehen, vier Wochen anstatt im eisernen Schrank in einem Schubfache des Herrn Zanardelli ruht. Prinetti schloß mit der Bemerkung, er sei zwar ein Sterbender und seine Tage wären gezählt, so daß sein Name nicht mehr unter dem Vertrage figurieren werde, aber es gewähre ihm eine Genugtuung, daß er die seiner Überzeugung nach unschwierige Erneuerung desselben noch in Weg habe leiten können[7].

Wedel

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:

[1] Von unserer Erklärung an Prinetti werden wir eventuell gegenüber seinem Nachfolger Akt zu nehmen haben.

[2] ?

[3] cela dépend de la rédaction

[4] darauf wird Wien nicht eingehen, ist auch für uns kaum möglich

[5] ???

[6] benissimo

[7] nous lui en resterons reconnaissants

Nr. 5729

Der italienische Botschafter in Berlin Graf Lanza an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen

Privatbrief. Ausfertigung

Berlin, le 1er Mars 1902

Par ordre de Son Excellence Monsieur le Chevalier Prinetti, Ministre des Affaires Etrangères du Roi, mon Auguste Souverain, j'ai l'honneur de remettre sous ce pli à Votre Excellence le texte des modifications et adjonctions* que le Gouvernement de Sa Majesté désirerait introduire dans le traité de la Triple Alliance, à l'occasion du renouvellement de ce dernier.

C. Lanza

Anlage

Traités de Commerce

Texte actuel:	Texte proposé:
Protocole . . . 1° Sauf réserve d'approbation parlementaire pour les stipulations effectives qui découleraient de la présente déclaration de principe, les Hautes Parties Contractantes se promettent, dès ce moment, en matière économique (finances, douanes, chemin de fer) en sus du traitement de la nation la plus favorisée, toutes les facilités et tous les avantages particuliers qui seraient compatibles avec les exigences de chacun des trois Etats et avec leurs engagements respectifs avec des tierces Puissances.	Protocole . . . 1° Sauf réserve d'approbation parlementaire pour les stipulations effectives qui découleraient de la présente déclaration, les Hautes Parties Contractantes se promettent, dès maintenant, de négocier et conclure les nouveaux traités de commerce et de navigation les calquant sur les traités en vigueur avec les seules modifications qui seraient exigées par leurs intérêts actuels, et pour lesquelles elles pourraient s'accorder, sur la base d'une parfaite compensation, des avantages que chacune d'Elles obtiendrait en sus du status quo actuel, les traités actuels demeurant, en attendant, en vigueur jusqu'à la mise en exécution des nouveaux accords. Pour ce qui concerne les rapports entre l'Italie et l'Autriche-Hongrie, il est, en outre, convenu que les modifications éventuelles

* Siehe Anlage.

au status quo ne pourront, comme effet pratique, être de nature à surcharger le traitement actuel des vins Italiens, à leur entrée dans la monarchie voisine.

Tripoli

Texte actuel:

Texte proposé:

Art. . . . (article nouveau à insérer après l'article X du traité actuel).

Comme complément des stipulations ci-dessus, les deux Puissances alliées se déclarent, envers l'Italie, absolument désintéressées, en vue de toute action que les circonstances l'amèneraient à entreprendre, à ses risques et périls, dans le vilayet de Tripoli, à savoir dans la Tripolitaine et Cyrénaïque. —

Balkans

Texte actuel:

Art. VI. L'Italie et l'Allemagne n'ayant en vue que le maintien, autant que possible, du status quo territorial en Orient, s'engagent à user de leur influence pour prévenir sur les côtes et îles ottomanes dans la Mer Adriatique et dans la Mer Egée, toute modification territoriale qui porterait dommage à l'une ou à l'autre des Puissances signataires du présent traité. Elles se communiqueront, à cet effet, tous les renseignements de nature à s'éclairer mutuellement sur leurs propres dispositions, ainsi que sur celles d'autres Puissances.

Art. VII. — L'Italie et l'Autriche-Hongrie n'ayant en vue que le maintien, autant que possible,

Texte proposé:

Art. . . . Les Hautes Parties Contractantes n'ayant en vue que le maintien, autant que possible, du status quo territorial en Orient, conviennent de s'opposer, le cas échéant, à toute tentative de la part d'une tierce Grande Puissance quelconque, de modification territoriale dans les régions des Balkans ou dans les îles des mers adjacentes, et plus spécialement dans celles de ces régions et îles qui sont soumises à la domination ottomane qui porterait dommage à l'une ou à l'autre des Puissances signataires du présent traité. Elles se communiqueront, à cet effet, tous les renseignements de nature à les éclairer mutuellement sur leurs propres

Texte actuel:	Texte proposé:
du status quo territorial en Orient s'engagent à user de leur influence pour prévenir toute modification territoriale qui porterait dommage à l'une ou à l'autre des Puissances signataires du présent traité. Elles se communiqueront à cet effet tous les renseignements de nature à s'éclairer mutuellement sur leurs propres dispositions, ainsi que sur celles d'autres Puissances. —	dispositions, ainsi que sur celles d'autres Puissances.
Toutefois, dans le cas où par suite des événements le maintien du status quo dans les régions des Balkans ou des côtes et îles ottomanes dans l'Adriatique et dans la Mer Egée, deviendrait impossible, et que, soit en conséquence de l'action d'une Puissance tierce, soit autrement, l'Italie ou l'Autriche-Hongrie se verraient dans la nécessité de le modifier par une occupation temporaire ou permanente de leur part, cette occupation n'aura lieu qu'après un accord préalable entre les deux Puissances, basé sur le principe d'une compensation réciproque pour tout avantage, territorial ou autre, que chacune d' Elles obtiendrait en sus du status quo actuel, et donnant satisfaction aux intérêts et aux prétentions bien fondées des deux Parties.	Art. . . . L'Italie et l'Autriche-Hongrie s'engagent, au cas où l'état de choses actuel, dans ces régions, ne pourrait être conservé et des changements s'imposeraient à employer leurs efforts afin que les modifications du status quo se réalisent dans le sens de l'autonomie. Les deux Puissances s'engagent, en outre, en général, et comme disposition mutuelle, de part et d'autre, à rechercher en commun, et toutes les fois qu'il y auraient lieu, les voies et moyens les plus propres à concilier et à sauvegarder leurs intérêts réciproques. — Si, par suite des événements, l'Italie et l'Autriche-Hongrie se voyaient dans la nécessité de modifier le status quo dans ces régions par une occupation temporaire ou permanente de leur part, cette occupation n'aura lieu qu'après un accord préalable entre les deux Puissances basé sur le principe d'une compensation réciproque pour tout avantage, territorial ou autre, que chacune d'Elles obtiendrait en sus du status quo actuel, et donnant satisfaction aux intérêts et aux prétentions bien fondées des deux Parties.

Nr. 5730

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 42 Rom, den 6. März 1902

Graf Lanza hat, wie mir Herr Prinetti gestern sagte, seit Eintreffen der italienischen Veränderungsvorschläge zum Dreibundsvertrage zwei-

mal telegraphiert, das erste Mal, um seiner persönlichen Ansicht dahin Ausdruck zu geben, daß die Annahme der neuen Balkanpunkte Schwierigkeiten begegnen dürfte, das zweite Mal, um die Übergabe des Entwurfs* zu melden.

In dem sich hieran knüpfenden Gespräch wies ich den Minister erneut darauf hin, wie verfehlt es sein würde, wenn der Wortlaut unseres Bündnisvertrags zu der Auffassung Berechtigung böte, daß derselbe sich vornehmlich gegen Rußland richte, und wenn vor allem die Balkanparagraphen den Schein erweckten, daß der Dreibund die dortigen russischen Interessen als im Gegensatz zu den eigenen stehend betrachte.

Der Minister wiederholte mir bei dieser Gelegenheit, er halte an diesen seinen Vorschlägen nicht fest und habe solches auch dem Grafen Lanza mitgeteilt. Im allerstrengsten Vertrauen wolle er mir sagen, daß diese hauptsächlich auf den Wünschen des Königs beruhenden Vorschläge weniger gegen Rußland als darauf gerichtet seien, Österreich festzulegen [1].

Der Verdacht, daß Österreich im geheimen nach Saloniki strebe [2], lasse sich hier noch nicht ganz beseitigen. Besäße Italien in dieser Richtung Garantien, so würden Italien und Österreich in ihrer Balkanpolitik die besten und natürlichsten Verbündeten sein und als wahrhaft konservative Mächte ihren ganzen Einfluß für die Erhaltung des dortigen Status quo einsetzen. Zu diesem Zweck würde ihm daher auch ein eventueller Notenaustausch zwischen Italien und Österreich [3], durch welchen die Albanien betreffenden Abmachungen auf die übrigen türkischen Provinzen ausgedehnt würden, völlig genügen. Ein solcher Notenaustausch würde jedes Mißtrauen gegen österreichische Expansionspläne beseitigen, ein Mißtrauen, das dadurch momentan eine gewisse Nahrung erhalte, als nach ihm von griechischer und englischer Seite zugehenden Nachrichten in Mazedonien eine starke Gärung herrsche.

Ich möchte glauben, daß dieser Sorge vor österreichischen Expansionsplänen montenegrinische Einflüsterungen nicht ganz fern stehen [4]. Im übrigen bin ich der Überzeugung, daß weder Herr Prinetti noch sein etwaiger Nachfolger, besonders wenn derselbe der Partei Sonnino angehört, die Ausdehnung der Balkanabmachungen zu einer Bedingung für die Vertragserneuerung machen werden.

Wedel

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] !!
[2] ?
[3] Dagegen haben wir gar nichts [5]
[4] richtig
Randbemerkung von Holsteins:
[5] Das wissen die Italiener schon

* Siehe Nr. 5729.

Nr. 5731

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept

Nr. 36 Berlin, den 9. März 1902

Zu Ew. Information und Regelung Ihrer Sprache:

Zu den einzelnen Prinettischen Abänderungsvorschlägen habe ich Graf Lanza folgendes bemerkt*:

1. Betreffend Garantie des Status quo auf der Balkanhalbinsel. Italien verlange damit eine doppelte Erweiterung des Art. VI des Vertrages, nämlich einmal in territorialer, sodann in materieller Beziehung. Wir könnten von unserm alten und bewährten Prinzip, daß Balkanfragen uns erst in zweiter Reihe interessieren, nicht abgehen. Würden die Umstände uns zu einer Änderung dieses unseres Neutralitätsprinzips in Balkanfragen zwingen, so würden unsere Interessen und Traditionen uns nötigen, zunächst mit Rußland und Österreich-Ungarn Fühlung zu nehmen. Ich betonte auch, daß uns die österreich-ungarische Regierung ausdrücklich erklärt habe, ihrerseits auf die Balkangarantie nicht eingehen zu können.

2. Tripolis betreffend. Aus Art. IX folge, daß wir Italien bei einem etwa von ihm beabsichtigten Unternehmen auf Tripolis nicht nur nicht im Wege sein, sondern ihm vollkommen freie Hand lassen wollten und überhaupt uns von Tripolis gänzlich desinteressierten. Ich wiederholte hierbei nochmals, wie wir heute weniger denn je daran dächten, Italien Tripolis irgendwie zu mißgönnen. Wir hätten uns über das italienisch-französische Abkommen wegen Tripolis gefreut und würden uns weiter freuen, wenn Italien die in Aussicht genommenen Vorteile realisierte. Auf eine Amplifikation des so klaren wie prägnanten Artikels IX vermöchten wir jedoch nicht einzugehen, weil eine solche einerseits Italien keine neuen Rechte geben, andererseits aber allen möglichen Mißdeutungen und Verdächtigungen gegen die Tendenz des Dreibunds Tür und Tor öffnen würde.

3. Die Handelsbeziehungen betreffend. Ich riet Graf Lanza, Italien möge sich zunächst mit Österreich-Ungarn wegen der Weinklausel verständigen, da ich hierin eine der Hauptschwierigkeiten für

---

* Die Unterredung zwischen Graf Bülow und Graf Lanza ging am 7. März vor sich. Über den Inhalt der Unterredung wurde dem italienischen Botschafter am gleichen Tage eine Aide-mémoire zugestellt, das indessen auf dessen Wunsch am 9. zurückgenommen und durch eine veränderte Fassung ersetzt wurde. Der Inhalt ergibt sich aus dem obigen telegraphischen Erlaß an Wedel, neben dem ein analoger Erlaß nach Wien (Nr. 144) ging.

einen befriedigenden Abschluß von Handelsverträgen erblickte. Auf die italienischen Einzelvorschläge einzugehen, sei mir gänzlich unmöglich, einesteils aus verfassungsrechtlichen Bedenken, andernteils weil daran unsere Tarifrevision scheitern und ich in unübersehbare Schwierigkeiten mit dem Reichstag geraten würde. Dagegen seien wir andauernd fest überzeugt, daß auch mit unserm neuen Zolltarif ein neuer Handelsvertrag zwischen uns und Italien auf der Basis des jetzigen ohne vertragslosen Zwischenzustand zustande kommen werde.

Zum Schluß habe ich mit Nachdruck nachstehendes hervorgegehoben: Die gegenwärtige Situation in Europa weise zwei charakteristische Züge auf: einerseits eine übergroße Nervosität der öffentlichen Meinung, der Parlamente und der Presse, andrerseits bei den Souveränen und Kabinetten wenigstens aller großen Mächte ein ausgeprägtes Bedürfnis nach Ruhe, Frieden und gegenseitigem Vertrauen. Daraus ginge für Deutschland und, wie wir mit Sicherheit annehmen könnten, auch für Österreich-Ungarn die Notwendigkeit hervor, den Bündnisvertrag in unveränderter Form zu erneuern. Jede Änderung des Dreibundes würde die öffentliche Meinung in allen drei Ländern aufregen und allenthalben zu großem Mißtrauen Anlaß geben. Man würde auch hinter an und für sich vielleicht irrelevanten Modifikationen die weitgehendsten Pläne wittern und glauben, es handle sich um die Vorbereitung zu weitgreifenden Aktionen und Störungen des allgemeinen Friedens. Die deutsche und sicherlich auch die österreichisch-ungarische Regierung müßten in der Lage sein, nach erfolgter Verlängerung des Bündnisses den andern Kabinetten zu versichern, dasselbe sei völlig unverändert, d. h. nach wie vor nur eine Garantie für den Frieden und die Fortdauer der friedlichen Beziehungen der Mächte untereinander. Wenn ich mich auf irgendwelche Änderung einließe, so würde ich dadurch in die allerübelste Lage geraten. Ich sei außerstande, wenn mich zum Beispiel Seine Majestät der Kaiser von Rußland danach fragte, eine Unwahrheit zu sagen, indem ich jede Änderung leugnete; ich vermöchte aber auch die Tatsache, daß eine Änderung erfolgt sei, nicht zuzugeben, denn dies müßte, da ja der Inhalt der Verträge geheim bleibe, die allerschwerste Beunruhigung hervorrufen.

Ich habe zum Schluß der sicheren Erwartung Ausdruck gegeben, daß so erleuchtete und gewiegte Staatsmänner wie Herr Zanardelli und Herr Prinetti sich diesen Erwägungen nicht verschließen, sondern ihre Bemühungen mit den meinigen vereinigen würden, damit das Werk zustande käme, welches unserm Weltteil die Segnungen des Friedens auf eine Reihe von weiteren Jahren verbürgen und den Namen der beiden ausgezeichneten italienischen Staatsmänner für immer einen ehrenvollen Platz in der Weltgeschichte sichern würde.

Bülow

Nr. 5732

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 45 Rom, den 12. März 1902

Ich fand Prinetti bei meinem heutigen Besuch sehr ernst, was wohl zum Teil der unsicheren parlamentarischen Lage, teilweise aber auch der ablehnenden Haltung, die seine Abänderungsvorschläge bei Euerer Exzellenz gefunden, zuzuschreiben sein dürfte. Im Laufe des Gesprächs taute er indessen auf, erzählte mir, daß er zwei lange Telegramme von Graf Lanza erhalten und einen Kurier aus Berlin erwarte. Der Minister sprach dabei offen aus, daß er die von Ew. Exzellenz gegen jede Änderung des Vertrags geltend gemachten Bedenken vom deutschen Standpunkt aus, besonders im Hinblick auf Rußland, als durchaus gerechtfertigt anerkenne. An der Änderung des Tripolis-Paragraphen halte er nicht fest[1], und was die Erweiterung der Balkangarantien betreffe, so habe er mir bereits früher gesagt, daß wir uns darüber ohne Schwierigkeit verständigen würden. Er kam dabei erneut auf die Eventualität zurück, mit Österreich eine Erweiterung des Albanien betreffenden Abkommens[2] dahin zu treffen, daß letzteres auch auf die übrigen türkischen Balkanprovinzen ausgedehnt werde. Da Österreich übrigens, wie ich als sicher voraussetze, auf einen solchen Vorschlag nicht eingehen dürfte, weil es nur Albanien als ausschließlich österreichisch-italienische Interessensphäre betrachtet, so wird Prinetti zweifellos auch diesen Plan fallen lassen[3]. Er selbst hob dann auch schließlich als einzig wichtigen Punkt das die Handelsverträge betreffende Protokoll hervor. Uns gegenüber würde er sich mit einer generellen Fassung desselben begnügen[4], in betreff Österreich aber müsse Italien, und daran werde auch sein eventueller Nachfolger festhalten, Garantien gegen einen möglichen vertragslosen Zustand schaffen, weil das Aufhören der die Fischerei und die Kabotage im Adriatischen Meer betreffenden Verträge zu direkt feindlichen Zusammenstößen der Fischer und Schiffer führen würde[5].

Die Klippen der Weinklausel fürchte er nicht so sehr, weil er eine Verständigung für möglich halte[6], und er wäre seinerseits bereit, schon morgen in Vertragsverhandlungen mit Österreich-Ungarn einzutreten. Da sich indessen nicht absehen lasse, wann Wien und Budapest sich über den neuen Zolltarif verständigten, so seien ja solche Verhandlungen, da ihnen die Basis fehle, ausgeschlossen.

Herr Prinetti teilte mir schließlich als Geheimnis mit, daß ihm heute die die englische Desinteressementserklärung bezüglich Tripolis enthaltende Note zugestellt sei[7].

Wedel

Bemerkung des Grafen von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
Nachdem wir unsern sachlichen Zweck erreicht haben, kommt es jetzt darauf an, einerseits die (empfindlichen) Italiener nicht in der Form zu verletzen, andrerseits zwar keine nervöse Ungeduld zu zeigen, aber doch bald zum Abschluß zu kommen. B.
Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Gut
[2] das kann uns Wurscht sein
[3] das tangiert uns nicht
[4] sehr gut
[5] das geht uns nichts an
[6] tant mieux
[7] tous mes compliments

Nr. 5733

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Reinkonzept

Nr. 40 Berlin, den 13. März 1902

Aus Ew. Exzellenz Telegramm Nr. 45* ersehe ich, daß Herr Prinetti in richtiger Würdigung der andernfalls für Deutschland erwachsenden Schwierigkeiten die Balkanklausel fallen läßt und den Tripolisartikel unverändert bestehen lassen will, weil Änderungen in diesen beiden Punkten allerdings geeignet gewesen wären, unsere Beziehungen zu Rußland ungünstig zu beeinflussen. Ich nehme dankbar Akt hiervon und bin meinerseits gern bereit, falls Herr Prinetti bei der gegenwärtigen Lage des italienischen Ministeriums Wert auf baldige Unterzeichnung des Vertrages legen sollte, diesem Wunsche, soweit an mir liegt, entgegenzukommen. Für Deutschland bleibt jetzt nur noch das anscheinend von Italien in Aussicht genommene Handelsprotokoll zu diskutieren. Zur Zeitersparnis bemerke ich, wie ich als sicher voraussetze, daß in diesem Protokoll nichts Aufnahme finden wird, was ich bereits Graf Lanza gegenüber als unannehmbar bezeichnet habe.

Bülow

Nr. 5734

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 48 Rom, den 18. März 1902

Herr Prinetti, der den Zeitungen entnommen, daß Euere Exzellenz in der Osterzeit vielleicht nach Rom kommen würden, gab mir ge-

* Siehe Nr. 5732.

genüber heute der Hoffnung Ausdruck, daß diese Nachricht sich bestätigen möge. Ich habe dem Minister geantwortet, daß Hochdieselben meines Wissens, wie schon öfter, die Karwoche in aller Stille in Venedig zuzubringen beabsichtigten, um sich nach der aufreibenden Tätigkeit des Dienstes einige Tage der Erholung zu gönnen.

Herr Prinetti meinte dann, er gedenke sich voraussichtlich, was allerdings von dem Beginn der Kammerferien abhängig bleibe, am Sonnabend abend für einige Tage nach Merate, seiner Heimat, zu begeben und würde etwa am Donnerstag oder Freitag von dort eventuell über Venedig hierher zurückkehren, um Euerer Exzellenz in letzterem Orte einen kurzen Besuch abzustatten. pp.

Wedel

Nr. 5735

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 92 Rom, den 19. März 1902

Während einer längeren Unterredung, die ich gestern mit Herrn Prinetti hatte, las mir derselbe das Aide-mémoire vor, welches Euere Exzellenz dem Grafen Lanza als Antwort auf die italienischen Abänderungsvorschläge übergeben haben*.

Der Minister wiederholte dabei, er sei bereit, den Bündnisvertrag tel quel zu erneuern, müsse indessen an gewissen Vorbedingungen festhalten.

Zunächst sei es sein Wunsch, daß die in dem Aide-mémoire enthaltene Erklärung in betreff Tripolis sowohl von uns wie von Österreich in einer unterschriebenen Note festgelegt würde.

Zum § 6 habe er die Veränderung vorgeschlagen, weil ihm die Phrase „user de son influence pour prévenir" zu vag erschienen sei. Für eine wenigstens mündliche Interpretation der Bedeutung dieser Phrase würden Euere Exzellenz ihn zu besonderem Danke verpflichten, auch würde er gerne wissen, ob zu den in dem genannten Paragraphen erwähnten türkischen Küsten und Inseln nach Hochdero Auffassung auch Konstantinopel gehöre.

Ich habe dem Minister erwidert und bin heute, als ich ihn an seinem Empfangstage sprach, darauf zurückgekommen, daß die erstere Phrase kaum einer Interpretation bedürfe, weil sie eben ein diplomatisches Engagement bedeute. Und was Konstantinopel betreffe, so gehöre dasselbe nicht zum Ägäischen Meere, ja ich nähme sogar an,

* Vgl. Nr. 5731, Fußnote.

daß die östlichen türkischen Provinzen einschließlich Konstantinopel im Hinblick auf Rußland, und weil nicht zur direkten italienischen oder österreichischen Interessensphäre gehörend, absichtlich in dem Vertrage keinen Platz gefunden hätten.

Herr Prinetti schien sich meiner Auffassung im Grunde anzuschließen, und ich nehme daher an, daß er auch den Grafen Lanza nicht weiter beauftragen wird, Euerer Exzellenz Interpretation bezw. Anschauung bezüglich der fraglichen Punkte zu erbitten.

Über den § 7 äußerte sich der Minister dahin, daß er eventuell versuchen werde, mit Österreich einen erweiterten Notenaustausch zu erzielen, doch halte er daran nicht fest.

Das wichtigste bleibe schließlich immer, meinte Herr Prinetti dann, das Handelsvertragsprotokoll. Schaffe er durch dasselbe nicht Garantien gegen einen vertragslosen Zustand, besonders Österreich gegenüber, so werde ihn der Vorwurf treffen, sein Land verraten zu haben.

Den auf die Weinklausel bezüglichen Passus seines Vorschlags sei er bereit, fallenzulassen, weil der Export nach Österreich ständig zurückgehe, letzteres eine gewisse Quantität weißen italienischen Verschnittweines nicht entbehren könne und man sich daher über die bevorzugte Zulassung einer zu limitierenden Quantität solchen italienischen Weines verständigen würde.

Auf die Garantie aber, daß der alte Handelsvertrag bis zum Abschluß eines neuen in Kraft bleibe, könne er nicht verzichten. Er hätte gehofft, mit uns über die Redaktion des Protokolls zu einer Verständigung zu gelangen und dadurch Österreich mitzuziehen. Deshalb auch hätten Euerer Exzellenz Einwände ihn in eine große Verlegenheit versetzt, und er grübele seit drei Tagen unablässig darüber, wie die Sache anzufassen sei. Zwei Wege schwebten ihm dabei vor. Der eine sei, daß die beteiligten Minister der drei Staaten schriftlich erklärten, die Bündniserneuerung unterzeichnen zu wollen, sowie für die Fortdauer oder Erneuerung der Handelsverträge eine ausreichende Sicherheit gewonnen wäre. Der zweite Weg sei, daß ohne diese vorherige Sicherheit die Allianz auf unbestimmte Zeit mit einjähriger Kündigungsfrist fortlaufe. Er bekenne sich indessen offen zu einem direkten Gegner dieses Modus, für dessen Annahme Graf Nigra im Jahre 1891 plädiert, weil das Bündnis in einem parlamentarisch regierten Lande wie Italien dann alljährlich neuen Angriffen und damit möglichen Erschütterungen ausgesetzt sein würde.

Ich habe Herrn Prinetti gegenüber eine freundliche, aber sehr ernste Sprache geführt und vor allem darauf hingewiesen, daß ebensowenig wie Euere Exzellenz wohl auch kaum ein Minister eines anderen konstitutionellen Staates eine Verpflichtung zu übernehmen vermöge, welche die verfassungsmäßigen Rechte des Parlaments, bis zu einem gewissen Grade wenigstens, präjudiziere. Befände Italien sich uns und

Österreich gegenüber bezüglich des gegenseitigen Warenaustausches etc. in einer weniger günstigen Lage, so würde er, Herr Prinetti, sich sicher nicht dazu herbeilassen, eine Verpflichtung wie die uns zugemutete zu unterschreiben.

Euere Exzellenz hätten, wie er wisse, dem Grafen Lanza mitgeteilt, und ich hätte ihm dieses auftragsgemäß wiederholt, wir seien dauernd fest überzeugt, daß auch mit unserem neuen Zolltarife ein neuer Handelsvertrag auf der Basis des jetzigen ohne vertraglosen Zustand zustande kommen werde.

Ich habe dem Minister dabei betont, daß es mir als eine gegenseitige Vertrauensfrage erscheine, wenn drei große, seit langen Jahren verbündete Staaten ihrem festen Willen, zu neuen Handelsverträgen zu gelangen, auch ohne bindende Verpflichtung protokollarisch Ausdruck gäben, und daß es mir bedenklich erscheine, wenn Italien die absolute Garantie für neue Handelsverträge zu einer direkten Bedingung für die Erneuerung des Bündnisses mache. Von seinen Wegen für die Erneuerung der Allianz erscheine mir der erstere völlig ungangbar, weil derselbe lediglich mit seiner Person verknüpft sei, das Versprechen der Unterzeichnung also an dem Tage hinfällig werden würde, wo er aufhöre, Minister zu sein, was bei den hiesigen Verhältnissen jeden Moment eintreten könne.

In betreff der Verlängerung auf unbestimmte Zeit mit einjähriger Kündigung pflichte ich persönlich zwar seinen Argumenten durchaus bei, doch sei ich über Euerer Exzellenz Ansicht zur Sache nicht orientiert.

Da er übrigens in betreff der Handelsverträge immer wieder auf Österreich als die einzige Klippe hinweise, so erscheine es mir rätlich, mit dem Wiener Kabinett Fühlung zu suchen.

Diesen meinen Bemerkungen gegenüber lenkte Herr Prinetti ein, indem er meinte, mit Deutschland würde ja ein Arrangement leicht möglich sein und er denke nicht daran, die Handelsverträge zu einer direkten Bedingung für das Bündnis zu machen. Er wolle mit Österreich in Verbindung treten, wenn es ihm auch kaum tunlich erscheine, mit diesem ein besonderes, bindendes Handelsprotokoll zu zeichnen.

Als ich den Minister an seinem heutigen Empfangstage sprach, hatte er unmittelbar vorher mit meinem österreichischen Kollegen konferiert und erzählte mir vertraulich, auch Baron Pasetti sei der Ansicht, daß ein vertragsloser Zustand ebensosehr die österreichischen wie die italienischen Interessen schädigen werde. Er, Prinetti, hoffe daher, daß diese beiderseitige Erkenntnis zu einer Einigung führen werde, und deutete dabei an, er erwarte, daß der jetzige österreichisch-italienische Handelsvertrag bis zum 31. Dezember 1904 in Kraft bleibe, und daß damit genügende Zeit zum Abschluß eines neuen gewonnen sei.

Der Minister fügte hinzu, doch sei das nur für mich bestimmt, es wäre ihm über Nacht ein neuer Ausweg gekommen, der nämlich, das Bündnis in drei Perioden, eine zweijährige, eine vierjährige und eine sechsjährige einzuteilen mit der Bedingung, daß dasselbe weiterlaufe, wenn es nicht ein Jahr vor Ablauf einer jeden einzelnen Periode gekündigt werde. Mit einer Verlängerung auf unbestimmte Zeit mit einjähriger Kündigungsfrist vermöge er sich aus den mir gestern entwickelten Gründen nicht zu befreunden.

Ich habe mich eines Urteils über diesen neuen Plan, den Herr Prinetti voraussichtlich formulieren und in den nächsten Tagen nach Berlin gelangen lassen wird, enthalten, vielmehr der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es den gemeinsamen Bemühungen gelingen werde, für das Handelsprotokoll eine Form zu finden, die, ohne gegen berechtigte konstitutionelle Bedenken zu verstoßen, befriedigende moralische Garantien schaffe.

Es steht für mich außer Zweifel, daß Herr Prinetti den aufrichtigen Wunsch und den festen Willen hat, das Bündnis sobald als möglich und am liebsten auf die bisherige Zeitdauer zu erneuern, daß er es aber im Hinblick auf die hiesige öffentliche Meinung nicht wagt, ohne wenigstens gewisse Garantien für die Fortdauer von Handelsverträgen seinen Namen unter dasselbe zu setzen. Bei Lage der parlamentarischen Verhältnisse vermag ich dieses Zögern, wie sich auch Marquis Visconti Venosta mir gegenüber vor nicht langer Zeit aussprach, als ungerechtfertigt nicht zu bezeichnen, doch halte ich an der Ansicht fest, daß sich ein Ausweg finden wird, besonders wenn sich Österreich zur stillschweigenden einjährigen Verlängerung des jetzigen österreichisch-italienischen Handelsvertrages bereit erklärt.

Graf C. Wedel

Nr. 5736

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept

Nr. 43 Berlin, den 20. März 1902

Auf Telegramm Nr. 48*

Bitte Herrn Prinetti mit bestem Gruß von mir zu sagen, daß ihn in Venedig zu sehen mir eine besondere Freude sein würde. Ich hoffe am 25. oder 26. in Venedig eintreffen zu können.

Bülow

* Siehe Nr. 5734.

Nr. 5737

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 54 Rom, den 21. März 1902

Im Anschluß an meinen morgen mit Prinz Salm eintreffenden Bericht Nr. 92*.

Herr Prinetti ließ mich heute zu sich bitten, um mir einen neuen Plan mitzuteilen. Von Österreich hoffe er ein formelles Versprechen bezüglich Nichtkündigung des jetzigen Handelsvertrags vor Abschluß eines neuen bezw. vor dem Scheitern der dahingehenden Verhandlungen zu erhalten. Bei uns würde er sich, nachdem ich ihn auf die konstitutionelle Untunlichkeit der Übernahme einer bindenden Verpflichtung unsererseits hingewiesen, mit einer entsprechenden mündlichen Äußerung[1] Euerer Exzellenz begnügen. Er denke danach vorzuschlagen, die Bündniserneuerung in drei Perioden, die ersten beiden zu je drei Jahren, die dritte zu sechs Jahren, mit einjähriger Kündigungsfrist vor Ablauf jeder Periode, einzuteilen.

Ich habe dem Minister, der über meine ihm auf Grund Euerer Exzellenz Telegramm Nr. 43** gemachte Mitteilung hocherfreut war, gesagt, es erscheine mir am zweckmäßigsten, wenn er diese Angelegenheit direkt mit dem Herrn Reichskanzler diskutiere[2]. Immerhin glaube ich nicht unterlassen zu sollen, Hochdieselben über die Idee des Herrn Prinetti im voraus zu orientieren.

Wedel

Bemerkung des Grafen von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
Ich bitte, sofort an Graf Wedel im Sinne der Randbemerkung des Herrn Staatssekretärs ad p. 2 [Randbemerkung 1] zu telegraphieren, damit er sich gegenüber Herrn Prinetti in diesem Sinn ausspricht, bevor dieser nach Venedig kommt. B.
Randbemerkung Freiherrn von Richthofens:
1 Auch mündlich meines gehorsamen Erachtens ganz unmöglich. Rf.
Randbemerkung des Grafen von Bülow:
2 ! Nein, sondern Wedel soll es ihm sagen. Nur nicht zu bequem werden

Nr. 5738

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Karl von Wedel

Telegramm

Konzept von der Hand des Staatssekretärs Freiherrn von Richthofen

Nr. 45 Berlin, den 22. März 1902

Auf Telegramm 54***.

Wir sind in unseren schriftlichen Erklärungen an die italienische

* Siehe Nr. 5735.
** Siehe Nr. 5736.
*** Siehe Nr. 5737.

Regierung und in den mündlichen Erklärungen des Staatssekretärs vor der Zolltarifkommission des Reichstags hinsichtlich unserer Bereitheit zur Sicherung handelsvertragsmäßiger Beziehungen zu Italien bis an die äußerste Grenze des Möglichen und konstitutionell Zulässigen gegangen*. Eine weitergehende Zusage schriftlich oder auch nur mündlich abzugeben bin ich außerstande.

Euere Exzellenz bitte ich hiervon Herrn Prinetti noch vor seiner Abreise zu unterrichten, damit die mir an und für sich sehr sympathische Begegnung nicht durch unerfüllbare Ansprüche (wie z. B. auch die Änderung der bisher üblichen Verlängerungsfrist) gestört werde. Euere pp. wollen überhaupt Details der Verhandlungen nicht mir während meines Urlaubes aufbürden, sondern geschäftsmäßig an das Auswärtige Amt gelangen lassen.

Bülow

Nr. 5739

Der Reichskanzler Graf von Bülow, z. Z. in Venedig, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 8 Venedig, den 28. März 1902
Ganz geheim

Herr Prinetti, welcher gestern in unserer ersten Unterredung die Frage der Erneuerung des Dreibundes nicht berührte, ließ mich vor der zweiten durch Graf Wedel fragen, ob er mir die Gründe für die von ihm gewünschten Modifikationen „in akademischer Weise" darlegen dürfe, indem er sich vorbehielte, seine diesbezüglichen formellen Anträge durch Graf Lanza in Berlin zu stellen.

Seine Argumentation fasse ich kurz wie folgt zusammen: 1. Herr Prinetti denkt nicht daran, sich von . . .**. Hierzu bemerke ich noch, daß mir alle meine italienischen Bekannten versichern, jedes italienische Ministerium, welches sich jetzt auf Abenteuer in Tripolis einlassen wollte, würde sofort gestürzt werden. Das Land sei nie weniger

* Die Zolltarifkommission des Reichstags hatte am 12. März, obwohl die Regierung in weitem Entgegenkommen gegen die italienischen Wünsche einen Zoll auf frisches Gemüse und Blumen für unannehmbar erklärte, hohe Zollsätze für diese Gegenstände festgesetzt. Am 13. erklärte Staatssekretär Freiherr von Richthofen dazu: „Die verbündeten Regierungen wollten keinen Zweifel darüber lassen, daß sie nötigenfalls auch gegen die Beschlüsse der Kommission Handelsverträge abschließen und dabei für Gemüse und Blumen Zollfreiheit gewähren würden, ohne dafür Kompensationen zu verlangen." Diese Erklärung trug der Regierung seitens des Abgeordneten Freiherrn von Wangenheim vom Bund der Landwirte den Vorwurf ein, daß ihr das Interesse der Italiener wichtiger zu sein scheine als das der heimischen Interessenten.
** Gruppe fehlt.

aktionslustig gewesen als gegenwärtig, und das jetzige Ministerium sei noch weniger unternehmend, als ein Kabinett Rudini oder Sonnino sein würde. Dagegen wären freilich alle Italiener darüber einig, daß, wenn es früher oder später zu einer neuen Ausplünderung oder Auflösung der Türkei käme, Italien nicht leer ausgehen dürfe, sondern den einzigen Teil der türkischen Erbschaft erhalten müsse, auf den es nach Lage der Dinge reflektieren könne, nämlich Tripolis. Gegenüber dieser allgemeinen Stimmung in Italien möchte sich Herr Prinetti an der Sicherung der italienischen Erbansprüche an Tripolis ein möglichst großes Verdienst beimessen können. An der Tripolisfrage wird Herr Prinetti die Dreibunderneuerung um so weniger scheitern lassen, je mehr wir ihm in unverbindlichen, allgemeinen und freundlichen Wendungen jeden Zweifel darüber benehmen, daß wir Italien die tripolitanischen Steinwüsten nicht mißgönnen.

2. Hinsichtlich der Balkanfrage beschäftigten Herrn Prinetti vor allem die unverkennbaren russischen Fortschritte im Orient und die Möglichkeit einer russischen Festsetzung in Konstantinopel. Seine Beängstigungen in diesen Richtungen gehen offenbar ebensosehr aus jener dilettantischen Auffassung der großen Politik hervor, die in in allen Ländern bewirkt, daß die Schlagworte „Panslawismus“ und „Testament Peters des Großen“ den Spießbürgern gruseln machen, wie aus französischer Einwirkung. Für alle Fälle aber habe ich ihm nahegelegt, daß er diese seine Sorgen uns schriftlich mitteilen könne, sodaß wir dieselben bei den Akten haben werden. Auch wegen Balkanfrage wird Herr Prinetti schwerlich es auf ein Scheitern der Dreibunderneuerung ankommen lassen, wenn er auch immer wiederholt, daß Italien zwischen einem die Dardanellen beherrschenden Rußland und dem diesem verbündeten Frankreich „erstickt“ werden würde. Dies sei namentlich auch die Ansicht des Königs.

3. Herr Prinetti betonte mit Lebhaftigkeit seinen Wunsch, möglichst gute Beziehungen zu England zu unterhalten. Er hofft, dieselben freundlicher ausgestaltet zu haben, als sie unter Visconti Venosta und Canevaro gewesen wären.

4. Er glaubt, daß wir mit Rußland sehr intim ständen, und diese Annahme erhöht entschieden seinen Respekt vor uns. Die seiner Ansicht nach zunehmende Annäherung von Österreich-Ungarn an Rußland ängstigt ihn; er ließ durchblicken, daß zwischen Rußland und Österreich-Ungarn geheime Abmachungen bestehen könnten, von denen er nichts wisse, und wollte gehört haben, daß das Wiener Kabinett der französisch-russischen Erklärung über Ostasien* beitreten werde.

5. Herr Prinetti fühlt, daß seine Stellung erschüttert ist, hofft sich

* Gemeint ist die französisch-russische Deklaration vom 16. März 1902 (siehe Bd. XVII, Kap. CX, B, Nr. 5064, Anlage), der tatsächlich die österreich-ungarische Regierung am 22. März, im Gegensatz zu Deutschland, im Prinzip zustimmte.

aber bis zum nächsten Herbst zu halten. Er möchte an und für sich den Dreibund baldmöglichst erneuern, will aber zunächst die Beratung seines Etats im Parlament vorübergehen lassen, um während dieser nicht Farbe bekennen zu brauchen.

Meine Erklärungen hinsichtlich der Dreibundfrage resümierte ich dahin:

„Les modifications que vous nous proposez, sont en elles-mêmes fort bien motivées et constitueraient peut-être une amélioration du Traité. Mais dans de si grandes questions le mieux est l'ennemi du bien, tout changement du Traité ouvrirait la porte à des méfiances, agitations, combinaisons qui mettraient en danger le repos de l'Europe et pourraient troubler la paix du monde, sans parler de l'atteinte profonde qu'elles porteraient à la confiance réciproque entre les souverains et les grands cabinets. Voilà pourquoi nous ne pouvons admettre aucune modification du Traité actuel et ne le renouvellerons que dans sa forme présente." Falls Graf Lanza dort neue Abänderungsvorschläge macht, bitte ich dieselben in dieser Form und in der allerfreundlichsten Weise zu ekartieren.

Hinsichtlich der von Herrn Prinetti gewünschten handelspolitischen Erklärung habe ich ihm gesagt, daß auch ich ein Parlament vor mir hätte und mich in der absoluten Unmöglichkeit befände, das Vertrauen desselben durch eine Zusage zu verlieren, die sachlich völlig überflüssig sei, da die Minimalsätze Italien nicht berührten, die übrigen Sätze Gegenstand der Verhandlungen sein würden und der ganze Tarif für Italien gar keinen Grund zur Beunruhigung böte. Herr Prinetti gab dies vollkommen zu und meinte nur, von Österreich brauche er notwendig eine Erklärung hinsichtlich des Fortlaufens der Handelsverträge; da er eine solche Forderung an Österreich nicht allein stellen könne, möchte er sie „pro forma" gern auch von uns haben *.

---

* Nach Äußerungen des Ministers Prinetti zu dem österreichischen Botschafter Pasetti vom 30. März hätte er bei der Unterredung mit Graf Bülow auch nachdrücklich die Notwendigkeit für Italien betont, keine Verpflichtungen im Dreibundvertrage einzugehen, welche die Ruhe und Sicherheit Frankreichs bedrohen könnten. In einem dem Auswärtigen Amt am 15. April übergebenen Auszuge aus der Pasettischen Berichterstattung hieß es darüber:

„Der italienische Minister des Äußern versicherte, er sei über die Aussprache mit dem deutschen Reichskanzler sehr befriedigt. Im Laufe der Unterredung mit Grafen Bülow sei die europäische Lage freundschaftlich besprochen worden, insbesondere habe er — Prinetti — die veränderten Beziehungen Italiens zu Frankreich auseinandergesetzt und jene Grenzen bezeichnet, bis zu welchen Italien in seinen Verpflichtungen Frankreich gegenüber zu gehen entschlossen ist, nämlich keine Verpflichtungen einzugehen, welche die Ruhe und Sicherheit Frankreichs bedrohen könnten. — Da Graf Bülow daran festgehalten habe, daß die Trippelallianz ganz unverändert zu erneuern sei, habe er — Prinetti — was den Vertrag selbst betrifft, die von ihm vorgeschlagenen Modifikationen fallengelassen."

In der Besprechung meiner Begegnung mit Herrn Prinetti durch die Presse ist alles zu vermeiden, was die Italiener im allgemeinen und Herrn Prinetti im besonderen unnütz verstimmen oder die Bedeutung dieses Besuchs verringern könnte, der unseren Gegnern in Europa zeigen soll, daß auch die gegenwärtige italienische Regierung Wert auf ein gutes Verhältnis mit uns legt. Im übrigen halte ich es nicht für nützlich, daß die Erörterungen über die Dreibunderneuerung vor der erfolgten Erneuerung einen zu breiten Raum einnehmen.

Bülow

Nr. 5740

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 104 Rom, den 2. April 1902

Ich hatte Herrn Prinetti in Venedig nur flüchtig gesprochen und habe seit seiner Rückkehr von dort erst heute, an seinem Empfangstage, eine längere Unterhaltung mit ihm gehabt.

Von seiner Begegnung mit Euerer Exzellenz erklärte er sich in hohem Grade befriedigt und gab dabei hinsichtlich der Übereinstimmung der Anschauungen eine solche optimistische Auffassung kund, daß ich mich einige Male veranlaßt sah, etwas Wasser in seinen Wein zu gießen.

Der Minister will, wie er mir sagte, morgen einen Kurier nach Berlin expedieren, um dem Grafen Lanza diejenigen Instruktionen, beziehungsweise Vorschläge zukommen zu lassen, die er auf Grund der aus der Unterhaltung mit Euerer Exzellenz gewonnenen Basen formuliert hat. Ich möchte indessen beinahe annehmen, daß diese Expedition sich nach unserem heutigen Gespräche verzögert, und daß Herr Prinetti sich veranlaßt sieht, seine Vorschläge einer erneuerten Revision zu unterziehen.

Aus dem, was er mir mitteilte, geht hervor, daß er sich mit Euerer Exzellenz dahin verständigt habe, das Bündnis unverändert zu erneuern. Der Herr Reichskanzler werde dann auf eine eventuelle Anfrage im Reichstage erklären können, daß der Vertrag in substantieller Beziehung der gleiche geblieben, während er eine bezügliche Interpellation dahin zu beantworten beabsichtige, daß derselbe nichts Feindliches gegen Frankreich enthalte. Der Hintergedanke, den der Minister hierbei hegt, springt ziemlich klar in die Augen. Er möchte durch solche vage Erklärungen die Fiktion erwecken, daß Frankreich zuliebe doch eine Modifikation stattgefunden habe. Ja, er fügte bei dieser Gelegenheit sogar hinzu, daß er mit der unveränderten Erneue-

rung des Vertrages sich auch unter den gemäßigten Parteien manche Gegner erwecken werde, weil auch unter diesen viele den Standpunkt verträten, daß dem Bündnisse jede Spitze gegen Frankreich genommen werden müsse.

Ich habe mich, unmittelbar nach der Venediger Entrevue, darauf beschränkt, den Zuhörer zu spielen, werde aber einen baldigen Anlaß benutzen, um dem Minister kein Hehl daraus zu machen, daß wir für deutungsfähige Erklärungen, wie sie ihm für seine Zwecke erwünscht erscheinen, nicht zu haben sein dürften*.

Was Tripolis betreffe, fuhr Herr Prinetti fort, so hätten Euere Exzellenz ihm in dieser Beziehung auch mündlich die bündigsten Erklärungen abgegeben. Es sei ihm deshalb auch, wie er Hochdenselben gesagt, gleichgültig, in welcher Form diesen Erklärungen ein formeller Ausdruck gegeben werde.

Was die Balkanfragen angehe, so hätte der Herr Reichskanzler ihm versichert, daß nach allen Anzeichen das offizielle Rußland in absehbarer Zeit an eine Besetzung Konstantinopels nicht denke. Da ihm des Grafen Bülow Urteil in dieser Beziehung kompetent sei, so glaube er von weiteren Vorschlägen auf diesem Gebiete Abstand nehmen und sich für eintretende Fälle mit dem prévenir des § 6 (des Dreibundvertrags) begnügen zu können.

Was seine neueste Idee betreffe, die Dauer des Vertrages in drei Perioden, die ersten beiden zu je drei Jahren, die letzte zu sechs Jahren, mit einjährigem Kündigungsrechte vor Ablauf des zweiten beziehungsweise fünften Jahres, einzuteilen, so seien Euerer Exzellenz auf dieselbe zwar nicht weiter eingegangen, hätten ihm aber anheimgegeben, dieselbe in einem formulierten Vorschlage nach Berlin gelangen zu lassen.

Der Minister kam schließlich wieder auf die Hauptklippe, das Protokoll über die Erneuerung der Handelsverträge, in welches er das Versprechen aufgenommen zu sehen wünsche, daß die jetzigen Verträge bis Ende 1905 weiterlaufen sollten, sofern bis dahin nicht neue abgeschlossen seien. Demgegenüber sei er bereit, seinerseits die Verpflichtung dafür zu übernehmen, daß die letzteren unmittelbar nach ihrer Genehmigung in Kraft gesetzt würden.

Ich habe mich auf eine nähere Erörterung dieses, schon aus technischen Gründen kaum durchführbaren Projektes nicht weiter eingelassen, habe Herrn Prinetti indessen darauf hingewiesen, wie ich ihm schon einmal in Euerer Exzellenz direktem Auftrage erklärt hätte, daß die Übernahme einer ähnlichen Verpflichtung unsererseits aus konstitutionellen Gründen absolut ausgeschlossen sei. Ich könne bei dieser Gelegenheit meiner Überzeugung auch nur erneut dahin Ausdruck geben, daß, wenn z. B. die hiesigen Agrarier anstatt für den Schutz ihrer Ausfuhr für den gegen die fremde Einfuhr einträten, er selbst

* Anmerkung Graf Wedels: „Siehe Nachtrag."

sicher nicht daran denken würde, seinerseits eine derartige Verpflichtung zu übernehmen.

Und was dann die Geheimhaltung des in das Protokoll aufzunehmenden Versprechens betreffe, so wolle es mir erscheinen, daß letzteres in solchem Falle keinen Wert für ihn hätte, weil er dann ja keinen öffentlichen Gebrauch davon machen könne.

Gegen diese Ansicht erhob Herr Prinetti Einspruch, indem er meinte, er könne dann wenigstens, ohne das Geheimnis zu verletzen, eine etwaige Interpellation im allgemeinen dahin beantworten, daß er alle Berechtigung habe, auf die Erneuerung der Handelsverträge mit Sicherheit zu zählen. Einer etwaigen Indiskretion aber könne man mit den formellsten Dementis begegnen.

Herr Prinetti kam dann auf die merkwürdige Idee, ob es, um die konstitutionellen Bedenken zu beseitigen, nicht möglich sei, daß die drei Minister in dem Protokolle eine rein persönlich bindende Verpflichtung übernähmen, eine Idee, die ich mit dem Bemerken beantwortete, daß das Protokoll, wenn es einen Annex des Vertrages bilde, zweifellos auch unter die Ratifikation der Souveräne falle.

Diesem Einwurfe gegenüber trat der Minister dann mit einem neuen Gedanken hervor, mit dem nämlich, ob man nicht den verschiedenen Parlamenten ein Gesetz, durch welches die jetzt bestehenden Handelsverträge um zwei Jahre verlängert würden, vorlegen könne. Ich habe erwidert, daß ich nicht in der Lage sei, diesem Gedanken näherzutreten, daß meiner rein persönlichen Ansicht nach aber ein solches Gesetz im Reichstage dem heftigsten Widerstande begegnen und die Kaiserliche Regierung diesen Weg daher sicher nicht betreten werde.

Ich habe hieran anknüpfend den Minister abermals sehr ernst darauf hingewiesen, daß es nach meiner Meinung genügen müsse, wenn drei Großmächte, die seit zwanzig Jahren befreundet und verbündet seien, protokollarisch ihren guten Willen bekundeten, vertragsmäßige Handelsbeziehungen aufrechtzuerhalten, umsomehr, als ein solcher Zustand politisch und wirtschaftlich im gegenseitigen Interesse liege. Ich hätte nicht gehört, daß zwischen Deutschland und Österreich die Fortdauer des Bündnisses von den Handelsverträgen abhängig gemacht werde, und nur Italien sei es, daß in dieser Richtung Bedingungen stelle.

Herr Prinetti erwiderte mir, er befinde sich ja leider der hiesigen öffentlichen Meinung gegenüber in einer Zwangslage, denn ich dürfe nicht vergessen, daß es Italiens Verbündete seien, welche durch die Erhöhung ihrer Tarife die Fortdauer vertragsmäßiger Handelsbeziehungen in Frage zu stellen schienen. Durch unseren neuen Tarifentwurf wäre eine solche Gefahr allerdings nicht geschaffen, man werde vielmehr auf Grund desselben ohne Schwierigkeiten zu einem neuen Vertrage kommen; den österreichischen Tarif aber kenne

man nicht und vermöge daher auch nicht zu beurteilen, ob sich auf Basis desselben ein annehmbarer Handelsvertrag zustande bringen lasse.

Ich habe mich hier darauf beschränkt, dem Minister entgegenzuhalten, daß die Änderung unseres Tarifes sich auf die unabweisliche Notwendigkeit eines höheren Schutzes der deutschen Landwirtschaft stütze. Das Hemd sei einem näher wie der Rock, und das deutsche Publikum würde es niemals verstehen, wenn wir die heimische Produktion zugunsten des Auslandes gefährden wollten. Deutschlands Kraft bestehe zum großen Teile in seinem mittleren und kleineren Grundbesitze, der uns das beste Material für die Armee und den Beamtenstand liefere. Es sei daher unsere gebieterische Pflicht, dieses Element vor dem Ruin zu bewahren.

Ich bin hieran anschließend auf die von dem Minister verlangte Garantie für den Abschluß neuer Handelsverträge als Bedingung für die Erneuerung des Bündnisses zurückgekommen und habe an ihn die direkte Frage gestellt, wie er sich den Verlauf der Sache denke, wenn diese formelle Garantie, wie es ganz zweifellos erscheine, weder von uns noch von Österreich übernommen werde? Der Abschluß eines neuen Handelsvertrages zwischen uns und Italien bis zum 13. Mai 1903 sei ja nicht ausgeschlossen, aber immerhin unwahrscheinlich, der eines solchen mit Österreich-Ungarn bis zu jenem Termin aber kaum im Bereiche der Möglichkeit liegend. Ich möchte daher wissen, ob er in einem solchen Falle beabsichtige, das Bündnis erlöschen zu lassen.

Herr Prinetti geriet durch diese Frage in einige Verwirrung und meinte, an diese Absicht denke er allerdings nicht.

Was er sich denkt, vermochte ich nicht zu ergründen, ich glaube aber, daß er sich hin und her windet, um es womöglich jedem recht zu machen. Daß er auf diesem Wege nicht zum Ziele gelangt, dürfte er mit der Zeit einsehen und sich dann wohl auch mit einem weniger bindenden Protokoll begnügen, da er das Abenteuer eines neuen Kurses kaum wagen wird.

Nachtrag

Bei Durchsicht der Reinschrift drängt sich mir nach reiflicher Überlegung die Ansicht auf, daß es besser sein dürfte, Herrn Prinetti wegen der hinsichtlich der Erneuerung der Handelsverträge eventuell abzugebenden Erklärungen nicht schon jetzt Vorhaltungen zu machen, weil er dadurch vielleicht kopfscheu werden könnte. Hat er den Vertrag erst einmal unterzeichnet, so werden uns ja die Mittel nicht fehlen, etwaigen Verdunkelungsversuchen seinerseits entgegenzutreten und die Welt nicht im unklaren darüber zu lassen, daß das Bündnis ohne jede Veränderung erneuert worden ist.

Graf C. Wedel

Nr. 5741

Der Reichskanzler Graf von Bülow, z. Z. in Liegnitz, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Liegnitz, den 11. April 1902

Für Seine Majestät den Kaiser und König.

Über die Einzelheiten meines Aufenthalts in Wien* hoffe ich Euerer Majestät morgen alleruntertänigst Vortrag halten zu dürfen, möchte aber heute schon melden, wie dankbar es von allen Seiten in Wien aufgenommen wurde, daß Euere Majestät die Gnade hatten, mich auch dorthin zu senden.

Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph gab dieser Empfindung in herzlichsten Worten Ausdruck, erkundigte sich angelegentlichst nach Euerer Majestät, Ihrer Majestät der Kaiserin und den Prinzen und behielt mich fast eineinhalb Stunden bei sich, in bester und freundlichster Stimmung. Der hohe Herr wünscht glühend die ungestörte und unveränderte Fortdauer des Dreibundes und hofft auf unsere Vermittlung gegenüber Italien, mit dem sich Österreich-Ungarn wirtschaftlich nicht so leicht einigen kann wie wir. Der Kaiser frug mich viel nach italienischen Verhältnissen, vernahm mit großem Interesse, was ich über den dortigen Hof erzählte, ging aber der Besuchsfrage so ängstlich aus dem Wege, daß ich dieselbe nicht berühren konnte. Mit seinen jetzigen Beziehungen zu Rußland ist Kaiser Franz Joseph zufrieden, wenn er auch der russischen Balkandiplomatie nicht ganz traut und den unruhigen Ehrgeiz der russischen Generale fürchtet. Er wünscht nach wie vor lebhaft bestmöglichste Beziehungen zwischen dem Dreibund und England.

Graf Goluchowski begegnet sich mit uns in der Überzeugung, daß der Dreibund tel quel erneuert werden müsse, dem er ein gefühlvolles Loblied sang. Auf der Balkanhalbinsel fürchtet er in diesem Jahre keine Überraschungen, ist aber augenscheinlich gewillt, alle etwa auftauchenden Schwierigkeiten im Einvernehmen mit Rußland zu lösen. Gute Beziehungen zu England sind ihm ebenso erwünscht wie seinem kaiserlichen Herrn, zumal Italien abspringen würde, wenn England sich mit Frankreich oder Rußland verständigen sollte.

Auf einem größeren Diner bei Graf Goluchowski hatte ich längere Aussprache mit Herrn von Széll** und Herrn von Körber***. Ersterer

---

* Auf Wunsch des Kaisers hatte der Reichskanzler auf der Rückreise von Venedig Wien berührt, um dort mit Graf Goluchowski wegen der Erneuerung des Dreibundvertrages Rücksprache zu nehmen.

** Koloman-Széll v. Duka, ungarischer Ministerpräsident.

*** Vorsitzender des österreichischen Ministerrats.

ist gefärbt wie Szögyényi, aber weniger inquisitiv, recht schlau, deutschfreundlich. Er sagte mir, die politische Freundschaft mit Deutschland und persönliche Bewunderung für Euere Majestät sei das Kredo aller Magyaren. Herr von Körber schaut wie ein kleiner Jude aus und soll dementsprechend gerissen sein. Ich hielt ihm ein Privatissimum über Polenpolitik und Polenbehandlung. Herr von Széll und Herr von Körber sind beide überzeugt, daß auf der Basis des deutschen Tarifentwurfs ein Handelsvertrag mit uns keine größeren Schwierigkeiten bieten wird, wissen aber nicht, wie sich Zis- und Transleithanien untereinander verständigen sollen.

Eine lange Unterhaltung hatte ich schon vormittags mit Freiherrn von Beck*, dem auch anzumerken war, wie unheimlich den Österreichern ohne uns zumute sein würde. Graf Nigra war dankbar, daß ich seinem Herrn Prinetti ein Licht über die Gefahren aufgesteckt hätte, welche ein vom Dreibund losgelöstes Italien bedrohen würden. Graf Kapnist** meinte mit gutem Humor, Europa gleiche jetzt einer Quadrille, wo auf der einen Seite Euere Majestät mit Österreich und Italien, auf der anderen der Zar mit Frankreich tanze; gelegentlich gingen die Paare ineinander über, wechselten ihre Damen usw.; die Hauptsache sei, daß die Führer der Quadrille, Euere Majestät und Kaiser Nikolaus, im Einvernehmen blieben, davon hinge das Schicksal der Welt ab. Plunkett*** meinte, jeder vernünftige Engländer müsse Euerer Majestät dankbar sein, wenn der Dreibund so, wie er wäre, fortbestände. Die Unterredung mit dem feisten Nuntius † beschränkte sich darauf, daß er mir in einem entsetzlichen Französisch den Rheumatismus schilderte, den ihm das Wiener Klima verursacht. Phillis †† Zustand wurde mir von allen Seiten als ein hochgradig nervöses Leiden geschildert; er scheint zunächst bei seiner Mutter in Meran bleiben zu wollen.

Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph trug mir die allerherzlichsten Grüsse für Euere Majestät und angelegentliche Empfehlungen für Ihre Majestät auf. Graf Goluchowski und Freiherr von Beck baten mich, Eurer Majestät ihre ehrfurchtsvollen Empfehlungen zu Füßen zu legen. In der Hoffnung, daß mir das Glück vergönnt sein wird, Euere Majestät morgen im besten Wohlsein wiederzusehn.....

Bülow

---

* Chef des österreich-ungarischen Generalstabes 1881/1906.
** Russischer Botschafter in Wien 1895/1904.
*** Sir F. R. Plunkett, englischer Botschafter in Wien.
† Monsignore E. Taliani.
†† Fürst Eulenburg.

Nr. 5742

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept

Nr. 54 Berlin, den 13. April 1902

Graf Lanza hat mir gestern die in Ew. gefälligem Bericht Nr. 104 vom 2. d. Mts.* angekündigten erneuten Vorschläge des Herrn Prinetti mitgeteilt. Der italienische Minister des Äußern kommt von neuem auf seine von uns wiederholt als unannehmbar bezeichneten Wünsche zurück, nämlich 1. nochmalige Erklärung wegen Tripolis, trotz der die Lage zusammenfassenden und alle Eventualitäten der Zukunft ins Auge fassenden Bestimmungen des Artikels 9 des bestehenden Vertrages, und 2. formelle Bindung einer Nichtkündigung der Handelsverträge.

Bereits in meinem Telegramm Nr. 36** und neuerdings in Venedig habe ich ausführlich dargelegt, daß und warum es uns völlig unmöglich ist, auf die italienischen Forderungen einzugehen. Ich sehe mich zu meinem aufrichtigen Bedauern außerstande, von diesem Standpunkt abzugehen. Man vergißt auf italienischer Seite, daß bereits der Vertrag von 1891*** die weitgehendsten einseitigen Zugeständnisse an die italienischen Interessen enthält, und daß mit meinen beiden, dem Grafen Lanza übergebenen Promemorias† von uns wiederum neue Konzessionen ohne Gegenleistung von seiten Italiens gemacht worden sind.

Dem entsprechend habe ich dem italienischen Botschafter für seine Mitteilungen gedankt und ihm meine Befriedigung darüber ausgesprochen, daß Herr Prinetti wegen Abänderung des Vertrags nicht insistiere. Die früher von ihm ins Auge gefaßten Änderungen hätten vielleicht an und für sich keine große Bedenken geboten, aber das Bessere sei auch hier der Feind des Guten. Der Dreibundvertrag in seiner jetzigen Form habe genügt, um während annähernd zwanzig Jahren Europa den Frieden zu garantieren. Alle drei Mächte müßten nach erfolgter Erneuerung des Bündnisses versichern können, daß die Tripelallianz ihren bisherigen Charakter nicht abgeändert habe. Wenn Herr Prinetti die Nichtkündigung der Handelsverträge formal gesichert sehen wolle, so sei es mir meinerseits aus verfassungsrechtlichen Gründen absolut unmöglich, diesem Wunsche zu entsprechen, da unsere Konstitution dem Reichstage das Recht wahre, über die Annahme oder Ablehnung von Handelsverträgen durch Erteilung oder

---

* Siehe Nr. 5740.
** Siehe Nr. 5731.
*** Vgl. Bd. VII, Kap. XLV, Nr. 1426.
† Vgl. Nr. 5731, Fußnote.

Versagung seiner Genehmigung zu entscheiden. Wenn ich dieser parlamentarischen Entscheidung vorgriffe, so würde ich mich dem Verdacht einer Verfassungsverletzung und der Gefahr der Versetzung in Anklagezustand aussetzen. In Österreich-Ungarn lägen die Verhältnisse meines Wissens ähnlich. Darüber, daß wir hinsichtlich dieses Punktes wie in jeder andern Richtung den besten Willen besäßen, hätten wir der italienischen Regierung auch durch unser Verhalten in der Zolltarifkommission* keinen Zweifel gelassen. Ein Mehreres in formeller Weise zu erklären, sei ich aber im Hinblick auf die von mir beschworene Verfassung des Reichs nicht in der Lage.

Ich habe folgendes hinzugefügt: Bei meinem Besuche in Wien hätte ich dort an allen maßgebenden Stellen durchaus freundschaftliche Gefühle für Italien gefunden. Aber die fortgesetzten Abänderungsvorschläge der italienischen Regierung und die hieraus resultierende Verschleppung des Abschlusses der Erneuerungsverhandlungen fingen an, in Wien Zweifel über die letzten Intentionen der italienischen Regierung hervorzurufen. Man befürchte in Wien eine andere Orientierung der italienischen Politik, und daß Herr Prinetti den Vertrag anders interpretiere als seine Vorgänger. Als wahrer Freund Italiens hätte ich die Pflicht, offen auszusprechen, daß es hohe Zeit sei, nunmehr zum Abschluß zu gelangen. Je länger man diesen verzögere, desto mehr würden die Zweifel wachsen, welche schließlich geeignet sein könnten, unsere Allianz überhaupt in Frage zu stellen.

Ich müsse noch auf einen weitern und gleichfalls sehr ernsten Punkt hinweisen. Bis jetzt hätte ich Seine Majestät den Kaiser und König, meinen allergnädigsten Herrn, über diese Zweifel und die verschiedenen italienischen Abänderungsvorschläge noch nicht informiert. Ich könne aber alle diese Weiterungen der Kenntnis meines Kaiserlichen Herrn nicht mehr lange vorenthalten. Bis zur Stunde sei allerhöchstderselbe von dem vollsten Vertrauen zu König Viktor Emanuel und zu der Klugheit wie Loyalität der jetzigen italienischen Regierung beseelt. Ich sei aber nicht ohne Sorge, ob nicht dieses Vertrauen meines allergnädigsten Herrn durch meine Mitteilungen über die wiederholten, von italienischer Seite ausgehenden Schwierigkeiten erschüttert werden würde, was ich im eigensten Interesse Italiens und seiner derzeitigen politischen Leiter tief beklagen würde und dringend vermieden zu sehen wünschte. Darum könne ich nur den auf reiflicher Erwägung aller sachlichen und persönlichen Verhältnisse begründeten Rat geben, die Verhandlungen rasch zu beendigen, den Vertrag tel quel zu erneuern und das Erneuerungsinstrument bald hier in Berlin zu unterzeichnen. Den einzigen Punkt, dessen Erledigung übrigbliebe, die Frage der Handelsverträge, solle man ruhig dem wechselseitigen Vertrauen unter den befreundeten und verbündeten

* Vgl. Nr. 5738, S. 560, Fußnote *.

Mächten überlassen, welche an dessen Regelung ein großes gemeinsames und identisches Interesse hätten.

Ich schloß, indem ich, als ein Mann, an dessen inniger Freundschaft für Italien und dessen Königshaus niemand in Europa zweifeln könne, den Grafen Lanza dringend bat, alle Zweifel und alles Mißtrauen, die etwa, insbesondere bei unserm Kaiser, gegen die Loyalität der italienischen Regierung schließlich entstehen könnten, durch eine baldige Erneuerung des Bündnisses zu bannen und fest im Auge zu behalten, daß der Dreibund nicht nur dem Buchstaben, sondern auch dem Geiste nach ein Band rückhaltlosen wechselseitigen Vertrauens zwischen den drei Monarchen sowie deren Völkern auch ferner zu schlingen berufen sei. Ich könne wahrheitsgemäß versichern, daß Seine Majestät, mein allergnädigster Herr, von den loyalsten Gesinnungen für Italien und sein Herrscherhaus erfüllt und entschlossen sei, diesem im Falle der Gefahr mit aller Macht beizuspringen; aber wir müßten unbedingt sicher sein, daß wir im umgekehrten Falle Italien nicht minder an unserer Seite sehen würden. Dabei wies ich endlich auf die Gefahr und Verantwortung hin, die entstehen würden, wenn es nicht bald zur Erneuerung des Bundesverhältnisses käme, welches den drei Ländern so lange und so wirksam die Sicherheit und den Frieden verbürgt hat.

Euere Exzellenz wollen sich umgehend im gleichen Sinne gegenüber Herrn Prinetti aussprechen und auf jede Weise dahin wirken, daß Graf Lanza in den nächsten Tagen mit Vollmacht zur Unterzeichnung des Erneuerungsinstruments versehen wird.

Bülow

Nr. 5743

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 66 Rom, den 15. April 1902

Antwort auf Telegramm Nr. 54 vom 13. April*.

Ich habe heute vormittag eine lange Unterredung mit Herrn Prinetti gehabt und mich im Sinne Euerer Exzellenz vorstehenden Telegramms geäußert.

Der Minister las mir ein Telegramm des Grafen Lanza vor, das sich in allen wesentlichen Punkten mit den mir gewordenen Mitteilungen deckt, nur fehlten in demselben die auf Seine Majestät den Kaiser und König bezüglichen Stellen.

Prinetti gab einer gewissen Überraschung Ausdruck, weil er aus der Unterhaltung mit Euerer Exzellenz die Überzeugung gewonnen zu

* Siehe Nr. 5742.

haben glaubte, daß sein Vorschlag bezüglich des Handelsprotokolls einer Prüfung unterzogen und daher nicht prinzipiell abgelehnt werden würde. Was Tripolis betreffe, so wolle er sich Deutschland gegenüber eventuell mit dem Inhalt des § 9 (des Dreibundvertrages) begnügen, von Österreich aber, das in dem Paragraphen nicht erwähnt, dürfe er eine entsprechende Erklärung erwarten, nachdem Frankreich und England vorausgegangen seien.

Ich vermag einen solchen Wunsch für unbillig nicht zu erachten und glaube Euerer Exzellenz anheimgeben zu sollen, ob es sich nicht empfehlen dürfte, die Erfüllung desselben in Wien zu unterstützen.

Mit Ernst und Nachdruck habe ich den Minister darauf hingewiesen, welche schwere Verantwortung er mit einer weiteren Verzögerung auf sich lüde, und welche Zweifel in die Ziele der italienischen Politik geweckt werden müßten, wenn Italien beständig Bedingungen für die Vertragserneuerung stelle. Man gewinne daraus den Eindruck, als glaube man hier, daß Italien allein der gebende, seine Verbündeten aber der empfangende Teil seien, während das deutsche und österreichische Schwert im gegebenen Fall doch schwer genug wögen! Ich habe den Minister nach Anhalt Euerer Exzellenz Telegramms auf alle Gefahren, die aus einer weiteren Verzögerung nur zu leicht entspringen könnten, hingewiesen, ihn vor Mißtrauen gewarnt und ihn dringend aufgefordert, sich mit der auf eine Erneuerung der Handelsverträge gerichteten guten und ehrlichen Absicht der alliierten Regierungen zu begnügen, um so mehr, als diese Erneuerung im gegenseitigen Interesse liege.

Mit Tränen in den Augen erklärte mir Prinetti, daß jedes Mißtrauen gegen ihn unberechtigt, daß seine Politik eine ehrliche und loyale und auf die Erhaltung der bisherigen Bündnisse gerichtete sei. Wenn es sich lediglich um uns handele, würde er den Vertrag morgen bedingungslos unterzeichnen, weil er wisse, daß wir nicht nur die feste Absicht, sondern auch die Mittel besäßen, um zu einem neuen Handelsvertrag zu gelangen. Mit Österreich aber sei das anders. Graf Goluchowski vermiede geflissentlich jede Erklärung, aus der man auf seine feste Absicht, den Handelsvertrag zu erneuern, schließen könne. Die österreichisch-ungarische Presse falle seit Monaten bei jeder Gelegenheit wie eine Meute über Italien her; italienfeindliche Demonstrationen seien dort an der Tagesordnung, der nicht erwiderte Besuch seitens des Kaisers von Österreich bleibe im Volksbewußtsein eine offene Wunde, und bei der San Girolamoaffäre* hätte sich das Wiener Kabinett anfangs den Anschein gegeben, als wenn der Kaiser Franz Joseph und nicht der König von Italien in Rom herrsche.

Dabei sei die italienfeindliche Strömung besonders unter den slawischen Elementen des Kaiserstaats so stark, daß man in weiteren

---

* Vgl. Nr. 5711, S. 513, Fußnote **.

dortigen Kreisen die Erneuerung der Allianz gar nicht wünsche, und daß die Genehmigung eines neuen Handelsvertrags mit Italien dort wenig Chancen biete, um so mehr, als auch die österreichisch-ungarischen Regierungen darauf keinen Wert zu legen schienen. Ein Zollkrieg mit einem verbündeten Österreich aber sei bei der Menge der dadurch berührten Interessen eine Unmöglichkeit.

Als ich hier die Bemerkung einwarf, daß mir eine solche Anschauung vom Standpunkt seiner persönlichen Verantwortung aus begreiflich erscheine, daß es mir aber nicht einleuchte, welchen Vorteil Italien daraus ziehen könne, wenn zu den möglichen ökonomischen Reibungen mit Österreich auch nach Aufhören des bisherigen Bündnisses die politischen treten würden, meinte Herr Prinetti, das Land würde niemals verstehen, wenn man sich einem ökonomisch-feindlichen Österreich politisch verbünde, und ein solcher Schritt würde hier eine so tiefe Erregung erzeugen, daß eine Erschütterung der monarchischen Institutionen die Folge sein müßte.

Herr Prinetti las mir dann ein Telegramm des Grafen Nigra vor, das allerdings hinsichtlich der Dispositionen des Grafen Goluchowski wenig hoffnungsvoll klingt. Eine Stelle dieses Telegramms hat Herrn Prinetti besonders peinlich berührt, daß nämlich der österreichisch-ungarische Minister des Äußern dem Grafen Nigra ungefähr gesagt hatte, Seine Majestät unser allergnädigster Herr kenne die italienischen Abänderungsvorschläge bisher nicht und dürfte durch dieselben in seinen Gesinnungen gegenüber Italien eventuell ungünstig beeinflußt werden. Graf Goluchowski hat hinzugefügt, es liege ihm fern, damit einen Einschüchterungsversuch zu unternehmen.

Prinetti hat den Grafen Nigra zu mündlicher Besprechung hierher berufen und will auch den Grafen Lanza nach dem Karlsruhe-Jubiläum* zu gleichem Zwecke nach Rom zitieren. Er wiederholte mir in dieser Erregung, er könne den Vertrag ohne irgendwelche Garantie für die Erneuerung der Handelsverträge nicht zeichnen, da er aber nach seiner inneren Überzeugung eine neue Richtung der äußeren Politik nicht zu vertreten vermöge, so werde er gehen und es einem andern überlassen, die Verantwortung für eine bedingungslose Verlängerung der Allianz oder eine veränderte Orientierung zu übernehmen. Zunächst werde er dem König über das Telegramm des Grafen Lanza Vortrag halten und dann auch mit seinen Kollegen über die Situation konferieren.

Am Schluß äußerte der Minister in optimistischer Aufwallung, es müsse sich ein Ausweg finden, um zum Ziel zu gelangen.

Dieser Ausweg erscheint mir nicht so schwer, wenn nämlich der König den Mut haben würde, seine Person für das Bündnis einzu-

---

* Am 24. April feierte Großherzog Friedrich von Baden sein fünfzigjähriges Regierungsjubiläum.

setzen. Daß er sich zu einem solchen Entschluß aufrafft, halte ich indessen mindestens für zweifelhaft. Auf alle Fälle aber glaube Euere Exzellenz ich pflichtmäßig bitten zu dürfen, der tatsächlich schwierigen Position des Herrn Prinetti Rechnung tragen und für den Augenblick nicht weiter drängen zu wollen. Ich habe dabei die Hoffnung, daß die persönliche Aussprache des Ministers mit dem Botschafter in Wien und Berlin nicht ohne beruhigenden Einfluß bleiben und übertriebene Sorgen verscheuchen wird.

Wedel

Nr. 5744

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 69 Rom, den 16. April 1902

Als ich Prinetti an seinem heutigen Empfangstage besuchte, fand ich ihn tief niedergeschlagen. Er las mir ein gestern eingegangenes Telegramm des Grafen Nigra vor, in welchem der Botschafter die Absendung eines Berichts über eine lange Konferenz mit dem Grafen Goluchowski ankündigt. Letzterer habe seine Antwort in zwei Punkte zusammengefaßt, nämlich: Erneuerung der Allianz in unveränderter Fassung und keine bindende Verpflichtung hinsichtlich der Handelsverträge. Der österreichisch-ungarische Minister hätte zugleich die Forderung gestellt, Prinettis Entscheidung vor dem 6. Mai, d. h. dem Beginn der Delegationen zu erhalten.

Graf Nigra fügt am Schlusse hinzu, er halte seine Reise nach Rom im gegenwärtigen Moment für nutzlos, auch würde dieselbe jetzt, wo seine Anwesenheit in Wien notwendig erscheine, zu bedenklichen Kommentaren Anlaß geben.

Prinetti bemerkte mir zu diesem Telegramm, er sei durch das Ultimatum des Grafen Goluchowski, dessen Form den freundschaftlichen Beziehungen zuwiderlaufe, auf das allerpeinlichste berührt. Er schöpfe daraus von neuem die Überzeugung, daß man in Wien auf die Erneuerung des Bündnisses überhaupt keinen Wert lege. Was er darauf antworten solle, wisse er noch nicht, auch habe er bisher nicht gewagt, dem Könige das Telegramm zu unterbreiten.

Ich habe dem Minister geraten, zunächst den angekündigten Bericht des Grafen Nigra abzuwarten. Er kam erneut darauf zurück, daß die Monarchie gefährdet werden würde, wenn Italien mit demselben Österreich eine Allianz auf sechs Jahre schließen wolle, mit dem es vielleicht in einen heftigen Zollkrieg verwickelt sein würde. Abermals habe ich ihn ermahnt, mehr Vertrauen in die guten Absichten der Verbündeten zu setzen, in deren gegenseitigem Inter-

esse die Aufrechterhaltung vertragsmäßiger Handelsbeziehungen liege, auch habe ich ihn darauf hingewiesen, daß die Monarchie gefährdet werden würde, wenn sie mit der Sprengung des Dreibundes die Anlehnung an die mächtigen mitteleuropäischen Kaiserreiche verliere. Das republikanische Frankreich würde dafür einen Ersatz niemals zu bieten vermögen.

Man würde, so erwiderte Prinetti, hier niemals eine Allianz mit Frankreich eingehen, schon weil dadurch europäisches Gleichgewicht gestört werden würde, Italien müsse vielmehr im Notfall isoliert bleiben und mit allen Mächten möglichst freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Der Dreibund aber müsse schließlich verlängert werden, wenn auch das Ultimatum des Grafen Goluchowski sein Vertrauen erschüttert habe. Er begreife ja, daß wir bindende Verpflichtungen hinsichtlich der Handelsverträge nicht übernehmen könnten, aber es ließe sich doch wohl ein Ausweg finden. Bei dem Unglück, das er mit seinen Vorschlägen gehabt, wolle er seinerseits keine weiteren mehr machen. Einst habe er die Idee gehegt, eine einfache Verlängerung des Bündnisses auf zwei bis drei Jahre zu proponieren und, wenn bis dahin die Handelsverträge zustande gekommen, zur Erneuerung der Allianz zu schreiten. Er wäre sogar mit dem Gedanken umgegangen, Euerer Exzellenz in diesem Sinne in Venedig zu sprechen. Als er indessen dem Baron Pasetti sich über diese Idee geäußert, habe dieser gemeint, ein Bündnis auf so kurze Zeit erscheine ihm untunlich. Er habe deshalb den Plan fallen lassen.

Wedel

Nr. 5745

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 58 Berlin, den 17. April 1902

Antwort auf Telegramm Nr. 66*.

Es wundert mich, daß in dem Telegramm des Grafen Lanza an Herrn Prinetti gerade derjenige Teil meiner Äußerungen gefehlt hat, welcher sich auf Seine Majestät den Kaiser und König bezog, denn gerade diese Bemerkungen gehörten mit zu dem Ernstesten, was ich dem italienischen Botschafter sagen mußte.

Auch überraschte es mich, daß Herr Prinetti aus unserer Unterhaltung in Venedig entnommen hat, ich hätte seinen Vorschlag wegen des Handelsprotokolls nicht als undurchführbar bezeichnet. Ich habe vielmehr Herrn Prinetti in Venedig nicht verhehlt, daß ich aus un-

* Siehe Nr. 5743.

widerleglichen verfassungsrechtlichen Gründen absolut außerstande bin, die gewünschte formale Erklärung auszustellen.

Die Meldung Graf Nigras, daß Graf Goluchowski ihm gesagt habe, unser allergnädigster Herr werde durch die ihm bisher noch unbekannten italienischen Abänderungsvorschläge in seinen Gesinnungen gegen Italien eventuell vielleicht ungünstig beeinflußt werden, beruht offenbar auf einer Verwechselung. Ich selbst habe dem Grafen Nigra ähnliches gesagt, nämlich daß ich auch deshalb auf einen baldigen Abschluß Wert legen müßte, weil mein allergnädigster Herr die italienischen Vorschläge noch nicht kenne und darum nach Kenntnisnahme derselben von den dadurch hervorgerufenen Weiterungen einen ungünstigen Eindruck erhalten könne. Natürlich habe ich dies nicht im Sinne einer Drohung oder Einschüchterung gesagt, sondern weil ich Graf Nigra als einen erprobten italienischen Patrioten kenne, der bemüht ist, von seinem Vaterlande Schaden abzuwenden.

Auch sonst beurteilt Herr Prinetti die Verhältnisse und Gesinnungen Österreich-Ungarns viel zu schwarz. Insbesondere steht seine Bemerkung, daß Graf Goluchowski seinerseits jede Bekundung einer Absicht, den Handelsvertrag zu erneuern, geflissentlich vermiede, in direktem Widerspruch mit den Auslassungen Graf Goluchowskis mir gegenüber, wonach derselbe bereit ist, Italien so weit entgegenzukommen, als dies nach der Verfassung in Österreich-Ungarn irgendwie möglich ist. Nach meiner festen Überzeugung ist die Erneuerung des italienisch-österreichischen Handelsvertrags um so sicherer, je eher das politische Bündnis zwischen Österreich-Ungarn und Italien zustande kommt. Würde das Bündnis nicht erneuert, so wäre allerdings auch ich der Ansicht, daß es alsdann zu einem Zollkrieg zwischen den beiden Ländern kommen könnte, und ein solcher Zollkrieg würde beim Nichtbestehen eines politischen Bündnisses voraussichtlich ernste politische Komplikationen nach sich ziehen. Umgekehrt bin ich überzeugt, daß es beim Weiterbestehen des politischen Bündnisses auch nicht zu einem ökonomischen Zerwürfnis zwischen Österreich-Ungarn und Italien kommen wird. Dies ist der Eindruck, den ich in Wien bei meinen letzten Unterredungen mit allen Ministern der Doppelmonarchie und namentlich mit Graf Goluchowski empfangen habe.

Mit Genugtuung nehme ich Akt von der Erklärung des Herrn Prinetti, daß er, soweit Deutschland in Betracht kommt, zur sofortigen Unterzeichnung des Bündnisses bereit ist. Ich habe mit Rücksicht auf diese Erklärung und um Herrn Prinetti, soweit ich irgend kann, zu Hülfe zu kommen, mich bei dem Wiener Kabinett besonders dafür verwandt, daß dasselbe in den beiden von Herrn Prinetti vorgebrachten Punkten, sowohl Tripolis als auch Handelsbeziehungen, den italienischen Wünschen entgegenkomme. Über das Ergebnis meiner Verwendung behalte ich mir Mitteilung vor. Ich bitte aber

Herrn Prinetti, fest im Auge zu behalten, daß das Zustandekommen der Bündniserneuerung noch vor Ablauf der Kündigungsfrist eine unbedingte Notwendigkeit ist, und daß mein Vortrag bei Seiner Majestät dem Kaiser über den Stand der Dreibundverhandlungen unmittelbar bevorsteht, ich also jetzt Klarheit haben muß, was aus den Verträgen wird. Unmöglich kann ich es Seiner Majestät dem Kaiser und König, meinem allergnädigsten Herrn, zumuten, hierüber etwa bis zum Ablauf der Verträge selber im ungewissen zu bleiben, da wir uns eventuell auf die durch den Fortfall des Bündnisses veränderte Situation beizeiten einrichten müßten.

Zu Ew. pp. ausschließlich persönlichen Orientierung bemerke ich noch, daß Euere Exzellenz mit der Eventualität eines freiwilligen Rücktritts des Herrn Prinetti bloß wegen der Dreibunderneuerung nicht zu rechnen brauchen. Derselbe wird vielmehr nach meinen bestimmten Wahrnehmungen sich so lange im Amte zu halten suchen, als ihm die parlamentarischen Verhältnisse seines Landes dies irgend ermöglichen.

Bülow

Nr. 5746

Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen von Bülow

Reinschrift

Berlin, den 18. April 1902

Ich habe heute Gelegenheit gefunden, die in unseren letzten Telegrammen nach Rom dargelegten Gesichtspunkte nochmals mündlich gegenüber Graf Lanza zu präzisieren.

Ich hob hierbei sowohl unsere freundschaftliche Intervention für Italien in Wien wie die Unmöglichkeit jedes weitergehenden Zugeständnisses hervor und betonte mit besonderem Nachdruck, daß im Hinblick auf Seine Majestät den Kaiser wie auf die europäische Gesamtlage die Erneuerung des Dreibundes noch im Laufe dieses Monats erfolgen müsse.

Bülow

Nr. 5747

Der Geschäftsträger in Wien Graf Botho von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 93 Wien, den 18. April 1902

Auftrag* soeben ausgeführt. Graf Goluchowski sagte mir, er habe mittlerweile Freiherrn von Pasetti beauftragt, Prinetti zu erklären,

* Vgl. Nr. 5745.

daß die österreichische Regierung die ernstliche Absicht habe, den Handelsvertrag mit Italien zu erneuern; eine bindende Erklärung könne er aber aus verfassungsrechtlichen Gründen unmöglich geben. Österreich habe an der Erneuerung des Handelsvertrags mit Italien ein ebenso großes Interesse wie Italien. Ein wirtschaftlich vertragloses Verhältnis zu Italien sei auch für Österreich eine Unmöglichkeit. Selbst wenn das Bundesverhältnis zwischen den beiden Nachbarreichen nicht bestände, so würde ein wirtschaftliches Vertragsverhältnis zwischen ihnen doch unbedingt notwendig sein; wieviel leichter müßten also die Verträge, gestützt auf das Bundesverhältnis, bei gegenseitigem guten Willen zustande kommen können.

Alles dies habe er neuerdings Graf Nigra auseinandergesetzt und Prinetti auch durch Baron Pasetti erklären lassen. Er hoffe, daß Prinetti sich mit diesem Entgegenkommen begnügen werde, denn mehr könne er unmöglich geben.

Bezüglich Tripolis werde er heute Baron Pasetti ermächtigen, eine formelle Erklärung de désintéressement abzugeben. Baron Pasetti solle erklären, daß Österreich an Tripolis nicht direkt interessiert sei, daß es für Aufrechterhaltung des Status quo sei, daß es sich aber verpflichte, wenn der Status quo im Laufe der Zeit nicht erhalten werden könne, Italien in der Wahrung seiner berechtigten Interessen nicht hinderlich zu sein. Baron Pasetti wird angewiesen, bei Übermittlung dieses Auftrags dem italienischen Minister zu erklären, Graf Goluchowski verstehe sich nur zu dieser Erklärung unter der ausdrücklichen Bedingung, daß der Dreibund unterzeichnet werde.

Mir gegenüber fügte Graf Goluchowski vertraulich hinzu, Österreich habe ohne Unterzeichnung des Dreibundvertrags keine Ursache, betreffend Tripolis irgendwelche Erklärungen abzugeben, und er wolle sich dem nicht aussetzen, daß Prinetti, nachdem ihm die gewünschte Erklärung gegeben sei, wegen der Dreibunderneuerung dennoch Schwierigkeiten mache.

Wedel

Nr. 5748

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 71 Rom, den 20. April 1902

Ich habe gestern abend an der Hand Euerer Exzellenz Telegramms* eine längere Unterredung mit Herrn Prinetti gehabt und muß zunächst einen meinerseits begangenen Irrtum berichtigen. Wie ich nämlich jetzt festgestellt, hat Graf Nigra die in seinem Telegramm

* Siehe Nr. 5745.

enthaltene Bemerkung über die Möglichkeit[1] einer ungünstigen Beeinflussung Seiner Majestät unseres allergnädigsten Herrn durch die allerhöchstdemselben bisher unbekannten Abänderungsvorschläge tatsächlich nicht als von dem Grafen Goluchowski, sondern als von Euerer Exzellenz kommend bezeichnet.

Bezüglich des Handelsprotokolls äußerte Herr Prinetti, er habe aus der bezüglichen Unterhaltung mit Euerer Exzellenz in Venedig den Eindruck gewonnen, daß Hochdieselben sich zwar zu einer formellen Verpflichtung aus konstitutionellen Gründen außerstande erklärt, eine sachliche Prüfung des in Berlin zu machenden Vorschlags aber nicht abgelehnt hätten.

Zu dem Passus Euerer Exzellenz Telegramms, daß das Zustandekommen der Bündniserneuerung noch vor Ablauf der Kündigungsfrist eine unbedingte Notwendigkeit sei, bemerkte Prinetti, er verstehe denselben nicht. Schon vormittags habe Baron Pasetti ihm in demselben Sinne gesprochen, worauf er dem Botschafter an der Hand des Vertrags nachgewiesen hätte, daß letzterer keine weitere Kündigungsfrist kenne, sondern, falls nicht rechtzeitig erneuert, im Mai 1903 von selbst erlösche[2/3].

Herr Prinetti las mir dann ein Telegramm des Grafen Nigra vor, nach welchem Graf Goluchowski denselben vorgestern besucht hat, um ihm etwa folgendes zu sagen,

1. er sei bereit, Italien eine Erklärung ähnlich der französischen und englischen zu geben, aber außerhalb des Bündnisvertrags;

2. er sei geneigt, mit Italien in betreff der Balkanfrage später in Pourparlers einzutreten und eventuell ein Abkommen ähnlich dem österreichisch-russischen zu treffen, indessen ebenfalls nur außerhalb des Allianzvertrags;

3. er habe die feste Absicht, zu einem neuen Handelsvertrag mit Italien zu gelangen und einen vertragslosen Zustand, der die beiderseitigen Interessen schwer schädigen würde, zu vermeiden.

Herr Prinetti war durch diese Erklärungen, mit deren offizieller Mitteilung Baron Pasetti beauftragt worden ist, erfreut und beruhigt[4].

In betreff der Unterzeichnung bat er dann dringend, unter Versicherung seiner absoluten Loyalität, ihn nicht drängen zu wollen, indem er dafür folgendes ausführte. Der Ministerpräsident wolle jede Obstruktion, welche die Durchbringung des Budgets gefährden könne, unbedingt vermieden wissen, eine solche würde aber von der äußersten Linken zweifellos eingeleitet werden, wenn der Vertrag schon in diesem Moment seine Erneuerung erführe[5].

Bei Gelegenheit der Beratung des Budgets des Ministeriums des Äußern, die in etwa vier Wochen stattfinde, und bei der es zu heißen Debatten über Tripolis und den Zwischenfall mit der Schweiz* kommen dürfte, wolle er, Prinetti, die bestimmte Erklärung abgeben, daß

* Vgl. Kap. CXVI, Nr. 5416, S. 64, Fußnote *.

der Vertrag demnächst erneuert werden würde[6]. Die Kammer könne ihn ja dann wegen dieser Absicht stürzen, doch rechne er fest auf eine große Majorität.

Inzwischen sei er bereit, sowie ein völliges Einverständnis mit den Verbündeten erzielt sei, jener Absicht in Berlin und Wien unzweideutig Ausdruck zu geben, auch könne man sich ja über die vor den Parlamenten diesbezüglich abzugebenden Erklärungen gegenseitig verständigen. Die Unterzeichnung des Bündnisses könne dann gleich nach Annahme des Budgets erfolgen.

Mit Herrn Zanardelli werde er freilich noch einen harten Strauß auszufechten haben, er werde demselben indessen erklären und den König dafür engagieren, daß wir und Österreich hinsichtlich der Verpflichtung für die Erneuerung der Handelsverträge so weit gegangen seien, wie die verfassungsmäßigen[7] Rücksichten es uns ermöglichten. Es bleibe also dann nur noch sein Vorschlag zu erledigen, den ersten Abschnitt des Bündnisses in zwei dreijährige Perioden mit Kündigungsrecht vor Ablauf des zweiten bezw. fünften Jahres zu teilen[8].

Ich habe Prinetti auf das Bedenkliche dieses Vorschlags, der unter einem etwaigen radikalen Nachfolger auch bei dem Bestand von Handelsverträgen zur vorzeitigen Kündigung führen könne, hingewiesen und ernste Zweifel an der Annahme desselben ausgedrückt. Er meinte indessen, er könne seinerseits davon nicht abgehen, und werde im Notfall die Entscheidung dem König anheimstellen. Die Sache habe ja tatsächlich eine mehr formelle Bedeutung[9], denn eine Allianz kündigt man nicht so. Aber im Hinblick auf die immer noch vorhandene Möglichkeit eines Zollkrieges mit Österreich[9], und die halte er um so weniger für ausgeschlossen, als Baron Pasetti ihm am Vormittag gesagt, seine Regierung werde den Handelsvertrag voraussichtlich vor dem 31. Dezember kündigen, müsse er wenigstens den Ausweg offenhalten, eventuell erklären zu können, daß Italien sich mit dem zollfeindlichen Österreich politisch nur auf drei Jahre gebunden habe. Eine Festlegung auf sechs Jahre werde hier in solchem Falle einen Sturm entfesseln, der die Monarchie in Gefahr bringe[10].

Herr Prinetti kam im Laufe des Gesprächs nochmals auf den Wunsch zurück, auch von uns eine Erklärung in betreff Tripolis zu erhalten, doch habe ich ihn dringend ersucht, diesen Gedanken ein für allemal und definitiv fallenzulassen. Der Artikel IX enthalte alles, was Italien von uns verlangen könne, und es müsse ernstlich verstimmen, etwas über dieses, durch die Unterschrift Seiner Majestät des Kaisers notifizierte Abkommen Hinausgehendes zu fordern. Die in den letzten Tagen durch den „Temps“ und den „Figaro“ publizierten und von der hiesigen Presse wiedergegebenen Korrespondenzen, nach welchen die Erneuerung des Dreibundes in sicherer Aussicht stehe, und in denen hervorgehoben wird, daß der Vertrag niemals etwas Feindliches gegen

Frankreich enthalten habe, sind von Herrn Prinetti inspiriert, um die französische und speziell die hiesige öffentliche Meinung vorzubereiten.

Euere Exzellenz werden nach dieser Darlegung zu entscheiden haben, ob dem Vorschlag betreffend die Teilung des ersten Abschnitts des Bündnisses in zwei dreijährige Perioden nähergetreten werden kann, oder ob derselbe als eine Vertragsänderung zurückzuweisen ist. Daß man denselben, ehe es zum Äußersten kommt, hier fallen läßt, glaube ich, doch wird man nur unwillig dem Zwang weichen. Anders ist es mit dem Wunsch nach einem Aufschub der Unterzeichnung bis nach Erledigung des Budgets. Selbst wenn Prinetti in dieser Richtung weichen wollte, wird der hartköpfige und doktrinäre Zanardelli, der sich durch Erwägungen parlamentarischer Taktik leiten läßt, in diesem Punkte meiner Überzeugung nach nicht nachgeben; der König wird der Entschlossenheit des Ministerpräsidenten sich zweifellos beugen, und der Erfolg würde ernstlich in Frage gestellt sein.

Baron Pasetti, dem Prinetti in gleichem Sinne wie mir gesprochen, teilt hinsichtlich des letzteren Punktes meine Anschauung und hat dem Grafen Goluchowski den bezüglichen Wunsch zur Berücksichtigung empfohlen.

Unter diesen Verhältnissen glaube ich, den mir durch den Schluß des mir mittlerweile zugegangenen Telegramms Nr. 59* vorgeschriebenen letzten Druck bis zum Eingang eines weiteren Befehls verschieben zu dürfen.

Euere Exzellenz wollen sich dabei versichert halten, daß ich es an der nötigen Festigkeit in der Vertretung unseres Standpunkts nicht habe fehlen lassen. Hochdero Ansicht, daß Herr Prinetti an seinen eventuellen Rücktritt wegen der Dreibunderneuerung nicht ernstlich denkt, teile ich übrigens durchaus[11], schon weil seine Frau dagegen ihr Veto einlegen würde.

Wedel

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:

[1] Nicht „Möglichkeit", sondern „Gewißheit".

[2] mir nicht recht verständlich

[4] mit Recht

[5] sicherlich nicht, wenn der Vertrag vor der Budgetberatung unterzeichnet wird.

[6] diese Erklärung müßten wir jedenfalls vorher kennen, da eine mißzudeutende Enunziation die Dreibundserneuerung durch uns in Frage stellen könnte.

[7] ja

[8] !!

[9] ?

[10] ??

[11] aha

Randbemerkung von Holsteins:

[3] Italienischer Standpunkt.

---

* Mittels Telegramm Nr. 59 war dem Botschafter Grafen Wedel von dem Telegramm Nr. 93 aus Wien (siehe Nr. 5747) Mitteilung gemacht worden. Im Anschluß hieran wurde Graf Wedel angewiesen, dem italienischen Minister

Nr. 5749

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 62 Berlin, den 23. April 1902

Aus Euerer Exzellenz Telegramm Nr. 71 * habe ich mit tiefem Bedauern und noch größerem Erstaunen ersehen, wie Herr Prinetti nach allen den von uns und mit infolge unseres Zuredens von Österreich-Ungarn gemachten weitgehenden Konzessionen immer nach neuen Vorwänden zu suchen scheint, um sich dem Abschluß der Bündniserneuerung zu entziehen. Offenbar ist der italienische Minister sich über den vollen politischen und wirtschaftlichen Wert des Dreibunds für Italien überhaupt noch nicht klar geworden. Seine jetzigen Vorschläge sehe ich mich außerstande Seiner Majestät vorzutragen.

Den Vorschlag einer Teilung der ersten, sechsjährigen — faktisch, vom 17. Mai 1903 ab gerechnet, nur fünfjährigen — Bündnisperiode in zwei dreijährige Abschnitte erachte ich, und zwar, wie ich hervorhebe, durchaus im Einverständnis mit Graf Goluchowski, für völlig unannehmbar, weil dadurch der Wert des Bündnisses als einer Gewähr für die Stabilität der politischen Lage in Europa illusorisch gemacht würde. Falls Herr Prinetti auf diesem Vorschlage besteht, müßte ich in eine ernstliche Prüfung der Frage eintreten, ob es nicht für uns besser wäre, gleich jetzt eine klare Situation zu schaffen, statt den Zustand einer für den allgemeinen Frieden schädlichen und auch für die zukünftige Regelung unseres wirtschaftlichen Verhältnisses zu Italien nachteiligen Ungewißheit noch um zwei oder drei Jahre zu verlängern.

Auch den Gedanken, die Unterzeichnung des Verlängerungsvertrags bis nach Beendigung der italienischen Budgetberatungen hinauszuziehen, muß ich als einen sehr unglücklichen bezeichnen. Nachdem die Initiative zu den Erneuerungsverhandlungen von italienischer Seite ausgegangen ist, verstehe ich nicht, warum die italienische Regierung sich jetzt scheuen kann, den Vertrag zu vollziehen.

---

die bestimmte Erwartung auszusprechen, daß nunmehr Graf Lanza unverweilt zur Unterzeichnung der Bündniserneuerung autorisiert werde. „Ich (Bülow) rechne hierauf nicht nur mit Rücksicht auf die Gesamtlage in Europa, sondern auch aus dem ferneren und schwerwiegenden Grunde, daß ich Seiner Majestät dem Kaiser und Könige jetzt über den Stand der Verhandlungen wegen Verlängerung des Dreibundes Vortrag halten muß."

* Siehe Nr. 5748.

Eine parlamentarische Obstruktion wird dieselbe sicherlich ebensosehr und ebensowenig zu fürchten haben, wenn der Vertrag schon vor der Budgetberatung unterzeichnet wird, als wenn die italienische Regierung bei dieser Beratung die demnächstige Unterzeichnung ankündigt. Äußerstenfalls, obwohl sehr ungern, würde ich mich auf die Hinausschiebung, wofern auch Graf Goluchowski zustimmt, und nur unter der Bedingung einlassen, daß zuvor die italienische Regierung sich uns und Wien gegenüber in bindender Weise zum definitiven Abschluß verpflichtet und zwischen Herrn Prinetti und dem Grafen Goluchowski die im italienischen Parlament bezw. vor den Delegationen abzugebenden Erklärungen in einer möglichst identischen Form festgelegt werden, letzteres um die Möglichkeit etwaiger Divergenzen in den beiderseitigen Äußerungen von vornherein völlig auszuschließen.

Wie wenig stichhaltig übrigens die von Herrn Prinetti abermals ins Feld geführte Besorgnis vor einem Zollkrieg mit Österreich-Ungarn ist, ergibt auch der nachstehende Auszug aus einem Bericht des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Wien vom 18. d. Mts.:

> „Hinsichtlich der Handelsvertragsfrage, bemerkte Graf Goluchowski, gäbe Herr Prinetti sich den Anschein, als sei eine eventuelle wirtschaftliche Vertragslosigkeit nur für Italien verhängnisvoll, während er doch nicht bezweifeln könne, daß angesichts der geographischen Lage und der großen Zahl wirtschaftlicher Berührungspunkte ein solcher Zustand auch für Österreich ganz undenkbar sei. Der italienische Staatsmann müsse wissen, und er (Graf Goluchowski) habe ihm wiederholt durch Baron Pasetti und Graf Nigra versichern lassen, daß der feste Wille zu Handelsverträgen mit Italien an der Donau vorhanden sei."

Ew. pp. ersuche ich, Herrn Prinetti über den Ernst der von ihm geschaffenen Lage keinen Zweifel zu lassen, ihm zu sagen, daß ich als wahrlich ehrlicher und treuer Freund Italiens ihn und seine Kollegen dringend warne, nicht noch größeres Mißtrauen gegenüber den dortigen Motiven und letzten Absichten aufkommen zu lassen, und ihm auch nicht zu verhehlen, daß ich gegenüber Seiner Majestät dem Kaiser, unserm allergnädigsten Herrn, nicht die Verantwortung für eine weitere Verschleppung der Verhandlungen und Zuspitzung der Lage übernehmen kann, welche ernstlich jenes Bündnis zwischen drei Souveränen und drei Reichen gefährden, das wir von unseren Vorgängern übernommen haben, und welches durch zwei Jahrzehnte den europäischen Frieden und die monarchischen Institutionen gesichert hat.

Bülow

Nr. 5750

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept

Nr. 63 Berlin, den 23. April 1902
Geheim

Zu Ew. pp. Orientierung und eventueller Verwertung gegenüber Herrn Prinetti.

Der hiesige rumänische Gesandte*, welcher sich über alle Vorschläge und Ausflüchte des Herrn Prinetti genau informiert zeigte, äußerte gegenüber einem anderen hier akkreditierten Diplomaten, man glaube in Bukarest, daß das jetzige italienische Ministerium den Dreibund überhaupt nicht erneuern wolle, da dasselbe in dieser Richtung gegenüber Frankreich bindende Verpflichtungen eingegangen habe.

Bülow

Nr. 5751

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 72 Rom, den 23. April 1902

Als ich Herrn Prinetti soeben an seinem regelmäßigen Empfangstage besuchte, sagte er mir, er sei vorgestern zu einem längeren Vortrag zu dem wegen Kniegelenkverdrehung in Gipsverband liegenden und noch für zehn bis zwölf Tage an das Zimmer gefesselten König befohlen worden. Seine Majestät habe dabei seine Anschauung durchaus geteilt, daß erstens zur Deckung der Krone der erste Abschnitt des Vertrags in dreijährige Perioden geteilt werde, und daß die Bündniserneuerung gleich nach Erledigung des Budgets des Ministeriums des Äußern, nachdem also die Kammer sich über die von ihm, dem Minister, verkündigte Absicht der Fortsetzung der bisherigen Politik geäußert haben werde, zu unterzeichnen sei.

Prinetti fügte hinzu, auch Graf Goluchowski könne sich ja unter diesen Verhältnissen unbedenklich vor den Delegationen dahin äußern, die Regierungen der verbündeten Mächte seien einig in der Absicht, den Vertrag zu erneuern.

---

* A. Beldiman.

Bei der Lage der Verhandlungen und ohne weitere Befehle Euerer Exzellenz habe ich mich lediglich auf die Rolle des Zuhörers beschränkt und nur eingeworfen, daß die Veränderung der Zeitabschnitte immerhin eine gewisse Veränderung des Vertrags selbst bedeute.

Wenn wir die erste mit dreijähriger Dauer etwa konzedieren sollten, würde sich da nicht der Vorschlag empfehlen, die Dauer der nächsten auf sechs Jahre zu fixieren und damit die Gültigkeit des erneuerten Vertrags auf neun festzusetzen? In diesem Zeitraum kann die europäische Lage sich derartig gestalten, daß es uns selbst vielleicht erwünscht erscheint, freie Hände zu haben.

Wedel

Nr. 5752

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Rom Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 64 Berlin, den 24. April 1902

Auf Telegramm Nr. 72*.

Es ist nicht recht verständlich, weshalb Euere Exzellenz gegenüber den Mitteilungen Herrn Prinettis sich auf die Rolle des Zuhörers beschränkt haben. In den Instruktionen an Euere pp. ist unentwegt aus allgemeinen politischen Gründen auf der Forderung unveränderter Erneuerung des Vertrages bestanden, und wir können schon daher auf die Veränderung der Zeitabschnitte nicht eingehen, welche überdies auch an sich, wie schon im gestrigen Telegramm des Herrn Reichskanzlers** hervorgehoben, von großer politischer Tragweite ist und naturgemäß ja auch unsere ganze Haltung bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen beeinflussen würde. Nur einem in gesicherter Allianz mit uns stehenden Italien gegenüber würden wir das bisher betätigte Maß wirtschaftlicher Freundschaft und Wohlwollens und die bisherige Verzichtleistung auf starke Akzentuierung unserer Sonderinteressen fortgewähren können.

Wie Ihnen schon bekannt, hoffen wir lebhaft, daß es noch gelingen wird, Herrn Prinetti zum unverzögerten Bündnisabschluß zu bewegen. Ein solcher liegt so sehr im Interesse der Autorität des Dreibundes und damit der Vollkraft des Bundes für Aufrechterhaltung des Friedens und Schutz der monarchischen Institutionen,

---

* Siehe Nr. 5751.
** Siehe Nr. 5749.

daß demgegenüber unseres Erachtens alle Bedenken parlamentarischer Opportunität zurückzutreten haben. Sollte aber wider Erwarten und Verhoffen Herr Prinetti auf seinem Vorschlage der Vertagung bis Ende Mai verharren, so würde eine so matte Erklärung, wie die der „Einigkeit in der Absicht, den Vertrag zu erneuern", nicht genügen, es vielmehr der positiven und jeden Zweifel ausschließenden Erklärung bedürfen, daß eine Erneuerung des Vertrages in unveränderter Form die Zustimmung der drei Regierungen hat. Die Kaiserliche Regierung ist sich bewußt, in ihrem Entgegenkommen gegenüber den Wünschen des Kabinetts Zanardelli bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen zu sein. Sie hegt auch die Zuversicht, daß die Völker des heutigen Dreibunds, welche über die Gründe eines etwaigen Scheiterns der Verhandlungen naturgemäß werden aufzuklären sein, diese Auffassung billigen und erkennen werden, daß die abgelehnten Wünsche teils dem Geist der Verfassungen zuwider und deshalb unerfüllbar, teils bedenklich für die Ruhe Europas und deshalb im Widerspruch mit der Natur des Dreibunds waren.

Nachdem Herr Prinetti die Angelegenheit zum Vortrage bei Seiner Majestät dem Könige gebracht hat, sieht sich auch der Herr Reichskanzler — welcher soeben nach Karlsruhe abgereist ist — genötigt, nunmehr, was Graf Bülow, wie Ew. pp. wissen, bisher im Interesse einer Ausschließung jeder Verstimmungsmöglichkeit unterlassen hat, Seiner Majestät unserem allergnädigsten Herrn über die Sachlage Vortrag zu halten.

Richthofen

Nr. 5753

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 74 Rom, den 24. April 1902

Unter Bezug auf Telegramm Nr. 62* und 63**.

Ich habe heute vormittag eine längere Unterredung mit Prinetti gehabt, zu welcher letzteren der Minister mich seinerseits schon gestern abend brieflich eingeladen hatte, um mit mir über eine ihm von Graf Lanza zugegangene lange Depesche zu konferieren.

Prinetti las mir das Wesentliche dieser Depesche, welche über ein Gespräch des Botschafters mit dem Freiherrn von Richthofen berichtet, vor. Die Äußerungen decken sich, von der Eventualität

---

* Siehe Nr. 5749.
** Siehe Nr. 5750.

eines Eingehens auf eine Verschiebung der Unterzeichnung des Bündnisses abgesehen, ziemlich genau mit Ew. Exzellenz Telegramm Nr. 62, von dessen Inhalt ich dann dem Minister, um den Ernst der Lage noch präziser zu betonen, Kenntnis gegeben habe.

Prinetti bat mich zunächst, Ew. Exzellenz in seinem Namen inständig zu bitten, auf die Bedingung der sechsjährigen Perioden verzichten und sich mit den ersten dreijährigen einverstanden erklären zu wollen. Ich habe dieses Ansinnen rundweg abgelehnt, da mein Auftrag ganz bestimmt laute und mir die Übermittlung von weiteren Vorschlägen nicht gestattet.

Als der Minister bei dieser Gelegenheit die Äußerung fallen ließ, daß wir und Österreich mit der Zurückweisung seines Vorschlags, der schließlich rein formeller Natur sei, die Verantwortung für die mögliche Sprengung des Dreibundes trügen, habe ich diese Äußerung entschieden zurückgewiesen, indem ich ihm die Tatsache vor Augen hielt, daß wir und Österreich von Anfang an zur Erneuerung des Bündnisses bedingungslos bereit gewesen wären, und es daher lediglich Italien zur Last falle, wenn durch seine Vorschläge und Forderungen diese Erneuerung bisher nicht erfolgt sei oder vielleicht ganz in Frage gestellt werde.

Prinetti geriet in einige Erregung und erklärte mir, er könne den Vertrag unter dieser Bedingung nicht zeichnen und werde es einem andern überlassen, die Verantwortung zu übernehmen. Er sei am Ende seiner Kräfte, denn er befinde sich wie zwischen zwei Mühlsteinen. Auf der einen Seite Berlin und Wien, die zum Abschluß auf unveränderter Basis drängten, auf der anderen Seite Zanardelli und ein großer Teil der öffentlichen Meinung, die Garantien für die Erneuerung der Handelsverträge verlangten. Ich habe ihm erneut vorgestellt, wie ein vertragloser Zustand ebenso für Österreich wie für Italien verhängnisvoll sein würde, und daß Graf Goluchowski sich in diesem Sinne unverhohlen ausgesprochen habe. Es sei gegenüber der allgemeinen politischen Lage Europas unsere gebieterische Pflicht, auf eine Stabilität unserer Bündnisse zu dringen, und könnten wir in Rücksicht auf das hier herrschende parlamentarische System uns nicht der Gefahr aussetzen, daß eine kommende, vielleicht bündnisfeindliche Regierung uns die Allianz, selbst bei dem Bestand neuer Handelsverträge, nach zwei Jahren kündige.

Prinetti warf hier ein, man könne ja in den Vertrag die Bedingung aufnehmen, daß im Fall der Erneuerung der Handelsverträge die bisher gültige Zeitdauer in Kraft bleibe, und daß die dreijährigen Perioden nur im umgekehrten Fall in Wirksamkeit zu treten hätten.

Ich habe mich zur Diskutierung dieser Idee, ganz abgesehen von den praktischen Bedenken, die deren Durchführung in mir erwecke, für nicht autorisiert erklärt.

In warmen und ernsten Worten habe ich den Minister, der immer wieder darauf zurückkam, daß eine Bindung auf sechs Jahre im Falle eines Zollkriegs mit Österreich die Krone in Gefahr bringen werde, auf die schwerwiegenden Folgen hingewiesen, die das Aufhören des Dreibundes, der Italien während 20 Jahren die Segnungen des Friedens gesichert, für sein Vaterland nach sich ziehen könne. Ich habe einen Appell an seinen Patriotismus gerichtet und ihn aufgefordert, die Verantwortung für die Fortdauer dieses den Frieden Europas garantierenden großen Werks nicht von sich zu weisen. Zu einem Entschluß habe ich den momentan einen wirklich gebrochenen Eindruck machenden Mann nicht zu bringen vermocht.

Er erklärte mir schließlich, daß er nach Eingang der offiziellen Antwort aus Berlin — worauf ich ihm bemerkte, daß eine solche schriftlich nicht erfolgen werde, daß vielmehr meine heutigen Eröffnungen diese offizielle Antwort enthielten — mit dem König und dem Ministerpräsidenten konferieren werde. Letzterer kenne bisher nur die ersten Vorschläge, und habe er ihm die neueren Abänderungen als fertiges Gericht mit Unterstützung des Königs servieren wollen. Zanardelli werde er es anheimgeben, ob er die Verantwortung für die Erneuerung des Vertrags nach unseren Wünschen übernehmen wolle, und schließlich die endgültige Entscheidung des Königs einholen. Als ich hier einwarf, es sei mir gefährlich erschienen, daß er bereits mit dem König über die dreijährigen Perioden gesprochen, meinte er, der Monarch sei ihm sehr gnädig gesinnt, wobei er andeutete, daß er von dieser Seite keine Schwierigkeiten erwartet.

Wie Zanardelli sich zur Sache stellen wird, vermag ich nicht vorauszusagen und es erscheint mir immerhin fraglich, ob er nach Fortfall der von ihm geforderten Garantie für die Erneuerung der Handelsverträge für die Fortdauer des Bündnisses mit sechsjähriger Frist zu haben ist. Vielleicht aber läßt der alte Parlamentarier sich durch die eventuelle Konzession betreffend die Vertagung der Unterzeichnung bis nach der Bewilligung des Budgets des Ministers des Äußern und der damit verbundenen Billigung der Bündnispolitik der Regierung seitens der Kammer gewinnen.

Das Telegramm Nr. 63 habe ich Prinetti gegenüber verwertet, der mir sein hohes Erstaunen darüber ausdrückte. Er selbst habe mit dem rumänischen Gesandten*, der übrigens bereits seit einigen Monaten in Bukarest weile, niemals über den Dreibund gesprochen. Der Minister äußerte dabei, aber mehr im Sinne eines Gedankenblitzes, die Idee, die Sache könne sich auf den italienischen Gesandten in Bukarest, den Schwager des Marquis di Rudini, Marquis di Beccaria-Incisa zurückführen.

---

* N. Fleva.

Was die angeblichen Verpflichtungen Italiens Frankreich gegenüber angehe, so gebe er mir sein Ehrenwort, daß solche nicht beständen, und daß er lediglich Herrn Barrère, wie er mir bereits vor längerer Zeit mitgeteilt, das Versprechen gegeben habe, der Vertrag werde nichts Feindliches gegen Frankreich enthalten.

Wedel

Nr. 5754

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Reichskanzler Grafen von Bülow, z. Z. in Karlsruhe

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 21 Berlin, den 25. April 1902

Heute nacht eingetroffenes, zwölf Seiten langes Ziffertelegramm von Graf Wedel* in Rom über Dreibund sende ich mit heutigem Mittagskurier an Euere Exzellenz nach Karlsruhe. Dasselbe resümiert sich dahin, daß Prinetti anscheinend sich hinter die parlamentarischen Rücksichten Zanardellis zurückziehen will. Die dreijährigen Perioden verlangt er nur noch bedingungsweise, nämlich nur für den Fall der Nichterneuerung der Handelsverträge.

Bemerkenswert ist im übrigen lediglich noch, daß Herr Prinetti, unter entrüsteter Zurückweisung der rumänischen Angaben über von Italien Frankreich gegenüber übernommene Verpflichtungen, jetzt wiederum zugibt, daß er Herrn Barrère das Versprechen gegeben habe, „der Vertrag werde nichts Feindliches gegen Frankreich enthalten".

Dazu möchte ich folgendes bemerken: Die Bestimmung, daß Italien, ohne selbst angegriffen zu sein, dem von Frankreich angegriffenen Deutschland zu Hülfe kommen muß, ist zweifellos als „gegen Frankreich feindlich" anzusehen. Sehr zweifelhaft ist, ob Herr Prinetti sich dieser Tragweite seiner Zusicherung bewußt war, welche die Aufhebung des Artikels 2 des Vertrags bedeuten würde, inhalts dessen der isolierte Angriff Frankreichs gegen Italien oder Deutschland casus foederis ist. Da die Aufhebung dieses Artikels eine Gefahr nicht für Deutschland, sondern für Italien darstellt, so hat Herr Prinetti durch diese Erklärung, angenommen, sie würde bekannt, sich auch gegenüber seinen italienischen Gegnern ins Unrecht gesetzt.

Mühlberg

---

* Siehe Nr. 5753.

Nr. 5755

Der Reichskanzler Graf von Bülow, z. Z. in Karlsruhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 Karlsruhe, den 26. April 1902
Geheim

Ich habe Seiner Majestät dem Kaiser und König heute früh den Stand der Frage der Dreibunderneuerung in großen Zügen vorgetragen und sodann in allerhöchstseinem Auftrage Grafen Lanza nachstehendes gesagt: 1. Der Vorschlag der Abänderungen der Perioden des Dreibundes sei für uns in jeder Form unannehmbar. Nachdem hinsichtlich der Erneuerung des deutsch-italienischen Handelsvertrags eine Ungewißheit nie hätte bestehen können, während etwaige Zweifel gegenüber Österreich-Ungarn durch das diesbezügliche weitgehende Entgegenkommen des Wiener Kabinetts behoben worden wären, erscheine der diesbezügliche italienische Vorschlag als ein Versuch, den Dreibund, wenn nicht zu sprengen, so doch seiner bisherigen Sicherheit zu berauben. Darauf einzugehen sei für Seine Majestät den Kaiser vollständig ausgeschlossen. 2. Nachdem wir uns von Anfang an zur Erneuerung des Bündnisses bedingungslos bereit erklärt hätten, die italienische Regierung diese Erneuerung aber durch immer neue Einwendungen und Forderungen vereitelt hätte, sei es höchste Zeit nunmehr abzuschließen.

Die Verzögerung der Unterzeichnung bis nach Abschluß der italienischen Budgetberatung sei in jedem Falle tief bedauerlich und nur dann allenfalls akzeptabel, wenn die italienische Regierung sich in bindender Form verpflichte, daß sie in der Kammer über ihren festen Entschluß, den Dreibund unverändert zu erneuern, keinen Zweifel lassen werde. Nach der Art und Weise, wie die Erneuerung des Dreibundes von italienischer Seite verschleppt worden sei, und im Hinblick auf die Treibereien der französischen Presse wie die Intrigen der französischen Diplomatie würde eine equivoque, unklare oder ausweichende Erklärung der italienischen Minister hinsichtlich des Dreibundes dessen Erneuerung für uns unmöglich machen. Seine Majestät der Kaiser hätte das allerhöchstihm von seinem Herrn Großvater überkommene Bündnisverhältnis mit Italien vom Tage seines Regierungsantritts bis heute im Geiste wahrer Freundschaft für das italienische Volk und rückhaltloser Treue für das Haus Savoyen aufgefaßt und fortgeführt. Allerhöchstderselbe könne aber auch erwarten, daß seine Loyalität mit gleicher Loyalität erwidert werde. Andernfalls verliere das Bündnis für Seine Majestät seinen bisherigen Wert, und wir zögen es vor, von einer Erneuerung des-

selben abzusehen. Endlich haben Seine Majestät durch mich dem Grafen Lanza den Wunsch aussprechen lassen, daß die von ihm beabsichtigte Reise nach Rom nach außen als ein von Karlsruhe aus nach dem von hier nicht allzu entfernten Italien angetretener Urlaub dargestellt werden möge. Seine Majestät wünschen, daß über die neuerdings mit Italien entstandenen Schwierigkeiten von allen beteiligten Seiten so wenig als möglich nach außen verlaute.

Bülow

Nr. 5756

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 77 Rom, den 28. April 1902

Mein österreichischer Kollege, der dieselben Instruktionen erhalten hatte wie ich, hat gestern eine Unterredung mit Prinetti gehabt und bei dieser Gelegenheit dem Minister ein Aide-mémoire übergeben, in welchem die Annahme der dreijährigen Perioden abgelehnt[1], die sichere Erwartung einer Erneuerung der Handelsverträge, weil in gleichem beiderseitigen Interesse gelegen, ausgesprochen, die spätere Eröffnung von Pourparlers bezüglich Mazedoniens in Aussicht gestellt und die Übergabe einer Desinteressementerklärung in betreff Tripolis aber erst nach Unterzeichnung der Erneuerung des Dreibundvertrags versprochen wird.

Baron Pasetti hat auftragsgemäß hinzugefügt, daß Graf Goluchowski einen Aufschub der Unterzeichnung zwar nur mit tiefem Bedauern sehen werde und in denselben, sofern hier schwerwiegende Gründe dafür sprächen, nur willigen könne, wenn Italien eine bindende schriftliche[2] Verpflichtung übernähme, den Vertrag hinterher zu zeichnen.

Da Prinetti bei dieser Gelegenheit die Bemerkung gemacht hat, man könne sich ja darüber leicht verständigen, hat der Botschafter ihm eine vorbereitete Notiz übergeben, nach welcher Graf Goluchowski vor den Delegationen zu erklären wünsche[3], „daß Italien fest entschlossen sei, den jetzigen Vertrag zu gegebener Zeit in seinem vollen Umfange zu erneuern".

Dem Baron Pasetti gegenüber hat Prinetti sich in fast den gleichen Redewendungen ergangen wie mir gegenüber und speziell auch seinen Rücktritt[4] in Aussicht gestellt, weil er die Last der Verantwortung nicht zu tragen vermöge.

Eine definitive Antwort hat er nicht gegeben, sondern sich auf den Vortrag beim König berufen. Ich werde dem Minister über-

morgen sagen, daß ich glaube, seiner endgültigen Antwort nunmehr unverzüglich entgegensehen zu dürfen. Graf Lanza soll morgen hier eintreffen, und auch Graf Nigra wird in den nächsten Tagen hier erwartet. Wedel

---

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Gut
[2] ja
[3] ist unerläßlich
[4] ?
Schlußbemerkung des Grafen von Bülow:
Es ist sehr zu wünschen — und wird besonders auch von Seiner Majestät gewünscht —, daß die Reise der beiden Botschafter nach Rom kein besonderes Aufsehen macht und namentlich nicht als ein Symptom für neu eingetretene Schwierigkeiten hinsichtlich der Dreibunderneuerung aufgefaßt wird.

Nr. 5757

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 79 Rom, den 30. April 1902

Graf Lanza, der gestern hier eingetroffen, war heute früh bei mir und erzählte mir ganz vertraulich, er habe gestern lange mit dem König und Prinetti konferiert und werde morgen auch Zanardelli sehen. Er erachte die Frage der Allianzerneuerung so gut als entschieden, und nur bezüglich der Unterzeichnung möge man unter den von uns verlangten Garantien[1] in einen Aufschub bis nach Erledigung des Budgets des Ministeriums des Äußern willigen.

In gleichem Sinne sprach mir soeben Prinetti. Er läßt die dreijährigen Perioden fallen, muß aber, wie er sagt, auf dem Verlangen beharren, daß die Unterzeichnung bis nach Erledigung seines Budgets verschoben werde[2], weil das Kabinett sonst in die größte parlamentarische Schwierigkeit geraten und das erstrebte Ziel in Frage gestellt werden würde. Hinsichtlich der von dem Grafen Goluchowski und ihm abzugebenden Erklärungen wünsche er nur eine kleine Änderung dahin, daß nicht Italien, sondern die drei Mächte fest entschlossen seien, den gegenwärtigen Vertrag unter Beibehaltung seines bisherigen Charakters zu erneuern, und wolle er seinerseits dann hinzufügen, daß derselbe rein defensiver Natur sei und[3] nichts Feindliches gegen Frankreich enthalte.

Ich habe dem Minister bemerkt, daß ich den Zusatz „unter Beibehaltung seines bisherigen Charakters“[4] für bedenklich erachte und

ihn dringend gewarnt, jedes Wort, das zweideutig erscheinen könne, zu vermeiden, weil wir darauf nicht eingehen würden. Er erwiderte, daß er noch heute mit dem Baron Pasetti über den Tenor der Erklärung sich zu verständigen suchen werde.

Ich habe Herrn Prinetti nach Anhalt des Telegramms Nr. 64* noch einmal nicht nur auf die politischen sondern auch auf die kommerziellen Gefahren hingewiesen, denen Italien sich durch eine Sprengung des Bündnisses aussetzen würde und ihn schließlich auch auf das beachtenswerte Symptom hingewiesen, das sich in dem Anwachsen der Italien feindlichen nationalistisch-klerikalen Partei im französischen Parlamente dokumentiere.

Auf letzteren Hinweis äußerte der Minister, er würde es mit Freude begrüßt haben, wenn die Nationalisten 40 bis 50 Stimmen gewonnen hätten, weil darin das beste Mittel gelegen haben würde, den Eifer der hiesigen Franzosenfreunde abzukühlen[5].

Als ich hiernach dem Minister erklärte, ich müsse nunmehr eine definitive und bestimmte Antwort verlangen, sagte er mir, er betrachte die Sache so gut als abgemacht, werde mir aber morgen oder spätestens übermorgen seine Antwort erteilen. Der Ministerpräsident sei krank und erregt, so daß er mit demselben noch nicht endgültig habe verhandeln können, der König aber hätte mit demselben gesprochen, und erwarte er daher von seiten des Herrn Zanardelli keine ernsten Schwierigkeiten mehr.

Unter Betonung des großen Dienstes, den er seinem Vaterlande und dem Frieden mit der Erneuerung des bewährten Bündnisses leisten und der seinen Namen der Geschichte Italiens verknüpfen werde, habe ich Herrn Prinetti aufgefordert, sich nicht durch fremde Verantwortung zu decken, sondern dieselbe selbst zu übernehmen.

Euerer Exzellenz hoffe ich hiernach, übermorgen eine befriedigende Meldung erstatten zu können, und werde eventuell an diesem Tage die Entscheidung mit vollem Nachdruck fordern.

Wedel

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:

[1] Die sind aber unerläßlich, wenn wir auf die an und für sich sehr unerwünschte und Seiner Majestät unsympathische Verschiebung eingehen sollen

[2] vide ad p. 1 [voraufgehende Fußnote].

[3] und nie etwas Aggressives gegen Frankreich enthalten hätte

[4] Besser noch wäre etwa zu sagen: in unveränderter Form

[5] Für eine solche richtige Beurteilung der französischen Verhältnisse und der französischen Unterströmungen — in der italienischen Presse sollte Prinetti sorgen

---

* Siehe Nr. 5752.

Nr. 5758

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Entzifferung

Nr. 129 Rom, den 30. April 1902

Herr Prinetti sprach mir heute von dem von dem Deputierten Luzzati am 27. d. Mts. in Neapel gehaltenen Vortrag* und bemerkte dazu, Luzzati sei einige Tage vor seiner Reise nach Neapel bei ihm erschienen, um an ihn das Ansinnen zu richten, man möge bei der Erneuerung des Dreibundes die auf Frankreich bezügliche Klausel dahin ändern[1], daß Italien uns bei einem einseitigen Angriff Frankreichs auf Deutschland, und ebenso wir Italien bei einem ebensolchen Angriff Frankreichs auf Italien nicht beizustehen hätten, daß die gegenseitige Hülfe vielmehr nur im Falle eines Doppelangriffs eintreten solle[2].

Er habe Luzzati geantwortet, daß es nicht in seiner Absicht liege, Italien in ein Neutralitätsverhältnis zu versetzen. Wie übrigens Luzzati denke, meinte der Minister, so denke auch Marquis di Rudini, was ich meinerseits indessen bezweifle[3].

Immerhin sieht man aus dem Versuch Luzzatis, daß er ein gelehriger Schüler meines französischen Kollegen ist[4], der diese Forderung in der Presse und sonst seit langem zu lancieren sucht.

Herrn Prinetti habe ich unverhohlen gesagt, daß Deutschland bei der von Luzzati gewünschten Änderung nur gewinnen würde, da wir bereits gezeigt, daß wir uns Frankreichs auch allein zu erwehren wüßten, während Italien diesen Beweis noch schuldig sei[5].

Wedel

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] !!
[2] !
[3] Für Luzzati ist es jedenfalls richtig
[4] stimmt
[5] gut

---

* Vor der Vereinigung der Kaufleute und Industriellen in Neapel war der frühere Schatzminister Luzzati, der sich als Freund des Dreibundes bekannte, solange derselbe keine gegen Frankreich gerichtete Bestimmung enthalte, für die Formel eingetreten: „Ohne erträgliche Handelsverträge keine Erneuerung der politischen Verträge."

Nr. 5759

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 81 Rom, den 2. Mai 1902

Herr Prinetti, der mich soeben zu sich hatte bitten lassen, teilte mir folgendes mit:

Er sei autorisiert, mir im Namen der italienischen Regierung zu erklären, daß dieselbe von unseren im Laufe der Unterhandlungen geäußerten Bedenken Akt genommen habe. Die Regierung gebe dabei wiederholt der Hoffnung Ausdruck, daß es den gegenseitigen Bemühungen gelingen werde, zum Abschluß neuer Handelsverträge zu gelangen, und sei sie entschlossen, das Bündnis in unveränderter Form zu erneuern. Als Termin für die Unterzeichnung desselben schlage sie auf speziellen Wunsch des Konseilpräsidenten den 1. Juli vor, weil das Budget bis dahin mit Sicherheit erledigt sein würde.

Eine in diesem Sinne gehaltene offizielle Note, fügte Prinetti hinzu, werde er mir baldigst zustellen.

Ich habe nach dieser Mitteilung den Minister gefragt, ob er sich mit dem Baron Pasetti, der vor mir, und zwar gemeinsam mit Graf Nigra bei ihm war, über den Tenor der von Graf Goluchowski in den Delegationen abzugebenden Erklärung geeinigt habe. Der Wortlaut dieser zwischen Graf Goluchowski und Graf Nigra vereinbarten Erklärung war dem österreichischen Botschafter gestern telegraphisch zugegangen, und hatte er mir denselben vertraulich vorgelesen.

Prinetti erwiderte mir, er habe dem Baron Pasetti einen eine kleine Abänderung enthaltenden Gegenentwurf übergeben und den Botschafter gebeten, dessen Annahme bei seinem Minister zu befürworten, nachdem auch Graf Nigra denselben gebilligt hätte.

Der Entwurf des Grafen Goluchowski, dessen Wortlaut ich nicht besitze, der aber Euerer Exzellenz voraussichtlich bekannt sein dürfte, enthält die Wendung „maintenir intacte le traité etc.“.

Dagegen lautet der Entwurf des Herrn Prinetti, den ich mir von ihm erbeten habe, und den er gemeinsam mit den Herren Zanardelli und Giolitti verfaßt hat, folgendermaßen:

„La triple alliance expire au mois de mai 1903. L'échange d'idées qui a eu lieu entre les trois gouvernements a conduit à l'accord de leurs points de vue et à constater leur ferme résolution de renouveler en temps utile le traité de la triple alliance.“

Den Grafen Goluchowski, bemerkte hierzu der Minister, habe er gleichzeitig wissen lassen, daß er selbst vor der hiesigen Kammer eine konforme Erklärung abgeben werde.

Euere Exzellenz wollen hieraus entnehmen, daß die Herren Prinetti und Zanardelli es ängstlich zu vermeiden suchen, den Punkt auf das i zu setzen, indem sie in den betreffenden Erklärungen dem Wort „unverändert" geflissentlich auszuweichen streben. Dieses Streben führt sich auf parlamentarische Erwägungen zurück, weil die Minister fürchten, durch eine solche direkte Betonung teils die franzosenfreundlichen hiesigen Elemente zu stürmischen Szenen zu reizen, teils aber auch in Frankreich froissierend zu wirken und dadurch den Kurs der italienischen Werte zu gefährden.

Ich darf hier bemerken, daß, wie mir Baron Pasetti vertraulich mitteilte, Graf Goluchowski sich, Euerer Exzellenz Zustimmung vorausgesetzt, telegraphisch damit einverstanden erklärt hatte, daß Prinettis Erklärung das „unverändert" nicht direkt betone.

Als ich letzteren ersuchte, mir den auf den Dreibund bezüglichen Passus seiner Kammerrede vorher mitteilen zu wollen, stellte er mir solches in Aussicht, wenn er auch nicht wisse, wie weit er durch Interpellationen und Anfragen zu weiteren Äußerungen veranlaßt werden würde.

In Rücksicht auf die ängstliche Sorge, mit der man hier die Betonung des „unverändert" zu umgehen sucht, habe ich übrigens dem Minister unumwunden erklärt, daß, wenn auch die von ihm dem Grafen Goluchowski vorgeschlagene Formel einen direkten Anlaß zu Kommentaren nicht biete, man doch von franzosenfreundlicher oder französischer Seite in dieselbe den Sinn hineininterpretieren könne, als habe trotzdem eine Änderung des Vertrags stattgefunden. Man dürfe sich daher nicht wundern, wenn wir im Notfall solchen Kommentaren, die geeignet wären, dem Bündnisse im Bewußtsein des deutschen Publikums einen rein platonischen Charakter zu geben, mit der erforderlichen Richtigstellung entgegenträten.

Prinetti war dadurch ein wenig frappiert und meinte, man könnte sich ja darüber gegebenenfalls gegenseitig verständigen.

Nach meiner unmaßgeblichen Ansicht ist die Gefahr, wenn wir uns erst einmal im Besitz der offiziellen, die unveränderte Erneuerung des Bündnisses erklärenden Note befinden, und wenn der Vertrag daraufhin selbst unterzeichnet ist, nicht so groß, da wir es ja dann in der Hand haben, jeder etwaigen Zweideutigkeit entsprechend zu begegnen.

Prinetti drückte mir schließlich noch den Wunsch aus, Euerer Exzellenz die Bitte zu unterbreiten, es möge bei uns möglichst dahin gewirkt werden, die deutsche Presse von einer Polemik besonders dahin abzuhalten, daß nicht Frankreich verhöhnt werde, trotz aller seiner Bemühungen die Erneuerung der Tripelallianz nicht haben verhindern zu können.

Wedel

Nr. 5760

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Entzifferung

Nr. 132 Rom, den 2. Mai 1902

Ich sprach Herrn Prinetti gestern abend nach einem Diner bei uns. Er sagte mir, es sei soweit alles geregelt, und der König fest entschlossen, das Bündnis zu erneuern. Derselbe sei indessen ein konstitutioneller Monarch und habe daher nicht völlig freie Hände. Herr Zanardelli mache noch Schwierigkeiten, nicht etwa wegen Fortführung der bisherigen Politik, auf deren Boden er durchaus stehe, sondern weil er sich überhaupt schwer zu einem bestimmten Entschluß aufzuraffen vermöge und einen solchen immer hinauszuziehen suche. So prüfe der Ministerpräsident denn auch den Vertrag nicht vom diplomatisch-politischen, sondern vom juristischen Standpunkte aus und finde als alter Advokat in demselben allerlei Unklarheiten, während ihm als Bewohner von Brescia gleichzeitig eine gewisse Animosität gegen Österreich im Blute stecke.

Heute morgen, fuhr Herr Prinetti fort, werde er mit dem Konseilpräsidenten eine Konferenz haben, zu der auch Herr Giolitti, der unbedingt für die Erneuerung des Vertrags eintrete, erscheinen werde, und bei dieser Gelegenheit dürfte Herr Zanardelli zweifellos seine definitive Zustimmung erteilen.

Herr Prinetti erzählte mir dann ganz vertraulich, er habe einen Bericht des Grafen Tornielli erhalten, nach welchem Herr Delcassé demselben gesagt habe, die französische Regierung rechne mit Sicherheit darauf, daß Italien keinerlei militärische Verpflichtungen gegen Frankreich eingehen werde. Diese Redewendung des französischen Ministers verstehe er nicht. Von etwaigen Abmachungen der Generalstäbe wisse er, Herr Prinetti, nichts* und könne das mit gutem Gewissen versichern; eine militärische Verpflichtung innerhalb des Vertrags könne aber Herr Delcassé doch nicht gemeint haben. Er werde daher den Grafen Tornielli ersuchen, dieses Dunkel aufzuklären [1].

Ich habe Herrn Prinetti geraten, von dieser Aufklärung abzusehen, da mir das Ansinnen des französischen Ministers mehr als eigentümlich erscheine [2]. Ein Bündnis bestehe doch darin, daß die Verbündeten sich im Kriegsfall beiständen, und Kriege würden doch nur mit den militärischen Kräften geführt. Und was etwaige militärische Verabredungen betreffe, so träten doch solche, selbst wenn sie beständen, erst im Kriegsfalle in Kraft, und da pflege man den

---

* Vgl. dazu Kap. CXXIV.

Feind nicht zu fragen, wie und wo man seine eigenen Truppen zu dessen Bekämpfung verwenden wolle, man setze dieselben vielmehr da ein, wo ihr Auftreten die meisten Chancen zur Herbeiführung der Entscheidung biete.

Der Minister erwiderte mir darauf, er werde auch keinerlei Aufklärung von Herrn Delcassé erbitten, sondern nur den Grafen Tornielli ersuchen, ihm die eigene Ansicht über den Sinn jener Äußerung zu sagen.

Wedel

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Wozu? ganz unnötig
[2] richtig

Nr. 5761

Der Geschäftsträger in Wien Graf Botho von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 104 Wien, den 3. Mai 1902

Auftrag* ausgeführt.

Graf Goluchowski hat Graf Nigra den Wortlaut der Erklärung, die er in Budapest abzugeben wünscht, nach Rom mitgegeben. Dieselbe lautet: Der Dreibundvertrag läuft im Mai 1903 ab. Die drei Kabinette seien in ihren bezüglichen Verhandlungen zu dem festen Entschluß gekommen, das Allianzverhältnis intakt aufrechtzuerhalten. Die formelle Vollziehung werde in der vereinbarten Frist erfolgen.

Mir gegenüber fügt Graf Goluchowski hinzu, er habe den Ausdruck „intakt aufrechterhalten" gewählt, um Herrn Prinetti entgegenzukommen, da sich derselbe so sehr gegen den Ausdruck „Erneuerung tel quel" wehre. Nachdem Graf Nigra gestern in Rom eingetroffen, erhalte er soeben ein Telegramm des Baron Pasetti, wonach sich Prinetti auch gegen diese Formulierung sträube. Graf Goluchowski las mir das Telegramm Pasettis vor. Pasetti telegraphiert, er habe den Eindruck, daß Prinetti noch immer den Einflüsterungen des französischen Botschafters sehr zugänglich sei. Die von Graf Nigra vorgelegte Formulierung behage ihm nicht, er schlage eine andere Formulierung vor, wonach Graf Goluchowski sagen möge: Die drei Regierungen seien zu dem übereinstimmenden Entschluß gekommen, den Dreibundvertrag „en temps utile" zu erneuern. Als Termin der Unterzeichnung habe Prinetti den 1. Juli genannt und ihm,

---

* Durch Telegramm Nr. 64 war der Geschäftsträger angewiesen worden, Telegramm Nr. 79 aus Rom (siehe Nr. 5757) mit Goluchowski zu besprechen.

Baron Pasetti, sogleich eine schriftliche, für die Öffentlichkeit nicht berechnete vertrauliche Erklärung versprochen, daß die italienische Regierung entschlossen sei, den Dreibund in unveränderter Form zu erneuern.

Graf Goluchowski sagte mir, die von Prinetti vorgeschlagene Formulierung sei für ihn unannehmbar. Sie würde nur zur Folge haben, daß in den Delegationen Fragen an ihn gerichtet würden, die ihn in Verlegenheit bringen müßten. Er habe daher Pasetti beauftragt, mit aller Entschiedenheit auf der ersten durch Graf Nigra vorgelegten Formulierung zu bestehen. Er erwarte darauf Antwort und müsse unbedingt Mittwoch in der Lage sein, sich über den Dreibund äußern zu können, da er, wenn er es nicht aus freien Stücken tue, jeden Augenblick interpelliert werden könne. Vertraulich fügte Graf Goluchowski hinzu, selbst die von ihm vorgeschlagene Erklärung werde vielleicht zu unliebsamen Fragen Veranlassung geben. Er werde dann aber antworten, er habe alles gesagt, was er sagen könne; der Dreibundvertrag sei ein geheimer; auf Detailfragen könne er daher nicht eingehen.

Die Haltung des Grafen Goluchowski ließ erkennen, daß er gegenwärtig vor allem Wert darauf legt, in die Lage versetzt zu werden, seinerseits die von ihm gewünschte Erklärung in den Delegationen abgeben zu können. Demgegenüber trat sein Interesse an der Formulierung der von Prinetti in Aussicht genommenen Hinzufügung offenbar in den Hintergrund. Ich mußte wiederholt auch auf diesen Punkt[1] zurückkommen. Schließlich stimmte der Minister aber der vorgängigen Festsetzung der italienischen Erklärungen und der von Euerer Exzellenz in Anregung gebrachten Formulierung, daß der Vertrag rein defensiver Natur sei und nie etwas Aggressives gegen Frankreich enthalten habe, bei[2].

Graf Goluchowski reist morgen nach Budapest und kommt Donnerstag auf einen Tag nach Wien zurück.

Wedel

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Ebenso wichtigen
[2] unerläßlich, vide mein Telegramm aus Karlsruhe

Nr. 5762

Italienische Note

Ausfertigung
Dem Botschafter Grafen Karl von Wedel am 4. Mai übergeben

Rome, ce 3 Mai 1902

Le traité d'alliance du 6 mai 1891 arrivant à échéance le 17 mai de l'année prochaine, les trois Gouvernements alliés ont entrepris, en

vue du renouvellement de cet Acte, un échange d'idées qui a heureusement abouti à un accord complet sur tous les points qui formaient l'objet de leur examen.

Je suis donc maintenant en mesure, ayant pris les ordres de Sa Majesté, de déclarer à Votre Excellence, avec prière de vouloir bien en faire part à Son Gouvernement, que le Gouvernement du Roi est prêt, pour ce qui le concerne, à renouveler le traité du 6 mai 1891 dans son texte actuel, sans aucune modification ni addition.

Le Gouvernement du Roi désire et il propose aux Gouvernements alliés que la signature du nouveau Traité ait lieu le 1er Juillet prochain.

Prinetti

Nr. 5763

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 85 Rom, den 5. Mai 1902

Antwort auf Telegramm Nr. 70 vom 4. Mai*.

Da mir über eine neue Formulierung der vom Grafen Goluchowski in den Delegationen abzugebenden Erklärung und deren Annahme seitens des Herrn Prinetti nichts bekannt war, bin ich sofort mit meinem österreichischen Kollegen in Verbindung getreten.

Derselbe sagt mir, Graf Goluchowski habe die in meinem Telegramm Nr. 81** wiedergegebene Erklärungsformel in einer erst gestern eingegangenen Depesche für unannehmbar erklärt und gleichzeitig die von ihm, dem Minister, gewünschte, in Euerer Exzellenz vorstehend erwähntem Telegramm angeführte Fassung der Erklärung zur Mitteilung an Herrn Prinetti telegraphiert.

Baron Pasetti hat darauf gestern abend eine zweieinhalbstündige Konferenz mit dem italienischen Minister gehabt, zu der schließlich auch noch Graf Nigra berufen worden ist. Der Botschafter erzählte mir, er habe fast bis zur Erschöpfung mit Herrn Prinetti gekämpft, der gegen das Wort „intakt" unüberwindliche Bedenken erhoben hätte, weil durch dessen Gebrauch hier stürmische parlamentarische Szenen hervorgerufen werden würden.

Der Minister und Graf Nigra haben schließlich eine neue Formulierung der Erklärung redigiert und den Baron Pasetti inständig er-

* Durch Telegramm Nr. 70 war dem Botschafter Grafen Wedel Mitteilung von dem Inhalt des Telegramms Nr. 104 aus Wien (siehe Nr. 5761) gemacht worden.
** Siehe Nr. 5759.

sucht, den Grafen Goluchowski in ihrer beider Namen dringend zu bitten, dieser Formulierung seine Zustimmung zu erteilen.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut: „La triplice, dont la durée expire au mois de mai 1903, se trouve en présence de son renouvellement, les trois Gouvernements ayant échangé des assurances formelles au sujet de leur ferme intention de maintenir dans toute sa valeur le traité d'alliance existant et de procéder en temps utile, à la signature des actes y relatifs."

Baron Pasetti hat diesen Text diese Nacht nach Wien telegraphiert. pp.

Wedel

Nr. 5764

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 87 Rom, den 7. Mai 1902

Baron Pasetti teilte mir gestern nachmittag mit, es sei ihm soeben ein Telegramm aus Wien zugegangen, nach welchem Graf Goluchowski die in meinem Telegramm Nr. 85* wiedergegebene neue Prinettische Formel der vor den Parlamenten abzugebenden Erklärung akzeptiert habe. Der Botschafter hat davon noch gestern abend Prinetti in Kenntnis gesetzt.

Als ich letzteren vorhin an seinem regelmäßigen Empfangstag besuchte, habe ich ihm gesagt, ich hätte von Euerer Exzellenz noch keine Antwort erhalten, sei also noch nicht in der Lage, ihm Hochdero Zustimmung zu der in Wien angenommenen Erklärungsformel auszusprechen. Bei dieser Gelegenheit habe ich dann dem Minister gegenüber die in Euerer Exzellenz Telegramm Nr. 70** enthaltenen anderen Aufträge ausgeführt.

Prinetti gab dem Wunsche Ausdruck, daß Euerer Exzellenz Erklärung vor dem Reichstage, wenn irgend tunlich, erst nach der seinigen erfolgen möge, und meinte, daß, da seines Wissens der Reichstag bis zum 3. Juni vertagt sei, dieser Wunsch sich von selbst erledigen werde, weil er bis zu jenem Tage die bezügliche Diskussion in der Kammer beendet zu haben hoffe.

Prinetti harrt mit einer Art von ängstlicher Sorge des Eindrucks, den die für morgen erwartete Erklärung des Grafen Goluchowski in der italienischen und französischen Presse hervorrufen wird.

Wedel

* Siehe Nr. 5763.

** Durch Telegrammm Nr. 70 vom 4. Mai hatte Graf Bülow sein Einverständnis mit der in Wien akzeptierten Formel für die gegenseitigen parlamentarischen Erklärungen ausgesprochen.

Nr. 5765

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept

Nr. 73 Berlin, den 8. Mai 1902

Ew. pp. bitte ich, Herrn Prinetti in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise keinen Zweifel darüber zu lassen, wie wir nach der gestrigen bedeutungsvollen Erklärung des Grafen Goluchowski* vor der österreichischen Delegation mit Bestimmtheit erwarten, daß der italienische Minister sich ebenso korrekt über den Dreibund auslassen wird. Eine unklare oder gar zweideutige Sprache des Herrn Prinetti in diesem entscheidenden Augenblick würde das Vertrauen Seiner Majestät des Kaisers in die Loyalität der italienischen Politik im allgemeinen und in die Gesinnungen des Herrn Prinetti im besonderen tief erschüttern.

Bülow

Nr. 5766

Der Geschäftsträger in Wien Graf Botho von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 141 Wien, den 10. Mai 1902

Bei Gelegenheit der gestrigen Soiree im Palais des Erzherzogs Friedrich anläßlich der Vermählung Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit der Erzherzogin Maria Christine mit dem Prinzen zu

---

* Am 7. Mai hatte Graf Goluchowski in der österreichischen Delegation eine Erklärung über die demnächstige Erneuerung des Dreibundes abgegeben, in der es u. a. hieß: „Der Dreibund, dessen Gültigkeitsdauer im Mai 1903 abläuft, geht nunmehr der Erneuerung entgegen, nachdem die drei Kabinette formelle Zusicherungen hinsichtlich ihrer besten Absichten ausgetauscht haben, den zwischen ihnen bestehenden Allianzvertrag in seinem vollen Wert aufrechtzuerhalten und an die Unterzeichnung der einschlägigen Instrumente rechtzeitig zu schreiten. Auf der Grundlage sich gegenseitig deckender Interessen aufgebaut, jeder aggressiven Tendenz nach was immer für einer Seite bar, wird somit der eminent konservative Bund der europäischen Zentralmächte auch weiter die hehren Friedensziele, denen er sein Entstehen verdankt, mit um so größerer Zuversicht verfolgen, als er nach den von berufener Seite wiederholt abgegebenen Erklärungen über die nicht minder friedfertigen Ziele des ihm gegenüberstehenden Zweibundes in dieser Gruppierung eine höchst wertvolle Ergänzung und Förderung seiner eigenen Aufgabe wohl erblicken darf."

Salm-Salm zog mich Seine Majestät Kaiser Franz Joseph in ein Gespräch über die Dreibunderklärung des Grafen Goluchowski.

Der Kaiser sprach zunächst seine lebhafte Freude darüber aus, daß die Bundeserneuerung gesichert sei, und daß Graf Goluchowski noch rechtzeitig in die Lage versetzt sei, dieses verkünden zu können. Es wäre ihm lieb gewesen, wenn sein Minister „viel mehr" über den Dreibund hätte sagen können, aber das sei ja leider nicht möglich gewesen.

Ich glaubte hierauf bemerken zu dürfen, die Erklärung des Grafen Goluchowski beweise der Welt in unzweideutigster Weise, daß zwischen den Regierungen der drei befreundeten Mächte vollkommenste Einigkeit bestehe, und daß sich diejenigen getäuscht hätten, welche eine Lockerung des alten bewährten Bundesverhältnisses erhofften, daß dasselbe vielmehr in ungeschwächter Kraft fortleben werde.

Seine Majestät erwiderten, das sei auch nach seiner Meinung die Hauptsache, und äußerten sich alsdann sehr befriedigt über die günstige Beurteilung, welche das Exposé des Grafen Goluchowski in der europäischen Presse, insbesondere auch in der italienischen, gefunden habe. Durch die Art, wie Graf Goluchowski vom Dreibund gesprochen, und durch die Betonung seines inoffensiven, friedfertigen Charakters habe er Herrn Prinettis Stellung sehr erleichtert. Herr Prinetti habe allen Grund dankbar zu sein; er habe seinen Dank übrigens bereits dem Baron Pasetti in warmen Worten ausgedrückt.

Schließlich bemerkten Seine Majestät, Herr Prinetti müsse sich doch recht weit mit Frankreich eingelassen haben; „jetzt aber haben wir ihn, jetzt muß man ihn nur festhalten".

Wedel

Nr. 5767

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den italienischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Prinetti

Note. Abschrift

Rome le 15 Mai 1902

En réponse à la lettre que Votre Excellence a bien voulu m'adresser le 3 de ce mois*, j'ai l'honneur de L'informer, au nom du Gouvernement Impérial, que ce dernier a pris acte des déclarations de Votre Excellence et qu'il est, pour sa part, également prêt à renouveler le traité d'alliance du 6 Mai 1891 sans aucune modifi-

* Siehe Nr. 5762.

cation ni addition et que, pour tenir compte des désirs du Gouvernement Royal Italien, il consent que la signature de l'acte formel de renouvellement soit différée jusqu'au 1er juillet prochain comme dernière date.

(gez.) Wedel

Nr. 5768

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 97 Rom, den 22. Mai 1902

Herr Prinetti, den ich gestern nicht sehen konnte, hatte den Baron Pasetti und mich heute vormittag zu sich bitten lassen. Der Minister las uns gemeinsam den auf den Dreibund und die damit in Zusammenhang stehenden Fragen bezüglichen Passus seiner Rede vor, die er heute oder morgen in Beantwortung der verschiedenen an ihn gerichteten Interpellationen in der Kammer halten wird.

Hinsichtlich der Vertragserneuerung nimmt er auf die einschlägigen Erklärungen des Grafen Goluchowski Bezug und betont, daß Italien, nachdem in dieser Richtung ein Engagement stattgefunden habe, die Allianz erneuern werde[1].

Sowohl mein österreichischer Kollege wie ich haben den Eindruck gewonnen, daß die Erklärungen korrekt und klar sind, habe aber dem Minister empfohlen, seine Ausdrücke über die tripolitanische und die albanische Frage möglichst vorsichtig zu wählen, um die berechtigte Empfindlichkeit der Türkei nicht zu verletzen[2].

Da Prinetti im Hinblick auf gewisse Preßunterstellungen erklären will, daß ein angebliches Geheimprotokoll oder eine Militärkonvention im Dreibundvertrag nicht existiere, so haben wir ihm die Frage vorgelegt, ob er glaube, in dieser Beziehung interpelliert zu werden, da es sonst besser erscheine, diesen Punkt nicht zu berühren[3]. Der Minister glaubt indessen, daß er grade hierüber befragt werden würde. Ich glaube auf diesen Passus besonders deshalb hinweisen zu sollen, weil, wenn auch die Erklärung des Ministers sich diesbezüglich im Präsens bewegt, ich es nicht für ausgeschlossen erachte, daß die französische Diplomatie angesichts ihres Mißerfolges den Schein zu erwecken versuchen wird, als wenn ein Geheimprotokoll beziehungsweise eine Militärkonvention im jetzigen Vertrag existiert hätten und erst unter französischer Einwirkung im neuen Vertrage unterdrückt worden wären[4].

Ich habe Prinetti schließlich dringend ersucht, allen weiteren

Anfragen gegenüber sich kurz zu fassen und sich nicht aus dem Rahmen seiner Erklärungen herausdrängen zu lassen[5].

Wedel

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:

[1] Gut

[2] sehr schön, aber nicht so wichtig, als daß sich Prinetti ganz loyal und klar, ohne Zweideutigkeiten noch Winkelzüge über das Verhältnis zu uns ausläßt

[3] richtig

[4] Solchen Insinuationen darf von Prinetti keinenfalls Vorschub geleistet werden

[5] Andernfalls würde sich Prinetti für immer die gute Meinung Seiner Majestät verscherzen, die deutsche öffentliche Meinung tief verstimmen und schließlich zwischen zwei Stühlen sitzen.

Nr. 5769

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 82 Berlin, den 23. Mai 1902

Antwort auf Telegramm Nr. 97*.

Noch wichtiger als eine vorsichtige Wahl der Ausdrücke über die tripolitanische und die albaniscche Frage ist es, daß Herr Prinetti sich loyal, klar und ohne Winkelzüge über das Verhältnis zu uns ausläßt.

Am besten wäre es natürlich, die Frage eines angeblichen Geheimprotokolls oder einer Militärkonvention überhaupt nicht zu berühren. Keinenfalls aber darf Herr Prinetti französischen Insinuationen der von Euerer Exzellenz angedeuteten Art in bezug auf diese beiden Gegenstände irgendwelchen Vorschub leisten.

Ließe sich Herr Prinetti durch weitere Anfragen aus dem Rahmen seiner Erklärungen heraus und zu zweideutigen Auslassungen drängen, so würde er sich die jetzige gute Meinung Seiner Majestät des Kaisers für immer verscherzen, die deutsche öffentliche Meinung mit tiefem Mißtrauen erfüllen und so schließlich zwischen zwei Stühlen sitzen. Ich denke, Herr Prinetti wird sich auch nicht verhehlen, daß und wie sehr der bevorstehende Rücktritt des Herrn Waldeck-Rousseau** ein Beweis für die Unsicherheit und Unberechenbarkeit der französischen Zustände ist.

Bülow

---

* Siehe Nr. 5768.

** Am 28. Mai trat das französische Ministerium Waldeck-Rousseau zurück. Ihm folgte am 7. Juni das Ministerium Combes.

Nr. 5770

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 102 Rom, den 25. Mai 1902

Prinetti, den ich soeben einen Augenblick sprach, gab seiner hohen Befriedigung darüber Ausdruck, daß seine Erklärungen*, wenigstens nach den bis jetzt vorliegenden Stimmen, sowohl in der deutschen wie österreichischen und selbst in der französischen Presse eine günstige Aufnahme gefunden hätten.

Der Umstand, daß die Bündnispolitik von der Kammer gegen eine Minorität von nur 51 Stimmen gebilligt sei, bedeute für die Krone eine wesentliche Stärkung und eine Entlastung der persönlichen Verantwortung des Königs, der darüber seiner hohen Genugtuung rückhaltlos Ausdruck gegeben habe. Denn während die Erneuerung des Bündnisses im Jahre 1891 zu heftigen Szenen in der Kammer geführt hätte, und diese Erneuerung dem König Humbert von gewisser Seite stets zum Vorwurf gemacht worden wäre, sei jetzt alles ruhig und friedlich verlaufen, und Eure Exzellenz als Kenner parlamentarischer Verhältnisse würden sicherlich den Wert dieses Ausgangs richtig einzuschätzen wissen.

Das Nichtvorhandensein geheimer Protokolle oder Konventionen habe er formell in Abrede stellen zu sollen geglaubt, nicht nur, um einer Mißtrauen erzeugenden Legendenbildung zu begegnen, sondern weil ihm auch von französischer Seite die Mitteilung gemacht sei, man befinde sich dort im Besitz des Textes einer gegen Frankreich gerichteten geheimen Militärkonvention aggressiver Tendenz. Er, der Minister, habe darüber mit dem General Saletta** gesprochen, und dieser hätte ihm erklärt, das Dokument müsse in der angegebenen Form eine Fälschung darstellen. Es scheine sich also hier, wie Prinetti hinzufügte, um eine Art von Dreyfusaffäre zu handeln.

Ich habe dem Minister demnächst den dringenden persönlichen Rat gegeben, nunmehr, nachdem sein Budget in der Kammer erledigt, baldmöglichst die erforderlichen Vollmachten an Graf Lanza zu senden, denselben zur Unterzeichnung zu autorisieren und damit den Beweis zu liefern, daß die Verzögerung lediglich auf parlamentarischen Rücksichten beruht habe. Er sagte mir, er wolle sofort die Vollmachten etc. in Ordnung bringen, damit die Unterzeichnung auf

---

* Am 22. hatte sich Minister Prinetti in der italienischen Kammer ausführlich über den Dreibund und seine bevorstehende Erneuerung geäußert. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1902, S. 256 f.

** Chef des italienischen Generalstabes.

telegraphische Weisung hin im gegebenen Moment durch den Grafen Lanza erfolgen könne. Er bitte indessen, ihm Zeit zu lassen, bis sein Budget den Senat, dem er diese Rücksicht schuldig sei, passiert habe, was in etwa 10—12 Tagen der Fall sein dürfte. Mit dem Ministerpräsidenten, der am 31. von Palermo hierher zurückkehrt, werde er bei der ersten günstigen Gelegenheit sprechen, um die von dieser Seite gegen eine frühere Unterzeichnung etwa zu erhebenden Einwürfe zu überwinden.

Wedel

Nr. 5771

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 85 Berlin, den 27. Mai 1902

Antwort auf Telegramm Nr. 102*.

Meinerseits habe ich alles getan, um den Erklärungen des Herrn Prinetti nicht nur bei Seiner Majestät dem Kaiser eine günstige Aufnahme, sondern auch ebenso in der deutschen Presse eine wohlwollende, anerkennende und freundliche Beurteilung zu sichern. Voraussetzung hierbei war und ist natürlich, daß Herr Prinetti sich im Senat womöglich noch wärmer für den Dreibund aussprechen, unter keinen Umständen aber das mühsam Erreichte kompromittieren wird. Diese Aufgabe wird Herrn Prinetti um so leichter fallen, als er, wie ich ihm immer vorausgesagt habe, in der Kammer gesiegt hat und jetzt sieht, wie die Mehrzahl seiner Landsleute viel zu intelligent und zu patriotisch ist, um nicht die Erneuerung der Dreibundsverträge zu wünschen.

Selbstverständlich halte ich unbedingt daran fest, daß die Unterzeichnung keinenfalls noch über den 1. Juli d. Js. hinaus verzögert werden darf. Über die Festsetzung dieses Termins werde ich meinerseits absolutes Schweigen beobachten, und ich bin gewiß, mich mit Herrn Prinetti in der Überzeugung zu begegnen, daß alle Teile dieses Stillschweigen nach allen Seiten hin unbedingt bewahren müssen, damit nicht, sei es im Innern, sei es von außen, zu guter Letzt noch Schwierigkeiten zu bereiten versucht werden kann.

Im übrigen halte ich es, wie ich für Euere Exzellenz persönlich bemerke, nicht für ratsam, zurzeit dort allzusehr auf den formellen Abschluß zu drängen.

Bülow

* Siehe Nr. 5770.

Nr. 5772

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 111 Rom, den 6. Juni 1902

Wie Prinetti mir soeben sagte, ist der von Graf Lanza signalisierte Brief eingetroffen, enthaltend die Nachricht, daß der Dreibundvertrag durch Protokoll verlängert werden solle. Der Minister sagte mir, er habe vorausgesetzt und alles darauf eingerichtet, daß ein neues, dem früheren gleichlautendes Instrument unterzeichnet werden würde. Solle die Verlängerung durch Protokoll[1] geschehen, anstatt eine Erneuerung eintreten zu lassen, so müsse er mit dem Ministerpräsidenten nochmals konferieren und vom König andere Vollmachten unterzeichnen lassen[2].

Um dieses zu vermeiden, bittet er Euere Exzellenz, in die Unterzeichnung neuer Instrumente zu willigen, wodurch der Akt auch feierlicher[3] werde.

Hintergedanken liegen Prinetti meiner festen Überzeugung nach hierbei fern[4], wie denn auch ich den Glauben gehabt habe, daß es sich um die Unterzeichung neuer Dokumente handele.

Wedel

Bemerkung des Grafen von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
Ich sehe gar kein Bedenken
Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Warum das?
[2] sehr überflüssig und möglicherweise schädlich
[3] je feierlicher je besser
[4] gewiß!

Nr. 5773

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Karl von Wedel

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 96 Berlin, den 10. Juni 1902
Geheim

Antwort auf Telegramm Nr. 111*.

Der von uns vorgelegte Entwurf des Erneuerungs-Instruments schien sich durch Einfachheit und Kürze zu empfehlen und richtete

---

* Siehe Nr. 5772.

sich zudem, abgesehen von der sachlich irrelevanten Form des Protokolls, genau nach dem Muster der im Jahre 1887 unter gleichen Umständen vollzogenen Erneuerung. Ich bin indessen gern bereit, Herrn Prinettis Wünschen in dieser Formfrage entgegenzukommen, und habe dem Grafen Lanza einen neuen, dem Vertrage von 1891 gleichlautenden Entwurf zugehen lassen.

Nicht unbeachtet darf indes bleiben, daß bei diesem Verfahren die Gefahr von Indiskretionen sich vergrößert, indem der Text des Geheimvertrags fortan nicht bloß in drei, sondern in sechs Exemplaren (bezw. bei Einrechnung der Ratifikationen in zwölf Exemplaren) existieren wird. Um so sorgsamer wird also von den drei kontrahierenden Regierungen Vorkehrung zu treffen sein, damit jede Kenntnisnahme Dritter verhütet wird. Die gleiche Vorsicht wird auch zu beobachten sein, damit über die bevorstehende Erneuerung des Dreibunds nichts Bestimmtes verlautet, und darum namentlich in der Presse die Frage möglichst gar nicht berührt wird. Durch solche absolute Diskretion wird am besten allen Quertreibereien vorgebeugt, die sonst noch in zwölfter Stunde Schwierigkeiten bereiten könnten.

Ich bitte, Herrn Prinetti meine Genugtuung darüber auszudrücken, daß er nach Euerer Exzellenz Bericht Nr. 170 auch seinerseits hierin auf dem gleichen Standpunkt steht.

Bülow

Nr. 5774

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept

Nr. 104 Berlin, den 28. Juni 1902

Die Unterzeichnung des verlängerten Dreibundvertrags* ist soeben erfolgt. Falls die diesseits veranlaßte Veröffentlichung dieser Unterzeichnung** Ew. pp. gegenüber zur Sprache gebracht werden sollte, bitte ich namentlich unter Hinweis auf die hämischen Artikel des „Temps“ hervorzuheben, daß wir in dieser Hinsicht keine freie Wahl hatten, da das Geheimnis nicht mehr intakt war. Es kann sich daher nur darum handeln, die Prorogation als nichts Ungewöhnliches,

* Siehe den Text des neuen Dreibundvertrages bei Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns I, 92 ff.

** Am 28. Juni hatte Wolffs Telegraphisches Bureau bekannt gegeben: „Das Vertragsinstrument über die Verlängerung des Bündnisses mit Österreich-Ungarn und Italien wurde heute vormittag hier durch den Reichskanzler Grafen von Bülow und die Botschafter von Szögyény und Graf Lanza unterzeichnet. Der Dreibund ist in unveränderter Form erneuert worden.“

sondern als das naturgemäße Ergebnis der Tatsache darzustellen, daß der bisherige Dreibund sich dank seiner rein defensiven Tendenz während einer Reihe von Jahren als eines der Bollwerke des Weltfriedens bewährt hat.

Besonderen Wert würde ich darauf legen, wenn es Herrn Prinetti gelänge, während der nächsten Wochen, wo unser allergnädigster Herr die Äußerungen der großen italienischen Preßorgane mit lebhaftem Interesse verfolgen wird, diese auf den gleichen Ton zu stimmen. Ich möchte auch annehmen, daß es nicht allzu schwer sein wird, denjenigen italienischen Blättern, welche nicht prinzipiell für ein einseitiges Zusammengehen Italiens mit Frankreich gegen den Dreibund und gegen England arbeiten, die Auffassung zugänglich zu machen, daß es ein unnötiges Experiment gewesen wäre, irgendetwas an einem Vertrage zu ändern, welcher sich tatsächlich und dauernd als niemandes Feind und des Friedens Freund bewährt hat.

Vertraulich bemerke ich, daß ich schon seit einiger Zeit bemüht bin, für Herrn Prinetti bei unserem allergnädigsten Herrn einen möglichst guten Empfang vorzubereiten, und daß auf den Erfolg meiner Bemühungen die demnächstige Stellungnahme der italienischen Öffentlichkeit zum Dreibund — wie ich Euerer Exzellenz gegenüber kaum erst zu betonen brauche — von wesentlichem, wenn nicht entscheidendem Einfluß sein wird.

Bülow

Anhang

Die Dreibundmächte 1902—1904

Nr. 5775

Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen von Bülow

Unsignierte Reinschrift

Geheim Berlin, den 9. Mai 1903

Seine Majestät der Kaiser* erzählte mir im engsten Vertrauen, daß Seine Majestät der König von Italien zu allerhöchstihm sich über die gegenwärtigen politischen Beziehungen Italiens unter Betonung des streng konfidentiellen Charakters seiner Mitteilungen, aber mit großem Freimut ausgesprochen habe. Der König interessiere sich lebhaft für auswärtige Politik, er sei bestrebt, ihr seinen persönlichen Stempel aufzudrücken und sie unabhängig von seinem jeweiligen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zu gestalten. Der König erhalte offenbar zahlreiche Berichte von italienischen Agenten im Auslande, welche wohl nicht immer zur Kenntnis des Ministeriums des Äußern gelangten. Im Vordergrunde des königlichen Interesses stehe Albanien. Mit Lebhaftigkeit habe der König betont, daß Italien keiner anderen Macht, namentlich nicht Österreich-Ungarn, erlauben könne, sich in Albanien festzusetzen. Eine Festsetzung Österreich-Ungarns, beispielshalber in Walona, das nur durch einen schmalen Meeresarm von der italienischen Küste getrennt sei, würde den Sturz der italienischen Dynastie herbeiführen. Der König hielt gegenüber Seiner Majestät dem Kaiser mit Hartnäckigkeit daran fest, daß die Österreicher Absichten auf Albanien hätten, zu deren Verwirklichung die mit bedeutenden Geldmitteln ausgerüsteten österreich-ungarischen Agenten an der Ostküste der Adria eine lebhafte Tätigkeit entfalteten.

Ähnlich sprach sich König Viktor Emanuel auch mir gegenüber aus. Wie Seine Majestät der Kaiser habe auch ich dem König mit der größten Entschiedenheit und Bestimmtheit erklärt, daß Österreich-Ungarn nicht daran dächte, sei es in Albanien, sei es in Mazedonien Gebietserweiterungen anzustreben. Österreich-Ungarn sei nicht nur ein saturierter, sondern auch ein alter und schwerfälliger Staat, der,

* Kaiser Wilhelm II. weilte vom 2. bis 5. Mai zum Besuch des Königs von Italien in Rom; in seiner Begleitung befand sich Reichskanzler Graf Bülow.

selbst wenn er wollte, keine Expansionspolitik mehr treiben könne. Die maßgebenden österreichisch-ungarischen Faktoren — Kaiser Franz Joseph und höchstdessen Minister — dächten gar nicht daran, sich auf irgendwelche Abenteuer einzulassen. Dazu käme, daß jede Vergrößerung der Habsburgischen Monarchie die Hegemonie der Magyaren und ihr heutiges Übergewicht gegenüber Zisleithanien gefährden würde. Deshalb wären die Ungarn entschlossene Gegner jeder Gebietserweiterung und aller annexionistischen Tendenzen. Aber auch in Zisleithanien denke bei den Schwierigkeiten, welche das Vorhandensein so vieler unbequemer Rassen dort schon ohnehin biete, kein ernsthafter Mensch an neue Gebietserwerbungen. Österreich-Ungarn könne nicht zulassen, daß irgendeine andere Macht, insbesondere Italien, sich in Albanien festsetze. Da umgekehrt Italien nicht zugeben könne, daß eine andere Macht, und insbesondere Österreich-Ungarn, in Albanien festen Fuß fasse, so sei eine Übereinstimmung der österreich-ungarischen und der italienischen Politik auf der Basis beiderseitiger Enthaltsamkeit geboten und leicht durchführbar. Während sich König Viktor Emanuel diesen Ausführungen gegenüber einigermaßen spröde verhielt, stimmten Herr Zanardelli wie der Minister des Äußern Morin* denselben durchaus zu. Namentlich Herr Morin war zweifellos erfreut, von mir neue Argumente zu erhalten, um den König von einer abenteuerlichen Adriapolitik abzuhalten.

Von meinen sonstigen Bekannten, insbesondere von dem abgeklärten und dreibundfreundlichen Marquis Visconti Venosta wurde mir gesagt, daß König Viktor Emanuel zweifellos antiösterreichisch und in der auswärtigen Politik unternehmungslustig sei. Hierbei spielten montenegrinische Einflüsse mit. Der eigensinnig und kritisch angelegte König ließe sich nicht direkt beeinflussen. Da er aber seine Frau leidenschaftlich liebe, diese an ihrer Heimat und namentlich an ihrem Vater hinge und dem Könige alles zeige, was man ihr aus Cetinje schriebe, sei es natürlich, daß der König die Vorgänge auf der Balkanhalbinsel oft durch die montenegrinische Brille ansähe. Der Hauptgrund für die antiösterreichische Stimmung des jungen Königs liege jedoch in seiner Erbitterung darüber, daß Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph den Wiener Besuch weiland Seiner Majestät des Königs Humbert** noch immer nicht in Rom erwidert habe. Die Nichterwiderung des Besuchs in Rom empfinde der König „als eine Ohrfeige" nicht nur für seinen toten Vater und sich selbst, sondern für sein Haus und Land. Herr Visconti Venosta betonte mit Entschiedenheit, wie notwendig es sei, die italienisch-österreichischen Beziehungen vor Trübungen zu bewahren. Die Be-

* Nachfolger des durch einen Schlaganfall gelähmten Prinetti seit dem 22. April 1903.

** Vgl. dazu Bd. III, Kap. XV, Nr. 538, Fußnote **.

ziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien könnten nicht wie etwa diejenigen zwischen Italien und England oder Österreich-Ungarn und Frankreich ohne Gefahr um eine Nuance freundlicher oder kühler sein. Schon wegen der Vergangenheit und im Hinblick auf den Irredentismus würden Italien und Österreich-Ungarn entweder wie sichere Freunde oder wie zielbewußte Gegner zueinander stehen. Eine ernsthafte Abkühlung der italienisch-österreichischen Beziehungen würde sehr bald zu direkter Gegnerschaft führen. Es sei wichtig, daß Graf Nigra in Wien bleibe. Es sei aber auch notwendig, daß die jeweiligen italienischen Minister des Äußern den Aktionsvelleitäten des Königs gegenüber Festigkeit an den Tag legten. Prinetti habe dies aus persönlichem Ehrgeiz nicht immer getan. Von Morin sei eher ein verständiger Widerstand gegen die an der italienischen höchsten Stelle bestehenden diesbezüglichen Tendenzen zu erwarten. Morin sei „un caractère négatif", der gern zu allem nein sage, vorsichtig, schlau und ganz nüchtern. Das sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht vom Übel. pp.*

Über das Verhältnis zu Frankreich sagte mir König Viktor Emanuel, daß dasselbe jetzt ein sehr gutes sei, wie dies den italienischen Interessen entspräche. Italien brauche Frankreich für viele Dinge. Alle maßgebenden Italiener, mit denen ich in Berührung kam, wünschen mit Frankreich so gut als möglich zu stehen, damit dasselbe Italien das diesem so notwendige Geld insbesondere für Eisenbahnneubauten vorstreckt und Italiens handelspolitische Interessen nicht schädigt. Ebenso bestimmt besteht aber die Überzeugung, daß der italienische Einheitsstaat und die italienische Monarchie im höchsten Grade gefährdet sein würden, wenn Italien allein auf Frankreich angewiesen wäre und seinen Rückhalt an uns sowie die Beziehungen zu England verlöre. Über Herrn Barrère sagte der König zu Seiner Majestät dem Kaiser: „I do'nt like him, he is a liar and a nasty man." Die Rolle von Barrère scheint auch in der Gesellschaft ziemlich ausgespielt zu sein. Il a fait trop de zèle. — Dagegen hat er noch gute Beziehungen zu italienischen Gelehrtenkreisen und namentlich zu dem eiteln und durch Ausnutzung seiner Eitelkeit von ihm leicht gewonnenen Nationalökonomen Luzzati.

Der König sprach sich anerkennend über Graf Monts** aus und gab der Erwartung Ausdruck, daß dieser Vertreter Deutschlands lange auf seinem jetzigen Posten bleiben werde. In der Tat hat sich Graf Monts in Rom eine gute Stellung gemacht. Er spricht italienisch und gibt sich auch sonst Mühe. Er gilt für unterhaltend und gebildet und gefällt sowohl den Politikern wie den Salons.

---

* Der hier ausgelassene Teil der Aufzeichnung betrifft die inneren Verhältnisse Italiens.

** Nachfolger des nach Wien versetzten Botschafters Grafen Wedel seit dem 8. Januar 1903.

Sehr wichtig würde es sein, die italienische Presse mehr für uns zu gewinnen und den gerade in der Presse starken französischen Einfluß allmählich zu bekämpfen und zu beseitigen. Ein großer Teil der italienischen Zeitungen steht augenscheinlich in französischem Solde oder wird doch aus Frankreich mit Informationen versorgt. pp.*

Nr. 5776

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Monts

Telegramm. Konzept

Nr. 89 Berlin, den 9. Juni 1903

Euer Exzellenz Berichte Nr. 88 und 89 vom 3. d. Mts. haben Seiner Majestät vorgelegen**.

Der Umstand, daß die gegenwärtige Wiedererweckung der Irredentaidee in Italien augenscheinlich von französischen Agenten künstlich hervorgerufen worden ist, und daß die Erbitterung der Italiener nicht nur gegen Österreich-Ungarn, sondern zugleich gegen den „Pangermanismus" gerichtet wird, nötigt die Regierung Seiner Majestät des Kaisers Stellung zu der Sache zu nehmen, wenn auch zunächst noch nicht vor der Öffentlichkeit.

Als in den ersten Monaten des vorigen Jahres die Dreibundverhandlungen durch französische Einflüsse gehemmt wurden, sah ich mich bereits genötigt, bei zwei verschiedenen Anlässen die Eventualität einer Auflösung des Dreibundes zu berühren. Das eine Mal, wo es sich um eine Erklärung im Reichstage*** handelte, begnügte ich mich mit der allgemeinen Andeutung, daß der Dreibund zwar immer noch nützlich, aber nicht mehr notwendig sei; das zweite Mal hatte ich auf den Antrag des Herrn Prinetti, daß der Dreibund dem Vorrücken irgendeiner Macht auf der Balkanhalbinsel entgegentreten solle, Antwort zu geben. Da es sich um eine vertrauliche Äußerung handelte, so erklärte ich rückhaltlos, daß Deutschland, falls es überhaupt genötigt werde, in Balkanfragen Stellung zu nehmen, sich zu-

* Der Schluß der Aufzeichnung enthält eine ausführliche Schilderung der Persönlichkeit des Königs Viktor Emanuel III.

** Die Berichte des Grafen Monts Nr. 88 und 89 vom 3. Juni betrafen die seit den Tumulten an der Universität Innsbruck (16. Mai) neuentflammte antiösterreichische Bewegung in Italien, die zu lebhaften Demonstrationen römischer Studenten führte und die italienische Regierung nötigte, zeitweilig die Universität in Rom zu schließen und dort den kleinen Belagerungszustand zu verkünden.

*** Reichstagsrede Graf Bülows vom 8. Januar 1902. Vgl. Nr. 5715, S. 524, Fußnote *.

nächst, seiner ganzen Lage und Politik entsprechend, mit den beiden Nachbarmächten, Rußland und Österreich-Ungarn, würde verständigen müssen*.

Heute in noch höherem Grade als an dem Tage, wo ich diese Erklärung abgab, bin ich angesichts der lebhaften, allgemeinen und fortdauernden antiösterreichischen Bewegung in Italien genötigt, mit der Möglichkeit neuer Gruppierungen zu rechnen. Denn wie lange wird man noch den Dreibund als etwas tatsächlich Bestehendes ansehen können, wenn die Dreibundfreundlichkeit der italienischen Regierung sich hauptsächlich nur darin äußert, daß die österreichische Botschaft und die österreichischen Konsulate durch Aufgebot von Polizei und Truppen gegen Straßendemonstrationen geschützt werden, deren Teilnehmer zu einem nicht unbedeutenden Teile den gebildeten Klassen angehören?

Ew. pp. werden diese Frage um so unbedenklicher mit Herrn Morin besprechen können, da wir alle wissen, daß er für diese betrübenden Vorgänge keinerlei Verantwortung trägt, sondern lediglich eine ohne beneficium inventarii übernommene politische Erbschaft, so gut es eben geht, zu regeln hat. Ich glaube, Ew. pp. werden bei dem Minister Verständnis für meine Besorgnisse finden sowie auch für meine Befürchtung, daß durch die Beteiligung der Straße an der Politik die Frage eines Besuchs des Kaisers Franz Joseph in Rom erschwert wird. Denn es liegt nahe, daß die Gegner dieses Besuchs, insbesondere auch solche, welche zugleich Gegner des Dreibunds sind, in Wien darauf hinweisen werden, daß gegenüber dem hohen Besuche die Spuren der heutigen Erregung des Volkes von neuem in die Erscheinung treten können, wenn auch vielleicht nicht in der gleichen drastischen Weise wie seinerzeit bei dem Empfange des Königs Alfons XII. in Paris.

Herr Morin wird mir darin beipflichten, daß die antiösterreichische Bewegung, welche nach und nach weite Schichten des italienischen Volks ergriffen hat, nicht lediglich durch die Polizei beruhigt werden kann. Eine wirkliche Beruhigung ist nur dann denkbar, wenn die berufenen Leiter des Volks deutlich zu erkennen geben, daß nach ihrer Überzeugung diese jetzige Bewegung den veränderten und erweiterten Interessen des heutigen Italiens nicht mehr entspricht, und daß die Irredentaidee, welche vergangenen Generationen das Schlagwort lieferte, gegenüber für Italien wichtigeren Fragen der Jetztzeit zurückzutreten hat.

Zunächst wird abzuwarten sein, ob von zuständiger italienischer Seite mit genügendem Nachdruck die öffentliche Meinung belehrt wird — durch Parlamentsreden oder durch Zeitungen oder durch beides — und ob die öffentliche Meinung sich belehren lassen will.

---

* Vgl. Nr. 5731.

Tatsächlich ist entweder die Irredentaidee oder die Dreibundidee unzeitgemäß. Die beiden können nicht nebeneinander bestehen.

Ihren diplomatischen Kollegen gegenüber empfiehlt sich zunächst noch eine gewisse Zurückhaltung bei Besprechung dieses Themas.

Bülow

Nr. 5777

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 101 Rom, den 10. Juni 1903

Den Inhalt des Telegramms Euerer Exzellenz vom Gestrigen Nr. 89* habe ich nicht ermangelt, in detaillierter Weise zur Kenntnis des Herrn Morin zu bringen. Der Minister nahm meine immerhin gemessenen Eröffnungen in ruhigster und leidenschaftsloser Art entgegen. Er bat mich zunächst, Euerer Exzellenz seinen Dank zu übermitteln für die offene und vertrauensvolle Art, in der Hochdieselben sich an ihn gewendet hätten. Auf die einzelnen Punkte eingehend bemerkte der Minister folgendes:

Vor allem bäte er, den antiösterreichischen Manifestationen eine nicht zu große Bedeutung beizulegen. Bedauerlich wäre freilich, daß so ziemlich in allen Universitätsstädten ein nicht unbedeutender Prozentsatz von Studenten in ungebührlichster Weise demonstriert habe, leider zum Teil unter Begünstigung der Professoren. Er unterschätze diese Disposition der Geister und die möglicherweise für die Zukunft darin liegenden Gefahren gewiß nicht. Immerhin sei zu beachten, daß die niederen Volksschichten sich absolut teilnahmslos verhielten. Auch alle irgendwie seriösen Politiker, soweit sie nicht wider besseres Wissen aus der Bewegung parteitaktisch Kapital gegen das Kabinett zu schlagen bestrebt sind, verurteilten die Bewegung. Der Nutzen, den das feste Verhältnis der Tripelallianz gerade dem ruhebedürftigen Italien bisher gewährt habe, sei zu augenfällig, als daß man leichtsinnig deren schützendes Dach zu verlassen wünsche. Wie hoch jetzt und in nächster Zukunft auch die Wogen der Franzosenfreundlichkeit etwa gehen mögen, im Innern dächte doch die große Mehrheit der Italiener nach wie vor dreibundfreundlich.

Diese Gesinnung erfülle auch das ganze Ministerium. Freilich sei nicht zu leugnen, daß Herr Prinetti anscheinend ein wenig leicht mit dem Dreibund umgesprungen wäre. Wie sehr es ihm auch widerstrebe, etwas gegen seinen armen kranken Vorgänger zu sagen,

* Siehe Nr. 5776.

so hätte derselbe doch oft persönlichen Stimmungen die Zügel schießen und parlamentarischen Rücksichten die viel wichtigeren auswärtigen Beziehungen nachgestellt. Herr Prinetti hätte das auswärtige Portefeuille überhaupt nur als Sprungbrett betrachtet, um eine große politische Rolle zu spielen. Er dagegen kenne keinen persönlichen Ehrgeiz und habe erst nach langem Sträuben das Ministerium übernommen, jedoch nur in der Voraussetzung, die Politik Italiens in den altbewährten, von Crispi eingeschlagenen Bahnen weiterzuführen. Als überzeugter Anhänger der Tripelallianz sei sein Bestreben vom ersten Tage der endgültigen Amtsübernahme dahin gerichtet gewesen, die allerdings beeinträchtigten Beziehungen zu Österreich zu verbessern. Beweis hierfür wäre zunächst die Konservierung des von Herrn Prinetti unterminiert gewesenen Botschafters Nigra, sodann die Anbahnung vertrauensvoller persönlicher Beziehungen zu Baron Pasetti, endlich die im Verein mit Herrn Giolitti * veranlaßten energischen Schutzvorkehrungen für die k. und k. Agenturen in Italien. Die gegen die Studenten ergriffenen Repressivmaßregeln wären so umfassend gewesen, wie es nach dem Stande der italienischen Gesetzgebung nur irgend möglich war. Mein Einwurf, daß die Regierung es leichter gehabt hätte, wenn sie früher eingeschritten wäre, erkannte der Minister als teilweise berechtigt an. Der Unterrichtsminister Nasi habe den Umfang der Bewegung anfänglich unterschätzt und sich bei der weitgehenden Autonomie der Universitäten nur zögernd und erst auf seine und Herrn Giolittis dringendste Vorstellungen zur Schließung der Hörsäle entschlossen.

Allen dem Ministerium zugegangenen Nachrichten zufolge habe die Bewegung ihren Höhepunkt überschritten. Es wäre daher bedenklich, regierungsseitig etwa im Parlament oder in der Presse nachträglich scharf Stellung zu nehmen. Bei der schrankenlosen Preßfreiheit und den ungezügeltem parlamentarischen Sitten wären sehr heftige Entgegnungen zu befürchten, so daß man sozusagen nur Öl ins Feuer gösse. Immerhin werde er unsere Ratschläge in Erwägung nehmen, nur sei mit dem Charakter der Italiener und den über die Gebühr freiheitlichen Institutionen des Landes zu rechnen.

Bezüglich des Verdachtes, daß französisches Gold und französische Agenten bei den Demonstrationen beteiligt seien, äußerte der Minister, er glaube dies zunächst nicht, auch lägen keinerlei Beweise vor. Meine Gegenausführungen über lateinische Feiern, Preßpropaganda, Teilnahme namentlich der franzosenfreundlichen Hochschullehrer, Verbindung „corda fratres“ waren dem Minister zum Teil neu. Auch bestritt Herr Morin, daß sich in der italienischen Volksseele irgendwie feindliche Gefühle gegen Deutschland regten. Der allerletzte Grund der antiösterreichischen Stimmung sei und bleibe die

* Minister des Innern im Kabinett Zanardelli; ausgeschieden 12. Juni, am 3. November 1903 mit der Neubildung des Ministeriums beauftragt.

leidige Besuchsfrage, die mit den Reisen seines Souveräns sozusagen akut geworden wäre. Er fürchte, daß Seine Majestät der Kaiser von Österreich höchstsich auch durch den Besuch Loubets* nicht bestimmen lassen würde, nach Rom zu kommen. In Klammer wiederholte der Minister hierbei, er sei überzeugt, daß trotz allen Sträubens die Kurie schließlich doch einen vatikanischen Besuch des französischen Staatsoberhauptes arrangieren wird.

Das Argument, welches die Wiener Gegner der kaiserlichen Romfahrt, insbesondere auch solche, welche zugleich Gegner des Dreibunds sind, dort geltend machen dürften, daß gegenüber dem hohen Besuch Spuren der heutigen Erregung erneut in Erscheinung treten würden, ließ Herr Morin bedingt gelten. Er fügte sogar hinzu, daß, wenn es gelänge, die Besuchsfrage zwischen Wien und hier, etwa mit unserer Hülfe, zu regeln, erst noch einige Zeit ins Land gehen müßte, bis die Reisen ins Werk zu setzen wären.

Euerer Exzellenz Wort, daß ein irredentistisches Italien im Rahmen des Dreibundes undenkbar wäre, erkannte der Minister als durchaus zutreffend an. Vom Spielen mit irredentistischen Ideen bis zur wirklichen Betätigung derselben sei aber ein weiter Weg. Die jungen Hitzköpfe, welche jetzt in chauvinistischen Gefühlen schwelgten, müßten allmählich beruhigt werden. Daß dies durch polizeiliche Repressivmaßregeln nicht erreicht werden könne, sei zweifellos. Die Zeit, die so manche Wunden heilt, und eine ruhige leidenschaftslose Behandlung der äußeren Politik, deren wir, solange er in der Konsulta amtiere, sicher sein könnten, würde alles wieder ins rechte Geleise bringen. Nachdem mir der Minister zum Schluß nochmals seine Dreibundfreundlichkeit beteuert und mir gesagt hatte, er würde Graf Lanza zur Abgabe identischer Erklärungen ermächtigen, trennten wir uns. —

Ich habe den Eindruck, daß die ernsten Erwägungen Euerer Exzellenz zum Ziele treffen und etwas mehr Haltung in die italienische Dreibundspolitik bringen werden. Herr Morin wird nicht umhin können, von meinen Mitteilungen seinem Souverän und seinen Kollegen Meldung zu erstatten. Es ist zu hoffen, daß die Eröffnungen, von dem ruhigen und sachlichen Mann vorgetragen, namentlich den jungen Monarchen etwas mehr von der Bahn feindlicher Gefühlspolitik ablenken und auf den Boden der Tatsachen und Verträge hinstellen werden. Herr Giolitti, der die Last und die Verantwortlichkeit der jetzt ergriffenen Repressivmaßregeln in erster Linie tragen muß, dürfte sich den Vorstellungen Morins anschließen, so wenigstens entnehme ich den Äußerungen desselben über die unbedingte Dreibundstreue des so wichtigen Ministers des Innern.

Monts

* Der Besuch des Präsidenten Loubet in Rom, der schon im Frühjahr 1903 in Aussicht genommen war, erfolgte erst April 1904.

Nr. 5778

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 100 Rom, den 11. Juni 1903

Bei gestriger Besprechung der antiösterreichischen Demonstrationen streifte Herr Morin die sogenannte albanische Frage.

Der Minister bezeichnete die Ideen der Angliederung albanesischer Gebietsteile an Italien als Produkte einer völligen Verkennung der Ziele und Kräfte seines Vaterlandes. Selbst wenn man Italien Albanien schenken wollte, würde dies das größte Unglück für sein Land bedeuten. Herrn Prinettis albanische Velleitäten seien nur darauf zurückzuführen, daß derselbe als Nichtmilitär sich keine Vorstellung machen konnte von dem Truppenaufwand und den Kosten, die eine dauernde Besetzung balkanischer Gebietsteile im Gefolge hat. Wenn einmal die türkische Konkursmasse liquidiert, würden Italiens Wünsche sich auf Nordafrika richten, vom Balkan aber müsse eine gesunde italienische Politik die Hände fernhalten. Voraussetzung wäre freilich, daß Österreich sich nicht der albanischen Küstenstädte bemächtige, was die maritime Position Italiens in der Adria zu einer unhaltbaren machen müßte. Doch erscheine ihm diese Eventualität nach den Erfahrungen, die Österreich mit Bosnien gemacht, und bei dem Widerstande, dem namentlich in Pest eine weitere Angliederung slawischer Provinzen begegnen würde, ganz ausgeschlossen. Wie Österreich-Ungarn hätte daher auch Italien das größte Interesse an der Erhaltung des balkanischen Status quo, was ein neues gemeinsames und vitales Interesse bei den Mächten ergäbe.

Monts

Nr. 5779

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 268 Wien, den 14. September 1903

Ganz vertraulich

pp.* Es wurden demnächst angebliche irredentistische Kundgebungen berührt, die sich gegen Ende August in Udine bei Gelegenheit

* Der Anfang des Berichts, der ein Gespräch des Botschafters mit Graf Goluchowski vom 14. September wiedergibt, behandelt die russischen Verhältnisse, insbesondere die erschütterte Stellung des Grafen Lamsdorff.

der Anwesenheit des Königs Viktor Emanuel während der dortigen großen Manöver zugetragen, und wo Deputationen aus Triest und Trient, vom Volk mit Jubel begrüßt, mit umflorten Fahnen figuriert haben sollen. Die hiesige Presse hat diesen Ereignissen wenig Beachtung geschenkt[1], Graf Nigra aber sprach mir vor einigen Tagen mit tiefem Bedauern davon.

Graf Goluchowski äußerte sich in der ihm bei solchen Anlässen eigenen wegwerfenden Art über diese Vorkommnisse. Er habe dem Grafen Nigra gegenüber die Sache nicht zur Sprache gebracht und auch sonst keine Reklamationen erhoben, weil es Gerüchte und keine verbürgten Tatsachen seien. Freilich „solle" sich der König vor den Fahnen verneigt haben, derselbe würde solches aber sicher leugnen, und so könne man sich eben nur auf den Standpunkt des vornehmen Mannes stellen und schweigen. Eins aber, meinte Graf Goluchowski, sei sicher, daß es so mit Italien nicht weitergehen könne.

Damit aber bin ich zu dem Punkte gekommen, der mir gewisse ernste Betrachtungen aufdrängt.

Die Stimmung des italienischen Publikums gegen Österreich ist nach allem, was ich höre, eine fast feindliche[2], und wenn man hier auch im Publikum Passivität beobachtet, in Regierungskreisen aber sich in die Toga souveräner Verachtung hüllt, so bleibt das Fazit doch immer die Gefährdung des Dreibundbestandes. Diese aber findet einerseits ihren äußeren Ausdruck in der sich steigernden Hinneigung Italiens zu Frankreich, andererseits aber in der Anlehnung Österreich-Ungarns an Rußland. Durch beide Schiebungen aber werden wir direkt betroffen. Sucht auch Italien in der Annäherung an die lateinische Schwester vor allem einen Ersatz für die sich lockernde Freundschaft mit Österreich, so stärkt es doch damit gleichzeitig unsern natürlichen Gegner, Frankreich. Und wenn die österreichische Politik in der Entente mit Rußland scheinbar auch nur ad hoc ihren Angelpunkt sucht und zu finden glaubt, so liegt doch darin nach dem Spruche l'appétit vient en mangeant für uns eine unverkennbare Gefahr[3]. Nicht, daß ich glaubte, daß die momentane Liebelei zwischen den beiden zu einer dauernden oder auch nur zeitweisen Ehe führen könnte. Darauf würde schon Rußland nicht eingehen, weil es, selbst wenn es sich eines Tages mit Österreich zu teilen geneigt zeigen sollte, den Anspruch auf das gesamte Gut nicht aufgeben wird.

Baron Aehrenthal, der zweifellos treibende Faktor für ein enges, über die Grenzen der jetzigen Entente hinausgreifendes Zusammengehen mit Rußland[2], erstrebt wohl bei dieser Aktion in erster Linie die Gewinnung eines persönlichen Reliefs, ich möchte aber glauben, daß es ihm ebenso darauf ankommt, die Unabhängigkeit Österreichs von der ja vielfach behaupteten deutschen Suprematie äußerlich zu dokumentieren. Die nahen Beziehungen, in denen er zu dem Grafen

Lamsdorff steht, der Einfluß, den er auf diesen Minister übt, und die in manchen Dingen als eine Art von Charakterzug hervortretende „Wurschtigkeit" des Grafen Goluchowski dürften ihm diese seine Arbeit erleichtern und seinem Ziele näherbringen. Die russische Politik aber ist so viel stärker und zielbewußter als die österreichische, daß Österreich-Ungarn sich eines Tages als der Düpierte erkennen würde, und zwar vielleicht erst dann, wenn seine engere Annäherung an Rußland zu einer größeren, nicht von heute auf morgen zu überbrückenden Entfremdung mit Deutschland geführt hätte. So halte ich es denn auch für eine Illusion des Grafen Goluchowski [2], wenn er meint, daß Rußland eine etwaige äußere Diversion in Ostasien anstatt auf dem Balkan suchen würde.

Es wäre meiner Ansicht nach ein schwerer Fehler, wenn man die Augen vor den Erscheinungen des österreichisch-ungarischen inneren Gärungsprozesses verschließen wollte. Wohl ist die Allianz mit Deutschland hier schon durch die lange Gewohnheit und durch die Wohltat des bisher gesicherten Friedens in das Volksbewußtsein eingedrungen, man darf sich dabei aber nicht verhehlen, daß diese Allianz vom Standpunkte wirklicher Sympathie aus nur in gewissen österreichischen und ungarischen Kreisen wurzelt. In Österreich sind es die Reste der alten Verfassungspartei, in Ungarn die Altliberalen, welche dem deutschen Bündnis nicht nur mit dem Verstande, sondern auch mit dem Herzen zugetan sind. Mit den Tschechen, Polen und Klerikalen in Österreich müssen wir als mit unseren mehr oder weniger offenen Gegnern rechnen, und ebenso haben in gewissen magyarischen Kreisen uns abgeneigte agrarische und klerikale Tendenzen nicht unwesentlich an Stärke gewonnen. Dazu kommt, daß der augenblicklich in Ungarn wütende Kampf gegen den Dualismus von deutsch-österreichischer Seite nicht nur auf das allerschärfste verurteilt wird, sondern daß letztere sich direkt von Ungarn abkehrt und nach einer Scheidung von demselben ruft. Die Zuspitzung der Gegensätze zwischen diesen natürlichen Verbündeten, die zugleich unsere persönlichen Freunde sind, kann aber nur zu leicht eine Rückwirkung der ungarischen Stimmung gegenüber den Reichsdeutschen führen. Schon beginnen sich die Tschechen zu rühren, um für die Ungarn gegen die Deutschen Partei zu ergreifen und mit den ersteren eine Verbrüderung gegen die letzteren anzuregen. Eine wirkliche Gefahr erblicke ich zwar in dieser unnatürlichen und daher nicht dauerhaften Verbrüderung nicht, immerhin aber tragen alle diese Vorgänge die Keime einer Erkaltung der magyarischen Sympathien für das Deutschtum in sich [3].

Aus alle dem ziehe ich nicht den Schluß, daß die vorerwähnten, uns wenig zugetanen Elemente mit dem Abrücken von uns zugleich den Wunsch haben sollten, Rußland in die Arme zu sinken, denn dazu fehlen vielfach die Sympathien. Ich glaube indessen, es wäre für

uns nachteilig, wenn hier das Bewußtsein Platz griffe, daß es auch mit Rußland geht und die enge Verbindung mit Deutschland kein notwendiger Faktor mehr für die Aufrechterhaltung des Friedens ist[3].

Darum begrüße ich mit besonderer Freude den Besuch Seiner Majestät des Kaisers und Königs am hiesigen Hofe und die Teilnahme des Herrn Reichskanzlers an dieser Reise*. Denn wenn es auch gewiß nicht in unserem und im Interesse des europäischen Friedens liegt, Österreich und Rußland prinzipiell auseinanderzuhalten, so liegt es doch ebensowenig in diesem Interesse, die österreichisch-russische Freundschaft soweit wachsen zu lassen, daß Österreich, was schließlich das Ende vom Liede sein würde, im russischen Fahrwasser steuert, wir aber als Nebenfigur beiseite stehen[3].

Graf C. Wedel

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Der österreichische Thronfolger
[2] ja
[3] richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Einverstanden.

Nr. 5780

*Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen von Bülow**, z. Z. in Wien*

Abschrift

Wien, den 20. September 1903

pp. Mit großem Ernste und nicht ohne Erregung sprach Graf Goluchowski über das Verhältnis zwischen Österreich und Italien. Er halte es eines großen Staates für unwürdig, zu reklamieren; doch führe er Buch über alle italienischen Provokationen. So, wie es jetzt gehe, könne es auf die Dauer nicht weitergehen. Während Kaiser Franz Joseph einen höheren Offizier nach Treviso gesandt habe, um den König Viktor Emanuel zu begrüßen, habe dieser sich dort dreimal vor irredentistischen Fahnen verneigt. Österreich-Ungarn denke nicht daran, sich in Albanien festzusetzen; es könne aber nicht dulden, daß Italien sich dort etabliere. Die Propaganda, die Italien in Albanien betreibe, sei entweder zwecklos, oder sie

---

* Vgl. das folgende Schriftstück.
** Die auf die Balkanfragen bezüglichen Teile der Bülowschen Aufzeichnung über seinen Wiener Aufenthalt (18./19. September) und seine Unterredungen mit Kaiser Franz Joseph und den österreichischen Staatsmännern sind abgedruckt in Kap. CXVIII, Nr. 5609.

solle eine künftige italienische Erwerbung vorbereiten. Die Freiheit der Adria, welche durch eine italienische Festsetzung auf der albanischen Seite unterbunden werden würde, gehöre ebenfalls zu jenen Lebensfragen, für welche die Habsburgische Monarchie im Notfalle kämpfen müsse. Wenn Italien nicht wolle, daß Albanien zu einem Streitfalle zwischen Österreich und Italien werde, möge es seine Propaganda in Albanien einstellen. Graf Goluchowski äußerte weiter, der Dreibund sei jetzt erneuert worden, das sei ja eine gute Sache. Wenn Italien sein Verhalten in Zukunft aber nicht ändere, werde er das Bündnis nur dann wieder erneuern, wenn man in Rom Garantien für bessere Zügelung der irredentistischen Umtriebe wie für eine ruhigere Politik in Albanien böte. Aus den Auslassungen des Ministers sprach eine gewisse Sehnsucht, den Dreibund durch ein Dreikaiserbündnis zu ersetzen. Er meinte, die inneren Zustände in Frankreich wären derartig, daß Rußland auf die Länge mit der französischen Republik nicht werde zusammengehen können. An eine wirkliche Annäherung zwischen Frankreich und England glaubt der Minister nicht. Die Intimität zwischen beiden sei nicht so groß, wie vielfach angenommen werde. Zwischen Frankreich und England stünden auch trotz aller beiderseitigen liberalen Sympathien zu viele reale Interessengegensätze.

Mit der größten Entschiedenheit und in nachdrücklichen Worten betonte Graf Goluchowski seine unbedingte Bündnistreue uns gegenüber. Er lasse sich in der Politik weder durch Sympathien noch durch Antipathien, sondern nur durch die wirklichen Interessen des Staates leiten. Österreich-Ungarn sei durch seine vitalsten Interessen an Deutschland gebunden. Die Annäherung an Rußland werde, solange er Minister sei, niemals über die Grenze hinausgehen, welche durch die absoluteste Loyalität Deutschland gegenüber gezogen sei. Es möge diesen oder jenen Querkopf in Österreich geben, der wünsche, daß die Habsburgische Monarchie sich in die Arme von Rußland werfe. Jeder gewissenhafte und einsichtige österreichische Politiker müsse sich aber sagen, daß ein Österreich-Ungarn, das sich von Deutschland trenne, um sich Rußland zuzuwenden, oder gar mit Rußland gegen Deutschland ginge, dem Schicksal Polens verfallen würde. Es würde auch kein ernsthafter österreichischer Staatsmann sich je wieder dazu entschließen, Rußland gegen die Ungarn zu Hülfe zu rufen. Das wäre schon 1849 ein Fehler gewesen, und jetzt würde es Wahnsinn und der Beginn der Knechtschaft sein. pp.

Über das Verhältnis zu Italien sprach sich auch der Kaiser mit Ernst aus. Die irredentistischen Demonstrationen stellten große Anforderungen an seine Geduld. Das Verhältnis sei nicht mehr so wie unter König Humbert. Die Feindschaft gegen Österreich gehe von dem jungen König aus, der Österreich nicht möge, mit den Irredentisten sympathisiere, ein übertriebenes Interesse an den Balkan-

vorgängen nehme, ehrgeizig und sehr aktiv sei. Über die Königin Helene sprach sich der Kaiser mit Sympathie und Anerkennnung aus.

Kaiser Franz Joseph sah körperlich wohl aus, seine Stimmung aber war offenbar gedrückt. Graf Goluchowski nimmt, seinem Naturell entsprechend, die Dinge eher leicht und scheint sich in seiner Stellung ganz sicher zu fühlen.

Graf Nigra bestätigte im allgemeinen die hiesige Gereiztheit gegen Italien und schien dieselbe im großen und ganzen nicht ganz unberechtigt zu finden. Er bat dringend, ich möchte gegenüber Graf Lanza und in Rom nochmals ernst darauf hinweisen, daß, wenn Italien gegenüber irredentistischen Bewegungen wie in bezug auf Albanien nicht eine vorsichtige Politik führe, es schließlich zu einem Zusammenstoß mit Österreich und Italien kommen könne, bei welchem Rußland — und wohl auch England — mehr auf die Seite von Österreich-Ungarn neigen, Frankreich aber sich die Hände reiben würde, wenn Italien sich einer Katastrophe aussetze, die zum Sturz der Dynastie und zum Ende seiner Großmachtstellung führen könnte. Auch abgesehen von einer solchen Eventualität sei es für Italien eine nicht zu rechtfertigende Politik, den bequemen österreichisch-ungarischen Nachbar, der die italienische Nationalität in allen seinen Besitzungen sich ungestört entwickeln lasse, durch dieses oder jenes große slawische Staatswesen ersetzen zu wollen, das sofort das italienische Element bis aufs Messer bekämpfen würde.

(gez.) Graf Bülow

Nr. 5781

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Geschäftsträger in Rom von Jagow

Telegramm. Unsigniertes Konzept *

Nr. 125 Berlin, den 10. Oktober 1903

Der Kaiserliche Botschafter in Wien berichtet, Graf Nigra habe ihm gegenüber kürzlich ernste Besorgnisse wegen des bevorstehenden Besuchs des italienischen Königspaars in Paris geäußert. Der italienische Diplomat fürchtet, man werde in Paris alles aufbieten, um den Besuch, besonders gegen Deutschland, demonstrativ zu verwerten, und nichts unversucht lassen, um den König als Mitglied des Dreibunds in den Augen seiner Alliierten zu kompromittieren.

Vorstehendes ist lediglich zu Ew. pp. streng persönlicher Information.

* Die Unterschrift des Reichskanzlers fehlt; jedoch ist am Rande des Stückes vermerkt: „Einverstanden. B. 11/10."

Ew. pp. bitte ich, Herrn Morin darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn der Pariser Besuch König Viktor Emanuels von den Franzosen dazu benützt würde, um den Dreibund als erschüttert hinstellen zu können, dies nicht nur eine bedenkliche Schwächung der Stellung des Dreibunds zur Folge haben werde, sondern speziell auch die deutsch-italienischen Beziehungen ungünstig beeinflussen müsse. Ew. pp. wollen dabei noch besonders auf die neuesten Auslassungen der französischen Presse, wie des „Temps", „Journal des Débats" und „Figaro" hinweisen, welche keinen Zweifel darüber lassen, daß man französischerseits bestrebt ist, dem königlichen Besuch die Bedeutung einer Etappe auf dem Wege der Loslösung Italiens vom Dreibund zu vindizieren.

Nr. 5782

Der Geschäftsträger in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Entzifferung

Nr. 138 Rom, den 11. Oktober 1903

Antwort auf Telegramm Nr. 125*.

Herr Morin bat mich, Euerer Exzellenz zu versichern, daß er sein besonderes Augenmerk auf die französischen Bestrebungen, den Pariser Besuch König Viktor Emanuels gegen den Dreibund auszunutzen, gerichtet habe und weiter richten werde. Ausbrüche der Volksbegeisterung oder Auslassungen der Presse könnten allerdings weder die französische noch die italienische Regierung verhindern. Er hoffe aber bestimmt, daß die friedlichen Zwecke des Dreibundes, an dem Italien treu festhalte, auch von den Franzosen gewürdigt werden würden. Der königliche Besuch sei lediglich ein Akt der Courtoisie.

Der Minister fährt heute abend nach Pisa, um sich dem königlichen Hoflager anzuschließen.

Jagow

Nr. 5783

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 321 Wien, den 20. Oktober 1903

Mit ironischer Bitterkeit äußerte sich mir gegenüber heute Graf Goluchowski über die bei dem italienischen Königsbesuche in Paris** zutage getretenen Erscheinungen.

* Siehe Nr. 5781.

** 14.—18. Oktober.

Das Bild des den Präsidenten Loubet umarmenden Königs sei etwas Neues, und Frau Loubet habe die Allüren einer Monarchin angenommen und scheine als solche auch nach Rom eingeladen worden zu sein. Solcher Verbrüderung gegenüber erweise sich ein Zusammengehen der konservativen Mächte immer notwendiger.

Schon bei Gelegenheit des Besuches unseres allergnädigsten Kaisers und Herrn* habe er allerhöchstdemselben offen gesagt, daß die österreichisch-italienische Allianz sich vielleicht noch für einige Jahre halten lasse, daß sie aber bei der Fortdauer der jetzigen Verhältnisse in Italien in die Brüche gehen müsse und daß eine Annäherung der Dreikaisermächte dann erwünscht sein werde.

Hätte er geahnt, rief Graf Goluchowski aus, daß der Irredentismus und die österreichfeindliche Gesinnung in Italien in solcher Weise wie in neuerer Zeit um sich greifen könnten, so würde er niemals in eine Erneuerung des Bündnisses mit Italien gewilligt haben, wobei er allerdings zugebe, daß die deutsch-italienischen Beziehungen wegen Mangels an Reibungsflächen anders geartet seien[1].

Graf C. Wedel

Randbemerkung des Grafen von Bülow:
[1] Sehr richtig

Nr. 5784

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 166 Rom, den 22. Oktober 1903

Herr Morin leitete seine Mitteilungen über die Pariser Reise damit ein, daß er seinem Dank Ausdruck gab über die überaus taktvolle Haltung der gesamten deutschen Presse. Tatsächlich habe der Besuch des italienischen Herrscherpaares in Paris nur friedliche Ziele verfolgt. Italien läge nichts ferner als Aufgeben oder Lockerung seiner alten Bündnisse. Sein Vaterland brauche vor allem Frieden, den dauernd in Europa nur der Dreibund garantiere.

Seine Majestät der König Viktor Emanuel ebenso wie er hätten alle öffentlichen und privaten Äußerungen in vorsichtigster Weise abgewogen. Der Besuch sei auch von den leitenden Staatsmännern Frankreichs lediglich als das aufgefaßt worden, was er wirklich war, ein Akt der Courtoisie einem sehr mächtigen Nachbarn gegenüber, mit dem man besser in Frieden wie in Feindschaft leben wolle.

Die Gegenäußerungen der französischen maßgebenden Persönlichkeiten seien die denkbar friedlichsten gewesen. pp.

Monts

---

* 18.—19. September. Vgl. Kap. CXVIII, Nr. 5609.

Nr. 5785

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 177 Rom, den 5. November 1903

Der neue Ministerpräsident* stattete mir soeben seinen Antrittsbesuch ab. Er sei gekommen, um mir die gleichen Erklärungen wie meinem österreichisch-ungarischen Kollegen abzugeben.

Das von ihm geleitete Kabinett habe den festen Willen, das Bündnis mit Italiens beiden Alliierten in vollem Umfang, nicht nur dem Buchstaben, sondern auch dem Geiste der Verträge entsprechend aufrechtzuerhalten. Nicht zum mindesten deshalb habe er, Giolitti, sich das Ministerium des Innern vorbehalten und an der Spitze dieses Departements könne er alle antiösterreichischen Demonstrationen im Keime ersticken[1]. Jedenfalls werde er gegen die Hetzpresse, soweit es die allerdings sehr freien italienischen Gesetze irgend gestatteten, sofort energisch einschreiten. Sein Ministerium sei ein völlig homogenes, und hätte er seine Kollegen ausdrücklich auf die Vertragstreue den Alliierten gegenüber festgelegt.

Von mancher Seite seien ihm Äußerungen der Verwunderung darüber zugekommen, daß er Herrn Tittoni das jetzt so wichtige äußere Departement übergeben hätte. Abgesehen davon, daß ihm derselbe seit seiner Studienzeit bekannt und später direkt befreundet gewesen, habe er einen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten wählen wollen, der durch keinerlei Reden oder politische Verlautbarungen irgendwie früher engagiert wäre. Ferner disponiere Herr Tittoni über ein beträchtliches Vermögen, sei er sprachgewandt und von guten Formen; auch lasse eine längere Verwendung im Verwaltungsdienst denselben nicht als Neuling in amtlichen Geschäften erscheinen. Betreffs aller größeren Fragen der Politik hätte er sowieso sich und seinem Freunde Luzzati, dem hervorragendsten Mitglied seines Kabinetts, gemeinsame Entscheidung vorbehalten. Sie beide stünden mir jederzeit zur Verfügung, und wollten sie alles tun, damit von hier aus die Beziehungen offenster und ehrlichster Freundschaft mit den Alliierten gepflegt würden.

Des weiteren berührte Herr Giolitti noch die Frage der Erneuerung der Handelsverträge[2]. Er hoffe, daß es möglich sein würde, leicht und glatt eine Einigung zwischen hier und Berlin zu erzielen. Auch im Interesse der von ihm beabsichtigten Politik würde er es mit Freuden begrüßen, wenn die politische Welt bald

---

* Am 3. November hatte Giolitti ein neues Ministerium gebildet, in dem Tittoni das Auswärtige, Luzzati das Schatzministerium bekleidete.

mit der Nachricht der Erneuerung unseres Handelsvertrages überrascht werden könnte*. Mit Österreich-Ungarn dürfte die Sache nicht so glatt gehen. Immerhin seien er und seine Kollegen vom besten Willen beseelt, und würden sie in ihren Konzessionen bis an die äußerste Grenze des Möglichen gehen. Was politisch für die deutsch-italienischen, gelte in gleicher Weise für die italienisch-österreichischen Handelsbeziehungen. Die Erneuerung des Handelsvertrages mit dem Donaureiche** sei tatsächlich nach all den Vorkommnissen der letzten Zeit, die er bedauere, für die er aber nicht verantwortlich gemacht werden könne, eine politische Notwendigkeit.

Monts

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut! solange il re es erlaubt
[2] gut
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sieht ja sehr gut aus, hoffentlich hält er alles

Nr. 5786

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

B. 3553 Wien, den 16. November 1903

Wie Euerer Exzellenz aus meiner früheren bezüglichen Berichterstattung bekannt, hat Graf Goluchowski, wenn, wie besonders in letzter Zeit, die Frage eines provisorischen Handelsabkommens zwischen Österreich-Ungarn und Italien berührt wurde, mir gegenüber auf das bestimmteste betont, daß in dieser Hinsicht ein Ausweg gefunden werden müsse, da ein vertragsloser Zustand nicht eintreten dürfe.

Ich selbst habe, ich darf sagen vom Tage meiner Hierherkunft an, jede Gelegenheit benutzt, um sowohl den Minister als auch andere maßgebende Stellen auf die Notwendigkeit einer handelspolitischen Verständigung hinzuweisen, indem ich auf Grund meiner Kenntnis der in Italien herrschenden Stimmung betonte, daß ein Zollkrieg mit dem südlichen Nachbarn und Alliierten die so schon in Italien stark glimmende antiösterreichische Gesinnung zur lodernden Flamme entfachen würde.

Als ich heute nachmittag dem Grafen Goluchowski den mir mit dem obenerwähnten Erlaß zur Verfügung gestellten Bericht des Grafen Monts vom 5. d. Mts.*** vertraulich vorlas, sprach mir der

---

* Er gelangte erst am 2. Dezember 1904 zur Unterzeichnung.
** Der österreichisch-italienische Handelsvertrag lief Ende 1903 ab.
*** Siehe Nr. 5785.

Minister seinen Dank für diese Mitteilung aus, indem er sich gleichzeitig besonders befriedigt von den Absichten der jetzigen italienischen Machthaber zeigte, die Beziehungen Italiens zu Österreich-Ungarn bessern und dem Irredentismus den Fuß auf den Nacken setzen zu wollen.

Der Minister führte sodann aus, er könne mir nur wiederholen, was er mir schon früher gesagt, daß er ein handelspolitisches Provisorium mit Italien für unbedingt notwendig erachte, und daß ein solches daher unter allen Umständen erreicht werden müsse. Die Verzögerung liege ausschließlich bei den Ungarn, und er sowohl wie Herr von Koerber ließen alle paar Tage eine diesbezügliche neue Mahnung an die ungarische Regierung ergehen. Er rechne übrigens sicher darauf, daß Graf Tisza sein Versprechen, die Ermächtigung zu Verhandlungen mit Italien vom Reichstage zu fordern, noch in dieser Woche einlösen werde. Genehmige der Reichstag die Ermächtigung nicht umgehend, so sei Graf Tisza entschlossen, auf eigene Verantwortung zu handeln, und die Delegierten könnten dann sofort nach Rom abreisen, da auf österreichischer Seite im Falle von parlamentarischen Schwierigkeiten der § 14 die nötige Handhabe biete.

Nur gegen eines, meinte Graf Goluchowski am Schluß, müsse er von Hause aus Stellung nehmen, daß man sich in Italien nicht in der Illusion wiege, daß Österreich-Ungarn gewillt oder überhaupt in der Lage sei, das Einstellen der irredentistischen Bewegung durch Konzessionen vom Verbündeten zu erkaufen. Die Strömung gegen die Weinklausel sei in beiden Reichshälften, besonders aber in Ungarn, viel zu mächtig, als daß die Regierungen dieselbe unbeachtet lassen könnten; ein Kompromiß aber müsse und werde zweifellos gefunden werden.

Graf C. Wedel

Nr. 5787

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Wien Grafen Karl von Wedel

Konzept

Nr. 835 Berlin, den 22. November 1903
Vertraulich

Bekanntlich enthalten die Handelsverträge Italiens mit Deutschland und mit Österreich-Ungarn im allgemeinen die gleichen tarifarischen Verpflichtungen. Im Jahre 1891 waren diejenigen Konzessionen, welche Deutschland und Italien, Deutschland und Österreich-Ungarn sowie Österreich-Ungarn und Italien zunächst je unter sich

verabredet hatten, schließlich auch in den Vertrag mit dem anderen Bundesgenossen übernommen worden. Eine Ausnahme aber bildet die sogenannte Weinzollklausel, die sich bloß im Schlußprotokoll des Vertrags zwischen Italien und Österreich-Ungarn findet.

Zu dem Zweck, diese Klausel, die im Laufe der Jahre insbesondere für Ungarn sehr lästig geworden war, zu beseitigen, hat man in Wien die Kündigung des Handelsvertrags mit Italien zum 1. Januar 1904 ausgesprochen. Für Italien andrerseits wäre es mißlich, auf die Klausel ohne weiteres zu verzichten. Gerade um sie dreht sich deshalb gegenwärtig die handelspolitische Differenz der beiden Länder.

Kommt nun bis zum Ablauf dieses Jahres eine Einigung zwischen Österreich-Ungarn und Italien nicht zustande, und tritt der bestehende Vertrag schlechtweg außer Kraft, so wird Österreich-Ungarn von der Weinzollklausel frei, und es findet dort auf die italienischen Weine der hohe allgemeine Weinzoll Anwendung. Für Italien aber ist es nicht angängig, den österreichisch-ungarischen Export mit wirksamen Gegenmaßregeln zu treffen, denn solange Italien das Dreibundverhältnis respektiert, kann es nicht dazu übergehen, Österreich-Ungarn differentiell zu behandeln, sondern muß ihm die Meistbegünstigung gewähren. Die für Österreich-Ungarn wichtigsten italienischen Zölle sind aber durch den noch fortlaufenden Vertrag mit Deutschland festgelegt, so daß Österreich-Ungarn auf Grund dieser Meistbegünstigung auch nach dem 1. Januar 1904 dieselben Vorteile genießen würde, die ihm bisher der abgelaufene Vertrag gewährte.

Diese Sachlage, deren man sich in Italien anscheinend erst jetzt bewußt geworden ist, eröffnet die Möglichkeit, daß zwischen beiden Staaten demnächst ein handelspolitisches Verhältnis Platz greifen könnte, welches trotz beiderseitigen Festhaltens an der Meistbegünstigung für Italien sehr empfindliche wirtschaftliche Nachteile im Gefolge haben würde. Wir unsererseits blicken nicht ohne ernste Sorge auf diese Eventualität. Es ist klar, daß dieselbe nicht bloß eine wirtschaftliche, sondern auch eine sehr weittragende politische Bedeutung hat. Kommt Italien in die geschilderte Zwangslage, so wird das Kabinett Giolitti schwerlich länger in der Lage sein, seine dreibundfreundliche Politik fortzusetzen, sondern durch die öffentliche Meinung aus dem Dreibund herausgetrieben werden. Ein Austritt Italiens aus dem Bündnis unter solchen Umständen könnte bei der gegenwärtigen Stimmung der Gemüter auf der apenninischen Halbinsel im letzten Ende auf einen Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Italien hinauslaufen.

Nach den neuerdings durch die Presse gehenden Nachrichten hoffe ich, daß man sich in Wien der Gefahren dieser Konstellation für den Bestand des Dreibunds bewußt ist und demgemäß der

italienischen Regierung bei ihren Bestrebungen, aus ihrer Zwangslage durch ein billiges Arrangement herauszukommen, Entgegenkommen erweisen wird.

Sollten Euere Exzellenz indessen wahrnehmen, daß die Verständigung hierüber zwischen beiden Staaten auf Schwierigkeiten stößt oder gar zu scheitern droht, so wollen Sie unter Benutzung der vorstehenden Darlegungen im Hinblick auf das auf dem Spiele stehende hohe politische Interesse bei der dortigen Regierung für eine baldige Verständigung mit Italien nachdrücklich eintreten.

Bülow

Nr. 5788

Der Botschafter in Rom Graf Monts an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 175 Rom, den 12. Dezember 1903

Heute abend gehen zwei Mitglieder der österreichisch-ungarischen Handel-Provisoriums-Kommission* nach Wien, um zu referieren. Italienischer Minister der Auswärtigen Angelegenheiten sagt mir, daß Italien in Kontingentierung resp. Reduzierung seines Weinexports willigte, auch sei technische Schwierigkeit wegen Meistbegünstigung so gut wie gelöst. Doch müsse dem Süden für Unterbindung seiner Weinausfuhr Entschädigung zuteil werden. Da hier große Schwierigkeiten entstanden seien, wendet sich Italien nochmals an Kaiserliche Regierung mit Bitte, in Wien auf große politische Bedeutung eines Arrangements erneut hinzuweisen. Zollkrieg mit Österreich oder völliges Leerausgehen des ohnehin wirtschaftlich schwer kämpfenden Südens würde Stellung des bundestreuen Kabinetts Giolitti trotz großer Kammermehrheit untergraben.

Monts

Nr. 5789

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Abschrift

Nr. 215 Rom, den 15. Dezember 1903

Für die Gestaltung der Beziehungen Italiens zu Österreich-Ungarn und in zweiter Linie auch zu Deutschland erscheint zweifelsohne

* Am 26. November hatten in Rom die Verhandlungen über den Handelsvertrag bzw. ein Provisorium begonnen.

von entscheidender Bedeutung die Frage, ob die sich immer mehr hier akzentuierende antiösterreichische Bewegung als ein dauernder Faktor in Rechnung zu stellen ist. Die italienischen Staatsmänner selbst scheinen sich nicht ganz klar darüber zu sein. Man begegnet oft der Ansicht, daß die Sache durchaus nicht von langer Dauer sein würde. Andere wieder behaupten, nur mit größter Behutsamkeit ließe sich eine allmähliche Beruhigung der Geister erreichen. Wie dem auch sei, für alle italienischen Politiker, die überhaupt sehen wollen, die nicht durch Parteileidenschaft verblendet sind oder von partis pris ausgehen, ist sozusagen im Handumdrehen in der irredentistischen eine Frage von höchster Wichtigkeit entstanden.

Die antiösterreichische Stimmung, daran muß a priori festgehalten werden, ist bisher nicht in die Massen eingedrungen. Der italienische Hand- oder Feldarbeiter kämpft so schwer mit seiner Armut, der mangelnden Arbeitsgelegenheit und der unendlichen Rückständigkeit des Landes auf sozialpolitischem Gebiet, daß auswärtige Fragen ganz zurücktreten hinter der bitteren Sorge um das tägliche Brot. In manchen ehemals österreichischen Gebieten lebt sogar vielfach in Volkes Herz und Mund das k. k. Regime als die gute alte Zeit fort, wo noch Geld im Lande war und Verdienst. Die Härten des klerikal-reaktionären und durchaus antinationalen Wiener Systems erfuhren lediglich die Gebildeten. Auch heutzutage ist der Mittelstand, sind vor allem die Literaten Träger des irredentistischen Gedankens.

Die allerdings jetzt dem Aussterben nahe ganz alte Generation, die Gut und Blut an das Ideal des einigen Italien setzte und so oft alle ihre Hoffnungen an der ehernen Mauer der Weißröcke zerschellen sah, ist aus Tradition und im Herzen antiösterreichisch. Erfreulicherweise zählen zu dieser noch durch die Leidensschule der vaterlandslosen Zeit gegangenen Generation viele abgeklärte und vorurteilsfreie Geister, die das mancherlei Gute, was österreichisches Regime in der Lombardei oder in Toskana geschaffen, dankbar registrieren und die Aussöhnung mit dem alten Gegner als nützliche Institution dauernd erhalten zu sehen wünschen. Sympathisch ist selbst diesen alten Leuten das Österreichertum mitnichten.

Generell die meisten Freunde zählen wir und die uns verbündeten Österreicher zweifelsohne in derjenigen Generation, die heute im Zenit des Lebens steht. Seine Isolierung, die Bedrängung und geringschätzende Behandlung durch Frankreich bewog seinerzeit Italien zum Eintritt in die mitteleuropäische Friedensallianz. Dieser Entschluß fand den Beifall der großen Menge der Gebildeten der Nation. Mehr oder weniger sind die Leute von damals ihren Ansichten treu geblieben. Ob aber die Generation der jetzt reifen Männer, auf die sich der Dreibund stützt, noch die Mehrzahl der Gebildeten ausmacht, ist fraglich. Gelten doch die Bewohner der

nicht unwichtigen nordwestlichen Provinzen durchweg als Franzosenfreunde. Auch sonst zählt der gallische Nachbar in sämtlichen Teilen der Halbinsel unter den Gebildeten aller Altersklassen viele und um so uneigennützigere Anhänger, als diese politische Freundschaft reine Herzenssache ist. Das Nützlichkeitsprinzip und manche herbe Erfahrung sprächen gegen diese Zuneigung, aber wie selten siegt der Verstand über das Gefühl. Die lateinische Kultur, so oft das Wort in neuester Zeit auch mißbraucht wurde, ist doch ein starkes gemeinsames Band. Es gibt kaum einen gebildeten Italiener, der nicht französisch wenigstens radebrecht. Die Anziehungskraft von Paris darf man auch nicht für gering anschlagen. Es herrscht französischer Geschmack; französische Literatur sowie Kunst sind den Italienern kongenial, und auch sonst schafft das Ineinander der Grenze und der Gewässer Beziehungen mannigfacher Art. Ausgesprochene Franzosenfreundschaft deckt sich bei den Italienern indes meist mit Abneigung gegen deutsches Wesen. Jeder antideutsch Denkende ist aber um so intensiver antiösterreichisch gesinnt.

Irredentistisch schlechtweg denkt aber heute eigentlich die ganze gebildete Jugend. Man kann beinahe sagen, daß zurzeit den italienischen Jünglingen Patriotismus und Irredentismus als identische Begriffe erscheinen. Es ist sicher, daß eine geschickte Agitation viel zu diesem Ergebnis beigetragen hat. Ohne die vorhandene Disposition der Geister wäre aber nichts auszurichten gewesen. Die Bewegung unter den Schülern reflektiert auf die Lehrer und umgekehrt. Da die zahllosen Provinzialblätter zum großen Teil von jungen, kaum den Universitäten entwachsenen Leuten redigiert sind, wird das Gift des Irredentismus bis in die entferntesten Winkel der Halbinsel getragen. Nur die sozialistischen Organe wollen nichts von der Sache wissen.

Bedauerlicherweise hatte sich schon vor Jahren unter der akademischen Jugend der Glaube verbreitet, daß der damalige Prinz von Neapel im Gegensatz zu höchstseinem Herrn Vater irredentistisch denkt. Dieser Glaube besteht auch noch heute bezüglich des nunmehr auf den Thron gestiegenen Fürsten. Ferner spielen die Gegensätze liberal und konservativ, resp. reaktionär eine gewisse Rolle. Die italienische Jugend denkt durchweg freiheitlich, oft republikanisch, während ihr Deutschland und namentlich Österreich als Stätten finsterer Reaktion gelten.

Wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Wenn auch viele der jungen Brauseköpfe später Wasser in ihren Wein tun werden, so muß immerhin die antiösterreichische, ja bis zu einem gewissen Grade antideutsche Grundstimmung des jungen Italiens in die politische Rechnung gestellt werden. Die Zukunft zwar vermag niemand mit Sicherheit vorauszusehen. Es können mächtige populäre Gegenströmungen erwachen; ohnehin wäre es besser, wenn sich schon

jetzt die Gebildeten mehr mit den geradezu erbärmlichen inneren Verhältnissen befaßten, statt des Nächsten Gut zu begehren. Eine zielbewußte Regierung könnte auch viel tun, nur müßte sie längere Zeit am Ruder bleiben; einreißen ist sehr leicht, zum Wiederaufbau aber braucht man lange Zeit. Ferner wären äußere Ereignisse wie z. B. seinerzeit die Okkupation von Tunis als Diversionen denkbar. Geht aber alles im bisherigen Geleise weiter — die jetzige Reaktion von oben müßte sich noch viel mehr vertiefen, namentlich auch der Träger der Krone sollte ernste Einkehr bei sich halten —, so sind in absehbarer Zukunft die gebildeten Italiener dem Dreibund und seinen bisherigen Verbündeten entfremdet. Welche italienische Regierung aber wäre stark genug, einer solchen Richtung der Geister entgegenzutreten?

Monts

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Sehr gut und richtig

Nr. 5790

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Rom Grafen Monts

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 153 Berlin, den 19. Dezember 1903

Entsprechend dem in Ew. pp. Telegramm 175* ausgedrückten Wunsche der italienischen Regierung habe ich den österreichisch-ungarischen Botschafter eindringlich auf die Folgen hingewiesen, welche das Scheitern der italienisch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen zeitigen würde. Das gleiche war bereits vor einigen Wochen durch einen nach Wien gerichteten eingehenden Erlaß des Herrn Reichskanzlers geschehen**. Allerdings mußten wir uns dabei auf das politische Gebiet beschränken, da wir über den Stand der wirtschaftlichen Einzelfragen keine genauen Nachrichten besitzen. Das Wiener Kabinett schweigt sich überhaupt aus, und die neuliche Angabe des Herrn Tittoni, daß dank dem Entgegenkommen Italiens die Weinfrage in ihren Hauptpunkten einer Verständigung zugeführt sei, steht im Widerspruch mit einem römischen (wenigstens aus Rom datierten) Telegramm des Pariser „Temps" vom 16. d. Mts.

Richthofen

---

* Siehe Nr. 5788.
** Siehe Nr. 5787.

Nr. 5791

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 231 Rom, den 31. Dezember 1903

In allerletzter Stunde ist es gelungen, den Zollkrieg zwischen Italien und Österreich-Ungarn durch ein Provisorium hintanzuhalten. Es dürfte sich jeder der beiden Teile das Verdienst an diesem Ergebnis zuschreiben. Wenigstens von italienischer Seite wird behauptet, daß nur die größte Nachgiebigkeit diesseits die schließliche Einigung ermöglichte. Daneben lassen die italienischen Minister freilich den österreichischen Unterhändlern und vor allem dem Botschafter Baron Pasetti volle Gerechtigkeit widerfahren. Dieselben wären stets sachlich und gemäßigt geblieben. Anders die Ungarn.

Über diese hörte ich die härtesten Urteile. Der Schatzminister sagte mir, ihr Gebahren wäre oft geradezu kindisch und vielfach ganz unverständlich gewesen. So hätten sich mitunter Gruppierungen ergeben, in denen tatsächlich die Österreicher und Italiener zusammen den Ungarn gegenübergestanden hätten. Ohne Ungarn wäre man überhaupt viel schneller zu dem Provisorium gelangt, und habe es fast geschienen, als wenn von Pest absichtlich immer neue Schwierigkeiten mala fide erhoben wurden. Leider übe Graf Goluchowski gar keinen Einfluß auf die ungarischen Politikaster aus. Es sei demselben nicht einmal gelungen, den äußeren Schein aufrechtzuerhalten und wenigstens einigermaßen den Dissens zwischen Zis- und Transleithanien zu bemänteln. Bei den ganzen Verhandlungen wurde von den italienischen Ministern immer die politische Seite der Frage vorangestellt. Sei es, daß dieselben darin ihren Vorteil sahen, sei es, daß sie tatsächlich bei der in Italien gegen Österreich herrschenden Stimmung ein Scheitern der Verhandlungen für eine große politische Kalamität hielten. Bei diesem Vorwiegen politischer Gesichtspunkte auf italienischer Seite ergibt sich selbstredend auch die Rückwirkung des Verhaltens der Unterhändler der Doppelmonarchie auf die politischen Erwägungen der hiesigen Regierung. Die italienischen Minister haben nicht geglaubt, daß ein solcher Dissens zwischen den beiden Reichshälften möglich ist, sie haben die Zentrale und speziell den gegenwärtigen Minister des Auswärtigen höher eingeschätzt, die alten Sympathien für die Ungarn sind sehr stark zusammengeschrumpft, wenn nicht ganz dem Verschwinden nahe.

Seine Majestät der König hat übrigens an den Verhandlungen regen Anteil genommen. Das erbauliche Schauspiel des auch in Rom fortgesetzten Bruderstreites sowie die ganz unverhüllt zutage

getretene Schwäche des Ballhausplatzes[1] werden höchstseine Gefühle für die alliierte Habsburgische Monarchie nicht eben günstig beeinflußt haben. Der hohe Herr ist sowieso schon geneigt, die noch vorhandenen großen Machtmittel des dualistischen Staatswesens und dessen Haltbarkeit zu unterschätzen.

In Ergänzung und Bestätigung des Obigen teilte mir gestern abend der österreichische Botschafter streng vertraulich mit, daß noch im letzten Moment die Einigung um ein Haar an den Ungarn gescheitert wäre. Man habe in Pest in unwürdigster Weise gefeilscht und scheine dort ganz vergessen zu haben, daß einer Großmacht doch auch gewisse Anstandspflichten oblägen. Rechnungsgemäß sei man zuletzt nur noch um 200 000 Kronen auseinander gewesen, die federleicht wögen gegen die Millioneninteressen, die für beide Reichshälften auf dem Spiele standen. Das ungarische Ministerium habe eine namenlose Angst vor den Agrariern, die gemeinsame Regierung vor den Magyaren[2] an den Tag gelegt, so daß er oft ganz verzweifelt gewesen wäre. Noch am letzten gestrigen Tage — heute früh erfolgt die Unterzeichnung — hätte er zehn Stunden konferieren und telegraphieren müssen, um nur endlich zu dem nunmehrigen Abschluß zu gelangen[3].

Monts

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Das ist ja ganz entsetzlich! Das kommt von permanenter Halbheit und Schlappheit.

[2] !!

[3] Der hat sich das goldene Vließ damit verdient

Nr. 5792

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 33 Rom, den 18. Februar 1904

Minister Tittoni suchte mich heut abend wiederum auf, um mir bezüglich des Verhältnisses Italiens zu Österreich und der parlamentarischen Lage folgendes ganz vertraulich zu eröffnen.

In allernächster Zeit seien Interpellationen über den Dreibund und Italiens Interesse am Balkan in der Deputiertenkammer zu gewärtigen. Nach Vereinbarung mit seinen Kollegen und unter Zustimmung des Staatsoberhauptes würde er dieselben dahin beantworten, daß der Dreibund intakt aufrecht steht, daß das Kabinett die Verantwortlichkeit für volle Wahrung der italienischen Orientinteressen übernimmt, daß es aber Erklärungen bei der jetzigen gespannten politischen Situation verweigert.

Um diese Erklärungen mit gutem Gewissen abgeben zu können, fehle indes manches. Schon die neulichen Auslassungen des Grafen Goluchowski hätten hier wenig befriedigt*. Ganz und gar aber habe die vorgestern von Graf Tisza in der ungarischen Delegation gehaltene Rede mißfallen**. Das Kabinett Giolitti stelle sich unumwunden auf den Boden des Dreibunds, hege indes den Wunsch, daß auch Österreich-Ungarn bezüglich der Balkanhalbinsel die Konsequenzen der Allianz zieht. Italien wünsche von Österreich erstens die freundschaftliche Zusicherung, daß es weder Albanien noch einen Punkt des adriatischen Litorales besetzen wird. Zweitens möchte das Wiener Kabinett bezüglich Mazedoniens Italien soweit auf dem laufenden erhalten, daß man sich hier nicht vor plötzliche faits accomplis oder militärische Überraschungen gestellt sieht.

Die öffentliche Meinung hier begreife es nicht, wie eine enge Allianz mit Österreich besteht, und letzteres Italien bezüglich des doch auch diese Macht nahe angehenden Orients als völlig fernstehend behandelt. Sollten die gleichen vertrauensvollen Beziehungen wie zwischen Berlin und Rom auch zwischen hier und Wien Platz greifen, so müßten diese beiden Punkte klargestellt werden. Zu diesem Behufe nehme Italien nochmals die freundschaftliche Vermittlung der Regierung unseres allergnädigsten Herrn in Anspruch. Er bäte mich, bei Euerer Exzellenz in dieser Richtung vorstellig zu werden. Vielleicht würde es Hochdenselben möglich sein, in Wien vertraulich zu sondieren, ob dort Neigung vorhanden ist, in Verhandlungen über jene beiden Punkte einzutreten. In diesem Falle würde er, Tittoni, zu mündlicher Rücksprache möglichst bald nach Wien aufbrechen. Dem Geiste der Allianz entsprechend würde er gerne bereit sein, eventuelle österreichische Beschwerden entgegenzunehmen, wie immer geartete Wiener Wünsche wohlwollend

---

* Am 16. Dezember 1903 hatte sich Graf Goluchowski im Ausschuß der ungarischen Delegation über die Erneuerung des Dreibundes ausgelassen und war dabei auch auf die irredentistische Bewegung zu sprechen gekommen: „Die irredentistischen Manifestationen, die in Italien seit einigen Monaten im verstärkten Maße zum Vorschein kommen, können nicht entschieden genug verurteilt und zurückgewiesen werden; ich halte indessen dafür, daß es dennoch verfehlt wäre, denselben ein größeres Gewicht beizulegen als das hohler Demonstrationen, die vor allem berufen sind, der eigenen Regierung arge Verlegenheiten zu bereiten. Die vornehme Ruhe und Gelassenheit, die man diesem Treiben gegenüber bei uns zu beobachten pflegt, wird im Verein mit den von der Königlich Italienischen Regierung an den Tag gelegten korrekten Bemühungen, den fraglichen Verirrungen Einhalt zu gebieten, wohl am ehesten dazu beitragen, die erwünschte Ernüchterung bald herbeizuführen und die guten Beziehungen, die uns ebenso wie dem Nachbarkönigreiche am Herzen liegen müssen, vor ernsteren Trübungen zu bewahren."

** Am 17. Februar hatte sich Ministerpräsident Graf Tisza in der ungarischen Delegation über die Balkanfrage im Sinne des von den italienischen Staatsmännern perhorreszierten österreichisch-russischen Zusammengehens ausgelassen.

zu prüfen und namentlich österreichischerseits etwa geforderte Garantien über weitere Niederkämpfung des Irredentismus zu geben. Graf Lanza, der schon mit einer allgemeinen Instruktion versehen sei, würde morgen noch den Befehl erhalten, detaillierter sich an Euere Exzellenz zu wenden*.

Meine Frage, ob dieser Schritt einem Beschlusse des Ministerrats entspreche, bejahte der Minister. Der Beschluß sei von Seiner Majestät dem König Viktor Emanuel sanktioniert worden, höchstwelcher soeben mit Abfassung eines sehr herzlichen, den Botschafter Avarna** bei Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph einführenden Briefes beschäftigt sei. In Berlin möge man versichert sein, daß es den jetzigen Ministern heiliger Ernst mit ihrer Dreibundstreue sei. Aber den sicher kommenden parlamentarischen Stürmen sowie den im Frühjahr kaum ausbleibenden Krisen auf der Balkanhalbinsel könnten er und seine Kollegen ruhigen Mutes nur dann entgegensehen, wenn ihnen ganz reiner Wein über die Orientpläne Österreichs eingeschenkt wird. —

Von dem sehr langen Gespräch hatte ich den Eindruck, daß es den Italienern in erster Linie um bindende Zusage betreffs Albaniens zu tun ist. Das Viscontische Protokoll*** genügt ihnen nicht mehr. Betreffs Mazedonien† würden sie wohl mit sich reden lassen. Herr Tittoni erwähnte gesprächsweise, wie dort eine russisch-österreichische, so bestehe in Albanien eine italienisch-österreichische Interessensphäre. Bei etwaigen militärischen Maßnahmen Österreichs betreffs Serbien, Mazedonien pp., würde es Italien genügen, wenn rechtzeitig ein Avis aus Wien hierher gelangte. Das Kabinett Giolitti

---

* Über die Unterredung, die Graf Lanza in dieser Angelegenheit mit Graf Bülow am 4. März hatte, unterrichtet ein Erlaß an den Grafen Monts vom 6. März (Nr. 82): „Als sich Graf Lanza, wie mir in Bericht Nr. 33 angekündigt worden war, am 4. d. Mts. bei mir einstellte, habe ich ihm in nuce gesagt, daß ich gern bereit sei, auch weiter zwischen Italien und Österreich-Ungarn zu vermitteln. Es werde mir dies um so leichter, als ich wisse, daß Österreich-Ungarn nicht daran denke, sich auf der Balkanhalbinsel vergrößern zu wollen und insbesondere Absichten auf Albanien zu haben. Ich ließ hierbei einfließen, wie die an verschiedenen Stellen immer wieder auftauchende Verleumdung, als ob Österreich-Ungarn eine ehrgeizige und insbesondere eine gegen Italien gerichtete Balkanpolitik inaugurieren wolle, offenbar aus derselben Quelle flösse, wie die umgekehrt in Wien an die Österreicher herangebrachte Insinuation, daß Italien die erste Gelegenheit zu ergreifen wünsche, um über Österreich herzufallen. Man wolle eben Österreich-Ungarn und Italien verhetzen. Es werde dies aber bei einiger Vernunft auf beiden Seiten nicht gelingen, da beide Mächte sich gegenseitig bloß ihrer Uninteressiertheit hinsichtlich Albaniens zu versichern brauchten, um diesen Hauptstein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen."

** Nachfolger des Grafen Nigra.

*** Vom 20. Dezember 1900/9. Februar 1901; vgl. Pribram a. a. O. I, 83 ff.

† Vgl. darüber Kap. CXVIII.

sei in erster Linie auf Erhaltung des Status quo im Balkan bedacht und würde den dahingehenden Bestrebungen seines Alliierten im ganzen Osten der Balkanhalbinsel gern freie Bahn lassen.

Zu bedenken wäre noch im allgemeinen, daß eine Annahme der Tittonischen Vorschläge in Wien Italien für Erhaltung des Status quo besser wie bisher festlegen müßte. Namentlich würde eine engere Balkanfühlung mit Österreich den beständigen Intrigen Frankreichs und auch Englands hier die Spitze abbrechen. Der Botschafter Pansa in London wird nicht müde, einer italienisch-englischen Kooperation gegen die von ihm gehaßte Türkei das Wort zu reden. Ebenso dürfte Herr Barrère, der neuerdings stark im englischen Fahrwasser segelt, bemüht sein, Italien am Balkan gegen die beiden Ententekaiserreiche auszuspielen. Gut wäre es daher wohl, wenn Österreich Italien mit in das System seiner Balkanpolitik aufnehmen wollte, freilich unbeschadet einer noch engeren Fühlung mit Rußland.

Mein österreichischer Kollege hat leider am 16. d. Mts. die Geschäfte der Botschaft abgegeben und will dieselben bloß noch in etwa Monatsfrist zur Überreichung seines Abberufungsschreibens auf kurze Zeit wieder übernehmen. Herr Tittoni trägt Bedenken, mit dem Geschäftsträger* die heikle Sache zu besprechen, will aber auf meinen Rat hin versuchen, Baron Pasetti für seine Wünsche zu interessieren.

Monts

Nr. 5793

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 35 Rom, den 19. Februar 1904

Mein österreichischer Kollege stattete mir heute einen Krankenbesuch ab, wobei sich alsbald das Gespräch auf die italienischen Balkanbeklemmungen lenkte.

Wie ich zunächst konstatierte, hat Herr Tittoni bisher noch nicht von den in Wien beabsichtigten Schritten dem Baron Pasetti gesprochen. Immerhin zeigte sich letzterer über die Lage soweit informiert, daß ich, ohne mich einer Indiskretion dem italienischen Herrn Minister gegenüber schuldig zu machen, über dessen Wünsche und Absichten in einen allgemeinen vertraulichen Gedankenaustausch treten konnte.

Zunächst sagte Baron Pasetti, wenn er auch die Geschäfte abgegeben habe, wäre er doch noch Botschafter und würde sich für berechtigt, ja sogar verpflichtet halten, nach Wien über eventuelle

* Prinz von Schönburg-Hartenstein.

wichtige Eröffnungen des Ministers Tittoni zu berichten. Man müsse die Italiener, diese großen Kinder, nehmen wie sie sind[1]. Wenn schon die ernsten Staatsmänner hier Börsengerüchte, wie die in Wien vorgestern aufgeflatterte Ente einer österreichischen Mobilisierung, oder Meldungen obskurer Agenten über angebliche österreichisch-ungarische Expansionsgelüste ernst nehmen, so sei leicht zu ermessen, wie schnell Parlament, Presse und Volk lichterloh aufflammen können[2]. Überall mit dabeisein und überall lukrieren erscheine ohnedies den Italienern schlechterdings als ihr verbrieftes Recht. Trotzdem würde er die weitgehendste Berücksichtigung der Wünsche Italiens in Wien befürworten[3]. Das Schwierige sei nur, die richtige Form zu finden, die, ohne anzustoßen, den Wiener Herren die Desiderien Italiens mundgerecht mache. Wenn die Hofburg sich jetzt den italienischen Anträgen gegenüber ablehnend verhielte, würde letzteres betreffs seiner Balkanpolitik unfehlbar Fühlung mit England respektive mit beiden Westmächten suchen[4].

Jetzt vielleicht noch mehr wie früher sei König Viktor Emanuel die treibende Kraft der auswärtigen Politik Italiens. Wohl oder übel müßten die beiden anderen Dreibundpartizipienten mit dem Ehrgeiz und dem Tatendurst Seiner Majestät, gepaart mit höchstdessen politischem Dilettantismus, rechnen. Herr Tittoni, ebenso unerfahren wie sein Souverän, wäre ein zu kleiner Mann, um höchstdemselben gelegentlich nein zu sagen. Auch sonst sei Tittonis Stellung keine leichte. Im eigenen Ministerium sowohl wie bei seinen Kollegen fände er wenig Rat und Stütze. Herr Giolitti habe alle Hände voll mit der inneren Politik zu tun und befasse sich nur im alleräußersten Notfalle mit auswärtigen Dingen. Von sämtlichen anderen Ministern habe eigentlich nur Herr Luzzati eine eigene Meinung. So aufrichtig letzterer gegenwärtig sich auch zum Dreibund bekenne, so leicht unterliege sein erregbares Temperament neuen Eindrücken und Einflüssen. Gegenwärtig sehe er alles schwarz und die ganze Balkanhalbinsel scheine ihm in Flammen zu stehen.

Mit all diesen Faktoren müsse man rechnen und sich konniventer erweisen, als Italien bei seinen Machtmitteln und seiner in letzter Zeit recht schwankend gewesenen Haltung wohl verdiene. Denn in mancher Beziehung bilde dieser schwache Staat doch das Zünglein an der europäischen Wage. Daher würde seiner Ansicht nach es falsch sein, bei der heutigen immerhin zugespitzten politischen Lage das junge Königreich seinen eigenen Eingebungen bezüglich des Balkan zu überlassen. Schlage Österreich jetzt nicht in die bereitwillig gebotene Hand ein, so würde eine tiefe Verstimmung hier zurückbleiben. Die nächste Folge müßte ein Einlenken Italiens in englisch-französische Balkanbahnen sein, woraus sich alsbald eine direkt antiösterreichische Balkanpolitik Italiens mit Naturnotwendigkeit ergäbe[5].

Monts

Randbemmerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Ja
[2] zweifellos
[3] richtig
[4] gewiß
[5] natürlich

Nr. 5794

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 84 Wien, den 26. Februar 1904
Ganz vertraulich

Mein neuer italienischer Kollege, Herzog d'Avarna, machte mir heute nachmittag einen längeren Besuch und äußerte dabei gleich anfangs, daß die Instruktionen, die ihm sowohl vom Könige Viktor Emanuel wie von den Herren Giolitti und Tittoni erteilt seien, dahin gingen, er möge mit allen seinen Kräften dafür wirken, die Beziehungen zu Österreich-Ungarn so herzlich wie möglich zu gestalten und alle etwa auftauchenden Mißverständnisse zu beseitigen.

Dieser Aufgabe, fuhr der Herzog fort, werde er mit um so vollerer Hingebung gerecht zu werden suchen, als die Notwendigkeit ihrer Erfüllung sich mit seiner eigensten inneren Überzeugung decke. Mit Freuden wolle er dabei auch konstatieren, daß Graf Goluchowski ihm bei seinem vorgestrigen Antrittsbesuche einen warmen Empfang bereitet und dabei hinsichtlich der angeblichen Aspirationen Österreich-Ungarns auf Albanien völlig offene, loyale und beruhigende Erklärungen gegeben habe, die, wie er hoffe, in Rom einen sehr guten Eindruck machen würden.

Der Botschafter fragte mich dann, ob ich glaube, daß Österreich-Ungarn bei Wiederausbruch der mazedonischen Insurrektion, nicht etwa freiwillig, sondern unter dem Zwange der Verhältnisse, sich veranlaßt sehen könnte, von Bosnien aus nach dem Süden vorzurücken, eine Möglichkeit, die ihm insofern Sorge mache, weil die öffentliche Meinung Italiens in einem solchen Falle zur Aktion drängen und jedes Ministerium, das sich dem widersetze, hinwegfegen werde.

Ich habe dem Herzog erwidert, daß ich eine solche Möglichkeit nicht fürchte. Wohl nähme ich an, daß man hier eine Verwirklichung der großserbischen Idee nicht dulden werde, weil Österreich-Ungarns Handelswege nach dem Süden dadurch gesperrt werden würden. Zu diesem Zwecke aber böte der Artikel XXV des Berliner Vertrages der Donaumonarchie die nötige Handhabe, und ich glaubte nicht ein-

mal, daß man hier gegebenenfalls von allen Konsequenzen dieses Artikels Gebrauch machen würde. Daß man aber am Ballplatze nicht daran denke, auch nur den kleinsten Teil albanischen Gebietes zu besetzen, sei meine unerschütterliche Überzeugung, und somit sähe ich auch für Italien nicht den leisesten Grund zur Beunruhigung.

Bei dieser Gelegenheit habe ich dem Botschafter rückhaltlos geraten, das Seinige dazu beizutragen, um das auf beiden Seiten wegen angeblicher Aspirationen auf Albanien bestehende Mißtrauen zu beseitigen[1]. Das österreichisch-italienische Abkommen*, welches den Status quo oder, falls dieser nicht zu erhalten, die Autonomie Albaniens vorsehe, biete ja die genügende Grundlage für eine Verständigung und für die Vermeidung jeglicher Reibung. Gleichzeitig könne ich ihm nur empfehlen, dem Grafen Goluchowski, der ein loyaler Charakter sei, bei allen Gelegenheiten offen und rückhaltlos zu begegnen, weil ich darin das beste Mittel erblickte, etwa drohenden Mißverständnissen von Hause aus die Spitze abzubrechen[2]. Der Herzog dankte mir für diesen Rat, den er um so lieber befolgen würde, als diese Art des Verkehrs seiner Auffassung und seiner Natur am besten entspreche.

Im weiteren Laufe der Unterhaltung verurteilte dann der Botschafter auf das entschiedenste das Verhalten der früheren italienischen Regierung, die den irredentistischen Kundgebungen nicht energisch genug begegnet sei. Der Irredentismus habe in den breiteren Schichten des Volkes keinen Boden, wenn man aber die Agitatoren gewähren lasse, so vermehre sich bei dem impulsiven Charakter der Italiener natürlich die Zahl derer, die am Schreien und Demonstrieren Gefallen fänden, und nach außen hin würde dann der Anschein geweckt, als wenn die irredentistische Bewegung eine weitverbreitete und tiefgehende sei.

Leider trage ein Teil der italienischen Presse an diesen Vorgängen große Schuld, und habe er diesbezüglich mit Herrn Giolitti eine ernste Unterhaltung geführt. Er habe den Ministerpräsidenten bei dieser Gelegenheit dringend gebeten, auf eine maßvolle Haltung der Blätter hinzuwirken, besonders aber dafür Sorge zu tragen, daß jene Zeitungen, welche von der Regierung subventioniert und benutzt würden[3] und daher unter der Flagge der Offiziosität segelten, in ihrem nichtinspirierten Teile nicht eine Politik verträten, die mit der der Regierung im Widerspruch stehe.

Herr Giolitti habe ihm die Ausübung seines Einflusses in dieser Richtung zugesagt, dabei aber mit Bedauern auf die Undiszipliniertheit eines Teiles der Presse hingewiesen. Übrigens, fügte der Herzog

---

* Vom 20. Dezember 1900/9. Februar 1901.

hinzu, kennen wir die Stelle, von welcher jene Strömungen geleitet werden. Die betreffende Stelle bezeichnete der Herzog nicht näher, die Anspielung war aber so deutlich, daß ich meinen Freund Camille Barrère unschwer erkennen zu können glaubte.

Am Schlusse fragte mich der Botschafter im allerstrengsten Vertrauen nach dem Grafen Lützow*. Man neige in Rom zu dem Glauben, daß dieser neue Botschafter den Auftrag erhalten solle, und daß dieser Auftrag sich speziell auf den Kaiser Franz Joseph zurückführe, in Rom schärfere Saiten aufzuziehen, was um so bedauerlicher sein würde, als die konziliante und taktvolle Art des Baron Pasetti manche Schärfen und Gegensätze gemildert und ausgeglichen habe. Man empfinde daher auch in Italien den Verlust dieses verdienstvollen Mannes als einen unersetzlichen.

Bezüglich des Grafen Lützow habe ich den Herzog beruhigt, indem ich darauf hinwies, daß derselbe nach seiner Anciennität als erster Sektionschef für einen Botschafterposten an der Reihe sei. Für die demselben ursprünglich zugedacht gewesene Stellung in London sei auf speziellen Wunsch des Königs Eduard der dortige Botschaftsrat Graf Mensdorff in Aussicht genommen, und so wäre dem Grafen Lützow der nächst freiwerdende Posten in Rom zugefallen. Eine besondere Tendenz sei mit dieser Ernennung unbedingt nicht verbunden, da sowohl der Kaiser wie Graf Goluchowski die Pflege herzlicher Beziehungen zu Italien dringend wünschten. Übrigens hätte ich auch — und das erscheine mir ausschlaggebend — während meines mehr als einjährigen amtlichen Verkehrs mit dem Grafen Lützow in demselben niemals eine Kampfnatur gefunden, wohl aber häufiger zu konstatieren vermocht, daß er sich bei der Beurteilung von auftauchenden Schwierigkeiten von konzilianten Gesichtspunkten leiten lasse.

Ich hoffe damit dem neuen österreichisch-ungarischen Botschafter beim Quirinal die Wege ein wenig geebnet zu haben und würde es für erwünscht halten, wenn auch Graf Monts demselben im Interesse des Dreibundes ohne Voreingenommenheit und Unterschätzung begegnete. Daß Graf Lützow seinen Vorgänger nicht vollwertig ersetzen wird, davon bin freilich auch ich überzeugt.

Graf C. Wedel

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut
[2] gut
[3] wie früher bei uns Miquel-Zedlitz

---

* Nachfolger Pasettis als österreich-ungarischer Botschafter in Rom.

Nr. 5795

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 40 Rom, den 26. Februar 1904

Minister Tittoni suchte mich gestern abend auf, um mir sofort persönlich gute Post zu geben über seine Annäherungsversuche in Wien zwecks gemeinsamer Haltung in den Balkanfragen.

Zunächst habe er ein Telegramm vom Grafen Lanza über eine Unterredung desselben mit Euerer Exzellenz erhalten. Hochdieselben hätten wiederum das größte Wohlwollen für die Interessen Italiens an den Tag gelegt. Er fühle sich zu neuem Danke dafür verpflichtet und verspreche sich von der fortgesetzten bundesfreundlichen Fürsprache Deutschlands in Wien das Beste.

Zweitens hätte er auch schon vom Herzog Avarna ein sehr beruhigendes Telegramm erhalten. Graf Goluchowski habe den neuen Botschafter in freundschaftlichster Weise aufgenommen und von sich aus alsbald die Sprache auf die Lage am Balkan gelenkt. Die Zustände dort ließen sich günstiger an, wie man befürchtet hat. Im übrigen könne Italien völlig beruhigt über Österreich-Ungarns Absichten sein. Man habe in Wien durchaus nicht den Wunsch, sich mit noch mehr zweifelhaften Balkanbesitzes zu belasten. Selbst wenn in Wien oder Pest solche Gelüste je aufsteigen sollten, würde Rußland ihnen einen Riegel vorschieben. Denn ebensowenig wie Österreich eine russische Expansion am Balkan, würde Rußland ein Vorgehen Österreichs in jenen Gegenden gestatten, und nur auf dem gegenseitigen Desinteressement beruhe das Balkanübereinkommen der beiden Kaiserhöfe. Was Albanien anlangt, so läge dem Wiener Kabinett jeder Gedanke fern, in dieses unwirtliche Land einzudringen. Vielmehr halte man an dem mit Italien getroffenen Übereinkommen in unbedingter Vertragstreue fest.

Herr Tittoni sagte, diese Erklärungen des Grafen Goluchowski hätten ihn und seine Kollegen aufs angenehmste berührt. Auf der Basis dieser Ideen wäre eine vollständige Harmonie zwischen den Kabinetten von Wien und Rom bezüglich der beiderseitigen Balkanpolitik unschwer herzustellen. Er sehe jetzt mit Ruhe der Zukunft entgegen, umsomehr, als das Einvernehmen Rußlands mit den drei verbündeten Zentralmächten die beste Gewähr dafür bietet, daß im Balkan kriegerische Komplikationen größeren Stils auch bei den jetzigen Zeitläuften hintangehalten werden.

Monts

Nr. 5796

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 57 Rom, den 5. März 1904

Auf der Konsulta sind weitere Meldungen des Herzogs von Avarna über Gespräche mit Graf Goluchowski sowie den Botschaftern von Szögyény und Graf Wedel eingegangen. Diese Berichte haben hier sehr beruhigend gewirkt. Dem italienischen Botschafter ist in unzweideutigster Form allseits erklärt worden, daß Österreich-Ungarn weder an dauernde noch zeitweise Besetzung von Teilen Albaniens oder Mazedoniens denkt. Die Habsburgische Monarchie könnte sich unter Umständen und der eigenen Sicherheit halber genötigt sehen, das sogenannte Sandschak zu besetzen. Hierzu sei aber im Vertrage von Berlin ein europäisches Mandat erteilt worden, um eventuell die montenegrinischen und die Serben des Königreichs auseinanderzuhalten.

Herr Tittoni äußerte hierzu, der Standpunkt des Wiener Kabinetts sei ein durchaus korrekter. Er würde der letzte sein, um Österreich das ihm von Europa garantierte Besetzungsrecht zu schmälern. Wünschenswert aber wäre es für Italien, wenn die Hofburg gegegebenenfalls die italienische Regierung vom Einmarsch der k. und k. Truppen in das Sandschak vorgängig verständigen wollte. Die öffentliche Meinung Italiens könnte, wenn ganz unvorbereitet, möglicherweise aufbrausen. Im Interesse der fortdauernden guten Beziehungen des italienischen Volkes zu dem Kaiserstaat liege es daher, das Terrain hier etwas zu ebenen und Publikum und Presse nicht ex abrupto vor eine vollzogene Tatsache zu stellen.

Monts

Kapitel CXXIII

Erneuerung des Rumänischen Vertrages 1902

Nr. 5797

Der rumänische Gesandte in Berlin Beldiman an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Eigenhändig

Berlin, den 13/26. April 1901

Soeben aus Bukarest zurückgekehrt, habe ich die Ehre, auf allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Königs, meines allergnädigsten Herrn, Eurer Exzellenz beiliegende geheime Denkschrift über die weitere Zugehörigkeit Rumäniens zum Dreibunde ergebenst zu überreichen.

Auf den Vortrag des Herrn Ministerpräsidenten Sturdza haben Seine Majestät geruht, den Text dieser Denkschrift zu genehmigen und mich zu beauftragen, Eurer Exzellenz auch noch persönlich, gemäß den allerhöchsten Weisungen Seiner Majestät, einige wichtige Erläuterungen zu derselben vorzutragen.

Zu diesem Zwecke erlaube ich mir, Eure Exzellenz zu bitten, mir gütigst eine Audienz gewähren zu wollen.

A. Beldiman

Anlage

Geheime Denkschrift über die weitere Zugehörigkeit Rumäniens zum Dreibunde

Ausfertigung von der Hand des rumänischen Gesandten in Berlin Beldiman

Bukarest, den 7/20. April 1901

In dem Schreiben Seiner Exzellenz des Grafen von Bülow an den rumänischen Gesandten in Berlin vom 30. Dezember 1898*, dessen Original sich im Besitz Seiner Majestät des Königs befindet, erklärte die Kaiserlich Deutsche Regierung, daß sie sich an dem zwischen

* Siehe Bd. XI, Kap. LXIX, Anhang B, Nr. 2832.

Östreich-Ungarn und Rumänien im Jahre 1892 geschlossenen Bündnisvertrag* durch ihre in demselben Jahre gegebene Adhäsionserklärung bis 1902** für gebunden erachtet.

Da im Laufe des nächsten Jahres, vielleicht auch schon früher, die Erneuerung des Dreibundes für eine weitere Periode in Aussicht steht, so erachtet es die Königliche Regierung für ihre Pflicht, schon jetzt zu erklären, daß die in den beiden geheimen Denkschriften vom 4. Mai und 20. Dezember 1898*** auf allerhöchsten Befehl Seiner Majestät niedergelegten Grundsätze auch ferner für die auswärtige Politik Rumäniens unveränderte Geltung haben. In erster Linie maßgebend für diese Politik bleibt die Pflege der zwischen Deutschland und Rumänien bestehenden freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen. Die Königliche Regierung legt daher nach wie vor den größten Wert auf die Zugehörigkeit Rumäniens zum Dreibunde. Von diesem Standpunkte aus ist es aber für Rumänien sehr wichtig, daß anläßlich der Erneuerung der Bündnisse einige für das Königreich erheblich ins Gewicht fallende Fragen aufgeklärt werden und die nötige Berücksichtigung finden.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Majestät hat Herr Ministerpräsident Sturdza den rumänischen Gesandten in Berlin ermächtigt, der Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers, Königs von Preußen folgende Eröffnungen im Hinblick auf den Abschluß des neuen Vertragsverhältnisses zu machen:

1. Auf Grund des bestehenden Vertragsverhältnisses ist Rumänien tatsächlich genau in derselben Weise mit Deutschland und Italien verbündet wie mit Östreich-Ungarn. Die Rechte und Pflichten der verbündeten Mächte sind für alle Beteiligten in gleicher Weise durch die Verträge festgesetzt. Formell hat aber Rumänien einen eigentlichen Bündnisvertrag nur mit Östreich-Ungarn abgeschlossen, während die beiden anderen Mächte ihre Adhäsion zu demselben in besonderen Akten aussprachen. Es liegt nun sachlich und politisch kein Grund vor, den bisherigen Unterschied beizubehalten; vielmehr hegt die Königliche Regierung den Wunsch, daß die künftige Form des mit den Dreibundmächten abzuschließenden neuen Vertrages mit dem tatsächlichen Verhältnis übereinstimmt.

Hierzu kommt noch eine Erwägung, die sich auf eine praktische Erfahrung gründet, welche Rumänien im Jahre 1897 zu machen Gelegenheit hatte. Damals hat der besondere, mit Östreich-Ungarn

---

* Siehe den Text des Vertrages bei Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns I, 69 ff.

** Siehe den Text der Adhäsionserklärung bei Pribram a. a. O. I, 75.

*** Die Denkschrift vom 4. Mai 1898 hatte betont, daß in den Beziehungen Rumäniens zum Dreibund die Pflege ganz besonderer Beziehungen zu Deutschland in erster Linie stehe. Bezüglich der Denkschrift vom 20. Dezember 1898 vgl. Bd. XI, Kap. LXIX, Anhang B, Nr. 2832.

bestehende Bündnisvertrag, welcher 1896 noch durch ein besonderes Protokoll bis 1904 verlängert worden war, das Königreich nicht davor geschützt, durch die bekannte, von Östreich-Ungarn und Rußland gemeinsam erlassene, sogenannte Kundgebung an die vier Balkanstaaten* mit Bulgarien, Montenegro und Serbien auf dieselbe Stufe gestellt zu werden, während doch die seit 1883 bewährte und stetige Politik Rumäniens gerade infolge seiner Zugehörigkeit zum Dreibunde durch eine Kluft von der Haltung der drei andren Staaten getrennt ist. Es handelt sich also hierbei nicht um eine bloße Rangfrage, sondern vielmehr um die wesentliche Kennzeichnung der für Rumänien entscheidenden Richtung seiner auswärtigen Politik. Dieser Vorgang zeigt, daß Rumänien alles Interesse daran hat, in seiner Zugehörigkeit zum Dreibunde Unterschiede, die nur formeller Natur sind, möglichst zu vermeiden. Es erscheint daher wünschenswert, es auch in der Form zum Ausdruck zu bringen, daß Rumänien genau in derselben Weise mit Deutschland und Italien wie mit Östreich-Ungarn verbündet ist. Das würde die bisherige strenge Geheimhaltung der Zugehörigkeit Rumäniens zum Dreibund in keiner Weise beeinträchtigen. Diese Geheimhaltung liegt übrigens aus naheliegenden Gründen auch im eigenen Interesse Rumäniens. —

2. Bei Abschluß der Bündnisse zwischen Östreich-Ungarn und Rumänien von 1883 und 1892 hatten die vertragschließenden sowie die adhärierenden Mächte nur an einen eventuellen Angriff Rußlands gegen Rumänien gedacht. Seitdem hat sich die Lage südlich der Donau wesentlich verändert. Noch Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre konnte man mit ernsten Bestrebungen der Bulgaren rechnen, sich von der russischen Vormundschaft zu emanzipieren. Es war dies die relativ beste Zeit der rumänisch-bulgarischen Beziehungen. Das Fürstentum suchte damals seine natürliche Anlehnung an das benachbarte Königreich; und Stambulow erklärte es für das größte Glück Bulgariens, daß die Dobrudscha rumänisch sei. Im Gegensatz zu der Richtung Stambulows hat Fürst Ferdinand seine Aufgabe darin erblickt, diese Aufraffung der Bulgaren zur nationalen Unabhängigkeit von Rußland zu unterdrücken und sein Land wieder ganz an das Zarenreich auszuliefern. Seitdem der russische Einfluß in Sofia wieder allmächtig wurde, ist auch die Haltung Bulgariens gegenüber Rumänien immer feindseliger geworden. Die Ereignisse des letzten Jahres haben sogar gezeigt, wie die bulgarische Regierung mit äußerster Rücksichtslosigkeit Rumänien provozierte, während sie zugleich die Verantwortung für den Konflikt** dem Königreich zuzuschieben

* Vom 29. April 1897. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1897, S. 295.

** Im Sommer 1900 war es infolge der Ermordung eines rumänischen Professors durch einen Bulgaren in Bukarest zu diplomatischen Verwicklungen zwischen Rumänien und Bulgarien und zu beiderseitigen Rüstungen gekommen.

suchte, um seine eigenen militärischen Maßnahmen gegen Rumänien zu rechtfertigen. Bulgarien erwies sich als ein Herd anarchisch-verbrecherischer Umtriebe, die, zum Teil direkt gegen Rumänien gerichtet, zugleich eine ständige Gefahr für die monarchischen Institutionen und den allgemeinen Frieden bilden. Die Politik Rumäniens hat nicht das geringste Interesse daran, Bulgarien direkt oder auch nur indirekt zu provozieren; und rumänischerseits ist eine derartige Haltung bekanntermaßen ausgeschlossen. Dagegen ist in letzter Zeit ein aggressives Vorgehen Bulgariens gegen Rumänien, insbesondere gegen die Dobrudscha, immer mehr in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Unabhängig von den jeweiligen feindlichen Absichten der Petersburger Regierung wird der bulgarische Chauvinismus beständig aufgestachelt; und die Wiederherstellung der früheren freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen in nächster Zeit kaum zu erwarten. Der Fürst selbst macht, wie amtlich wiederholt festgestellt wurde, aus seiner feindlichen Stimmung gegen Rumänien kein Hehl und hat sogar in Gesprächen mit höheren bulgarischen Offizieren das Königreich als den größten Feind Bulgariens bezeichnet. Unter solchen Umständen muß bei Erneuerung des Dreibunds die Eventualität ernstlich ins Auge gefaßt werden, daß Bulgarien mit oder ohne Rußlands Zutun gegen Rumänien vorgeht. Ein solcher Angriff Bulgariens ist in dem heute in Kraft befindlichen Bündnisvertrag nicht vorgesehen[1], während er tatsächlich mit einem Vorstoß Rußlands gegen Rumänien gleichbedeutend wäre. Die Gefahr, welche Rumänien von Süden her infolge der immer stärker hervortretenden aggressiven Tendenzen der Bulgaren bedroht, darf heute nicht mehr unterschätzt werden. Es entspricht dem Geist und den praktischen Zielen des Dreibunds, der in erster Linie die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens bezweckt, daß Rumänien gegen eine derartige Eventualität ebenso durch die Bündnisverträge geschützt werde wie gegen einen direkten Angriff Rußlands.

Indem die Regierung Seiner Majestät des Königs die Aufmerksamkeit der Kaiserlich Deutschen Regierung auf die Notwendigkeit lenkt, das bisherige Vertragsverhältnis Rumäniens zum Dreibund in diesen beiden Punkten zu vervollständigen, gibt sie sich der Hoffnung hin, daß die deutsche Regierung in voller Würdigung des rumänischen Standpunktes die geeigneten Schritte im Sinne vorstehender Anträge unternehmen wird.

Randbemerkung von Holsteins:
[1] Falsch. Artikel 2 deckt jeden unprovozierten Angriff, ohne Nennung eines Gegners. H.

Nr. 5798

Aufzeichnung des rumänischen Gesandten in Berlin Beldiman

Unsignierter und undatierter Entwurf *. Abschrift

Über die geheime Denkschrift vom 7/20. April ** äußerte sich Seine Exzellenz der Staatssekretär Freiherr von Richthofen im Auftrage des Reichskanzlers Grafen von Bülow in folgender Weise zum rumänischen Gesandten:

Die beiden Anträge der Königlich Rumänischen Regierung betreffend das zu erneuernde Vertragsverhältnis Rumäniens zum Dreibunde sind von der Kaiserlich Deutschen Regierung eingehend erwogen und mit dem freundschaftlichen Wohlwollen aufgenommen worden, welches hier allen rumänischen Angelegenheiten entgegengebracht wird.

In bezug auf den ersten Punkt neigt die deutsche Regierung der Auffassung zu, daß es vielleicht[1] vorzuziehen sei, in der bisherigen Form, in welcher die Zugehörigkeit Rumäniens zum Dreibunde stipuliert wurde, keine Änderung eintreten zu lassen. Diese Form — (Bündnisvertrag zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien, dem die beiden anderen Mächte mittelst Adhäsionserklärungen beitreten) — habe seinerzeit, als im Jahre 1883 dieses Vertragsverhältnis Rumäniens zum Dreibunde begründet wurde, einige Schwierigkeiten verursacht. Durch die damals vereinbarte Lösung dieser Schwierigkeiten sei Rumänien sachlich genau so gedeckt worden, wie wenn es direkte Bündnisverträge auch mit Deutschland und Italien abgeschlossen hätte, und würde es auch ferner so bleiben. Die Feststellung einer neuen Form des Vertragsverhältnisses Rumäniens zum Dreibunde könnte möglicherweise Anlaß zu neuen Schwierigkeiten und Erörterungen geben, die besser vermieden würden.

Vom speziell deutschen Standpunkte entspräche überdies die bisherige Form auch insofern besser dem tatsächlichen Verhältnis, als das deutsche Interesse an der Zugehörigkeit Rumäniens zum Dreibunde kein direktes, sondern nur ein abgeleitetes sei, d. h. ein solches, das sich in der Hauptsache erst als eine Folge des Bündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ergab.

Indessen sei vor einer endgültigen Entscheidung über diese Formfrage auch die Antwort der Wiener Regierung abzuwarten, welcher ja derselbe Antrag vorliege[2].

---

* Nach einer Randbemerkung Freiherrn von Richthofens vom 25. Mai 1901 wurde die Aufzeichnung dem Gesandten Beldiman nach Vornahme einiger Korrekturen zurückgegeben. Die vorgenommenen Änderungen sind am Schlusse des Schriftstücks verzeichnet.

** Siehe Nr. 5797, Anlage.

Auf Befragen teilte Seine Exzellenz mit, daß Verhandlungen über die Verlängerung des bis August 1902[3] in Kraft befindlichen Dreibundes zwischen den beteiligten Mächten augenblicklich nicht im Gange seien.

Was den zweiten Punkt der Denkschrift anbetrifft, so geht die deutsche Auffassung des Bündnisvertrages dahin, daß Rumänien bereits heute auf Grund der bestehenden Vereinbarungen gegen einen unprovozierten Angriff Bulgariens gerade ebenso geschützt ist wie gegen einen Angriff Rußlands oder irgendeiner anderen Macht. Hierüber könne deutscherseits nach dem Wortlaut und dem Geist[4] des Vertrages[5] kein Zweifel obwalten. Es läge daher sachlich kein Grund vor, die Eventualität eines Angriffs Bulgariens gegen Rumänien zum Gegenstand einer besonderen Stipulation zu machen.

Im Anschluß an den Meinungsaustausch über die geheime Denkschrift brachte der rumänische Gesandte, auf allerhöchsten Befehl seines Souveräns, die Möglichkeit zur Sprache, daß Bulgarien als Staat in Mazedonien einfiele und diese Provinz besetze. Dies würde eine derartige Verschiebung der Machtverhältnisse südlich der Donau zum Nachteil Rumäniens zur Folge haben, daß Seine Majestät sich genötigt sehen würden, seine Armee zu mobilisieren und die militärischen Kräfte in der Dobrudscha zu verstärken.

Hierauf erwiderte Seine Exzellenz, daß die Folgen einer solchen Mobilisierung, falls diese zu einem Konflikt mit Bulgarien oder mit Rußland[6] führen sollte, nicht unter die Voraussetzungen des heute bestehenden Bündnisvertrages fallen würden. Rumänien würde dann auf eigene Verantwortung vorgehen und nicht ohne weiteres durch den Dreibund gedeckt sein. Nach der rumänischerseits erfolgten Mobilisierung wegen Einfalls Bulgariens in Mazedonien und ohne gleichzeitige direkte Bedrohung Rumäniens von seiten des Fürstentums könnte ein Angriff dieses letzteren gegen das Königreich nicht als völlig unprovoziert im Sinne der Dreibundverträge betrachtet werden. Zum mindesten sei diese Frage zweifelhaft und könnte nur nach den jeweiligen Umständen beantwortet werden[7]. Jedenfalls werde Rumänien in einem solchen Falle eines besonderen Einvernehmens mit den Dreibundmächten bedürfen, um sich zu vergewissern, ob sich dieselben mit seiner Aktion solidarisch erklären.

Änderungen Freiherrn von Richthofens:
[1] Das Wort „vielleicht" ist gestrichen.
[2] Absatz „Indessen" bis „vorliege" gestrichen.
[3] Die Worte „August 1902" sind ersetzt durch „Mai 1903".
[4] Die Worte „und dem Geist" sind gestrichen.
[5] Vor „Vertrages" ist eingeschoben „Artikel 2 des".
[6] Das Wort „Rußland" ist ersetzt durch „sonst jemandem".
[7] Die Worte von „zum mindesten" bis „beantwortet werden" gestrichen.

Nr. 5799

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Gesandten in Bukarest von Kiderlen

Konzept

Nr. 198 Berlin, den 25. Mai 1901
Ganz geheim

Der rumänische Gesandte hat die in Ew. pp. Berichten Nr. 9 vom 1. und Nr. 15 vom 9. Februar d. Js.* behandelte Bündnisfrage hier wiederholt zur Sprache gebracht. In Privatbriefen an den Herrn Reichskanzler und an mich bemühte er sich darzulegen, daß der Angliederungsvertrag Rumäniens an den Dreibund nach Form und Inhalt den Bedürfnissen der Gegenwart nicht enspreche. Die Form anlangend, so müsse Rumänien künftig mehr zur Geltung kommen, seine Gleichberechtigung mit den drei Großmächten müsse mehr augenfällig gemacht werden, damit das Kabinett von Bukarest nicht wieder mit den Regierungen von Serbien und Bulgarien über einen Kamm geschoren werden könne, wie das 1897 in den bekannten österreichisch-russischen Rügezirkularen** geschehen sei. In betreff des Inhalts habe der jetzt bestehende Vertrag die Lücke, daß der Fall eines Angriffs von Bulgarien auf Rumänien nicht vorgesehen sei. Diese Eventualität sei es aber gerade, welche heute die größte Aufmerksamkeit verdiene. Herr Beldiman knüpfte dann an diese Auseinandersetzung die Bitte, über die gewünschte Veränderung und Ergänzung des Vertrages mit dem Herrn Reichskanzler verhandeln zu dürfen.

Im Auftrage des Grafen von Bülow habe ich Herrn Beldiman er-

---

* Die Berichte von Kiderlens vom 1. und 15. Februar behandelten die Besprechungen, die der rumänische Ministerpräsident P. Carp gelegentlich einer Reise nach Berlin und Wien im Januar 1901 mit den deutschen und österreichischen Staatsmännern über den für das Frühjahr 1901 befürchteten Einfall Bulgariens in Mazedonien und über die Anwendbarkeit des Bündnisses von 1892 bzw. 1896 auf diesen Fall gehabt hatte. Nach dem Berichte Kiderlens vom 1. Februar wäre es bei dieser Gelegenheit zwischen Graf Goluchowski und P. Carp zu bestimmten Abmachungen gekommen, die rumänischerseits als eine sich aus dem Bündnisse von 1892/96 ergebende und mithin auch Deutschland bindende Folge betrachtet wurden. Deutscherseits wurde diese Ansicht nicht geteilt; Holstein bemerkte zu einer dahingehenden Äußerung des Berichts: „In dem Vertrag, dem wir beigetreten sind, ist nur von unprovoziertem Angriff auf Rumänien die Rede. Jetzt will Rumänien Erwerbspolitik machen; deshalb paßt ihm der alte Vertrag nicht mehr. Im Gegenteil liegt es aber in unserem Interesse, daß, wenn Österreich mit Rumänien Abmachungen vereinbart, die über den Vertrag „zu Vieren" hinausgehen, Österreich auch das Bewußtsein haben und behalten muß, daß es dann in erster Linie engagiert ist und Deutschland nicht neben sich, sondern nur hinter sich hat."

** Vgl. Nr. 5797, Anlage, S. 653, Fußnote *.

öffnet, daß wir aus verschiedenen Gründen an der Bündnisfrage nicht rütteln möchten, auch deshalb nicht, weil wir das Bündnis nicht als mangelhaft erachten. Die bisherige Form habe dazu beigetragen, die Beziehungen Rumäniens zum Wiener Kabinett, welche früher vieles zu wünschen ließen, sehr wesentlich zu verbessern; die neuerdings zwischen Bukarest und Wien gepflogenen vertraulichen Verhandlungen lieferten dafür einen schlagenden Beweis. Diese Beziehungen würden naturgemäß sich kühler gestalten, sobald dem Wiener Kabinett das Bewußtsein aufdämmerte, daß man dasselbe nicht als genügend festes Bindeglied in der Kette ansehe, sondern sich direkt an Deutschland anzuschließen beabsichtige. Auf die nachbarlichen Beziehungen zwischen der Gesamtmonarchie und Rumänien, bei welchen der gute Wille immer eine große Rolle spiele, könne diese Abkühlung nicht anders als ungünstig zurückwirken. Auch der deutschen Regierung werde es in Wien verübelt werden, wenn sie sich dazu hergäbe, den Vermittler Österreich beiseitezuschieben, und dieser Gesichtspunkt sei nicht ohne Bedeutung angesichts der tschechischen und sonstigen feindlichen Hetzereien, welche darauf hinausliefen, daß Deutschland systematisch die Gesamtmonarchie in die zweite Reihe zu drängen bestrebt sei. Eine Notwendigkeit, diesen Nachteil auf sich zu nehmen, liege aber nicht vor, denn das Bündnis in seiner jetzigen Form sei fest und haltbar gefügt, und Rumäniens gleichberechtigte Stellung durch den Grundsatz der absoluten Gegenseitigkeit der Leistungen dokumentiert. Auch der Inhalt des bestehenden Abkommens genüge für alle Eventualitäten, insbesondere sei der Fall des bulgarischen Angriffs durch den Artikel II des Vertrages, welcher hinsichtlich der Angreifer keine Spezifizierung oder Beschränkung enthält, vollständig gedeckt. Zum Schluß habe ich den in Ew. pp. Bericht Nr. 15 wiedergegebenen Passus der österreichischen Instruktion verwandt mit der Paraphrase, daß ein Vorgehen Bulgariens in Mazedonien zweifellos Besprechungen der Dreibundmächte nach sich ziehen werde, bei denen auch die Interessen Rumäniens ihre berechtigte Berücksichtigung finden würden.

Ich weiß mich eins mit Ew. pp. in dem Gedanken, daß wir bei aller Freundschaft für Rumänien gleichwohl dessen Expansionsgelüsten nicht Vorschub leisten können, wenn durch dieselben — wie das sicherlich der Fall sein würde — die Gefahr eines großen europäischen Krieges hervorgerufen, bezw. vermehrt wird. Der Dreibund soll dafür eintreten, daß Rumänien die Linie Rustschuk—Varna bekommt. Die verblüffende Behauptung des Herrn Beldiman, daß der jetzige Vertrag den Fall des bulgarischen Angriffs nicht decke, soll eben nur heißen, daß der Fall des rumänischen Angriffs auf Bulgarien nicht vorgesehen ist. Wir können Rumänien nicht verbieten, seine Interessen, so wie es dieselben versteht, nach seinen Kräften wahrzunehmen, wir wollen auch nicht verhindern, daß Rumä-

nien sich darüber mit dem Wiener Kabinett verständigt, aber sowohl für Bukarest wie für Wien, wo es ja auch, wie Ew. pp. im Bericht Nr. 9 mitteilen, aktionslustige Elemente gibt, ist es ein nützlicher Hemmschuh, wenn Deutschland zu seinem Teil an dem bisherigen Grundsatz der absoluten Defensive unverändert festhält. Daß diese Auffassung der absoluten Defensive übrigens auch diejenige des Grafen Goluchowski ist, ergibt sich daraus, daß derselbe bisher über die von Herrn Carp Ew. pp. mitgeteilten Besprechungen noch nichts hat verlauten lassen. Ew. pp. ersuche ich, die Bündnisfrage dort nicht von sich aus anzuregen; wenn aber die Frage angeregt wird, entspricht es Ihrer Stellung, daß Sie sich orientiert zeigen. Ew. pp. wollen alsdann zur Motivierung der diesseitigen Zurückhaltung hervorheben, erstens, daß wir alles vermeiden, was Österreich-Ungarn verletzen und zu der Verdächtigung ausgenutzt werden könnte, als wollten wir uns an Österreich vorbeidrängen; zweitens, daß wir bei den Einzelheiten von Balkanfragen uns auf die Sachkenntnis des näher beteiligten Wiener Kabinetts verlassen; drittens, daß alle Änderungen des bestehenden Vertragszustandes schon deshalb nach Möglichkeit zu vermeiden sind, da sie als Beunruhigungsmittel von feindlicher Seite ausgenutzt würden, wie das jüngsthin ja auch sogar mit der durch die Verhältnisse durchaus gerechtfertigten Zusammenkunft der Könige von Rumänien und Griechenland geschehen ist.

Richthofen

Nr. 5800

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Reichskanzler Grafen von Bülow, z. Z. in Norderney

Konzept

Berlin, den 22. Juli 1901

Der Gesandte Beldiman teilte heute mit, daß seine Regierung die Frage der Erneuerung des Bündnisvertrages in veränderter Form nicht als erledigt durch die von der Regierung Seiner Majestät des Kaisers gegebene Antwort* ansehen könne. Der Ministerpräsident Sturdza, welcher heute nachmittag wegen Waffenbestellungen in Essen eintreffe, sei deshalb von König Karol beauftragt, Euere Exzellenz in Norderney aufzusuchen.

Da manche Äußerungen des Herrn Beldiman mir befremdlich, um nicht zu sagen anstößig, erschienen, so ersuchte ich ihn, dieselben zu Papier zu bringen. In seiner gehorsamst hier beigefügten Auf-

* Siehe Nr. 5798 und 5799.

zeichnung* hat er sich zurückhaltender als vorher mündlich ausgedrückt, ohne sich jedoch den Hinweis auf die durch den Besuch des Großfürsten Alexander Michailowitsch** eröffnete Perspektive einer rumänisch-russischen Annäherung gänzlich zu versagen. Auf die Wirksamkeit dieses Druckmittels in Berlin und Wien scheint Herr Beldiman auch die meiste Hoffnung zu setzen, denn andere Argumente sind nicht vorgebracht, und insbesondere ist kein Versuch gemacht worden, die auf Befehl Euerer Exzellenz seinerzeit erteilte motivierte Antwort — deren Inhalt in dem gleichfalls beigefügten Ziffererlaß an Herrn von Kiderlen vom 25. Mai zusammengefaßt ist*** — irgendwie zu entkräften.

Herr von Kiderlen hatte in einem Zifferbericht vom 9. d. Mts. †, welchen als dritte Anlage beizufügen ich mir gestatte, bereits gemeldet, daß Herr Sturdza dem österreichischen Gesandten ein Promemoria in Herrn Beldimans Handschrift mit den Anträgen über die Umformung des Bündnisses übergeben habe und auch beabsichtige, demnächst bei der Durchreise durch Wien den rumänischen Standpunkt mündlich zu vertreten.

Alle bisherigen Anzeichen deuten darauf hin, daß der Gedanke, den Dreibund zu einem Vierbunde umzuformen und dabei einen eventuellen Angriff Rumäniens auf Bulgarien unter gewissen Voraussetzungen als Bündnisfall in die Vertragsbestimmungen neu einzufügen, von Herrn Beldiman ausgeht. Wenn Herr Sturdza sich das Projekt angeeignet hat, so liegt die Vermutung nahe, daß er dazu durch Rücksichten auf seine persönliche Stellung veranlaßt worden ist. Wenn es ihm gelänge, einen Vertrag durchzusetzen, welcher Rumänien den drei Großmächten paritätisch anreiht, und überdies — im Widerspruch zu der bisherigen Dreibundpolitik — eine rumänische Vergrößerungspolitik sanktioniert, so stände in den Augen des Königs und des Volkes von Rumänien Herr Sturdza als der größte Staatsmann Rumäniens da, und gleich nach ihm würde Herr Beldiman rangieren. Im Falle einer Zurückweisung des Projektes würde Herr Sturdza in den Augen des Königs immer noch das Verdienst haben, optima voluisse, und die übrige Außenwelt würde von dem Echec nichts erfahren.

Für Deutschland und für Österreich-Ungarn ist die heutige Lage ganz besonders ungeeignet für die Erörterung eines veränderten und erweiterten rumänischen Bündnisses. Denn man würde nicht umhin können, Italien in die Diskussion hineinzuziehen, Italien aber würde den Gedanken, daß künftighin auch eine Vergrößerungspolitik auf den

---

* Siehe Anlage.

** Am 15. Juli hatte eine russische Flotte unter dem Befehl des Großfürsten Alexander Michailowitsch den Hafen von Konstanza besucht.

*** Siehe Nr. 5799.

† Hier nicht abgedruckt, da inhaltlich genügend charakterisiert.

Schutz des Dreibundes rechnen kann, mit Begeisterung aufgreifen und in den Vertrag eine Klausel über Albanien hineinbringen wollen. Österreich würde eine solche Klausel aber kaum akzeptieren, und damit wäre der Bestand des Dreibundes direkt in Frage gestellt.

Dieses Motiv unserer Ablehnung werden wir den Rumänen gegenüber verschweigen müssen, dagegen wäre eine möglichst baldige Andeutung an Herrn von Szögyény wohl nützlich, wenn man auch hoffen darf, daß das Wiener Kabinett ohne Inspiration von außen die in dem rumänischen Antrage lauernde Gefahr erkennen wird.

Für Österreich würde sich auch noch ein anderer Nachteil aus der Verwirklichung des rumänischen Umformungsantrages ergeben. Rumänien würde alsdann, wenn es formell zum paritätischen vierten Partner avanciert ist, unabhängiger von Österreich-Ungarn sein als heute, wo die Gesamtmonarchie das formale Bindeglied zwischen Rumänien und dem Dreibund bildet. Das Gefühl der vermehrten Unabhängigkeit würde sehr bald darin zum Ausdruck kommen, daß das amtliche Rumänien in seinen Beziehungen zur rumänischen Irredenta sich weniger Zwang, als heute nötig ist, antun würde. Auch dieser Gesichtspunkt dürfte sich zur vertraulichen Besprechung mit Herrn von Szögyény empfehlen.

Die beiden Hinweise — Albanien und rumänische Irredenta — dürften genügen, um Österreich zu einer entschieden ablehnenden Haltung zu veranlassen. Für Deutschland dürfte das richtige sein, sich weder vor noch hinter, sondern einfach neben Österreich zu stellen unter inhaltlicher Wiederholung der von Euerer Exzellenz befohlenen ersten Antwort, so wie dieselbe in dem Erlaß Nr. 198 vom 25. Mai zusammengefaßt ist.

Der Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten bei Euerer Exzellenz würde gerade jetzt wegen der mazedonischen und altserbischen Unruhen als ein Hineinziehen Deutschlands in die Balkanfragen, und zwar im antirussischen Sinne, aufgefaßt werden. Ich möchte mir deshalb gestatten, zu hochgeneigter Erwägung zu stellen, ob vielleicht Euere Exzellenz dem Besuche des rumänischen Ministerpräsidenten dadurch vorbeugen wollen, daß Sie ihm in verbindlichster Form mitteilen lassen, sein Besuch würde Ihnen bei jeder anderen Gelegenheit eine Genugtuung und Freude, im gegenwärtigen Augenblicke jedoch vom Standpunkte des Dreibundes aus eine Verlegenheit sein, da Sie großen Wert darauf legen müßten, den Anschein zu vermeiden, als wollten Sie in einer hochwichtigen Frage, bei der das Wiener Kabinett in erster Linie und topographisch sogar am nächsten interessiert sei, dessen Entscheidungen vorgreifen, beziehungsweise auf dieselben einen Druck ausüben.

Zum Schluß ist noch die Donaukommission zu erwähnen, hinsichtlich welcher Herr Sturdza die Kaiserliche Regierung für eine antirussische Politik im voraus engagieren möchte. Ohne diese heikle

Frage hier kurzerhand entscheiden zu wollen, darf ich mir doch die Bemerkung gestatten, daß, wenn wir später zu der Zeit, wo die Fortdauer der Kommission zur Beratung kommt, durch nachweisbare deutsche Interessen zu einer Auffassung geführt werden sollten, die von der russischen abweicht, die russische Regierung keinen Anlaß hat, uns das übelzunehmen. Sie würde aber, und nicht ohne Grund, empfindlich berührt werden, wenn sie erführe, daß die deutsche Opposition durch Rumänien veranlaßt war. Auch die Besprechung dieser Frage mit Herrn Sturdza könnte daher nur zu Unzuträglichkeiten für Deutschland führen.

Euerer Exzellenz darf ich hiernach gehorsamst anheimstellen, mich telegraphisch anzuweisen, ob ich erstens Herrn Beldiman benachrichtigen soll, ob und weshalb Euere Exzellenz gegen den Besuch des Herrn Sturdza im gegenwärtigen Augenblick Bedenken haben; zweitens, ob ich Herrn von Szögyény, dessen vorübergehende Anwesenheit demnächst hier in Aussicht steht, sagen soll, daß und weshalb nach Euerer Exzellenz Ansicht die von den Herren Sturdza und Beldiman gewünschte Umformung des rumänischen Vertrages den Interessen Österreich-Ungarns nicht entsprechen würde.

Mühlberg

Anlage

Der rumänische Gesandte in Berlin Beldiman an den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg

Eigenhändiger Privatbrief

Berlin, den 22. Juli 1901

Im Anschluß an unsere heutige Unterredung habe ich die Ehre, Ihre sehr gefällige Vermittlung in Anspruch zu nehmen, um folgende vertrauliche Anfrage an Seine Exzellenz den Herrn Reichskanzler gelangen zu lassen.

Seine Majestät der König, mein allergnädigster Herr, haben geruht, Herrn Ministerpräsidenten Sturdza zu beauftragen, anläßlich seines Aufenthaltes in Deutschland — (in Essen bei Krupp wegen sehr wichtiger Bewaffnungsfragen und in Emden wegen der in Aussicht genommenen Herstellung direkter Handelsbeziehungen zwischen diesem Hafen und Rumänien) — Seine Exzellenz den Herrn Grafen von Bülow, wenn möglich, aufzusuchen und mit Seiner Exzellenz über folgende Angelegenheiten, die für Rumänien von großem Interesse sind, zu konferieren:

1. Im Anschluß an die in Berlin übergebene Denkschrift vom 7./20. April*, die auch der östreichisch-ungarischen Regierung seit

* Siehe Nr. 5797, Anlage.

dem . . .* vorliegt, ist Herr Ministerpräsident Sturdza allerhöchst beauftragt, auf den ersten der daselbst gestellten Anträge zurückzukommen, auf dessen Annahme seitens der verbündeten Mächte Seine Majestät sehr großen Wert legt.

2. Was den zweiten Punkt der Denkschrift anbetrifft, so ist derselbe zwar durch die Antwort der deutschen Reichsregierung aufgeklärt worden; es bleiben aber doch noch in demselben Zusammenhange sehr ernste Fragen offen, welche die politische Stellung und Zukunft Rumäniens, sowohl der Balkanhalbinsel wie Rußland gegenüber, direkt berühren, wenn sie auch im Wortlaut des Bündnisvertrages nicht vorgesehen sind. Auf diese Fragen vom Standpunkt der Zugehörigkeit Rumäniens zum Dreibunde näher einzugehen, haben die Unterredungen, die der Großfürst Alexander Michailowitsch während seines Besuches in Konstanza mit dem Ministerpräsidenten Sturdza hatte, neuerdings wieder Anlaß gegeben.

3. Seine Majestät der König erachten, daß Rumänien sehr großes Interesse an der Erhaltung der europäischen Donaukommission hat, deren Vollmachten ihrem Ende entgegengehen. Es liegen Anzeichen vor, daß Rußland der Fortdauer dieser internationalen Institution für eine längere Periode nicht günstig gegenübersteht. Das Verschwinden derselben würde aber für Rumänien ernste wirtschaftliche und politische Folgen nach sich ziehen.

In diesem Rahmen würden sich, falls Seine Exzellenz der Herr Reichskanzler geneigt wären, Herrn Ministerpräsidenten Sturdza zu empfangen, die politischen Erörterungen bewegen.

Herr Sturdza trifft heute nachmittag in Essen ein, wo er sich ein paar Tage aufhalten wird, und könnte sich, falls sein Besuch in Norderney angenehm wäre, gegen Ende dieser Woche dorthin begeben.

In der Erwartung einer sehr gefälligen Mitteilung, ob diese Zusammenkunft mit Seiner Exzellenz dem Grafen von Bülow in dem Bereich der Möglichkeit läge, verbleibe ich, sehr verehrter Herr Unterstaatssekretär,

Ihr ergebenster A. Beldiman

Nr. 5801

Der Reichskanzler Graf von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 43 Norderney, den 23. Juli 1901

Antwort auf Bericht AS 1013 vom 22. d. Mts.**, betreffend das rumänische Bündnis.

* Das Datum ist offen gelassen. Laut Telegramm Kiderlens wurde die Denkschrift erst am 9. Juli übergeben.

** Siehe vorige Nummer.

Ganz einverstanden. Ich bitte Herrn Beldiman in dem vorgeschlagenen Sinne zu benachrichtigen. Auch sehe ich keine Bedenken, daß Euer Hochwohlgeboren nach Maßgabe der von Ihnen entwickelten Gesichtspunkte vertraulich, in mehr akademischer Weise und ohne den Österreichern Vorwand zu geben, sich auf uns zu berufen, mit Herrn von Szögyény sprechen.

Bülow

Nr. 5802

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

Berlin, den 24. Juli 1901

Der Herr Reichskanzler wird sich aufrichtig freuen, bei einer Gelegenheit, wo falsche Auslegungen nicht zu befürchten sind, den persönlichen Verkehr mit Herrn Sturdza, welcher die angenehmsten Erinnerungen hinterlassen hat, wieder aufzufrischen. Der gegenwärtige Moment eignet sich jedoch nicht für eine Begegnung, die letztere würde vielmehr gerade jetzt vom Standpunkte des Dreibundes aus eine Verlegenheit für den Grafen Bülow sein, welcher großen Wert darauf legen muß, den Anschein zu vermeiden, als wollte er in der hochwichtigen rumänischen Bündnisfrage, bei welcher das Wiener Kabinett in erster Linie und topographisch sogar am nächsten interessiert ist, dessen Entscheidungen vorgreifen, bezw. auf dieselben einen Druck ausüben.

Graf Bülow hofft jedoch, daß zu einem späteren Zeitpunkte die politische Gesamtlage sich so gestalten wird, daß eine Begegnung der beiden Staatsmänner ohne schädliche Rückwirkungen erfolgen kann.

Den von Herrn Beldiman in die Diskussion geworfenen Gedanken einer veränderten Orientierung der rumänischen Politik hinsichtlich Rußlands hält die Regierung Seiner Majestät des Kaisers nicht für praktisch durchführbar und will deshalb zunächst noch nicht darauf reagieren. Die Entfernung von Berlin nach Petersburg ist kürzer als die von Petersburg nach Bukarest, d. h. Deutschland würde an Rußland größere Konzessionen auf Kosten Rumäniens machen können als Rumänien an Rußland auf Kosten Deutschlands, und es dürfte, wenn man suchen wollte, vielleicht möglich sein, die Tatsache festzustellen, daß Deutschlands Rücksichtnahme auf die Interessen Rumäniens das Hindernis gebildet hat, an welchem die Versuche einer russisch-deutschen Annäherung gescheitert sind. Deshalb ist die deutsche Regierung in der Lage, die weitere Entwickelung der zwischen Bukarest und Wien jetzt schwebenden Pourparlers ruhig abzuwarten,

und sie lehnt ausdrücklich ab, das Wiener Kabinett zu einer Entscheidung zu drängen, welche dasselbe nicht von Hause aus als die den österreichisch-ungarischen Interessen entsprechende ansehen würde.

Holstein

Bemerkung von Mühlbergs am Kopf des Schriftstücks:
Der rumänische Gesandte ist heute von mir der nebenstehenden Aufzeichnung entsprechend verständigt worden. Mg. 24.

Nr. 5803

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Geschäftsträger in Wien Freiherrn von Romberg

Konzept

Nr. 439 Berlin, den 24. Juli 1901

Der hiesige rumänische Gesandte Herr Beldiman betreibt schon seit Jahr und Tag den Plan einer formalen wie inhaltlichen Umwandlung des rumänischen Bündnisvertrags.

Formal soll Rumänien als vierte Macht den drei andern paritätisch angereiht werden, während der jetzige Vertrag direkt nur zwischen Wien und Bukarest abgeschlossen ist, unter demnächstigen Beitritt der Kabinette von Berlin und Rom.

Die inhaltliche Umwandlung soll darin bestehen, daß der rumänischen Regierung seitens der drei Mitkontrahenten das Recht zugebilligt werden würde, ein Stück bulgarischen Gebiets, am liebsten die Linie Rustschuk—Varna, von Bulgarien in dem Falle zu verlangen, wo dieses sich durch Aneignung türkischen Gebiets, z. B. in Mazedonien, vergrößert.

Die deutsche Regierung hatte die früheren rumänischen Anregungen nach Wien verwiesen und abgelehnt, dieselben zu erörtern. Vorgestern hat nun aber Herr Beldiman amtlich mitgeteilt, daß der gegenwärtig in Deutschland reisende Ministerpräsident Sturdza den Reichskanzler Grafen Bülow in Norderney aufzusuchen wünsche, um mit diesem die Umwandlung des Bündnisses zu besprechen. Graf Bülow hat darauf erwidert, daß der Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten im gegenwärtigen Augenblick den Anschein erwecken könnte, als wolle man in einer hochwichtigen Frage, bei der das Wiener Kabinett in erster Linie und topographisch sogar am nächsten interessiert sei, den Entschließungen desselben vorgreifen, daß daher Graf Bülow vorziehen würde, wenn Herr Sturdza ihn nicht jetzt, sondern zu einer späteren Zeit besuchte.

Graf Bülow wünscht zunächst mit dem Wiener Kabinett zu einem Einvernehmen über die Behandlung des rumänischen Antrags zu ge-

langen. Die Hauptbedenken gegen die rumänischen Neuerungen sind zur Mitteilung an Rumänien nicht geeignet.

Was erstens die formale Umwandlung des heutigen rumänisch-österreichischen Vertrags in einen paritätischen Viererverträg anlangt, so wird zweifellos durch diese Umwandlung Rumänien unabhängiger von Österreich-Ungarn, welches heute das Bindeglied zwischen Rumänien und dem Dreibunde bildet. Der Verdacht ist zulässig, ob nicht die turbulenten Elemente Rumäniens, welche doch wohl auch in der Regierung nicht ganz unvertreten sind, diese vermehrte Unabhängigkeit zugunsten der siebenbürgisch-rumänischen Irredenta würden ausnutzen wollen. Die bisherige Form des Vertrags hat wohl das ihrige dazu beigetragen, daß in den letzten Jahren jene unruhigen Elemente sich verhältnismäßigen Zwang auferlegt haben. Da eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Rumänien und der österreichisch-ungarischen Monarchie für uns unerwünscht sein würde, so ist das Deutsche Reich bei dieser Frage mitinteressiert, wenn auch natürlich in geringerem Grade als Österreich-Ungarn selbst.

Von größerer Tragweite als die formale ist die von Rumänien angestrebte inhaltliche Umwandlung des heutigen Vertrags. Der Dreibund ist ein reiner Verteidigungsbund, und wir wissen, daß die grundsätzliche Nichtbenutzung der sich etwa bietenden günstigen Erwerbsgelegenheiten dem lebhaften Temperamente unserer italienischen Verbündeten nicht immer ganz entsprochen hat. Wenn daher jetzt der Gedanke, daß die Ausbreitung eines Nachbarstaats dem Dreibund oder Viererbund als genügender Anlaß erscheint, um für einen seiner Mitkontrahenten eine Gebietserweiterung als „Kompensation" zu verlangen, in den neuen Vertrag aufgenommen würde, so wäre die begeisterte Zustimmung Italiens für diese Neuerung gesichert, weil Italien dann sofort die Aufnahme einer ähnlichen Kompensationsklausel zu seinen Gunsten verlangen würde. Die Diskussionen im italienischen Parlament ebenso wie die Äußerungen der italienischen Presse gestatten kaum einen Zweifel darüber, daß bei diesen Kompensationsforderungen Albanien eine Rolle spielen würde. Deshalb glaubt die deutsche Regierung, daß es im Interesse des Dreibunds besser ist, wenn der von Rumänien angeregten Frage einer eventuellen Kompensation nicht nähergetreten wird. Die unverfänglichste Art der Ablehnung dürfte wohl sein, daß wir erklären, den festen Boden der reinen Defensivstellung nicht verlassen zu wollen.

Herr Beldiman hat hier die Andeutung gemacht, seine Regierung könnte vielleicht, falls man ihren Wünschen nicht Rechnung trüge, genötigt sein, unter dem Drucke der öffentlichen Meinung eine veränderte Orientierung ihrer auswärtigen Politik vorzunehmen. Herrn Beldiman ist darauf bereits erwidert worden, daß wir diesem Gedanken keinerlei praktische Bedeutung beilegen. In betreff der sachlichen Beantwortung der rumänischen Anträge wünscht nach Be-

stimmung des Reichskanzlers Grafen von Bülow die Regierung Seiner Majestät des Kaisers sich zunächst mit der österreichisch-ungarischen Regierung vertraulich zu beraten und zu verständigen.

Die vorstehende Mitteilung wollen Ew. pp. zur Kenntnis Seiner Exzellenz des Herrn Grafen Goluchowski bezw. seines Stellvertreters bringen.

Mühlberg

Nr. 5804

Der Geschäftsträger in Wien Freiherr von Romberg an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 168 Wien, den 26. Juli 1901

Graf Szécsen*, dem ich heute den Inhalt des hohen Erlasses vom 24. d. Mts. — Nr. 439** —, betreffend die Beziehungen Rumäniens zum Dreibunde, mitgeteilt habe, bat mich, Euerer Exzellenz seinen wärmsten Dank für diesen neuen Beweis bundesfreundlicher Gesinnung zu übermitteln.

Herr Sturdza hat hier, wie mir Graf Szécsen sagt, eine ähnliche Demarche gemacht wie in Berlin und hat den Grafen Goluchowski gleichfalls um eine Unterredung gebeten, wobei aber der Zweck des Ideenaustausches nicht so bestimmt zum Ausdruck gekommen sei, wie dieses seitens des Herrn Beldiman geschehen. Graf Goluchowski hat geantwortet, daß er sich freuen würde, Herrn Sturdza bald nach seiner Rückkehr nach Wien, etwa vom 17. August ab, zu sehen.

Selbstverständlich, fügte Graf Szécsen hinzu, werde Graf Goluchowski keinerlei Abmachungen mit Herrn Sturdza treffen, ohne sich vorher mit der Kaiserlichen Regierung ins Einvernehmen zu setzen. Er hoffe aber, wie er ihm geschrieben habe — den betreffenden Passus aus dem Briefe des Ministers las mir Graf Szécsen vor —, daß es ihm gelingen werde, dem rumänischen Ministerpräsidenten seine Wünsche sowohl für die formale wie für die inhaltliche Umwandlung des Bündnisvertrages auszureden. Was den Wunsch nach paritätischer Anreihung Rumäniens an den Dreibund anbetreffe, so spiele wohl die Ambition des Königs hierbei eine gewisse Rolle, der Wert darauf legen würde, als vierter Gleichberechtigter in den Bund der Großmächte einzutreten.

Graf Szécsen sagte, er werde dem Grafen Goluchowski von dem Inhalt meiner Mitteilung sofort Kenntnis geben, er könne aber schon

---

* Sektionschef im K. u. K. Ministerium des Äußeren.

** Siehe Nr. 5803.

jetzt versichern, daß der Minister im wesentlichen mit der in dem Erlasse Euerer Exzellenz niedergelegten Auffassung der Kaiserlichen Regierung übereinstimme.

Frhr. von Romberg

Nr. 5805

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Mühlberg

Reinschrift

Berlin, den 1. August 1901

In der Bündnisfrage ist entsprechend der Bestimmung des Herrn Reichskanzlers das Wiener Kabinett verständigt und insbesondere auf die Unzuträglichkeiten hingewiesen worden, welche einerseits die Einreihung Rumäniens als paritätische vierte Macht und andrerseits die Hineinziehung des Kompensationsprinzips in den Vertrag zur Folge haben würde. Graf Szécsen, welcher als Vertreter des Grafen Goluchowski die diesseitige Mitteilung entgegennahm, äußerte sich persönlich zustimmend zu dem diesseitigen Standpunkt und wird die Angelegenheit zur Kenntnis des Grafen Goluchowski bringen, welcher gleichzeitig mit Herrn Sturdza die Kur in Karlsbad braucht.

Der Botschafter Graf Wedel sagte gestern, als er Kenntnis von der Sache erhielt, es sei ihm höchst unwahrscheinlich, daß die italienische Regierung, schon aus Rücksicht auf die Stimmung des ganzen Volkes, nicht auch ihrerseits, sobald das Kompensationsprinzip in den Vertrag hineingezogen werde, eine Kompensationsklausel und zwar in erster Linie hinsichtlich Albaniens für sich beanspruchen sollte.

Die Annahme liegt nicht allzufern, daß der König Karl, der ein kluger Herr ist, seine Hoffnung grade auf Italien gesetzt hat, und daß seiner in der Anlage wiedergegebenen Äußerung, „für Rumänien sei es wünschenswert, mit jeder der drei Großmächte einen besonderen Vertrag abzuschließen", der Gedanke zugrunde liegt, daß er für eine Erwerbspolitik in Rom mehr Verständnis als in Berlin und Wien finden werde[1]. Wenn aber erst mal zwischen Bukarest und Rom wegen des Kompensationsprinzips Übereinstimmung erzielt ist, und die beiden dann gemeinsam zur diplomatischen Aktion gegen Berlin und Wien vorgehen, dann kann die Sache recht unbequem werden[2]. Eine der geringeren Unbequemlichkeiten wäre das Bekanntwerden der Tatsache, daß unter den Drei- bezw. Vierbundmächten Verhandlungen über Kompensationen schweben. Auf italienische Diskretion können wir nach den Erfahrungen des letzten Jahrzehnts nicht rechnen.

Um allen diesen Unannehmlichkeiten vorzubeugen, wird es kaum ein anderes Mittel geben, als daß die Kabinette von Wien und Berlin übereinstimmend, aber jedes für sich, die rumänischen Anträge entschieden ablehnend beantworten, sowohl den Antrag wegen paritätischer Einreihung Rumäniens wie auch den wegen des Verlassens des Prinzips der reinen Defensive[3]. Die Ablehnung ist weniger bedenklich als die Annahme der rumänischen Forderungen.

Mühlberg

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Sehr richtig
[2] ja
[3] ja, aber so, daß in den Augen der Rumänen das Odium der Ablehnung nicht nur auf uns fällt, was (von anderen unliebsamen Folgen abgesehen) auch die Handelsvertragsverhandlungen mit Rumänien ungünstig beeinflussen würde.

Nr. 5806

Der Gesandte in Bukarest von Kiderlen an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Entzifferung

Nr. 69 Sinaia, den 5. August 1901
Geheim

Der Besuch eines Großfürsten in Konstanza und seine Äußerung, Rumänien müsse sich gleich den anderen Balkanstaaten an Rußland als die stärkste Großmacht, der einst Konstantinopel zufalle, anschließen, haben im Zusammenhang mit der jüngsten Machtentfaltung Rußlands im Schwarzen Meer und dem plötzlichen Erscheinen russischer Torpedoboote vor Galatz ihren Eindruck hier nicht verfehlt. Er ist der der Einschüchterung und einer — vielleicht vorübergehenden, jedenfalls momentan fühlbaren Erschütterung des Vertrauens in die österreichisch-ungarische Monarchie. Man hat hier das Gefühl, daß, während Österreich jede Provokation Rußlands ängstlich vermeidet, sich dieses alles erlauben könne. Dies Gefühl, ob berechtigt oder nicht, hat schon die Carpsche Regierung beherrscht, es ist durch die jüngsten Ereignisse auch der Regierung Sturdzas eingeimpft worden; dasselbe mag neben Gründen der Eitelkeit wesentlich zu dem Besreben beigetragen haben, nicht bloß mit Österreich-Ungarn, sondern mit uns direkt den geheimen Vertrag zu erneuern.

Es ist Spiegelfechterei, wenn Herr Beldiman in Berlin die Möglichkeit eines freundschaftlichen Anschlusses an Rußland andeutet; nur die blasse Furcht läßt Rumänien bei uns eine direkte Rückendeckung suchen, weil man sich auf die österreichische nicht verlassen zu können glaubt; dies habe ich aus Äußerungen des Königs Karl, des Herrn Carp und zuletzt des Ministers Bratianu ent-

nommen, der, sonst Vertrauter Sturdzas, bezüglich der letzten Beldimanschen Flunkereien nicht ganz au fait gewesen zu sein scheint.

Kiderlen

Nr. 5807

Der Gesandte in Bukarest von Kiderlen an das Auswärtige Amt

Entzifferung

Privat für Exzellenz von Holstein Sinaia, den 9. August 1901

Nachträglich höre ich, Herr Sturdza habe als Grund für Abänderung geheimen Vertrages im Sinne direkten Abschlusses auch mit uns noch Gedanken ausgesprochen, deutsch-österreichisches Bündnis resp. Dreibund sei in Fleisch und Blut betreffender Völker übergegangen; das müsse auch für Rumäniens Anschluß an Dreibund so werden.

Dies würde also Veröffentlichung voraussetzen. Ob solche mit unserer allgemeinen Politik vereinbar, wage ich nicht zu beurteilen. Hier wäre sie, soweit ich Verhältnisse übersehe, jedenfalls unheilvoll[1].

Die Russen mögen Rumäniens Beziehungen zu uns ahnen, sie wissen aber nichts Bestimmtes und suchen immer noch Rumänien mit Zuckerbrot und Peitsche zu gewinnen; wissen sie Bestimmtes, käme nur Peitsche. Ob Rumänien der andauernd widerstehen würde, ist mehr als fraglich. Die zahlreichen Schikanen, zu denen Rußland die Macht hat, und von denen es, sobald Vertrag offiziell bekannt, ausgiebig Gebrauch machen würde, würde seitens Rumäniens fortwährende Appelle an die größeren Bundesgenossen hervorrufen, die recht unbequem würden. Ferner würde das Bündnis steter Gegenstand des Parteigezänks; die jeweilig am Ruder befindliche Partei würde fortgesetzt, um Nützlichkeit Bündnisses zu beweisen, kleine Dienste von uns gegen Rußland verlangen.

Ich wollte vorstehendes nicht zum Gegenstande amtlichen Berichts machen, da ich nicht weiß, ob Herr Sturdza seinen Gedanken weiter verfolgen wird. Ich wollte die Sache aber auch nicht ganz unterdrücken, weil ich nicht weiß, wie weit Wien gegen Sturdzas Idee, wenn er damit herauskommt, widerstehen würde.

Kiderlen

Bemerkung des Grafen von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
Ganz einverstanden B.
Randbemerkung des Grafen von Bülow:
[1] Richtig

Nr. 5808

Der Geschäftsträger in Wien Freiherr von Romberg an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 191 Wien, den 28. August 1901
Ganz vertraulich

Graf Goluchowski sagt mir, seine Verhandlungen mit Herrn Sturdza seien befriedigend verlaufen. Er glaube, es sei ihm gelungen, dem rumänischen Ministerpräsidenten den Gedanken an eine inhaltliche Umwandlung des Bündnisses auszureden. Er habe ihm auseinandergesetzt, daß es doch unmöglich sei, Rumänien zuliebe den Charakter des Dreibundes zu ändern, und Herr Sturdza habe dies anscheinend auch eingesehen.

Was den Wunsch Rumäniens nach einer formalen Änderung des Vertragsverhältnisses anbetreffe, so meinte Graf Goluchowski, daß er hiergegen keine Bedenken habe, er erblicke darin eine rein äußerliche Formalität und befürchte davon keine ungünstige Beeinflussung der Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien. Allerdings könne er auch nicht einsehen, was die Rumänen sich außer einer gewissen Befriedigung ihrer nationalen Eitelkeit für praktischen Nutzen davon versprechen könnten.

Da er den Eindruck habe, daß auch Euere Exzellenz diesem rumänischen Wunsche gegenüber keine erheblichen Bedenken hegten, so habe er Herrn Sturdza gesagt, daß Österreich-Ungarn gegen die Umwandlung des jetzigen Verhältnisses in einen Viererbund nichts einzuwenden habe.

Graf Goluchowski behält sich vor, Euerer Exzellenz noch genauere Mitteilung von dem Ergebnis seiner Besprechungen mit Herrn Sturdza zukommen zu lassen. Da die Sache aber keine Eile habe, so werde er Herrn von Szögyény nach Ablauf seines Urlaubes beauftragen, sich wegen der weiteren Behandlung der Angelegenheit direkt mit Euerer Exzellenz ins Einvernehmen zu setzen.

Im Anschluß hieran darf ich Euerer Exzellenz noch einige bemerkenswerte Äußerungen, die der Chef des Generalstabes, Feldzeugmeister Freiherr von Beck, gegenüber dem Militärattaché der Kaiserlichen Botschaft, Major von Bülow, betreffend das Verhältnis Rumäniens zum Dreibunde, gemacht hat, zur Kenntnis bringen.

Freiherr von Beck führte aus, daß er es für überaus wichtig halte, die Verhandlungen, die jetzt mit Rumänien geführt würden, zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen. Der Zeitpunkt sei hierfür günstig, weil die Rumänen durch das Erscheinen der russischen Torpedoflotille in der unteren Donau und durch die jüngsten Ereignisse in

Mazedonien* Rußland gegenüber in eine sehr ängstliche Stimmung versetzt worden seien. Diese Stimmung sowie den derzeitigen Einfluß der dreibundfreundlichen Elemente in Rumänien müsse man dazu ausnutzen, um Rumänien zu einer ausgiebigeren Entfaltung seiner militärischen Hülfskräfte zu veranlassen und zu verhindern, daß Vertreter einer entgegengesetzten Politik maßgebenden Einfluß erlangten. Denn darüber dürfe man sich keinem Zweifel hingeben, daß der Gedanke an eine Allianz mit Rußland und Frankreich in Rumänien zahlreiche Anhänger habe. Die Bestrebungen dieser Partei könne nur ein wirklich fester Anschluß Rumäniens an den Dreibund unschädlich machen.

Zu Seiner Majestät dem König Karol sowie zu Sturdza und Carp, fuhr Freiherr von Beck fort, habe er das größte Vertrauen. Der Kronprinz von Rumänien habe ihm einen guten und militärisch strebsamen Eindruck gemacht, er sei aber viel weniger energisch und selbstbewußt als sein königlicher Oheim, und auch aus diesem Grunde sei es wichtig, Schwankungen in der rumänischen auswärtigen Politik, die sich bei einem eventuellen Thronwechsel ergeben könnten, beizeiten vorzubeugen.

Frhr. von Romberg

Nr. 5809

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Gesandten in Bukarest von Kiderlen

Konzept

Nr. 321 Berlin, den 6. September 1901
Geheim

Zu Ew. vertraulichen Orientierung bemerke ich, daß in der Frage der Umänderung der Bündnisse die österreichische Diplomatie sich nunmehr offen auf die rumänische Seite stellt. Am weitesten geht der Markgraf Pallavicini**, welcher in einer Unterhaltung mit dem Kaiserlichen Geschäftsträger in Wien dafür plädierte, daß man den rumänischen Expansionsgelüsten doch in irgendeiner Weise werde Rechnung tragen müssen. Graf Goluchowski hat bisher zu der Erwerbsklausel sich ablehnend verhalten, wünscht jedoch die formale Umwandlung des Vertrages in rumänischem Sinne. Herr von Szögyény soll darüber im Oktober mit dem Herrn Reichkanzler verhandeln. Feldzeugmeister Baron Beck befürwortete dringend dem Kaiserlichen Geschäftsträger gegenüber das Eingehen auf die rumäni-

* Vgl. dazu Kap. CXVII.
** Österreich-ungarischer Gesandter in Bukarest.

schen Wünsche, da sonst zu befürchten sei, daß die russophile Partei das Oberwasser bekomme.

Bei der Erwägung dieser Frage darf man nicht übersehen, daß die Interessen Österreichs hierbei nicht notwendig identisch mit den unsrigen sind. Wir wünschen unser Verhältnis zu Rußland tunlichst zu schonen, während der österreichischen Diplomatie vielleicht mit einer Verschärfung der deutsch-russischen Beziehungen gedient wäre. Die österreichisch-russische Abmachung oder Abrede vom Jahre 1897* scheint nicht mehr vorzuhalten, da der „Pester Lloyd" droht, Österreich-Ungarn werde eventuell wieder auf den Status quo ante d. h. die Politik der freien Hand Rußland gegenüber zurückkommen. Es dürfte dann also aus jener Abrede nichts übrigbleiben als eine Verschlechterung der österreichisch-italienischen Beziehungen, welche bereits im Sommer 1897 in Berlin Herrn von Szögyény vorhergesagt wurde, als natürliche Folge der Klausel, daß beim Zusammenbruche des Türkischen Reiches Albanien selbständig werden und überhaupt keine Großmacht noch Gebiet auf der Balkanhalbinsel erwerben solle.

Durch die vorgeschlagene Neuordnung und Verschmelzung der Bündnisverträge werden diese mehr in den Vordergrund geschoben und zum Gegenstande mißtrauischer Beobachtung und Erörterung gemacht. An den Dreibund hat sich die Welt gewöhnt. Rumäniens Verhältnis zu demselben wird allgemein als ein ungezwungen freundschaftliches angesehen. Wenn Rumänien dem Dreibunde offen beitritt, so wird, wie Ew. sehr richtig ausgeführt haben, Rußland das junge Königreich schlecht behandeln und letzteres wird sich um Abhülfe seiner Schmerzen naturgemäß an seine Verbündeten wenden. Der Akt des festeren und mehr offenkundigen Zusammenschließens hat an sich schon eine Spitze gegen Rußland und nur gegen Rußland, eine Rückwirkung auf die deutsch-russischen Beziehungen ist daher unvermeidlich. Dazu kommt dann noch als Konsequenz die Notwendigkeit unangenehmer Auseinandersetzungen mit Rußland wegen rumänischer Beschwerden. Aus dem Zusammenwirken dieser Ursachen würde sich eine Erschwerung der politischen Gesamtlage Deutschlands ergeben, wie solche eine pflichtbewußte Regierung nicht ohne Notwendigkeit ihrem Lande aufladen kann. Mit einem Worte, wir können uns auf eine sensationelle Umformung der Bündnisverträge nicht einlassen, solange für dieselbe kein anderer Grund vorliegt als der Wunsch, unseren Freunden in Wien und Bukarest gefällig zu sein. Die Neugestaltung und ihre Folgen sind für uns Übel, die wir nur auf uns nehmen würden, wenn erwiesen wäre, daß allein auf diesem Wege größere Übel zu vermeiden sind. Man würde diese Frage ernstlich erwägen müssen von dem Augenblick an, wo man sich wirklich der Gefahr gegenübersähe, daß Rumänien nach der antiösterreichischen Seite hin abschwenkt und mit russischer bezw. panslawistischer Unterstützung

* Vgl. Bd. XII, Kap. LXXIX.

Irredentapolitik gegen Ungarn macht. Aus Ew. bisheriger Berichterstattung ist nicht zu entnehmen, daß Sie diese Gefahr als akut betrachten, obschon Sie allerdings in dem Bericht Nr. 88 vom 29. v. Mts. ein recht interessantes und lebendiges Bild von der russischen Agitation entwerfen. Für die Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und dem österreichischen Botschafter, welche im Oktober bevorstehen, werden Ihre ferneren Wahrnehmungen eine wertvolle Unterlage bilden.

Eine Erwerbsklausel werden wir keinenfalls annehmen und selbst eine rein formale Umgestaltung der Bündnisse nur sehr ungern, mit dem Bewußtsein, daß dadurch die Lasten des Deutschen Reiches nicht unwesentlich vermehrt werden.

Richthofen

Nr. 5810

Der Botschafter in Wien Fürst zu Eulenburg an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 246 Wien, den 11. November 1901
Geheim

Graf Goluchowski hat die Absicht, durch den demnächst auf seinen Posten in Berlin zurückkehrenden Botschafter, Herrn von Szögyény, Euerer Exzellenz genauere Angaben über seine Besprechungen mit König Karol und dem Ministerpräsidenten Herrn Sturdza machen zu lassen. Inzwischen hat er mir das Wesentlichste mitgeteilt.

Zwei Punkte sind in Frage gekommen. Der erste betraf die Abschließung gesonderter Verträge zwischen Rumänien und den Dreibundstaaten und eine gemeinschaftliche Ratifizierung derselben.

Graf Goluchowski hat darauf hingewiesen, daß, wenn der Vertrag geheim bleiben solle, der große Apparat von Besprechungen und Urkunden die Chance der Geheimhaltung wesentlich vermindern würde und er daher riete, bei der bestehenden Form zu verbleiben.

König Karol, dem es wesentlich darauf anzukommen schiene, mit Deutschland einen direkten Vertrag zu haben, hat den Gedanken ausgesprochen, nur mit Deutschland und Österreich das Abkommen zu schließen und das indiskrete Italien herauszulassen. Hierauf hat Graf Goluchowski erwidert, daß der Sturm verletzter Eitelkeit, der alsdann in Italien hervorbrechen werde, schlimmer als alle Indiskretionen wirken könne.

Da trotzdem der König auf seinem Wunsche, einen Vertrag mit Deutschland zu besitzen, zu bestehen schiene, habe er, Graf Goluchowski, jetzt nochmals auf die Schwierigkeiten bezüglich Italiens hinweisen lassen und zugleich wiederum hervorgehoben, daß die

Abschließung von so vielen Verträgen wohl besser vermieden würde. Graf Goluchowski glaubt, daß nunmehr diese Neuerung unterbleiben und es bei der bisherigen Form sein Bewenden haben wird.

Der zweite Punkt der Besprechungen bezog sich auf das Projekt Rumäniens, bei einem Einmarsch der Bulgaren in Mazedonien einen bestimmten Teil Bulgariens als Faustpfand zu besetzen und die Durchführung von den Dreibundmächten garantiert zu erhalten.

Hierauf hat Graf Goluchowski erwidert, daß ein derartiger Artikel des Vertrages den Charakter des Defensivbündnisses total ändern würde. Auch seien gewissermaßen die Dreibundmächte von dem Ministerium in Bukarest abhängig, welches bei jedem beliebigen bedrohlich aussehenden Putsch in Mazedonien den Zeitpunkt der Besetzung des ersehnten Stückes für gekommen erachten könnte.

Sowohl König Karol als Herr Sturdza haben diese Argumente anerkannt und den Gedanken fallen lassen.

P. Eulenburg

Bemerkung von Holsteins am Kopf des Schriftstücks:
Der Herr Reichskanzler wird, falls Herr von Szögyény die Sache zur Sprache bringt, an der stillschweigenden (natürlich unveränderten) Verlängerung festhalten. Hiervon dürfte in Wien, sowie auch, zusammen mit dem Berichte, Herrn von Kiderlen Kenntnis zu geben sein.

Nr. 5811

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

Berlin, den [5.] Dezember 1901

Am 7. Mai 1899 hat der Herr Reichskanzler dem österreichisch-ungarischen Herrn Botschafter mittelst Begleitschreibens die folgende Verbalnote übersandt:

„Die Dauer des zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien 1892 abgeschlossenen und im Jahre 1896 verlängerten Geheimvertrags wird im Art. 5 dieses Vertrags geregelt. Der letzte Absatz dieses Artikels lautet: ‚Si une année avant son expiration le présent traité n'est pas dénoncé ou si la revision n'en est pas demandée par aucune des hautes Parties contractantes, il sera considéré comme prolongé pour la durée de trois autres années.'

Auf Grund dieser Fassung des Artikels und folgend den allgemein üblichen Grundsätzen bei Interpretation von Verträgen geht

die Kaiserliche Regierung, welche dem Geheimvertrage im November 1892 beigetreten ist, von der Auffassung aus, daß der Vertrag für jeden vertragschließenden Teil, welcher nicht im Jahre vor Ablauf desselben seinen Rücktritt erklärt hat, stillschweigend weiterläuft. Da eine Kündigung seitens der Regierung Seiner Majestät im Laufe dieses Jahres nicht erfolgt ist, so erachtet dieselbe sich mithin nach wie vor an die Bestimmungen des Vertrags für gebunden.

Bereits im Dezember v. Js.* war die Kaiserliche Regierung in der Lage, dem rumänischen Gesandten in Berlin auf seine Anfrage die vorstehende Auffassung über die Dauer ihrer Vertragspflichten schriftlich mitzuteilen und ist mit ihrer Darlegung dem Einverständnis und dem vollen Genügen Seiner Majestät des Königs Karl begegnet."

Die Kaiserliche Regierung hält fest an der vorstehend entwickelten Auffassung, daß unser Adhäsionsverhältnis zum rumänischen Vertrage stillschweigend verlängert wird, solange keine Kündigung erfolgt, selbstredend unter der Voraussetzung der unveränderten Fortdauer des österreichisch-rumänischen Vertrags. Durch die Verbalnote, welche eine authentische Interpretation des Vertrags bildet, haben wir uns rechtsgültig gebunden. Die Gründe, welche uns veranlassen, auf dieser Vertragsgrundlage stehenzubleiben und jede Veränderung derselben sowie auch jede überflüssige Formalität abzulehnen, sind der Kaiserlichen Botschaft in Wien bekannt und von derselben auch zur Kenntnis des Grafen Goluchowski gebracht worden. Letzterer stellte sich, wie aus dem hier beiliegenden Berichte des Fürsten Eulenburg vom 11. November d. Js.** hervorgeht, ganz auf unseren Standpunkt, namentlich hinsichtlich der unvermeidlichen Gefahr, welcher die Geheimhaltung des Vertragsverhältnisses durch den großen Apparat von Besprechungen, Urkunden pp. ausgesetzt werden würde. Wenn Graf Goluchowski jetzt lediglich aus Rücksicht für Herrn Sturdza seinen Standpunkt (wenn auch wahrscheinlich nicht seine innere Ansicht) geändert hat, so bedauert die Regierung Seiner Majestät des Kaisers, auf diesem Wege der Konzessionen nicht folgen zu können. Deutschland hat sich durch die obige Verbalnote Österreich-Ungarn gegenüber verpflichtet, in jenem Vertragsverhältnis mit den Modalitäten, welche seit dem ersten Vertragsschlusse unverändert fortbestanden haben und bisher für ausreichend erachtet wurden, auch fernerhin bis auf weiteres auszuharren. Über die Konzession, welche wir hiermit dem Wiener Kabinett gemacht haben, können wir nicht hinausgehen.

Holstein

---

* Vgl. Bd. XI, Kap. LXIX, Anhang B, Nr. 2832.
** Siehe Nr. 5810.

Nr. 5812

Note

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet
Dem österreich-ungarischen Botschafter von Szögyény-Marich unsigniert übersandt

Berlin, den 14. April 1902

Die Kaiserliche Regierung hat gegen den ihr von der österreichisch-ungarischen Regierung mitgeteilten Text des Vertragsentwurfs, mittelst dessen der zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien bestehende Allianzvertrag erneuert werden soll, Bedenken nicht zu erheben und wird daher bereit sein, nachdem der Vertrag zwischen den beiden Kontrahenten perfekt geworden sein wird, ihre Akzession dazu zu erteilen, sobald die Verlängerung des Dreibundvertrags selbst erfolgt sein wird. Der Vertrag zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien vom 25. Juli 1892, zu dessen Erneuerung der gegenwärtige Vertragsentwurf bestimmt ist, hatte, gleich den ihm voraufgegangenen Stipulationen des Jahres 1883, nach der zweifellosen Absicht aller Beteiligten ausschließlich den Zweck, den Anschluß Rumäniens an den Dreibund herbeizuführen. Das Bündnisverhältnis zu Rumänien hatte also die Existenz und Fortdauer des Dreibundvertrags zur notwendigen Voraussetzung, wie dies übrigens auch in der Zeitfolge zwischen den verschiedenen Anschlußakten mit Rumänien und den denselben jedesmal voraufgehenden Akten, durch welche die Dauer des Dreibunds selbst verlängert wurde, bisher zum Ausdruck gelangt ist.

Nach Ansicht der Kaiserlichen Regierung wird es sich empfehlen, an diesem bewährten Verhältnis zwischen dem Hauptvertrag der Dreibundstaaten untereinander und den akzessorischen Stipulationen Rumäniens mit den einzelnen Dreibundstaaten auch gegenwärtig nichts zu ändern.

Nur wenn die Abschlüsse mit Rumänien erst nach erfolgter Erneuerung des Dreibundvertrages selbst stattfinden, wird es übrigens möglich sein, dem rumänischerseits geäußerten Wunsche zu entsprechen, daß das Bündnis mit Rumänien in bezug auf Dauer und Verlängerungsmodalitäten mit dem Hauptvertrag in Übereinstimmung gebracht wird.

Nr. 5813

Der Gesandte in Bukarest von Kiderlen an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 32 Bukarest, den 22. April 1902
Geheim

Der österreichisch-ungarisch-rumänische Vertrag ist am 17. d. Mts. unterzeichnet worden. Der Text entspricht dem früheren, enthält am

Schluß aber eine Klausel, wonach der Vertrag ohne vorausgegangene Kündigung immer wieder von selbst auf drei Jahre gültig ist. Der Minister des Äußern ad interim, Jonel Bratianu, ist diesmal bei der Unterzeichnung zugezogen worden.

Kiderlen

Nr. 5814

Mitteilung des österreich-ungarischen Botschafters in Berlin von Szögyény-Marich

Unsignierte und undatierte Reinschrift
Dem Reichskanzler Grafen von Bülow am 24. Mai 1902 übergeben

Was die deutsche Beitrittserklärung zu dem zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien erneuerten Vertrage anbelangt, so legt bekanntlich König Karol großen Wert darauf, daß diese Akzession nicht bloß in Form eines Notenaustausches, sondern so wie in den Jahren 1883 und 1892 mittels eines von den betreffenden Souveränen zu ratifizierenden Protokolles sich vollziehe[1]. Es empfiehlt sich dies auch mit Rücksicht auf die veränderte Fassung des Artikels V des in Rede stehenden Vertrages, laut welcher derselbe, solange er von keinem der Kompaziszenten gekündet wird, als eo ipso fortdauernd erklärt wird. pp.*

Randbemerkung des Grafen von Bülow:
[1] Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph legt besonderes Gewicht darauf, daß wir diesen Wunsch des Königs Carol erfüllen.

Nr. 5815

Der Gesandte in Bukarest von Kiderlen an das Auswärtige Amt

Entzifferung

Nr. 36 Bukarest, den 28. April 1902
Geheim

Der österreichisch-ungarisch-rumänische Vertrag ist ratifiziert worden**.

Wie mir mein österreichischer Kollege anvertraut hat, stand in dem die Ratifikationsurkunde begleitenden Erlaß, in Berlin warte man

* Der Schluß der Mitteilung behandelt die Unterzeichnung des Dreibundvertrages bzw. des deutsch-österreich-ungarischen Bündnisses.
** Siehe den Text bei Pribram, Die Politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914 I, 86 ff.

mit Beitritt bis nach Abschluß des Dreibunds; das Wiener Kabinett glaube dagegen, daß hiesiger Vertrag nur von deutsch-österreichischem Vertrag abhängig sei, und habe deshalb schon jetzt abgeschlossen, „obgleich noch (sic) Hoffnung vorhanden sei, auch mit Italien zum Abschluß zu kommen".

Kiderlen

Nr. 5816

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Klehmet

Eigenhändig

Berlin, den 26. Mai 1902

Der Herr Staatssekretär hat dem österreichisch-ungarischen Botschafter heute gesagt, daß

1. wir mit Rücksicht auf den Wunsch des Kaisers Franz Joseph unsere Anschlußerklärung zu dem österreichisch-ungarisch-rumänischen Vertrage sowie in den beiden früheren Fällen nicht im Wege eines Notenaustauschs sondern in Form eines von den Souveränen zu ratifizierenden Protokolls* abgeben wollten;

(p. n. Dies ist bereits in unserm Entwurf vorgesehen, nur daß die ausdrückliche Bezeichnung als „Protokoll" auch diesmal, ebenso wie früher, unterblieben ist.)

2. wir mit Rücksicht auf den Wunsch des Grafen Goluchowski bereit seien, zur Unterzeichnung des Instruments über die Verlängerung des deutsch-österreichisch-ungarischen Zweibunds schon alsbald, d. h. noch vor der formellen Vollziehung der Dreibunderneuerung zu schreiten**.

Holstein

---

* Siehe den Text des am 12./25. Juli 1902 abgeschlossenen Vertrags bei Pribram a. a. O. I, 88 f.

** Vgl. Kap. CXXII.

Kapitel CXXIV

Italiens militärische Dreibundverpflichtungen 1901—1902

Nr. 5817

Der Militärattaché in Rom Major von Chelius an den Botschafter in Rom Grafen Karl von Wedel

Ausfertigung

J. Nr. 32 Rom, den 5. Februar 1901

Euerer Exzellenz beehre ich mich über eine Unterredung mit dem Chef des italienischen Generalstabs Generalleutnant Saletta vom heutigen Tage nachstehendes ganz gehorsamst zu melden:

Ich hatte mit dem Chef des Generalstabs über einige die III. italienische Armee betreffende Punkte* zu sprechen und lenkte, wie schon mehrmals, hierbei das Gespräch auf die Stellungnahme Seiner Majestät des Königs zum Dreibund.

Generalleutnant Saletta sagte, wie schon früher, der König interessiere sich ungemein für den Aufmarsch der III. Armee und für deren Transport nach Deutschland, ließe sich von ihm alle Details darüber vortragen und habe befohlen, daß keine Änderung in dem Mobilisierungsplan dieser Armee ohne seine Zustimmung vorgenommen werde. Auf meine Frage, ob dieses Interesse rein militärischer Natur sei oder auf politischer Überzeugung beruhe, antwortete General Saletta ungefähr folgendes:

„Früher unter dem verstorbenen König waren diese ganzen Abmachungen eigentlich nur auf dem Papier vorhanden, und niemand glaubte recht an den Ernst derselben[1], obwohl der König sehr dreibundfreundlich gesinnt war; jetzt unter diesem König hat die Sache ein wesentlich anderes Ansehen. Der König ist eine sehr positive Natur und will, daß alles für diesen Fall völlig klar ausgearbeitet werde, um die Rolle des Bundesgenossen Deutschland gegenüber auch tatsächlich vertreten zu können[2]. Die deutsche Armee ist das Vorbild des Königs; Seine Majestät wird alles daran setzen, um im Kriegsfall die III. italienische Armee in bester Verfassung dem deutschen Heere zur Verfügung zu stellen[3].“

* Die dritte italienische Armee war nach den im Jahre 1888 getroffenen Vereinbarungen bestimmt, im Falle eines französisch-deutschen Krieges durch österreichisches Gebiet nach dem Oberrhein transportiert zu werden, um auf dem linken deutschen Flügel Verwendung zu finden. Vgl. Bd. VI, Kap. XLI; Bd. VII, Kap. XLV, Anhang A.

Als ich im weiteren Gespräch einige Wünsche des preußischen Generalstabs, betreffend den Eisenbahntransport der genannten Armee erwähnte, sagte General Saletta, er werde dies Seiner Majestät dem König vortragen, da allerhöchstderselbe sich sogar die Fahrtlisten habe vorlegen lassen, um die möglichste Beschleunigung der Transporte im Interesse der Sache zu studieren.

Ich bemerke hierbei, daß die Stellung des Chefs des Generalstabs in neuester Zeit eine Änderung insofern erfahren hat, als derselbe nunmehr über alle operativen, Mobilmachung, Aufmarsch pp. betreffenden Fragen direkten Vortrag beim König hat, während früher dieses Recht nur dem Kriegsminister zustand und der Chef des Generalstabs an diesen zu berichten hatte. Diese Änderung ist nur in einem Erlaß an den Chef des Generalstabs zum Ausdruck gebracht und in keiner Dienstvorschrift aufgenommen worden, da es mit dem Organisationsgesetz nicht im Einklang steht.

General Saletta fühlt sich sehr gehoben durch die Erhöhung seiner Stellung und betont bei jeder Gelegenheit den persönlichen Vortrag beim König, worauf er sehr stolz ist. Da er selbst ein ganz intensiver Verfechter des Dreibunds ist und nunmehr dem König dauernd über die hierauf basierenden Abmachungen für den Kriegsfall vorzutragen hat, ist diese Erweiterung seiner Stellung auch politisch von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

von Chelius

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wir auch nicht
[2] sehr recht
[3] bravo!

Nr. 5818

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 59 Rom, den 24. Februar 1901
Ganz geheim

Euerer Exzellenz beehre ich mich in der Anlage einen mir erstatteten Bericht des diesseitigen Militärattachés Major und Flügeladjutanten von Chelius, betreffend ein Gespräch mit Seiner Majestät dem Könige Viktor Emanuel III. über die eventuelle kriegerische Verwendung italienischer Truppen am oberen Rhein, ehrerbietigst zu unterbreiten.

Der Standpunkt des Königs, der in höchstdessen Äußerungen zutage tritt, erscheint mir sowohl vom politischen wie vom militärischen Gesichtspunkte aus in hohem Grade bedeutungsvoll, nebenbei

aber liefern diese Äußerungen einen nach meiner Ansicht leider nicht erfreulichen Beitrag zur Charakteristik des Monarchen.

Daß König Viktor Emanuel scheinbar in der Idee lebt, mit der Entsendung von fünf Korps nach Deutschland uns gewissermaßen auf Kosten seines eigenen Landes einen Dienst zu erweisen, zeugt für eine völlig irrige Auffassung der durch einen gemeinsamen Krieg gegen Frankreich geschaffenen strategischen Lage, zeugt für die völlige Verkennung des unumstößlichen Satzes, daß ein solcher Krieg nicht an der italienisch-französischen Alpengrenze und noch weniger an den italienischen Küsten, sondern nur im Herzen Frankreichs zu unseren Gunsten entschieden werden kann.

Seine Alpengrenze kann Italien mit den ihm zu diesem Zwecke zur Verfügung bleibenden fünf Korps mehr als reichlich decken, zur absoluten Sicherung der italienischen Küstenstädte aber gegen ein mögliches Bombardement seitens der französischen Flotte wird auch die ganze Armee nicht genügen.

Ich erachte es für ausgeschlossen, daß Frankreich seeseitig eine Invasion in Italien unternehmen könnte, weil ihm die nötigen Truppen dazu fehlen werden; kleineren Landungsversuchen aber zu begegnen, dürften die weiter disponibel bleibenden zwei italienischen Korps im Verein mit den im Mobilmachungsfalle aufzustellenden Reserveformationen durchaus genügen.

Man vergißt hier, und auch der König scheint sich dieser Erkenntnis zu verschließen, daß für die den italienischen Küsten durch die feindliche Flotte etwa verursachten Schäden nur dann auf einen Ersatz gerechnet werden kann, wenn der Gegner an anderer Stelle niedergeworfen und ihm der Friede diktiert sein wird, daß aber eben an jener anderen Stelle fünf italienische Korps nicht unwesentlich zur siegreichen Entscheidung des Krieges beizutragen vermögen.

Ich frage mich unwillkürlich, ob bei der hier im allgemeinen und so auch in den Äußerungen des Königs hervortretenden Besorgnis ausschließlich die nach militärischen Grundsätzen unberechtigte Furcht um die Sicherheit des eigenen Hauses oder aber der vielleicht unbewußte Hintergedanke, daß wir die Sache, wie bei früherer Gelegenheit, schon allein machen werden, maßgebend ist.

Gewiß hat es seine ernsten Unbequemlichkeiten, fünf Korps den weiten Weg außer Landes zu senden und vielleicht sogar auf die Gefahr hin, daß bei deren Ankunft in Deutschland die ersten Schlachten bereits geschlagen sind, und daß bei ungünstigem Ausgange die Ausschiffungspunkte weiter zurückverlegt werden müßten. Die Lage selbst aber würde dadurch, unter der Voraussetzung redlicher Bundesgenossenschaft, kaum verändert, das Eingreifen einer intakten und relativ starken italienischen Armee auf dem strategischen linken Flügel würde dann vielmehr doppelt ausschlaggebend zu wirken vermögen, während ihr Einmarsch in Frankreich, sofern die ersten Engagements

siegreich gewesen wären, ein starkes Gewicht in die Wagschale der definitiven Kriegsentscheidung legen würde.

Daß der König bei seiner Besorgnis auch mit der Stimmung des eigenen Landes rechnet, erachte ich für zweifellos. Die durch den Ausbruch eines Krieges mit Frankreich hier erzeugte Panik würde anfangs wahrscheinlich einen Sturm der Entrüstung über die durch die Entsendung von fünf Korps nach Deutschland bewirkte Entblößung des eigenen Landes hervorrufen. Wehe aber der Kriegsleitung, die sich in solchen Momenten durch die dann meist blinde öffentliche Meinung in ihren Entschlüssen beeinflußen, sich die auf reiflichen Erwägungen beruhende Initiative aus der Hand winden ließe.

Die Bemerkungen des Generals Saletta über die erwünschte Unterstützung der englischen Flotte bilden, wie Euerer Exzellenz bekannt, von jeher das punctum saliens der italienischen Militärs und Politiker, und es liegt ja auf der Hand, daß Italien durch die Sicherung dieser Unterstützung von dem es hauptsächlich bedrückenden Alp befreit werden würde. Ob damit aber der hypnotische Blick nach den französischen Alpenpässen an Starre verlöre, erscheint mir immerhin noch zweifelhaft. Man hat hier Angst, und Crispi ist alt.

Die Andeutung des Generalstabschefs, daß unsere guten Beziehungen zu England sich möglicherweise im Interesse des italienischen Küstenschutzes ausnutzen ließen, gibt mir keinen Anlaß zu näherem Eingehen.

Und was nun endlich die bedeutungsvolle Versicherung des Königs betrifft, daß, nach der Aussage eines Verwandten Ihrer Majestät der Königin, unsere und die italienische Mobilmachung, die Transportdauer und die Ausschiffungspunkte der III. italienischen Armee in Frankreich genau bekannt seien, so dürfte derselben mit großer Reserve zu begegnen sein.

Leider weiß ich nicht, wer dieser Verwandte ist, aber ich vermag nicht zu glauben, daß der französische Generalstab einen solchen Verwandten in seine tiefsten und wichtigsten Geheimnisse einzuweihen sich berufen fühlen könnte. Ich kann mir daher keinen anderen Vers auf diese Behauptung machen, als daß man versucht hat, den König auf diesem Wege einzuschüchtern, oder aber, daß er sich diese Selbstentschuldigung für seine Besorgnis auf vielleicht kleinen Indizien aufgebaut hat. Sollte aber wirklich ein Verwandter der Königin hier als Warner eine Rolle gespielt haben, so würde das nur darauf hindeuten, daß man von jener Seite Intrigen zu gewärtigen hat.

Mir will es scheinen, daß, wenn dem Könige wirklich eine so ernste und wichtige Mitteilung aus sicherer Quelle zugegangen sein sein sollte, er als Verbündeter seinen Generalstabschef beauftragt haben würde, in Berlin die nötige Orientierung eintreten zu lassen.

Wenn ich hiernach das Fazit aus meinen Eindrücken ziehe, so ist dasselbe kein erfreuliches. Erfreulich ist allerdings die offene Art, in der

der sonst zurückhaltende König sich dem Major von Chelius gegenüber geäußert hat, weil ich darin einen nicht zu unterschätzenden Beweis des Vertrauens zu Deutschland, zum mindesten aber „reinen Wein" finde.

Die Beklemmungen aber, die dem bis jetzt als willenskräftig und zielbewußt geltenden Könige schon der Gedanke an eine energische militärische Aktion außer Landes verursacht, mahnen immerhin zur Vorsicht und lassen es mir ratsam erscheinen, die Teilnahme italienischer Truppen an unseren eventuellen Operationen in Frankreich zum mindesten nicht als einen absolut sicheren Faktor in unseren stategischen Kalkül einzustellen.

Wenn ich hiernach pflichtmäßig meiner Beurteilung der Verhältnisse Ausdruck gegeben, so darf ich damit die Versicherung verbinden, daß ich mich von jeder pessimistischen Anwandlung frei fühle. Nach wie vor erachte ich die Allianz mit Italien nicht nur für nützlich, sondern für notwendig, zur wirklich aktiven Geltung wird dieselbe aber freilich mit Sicherheit wohl nur dann kommen, wenn die englische Flotte Italien diejenige Rückendeckung gewährt, ohne die es sich kaum ohne weiteres entschließen wird, die wenn auch unausführbare Verteidigung der eigenen Küsten zu schwächen.

Im übrigen erinnere ich mich bei dieser Gelegenheit eines Wortes des verstorbenen Fürsten Bismarck, der mir vor längeren Jahren einmal sagte, er verspreche sich von der Allianz mit Italien nur den allerdings nicht zu unterschätzenden Vorteil, „daß es Österreich nicht in die Hacken beiße".

Graf C. Wedel

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Sehr gut und richtig.

Anlage

Der Militärattaché in Rom Major von Chelius an den Botschafter in Rom Grafen Karl von Wedel

Ausfertigung

J. Nr. 65 Rom, den 23. Februar 1901
Geheim

In meinem Bericht vom 5. d. Mts.* hatte ich die Ehre, Euerer Exzellenz Meldung zu erstatten über eine Unterredung mit dem Chef des hiesigen Generalstabs Generalleutnant Saletta, welcher bei Gelegenheit einer Besprechung über die im Mobilmachungsfall nach Deutschland designierte III. italienische Armee das politische Gebiet streifte.

* Siehe Nr. 5817.

Bei einem zweiten Besuch, welchen ich vor einigen Tagen dem genannten General machte, um ihm die neuen Fahrtlisten zu überreichen, berührte derselbe dieses Gebiet in erhöhtem Maße, und beehre ich mich, Euerer Exzellenz nachstehendes hierüber zu melden:

Ich hatte bei der ersten Unterredung im Auftrage Seiner Exzellenz des Herrn Grafen von Schlieffen die Frage gestellt, ob es nicht möglich wäre, den Transport beziehungsweise die Mobilmachung der III. Armee um einige Tage zu beschleunigen, worauf Generalleutnant Saletta versprach, dieser Frage näherzutreten und sie vor allem in der Eisenbahnabteilung bearbeiten zu lassen. Bei Gelegenheit meines zweiten Besuchs sagte Generalleutnant Saletta, eine Beschleunigung der Mobilmachung der zur III. Armee gehörigen Korps sei zwecklos, da die Eisenbahngesellschaften doch nicht früher mit Bereitstellung des ohnehin sehr knappen Materials fertig sein könnten, eine Beschleunigung des Transports sei ferner kaum ausführbar, da von den betreffenden Bahnen bereits die höchste Leistungsfähigkeit hierfür gefordert sei. Hierbei kam Generalleutnant Saletta auf die Küstenbahn Rom—Pisa—Genua zu sprechen, welche im Kriegsfall wegen der Gefährdung vom Meere her als unbenutzbar angesehen wird, und sagte: „Wenn England, welches jetzt so befreundet ist mit Deutschland, uns im Tyrrhenischen und Ligurischen Meere den Schutz dieser Küstenbahn garantierte, wären wir in der Lage, den Aufmarsch im ganzen zu ändern und auch den Transport der III. Armee zu beschleunigen."

Ich hielt diese Äußerung zunächst für eine rein persönliche Bemerkung, mußte ihr jedoch im weiteren Gespräch eine größere Bedeutung beilegen, da Generalleutnant Saletta näher darauf einging und nachdrücklich sagte: „Wenn wir diese Zusicherung von England bekommen könnten, wären wir bereit, im Mittelmeer England zu unterstützen[1], woraus letzteres einen erheblichen Vorteil ziehen könnte."

Auf meinen Einwurf, daß ich bezweifelte, ob England überhaupt jemals eine derartig bindende Zusage für den Kriegsfall übernehmen würde, um hierauf den italienischen Aufmarsch basieren zu können, erwiderte Generalleutnant Saletta: „Italien gegenüber vielleicht am ersten, da wir England im Mittelmeer von großem Nutzen sein können und England immer zugreift, wenn es Vorteil haben kann[2]." Auf meine Frage, welche Konzessionen er von seiten Italiens England gegenüber im Auge habe, meinte Generalleutnant Saletta: „Die Dispositionen über die wichtigsten Plätze wie Maddalena, Spezia, Messina sowie andere Zugeständnisse an der Küste und vor allem die Übernahme der Sperrung der Linie Marsala—Cap Bon. Der jetzige Augenblick erscheine ihm sehr günstig, um diese Frage einmal anzuregen."

Da Generalleutnant Saletta dieses Gespräch mit einem gewissen Nachdruck führte, fragte ich ihn, ob er es wünsche, daß diese Ansicht in Berlin zum Ausdruck gebracht werde, worauf er erwiderte, es läge ihm sehr viel daran. —

Wie ich in meinem Bericht vom 5. d. Mts. Euerer Exzellenz zu melden die Ehre hatte, hat Generalleutnant Saletta neuerdings persönlichen Vortrag beim König und bespricht mit allerhöchstdemselben alle Vorbereitungen für den Kriegsfall, vor allem auch die Verhältnisse der III. Armee.

In Anbetracht dessen hatte ich nach der geschilderten Unterredung den bestimmten Eindruck, daß der vom Generalleutnant Saletta ausgesprochene Gedanke nicht eine rein persönliche Meinungsäußerung als Generalstabschef gewesen ist, sondern der General hiermit gleichzeitig einem höheren Gedanken Ausdruck geben wollte, vielleicht in der Absicht oder im Auftrage, ihn in dieser Form an die geeignete Stelle zu lancieren.

Da ich am folgenden Tage eine Audienz bei Seiner Majestät dem König nachsuchte, um allerhöchstdemselben im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers und Königs das preußische Armeegewehr Modell 98 zu überreichen, nahm ich mir vor, im Lauf der Unterhaltung den Transport der III. Armee zu berühren, um obiges festzustellen.

Seine Majestät hat mich heute empfangen, allerhöchstderselbe war äußerst gnädig und zog mich, nachdem das Gewehr, welches dem König eine große Freude bereitet hat, in allen Teilen besichtigt war, in ein längeres Gespräch, bei welchem es leicht war, die III. Armee und ihren Transport zu erwähnen.

Ich bemerke zuvor, daß der König den vom Generalleutnant Saletta ausgesprochenen Gedanken nicht berührte, sondern, als ich auf eine Äußerung des Königs, betreffend die schwierigen Eisenbahnverhältnisse in Italien, die für Transporte im Mobilmachungsfall unbenutzbare Küstenbahn Rom—Pisa erwähnte, dem Gespräche eine andere Wendung gab.

Der König sagte jedoch bei Erwähnung der III. Armee ungefähr folgende bedeutsame Worte: „Der Transport ist sehr schön ausgearbeitet und wird auch der Abmachung gemäß so durchgeführt werden — aber, offen gesprochen, ein Freund dieser Sache bin ich nicht, und dies kann mir als König von Italien niemand verdenken. Ich habe schon früher als Präses der Landesverteidigungskommission mich dagegen ausgesprochen. Wenn man im Mobilmachungsfall fünf der besten Korps und zwei Kavalleriedivisionen außer Landes schicken soll, so ist das für Italien keine Freude[3]! Was bleibt dann übrig zum Schutz des Landes und seiner Küste[4]? Außerdem dieser endlose Transport durch Österreich bis zum 28. Mobilmachungstag! Die Armee kommt doch zu spät, denn bis zu ihrer Verwendungsfähigkeit ist die Entscheidung wahrscheinlich längst gefallen.“ Der König fragte mich hierauf, ob man in Deutschland glaube, daß der französische Generalstab nicht genau über diesen Plan orientiert sei. Als ich versuchte, dies in Zweifel zu ziehen, fuhr der König fort: „Ich kann Ihnen sagen, daß man dort alles weiß. Ein Verwandter meiner

Frau, der in Frankreich ist, sagte mir, man kenne dort nicht nur die ganze deutsche und italienische Mobilmachung, sondern wisse sogar genau die Transportdauer und Ausladestationen der III. Armee südlich Straßburg. Danach werden die Franzosen bei Verteilung ihrer Kräfte handeln und unsere Schwäche hier auszunützen suchen[5]."

Als ich hierauf anführte, daß zum Aufmarsch an der Nordwestgrenze doch noch mindestens vier bis sechs Korps vorhanden seien, sagte der König: „Das ist nicht viel; außerdem müssen viele Städte besetzt bleiben, da sie zu exponiert sind. An der Schweizer Grenze sind ferner die Verhältnisse neuerdings auch derartig geworden, daß man dort die ganze Linie besetzt lassen muß[6]. Wie gesagt, ich bin kein Freund dieses Plans." —

Dies waren ungefähr die Worte des Königs, mit aller Ruhe und Überlegung gesprochen. Auf eine Bemerkung meinerseits über die Küstenbahn ging Seine Majestät, wie bereits gesagt, nicht ein, sondern warf abbrechend ein: „Nun bekommen wir ja wieder einen französischen Militärattaché hierher; ich habe den Obersten Baratieri vom Generalstab für Paris bestimmt, er wird jedoch erst an demselben Tage wie der Franzose ernannt, damit es gleichzeitig veröffentlicht werden kann. Sein Vorgänger hier — Oberst Pinconnière — war sehr geschickt und hat sich skandalös benommen."

Nochmals auf das Gewehr, welches ich zu überreichen die Ehre hatte, zurückkommend, verabschiedete mich Seine Majestät in der huldvollsten Weise. —

Ob der König hinter dem vom Generalleutnant Saletta angeregten Gedanken steht oder nicht, geht, wie erwähnt, aus der Unterredung nicht direkt hervor; ein indirekter Zusammenhang kann darin gefunden werden, daß der König durch die übernommene Verpflichtung, die III. Armee nach Deutschland abgeben zu müssen, in weitgehender Besorgnis um die Sicherheit des Landes und der Küste anderweitiger Hilfe wohl nicht abgeneigt wäre. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß der König hier nur als Soldat gesprochen hat, und daß allerhöchstdemselben dieser Standpunkt zurzeit noch wesentlich näher liegt als der einer großen Weltpolitik. Von rein militärischem Gesichtspunkte aus möchte eben der König bei den jetzigen Verhältnissen des Landes alle Kräfte am liebsten in Italien behalten und vorläufig nur ungern die Verpflichtungen erfüllen, die er bei seinem Regierungsantritt vorgefunden hat.

Inwieweit die in meinem Bericht vom 5. d. Mts. angeführten Äußerungen des Generalleutnants Saletta hiernach eine Abschwächung erfahren müssen, bleibt vorläufig eine offene Frage. Dieser ist eine Persönlichkeit, welche, wie ich glaube, volles Vertrauen unsererseits verdient, und welcher nur von günstigem Einfluß auf den König sein dürfte.

von Chelius

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 !
2 Der Herr General ahnt aber nicht wie gering die Engländer die Italiener militärisch einschätzen
3 aber ein Vortheil!
4 eine starke Flotte mit dem besten Schiffsmaterial Europa's!
5 um so besser, daß man das weiß; man kann danach handeln und die Ausladestellen verschieben
6 ! !

Nr. 5819

Der Chef des Generalstabs der Armee General der Kavallerie Graf von Schlieffen an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 1794 ZA Berlin, den 12. März 1901
Geheim

Euerer Exzellenz beehre ich mich zu dem mir auf allerhöchsten Befehl mitgeteilten von dem Kaiserlichen Botschafter Grafen von Wedel eingereichten Bericht des Majors und Flügeladjutanten von Chelius vom 23. Februar d. Js.* nachstehendes ganz ergebenst zu bemerken:

Das Abkommen über den Transport italienischer Truppen an den Oberrhein ist nicht auf Wunsch Deutschlands abgeschlossen worden, sondern allein auf die Initiative Italiens zurückzuführen**. Es war ein anerkennenswerter Entschluß dieses Landes, die Hälfte seiner Armee außer Landes zu schicken, einem fremden Oberbefehl anzuvertrauen und der Ungewißheit zu überlassen, wie sie bei einem etwaigen Mißgeschick die Heimat wieder erreichen würde. Dieser Entschluß wurde aber erst gefaßt, nachdem die Franzosen an der Alpengrenze von der neutralen savoyischen Zone bis zum Mittelmeer sämtliche Pässe, man kann sagen jeden Weg und Steg, durch Be-

* Siehe Nr. 5818, Anlage.

** In diesem Zusammmenhang verdient Erwähnung, daß auch die Initiative zu „einer Verständigung der Dreibundmächte über die in einem gemeinschaftlichen Kriege zur See zu ergreifenden Maßnahmen" von italienischer Seite ausgegangen ist. Auf Anregung und Betreiben des italienischen Generalstabes fand im Herbst 1900 in Berlin eine Konferenz von Admiralstabsoffizieren zum Zwecke einer solchen Verständigung statt. Aus den Beratungen der Konferenz ging ein „Übereinkommen zwischen dem Admiralstabe der Kaiserlichen Deutschen Marine, dem Königlich Italienischen Marineministerium und der Marinesektion des k. u. k. österreichisch-ungarischen Reichskriegsministeriums" hervor, das, am 5. Dezember unterzeichnet, kurz darauf von Kaiser Wilhelm II. genehmigt wurde. Das Abkommen findet sich nicht bei den Akten des Auswärtigen Amts. Vgl. Pribram a. a. O. I, 241, nebst Anm. 249.

festigungen gesperrt hatten. Der ursprüngliche Plan, mit der italienischen Armee das Hochgebirge zu überschreiten und, in nordwestlicher Richtung vormarschierend, sich dem linken deutschen Flügel anzuschließen, war durch die Herstellung eines sorgfältig durchdachten Befestigungssystems vereitelt. Der dann gefaßte Gedanke, durch die neutrale Schweiz die Vereinigung mit den deutschen Armeen zu suchen, mußte bald aufgegeben werden, als die Schweiz zunächst den Gotthardpaß befestigte, später die Straße im Rhonetal durch die Werke von St. Maurice verlegte*. Wollte Italien sich nicht passiv auf die Verteidigung des Landes beschränken, sondern wollte es seinen Verpflichtungen als Verbündeter Deutschlands nachkommen und gegen Frankreich Krieg führen, so blieb ihm nur die Wahl zwischen einer Landung an der südfranzösischen Küste oder einem Truppentransport durch Österreich und Süddeutschland. Einer Landung mußte die Vernichtung oder wenigstens Unschädlichmachung der feindlichen Flotte vorausgehen. Um diese Vorbedingung zu erfüllen, fehlt den Italienern nicht so sehr eine genügend starke Flotte wie das Selbstvertrauen und der fröhliche Mut, einen Waffengang auf hoher See mit dem immerhin stärkeren Gegner zu wagen. Die Erinnerung an Lissa legt sich lähmend auf den Unternehmungsgeist einer Flotte, welche noch vor kurzem die besten Schiffe der Welt besaß. Nur England kann der italienischen Armee zu einer Landung bei Nizza oder Marseille verhelfen. Um diese zu einer bedeutenden Operation zu machen, dazu würden voraussichtlich die Transportmittel fehlen. Wenn sie aber auch zu beschaffen wären, so würde auch ein größeres — geschweige denn ein kleineres — Unternehmen an den Seealpen oder der unteren Rhone auf die in Lothringen sich abspielenden Ereignisse keinen nennenswerten Einfluß ausüben. Die Franzosen würden, oder könnten wenigstens, das italienische Korps, welches gelandet wäre, ruhig in das Land hineinmarschieren lassen. Nach einem französischen Siege in Lothringen würde es sich bald von der Landungsstelle abgeschnitten und der Vernichtung preisgegeben sehen.

Mit Recht entschieden sich daher die Italiener für den Eisenbahntransport durch Österreich. Das Erscheinen einer italienischen Armee am Oberrhein bringt Deutschland nur bedingten Nutzen. Sie erreicht sehr spät ihre Bestimmungsorte. Dies kommt nicht allein von den

---

* Vgl. dazu Bd. IV, Kap. XXIV, Nr. 841. Es ist hervorzuheben, daß der vorübergehende Plan, unter Bruch der schweizerischen Neutralität eine Verbindung der italienischen Hilfskorps mit der deutschen Armee herbeizuführen, lediglich von italienischer Seite gefaßt und betrieben worden ist (vgl. auch Nr. 5825), während die deutsche Regierung diesen Gedanken nach Bismarckschem Muster fortgesetzt „vollständig ignorierte". Bei den Akten des Auswärtigen Amts findet sich kein einziges Schriftstück, das einen Bruch der Schweizer Neutralität in Aussicht genommen oder gebilligt hätte. Vgl. auch Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee I. S. 330.

großen Entfernungen, welche zurückzulegen sind, denn Verona liegt nicht viel weiter von Straßburg wie Stettin oder Breslau von Mainz. Wenn ein italienisches Korps erst am 19., ein anderes am 20., zwei am 27., das letzte am 28. Mobilmachungstage an ihren Ausladepunkten versammelt sind, während die französischen Armeen schon am 13. oder 14. Tage die Grenze überschreiten können, so ist dies zu erklären durch die sehr langsame Mobilmachung der italienischen Armee, durch die sehr geringe Leistungsfähigkeit der italienischen Eisenbahnen, durch die nicht sehr viel größere Leistungsfähigkeit der österreichischen Gebirgsbahnen und dadurch, daß die Österreicher nicht alle Züge ihren Verbündeten überlassen, sondern einige sich — erklärlicherweise — vorbehalten. Bei der Entscheidung wird daher die dritte italienische Armee schwerlich in erheblicher Weise mitwirken. Sie bildet aber immerhin eine nicht unerwünschte Reserve. Ungleich vorteilhafter ist die Entsendung für die Italiener selbst. Die 200 000 Mann, welche nach dem Oberrhein transportiert werden sollen, können allein nach einem glücklichen Kriege die vielen ehrgeizigen Ansprüche unterstützen und rechtfertigen, mit denen sich Italien trägt. Gegen eine französische Landung sind die Italiener um so sicherer, mit je mehr Truppen sie den Franzosen in deren eigenem Lande zu Leibe gehen. Gegen eine Beschießung ihrer Küstenstädte durch die französische Flotte können sie sich in Frankreich selbst am besten schützen, wenn sie nach dem Beispiel des Generals von Wrangel 1848 verfahren, welcher den Dänen drohte, für jedes an der pommerschen Küste beschädigte Haus ein jütisches Dorf in Flammen aufgehen zu lassen.

Mit dem Rest des ganzen großen Heeres von zusammen beinahe einer Million Mann kann Italien in der Art, wie es diese Massen verwendet, etwas Nützliches kaum zustande bringen. Sechs Armeekorps — 240 000 Mann — werden an dem Ostabhange der Alpen aufgestellt, um zwei französische Armeekorps und zwei Reservekorps, etwa 150 000 Mann, welche die Westhänge besetzt halten, abzuwehren. Beide Teile sind fest entschlossen, den Gegner nicht über die Alpen zu lassen, aber auch ebensowenig selbst hinüberzugehen. Dieses Verfahren hat für Deutschland den Vorteil, daß wenigstens für den Anfang eines Krieges vier französische Korps von dem Kriegsschauplatz an unserer Westgrenze ferngehalten werden. Es ist aber zweifelhaft, ob die Franzosen auf die Dauer 150 000 Mann müßig stehen lassen und nicht, wenn sie sich von der Untätigkeit ihrer Gegner überzeugt haben, zu einer besseren Wirksamkeit heranziehen werden. Die übrigen mehr als 700 000 Mann des italienischen Heeres sind bestimmt, die Halbinsel gegen eine Landung zu verteidigen, welche von den Franzosen gar nicht beabsichtigt wird, solange sie gegen Deutschland Krieg führen, sowie die Beschießung einer an der Küste gelegenen Stadt, z. B. Neapels, zu verhindern, wozu sie gar nicht befähigt sind, da eine noch so große

Feldarmee im Kampf mit einigen auf großer Entfernung liegenden Panzerschiffen ohnmächtig ist.

Die Vorteile, welche Italiens Bundesgenossenschaft Deutschland in einem Kriege gegen Frankreich bringt, beschränken sich demnach darauf, daß

1. 150 000 Mann französischer Truppen wenigstens für die erste Zeit von Deutschland ferngehalten werden, und

2. 200 000 Mann italienischer Truppen uns, wenn auch spät, zugeführt werden.

Letzterer Vorteil wird in Zukunft fortfallen, denn die öffentliche Meinung in Italien wird sich jedenfalls gegen die Absendung von fünf Armeekorps außer Landes auflehnen, und es würde eines sehr energischen Willens bedürfen, um die Absendung trotzdem durchzusetzen. Da aber dieser energische Wille offenbar nicht vorhanden ist, so ist auch auf diese 200 000 Mann nicht zu rechnen, und es würde vom militärischen Standpunkt nichts dagegen einzuwenden sein, wenn Deutschland Italien von den in dieser Beziehung übernommenen Verpflichtungen entbindet.

Bedenklicher würde es sein, wenn Italien nicht nur keine Truppen nach Deutschland schickt, sondern auch aus dem Dreibund austritt. Dann würden uns zunächst jene 150 000 Mann, welche jetzt an den Alpen, wenigstens für einige Zeit, festgenagelt sind, auf den Hals kommen. Daß dann auch Italien wahrscheinlich zu unseren Gegnern übertritt, würde noch zu verschmerzen sein. Empfindlicher ist, daß es nicht nur der Gegner Deutschlands, sondern auch derjenige Österreichs werden, und daß dann diese Macht an Widerstandsfähigkeit gegen Rußland wesentlich einbüßen würde.

Aus diesem Grunde ist es allerdings sehr wünschenswert, daß Italien im Dreibunde erhalten würde, was wohl möglich wäre, wenn die englische Flotte der italienischen einen Rückhalt gewährt, und wenn die Absendung jener fünf Armeekorps nicht als Bedingung für Ein- und Austritt aus dem Dreibund gilt.

Was die Kenntnis der französischen Regierung von dem zu erwartenden Auftreten italienischer Truppen am Oberrhein betrifft, so ist eine Nachricht von dem 1887 hier abgeschlossenen Abkommen sehr bald über Italien nach Frankreich gelangt. Es ist ein öffentliches Geheimnis, welches gelegentlich in der französischen Presse besprochen wird. Einen großen Nachteil kann ich in der italienischen Indiskretion nicht erblicken. Sie kann Deutschland ebensowenig etwas schaden, wie die Machtstellung Rußlands darunter leidet, daß es, wie alle Welt weiß, in einem Kriege gegen Deutschland auf Frankreichs Unterstützung rechnen kann. Wie weit diese Kenntnis geht, ist nicht zu sagen. Man wird in Frankreich wie in Italien wissen, wo die italienischen Korps verladen werden, daß sie über den Brenner oder über Pontebba fahren, welchen Lauf sie durch Österreich und Deutschland

verfolgen, auch über die Fahrtdauer kann man in Paris umsomehr unterrichtet sein, als man sie sich aus einem Kursbuch zu berechnen vermag. Man kann aber nicht wissen, wo die Truppen ausgeladen werden. Selbstverständlich sind dem italienischen Generalstab für die Transporte Endpunkte angegeben worden, welche er sorgfältig rekognosziert und kontrolliert hat. Auf welchen Stationen aber die Wagentüren schließlich geöffnet, und wo tatsächlich Truppen ausgeladen werden, welche während eines Krieges, der am 13. Tage begonnen hat, erst am 28. Tage ankommen, das weiß weder die italienische noch die französische Regierung und nicht einmal der hohe montenegrinische Verwandte Ihrer Majestät der Königin von Italien — denn das ist nicht im voraus zu bestimmen.

Graf Schlieffen

Nr. 5820

Der Chef des Generalstabs der Armee General der Kavallerie Graf von Schlieffen an den Militärattaché in Rom Major von Chelius

Abschrift

Nr. 33 Berlin, den 16. März 1901
Geheim

Ew. Hochwohlgeboren übersende ich anliegend die von dem Generalleutnant Saletta gewünschte Denkschrift* über den Schwarzwald und die Rheinebene oberhalb Straßburg. Bei Überreichung derselben wird sich wohl die Gelegenheit ergeben, die Unterhaltung auf die Audienz zu bringen, welche Ew. Hochwohlgeboren neulich bei Seiner Majestät dem König gehabt haben und dabei die allerhöchsten Äußerungen über die III. Armee einer Besprechung zu unterziehen. Generalleutnant Saletta wird sich gewiß erinnern, daß nicht Deutschland den Anstoß zu der eventuellen Absendung dieser Armee an den Oberrhein gegeben hat, sondern daß dieses Unternehmen von Italien geplant und hier nur mit Freude und Dank angenommen worden ist. Wenn Italien jetzt seine Ansichten geändert hat und eine Vereinigung von 200 000 Mann mit der deutschen Armee zur Herstellung eines Übergewichts auf einem Kriegsschauplatze und zur gemeinschaftlichen Bekämpfung Frankreichs nicht mehr für vorteilhaft hält und eine getrennte Verwendung der beiderseitigen Streitkräfte für zweckmäßiger erachtet, so wird dies Deutschland selbstverständlich lebhaft bedauern, aber eine Einwendung dagegen ebensowenig erheben, wie dies geschehen ist, als vor einigen Jahren die ursprünglich auf sechs Armee-

* Nicht bei den Akten.

korps angesetzte III. Armee auf fünf beschränkt wurde. Deutschland will die Entschließungen eines Verbündeten über die Verwendung seiner Truppen, die Aufstellung seiner Armeen, die Bemessung seiner Friedens- und Kriegsstärken nicht beeinflussen. Von Interesse ist es aber allerdings zu erfahren, in welcher Weise Italien seinerseits beabsichtigt, den Krieg gegen den gemeinsamen Feind zu führen, wenn die in der III. Armee liegende Kraft nicht mehr am Rhein, sondern auf einem besonderen Kriegsschauplatz eingesetzt werden soll.

(gez.) Graf Schlieffen

Nr. 5821

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 86 Rom, den 20. März 1901
Geheim

Herr Prinetti sprach mir heute von den parlamentarischen Schwierigkeiten, mit denen das Ministerium zu kämpfen habe, und bemerkte dazu, daß in den nächsten Tagen die vom Kriegsministerium geforderten außerordentlichen Ausgaben zur Verhandlung kommen müßten, da es der Militärverwaltung an den nötigen Mitteln fehle, um die Fabrikation des neuen Geschützmaterials fortzusetzen.

Bei der Erörterung der allgemeinen Ausgaben für militärische Zwecke bot sich mir die günstige Gelegenheit, den Minister darauf hinzuweisen, daß, wie schon seit langer Zeit, so auch neuerdings nicht nur in der dreibundfeindlichen europäischen Presse, sondern häufig auch hier im Lande die Behauptung aufgestellt werde, die Tripelallianz lege Italien schwere Opfer auf und diesem Bündnis allein danke das Land die drückende militärische Rüstung und die damit verbundenen hohen Ausgaben, unter denen es seufze. Um diese zur Legende gewordene Behauptung ad absurdum zu führen, genüge ja ein Blick in unseren Bündnisvertrag. Mit keinem Worte sei in demselben von einer Minimalstärke der verbündeten Armeen die Rede und niemals habe, nach meiner Information, weder Deutschland noch Österreich-Ungarn in dieser Richtung eine Forderung an Italien gestellt oder nur einem Wunsche Ausdruck gegeben. Die Zahl und Organisation, Vermehrung und Verminderung der Streitkräfte sei vielmehr eine ausschließlich innere Angelegenheit für jeden der drei Verbündeten, und so habe Italien ganz unabhängig von seinem Bundesverhältnis allein zu bestimmen, welche militärische Stärkeverhältnisse es seiner Machtstellung für angemessen erachte.

Herr Prinetti ging sofort lebhaft auf meine Bemerkungen ein und äußerte, dieselben seien in jeder Richtung absolut begründet. Soviel er sich erinnere, und er glaube darin nicht zu irren, habe General Pelloux* vor einigen Jahren, allerdings bei Gelegenheit einer nebensächlicheren Debatte und in wenig feierlicher Form, in der Kammer erklärt, daß der Dreibundvertrag keinerlei Minimalheeresstärken festsetze. Diese Erklärung habe daher auch wohl nicht die Beachtung gefunden, die ihr ihrer Bedeutung nach gebühre. Grade deshalb aber hätte er sich bereits die Frage vorgelegt, ob er bei der demnächstigen Verhandlung über das Extraordinarium des Heeresbudgets als Minister des Äußern nicht die Gelegenheit ergreifen solle, formell und — wie er sich ausdrückte — auf sein Ehrenwort vor der Kammer zu erklären, daß weder der Dreibundvertrag noch eine militärische Konvention den Verbündeten auch nur mit einem Worte bezüglich der Minimalstärken ihrer Armeen Verpflichtungen auferlege. Durch eine solche Erklärung hoffe er die Legende von den Italien durch die Tripelallianz aufgebürdeten Lasten ein für alle Mal und gründlich zu zerstören.

Ich habe dem Minister, der wegen der mir unbekannten Pelloux-schen Äußerung recherchieren zu lassen und mich mit Nachricht zu versehen versprach, erwidert, daß ich seine Absicht für zweckmäßig erachte, nur möchte ich ihm empfehlen, für dieselbe einen geeigneten Ausgangspunkt zu suchen. Breche er seine Erklärung vom Zaune, so würde man darin im gegebenen Augenblick, wo der Dreibund so vielfach der Gegenstand der Erörterung gewesen sei, leicht etwas Gesuchtes finden, knüpfe er dieselbe aber, was zweifellos nicht ausbleiben werde, an Angriffe der äußersten Linken gegen die Tripelallianz und die von derselben angeblich Italien auferlegten Lasten, so würde er den gewünschten Eindruck sicher nicht verfehlen. pp.

Graf C. Wedel

Nr. 5822

Der Militärattaché in Rom Major von Chelius an den Chef des Generalstabs der Armee General der Kavallerie Grafen von Schlieffen

Abschrift

J. Nr. 105 Rom, den 30. März 1901
Geheim

Euerer Exzellenz beehre ich mich ganz gehorsamst zu melden, daß ich heute Gelegenheit hatte, den Inhalt des mir von Euerer

* Italienischer Ministerpräsident 1898/1900.

Exzellenz übersandten Schreibens vom 16. d. Mts. (Nr. 33 geheim)* dem Chef des italienischen Generalstabs, Herrn Generalleutnant Saletta, mitzuteilen.

Letzterer hatte mich gebeten, zu ihm zu kommen, um mir eine für Euere Exzellenz bestimmte Denkschrift über die Möglichkeit der Beschleunigung des Transports der III. italienischen Armee zu übergeben.

Bei der Besprechung hierüber nahm ich Gelegenheit, zunächst meine Audienz bei Seiner Majestät dem König von Italien zu erwähnen, und gewann den Eindruck, daß General Saletta durch den hier weilenden italienischen Botschafter Grafen Lanza bereits im allgemeinen orientiert war.

Im Laufe des Gesprächs über die Ansichten des Königs gab General Saletta vollständig zu, daß die Initiative für die Entsendung der III. Armee nach Deutschland seinerzeit von Italien ausgegangen sei, und er selbst habe diesen Gedanken stets mit großem Eifer — wie Euerer Exzellenz bekannt sei — verfolgt und studiert.

Wenn der jetzige König kein Freund dieser Aktion sei und sich mir gegenüber dagegen ausgesprochen habe, so sei dies nicht etwa die Folge strategischer Erwägungen, sondern lediglich die Furcht vor einer Revolution in Italien, von welcher der König dauernd beherrscht sei. „Der König hat den Gedanken, daß in Oberitalien derartige Unruhen bei Beginn eines Krieges ausbrechen können, daß eine Entsendung der III. Armee nach Deutschland unmöglich wird. Ich habe versucht, ihm dies auszureden, aber vorläufig ist es zwecklos.“ Ferner, bemerkte er, lasse sich der König viel zu sehr von der Volksstimme beeinflussen, und diese werde sich ja im Kriegsfall selbstverständlich gegen das Projekt auflehnen.

Hieran anknüpfend eröffnete ich dem General Saletta, in Euerer Exzellenz Auftrage, daß Deutschland keinerlei Einfluß auf die Entschließungen Italiens bezüglich der Verwendung, Stärke, Aufstellung pp. seiner Armeen ausüben wolle und auf die Mitwirkung der III. Armee am Oberrhein zu verzichten bereit sei, falls Italien die Vereinigung derselben mit der deutschen Armee zur gemeinschaftlichen Bekämpfung Frankreichs nicht mehr für vorteilhaft erachte.

Ich hatte den Eindruck, daß diese Mitteilung dem General Saletta eine große Erleichterung verschaffte; ob er von dem Grafen Lanza hierauf vorbereitet war, entzieht sich meiner Beurteilung; jedenfalls nahm er es sehr ruhig auf und meinte, der König werde sehr zufrieden sein, wenn er sich in dieser Frage nicht mehr absolut als gebunden zu betrachten habe.

Im weiteren sprach General Saletta den Wunsch aus, es möchten aber alle Vorbereitungen für den Transport der III. Armee bestehen

---

* Siehe Nr. 5820.

bleiben und wie bisher weitergeführt werden, da die Entsendung derselben, wenn auch nicht mehr sicher, so doch je nach den Verhältnissen möglich sein würde. Ich bezeichnete dies gleichfalls als durchaus wünschenswert und glaube hierbei im Sinne Euerer Exzellenz gehandelt zu haben, da diese Vorbereitungen ein dauerndes Bindeglied zwischen dem deutschen und italienischen Generalstab bilden, während ein Verzicht auf dieselben allmählich zu einer gewissen Entfremdung führen könnte, welche zu vermeiden sein dürfte. —

Im übrigen glaube ich, daß die ganze Angelegenheit, wie sie jetzt nach der dem General Saletta gemachten Mitteilung liegt, den Italienern unendlich sympathisch ist. Viel versprechen, wenig oder gar nichts halten; sich niemals die Hände derartig binden, daß man nicht mehr entweichen kann. — Dies ist ganz nach ihrem Sinne; nun werden sie mit dreifachem Eifer an die Arbeit gehen.

Selbst General Saletta, welcher unzweifelhaft ein sehr ernster und gewissenhafter Generalstabschef ist, konnte seine Nationalität hierbei nicht verleugnen und seine Freude nicht ganz verbergen, als er sich von den Fesseln befreit fühlte, die er bisher als absolut bindend betrachtete, und worüber er sich noch in einem gewissen Zwiespalt mit seinem König befand. Er wurde hiernach sehr gesprächig, und benutzte ich diese Gelegenheit, um im Sinne Euerer Exzellenz geehrten Schreiben die Frage aufzuwerfen, in welcher Weise Italien beabsichtige, seinerseits den Krieg gegen den gemeinsamen Feind zu führen, falls die III. Armee nicht nach dem Oberrhein abgehe.

Ich bemerkte hierbei, Italien könne doch nicht mit zirka 500 000 Mann in Oberitalien untätig bleiben und die Ereignisse abwarten, jedenfalls müsse man doch Gelegenheit suchen, aktiv einzugreifen zum Nutzen des Ganzen und zum eigenen Vorteil. Hierauf erwiderte General Saletta etwa folgendes: „Natürlich können wir nicht die ganze Armee in Oberitalien lassen," aber Italien könne vielleicht noch besser als am Oberrhein Deutschland auf anderem Wege unterstützen, und zwar durch eine starke Offensive, z. B. gegen Savoyen und Nizza. Wenn Deutschland den Krieg mit Glück führe, würde dieses Vorgehen den Sieg noch wirksamer gestalten, trete jedoch der entgegengesetzte Fall ein, so würde der Vorteil Frankreichs hierdurch wiederum ausgeglichen werden, denn dieses würde gezwungen sein, auf zwei getrennten Kriegsschauplätzen zu kämpfen. —

Im weiteren warf ich die Frage ein, ob man denn nicht die stark befestigte Linie von Savoyen bis zum Mittelmeer für eine Offensive scheue, worauf General Saletta erwiderte: „Wenn wir unsere ganze Kraft hier einsetzen, werden wir diese Schwierigkeiten überwinden. Da uns die Mittel fehlen, in Frankreich zu landen, ist dies die einzige Möglichkeit, Deutschland aktiv zu unterstützen, falls von einem Eingreifen der III. Armee am Oberrhein abgesehen werden muß."

Auf meine letzte Frage, ob denn für diesen Offensivgedanken

gleichfalls Vorbereitungen getroffen seien, erwiderte General Saletta, es sei alles genau bearbeitet für jeden Fall; je nach der Lage bei Beginn der Mobilmachung müsse man sich für die eine oder die andere Maßnahme entscheiden; die Versammlung der III. Armee bleibe bestehen, ihre Verwendung müsse eben von der Lage abhängig gemacht werden, über welche man dann wohl von Berlin aus genaue Nachrichten erwarten dürfte. —

Dies ist ungefähr der Inhalt des Gesprächs und dessen wesentlichste Punkte.

Die Frage des Dreibunds wurde mit keinem Wort berührt; auch habe ich mich im Einverständnis mit Seiner Exzellenz dem Kaiserlichen Herrn Botschafter absichtlich davon ferngehalten, da General Saletta die ihm zu machende Eröffnung leicht mit den in der Presse verlauteten Erörterungen in Verbindung hätte bringen können, was eine unrichtige Deutung zuließ.

Die rein militärischen Äußerungen des Generalstabschefs gestatten jedoch einen tiefen Blick in die inneren Absichten Italiens, in welcher Weise und um welchen Preis die Unterstützung im Kriegsfall zwischen Deutschland und Frankreich gedacht ist. —

Auf den Plan einer Offensive gegen Nizza und Savoyen zur indirekten Unterstützung Deutschlands in dem Gespräch näher einzugehen, schien mir diesmal untunlich, da ich nicht den Anschein erwecken wollte, als habe dieser Gedanke ein wesentliches Interesse für uns. Ich hatte den Eindruck, als wenn General Saletta von dem anderen Gedanken befreit, diesen zunächst aussprechen mußte, und unterbreite ich denselben Euerer Exzellenz in der Form, wie er mir entgegengetreten ist, indem ich mir vorbehalte, gelegentlich wiederum das Gespräch hierselbst darauf zu bringen. —

Die in der Anlage gehorsamst in Übersetzung beigefügte Denkschrift des Generals Saletta* ist die Antwort auf die im Auftrage Ew. Exzellenz gestellte mündliche Anfrage, ob eine Beschleunigung der III. Armee möglich sei oder nicht; sie enthält im wesentlichen nur die Punkte, welche ich Ew. Exzellenz in meinem Bericht vom 23. Februar** zu melden die Ehre hatte. Die mir damals gemachte Andeutung wegen einer Beteiligung der englischen Mittelmeerflotte zum Schutz der Tyrrhenischen Küstenbahn kommt darin zum tatsächlichen Ausdruck.

Nach den Äußerungen des Generals Saletta dürfte dieser Gedanke wohl mit der gegen Nizza geplanten Offensive in Verbindung zu bringen sein, denn eine Heranziehung der englischen Flotte zu einer gemeinsamen Aktion gegen Frankreich dürfte wohl ein anderes Ziel im Auge haben als den Schutz einer Eisenbahn zur Beschleunigung des Transports der III. Armee. —

* Hier nicht abgedruckt, da inhaltlich genügend charakterisiert.
** Siehe Nr. 5818, Anlage.

Daß Ew. Exzellenz mit letzterer nun kaum mehr werden rechnen können, dürfte sich immer klarer zeigen; ob es überhaupt jemals dazu gekommen wäre, und ob nicht schon seit Jahren das italienische Auge mehr nach der französischen Grenze hinüberschweifte, als man annehmen dürfte, möchte ich unerörtert lassen. Für die Erhaltung der guten militärischen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien würde ich es dankbar empfinden, wenn Ew. Exzellenz den Status quo, d. h. die Vorbereitung für einen eventuellen Transport der III. Armee an den Oberrhein, aufrechterhalten und hierin keine Änderung eintreten lassen wollten, da nur hierdurch in Rom die Karten zu lesen sind, welche im Kriegsfall tatsächlich ausgespielt werden sollen.

(gez.) von Chelius
Major und Flügeladjutant Seiner Majestät des Kaisers und Königs

Nr. 5823

Der Militärattaché in Rom Major von Chelius an den Chef des Generalstabs der Armee General der Kavallerie Grafen von Schlieffen

Abschrift

J. Nr. 140 Rom, den 15. April 1901

Euerer Exzellenz beehre ich mich ganz gehorsamst zu melden, daß ich die am 13. d. Mts. hier eingegangene Denkschrift über den Schwarzwald pp. heute dem Chef des italienischen Generalstabs Generalleutnant Saletta im Auftrage Euerer Exzellenz übergeben habe. Derselbe bat mich, Ew. Exzellenz hierfür sowie für die Karten von China seinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

General Saletta brachte sofort das Gespräch auf die III. italienische Armee und sagte mir, daß er Seiner Majestät dem König über die ihm durch mich im Auftrage Euerer Exzellenz gemachte Mitteilung, betreffend die III. Armee, vor einigen Tagen Vortrag gehalten habe, und bemerkte: Höchstdieselben seien sehr befriedigt darüber, sich von einer absoluten Verpflichtung, die ganze III. Armee im Kriegsfall abgeben zu müssen, frei zu fühlen; es solle indessen alles geschehen, was möglich sei, jedoch unter Berücksichtigung der im Kriegsfall herrschenden Situation. Jedenfalls sollen die Vorbereitungen in derselben Weise weitergeführt werden, wie bisher. —

Diese Äußerung des Königs bringt nichts Neues und deckt sich völlig mit dem Standpunkt, den General Saletta in dieser Frage eingenommen hat, und über welchen ich unter dem 30. März Nr. 105* Euerer Exzellenz zu berichten die Ehre hatte. pp.

(gez.) von Chelius

* Siehe Nr. 5822.

Nr. 5824

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Mühlberg

Reinschrift von der Hand des Vortragenden Rats Rücker-Jenisch

Berlin, den 20. Juli 1901

Graf Schlieffen, dem ich auftragsgemäß zur Erwägung stellte, ob der österreichischen Regierung von dem Verzicht auf die eventuelle Teilnahme der III. italienischen Armee an den Operationen im Elsaß Mitteilung zu machen sei, ist entschieden gegen einen solchen Schritt[1]. Er motivierte dies folgendermaßen:

Trotz unseres Verzichtes liege die Möglichkeit immer noch vor, daß die Italiener im Fall eines Krieges ihre III. Armee oder Teile derselben mit uns im Elsaß aufmarschieren lassen würden. Daher müsse nach wie vor der eventuelle Transport der italienischen Soldaten auf österreichischen Eisenbahnen zwischen Berlin und Wien bis ins Detail ausgearbeitet und vereinbart werden. Eine Mitteilung wie die angeregte würde zur Folge haben, daß die Vorbereitungen für den eventuellen Truppentransport in Zukunft nachlässig betrieben würden. Anders würde die Sache liegen, wenn man die veränderte Haltung Italiens benutzen wollte, um von Österreich mehr zu verlangen. Dieser Fall liege aber nicht vor. Auch vom politischen Standpunkt erscheine ihm die Mitteilung an Österreich inopportun. Denn das Bewußtsein, eventuell Seite an Seite kämpfen zu müssen, sei noch das einzige Bindeglied zwischen Österreich und Italien. Falle dies weg, so würden die Beziehungen unserer Bundesgenossen zueinander noch loser und schlechter werden. Müsse er sich im gegenwärtigen Augenblick daher gegen die angeregte Mitteilung in Wien aussprechen, so wolle er damit nicht sagen, daß es nicht vielleicht in einem späteren Stadium, etwa bei der Erneuerung der Verträge, wünschenswert oder notwendig erscheinen könnte, Österreich in dieser Frage ins Vertrauen zu ziehen.

Mühlberg

Bemerkung des Grafen von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
Ich teile die Auffassung des Grafen Schlieffen B. 23/7.
Randbemerkung des Grafen von Bülow:
[1] Mit Recht.

Nr. 5825

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Klehmet

Eigenhändig

Berlin, den 7. September 1902

Nach mündlicher Mitteilung des Generalstabschefs Grafen Schlieffen hat ihm gegenüber der italienische Generalstabschef General-

leutnant Saletta bei seiner hiesigen Anwesenheit sich so ausgedrückt und verhalten, als wäre in den sämtlichen Dreibundabmachungen nichts geändert, und als stünden insbesondre auch die militärischen Abmachungen noch in voller Kraft. Nur sei, so bemerkte Graf Schlieffen, der italienische General nicht mehr in derselben freudigen Dreibundstimmung gewesen wie früher. Insbesondre sei General Saletta dann auf die Abrede zu sprechen gekommen, wonach im Kriegsfall zwei italienische Armeekorps nach Deutschland geworfen werden sollten, und habe bemerkt, daß Italien zu diesem Zwecke, falls etwa der Weg durch Österreich-Ungarn nicht frei wäre, die beiden Korps eventuell mit bewaffneter Hand durch die Schweiz hindurchzuführen beabsichtige*. Dazu habe General Saletta erwähnt, daß für den Fall, wo jene beiden Armeekorps von ihrer Heimat abgeschnitten werden sollten, Vorkehrungen seinerzeit getroffen seien, um die nötige Munition usw. in Deutschland herzustellen. Die erforderlichen Modelle für die Munition hätte man italienischerseits hier deponiert. Da nun diese Modelle inzwischen veraltet seien, sei jetzt die Hersendung neuer Modelle notwendig geworden. Die diese enthaltende Kiste werde demnächst an die hiesige italienische Botschaft abgesandt werden. General Saletta bitte, Vorkehrungen zu treffen, damit dem Eintritt der Kiste in das deutsche Zollgebiet und der weiteren Übermittlung derselben an die hiesige italienische Botschaft keine Schwierigkeiten erwachsen.

Klehmet

Nr. 5826

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 272 Rom, den 18. November 1902
Geheim

Wie mir der diesseitige Militärattaché Major und Flügeladjutant von Chelius meldet, hat der Chef des italienischen Generalstabes Generalleutnant Saletta ihm vor einigen Tagen ein die III. — d. i. die für die eventuelle Kooperation im Elsaß bestimmte — italienische Armee betreffendes Schriftstück behufs Übermittelung an den Chef unseres Generalstabes behändigt.

An der Hand der mir von dem Major von Chelius gegebenen Erläuterungen darf ich hierzu folgendes bemerken.

Nachdem Herr von Chelius seinerzeit im Auftrage des Generals Grafen von Schlieffen dem Generalleutnant Saletta die Erklärung ab-

* Vgl. Nr. 5819, S. 692, Fußnote *.

gegeben hatte, daß wir auf eine eventuelle Kooperation italienischer Truppen am Oberrhein verzichteten, hat der letztere sich zwar anfangs befremdet gezeigt, dann aber, ebenso wie der König, zweifellos Befriedigung darüber empfunden, einer bindenden Verpflichtung in dieser Richtung enthoben zu sein.

Generalleutnant Saletta hat es denn auch während längerer Zeit vermieden, dem Major von Chelius gegenüber diese Frage wieder zu berühren, sich aber, wenn zufällig einmal die Rede auf die III. Armee kam, den Anschein gegeben, als sei alles beim alten geblieben.

Die seitens unseres Generalstabes ausgesprochene Entbindung von der Verpflichtung bot Herrn Prinetti die Möglichkeit, vor Abschluß der Dreibunderneuerung in der Deputiertenkammer formell zu erklären, daß militärische Konventionen oder geheime Protokolle zwischen den Dreibundmächten nicht existierten*, durch welche Erklärung den hiesigen Gegnern der Allianz eine ihrer Hauptwaffen entwunden wurde.

Unmittelbar nach der Rückkehr des Königs von dem Besuche in Berlin** hat höchstderselbe den Generalleutnant Saletta empfangen, und sind bald darauf die die III. Armee betreffenden Arbeiten im hiesigen Generalstab von neuem in Angriff genommen worden, woraus unser Militärattaché den Schluß zieht, daß die Initiative dazu vom Könige ausgegangen sei.

Generalleutnant Saletta hat dadurch, daß er die von uns ausgesprochene Anullierung der italienischerseits übernommenen Verpflichtung anhörte, Herrn Prinetti momentan die Wege geebnet, andererseits aber, da er von unserer Erklärung nicht offiziell Akt nahm, den Schein zu wahren gesucht, als sei eine Veränderung nicht eingetreten, der Faden nicht zerrissen, sondern nur zeitweise zur Erde gefallen. Von diesem Standpunkte aus erscheint es daher nicht unlogisch, wenn er jetzt den Wunsch erkennen läßt, die temporär unterbrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Der Chef der Eisenbahnabteilung, an den General Saletta den Major von Chelius bei der Einhändigung des anfangs erwähnten, für den Grafen Schlieffen bestimmten Schriftstückes verwies, hat unserem Militärattaché vertraulich gesagt, es werde von hier aus demnächst der Antrag auf Einberufung einer in Rom abzuhaltenden militärischen Konferenz behufs erneuter Prüfung der Transportlinien für die nach Deutschland zu befördernde III. italienische Armee gestellt werden[1].

Bei dieser Sachlage und bei der notorisch bundesfreundlichen

---

* Vgl. Kap. CXXII, Nr. 5770. Prinetti hatte in seiner Kammererklärung vom 22. Mai gesagt, der Dreibund enthalte nichts Aggressives gegen Frankreich, nichts dessen Ruhe und Sicherheit Bedrohendes.

** Der Besuch fand vom 27.—31. August statt.

Gesinnung des Generals Saletta stimme ich mit dem Major von Chelius dahin überein, daß es sich empfehlen dürfte, unsererseits den Unbefangenen zu spielen und auf die seinerzeitigen Äußerungen und Erklärungen nicht zurückzukommen.

Materielle militärische Vorteile verspreche ich mir von erneuten Abmachungen zwar nicht[2], der Tropfen Mißtrauen aber, der dadurch möglicherweise in den italienisch-französischen Freundschaftsbecher fällt, kann uns nur willkommen sein.

Major von Chelius hat dem Chef des Generalstabes Grafen Schlieffen eingehend über die Sachlage berichtet, doch habe ich es für angezeigt erachtet, Euere Exzellenz meinerseits über diese nicht uninteressante Erscheinung auf dem Gebiete der politischen Psychologie direkt zu orientieren.

Graf C. Wedel

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Da die Italiener alle indiskret sind würde diese Konferenz jetzt auffallen!
[2] Nein.
Schlußbemerkung des Kaisers:
Es braucht jedenfalls vorläufig noch keine Konferenz zu sein die gleich stattfindet. Einladung kann dilatorisch behandelt werden.

Nr. 5827

Der Militärattaché in Rom Major von Chelius an den Chef des Generalstabs der Armee Generaloberst Grafen von Schlieffen

Abschrift

J. Nr. 518 Rom, den 1. Dezember 1903
Geheim

pp*. Die Gelegenheit des Besuchs bei Generalleutnant Saletta benützte ich dazu, das Gespräch auf das politische Gebiet zu lenken, um, wie ich schon seit längerer Zeit beabsichtigte, festzustellen, welchen Wiederhall die Erwähnung der politischen Ereignisse des vergangenen Sommers bei dem Generalstabschef finden würde.

Im Laufe des Gesprächs über die Besuche Seiner Majestät des Königs in Paris und London** auf die dritte italienische Armee übergehend, erwähnte ich, die politischen Vorgänge dieses Sommers hätten mir den Eindruck hinterlassen, daß an eine Verwirklichung der Absicht, die deutsche Armee im Kriegsfall durch die italienische gegen

---

* Der Anfang des Berichts betrifft die Anwesenheit italienischer Offiziere bei deutschen militärischen Übungen.
** König Viktor Emanuel III. weilte vom 14. bis 18. Oktober in Paris, vom 14. bis 21. November in London zu Besuch. Vgl. Kap. CXXII, Anhang, Nr. 5783 und 5784.

Frankreich zu unterstützen, wohl kaum mehr zu denken sei. Ich sprach dies als persönliche Ansicht offen aus, um eine bestimmte Antwort zu provozieren.

Generalleutnant Saletta war sichtlich betroffen hiervon, erwiderte aber sofort, es habe sich weder für Seine Majestät den König noch für ihn irgendetwas in dieser Sache geändert; die beiden Besuche des Königs in Paris und London seien ohne irgendwelchen Einfluß auf diese Abmachungen geblieben. Im weiteren äußerte sich Generalleutnant Saletta ungefähr folgendermaßen: „Wir müssen ein gutes Verhältnis mit Frankreich und England haben wegen des Mittelmeers, wo unsere vitalen Interessen liegen; im übrigen jedoch hoffe und glaube ich, daß der Dreibund nach wie vor die Basis unserer äußeren Politik bleiben wird. Die Freundschaft mit Frankreich ist von der im Solde des Herrn Barrère stehenden Presse in unglaublicher Weise aufgebauscht worden, und ich verstehe Ihre Zweifel, die Sie mir aussprechen, aber die Intimität beider Länder ist lange nicht so, wie sie in der Öffentlichkeit dargestellt wird. Ich habe stets den Gedanken, daß Frankreich uns nur ausnützen möchte, so z. B. jetzt bei dem Projekt der Bahnlinie Cuneo—Nizza, die ganz zum Vorteil für Frankreich gebaut werden würde, und der ich mich mit allen Kräften widersetzen werde."

Als ich in bezug auf letzteres einwarf, es seien doch vom vorigen Ministerium bereits weitgehende Zugeständnisse gemacht worden, entgegnete der General: „Diese hoffe ich alle rückgängig zu machen."

Im weiteren Gespräch kam ich auf den zunehmenden Antagonismus zwischen Italien und Österreich zu sprechen, und meinte Generalleutnant Saletta, von dieser Seite drohe nach seiner Ansicht dem Dreibund allein Gefahr und nicht von der Annäherung Italiens an Frankreichs, und es sei leider nicht zu leugnen, daß sich der Gegensatz zwischen Italien und Österreich immer mehr verschärfe.

Da Generalleutnant Saletta zum Kriegsminister abberufen wurde, mußte das Gespräch leider abgebrochen werden. Zum Schluß sagte mir der Generalstabschef noch etwa folgendes: „Wegen der dritten Armee seien Sie unbesorgt; es bleibt vorläufig alles beim alten, und wenn es sich einmal ändern sollte, bin ich der erste, welcher Sie ganz klar darüber unterrichten wird."

Generalleutnant Saletta, welchem ich noch für seine Mitteilungen dankte, war von einer ausgesuchten Liebenswürdigkeit und sprach mit freimütiger Offenheit; meine Äußerung traf ihn unerwartet in heiterster Stimmung, und gewann ich den Eindruck, daß es ihm Freude machte, seine Ansicht offen auszusprechen. —

In meinem Bericht vom 4. November hatte ich Euerer Exzellenz die Befürchtung ausgesprochen, daß auch Generalleutnant Saletta, den ich stets für einen dreibundfreundlichen Mann gehalten habe, allmählich in den Strom einer anderen Politik hineingezogen werden

würde; heute glaube ich konstatieren zu können, daß dies bis jetzt noch nicht der Fall ist.

Da mich der General gebeten hat, ihn öfters zu besuchen, hoffe ich noch mehrfach Gelegenheit zu finden, ihn auf dieses Gebiet zu bringen; denn durch den Barometerstand der dritten italienischen Armee wird stets ein erkennbares Licht auf die große Linie der äußeren italienischen Politik geworfen.

Wenn ich trotz der Äußerungen des italienischen Generalstabschefs und bei allem Vertrauen zu seiner Person an der Überzeugung festhalte, wie ich sie Euerer Exzellenz vor kurzem auszusprechen die Ehre hatte, daß Deutschland im Falle eines Kriegs auf eine Unterstützung der italienischen Armee nicht mehr rechnen könne, so gründet sich dies darauf, daß, wenn auch die Orientierung der italienischen Politik dieselbe bleiben sollte, in der Volksvertretung und im ganzen Lande ein derartiger Sturm der Entrüstung gegen eine Entsendung von Truppen gegen Frankreich hervorbrechen würde, daß selbst unter einer stärkeren Monarchie als der gegenwärtigen dieser Plan nicht mehr zur Ausführung kommen könnte.

Die stetig zunehmende Freundschaft mit Frankreich*, welche mit allen Mitteln genährt wird, sowie die immer stärker werdende Entfremdung zwischen Italien und Österreich**, wie sie bei einem großen Teile des italienischen Volkes tiefgehenden Wurzeln entspringt, werden die Entscheidung über diese Frage nicht dem obersten Kriegsherrn und seinem Generalstabschef überlassen, sondern dem italienischen Volke selbst, und dieses wird nur in negativem Sinne entscheiden.

Selbst aber unter dieser Voraussetzung dürfte eine weitere Pflege dieses ungeborenen Kindes, das ein stetes Bindeglied zwischem dem preußischen und italienischen sowie auch dem österreichischen Generalstabe bildet, auch weiterhin von Nutzen sein.

(gez.) von Chelius
Major und Flügeladjutant Seiner Majestät des Kaisers und Königs

Nr. 5828

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Chef des Generalstabs der Armee Generaloberst Grafen von Schlieffen

Konzept

Geheim Berlin, den 11. Dezember 1903

Ew. pp. beehre ich mich zur gefälligen Kenntnisnahme Abschrift eines Berichts des Kaiserlichen Botschafters in Rom vom 3. d. Mts.

* Vgl. dazu Kap. CXXV.
** Vgl. dazu Kap. CXXII, Anhang.

zu übersenden, womit dieser Abschrift des vom dortigen Militärattaché Major von Chelius unter dem 1. d. Mts. (J. Nr. 518)* an Ew. pp. erstatteten Berichts über eine Unterredung mit dem Leiter des italienischen Generalstabs hierher eingereicht hat.

Ich darf hierzu ergebenst bemerken, daß der Herr Reichskanzler der von Herrn von Chelius zum Ausdruck gebrachten Anschauung beipflichtet, wonach wir uns für den Ernstfall von den Abmachungen über die Verwendung der III. italienischen Armee einen praktischen Nutzen nicht werden versprechen können. Nichtsdestoweniger teilt aber Graf Bülow, auch aus politischen Gründen, die vom Kaiserlichen Botschafter sowie von Major von Chelius ausgesprochene Ansicht, daß es sich empfehlen würde, die Verhandlungen über die III. Armee nicht fallen zu lassen.

Richthofen

Nr. 5829

Der Chef des Generalstabs der Armee Generaloberst Graf von Schlieffen an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen

Ausfertigung

Nr. 246/03 Berlin, den 14. Dezember 1903

Eurer Exzellenz beehre ich mich auf das sehr gefällige Schreiben vom 11. d. Mts. A. S. 1466, J. Nr. 11 106** ganz ergebenst zu erwidern, daß wir nach meiner Überzeugung nicht nur nicht auf die III. italienische Armee rechnen dürfen, sondern daß wir auch darauf gefaßt sein müssen, es mit dem gesamten französischen Heere ohne irgendeinen Abzug an der Alpengrenze zu tun zu haben.

Nichtsdestoweniger werden alljährlich im Verein mit dem österreichischen Generalstabe alle Vorbereitungen gewissenhaft ausgearbeitet, welche nach den getroffenen Abmachungen für jene Armee erforderlich sind.

Graf Schlieffen

* Siehe Nr. 5827.
* Siehe Nr. 5828.

Kapitel CXXV

Italiens „Extratouren“
Die Tripolisfrage

Nr. 5830

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 54 Rom, den 20. Februar 1901

Wie mir Herr Malvano* heute sagte, ist der Besuch einer italienischen Eskadre in Toulon, um dort den Präsidenten Loubet zu begrüßen und damit für die dem Könige Humbert vor zwei Jahren seitens der französischen Flotte in Sardinien erwiesene Höflichkeit** zu quittieren, so gut wie entschieden, und zwar wird diese Begrüßung voraussichtlich, wie ich bereits früher berichtete, in der ersten Hälfte des April zur Ausführung kommen***.

Die Mitteilung, daß Präsident Loubet Toulon zu besuchen beabsichtige, ist der hiesigen Regierung seitens des französischen Botschafters Barrère gemacht worden, und bin ich danach zu dem Glauben versucht, daß mein genannter Kollege dem Entschlusse seines Staatschefs zu dieser Reise nicht ganz fern steht. Herr Barrère ist seit der Übernahme seines hiesigen Postens eifrig bemüht, die italienisch-französischen Beziehungen zu befestigen, und wenn auch diese Bemühungen anfangs ein wenig zu stürmisch gewesen sind, um zu reüssieren und die Resultate der Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern für Italien † eine Enttäuschung mit sich brachten, so wird Herr Barrère gerade deshalb um so lieber die baldige Gelegenheit zu einem maritimen Verbrüderungsfeste herbeizuführen gesucht haben.

Über die Persönlichkeit des Admirals, der das Kommando der

* Generalsekretär des italienischen Ministeriums des Auswärtigen.

** Am 14. April 1899 war anläßlich des Aufenthalts des italienischen Königspaares in Cagliari das französische Mittelmeergeschwader zur Begrüßung vor Sardinien erschienen.

*** Vgl. Nr. 5832.

† Sie war durch den italienisch-französischen Handelsvertrag vom 21. November 1898 erfolgt.

Eskadre führen wird, ist, wie Herr Malvano sagte, Definitives noch nicht bestimmt, doch hielt er es nicht für unwahrscheinlich, daß die Wahl auf den Herzog Thomas von Genua fallen werde.

Graf C. Wedel

Nr. 5831

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 98 Rom, den 31. März 1901

Vor noch nicht langer Zeit hatte, wie ich damals zu berichten mich beehrte, der Präsident der französischen Republik Herr Loubet einen Offizier seines militärischen Stabes nach Rom entsendet, um dem Könige Viktor Emanuel III. das Großkreuz der Ehrenlegion zu überbringen. Die Überreichung der Dekoration fand in Gegenwart des französischen Botschafters in feierlicher Weise statt.

Zu dieser Aufmerksamkeit hat sich nunmehr eine neue gesellt, indem die französische Regierung dem Könige zwei schwere französische Hengste zum Geschenk gemacht hat, welche in dem bei Turin gelegenen Staatsgestüte als Beschäler Verwendung finden sollen.

Mein französischer Kollege Herr Barrère, mit dem ich übrigens in den besten Beziehungen stehe, hatte mir gestern versprochen, uns die kürzlich eingetroffenen Hengste heute nachmittag zu zeigen, schrieb mir aber vormittags ab, weil der König die Pferde heute nachmittag selbst übernehmen wolle.

Ich lege solchen petits cadeaux im allgemeinen zwar keine so große Bedeutung bei und frage mich sogar, ob der König durch diesen etwas großen Eifer nicht zu einem gewissen Nachdenken veranlaßt werden wird. Davon aber abgesehen, sind diese in der Presse gebührend verwerteten Freundschaftsbeweise immerhin geeignet, im italienischen Publikum die Überzeugung von der wachsenden französisch-italienischen Intimität zu nähren, welche Überzeugung durch den bevorstehenden Touloner Flottenbesuch noch eine weitere Kräftigung erfahren dürfte.

Mehr und mehr habe ich den Eindruck gewonnen, daß Herr Zanardelli seine bekannte Unterredung mit dem Redakteur des Pariser „New York Herald“* als ein Präludium für jenen Flottenbesuch inszeniert hat, und daß er damit vom franzosenfreundlichen Gesichtspunkte aus keinen Fehlgriff beging, erscheint mir durch die Äußerungen der französischen Presse bestätigt.

Herr Zanardelli ist ein alter, ehrlicher Mann, dessen Name hier

* Vgl. Kap. CXXII, Nr. 5711, S. 514, Fußnote.

mehr als ein Firmenschild für das augenblickliche Ministerium angesehen wird. Seine Äußerungen werden daher hier auch bald genug vergessen werden. Weniger leicht zu nehmen erscheinen mir dagegen der Eindruck, den dieselben in Frankreich gemacht, und die Illusionen, die sie dort geweckt haben. Die Sprengung des Dreibundes leuchtet als ein Stern am Zukunftshimmel der französischen Politik.

Daß kluge und ernste italienische Politiker, zu denen ich auch Herrn Prinetti zähle, diesen französischen Zukunftsträumen nicht zu folgen beabsichtigen, erachte ich zwar für absolut sicher und ebenso, daß, wie mir gestern auch Graf Lanza in unbedingtester Weise bestätigte, der König fest entschlossen ist, die Bahnen der bisherigen Politik nicht zu verlassen. Der französische Versucher aber wird sein Spiel deshalb nicht aufgeben.

Diese Versuchungen aber gründlich zu durchkreuzen, wäre meiner unmaßgeblichen Ansicht nach England in vorderster Linie berufen und geeignet.

Das englische Kabinett hat sich im Laufe der letzten Zeit um Italien recht herzlich wenig gekümmert, und die natürliche Folge davon ist, daß der Glaube an Englands historische Freundschaft an Kraft verloren hat. Es begreift sich, daß Englands Blick jetzt vornehmlich auf Südafrika und China gerichtet ist, im Mittelmeer aber liegen doch englische Lebensinteressen, deren Vernachlässigung verhängnisvoll werden könnte und deren Sicherung am besten in einem engen Zusammengehen mit Italien gefunden wird.

Von guter Seite höre ich vertraulich, und zwar führt sich diese Mitteilung auf den Marquis Visconti Venosta zurück, daß bei dem damaligen englisch-französischen Abkommen über das tripolitanische Hinterland* Frankreich sich den italienischen Einwendungen gegenüber sehr viel entgegenkommender gezeigt habe als England.

Ferner ist mir schon einigemale die allerdings in die Form einer Vermutung gekleidete Andeutung entgegengetreten, daß zwischen Frankreich und Italien über die Zukunft von Tripolis eine Verständigung erfolgt sei, und zwar nach der einen Version durch gegenseitige Garantierung des Status quo, nach der anderen sogar dahin, daß Frankreich im gegebenen Falle Italien freie Hand in Tripolis zugesagt habe**.

---

* Gemeint ist die englisch-französische Übereinkunft vom 21. März 1899 über die Abgrenzung der beiderseitigen Besitzungen südlich und westlich vom Niger und der Interessensphären östlich dieses Flusses. Siehe den Text der Übereinkunft in: Das Staatsarchiv Bd. 64, S. 333 f. Vgl. Bd. XIV, Kap. XCIII, Nr. 3943 nebst Fußnote *.

** Tatsächlich war durch einen Notenaustausch vom 14. bzw. 16. Dezember 1900 (siehe den Text in dem 1920 ausgegebenen französischen Gelbbuch „Les Accords Franco-Italiens de 1900—1902", p. 3s) eine gegenseitige französisch-italienische Desinteressementserklärung bezüglich Tripolitaniens und Marokkos erfolgt.

Eure Exzellenz dürften sich erinnern, daß Marquis Visconti Venosta, als er im vorigen Jahre in der Kammer sich über Italiens Stellung zu Albanien und Tripolis äußerte, bezüglich des letzteren Landes auf für Italien völlig beruhigende Versicherungen hindeutete.

In diesem, wenigstens anscheinenden, französischen Entgegenkommen liegt für Italiens Haltung in fernerer Zukunft eine ernste Gefahr, und es wäre erwünscht, daß das englische Kabinett zur Erkenntnis seiner, durch eine solche Eventualität schwer bedrohten eigenen Interessen gelangte und dem vernachlässigten italienischen Freunde wieder etwas mehr Aufmerksamkeit und Stütze zuwendete. Die Aussicht auf die Hülfe des mit uns und Österreich-Ungarn in freundschaftlichen Beziehungen stehenden England wird, meiner Überzeugung nach, stets die sicherste Gewähr gegen jede auf die Abschwenkung vom Dreibund gerichteten Velleitäten Italiens bilden.

Graf C. Wedel

Nr. 5832

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 106 Rom, den 10. April 1901

„Die Feste in Toulon* sind bis jetzt ohne Zwischenfall verlaufen, und ich hoffe, daß auch die beiden nächsten Tage ohne einen solchen vorübergehen werden. Ich habe das Meinige getan — auch durch Einwirkung auf die Presse —, um dem Besuche unserer Flotte den Charakter einer Höflichkeitserwiderung zu wahren und jeder daraus abgeleiteten, anderweitigen politischen Kombination zu steuern."

So etwa äußerte sich Herr Prinetti mir gegenüber, als ich ihn heute an seinem regelmäßigen Empfangstage besuchte.

Die hiesige Presse beschäftigt sich naturgemäß mit den Touloner Festen und registriert durchweg mit Befriedigung den bei dieser Gelegenheit zutage tretenden Ausdruck der zwischen den beiden lateinischen Schwestern bestehenden warmen Sympathie. Zu enthusiastischen Kundgebungen, zu weitgehenden Zukunftskombinationen

* Vom 8.—13. April besuchte ein italienisches Geschwader unter dem Kommando des Herzogs von Genua den Hafen. Am 10. April hatte der Herzog eine Zusammenkunft mit dem Präsidenten Loubet auf der Marinepräfektur; am 11. folgte eine Begegnung an Bord des italienischen Kreuzers „Lepanto". Unmittelbar vor dem Eintreffen des italienischen Geschwaders in Toulon hatte dort ein russisches Geschwader unter dem Kommando des Admirals Birilew geankert.

haben sich selbst die Blätter dreibundfeindlicher Richtung bisher nicht verstiegen. Man hat die Empfindung, als wenn die, welche die wiedergewonnene französische Freundschaft als das Morgenrot einer neuen, glücklichen Ära für Italien zu begrüßen geneigt schienen, sich plötzlich vor die Frage gestellt sähen, ob Frankreich Italien das zu ersetzen vermöge, was die Anlehnung an die Zentralmächte und die Freundschaft Englands ihnen in fast zwei Dezennien gewährt. Der Grundton der Preßäußerungen gipfelt daher auch in der Genugtuung über den nunmehr feierlich besiegelten Ausgleich früherer italienisch-französischer Mißverständnisse und die darauf begründete freundschaftliche Annäherung der beiden Schwesternationen.

Gleichzeitig aber tritt ziemlich durchweg die Anschauung zutage, daß die allgemeine Orientierung der auswärtigen Politik dadurch nicht berührt werde, und daß die Erneuerung des Dreibundes* — für die manche Blätter allerdings immer noch handelspolitische Konzessionen als Vorbedingung hinstellen — jener Annäherung keinen Eintrag tun könne. Diese Anschauung wird zweifellos bestärkt durch deutsche und österreichische Preßstimmen, welche die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Italien und Frankreich als eine weitere Friedensgarantie und daher als eine für Italiens Verbündete erfreuliche Tatsache bezeichnen. Sie erhält eine erhöhte Stärkung noch dadurch, daß selbst französische Zeitungen in Italiens Zugehörigkeit zum Dreibund nunmehr keine Drohung gegen Frankreich mehr zu erblicken erklären.

Die russische Eskadre hat zwar Toulon geräumt, um der italienischen Flotte dort die Ehren des Tages allein zu überlassen, der russische Admiral aber hat es — und wie ich annehme auf Weisung seiner Regierung — sich dennoch nicht versagen können, den Präsidenten Loubet in Nizza zu begrüßen, mit demselben herzliche Trinksprüche auszutauschen und damit die Priorität der russischen Freundschaft zu dokumentieren. Empfindliche italienische Gemüter werden auch aus dieser Episode die Schlußfolgerung einer Italien später eventuell bevorstehenden Aschenbrödelrolle ziehen.

Ich glaube daher, daß es hier zu einem wirklichen Rausche nicht mehr kommen wird, weil man den Katzenjammer voraussieht und sich vor ihm fürchtet. Die seinerzeitige Erneuerung des Dreibundes wird daher auch meiner Überzeugung nach auf keine allzu ernsten Hindernisse stoßen, obgleich die an sich nicht starken Sympathien für Österreich unter der sicheren Voraussicht der Nichterneuerung der Weinklausel** noch an Boden verlieren.

Wie ich bereits bei früherer Gelegenheit hervorzuheben mich beehrte, würde übrigens ein freundschaftlicheres Verhalten Englands

---

* Vgl. dazu Kap. CXXII.
** Vgl. dazu Kap. CXXII, Nr. 5705, Fußnote ***.

Italien gegenüber meiner Ansicht nach ausschlaggebend dazu beitragen, letzteres unbedingt in seinen bisherigen politischen Bahnen festzuhalten. England kann Italien nicht allein den Schutz seiner Küsten und die gesicherte Zufuhr von Kohlen gewähren, sondern ihm auch, nicht nur nicht ohne Opferung, sondern sogar in direkter Wahrung eigener Interessen, Garantien gegen die Verschiebung der Machtverhältnisse im Mittelmeer bieten, und gerade diese Fragen sind die italienischen Sorgenkinder. pp.

Graf C. Wedel

Nr. 5833

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 117 Paris, den 19. April 1901

Der italienische Botschafter* äußerte sich mir gegenüber über die französisch-italienische Annäherung etwa folgendermaßen:

„L'Italie est un pays pauvre. Elle a besoin d'argent étranger pour développer son industrie. Quand on dépend d'un seul créancier, il est clair qu'on est plus ou moins à sa merci. Il est naturel qu'on tâche d'avoir plusieurs cordes à un arc. Un rapprochement de la France nous met à l'abri des conditions trop onéreuses de nos créanciers actuels et nous met à même de ne pas dépendre entièrement de la bonne grâce d'un seul groupe financier. Il nous permet de respirer plus librement."

Graf Tornielli ließ durchblicken, daß die monopolisierenden Gläubiger nicht zum geringsten Teil in Deutschland zu suchen seien, und fügte hinzu, daß das neue Freundschaftsverhältnis mit Frankreich in keiner Weise die guten Beziehungen zu Deutschland trüben würde.

Bezüglich der Touloner Begegnung äußerte sich der Botschafter, daß seine Regierung ihm von der bestehenden Absicht einer solchen kein Wort vorher mitgeteilt habe, weil sie wohl vorausgesehen habe, daß er einige Einwendungen machen würde. Er erfuhr davon erst, als die Zusammenkunft beschlossene Sache und nichts daran zu ändern war. Graf Tornielli fand es namentlich bedauerlich und nicht sonderlich rücksichtsvoll für Italien, daß gerade Toulon, welches so nahe an der früheren italienischen Grenze gelegen, zum Ort der Zusammenkunft gewählt worden sei.

Wie ich höre, ist die französisch-italienische Annäherung das Werk des tatendurstigen und ehrgeizigen Botschafters Barrère in

* Graf Tornielli.

Rom, der mit Admiral Canevaro* die Sache eingeleitet und auch die neuen Handelsbeziehungen zuwege gebracht haben soll.

Barrères Wunsch soll es gewesen sein, seinerzeit Botschafter in Berlin zu werden, und meint man in wohlunterrichteten Kreisen, es würde dieser unzweifelhaft bedeutende Diplomat, der lange nicht so rot ist wie sein Ruf**, es für einen point d'honneur angesehen haben, eine Annäherung Frankreichs an Deutschland zu bewerkstelligen, wie es seinem Geschick gelungen ist, eine solche mit Italien zustande zu bringen.

Radolin

Nr. 5834

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 314 Rom, den 12. Dezember 1901
Ganz vertraulich

Wie Euere Exzellenz sich erinnern dürften, hatten Marquis Venosta im vorigen Jahre und Herr Prinetti im vorigen Frühjahre in der Kammer fast gleichlautende, beruhigende Erklärungen bezüglich der Sicherung der italienischen Interessen in Tripolis und in Albanien abgegeben.

Nun brachte vor einigen Tagen der „Popolo Romano" einen Artikel, nach welchem Italien und Frankreich hinsichtlich ihrer beiderseitigen Interessen im Mittelmeer zu einer Verständigung gelangt sein sollten, ein Artikel, der von der französischen Presse vielfach kommentiert worden ist.

Ich hatte mir vorgenommen, Herrn Prinetti gegenüber an seinem gestrigen Empfangstage diesen Artikel zu berühren, verschob diese Absicht indessen, weil die Erörterung anderer Fragen längere Zeit in Anspruch genommen hatte und im Vorzimmer verschiedene Kollegen des Empfanges harrten, auf ein für heute vormittag mit dem Minister verabredetes Rendezvous. Im Laufe des Gesprächs, das ich während des letzteren mit Herrn Prinetti führte, und über dessen Inhalt ich an anderen Stellen berichte, sagte mir der Minister, noch ehe ich jenes Artikels Erwähnung getan hatte, Baron Pasetti habe ihn gestern nach der Bedeutung desselben gefragt. Er hätte dem Botschafter geantwortet, daß die französische Regierung im vorigen

* Minister des Äußern im Kabinett Pelloux 1898/99.
** Camille Barrère war 1871 Anhänger und Vorkämpfer der Commune gewesen.

Jahre durch Herrn Barrère dem Marquis Visconti Venosta formell habe erklären lassen, Frankreich hege keinerlei Absichten auf Tripolis und werde auch der Benutzung der aus der französischen Interessensphäre des Hinterlandes nach den tripolitanischen Küsten führenden Karawanenstraßen keinerlei Hindernisse bereiten*.

Baron Pasetti habe diese Eröffnung mit sichtlichem Erstaunen aufgenommen, wodurch er, Prinetti, veranlaßt worden sei, den Botschafter zu fragen, ob denn Marquis Visconti Venosta ihn hierüber seinerzeit nicht informiert hätte. Da die Antwort zu seiner Verwunderung verneinend ausgefallen, so erachte er es nicht für ausgeschlossen, daß sein Vorgänger auch mir gegenüber diese Sache verschwiegen[1], und deshalb liege es ihm am Herzen, mich zu orientieren.

Herr Barrère habe seinerzeit mit dem Marquis Visconti Venosta über den Ausgleich italienisch-französischer Interessen an den Mittelmeerküsten gesprochen, und die Folge dieser Pourparlers sei die gewesen, daß der französische Botschafter dem Marquis namens des Pariser Kabinetts erklärt habe, Frankreich hege keinerlei Absichten auf Tripolis und werde auch der Benutzung der bereits erwähnten Karawanenstraßen keine Hindernisse in den Weg legen. Die gleiche Erklärung habe Herr Barrère auch ihm, Prinetti, bei verschiedenen Gelegenheiten wiederholt.

Demgegenüber habe Marquis Visconti Venosta sich verbunden, der Entwicklung der französischen Interessen in Marokko nicht entgegenzuarbeiten.

Ich warf bei dieser Gelegenheit ein, daß der Marquis früher bei jeder Bewegung französischer Truppen an der marokkanischen Grenze große Nervosität gezeigt, die ich vom Standpunkte der in Marokko engagierten italienischen Interessen niemals ganz begriffen habe. Nach der von ihm Frankreich gegebenen Desinteressementserklärung erweise sich dieselbe ja nun auch als übertrieben, worauf Herr Prinetti meinte, diese Nervosität seines Vorgängers habe sich wohl hauptsächlich auf den Umstand zurückgeführt, daß Marquis Visconti Venosta sich gezwungen erachtet habe, im Falle einer französischen Besetzung Marokkos zu einer italienischen Besetzung Tripolis schreiten und damit in ein für Italien immerhin sehr ernstes Engagement eintreten zu müssen.

Ich darf hier ehrerbietigst daran erinnern, daß mir Marquis Visconti Venosta im vorigen Jahre eine direkte Äußerung dahin machte, er seinerseits werde, wenn Frankreich in Marokko vorgehe, eine Kompensation in Tripolis suchen, und daß ich über diese Äußerung seinerzeit zu berichten mich beehrte.

---

* Vgl. Nr. 5831, S. 713, Fußnote **.

Herr Prinetti bemerkte schließlich noch, daß weitere Erklärungen über italienisch-französische Mittelmeerinteressen nicht abgegeben worden seien, und daß Herr Barrère, als er namens seiner Regierung den Verzicht auf jede Aspiration auf tripolitanisches Gebiet ausgesprochen, die allgemeine italienische Politik mit keinem Worte berührt habe.

Italien werde natürlich, trotz seines Desinteressements, gegenüber einer etwaigen Okkupation Marokkos durch Frankreich oder England nicht untätiger Zuschauer bleiben, sondern in einem solchen Falle die Hand auf Tripolis legen, ein Unternehmen, das freilich Truppen und Geld erfordern werde, dem Italien indessen gewachsen sei. Im übrigen sei ihm der Status quo das Liebste, und die französische Erklärung gewähre ihm hauptsächlich deshalb eine Beruhigung, weil sie seitens Frankreichs die Anerkennung enthalte, daß Tripolis, wenn es eines Tages nicht mehr türkisch sein könne, mit französischer Zustimmung italienisch werden würde.

Ob indessen trotzdem dort nicht wieder Reibungen einträten, lasse sich deshalb schwer sagen, weil die benachbarten französischen Kolonialbehörden beständig an der tripolitanischen Grenze herumspionierten und ihren Einfluß über dieselbe zu erstrecken suchten.

Die französische Besetzung von Mytilene*, bemerkte Herr Prinetti schließlich noch, sei etwas Neues gewesen und hätte ihm deshalb Kopfschmerzen gemacht, weil, wenn Frankreich dort geblieben, und dazu würde es bei längerer Dauer der Okkupation durch seine eigenen Leute gezwungen worden sein, die italienische öffentliche Meinung gewaltsam auf eine Kompensation gedrungen haben würde.

Man sieht aus diesen Äußerungen, daß Italien wohl mit Argusaugen über Tripolis wacht, daß die italienischen Staatsmänner aber trotzdem mit Sorge dem Augenblicke entgegensehen, wo sie sich durch den Druck der Verhältnisse in die Notwendigkeit gesetzt glauben, die Hand auf Tripolis legen zu müssen.

Die italienisch-französische Verständigung über Tripolis dürfte sich als ein nicht unwesentlicher Schritt zum Ausgleich vorhandener Gegensätze darstellen, und des Marquis Visconti Venosta Schweigen über diese Verständigung, speziell uns gegenüber, gibt immerhin zu denken.

Graf C. Wedel

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja

---

* Vgl. dazu Kap. CXX.

Nr. 5835

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept

Nr. 421 Berlin, den 18. Dezember 1901

Der englische Geschäftsträger berührte gestern hier das durch die Rede des Herrn Prinetti* bekannt gewordene italienisch-französische Abkommen und fragte, wie dasselbe von uns beurteilt werde. Er hat darauf keine sachlich eingehende Antwort erhalten, weil bis dahin nur der telegraphische Zeitungsauszug jener Rede hier vorlag. Seitdem ist sowohl der Text der Rede wie auch eine Meldung des Kaiserlichen Botschafters in Rom über eine eingehende, denselben Gegenstand betreffende Mitteilung des Herrn Prinetti an Graf Wedel** bei uns eingetroffen.

Andeutungen darüber, daß zwischen Frankreich und Italien eine Verständigung wegen Tripolis im Gange sei, waren mir bereits früher von italienischer amtlicher Seite gemacht worden. Bevor Italien sich zu dieser Abschwenkung entschloß, hatte es sich, wie Ew. bekannt ist, jahrelang und ernstlich bemüht, bei England eine Anlehnung für seine abbessynischen und überhaupt seine afrikanischen Interessen zu erlangen. Lord Salisbury war für diese Bitten taub und demütigte überdies im Frühjahr 1898 das amtliche Italien durch die Ablehnung eines Besuches des Königs Humbert bei der Königin Viktoria. Die Kaiserliche Regierung hat Jahre hindurch unverdrossen in London darauf hingewiesen, wie wenig diese geringschätzige Behandlung den englischen Interessen entspreche. Lord Salisbury hat jedoch, vielleicht um seine von der unsrigen abweichende Beurteilung englischer Interessen möglichst deutlich zu betätigen, mit Frankreich jenes nordafrikanische Abkommen*** abgeschlossen, welches die Italiener entsetzte und von der franzosenfreundlichen Presse der Halbinsel als eine offene Absage Englands an Italien interpretiert wurde.

Daß die italienische Regierung sich nach solchen Erfahrungen endlich entschloß, dem Drängen des gewandten französischen Botschafters Barrère nachzugeben und sich mit Frankreich wegen der beiderseitigen nordafrikanischen Interessen zu verständigen, war fast ein Gebot der Notwendigkeit.

Die Zusicherung von Tripolis mit Einschluß der Karawanenstraßen des Hinterlandes ist ein hoher Preis, den Frankreich nicht ohne Aussicht auf eine vollwertige Gegenleistung Italiens an einer

* Vgl. über die Tripolisrede Prinettis vom 14. Dezember Kap. CXXII, Nr. 5708 nebst Fußnote.
** Siehe Nr. 5834.
*** Vom 21. März 1899; vgl. Nr. 5831, S. 713, Fußnote *.

anderen Stelle der afrikanischen Nordküste geboten haben würde. Es handelt sich für Frankreich darum, bei dem französisch-englischen Interessenkonflikt wegen Marokkos Italien den Engländern abspenstig zu machen, was ja auch soweit geglückt zu sein scheint. Nach dem französisch-englischen Abkommen ist auch nicht ersichtlich, quo titulo die englische Regierung der italienischen einen Vorwurf aus dem italienisch-französischen Abkommen machen könnte, denn durch das ersterwähnte englisch-französische Abkommen hatte England die wichtigsten italienischen Mittelmeerinteressen an Frankreich preisgegeben.

Deutschland wird durch diese Mittelmeerfragen nicht direkt berührt. Wir haben heute nicht mehr, wie in den ersten Jahrzehnten nach unserem französischen Kriege, zu gewärtigen, daß wir der Gegenstand eines konzentrischen Angriffs sind. Die großen Ziele der heutigen Weltpolitik — Mittelmeer, Persien, Ostasien — sind Fragen, denen gegenüber wir die Freiheit der Entscheidung haben. Wenn eine derselben in Bewegung kommt, werden die dem Wirbel zunächst liegenden Staaten sich voraussichtlich vor dem Beginn der Aktion über Deutschlands Stellung orientieren. Wir würden daher unsere Stellung verkennen, wenn wir unsererseits uns mit Initialanträgen bemühen wollten.

Ew. wollen sich in diesem Sinne ruhig aussprechen, falls Ihnen von maßgebender englischer Seite Anlaß dazu gegeben wird, ohne jedoch Ihrerseits die Frage anzuregen.

Bülow

Nr. 5836

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 323 Rom, den 17. Dezember 1901

Mein französischer Kollege Herr Camille Barrère, mit dessen Verdiensten hinsichtlich Erzielung einer engeren Wiederannäherung zwischen Frankreich und Italien sich die Presse in letzterer Zeit vielfach beschäftigt hat, befindet sich fast vier Jahre auf seinem hiesigen Posten. Mit vollen Segeln ist er einst in Rom eingelaufen, und man sagt von ihm, daß er damals sein Amt in der Überzeugung angetreten habe, die italienische Politik in nicht ferner Zeit in das französische Schlepptau nehmen zu können.

Der Wind war indessen anfangs nicht so günstig, wie er wohl erwartet hatte, und Enttäuschungen werden ihm daher nicht erspart geblieben sein. Entmutigt worden aber ist er dadurch nicht, er hat vielmehr an Stelle des veni vidi vici ein System kleinerer und größerer

politischer Aufmerksamkeiten und Gefälligkeiten treten lassen, das auf die Dauer hier seinen Erfolg um so weniger verfehlt hat, als die historischen und verwandtschaftlichen Sympathien Italiens für die lateinische Schwester wohl seinerzeit durch die französische Okkupation von Tunis und durch die scheinbaren französischen Aspirationen auch auf Tripolis einen harten Stoß erlitten hatten, nicht aber erloschen waren.

Die Beseitigung des für Italien so empfindlichen italienisch-französischen Zollkrieges war der erste Pfeiler der neuen Verbindungsbrücke zwischen beiden Ländern, dessen Bau Herr Barrère unternahm, und wenn auch bei der Begrüßung des Königs Humbert seitens der französischen und der englischen Eskadre während höchstdessen Reise in Sardinien* der Empfang der englischen Flotte einen entschieden wärmeren Charakter trug, so hat doch Frankreich dafür bald seine Revanche an England genommen. Denn ersteres war es, welches der hiesigen Regierung eines Tages das von England Italien gegenüber streng geheim gehaltene französisch-englische Abkommen über das tripolitanische Hinterland mitteilte und daran später die nunmehr von Herrn Prinetti in offener Kammersitzung bestätigte Erklärung knüpfte, daß es weder Aspirationen auf Tripolis hege noch die von dem französischen Hinterlande dahin führenden Karawanenstraßen zu kupieren beabsichtige**.

Frankreich hat mit diesem Schritte hier ebenso Sympathien und Vertrauen erworben, wie das Kabinett von St. James durch seine Geheimnistuerei dem bisher unerschütterten Vertrauen Italiens auf die traditionelle Freundschaft der englischen Politik einen harten Stoß versetzt hat.

Der Besuch der italienischen Flotte in Toulon war an sich kein so bedeutungsvolles Ereignis, wie es von französischer Seite hinzustellen versucht wurde, doch ist diese Bewegung vom größeren Publikum immerhin als ein öffentlicher Beweis für die Wiederanknüpfung freundschaftlicher Beziehungen aufgefaßt worden.

Seitdem erweist Frankreich sich Italien bei jeder Gelegenheit gefällig und entgegenkommend, unterstützt seinen Kredit, zeigt sogar den Köder günstigerer Handelsbeziehungen, und wenn auch von einer Vereinbarung über alle beiderseitigen Mittelmeerinteressen, von der die Presse spricht, nicht die Rede ist und auch wohl so bald nicht sein kann, so halte ich doch Herrn Prinettis Erklärungen über Tripolis für ein Ereignis von nicht zu unterschätzender Tragweite, weil dieselben hinsichtlich des italienischen Sorgenkindes Tripolis Beruhigung in weite Kreise tragen und das gerade auf diesem Gebiete herrschende Mißtrauen gegen Frankreich mildern und vielfach beseitigen werden.

* Vgl. Nr. 5830, Fußnote **.
** Vgl. Kap. CXXII, Nr. 5708, Fußnote.

Daß diese Beruhigung und die Befestigung des Vertrauens bei weiterer ungestörter Entwicklung auf die Dauer auch eine Rückwirkung auf Italiens Beziehungen zu den verbündeten Mächten üben kann, erachte ich zum mindesten für möglich. Der tripolitanische Alp drückt nicht mehr unmittelbar auf das italienische Herz, und der Wert unserer Garantie wird dadurch gemindert. Nichtsdestoweniger halte ich aber nach wie vor an der Überzeugung fest, daß fast alle ernsteren italienischen Staatsmänner an eine Änderung der bisherigen Bündnispolitik vorderhand nicht denken, weil das Land des Friedens dringend bedarf, und das zwischen Dreibund und Zweibund bestehende Gleichgewicht der Macht hierfür eine Garantie bietet, während eine Verschiebung dieser Machtverhältnisse, z. B. durch Anschluß Italiens an den Zweibund, um mit Herrn Prinetti zu reden, einen Sprung ins Dunkle bedeuten würde.

Zudem werden sich die ernsteren italienischen Politiker der Erwägung nicht verschließen können, daß ein etwaiger Systemwechsel in Frankreich letzteres nur zu leicht wieder in einen direkten Gegensatz zu Italien bringen kann. Herr Prinetti hat mir übrigens mehrfach die Ansicht ausgesprochen, daß, von den Nationalisten abgesehen, alle ernsteren Kreise in Frankreich den Bestand des Dreibundes nicht ungern sähen, weil auch sie in dem durch die jetzige europäische Gruppierung geschaffenen Gleichgewicht der Kräfte die beste Friedensbürgschaft erblickten.

Wie Euerer Exzellenz indessen bekannt, schlummert im Schoße der italienischen Politik ein gewisser Erwerbstrieb. Wenn dieser Trieb nun in der gesicherteren Aussicht auf die einstige unbestrittene Erwerbung von Tripolis nach dieser Richtung Befriedigung findet, so ist es nicht ausgeschlossen, daß er sich im Laufe der Zeit wieder anderen Zielen zuwendet, und diese liegen in Südtirol, Triest und Albanien, deren Realisierung also nur im feindlichen Zusammenstoße mit Österreich durchführbar wäre. Eine solche Erkenntnis kann hier in ferner Zukunft zum Durchbruch kommen und zu einer anderen Orientierung der italienischen Politik führen, besonders wenn Österreich in seinem Verhalten gegen Italien nicht der häufiger hervortretenden Neigung zum Hochmut Zügel anlegt pp.

Graf C. Wedel

Nr. 5837

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 328 Rom, den 18. Dezember 1901

Als ich heute mit Herrn Prinetti über seine jüngst in der Kammer abgegebenen Erklärungen bezüglich Tripolis sprach, äußerte der

Minister, er habe sich zu denselben veranlaßt gesehen, um die hiesige gerade in diesem Punkte so überaus kitzliche öffentliche Meinung, die durch die französische Okkupation Mytilenes erneut erregt worden sei, zu beruhigen.

Als ich dann ganz unbefangen an den Minister die Frage richtete, wann eigentlich Herr Barrère namens seiner Regierung die erste bestimmte Erklärung abgegeben habe, erhielt ich zur Antwort, das sei kurz vor der im vorigen November von dem Marquis Visconti Venosta gehaltenen Rede geschehen*. Ebenso unbefangen, wie mir das meine Stellung zu Herrn Prinetti erlaubt, fragte ich dann weiter, ob Frankreich sich bestimmt dahin ausgesprochen habe, es werde eine Besetzung Tripolis von seiten Italiens ohne Einwendungen geschehen lassen, worauf Herr Prinetti meinte, in ganz bestimmter Form sei das freilich nicht geschehen, er entnehme das aber aus den Äußerungen des Herrn Barrère.

Mit einem Lande wie Frankreich, wo Präsidenten, Kabinette und Parteien wechselten, könne man ja übrigens wirklich bindende und dauernde Erklärungen kaum austauschen. Italien müsse unbedingt an seiner bisherigen Politik festhalten und ebenso lege er hohen Wert darauf, daß die Abmachungen wegen Tripolis im Bündnisvertrage aufrechterhalten blieben.

Hiernach fängt man also schon jetzt an, etwas Wasser in den französischen Wein zu gießen.

Graf C. Wedel

Nr. 5838

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Petersburg Grafen von Alvensleben

Konzept

Nr. 895 Berlin, den 21. Dezember 1901

Ew. erhalten anbei Abschrift eines ganz vertraulichen Berichts des Grafen Wedel** über die neuerdings mehrfach erörterte französisch-italienische Mittelmeerabmachung. Nach den Äußerungen des Herrn Prinetti steht die Tatsache fest, daß in dem Augenblick, wo Frankreich territoriale Erwerbungen in Marokko macht, Italien gegen Tripolis vorgeht. Daß die Losreißung dieser türkischen Provinz nicht ohne Rückwirkungen auf die Völkerstämme der Balkanhalbinsel bleiben wird, bedarf weiter keines Beweises.

Ew. wollen den Umstand, daß wir unsere Nachrichten Herrn

* Das war falsch; die Erklärung Barrères war vielmehr erst am 14. Dezember 1900, demselben Tage, wo Prinetti seine Tripolisrede hielt, erfolgt.
** Siehe Nr. 5834.

Prinetti verdanken, verschweigen, dagegen aber den Hauptinhalt des Berichts vertraulich zur Kenntnis des Grafen Lamsdorff bringen, etwa in folgender Form:

Nach den öffentlichen Erklärungen der italienischen Regierung, welche noch durch anderweite Mitteilungen ergänzt worden seien, betrachteten wir es als feststehende Tatsache, daß seitens der Regierungen von Frankreich und Italien die Erwerbung marokkanischen bezw. tripolitanischen Gebietes als konnexe Fragen behandelt würden. Da beide Fragen außerhalb des Rahmens des Dreibundes lägen, hielten wir uns aus denselben heraus, könnten jedoch nicht umhin, die hierdurch eröffneten Aussichten als in hohem Grade friedensgefährlich ins Auge zu fassen. Wir nähmen an, daß ein Vorgehen Frankreichs gegen Marokko das Signal für das Vorgehen der Italiener gegen Tripolis geben werde. Damit beginne die Aufteilung der Türkei.

Vom egoistisch deutschen Standpunkte aus betrachtet würde ein französischer Eroberungskrieg gegen Marokko nicht ungünstig sein. Das marokkanische Volk sei tapfer und fanatisch und werde natürlich von England und Amerika her mit guten Kriegswaffen versorgt werden. Der Krieg bedeute also eine lange andauernde Schwächung Frankreichs und eine Verschlechterung seiner Finanzen. Indessen sei es fraglich, ob diese Vorteile für uns ein Gleichgewicht bilden würden gegen die Gefahren, welche nach unserer Ansicht von einer Aufteilung des Türkischen Reiches nicht zu trennen seien.

Einen Versuch, im voraus auf die Gestaltung der Ereignisse eine Einwirkung auszuüben, werde Deutschland nicht machen, sondern sich darauf beschränken, die bedrohlichen Eventualitäten der Zukunft im Auge zu behalten.

Bülow

Nr. 5839

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept

Nr. 1058 Berlin, den 21. Dezember 1901

Ew. pp. erhalten anbei Abschrift eines Berichts des Botschafters Grafen Wedel* über die italienisch-französische Mittelmeerverständigung.

Es würde ein Vertrauensbruch von unserer Seite sein, wenn wir den Engländern mitteilen wollten, der italienische auswärtige Minister habe uns eröffnet, daß Marquis Visconti Venosta sich verbunden

* Siehe Nr. 5834.

habe, der Entwicklung der französischen Interessen in Marokko nicht entgegenzuarbeiten. Dagegen werden Ew., falls von englischer Seite das Thema zur Sprache gebracht wird, füglich erklären können, die deutsche Regierung habe keinen Zweifel darüber, daß die Gegenleistung Italiens für die ihm von Frankreich hinsichtlich Tripolis gemachte weitreichende Konzession darin bestehen werde, daß Italien den Franzosen in Marokko entweder helfe oder zum mindesten nicht entgegentrete. Über den Wortlaut und den Inhalt der bezüglichen Abrede sei hier nichts bekannt, insbesondere nichts darüber, ob es sich um einen elastischen Gedankenaustausch oder um einen festen Vertrag handele. Deutschland könne sich zur Einmischung in die Sache nicht für befugt erachten, weil erstens die Vertragsobjekte außerhalb des Rahmens des Dreibundsvertrages lägen und zweitens besonders deshalb, weil in Rom bekannt sei, daß die deutsche Regierung sich in früheren Jahren erfolglos bemüht habe, das Kabinett Salisbury zu materiellem Entgegenkommen Italien gegenüber in der Behandlung afrikanischer Interessenfragen zu bewegen.

Ew. stelle ich anheim, ob Sie es für opportun erachten, dabei einfließen zu lassen, daß selbst dann, wenn es sich bisher nur um eine Abrede in nicht völlig bindender Form handelte, wir es im Hinblick auf die relative Leistungsfähigkeit von Lord Currie und Herrn Barrère nicht für wahrscheinlich hielten, daß der erstere dem letzteren jetzt noch den Rang ablaufen sollte.

Bülow

Nr. 5840

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 807 London, den 21. Dezember 1901

Unter Bezug auf Telegramm Nr. 421 *.

Der hiesige italienische Botschafter ** hat Lord Lansdowne in betreff des italienisch-französischen Abkommens mitgeteilt, daß dasselbe nicht gegen die durch den Dreibund übernommenen Pflichten verstoße, da der Dreibund eine freie Bewegung der einzelnen Mitglieder zulasse. Italien sei die Rückversicherung mit Frankreich eingegangen, um die unklare Lage zu beseitigen, welche das französisch-englische Abkommen in bezug auf Tripolis gelassen habe. Für Italien sei das nunmehr getroffene Abkommen mit Frankreich eine große Beruhigung.

---

* Siehe Nr. 5835.

** Pansa, seit 4. Mai 1901.

Lord Lansdowne, welcher die Angelegenheit mit mir besprach, habe ich, da er mich darum bat, die Gründe offen auseinandergesetzt, welche Italien durch Englands Verhalten in die Arme Frankreichs getrieben hätten, soweit es sich um das Mittelmeer handele. Er bemerkte, die englische Regierung habe gerade ein Italien sehr befriedigendes Abkommen über die erythräischen Grenzen abgeschlossen.

Lord Salisbury gegenüber, bei dem ich gestern auf dem Lande zum Besuch war, und der ebenfalls das französisch-italienische Abkommen berührte, habe ich mich vorsichtiger ausgedrückt und gesagt, es sei erfreulich, daß durch das Abkommen ein Stein des Anstoßes im Mittelmeergebiete hinweggeräumt und dadurch die Garantien des Friedens vermehrt worden seien. Allerdings werde England im Mittelmeer wohl einsamer dastehen als bisher. Lord Salisbury drückte sich ebenfalls befriedigt über das Abkommen aus und bemerkte, er habe in den früheren Verhandlungen mit Italien nicht über Gebiete verfügen können, die dem Sultan gehörten [1]. Übrigens werde Italien bis zur Erbaufteilung der Türkei wohl noch lange zu warten haben. Das Schwergewicht der Stärke Englands liege nicht im Anschluß an andere, sondern beruhe auf seinen Kreidefelsen und auf seiner Flotte [2].

Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] !
[2] Immer das alte Lied! Das nur im Verein mit Amerika umgestimmt werden kann!

Nr. 5841

Der Botschafter in Petersburg Graf von Alvensleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 364 St. Petersburg, den 26. Dezember 1901

Unter Bezugnahme auf Erlaß Nr. 895 vom 21. d. Mts. *.

Ich habe dem Grafen Lamsdorff in der vorgezeichneten Form vertraulich über die französisch-italienischen Mittelmeerabmachungen gesprochen.

Der Minister erklärte, sich bisher wenig mit dieser Angelegenheit beschäftigt zu haben und wich einer Diskussion darüber aus, erkannte aber die Gefahren eines gleichzeitigen Vorgehens Frankreichs und Italiens gegen Marokko bezw. Tripolis an. Er sah hierin gleichfalls den Anfang der Aufteilung der Türkei, woraus sich gefährliche un-

---

* Siehe Nr. 5838.

vorhergesehene Situationen ergeben würden. Seine Worte waren: „Il n'y a rien que je déteste comme l'imprévu qui en résulterait." Eine unmittelbare Gefahr sieht Graf Lamsdorff nicht[1] und setzt gegenüber den öffentlichen italienischen Erklärungen großes Vertrauen in die „sagesse" des Herrn Delcassé, von dem er nicht annehme, daß er geneigt sein würde, sich jetzt auf derartige Abenteuer einzulassen[2].

Ich habe am Schlusse dem Minister ausdrücklich bemerkt, daß Deutschland sich in dieser Angelegenheit lediglich auf die Rolle eines aufmerksamen Beobachters der bedrohlichen Eventualitäten zu beschränken beabsichtige[3].

Alvensleben

Randbemerkung von Holsteins:
Unsere Mitteilung scheint danach ihre Wirkung getan zu haben. Im französisch-türkischen Konflikt sprach Lamsdorff auch von der Sagesse von Delcassé, um diesem damit Sagesse zu empfehlen. Auch jetzt wird Lamsdorff den Delcassé wohl dämpfen.
Wir lassen die Sache jetzt wohl vorläufig ruhen.
Randbemerkungen des Grafen von Bülow auf einem Duplikat:
[1] Ich auch nicht
[2] gewiß nicht
[3] gut

Nr. 5842

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 340 Rom, den 26. Dezember 1901
Ganz vertraulich

Der mir durch hohen Erlaß vom 14. d. Mts. Nr. 500 mitgeteilte Bericht des Grafen Alvensleben, betreffend angebliche Gespräche des Viator-Mitarbeiters der „Nowoje Wremja" mit Herrn Luzzati* und noch einem anderen italienischen Staatsmann über die Erneuerung des Dreibundes, bot mir gestern einen geeigneten Ausgangspunkt für ein eingehendes Gespräch mit Herrn Prinetti, nachdem letzterer, wie Euerer Exzellenz bekannt, in den Auslassungen des Herrn

---

* Nach dem Bericht Graf Alvenslebens Nr. 893 vom 6. Dezember hätte der ehemalige Schatzminister Luzzati sich zu dem Viator-Mitarbeiter dahin geäußert: „Unsere Beziehungen zu Frankreich haben in gewissem Grade unsere Stellung gegenüber Deutschland und Österreich verändert. Ich meine, Italien wird es schwer sein, aus dem Bündnisse auszutreten, aber es wird nicht wie früher gefesselt dastehen, sondern eine viel weitere Aktionsfreiheit besitzen. Es ist überhaupt nicht leicht, sich von einem politischen Bündnisse loszumachen."

Luzzati stets eine Art von unberechtigten Eingriff in die Befugnisse der jetzigen Regierung erblickt.

Bei Besprechung des französisch-italienischen Abkommens über Tripolis, eine Besprechung, über die ich auch noch an anderer Stelle berichte, warf ich einen allgemeinen Blick auf die Aufnahme, die des Ministers Äußerungen* in der europäischen Presse gefunden hätten, und knüpfte daran die Bemerkung, daß ich, was die italienische öffentliche Meinung betreffe, einen Erfolg der Erklärungen nicht für ausgeschlossen erachte, den nämlich, daß mit der Überzeugung einer gesicherten Anwartschaft auf Tripolis zugleich die Meinung Wurzel fassen könne, Italien sei der ihm durch den Dreibund gewährten Garantien nicht mehr bedürftig.

Herr Prinetti wies den Eintritt einer solchen Möglichkeit lebhaft zurück. Tripolis sei, wie ich wisse, der kitzlichste Punkt für Italien, und er habe seine Erklärungen abgegeben, um in dieser Richtung Beruhigung zu schaffen. Die Gefahr sei einst nahe gewesen, daß Frankreich die Hand auf die unbestritten tripolitanischen Oasen Djad oder Ghedames gelegt habe, und wenn Italien darin auch eine schwere Gefährdung seiner Interessen hätte erblicken müssen, so würde es doch für diese Objekte kaum einen großen Krieg haben unternehmen und ebensowenig seinen Verbündeten bewaffnete Hülfe zumuten können.

Diese Gefahr sei nunmehr ziemlich beseitigt, und Italien könne sich daher beruhigter seinen Friedensaufgaben hingeben. Die Erkenntnis aber, daß der Dreibund, der eine Friedensassekuranz sei, diese Aufgaben seit nunmehr 20 Jahren gesichert habe, sei tief in das Volksbewußtsein gedrungen, sodaß eine Änderung der bisherigen Politik absolut ausgeschlossen erscheine.

Aber auch Italiens Verbündete müßten, so meinte Herr Prinetti weiter, mit dem französisch-italienischen Arrangement zufrieden sein, weil dasselbe durch die Beseitigung eines möglichen Streitpunktes die allgemeinen Friedensgarantien erhöhe.

Ich bemerkte bei dieser Gelegenheit, der Minister wisse, daß die deutsche Politik einer ausgleichenden französisch-italienischen Annäherung niemals entgegen gewesen sei, einer Anbahnung freundlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern vielmehr stets durchaus wohlwollend gegenübergestanden habe. Aber auch die deutsche Presse habe über das Abkommen keine Erregung oder Verstimmung geäußert, wie wir ja denn auch an den Mittelmeerfragen durchaus nicht direkt interessiert wären. Nur stellenweise sei mir in einzelnen Blättern ein leiser Ausdruck von Mißtrauen dahin entgegengetreten, als könne Italien mit Frankreich einen weitergehenden, bindenden Vertrag abgeschlossen haben.

---

* Vgl. Nr. 5834.

Diese absichtliche Anspielung wirkte, denn der Minister äußerte, er würde es für einen Akt der Illoyalität halten, wenn Italien in einem solchen Falle seinen Verbündeten nicht sofort entsprechende Mitteilung gemacht hätte. Er persönlich habe fest geglaubt, daß Marquis Visconti Venosta mich und den Baron Pasetti über seinen Meinungsaustausch mit Herrn Barrère in betreff Tripolis in Kenntnis gesetzt hätte, sei auf die Unrichtigkeit dieser Voraussetzung erst durch ein Gespräch mit dem Baron Pasetti aufmerksam geworden und habe dann durch Anfrage bei Herrn Malvano festgestellt, daß sein Vorgänger tatsächlich sich diesbezüglich in Schweigen gehüllt. Als ich in Anknüpfung hieran insistierte, vertraute mir Herr Prinetti an, daß — wie Euerer Exzellenz ich bereits zu melden die Ehre hatte — die Erklärung Frankreichs, daß es keine Aspirationen auf Tripolis hege und die von dort in das Hinterland führenden Karawanenstraßen nicht zu kupieren beabsichtige, denn weiteres umfasse dieselbe nicht, in Form einer von Herrn Barrère dem Marquis Visconti Venosta übergebenen Note erfolgt sei.

Ich erachtete es aus Diskretionsgründen nicht für angezeigt, auch bezüglich der italienischen Desinteressementserklärung in betreff Marokkos zu insistieren, um so mehr, als die Notenform auch der letzteren aus logischen Gründen als fast selbstredend anzunehmen ist*.

Wie Euerer Exzellenz ich bei früherer Gelegenheit zu berichten die Ehre hatte, war mir von zuverlässiger Seite mitgeteilt worden, daß mein französischer Kollege seit einiger Zeit mit dem dreibundfreundlichen „Popolo Romano“ in Verbindung getreten sei, indem er den Chefredakteur desselben dadurch gewonnen habe, daß er demselben versichern ließ, seine Regierung wäre durchaus nicht gegen die Erneuerung des Dreibundes und wünsche aus demselben nur die aggressive Spitze gegen Frankreich entfernt zu sehen.

Tatsache ist, daß der „Popolo“ neuerdings, ohne seine bisherige dreibundfreundliche Richtung wesentlich zu ändern, sich besonderer Rücksichten gegen Frankreich befleißigt.

Mein Gewährsmann fügte nun vor einigen Tagen der ersten Mitteilung hinzu, der französische Botschafter habe seinen Gedanken neuerdings dahin fortgesponnen, daß Italien nur verpflichtet sein solle, Deutschland Beistand zu leisten, wenn letzteres von zwei Seiten, nicht aber von Frankreich allein angegriffen würde, weil Deutschland in letzterem Falle stark genug sei und keiner Unterstützung bedürfe. Diese allerdings mehr als abenteuerliche Idee, der ich daher auch keinerlei weitere Bedeutung beilegte, fand ich zu meinem

---

* Siehe den Text der französischen Desinteressementsnote, sowie der analogen italienischen Note, die das Desinteressement bezüglich Marokkos aussprach, in dem Gelbbuch „Les Accords Franco-Italiens de 1900—1902“, p. 3 s.

Erstaunen in dem Sonninoschen „Giornale d'Italia" vom 25. nach einem Artikel der „Times" vom 23. wiedergegeben und entnahm daraus den Beweis, daß dieselbe von irgendeiner Seite zu lancieren versucht wird.

Ganz beiläufig streifte ich daher während meines Gespräches mit Herrn Prinetti dieses Gerücht und die Herrn Barrère untergeschobenen Bestrebungen. Der Minister antwortete mir, Herr Barrère habe ihm allerdings verschiedentlich über den Dreibund gesprochen, dabei stets hervorgehoben, daß Frankreich gegen den Bestand desselben prinzipiell nichts habe, indessen dringend hoffe, daß bei der Erneuerung jede aggressive Spitze gegen Frankreich aus demselben entfernt werde.

Er habe, fuhr Herr Prinetti fort, aus diesen Äußerungen die Überzeugung gewonnen, daß man an der Seine den Text des Vertrages tatsächlich nicht kenne, und hätte dem Botschafter die beruhigende Versicherung gegeben, daß Frankreich keine aggressive Spitze zu fürchten brauche. Im übrigen hätte Herr Barrère niemals auch nur die leiseste Andeutung in dem Sinne gemacht, daß Italiens Hülfe Deuschland nur dann zugute kommen möge, wenn letzteres von zwei Seiten angegriffen werde, eine Zumutung, die ja schon an sich absurd erscheine.

Der Minister äußerte dann, er führe die den Doppelangriff auf Deutschland betreffende Ausstreuung auf englische Kreise zurück, und als ich dagegen einwarf, daß man doch auch in London den Text unseres Vertrages kaum kennen dürfte, meinte er, das erscheine ihm nicht sicher. Ganz im Vertrauen wolle er mir sagen, daß er vor etlichen Tagen ein Telegramm des hiesigen „Times"-Korrespondenten, Mr. Stead, an sein Blatt abgefangen habe, in welchem Telegramm jener Gedanke zum Ausdruck gebracht sei.

Als ich hier fragte, welchen Zweck er glaube, daß die von ihm ins Auge gefaßten englischen Kreise mit der Verbreitung solcher Nachrichten verfolgten, antwortete Herr Prinetti, es sei dabei auf eine Störung der italienisch-französischen Entente abgesehen. Man wolle eben Frankreich das Verlangen suggerieren, daß Italien nur im Falle eines Doppelangriffs auf Deutschland letzterem Hülfe leiste, weil man wisse, daß Italien einem solchen Verlangen niemals Folge geben könne und werde, denn sonst hätte ja das Bündnis keine Bedeutung mehr, ganz abgesehen davon, daß nur volle Gegenseitigkeit dasselbe für alle Teile annehmbar mache.

„Ich kann Ihnen die feierliche Versicherung geben", rief der Minister dann aus, „und zwar auch im Namen meines Königs, daß ich wohl bereit bin, die Freundschaft Frankreichs für den Dreibund zu opfern, niemals aber den Dreibund für die Freundschaft Frankreichs."

Euere Exzellenz werden besser zu beurteilen vermögen, ob der

von Herrn Prinetti geäußerte Verdacht englischer Machenschaften einen Anspruch auf Berechtigung hat.

Mir persönlich erscheint die Konklusion des Ministers ein wenig künstlich, und möchte ich aus dem Umstande, daß Mr. Stead seinen am 23. in London erschienenen Korrespondenzartikel scheinbar telegraphisch durch die Geschichte des Doppelangriffs ergänzt hat, eher darauf schließen, daß ihm dieses Gerücht erst nachträglich zugetragen worden ist.

Was Herrn Stead persönlich betrifft, den ich während meines Hierseins zur zweimal, das letzte Mal im vorigen Frühjahr, sprach, so vertritt derselbe meines Wissens die Wiederherstellung der englisch-italienischen Intimität, wenn auch wohl mit dem natürlichen Hintergedanken, dadurch für die englische Präponderanz im Mittelmeer gegenüber diesbezüglichen französischen Machtgelüsten erhöhte Garantien zu schaffen.

Graf C. Wedel

Nr. 5843

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 341 Rom, den 27. Dezember 1901
Ganz vertraulich

Ausländische, speziell Wiener Zeitungen, haben sich in der letzten Zeit mehrfach mit der Nachricht beschäftigt, daß die Erklärung des italienischen Protektorats über Tripolis nahe bevorstehend sei. Diese Äußerungen sind von der hiesigen Presse reproduziert worden, und die „Tribuna" vom 23. knüpfte an eine solche der „Wiener Allgemeinen Zeitung" folgende Bemerkung:

„Italien würde es jedenfalls nicht bedauern, wenn die Tatsachen den Voraussetzungen des Wiener Blattes recht geben sollten. Man werde hier vielmehr Grund haben, sich über den neuen Beweis zu freuen, daß die glückliche Eingebung des Augenblicks, in welchem eine politische Aktion eingeleitet werde, auch unfehlbar den Erfolg sichere.

Eine Politik, welche dem Lande Ruhe und Wohlfahrt im Innern gewährleiste, erlaube auch glückliche Initiative im Auslande."

Diese Auslassungen des offiziösen Blattes berührte ich gestern in meinem Gespräche mit Herrn Prinetti und traf damit auf einen fruchtbaren Boden, weil der Minister darin die Anregung zu einer ganz vertraulichen Entwicklung seiner tripolitanischen Ideen zu finden schien.

Die inneren Verhältnisse von Tripolis, begann Herr Prinetti, seien überaus gespannte. Die arabischen Tribus befänden sich den neuen Maßregeln des türkischen Generalgouverneurs gegenüber in offener Auflehnung und würden seiner Überzeugung nach froh sein [1], die türkische Herrschaft abschütteln zu können. Diese Sachlage dürfe Italien nicht aus dem Auge verlieren, denn Tripolis als der letzte noch unvergebene Rest der Mittelmeerküsten [2] müsse eines Tages italienisch werden und damit Italien einen gesicherten Weg zum Innern Afrikas öffnen. Oft und ernst habe er über die Lösung dieser Frage nachgedacht, und wenn er auch noch nicht zu einem abgeklärten Urteil gelangt sei, so schwebe ihm doch die Idee vor, daß der Besitz des Wilajets besser als durch gewaltsame Annexion im Wege friedlicher Verständigung mit dem Sultan angestrebt werden müsse.

Dem ausgesprochenen Gedanken einer gewaltsamen Angliederung gegenüber hielt ich Herrn Prinetti entgegen, daß mir ein solches Unternehmen doch mehr als gefährlich erscheinen würde, da meiner persönlichen Ansicht nach, ganz abgesehen davon, daß der Sultan ein solches kaum dulden werde, damit leicht das Signal zu Versuchen anderer Staaten, sich gleichfalls türkisches Gebiet anzueignen, gegeben und durch die solchergestalt aufgerollte orientalische Frage ein allgemeiner Brand entfacht werden könne [3].

Herr Prinetti schien in dieser Beziehung einer optimistischeren Auffassung zu huldigen und war daher durch meine Warnung ein wenig betroffen.

Der Minister führte dann seinen Gedanken einer friedlichen Verständigung mit dem Sultan näher aus.

Tripolis sei ein fruchtbares Land mit sehr geringer Bevölkerung, das bei richtiger und ausreichender Kolonisation eine große Zukunft habe. Nun beziffere sich die jährliche italienische Auswanderung auf 180 000 bis 200 000 Köpfe. Für letztere werde durch die in den Vereinigten Staaten in Aussicht genommene Verschärfung der Einwanderungsbestimmungen einer der bisherigen Abflußkanäle teilweise verstopft. In Argentinien fehle es an Arbeit, sodaß momentan allein in Buenos-Aires 40 000 italienische Arbeiter beschäftigungslos seien. Die italienische Einwanderung nach Tunis werde zweifellos französischerseits Erschwerungen erfahren, und nachdem auch in Deutschland und Frankreich zahlreiche Arbeiterentlassungen stattfänden, die sich begreiflicherweise in erster Linie auf die Fremden und damit auf deren Majorität, die Italiener, erstreckten, so sei ein Rückfluß dieser Arbeiter in die Heimat und damit eine ernste Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu gewärtigen.

Bei dieser Sachlage sei ihm nun mehr und mehr die Idee gekommen, sich über die Übernahme von Tripolis in italienische Verwaltung, etwa nach Anhalt des Zypernvertrages, mit dem Sultan zu

verständigen, um dann den Strom der italienischen Auswanderung befruchtend in jene Gegend zu leiten.

Als ich bei dieser Gelegenheit die Frage einwarf, ob er glaube, daß der Großherr in Rücksicht auf seine Stellung als Kalif auf ein solches Arrangement freiwillig eingehen könne[4], meinte Herr Prinetti, er halte das nicht für ausgeschlossen. Italien würde bereit sein, die Zahlung der jetzt von Tripolis an das Palais und an die europäische Schuldenkommission abgelieferten Summen nicht nur zu übernehmen, sondern eventuell noch zu erhöhen und auch die geistliche Oberhoheit des Sultans schriftlich anzuerkennen. Der letztere würde also durch ein solches Arrangement keinerlei Schaden erleiden.

Als ich darauf Herrn Prinetti fragte, ob er die Sicherheit zu haben glaubte, daß England ein solches Abkommen stillschweigend geschehen lassen werde, antwortete er bejahend. Die Beziehungen zwischen Rom und London seien, trotz Lord Currie, sehr freundschaftliche, und zudem biete ihm das englisch-italienische Abkommen vom Jahre 1887 Garantien[5]. Auf meine weitere Frage an den Minister, ob er in Konstantinopel bereits Sondierungen vorgenommen habe oder solche vorzunehmen beabsichtige, erwiderte er, er sei noch nicht so weit, denn die Frage sei natürlich eine sehr delikate und müsse daher mit großer Vorsicht behandelt werden.

Aus dieser ganzen Entwicklung der Zukunftsgedanken des Herrn Prinetti habe ich den Eindruck gewonnen, als wenn er unsere Ansicht über dieselben gern kennen würde, ja, als wenn er sich sogar der stillen Hoffnung hingebe, daß der deutsche Einfluß in Konstantinopel eventuell für die Realisierung derselben dienstbar gemacht werden könne.

Ich habe mich natürlich gehütet, in dieser Beziehung auch nur ein einziges Wort zu äußern, sondern habe mich auf die Fragen beschränkt, die mir zur weiteren Klärung der Anschauungen und Ziele des italienischen Staatsmannes nützlich erschienen.

In letzterer Beziehung darf ich noch anführen, daß, als Herr Prinetti mir versicherte, die italienischen Bestrebungen würden mit der Erwerbung von Tripolis, in welcher Form immer, ihre volle Befriedigung finden[6], und das Land könne sich dann ausschließlich seinen kulturellen Aufgaben widmen, ich die Frage hinwarf, ob er nicht fürchte, daß nach Erreichung dieses Zieles der Irredentismus wieder in den Vordergrund treten werde?

Der Minister verneinte dieses auf das entschiedenste, indem er behauptete, daß die irredentische Bewegung einzig und allein in der äußersten Linken Anhänger zähle, und daß alle übrigen Kammergruppen derselben absolut fern ständen. Dieselbe äußerste Linke aber, die ebenfalls mehr oder weniger dreibundfeindlich sei, werde

freilich zweifellos auch eine Okkupation von Tripolis auf das heftigste bekämpfen[7].

Graf C. Wedel

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] ?
[3] Das macht auf die Italiener gar keinen Eindruck
[6] für einige Zeit — ja
[7] cela dépend
Randbemerkungen von Holsteins:
[2] also betrachtet er Marokko als schon vergeben
[4] m. E. nein, ist gegen den Koran.
[5] jede Komplikation würde den Engländern genehm sein.

Nr. 5844

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

Berlin, den 31. Dezember 1901

In den beiden Berichten des Grafen Wedel* sind die Gesichtspunkte des Herrn Prinetti entwickelt, welcher Tripolis — im Guten oder im Schlimmen — nehmen, dabei aber auf die Rückendeckung durch den Dreibund nicht verzichten möchte.

Solange wir nach den ersten Mitteilungen des Grafen Wedel an der Annahme festhalten konnten, daß die Verständigung zwischen Rom und Paris sich nur auf die Prinzipienfrage einer eventuellen zukünftigen Erwerbung von Tripolis durch Italien bezog, solange konnten wir auf dem Standpunkt bleiben, daß dieses französisch-italienische Abkommen nicht gegen den Geist des Dreibundes verstoße Aus Bericht 341, Seite 7, wird nun aber ersichtlich, daß Herr Prinetti jetzt sofort zur Angliederung von Tripolis schreiten möchte. Ein solcher Schritt würde allerdings eine Verletzung des Vertrages vom 6. Mai 1891 bedeuten, wo im Artikel 9 gesagt ist, daß Deutschland und Italien sich die Erhaltung des Status quo in der Cyrenaica, in Tripolis und Tunis angelegen sein lassen werden. Nur für den Fall, daß die fernere Erhaltung des Status quo unmöglich würde, sind weitere Eventualitäten in Aussicht genommen, bei welchen die deutsche Unterstützung den Italienern zugesichert wird. Daß letzterer Fall vorliege, daß der türkische Besitzstand in Tripolis unhaltbar sei, ist in keiner Weise erwiesen oder selbst nur angedeutet. Der casus foederis würde also nicht gegeben sein, Italien würde demnach, wenn es jetzt wirklich vorginge, sich nicht nur außerhalb der Schutzgrenzen des Dreibundvertrages, sondern en con-

* Siehe Nr. 5842 und Nr. 5843.

travention gegen diesen Vertrag befinden. Es dürfte sich empfehlen, diesen Gesichtspunkt demnächst in ruhiger Weise bei der italienischen Regierung zu erwähnen, damit die Italiener nicht etwa in Konstantinopel oder anderswo sagen können, daß wir ihre Pläne gegen die türkische Herrschaft in Tripolis gekannt und stillschweigend gebilligt haben.

Die Hoffnung des Herrn Prinetti, daß der Sultan Tripolis gutwillig aufgeben werde, ist meines Wissens unberechtigt, da der Sultan ein Gebiet, wo Mohammedaner wohnen, nur infolge eines unglücklichen Krieges abtreten kann. Die Abtretung von Zypern, sowie die der heutigen griechischen Nordprovinzen, konnte mit Recht als eine Folge des russisch-türkischen Krieges angesehen werden. Wegen Tripolis aber würde der Sultan erst noch kämpfen müssen.

Eine Äußerung des Herrn Prinetti kann man kaum anders interpretieren, als daß in den Augen des italienischen Ministers auch über Marokko bereits verfügt ist, natürlich zugunsten Frankreichs.

Eine andere Äußerung des Herrn Prinetti ist geeignet die Vermutung zu bestärken, daß das Kabinett Salisbury einem italienischen Vorgehen gegen Tripolis, welches ein Aufrollen der Orientfrage und die Neubelebung der englischen Hoffnung auf einen Kontinentalkrieg bedeuten würde, sympathisch gegenübersteht.

Nach dem Dreibundvertrage tritt der casus foederis ein, wenn einer der Kontrahenten von zwei oder mehreren Mächten angegriffen wird. Nur hinsichtlich Frankreichs ist diese allgemeine Norm insofern zugespitzt, als schon der bloße isolierte Angriff Frankreichs genügt, um alle drei Verbündete in Bewegung zu setzen (Artikel 2). Eine analoge Bestimmung steht in dem deutsch-österreichischen Vertrage vom 7. Oktober 1879. Einem isolierten Angriffe Rußlands treten beide Verbündete gemeinsam entgegen, während, wenn Rußland nicht in Frage kommt, der casus foederis erst dann eintritt, wenn Deutschland oder Österreich von mindestens zwei Mächten angegriffen werden.

Man kann es Herrn Prinetti glauben, wenn er sagt, daß die Aufhebung des Artikels 2 des Dreibundvertrages ihm nicht erwünscht sein würde; denn man kann nicht wissen, was die Zukunft bringt, und Italien o h n e deutschen Rückhalt würde ein Spielzeug in den Händen Frankreichs sein, so wie das bis zum Abschlusse des Dreibundes tatsächlich der Fall war. Ganz anders ist die Lage Deutschlands Frankreich gegenüber. Wir können schon heute vorhersagen, daß Frankreich uns nur dann angreifen wird, wenn es der Unterstützung einer anderen Macht, also sagen wir Rußlands, sicher ist. Wenn also Artikel 3 des Dreibundvertrags, wo der Angriff mehrerer Mächte gegen einen Dreibündler vorgesehen ist, bestehen bliebe, und der Artikel 2, welcher vom isolierten französischen Angriff handelt, fiele fort, so wäre Italien zweifellos der verlierende Teil,

da die Deckung gegen einen isolierten französischen Überfall oder gegen die Androhung eines solchen eine praktische Bedeutung für Deutschland nicht hat, wohl aber für Italien.

Daß Italien dazu neigt, die ihm obliegenden Bundespflichten unter allen Umständen leicht zu nehmen, konnten wir schon aus der Anregung des Königs ersehen, durch welche die italienische militärische Mitwirkung auf deutschem Boden, welche doch seinerzeit gerade von italienischer Seite mit großer Dringlichkeit beantragt worden war, rückgängig gemacht worden ist*.

Unsere nächste diplomatische Aufgabe wird es sein, den Italienern den Glauben zu nehmen, daß sie die diplomatische Lage beherrschen. Heutzutage bedeutet Deutschland mit seiner ungeheuren Stärke zu Lande und zu Wasser einen Faktor, den keine Macht, die einen großen Schlag führen will, in ihrem Rücken stehen lassen darf, ohne sich vorher mit ihm verständigt zu haben. Für das viel schwächere, dabei aber erwerbslustige Italien hingegen bedeutet der Dreibund eine feste Burg, wo es sich vor oder nach Ausführung seiner Beutezüge ausruhen und zu weiteren Taten sammeln möchte. Von der italienischen Seite und mit italienischen Augen betrachtet, würde also der Dreibund eine Institution zum einseitigen Nutzen Italiens sein. Wenigstens findet sich in den Ausführungen des Herrn Prinetti keine Andeutung, daß noch für einen der beiden Mitkontrahenten etwas dabei herausschaut. Herr Prinetti möchte, kurz gesagt, mit Frankreich zusammen auf Raub ausziehen, dann aber diesen Raub gegen jedermann, auch gegen Frankreich, unter den Kanonen des Dreibundes in Sicherheit bringen.

Die deutsche Rückäußerung, welche Herr Prinetti offenbar durch seine confidencen herauslocken will, dürfte zunächst auf den Hinweis zu beschränken sein, daß ein sofortiges Vorgehen Italiens gegen Tripolis dem Artikel 9 des Dreibundvertrages zuwiderlaufen würde. Besagter Artikel sichere Italien die Unterstützung Deutschlands in der tripolitanischen Frage unter der Voraussetzung zu, daß der Status quo in Tripolis nicht mehr zu halten sei. Diese Voraussetzung sei aber bis heute keineswegs eingetreten. Gegen eine gütliche Abtretung von Tripolis würden wir keine Einwendungen haben, soviel wir wüßten, sei jedoch der Sultan nach mohammedanischem Gesetz in die Unmöglichkeit versetzt, Gebiete mit mohammedanischen Einwohnern anders als nach vorherigem Kriege abzutreten. Ein solcher Krieg würde die Aufrollung der ganzen Orientfrage bedeuten und zum Ausgangspunkt eine im Dreibundvertrage nicht vorgesehene Konjunktur haben.

Darum warten wir zunächst ab, was Italien repliziert.

Holstein

---

* Vgl. Kap. CXXIV, Nr. 9822 f.

Nr. 5845

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 11 Rom, den 5. Januar 1902

Ganz vertraulich

Herr Prinetti erzählte mir gestern abend, Lord Currie habe den König am 30. v. Mts. bei Gelegenheit des Neujahrsempfanges des diplomatischen Korps seitens der Majestäten persönlich um eine Audienz gebeten und der König habe ihm, dem Minister, hiervon mit dem Hinzufügen Mitteilung gemacht, daß es sich bei dieser Audienz wohl um die Krönung des Königs Eduard handeln werde. Er hätte Seiner Majestät geantwortet, der Botschafter beabsichtige zweifellos über die Zurückziehung seiner groben Note* und über Tripolis zu sprechen, und habe er, Prinetti, sich daher vor der Audienz zum Könige begeben, um Seine Majestät über diese Angelegenheiten noch einmal eingehender zu orientieren.

Nach der Audienz am 2. d. Mts. sei Lord Currie bei ihm erschienen und habe sich sehr befriedigt über den ihm seitens des Königs bereiteten gnädigen Empfang und über die eingehende Aussprache, die er mit höchstdemselben auch über Tripolis gehabt, geäußert. Den König selbst, fuhr der Minister fort, hätte er seitdem noch nicht wieder gesehen, sodaß er von dieser Seite noch ohne Kenntnis über den Verlauf der Audienz sei.

Herr Prinetti erzählte mir dann von dem längeren Gespräch, das er daran anschließend mit dem Botschafter gehabt. Letzterer habe ihm versichert, daß er ein warmer Freund Italiens wäre und im Laufe der letzten Zeit bereits viermal das dringende Ersuchen nach London gerichtet hätte, der englischen Politik eine Italien freundlichere Richtung zu geben. Lord Currie habe hinzugefügt, England würde eine Besetzung von Tripolis seitens Italiens jedenfalls mit wohlwollendem Auge betrachten[1] und weiter bemerkt, er wolle an seine Regierung telegraphieren, daß auch diese eine Desinteressementserklärung bezüglich Tripolis abgebe, indem er voraussetze, daß das hier angenehm sein werde.

Auf diese Anregung habe er dem Botschafter geantwortet, Italien sei leider seit längerer Zeit daran gewöhnt, von seiten der englischen Regierung als eine quantité négligeable behandelt zu werden[2]. Nach den mit Lord Salisbury gemachten Erfahrungen sehe er sich daher auch nicht in der Lage, zu der von Lord Currie

* Sie bezog sich nach früheren Mitteilungen Prinettis an Graf Wedel auf sudanesisch-abessynische Grenzfragen, die zu einer Spannung zwischen England und Italien geführt hatten. Bericht Graf Wedels Nr. 299 vom 27. November 1901.

gegebenen Anregung in betreff einer englischen Desinteressementserklärung bezüglich Tripolis irgendwelche Stellung zu nehmen. Er sei nämlich der Überzeugung, daß, wenn er einem solchen Wunsche Ausdruck geben würde, Lord Salisbury denselben nicht nur mit einem Refüs beantworten[2], sondern auch dafür Sorge tragen werde, daß die Aussprache und Ablehnung des Wunsches in die Öffentlichkeit gelange[3]. Wolle England daher in dieser Richtung etwas tun, so müsse es ohne seine, Prinettis, Mitwirkung handeln.

Der Minister teilte mir dann weiter mit, daß die italienische Regierung sich nach Bekanntwerden des englisch-französischen Vertrages über das tripolitanische Hinterland, ein Vertrag*, durch den England das englisch-italienische Abkommen vom Jahre 1887 in Wahrheit zerrissen habe, sowohl nach Paris wie nach London mit dem Ersuchen gewendet habe, Erklärungen dahin abgeben zu wollen, daß Frankreich und England auf Tripolis selbst keine Ansprüche erhöben. Beide Kabinette hätten damals ablehnend geantwortet, Lord Salisbury unter dem Bemerken, er könne ein solches Engagement nicht eingehen, weil es ihm zweifelhaft erscheine, ob Italien einst Tripolis in Besitz nehmen werde und England sich etwaigen anderen Bewerbern gegenüber die Hände nicht binden wolle. Frankreich habe dann nach weiteren Pourparlers dem italienischen Wunsche entsprochen, sodaß es schließlich Ende 1899 oder Anfang 1900 zum Austausch der bekannten Erklärungen gekommen sei, die, wie er mir wiederholt versichere, nicht ein Wort mehr enthielten, als er mir gesagt.

Als ich bei dieser Gelegenheit die Frage hinwarf, ob Lord Currie ihn wegen Marokko sondiert habe, antwortete der Minister verneinend. Der Lord werde indessen aus seiner, demselben gegebenen positiven Erklärung, daß Italien an den afrikanischen Mittelmeerküsten nur ein einziges Interesse besitze, nämlich Tripolis, wohl die weiteren Schlüsse gezogen haben.

Herr Prinetti kam am Schlusse wieder auf seine Lieblingsidee, eine friedliche Verständigung mit dem Sultan[4] zurück, die er nach wie vor für ausführbar hält, um so mehr, wenn England tatsächlich auch seinerseits eine Desinteressementserklärung bezüglich Tripolis abgeben sollte. Ich habe es nicht für angezeigt erachtet, auf dieses Thema einzugehen. Graf C. Wedel

---

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] ?
[2] !
[3] ! !
[4] er soll es doch ruhig versuchen.

---

* Vom 21. März 1899.

Nr. 5846

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 6 Rom, den 9. Januar 1902

Herr Prinetti bat mich, ihn heute zu besuchen. Er zeigte mir ein gestern abend eingegangenes Telegramm des Grafen Lanza über eine Unterredung mit Freiherrn von Richthofen, das ihm, wie er sagte, einen peinlichen Eindruck gemacht habe. Der Botschafter berichte, der Herr Staatssekretär habe ihm gesagt, wir begrüßten das italienisch-französische Abkommen über den Status quo in Tripolis sympathisch. Die deutsche Presse hätte eine gewisse Furcht geäußert [1], Italien könne sich durch die, durch die letzten etwas bruyanten Erklärungen Barrères* erhitzte öffentliche Meinung zu einer Besitznahme von Tripolis drängen lassen [2], die Kaiserliche Regierung setze aber volles Vertrauen in die Weisheit und Klugheit des Königs und der jetzigen Regierung, um eine solche Sorge nicht zu hegen**. Graf Lanza resümiert dann, man scheine in Berlin weniger zu fürchten, daß Italien einen Coup de tête plane, als daß es mit einer schon zur Zeit Marquis Visconti Venostas von verschiedenen italienischen Staatsmännern suggerierten Absicht umgehe [3].

Herr Prinetti fragte mich, ob ich wisse, was das bedeute, denn weder er noch Herr Malvano verständen den Sinn der letzten Worte [4]. Nachdem ich diese Frage verneint, fuhr der Minister fort, das, was ihn in diesem Telegramm am peinlichsten berührt, sei, daß er daraus den Eindruck gewonnen, wir ständen einer Angliederung Tripolis feindlich gegenüber [5]. Wenn eine solche Überzeugung hier Platz greife, würden die Folgen verhängnisvoll sein [6]. Er und mit ihm kein ernster Politiker denke an einen Gewaltakt, aber Tripolis müsse, wenn es einmal aufhöre, türkisch zu sein, italienisch werden [7]. Er

---

* In einer Neujahrsrede vor der französischen Kolonie hatte Botschafter Barrère die zwischen Italien und Frankreich glücklich hergestellte „parfaite concordance de vues" gepriesen.

** In diesem Sinne hatte sich Reichskanzler Graf Bülow auch am 8. Januar 1902 im Reichstage in seiner berühmten Extratourrede (vgl. Kap. CXXII, Nr. 5715, Fußnote **) ausgesprochen. Es hieß darin unter anderem: „Der Dreibund schließt gute Beziehungen seiner Teilnehmer zu anderen Mächten nicht aus, und ich würde es nicht für richtig halten, wenn ein wenn auch nur kleiner Teil der deutschen Presse wegen der französisch-italienischen Abmachungen eine gewisse Unruhe an den Tag legen würde. In einer glücklichen Ehe muß der Gatte auch nicht gleich einen roten Kopf kriegen, wenn seine Frau einmal mit einem anderen eine unschuldige Extratour tanzt. Die Hauptsache ist, daß sie ihm nicht durchgeht, und sie wird ihm nicht durchgehen, wenn sie es bei ihm am besten hat."

glaube auch noch jetzt, daß Italien sich mit dem Sultan friedlich verständigen könne, unter der Voraussetzung allerdings, daß keine Macht dem im Jildis-Palais entgegenarbeite[8]. Wie er über den Dreibund denke, wisse ich, und er könne mir nur das gestern Gesagte wiederholen, „nous sommes prêts à négocier", und die Verhandlungen würden kurz sein, da es sich ja höchstens um Änderung einiger Punkte handele.

Ich habe den Minister zu beruhigen gesucht, indem ich vorausschickte, daß ich allerdings nur meiner persönlichen Ansicht Ausdruck geben könne. Er werde voraussichtlich nicht erwarten, daß Deutschland, das den Frieden im Auge habe, eine Erklärung abgebe, durch die es Italien zur Besitzergreifung von Tripolis gewissermaßen aufmuntere.

Herr Prinetti fuhr bei dieser Gelegenheit mit der Äußerung heraus, daß Frankreich[9] Italien in dieser Richtung völlig freie Hand gegeben habe[10], worauf ich sehr ruhig erwiderte, daß Frankreich dann darauf abzuzielen scheine, Italien in Abenteuer zu stürzen und seine Politik zu kompromittieren.

Der Dreibundvertrag gebe Italien Garantien für Tripolis, und es würde mir mehr als unlogisch erscheinen, wenn die Verbündeten, die für diese von Italien verlangten Garantien eventuell ihre Kräfte einzusetzen sich verpflichtet hätten, dabei lediglich den Schutz der türkischen Interessen im Auge gehabt haben sollten[11]. Das aber schließe meiner Ansicht nach nicht aus, daß wir im Interesse des europäischen Friedens jeder gewaltsamen Änderung der bestehenden Verhältnisse abgeneigt seien[12]. Der Minister war von meiner Meinungsäußerung scheinbar nicht ganz befriedigt, aber immerhin beruhigter.

Ich möchte der Ansicht Ausdruck geben, daß Herr Prinetti den Lieblingsgedanken hegt, den Versuch einer friedlichen Verständigung mit der Türkei zu wagen[13], dabei aber fürchtet, wir könnten diesem Versuche beim Sultan entgegenarbeiten[14]. Daß man hier an eine gewaltsame Annexion von Tripolis nicht ernstlich denkt, dafür möchte ich bei der jetzigen Sachlage die Garantie übernehmen[15].

Euerer Exzellenz darf ich zu hochgeneigter Erwägung stellen, ob nicht dem Grafen Lanza gesagt werden könnte, wir würden uns einem Übergang von Tripolis in italienische Verwaltung im Wege friedlicher Vereinbarung nicht widersetzen und bei einem einmal eintretenden Verfall der Türkei Italien das Prioritätsrecht des Besitzes nicht streitig machen[16].

Ein solches der französischen und vielleicht auch englischen Haltung gegenüber keineswegs weitgehendes Engagement würde meiner festen Überzeugung nach hier große Beruhigung schaffen und der Erneuerung des Dreibunds unmittelbar den Weg ebnen.

Wedel

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
1 ?
2 ?? Das fürchtet Niemand bei uns
3 dunkel ist der Rede Sinn??
4 ich auch nicht
5 aha!
6 ja, sehr richtig
7 natürlich
8 wir denken gar nicht daran das zu tun
9 je m'en doutais bien
10 wir auch
11 gar nicht
12 nicht mehr wie Andere
13 er soll es doch nur versuchen
14 das tun wir unter gar keinen Umständen, was liegt uns an Tripolis!
15 ich auch!
16 gewiß
Schlußbemerkung des Grafen von Bülow:
Es wäre ein großer Fehler, der sich schwer rächen könnte, wenn wir den Italienern gegenüber wegen Tripolis, das uns völlig Hekuba sein kann, irgendwelche Mißgunst oder wegen eines allgemeinen Krieges, den wir nicht mehr als andere zu fürchten brauchen, übertriebene Ängstlichkeit durchblicken ließen.
B 10/I.

Nr. 5847

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Rom Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept von der Hand des Legationsrats Zahn

Nr. 3 Berlin, den 10. Januar 1902

Auf Telegramm Nr. 6*.

Ich habe dem Grafen Lanza gegenüber am Dienstag lediglich folgendes bemerkt: Wir hätten gegen den Inhalt des italienisch-französischen Abkommens bezüglich Tripolis gar keine Bedenken; nach meiner persönlichen Meinung könne vielleicht in der dem Abkommen gegebenen Publizität eine Gefahr[1] insofern liegen, als die italienische Regierung nicht dauernd vollständig Herr[1] über die Wahl des Zeitpunkts, an welchem sie das Abkommen in die Tat umsetzen wolle, sein, sondern von der öffentlichen Meinung oder Presse[1] zu solcher Tat möglicherweise in einem ungeeigneten Moment gedrängt werden könnte[2 3].

Graf Lanza, mit dem ich die Angelegenheit heute besprochen, sagte mir, daß er auch nur obiges als Äußerung meinerseits nach Rom telegraphiert habe; der übrige Inhalt des Telegramms habe per-

* Siehe Nr. 5846.

sönliche außerhalb der Konversation mit mir geschöpfte Eindrücke[4] und Beobachtungen des Botschafters enthalten. Bitte Sachverhalt demgemäß richtigzustellen.

Zu Ihrer Information:

Aus heute mit Depeschenkasten an Ew. pp. abgehendem ausführlichem Erlaß* werden Ew. pp. ersehen, daß Italien Schwierigkeiten hinsichtlich Tripolis zu bereiten uns ganz fern liegt.

Richthofen

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:

[1] ?

[2] Ich bedaure, daß diese Bemerkung selbst in verklausulierter Form gefallen ist. Sie mußte die Italiener mißtrauisch machen und war vom Standpunkt unserer Interessen nicht geboten. B.

[3] ??

[4] wo?

Nr. 5848

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 8 Rom, den 10. Januar 1902

Im Anschluß an mein gestriges Telegramm Nr. 6**.

Der einstige Anfall Tripolis an Italien wird hier nicht nur als etwas Selbstverständliches, sondern geradezu als eine Lebensfrage betrachtet, und zwar von allen Parteien[1] mit Ausnahme vielleicht eines Teiles der äußersten Linken, die aber kaum in die Wagschale fällt. Ich würde es als eine Verletzung meiner Pflicht erachten, wenn ich hierüber auch nur den leisesten Zweifel bestehen lassen wollte[1].

Tripolis als das letzte verfügbare Stück der afrikanischen Mittelmeerküste, als der letzte noch offene Zugang zum Innern des schwarzen Erdteils, wird nicht nur von der italienischen öffentlichen Meinung, sondern auch vom nationalen Gefühl als ein einstiges natürliches Erbteil, für dessen Sicherung das ganze Land einzutreten bereit ist, reklamiert[2].

Frankreich hat die in dieser Beziehung bisher bestehenden Zweifel hinweggeräumt. England, das sich seinerzeit durch eine Desinteressementserklärung nicht die Hände binden wollte, um, wie mir Lord Ph. Currie sagte, einer möglichen Okkupation von Tripolis seitens

---

* Siehe denselben in Kap. CXXII, Nr. 5712.

** Siehe Nr. 5846.

Frankreichs[3] entgegentreten zu können, wird bei der jetzigen Sachlage der Anwartschaft Italiens kaum noch Schwierigkeiten bereiten.

Die Euerer Exzellenz bekannte, hier hin und wieder in die Erscheinung tretende Empfindung, daß der Dreibund die legitimen italienischen Aspirationen auf Tripolis nicht genügend unterstützt, hat zwar gewiß keine Berechtigung[4], weil eine solche direkte Unterstützung vertragsmäßig nicht erwartet werden kann. Etwas anderes aber wäre es, wenn hier der Eindruck Platz griffe, daß die verbündeten Mächte und speziell Deutschland jenen Aspirationen Hindernisse in den Weg zu legen beabsichtigten[5].

Prinetti trägt sich, wie mir gestern auch Malvano mit an dem Erfolge zweifelnder Miene bestätigte, mit dem Lieblingsgedanken, Tripolis im Wege freundschaftlicher Verständigung mit dem Sultan zu gewinnen. Daß dieser Versuch, wenn er gemacht werden sollte, mißglückt, setze ich als sicher voraus[6], aber es würde hier meiner festen Überzeugung nach als ein Akt direkter Feindschaft empfunden werden, wenn der Glaube Wurzel faßte, daß das Scheitern desselben auch nur zum Teil auf unser Konto zu setzen wäre[7].

Den Eindruck des Lanzaschen Telegramms auf Prinetti bezeichnete mir auch Malvano dahin, es sei dadurch bei seinem Minister die Ansicht geweckt, daß Deutschland ein prinzipieller Gegner des einstigen Anfalls von Tripolis an Italien wäre[8].

Daß Prinetti unter den gegebenen Verhältnissen noch an eine gewaltsame Besitzergreifung von Tripolis denkt, erachte ich für ausgeschlossen[9]. Ebenso überzeugt bin ich, daß, wenn wir dem italienischen Zukunftswechsel auf Tripolis, besonders nach den französischen Vorgängen, eine gewisse freundschaftliche und bedingungsweise Bürgschaft versagen oder uns gar in den Verdacht, seine Honorierung zu verweigern, setzen wollten, wir Italien unwiderruflich in Frankreichs Arme treiben würden[10].

Wedel

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Sehr richtig
[2] vollständig richtig
[3] ?
[4] Wenn wir jener Empfindung, d. h. dem italienischen Mißtrauen Nahrung geben — doch
[5] das würde das sofortige Abschwenken Italiens zu Frankreich nach sich ziehen.
[6] Er soll es doch versuchen, ce n'est pas nous qui l'empêcherons
[7] sicherlich
[8] absolut falsch
[9] ich auch
[10] absolut richtig

Nr. 5849

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Telegramm. Entzifferung

Nr. 9 Rom, den 11. Januar 1902
Geheim

Antwort auf Telegramm Nr. 3 vom 10. Januar*.

Habe soeben Auftrag Herrn Prinetti gegenüber ausgeführt, der dadurch in hohem Grade beruhigt und befriedigt schien und mich bat, dem Herrn Staatssekretär seinen Dank auszusprechen.

Herr Prinetti teilte mir bei dieser Gelegenheit ganz vertraulich mit, er habe bereits im Mai mit dem König über die Art gesprochen, wie man die von Frankreich übernommene Verpflichtung bezüglich Tripolis festlegen könne. Der Abschluß einer formellen Konvention sei dabei aus begreiflichen Gründen von Haus aus nicht in ernste Erwägung gezogen, doch wäre er mit dem König dahin übereingekommen, daß eine Veröffentlichung des Arrangements am besten zu dem beabsichtigten Ziel führen würde. Im Juni habe er daher das Pariser Kabinett ersuchen lassen, sich mit der Veröffentlichung einverstanden zu erklären, doch hätte Herr Delcassé rundweg abgelehnt, wohl in der Furcht, daß die französische öffentliche Meinung gegen die Abmachung Stellung nehmen könnte. Ende November habe ihm dann Barrère mitgeteilt, der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten sei nunmehr mit der Veröffentlichung einverstanden. Derselbe beabsichtige nämlich im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen eine große, die ganze auswärtige Politik Frankreichs umfassende Rede zu halten, und da wolle er auch den fraglichen Punkt berühren.

Persönlich möchte ich aus dieser Sinnesänderung des Herrn Delcassé schließen, daß derselbe das italienische Zugeständnis in betreff Marokkos entsprechend zu fruktifizieren beabsichtigt.

Herr Prinetti teilte mir weiter mit, der französische Botschafter habe ihm gestern abend geschrieben, um im Auftrage seines Ministers den auf Albanien bezüglichen Passus in dem Interview desselben mit Ojetti** zu dementieren. Ein offizielles Dementi scheint danach als zu gefährlich zu unterbleiben.

Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten sagte mir endlich, er sei im Begriff, ganz vertraulich an Graf Lanza zu schreiben und denselben zu der Erklärung zu autorisieren, daß Italien sofort bereit sei, in Unterhandlungen wegen Erneuerung des Dreibundvertrages

---

* Siehe Nr. 5847.
** Vgl. Kap. CXXII, Nr. 5712, S. 515, Fußnote **.

einzutreten. Er gehe dabei von der Voraussetzung aus, daß Deutschland — welches ja übrigens hierbei kaum in Frage komme — und Österreich ihre Bereitwilligkeit kundgäben, auch die Handelsverträge erneuern zu wollen.

Wedel

Nr. 5850

Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen von Bülow

Reinschrift

Berlin, den 12. Januar 1902

Ich habe heute den italienischen Botschafter zu mir bitten lassen und ihm folgendes eröffnet:

Hoffentlich sei das Mißverständnis wegen Tripolis nunmehr endlich beseitigt. Uns läge nichts ferner, als den Italienern den Besitz von Tripolis zu mißgönnen oder dem Erwerb von Tripolis durch Italien irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg zu legen. In dieser Hinsicht spräche die Tripolisklausel des Dreibundvertrages für sich; wann und wie Italien die Tripolisangelegenheit regulieren wolle, sei seine Sache. Wir dächten gar nicht daran, Italien in dieser Beziehung Ratschläge oder Warnungen zu erteilen. Was den Sultan beträfe, so stände uns Italien natürlich näher als dieser, und jedenfalls würden wir den Italienern auch in Konstantinopel selbstverständlich keine Schwierigkeiten bereiten. Hinsichtlich Tripolis habe Italien, soweit Deutschland in Frage komme, vollkommen freie Hand. Schon deshalb sei die Abmachung wegen Tripolis auf deutscher Seite nicht übel genommen worden, dieselbe habe vielmehr bei ihrem Bekanntwerden in allen hiesigen maßgebenden Kreisen volles Verständnis gefunden. Nur würde ich allerdings bei einer Abmachung dieser Art mit einem Staate, der nicht zum Dreibund gehört, meinerseits die italienische Regierung vorher au courant gesetzt haben. Dies würde mir als ein Gebot der Loyalität erschienen sein. Alle Mittelmeerfragen, fügte ich noch hinzu, interessierten uns, wenn nicht ausschließlich so doch hauptsächlich, von dem Gesichtspunkt aus, daß Italien dabei nicht zu kurz kommt.

Graf Lanza erwiderte mir mit dem Ausdruck lebhaften Dankes, daß das in Rede stehende Mißverständnis nunmehr völlig aufgeklärt sei. An demselben sei übrigens ein Artikel der „Kölnischen Zeitung" schuld, den man in Rom für offiziös gehalten habe. Ich erwiderte, man möge mich ein für alle mal nicht für die Taktlosigkeiten der Presse verantwortlich machen, ich bäte ihn nach Rom zu schreiben, daß nur solchen Auslassungen der „Kölnischen Zeitung" eine politische Bedeutung beizumessen sei, die auf meine Veranlassung durch

„Wolff" weitergegeben oder in der Zeitungsschau der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" reproduziert würden. pp.*

Bülow

Nr. 5851

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 32 Rom, den 19. Januar 1902

pp.** Als die brennende Frage des französisch-italienischen Tripolisabkommens berührt wurde, sagte ich dem Marquis, er wisse wohl, daß dasselbe bei uns nicht nur volles Verständnis gefunden habe, sondern auch mit Genugtuung begrüßt worden sei[1]. Eines aber, daraus wolle ich ihm kein Hehl machen, wäre mir bisher unverständlich geblieben[2], daß er sich nämlich nicht bewogen gefunden habe, den Alliierten, die doch gerade bezüglich Tripolis vertragsmäßige Garantien übernommen hätten, nach Abschluß des Abkommens Mitteilung von demselben zu machen.

Der Marquis gab mir darauf folgende Erklärung:

Als während des türkisch-griechischen Krieges die Gefahr hervorgetreten sei, daß die orientalische Frage zur Aufrollung kommen könne, habe er den Grafen Tornielli beauftragt, mit Herrn Hanotaux *** in Verbindung zu treten, um von Frankreich bezüglich Tripolis und seines Hinterlandes gewisse Garantieen für Italien zu erlangen. Der französische Minister habe diese Anregung günstig aufgenommen. Er, Marquis Visconti Venosta, hätte darauf den Grafen Lanza angewiesen, die deutsche Regierung über ihre Stellung zu einem derartigen italienisch-französischen Abkommen zu sondieren. Die Antwort des Freiherrn von Marschall habe aber wenig encouragierend gelautet[3], was ihn veranlaßt hätte, die Sache fallen zu lassen. Als dann Italien durch das englisch-französische Hinterlandabkommen † überrascht worden sei, ein Abkommen, das er Lord Salisbury, der einen Krieg mit Frankreich hätte vermeiden wollen[1], an sich verzeihe, habe sich die absolute Notwendigkeit[4] aufgedrängt, Italien wenigstens den einstigen Besitz von Tripolis zu sichern.

Die Erwägung, sich zuvor mit Berlin in Verbindung zu setzen,

---

* Der Schluß der Aufzeichnung befindet sich in Kap. CXXII, Nr. 5715.

** Den Anfang sowie den Schluß des Berichts, der eine Unterredung Graf Wedels mit dem früheren italienischen Außenminister Marquis Visconti Venosta wiedergibt, siehe in Kap. CXXII, Nr. 5719.

*** Damaliger französischer Minister des Auswärtigen.

† Vom 21. März 1899.

sei ihm natürlich nahegetreten, er habe von einem solchen Schritte aber schließlich Abstand genommen, in der Befürchtung, daß wir auch dieses Mal wieder eine ablehnende Haltung einnehmen[5] und damit das von ihm im Interesse seines Landes für absolut notwendig gehaltene Arrangement zu Falle bringen könnten. Er hege dabei nach wie vor die feste Überzeugung, daß das Abkommen in keiner Weise gegen unseren Vertrag verstoße[6].

Als ich hier fragte, weshalb er uns nicht hinterher Mitteilung gemacht, antwortete der Marquis, das würde er auch unbedingt getan haben, wenn er nicht durch den Sturz des Ministeriums daran verhindert worden wäre.

Der Notenaustausch habe Ende des Jahres 1900, kurz ehe er — im Dezember 1900 — seine beruhigenden Erklärungen über Tripolis und Albanien in der Kammer abgegeben hätte, stattgefunden, und im Februar sei das Ministerium zurückgetreten.

Wie Euere Exzellenz hieraus ersehen wollen, war die erste Mitteilung, die mir Herr Prinetti über den Zeitpunkt jenes Austausches machte, die richtige, während die zweite, wonach derselbe 10 bis 11 Monate früher stattgefunden haben sollte, wohl auf einer momentanen Verwechslung der Jahreszahlen beruhte.

Was übrigens Tripolis betreffe, äußerte der Marquis weiter, so hätte Frankreich Italien nicht völlig freie Hand gelassen, sondern nur erklärt, daß es keine Aspirationen auf jenes Wilajet hege.

Ich führe das an, weil ich danach fast annehme, daß der von mir vor kurzem gemeldete bezügliche Ausruf des Herrn Prinetti sich auf eine mündliche entsprechende Äußerung des Herrn Barrère gestützt hat[7].

Hinsichtlich Marokkos, bemerkte ferner Marquis Visconti, habe Italien auch Frankreich nicht freie Hand gelassen, sondern nur erklärt, daß es dort keine besonderen Interessen verfolge[8] und gegen sich etwa als notwendig erweisende Maßregeln zur Sicherung der französischen Grenzen keine Einwendungen erheben werde. Er habe ein solches Engagement um so eher eingehen zu können geglaubt, als ich selbst ihm seinerzeit in Euerer Exzellenz Auftrag mitgeteilt hätte, Frankreich beabsichtige nach unseren Informationen keine Annexion Marokkos.

Wenn aber Frankreich an die marokkanischen Küsten vordringen sollte, so werde daraus eine europäische Frage, und dann sei für Italien der Moment gekommen, an anderer Stelle Kompensationen[9] zu nehmen.

Im übrigen dürfte das Drängen nach einer vorzeitigen Besetzung von Tripolis, das seinerzeit stellenweise auch ihm entgegengetreten sei, jetzt zweifellos aufhören, nachdem Italien sich die Erbschaft gesichert habe und die Frucht nunmehr ruhig reifen lassen könne. pp.

Graf C. Wedel

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
1 Richtig
2 gut
3 !!
4 vom italienischen Standpunkt durchaus zutreffend
5 ? War Italien von Marschall wirklich derartig verprellt worden?? und das wegen Tripolis! was uns völlig Hekuba ist
6 gewiß nicht
7 ist möglich
8 also gegenseitige Desinteressements-Erklärung
9 natürlich

Nr. 5852

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 61 Rom, den 15. Februar 1902
Vertraulich

Bei früherer Gelegenheit hatte ich Euerer Exzellenz zu berichten die Ehre gehabt, daß Lord Currie Herrn Prinetti eine englische Desinteressementserklärung in betreff Tripolis in Aussicht gestellt, daß aber der bald darauf von dem Botschafter vorgelegte Entwurf dieser Erklärung den italienischen Minister durchaus nicht befriedigt hätte.

Heute nun hat Lord Currie Herrn Prinetti einen neuen Entwurf unterbreitet, der nach der mir gemachten vertraulichen Mitteilung des Ministers etwa folgenden Wortlaut hat.

England erklärt, daß es keinerlei Aspirationen auf Tripolis habe, daß es den Frieden in jenen Gegenden nicht gestört zu sehen wünsche, und daß es gegebenenfalls die Berücksichtigung der italienischen Interessen in Tripolis unterstützen oder anerkennen wolle, soweit dieselben nicht mit den internationalen Engagements in Widerspruch ständen.

Herr Prinetti fügte hinzu, er habe den Botschafter in betreff des letzteren Vorbehalts darauf hingewiesen, daß er keinerlei Engagement kenne, welches mit jenen italienischen Interessen in Widerspruch stehe, und da auch Lord Currie ihm beigepflichtet hätte, hoffe er, daß das englische Kabinett jenen Vorbehalt fallen lassen werde.

Graf C. Wedel

Nr. 5853

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Entzifferung

Nr. 142 London, den 14. März 1902
Geheim

Graf Deym brachte mir gegenüber kürzlich das Gespräch auf englisch-italienische Beziehungen und erzählte mir, daß Lord Lansdowne ihm kürzlich von einem mit der italienischen Regierung stattgehabten freundschaftlichen Meinungsaustausch gesprochen habe. Der Minister habe dabei erwähnt, daß er durch den hiesigen italienischen Botschafter in Rom habe anfragen lassen, weshalb die italienische Regierung sich eigentlich über die Haltung Englands zu beschweren habe. Als Hauptgrund der entstandenen Mißstimmung habe man darauf das französisch-englische Abkommen vom 21. März 1899, wodurch die Interessen Italiens in Tripolis geschädigt worden seien, bezeichnet. Er, Lord Lansdowne, glaube aber, daß es ihm gelungen sei, die italienische Regierung durch Vermittlung des Herrn Pansa nunmehr davon zu überzeugen, daß das gedachte Abkommen in der Tat in keiner Weise den Interessen Italiens zuwiderliefe. Im Verlaufe der hierüber stattgehabten Pourparlers habe man italienischerseits um eine von der englischen Regierung abzugebende, dahin lautende Erklärung gebeten, daß England in Tripolis durchaus desinteressiert sei. Eine derartig gefaßte Erklärung habe die englische Regierung aber nicht abgeben können.

Im Verlauf eines Gesprächs, welches ich gestern mit dem Unterstaatssekretär Sir Th. Sanderson hatte, kam u. a. auch die Rede auf englisch-italienische Beziehungen. Der Unterstaatssekretär hob hervor, daß die Beziehungen zwischen beiden Regierungen sich in letzter Zeit sehr wesentlich gebessert hätten. Durch freundschaftliche Pourparlers seien viele Mißverständnisse aufgeklärt worden, so auch die Frage des Hinterlandes von Tripolis. Eine direkte „déclaration de désintéressement“ in Tripolis habe die englische Regierung nicht abgeben können, doch habe man hier guten Grund zu der Annahme, daß die italienische Regierung sich mit den von Lord Lansdowne in der genannten Frage abgegebenen Versicherungen durchaus zufrieden gebe.

Was Lord Currie betrifft, so ist man hier mehr wie je der Ansicht, daß derselbe einen großen Teil von Schuld an der in Italien gegen England entstandenen Mißstimmung trägt, und man möchte ihn gern von Rom zurückberufen.

Ein hoher Beamter des Foreign Office erzählte mir gestern im strengsten Vertrauen, daß Lord Currie, als ihm vor einiger

Zeit nahegelegt worden sei, sich in den Ruhestand zurückzuziehen, geantwortet habe, daß er in nicht allzulanger Zeit von selbst seine Pensionierung nachzusuchen gedenke. Im gegenwärtigen Moment würde es jedoch so aussehen, als habe er infolge der englisch-italienischen Differenzen seinen Abschied nehmen müssen. Er werde zunächst versuchen, mit den italienischen Regierungskreisen wieder zu einem möglichst freundschaftlichen Verhältnis zu gelangen, und dann weitere Entschlüsse fassen.

Metternich

Nr. 5854

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 154 Pera, den 29. April 1902
Vertraulich

Tewfik Pascha sagte mir soeben ganz vertraulich folgendes: Die Haltung Italiens bezüglich Tripolis fahre fort, den Sultan und die Pforte zu beunruhigen. Vor etwa zehn Tagen habe Herr Prinetti dem türkischen Botschafter in Rom gesagt[1]: Alljährlich wanderten etwa 150 000 Italiener zumeist nach Südamerika aus. Die italienische Regierung wünsche nun diese Auswanderung nach Tripolitanien zu lenken, wo ungeheure Ländereien noch der Ausbeutung harrten und die Auswanderer reichlichen Verdienst finden und zugleich durch Entwicklung des Landes der Türkei Vorteil bringen würden. Er erbitte daher die Genehmigung der Pforte zu einer solchen Kolonisation. Tewfik Pascha hat sofort antworten lassen, daß eine derartige Kolonisation mit der türkischen Gesetzgebung in Widerspruch stehe und die Pforte daher ihre Genehmigung bestimmt ablehnen müsse. Herr Prinetti habe sich anscheinend bei diesem Bescheid beruhigt. Als jedoch vor einigen Tagen einige Italiener in Tripolis angekommen seien und der Wali dieselben wegen mangelnder Pässe habe zurückweisen wollen[2], habe der dortige italienische Konsul gegen diese Zurückweisung mit der Behauptung protestiert „que la situation de la Tripolitaine était bien différente de celle des autres provinces ottomanes" und erklärt, daß demnächst Italien das Land kolonisieren werde und Ausweise für die Einwanderer nicht verlangt werden dürften. Die Pforte habe aus dieser Haltung des Konsuls den Schluß gezogen, daß man italienischerseits einen Streit vom Zaun brechen wolle[3], um einen Vorwand zur Intervention in Tripolis zu schaffen[4]. Es sei deshalb der türkische Botschafter in Rom ange-

wiesen worden, gegen das Auftreten des Konsuls energisch zu protestieren.

Gestern habe nun Marquis Malaspina* eine Note an die Pforte gerichtet, in welcher er für Tripolis, Bengazi und Derna die Errichtung je einer italienischen Schule verlangt[5]. Der Botschafter erkläre in der Note, daß diese Schulen in solchen Quartieren errichtet werden würden, welche nicht ausschließlich von Muselmanen bewohnt seien und daher entsprechend den aus Anlaß der Lorandoaffäre** den Franzosen gewährten Rechten die Genehmigung erteilt werden müsse.

Tewfik Pascha sieht[6] in diesem Antrag einen weiteren italienischen Versuch, in Tripolis Fuß zu fassen. In Stadt Tripolis befänden sich höchstens 100 Italiener, während solche in Derna und Bengazi nur ganz vereinzelt vorhanden seien. Auch übersehe der Botschafter, daß nach der an die französische Botschaft gerichteten Note vom 9. November v. Js. die Pforte das Recht habe, innerhalb sechs Monate Einwendungen gegen solche Anträge zu erheben, und falls diese Frist eingehalten werde, eine Verständigung zwischen den Regierungen nötig falle[7].

Der Minister bat mich, diese Vorgänge zur Kenntnis der Kaiserlichen Regierung zu bringen. Vor einiger Zeit seien dem Palais Berichte zugegangen, wonach Deutschland in dem neuen Dreibundvertrag[8] Italien freie Hand bezüglich Tripolis gewähre, auf eine Anfrage des Botschafters in Berlin sei jedoch von dem Herrn Staatssekretär dieser Behauptung ein formelles Dementi entgegengesetzt worden. Die bezüglichen Berichte, die offenbar nur den Zweck verfolgten, Mißtrauen gegen uns zu erwecken[9], hätten hier niemals irgendeinen Glauben gefunden.

Marschall

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:

[1] War wohl nur ein ballon d'essai

[2] diese wenigen Italiener hätten schwerlich die türkische Herrschaft in Tripolis erschüttert

[3] ??

[4] die Italiener werden sich hüten

[5] warum nicht?

[6] übertriebene Angst

[7] gewiß

[8] In dem Dreibundvertrage ist nichts geändert und wird nichts geändert, was wir der Pforte aber erst n a c h der Unterzeichnung des neuen Dreibundvertrages sagen wollen!

[9] natürlich!!

---

* Italienischer Botschafter in Konstantinopel.

** Vgl. Kap. CXX.

Nr. 5855

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Berlin, den 30. April 1902

Reinschrift

Die Gegnerschaft zwischen der Balkanpolitik Italiens und derjenigen Rußlands tritt mehr und mehr in die Erscheinung. Während Rußland sich unter Anwendung der stärksten diplomatischen Druckmittel bemüht, einer Störung des Friedens auf der Balkanhalbinsel vorzubeugen*, beschäftigt sich Italien fortgesetzt mit Tripolis. Gleichzeitig rüstet Montenegro; in Übereinstimmung mit der beifolgenden Notiz der „Kölnischen Zeitung" meldete vor ein paar Tagen der Kaiserliche Konsul in Serajewo** den wörtlichen Inhalt eines Berichtes, den ein österreichischer geheimer Agent seiner Regierung über die montenegrinischen Rüstungen erstattet hatte. (Dieser Bericht aus Serajewo ist an die Gesandtschaft Belgrad gesandt worden mit dem Ersuchen, sich darüber zu äußern, ob und eventuell was dort über montenegrinische Rüstungen bekannt sei.) Es ist nicht ausgeschlossen, daß die maßgebende Notiz der „Kölnischen Zeitung" ihr von Wien zugegangen ist entsprechend der österreichischen Gewohnheit, unangenehme und sensationelle Nachrichten durch nichtösterreichische Preßorgane in die Öffentlichkeit zu bringen. Wie dem auch sein mag, so rüstet Montenegro, wenn es überhaupt rüstet, keinenfalls in Gemäßheit einer amtlichen Petersburger Instruktion; viel eher wäre es denkbar, daß Montenegro sich darauf einrichtet, den Rückschlag einer etwaigen italienischen Aktion gegen Tripolis auf der Balkanhalbinsel auszunützen.

Italien wird zu der Aktion gegen Tripolis durch Frankreich getrieben, dafür sprechen allerlei Anzeichen, dafür spricht auch das französische Interesse. Denn Frankreich möchte gern möglichst bald, bevor England sich von dem südafrikanischen Kriege erholt hat, gegen Marokko vorgehen***, wird daran aber, wie wir wissen, durch Rußland gehindert. Wenn Italien in Tripolis eine neue Lage schafft, kann Rußland den Franzosen kaum noch verbieten, ihre marokkanischen Pläne zur Ausführung zu bringen. Neben dem Ziel, Italien für französische und gegen russische Zwecke zu verwenden, verfolgt Frankreich zweitens noch das Ziel, Deutschland als den Urheber der antirussischen Politik Italiens erscheinen zu lassen. Deshalb sollte der erneuerte Dreibund als Riegel zwischen Rußland und Konstan-

---

* Vgl. dazu Kap. CXVIII.
** Feindel.
*** Vgl. dazu Bd. XVII, Kap. CXIII.

tinopel geschoben werden, deshalb hat man in Konstantinopel zu verstehen gegeben, daß Deutschland die italienische Aktion gegen Tripolis begünstige.

Die Hauptaufgabe der deutschen Politik dürfte es jetzt sein, zu verhindern, daß das Petersburger Kabinett uns als die geheimen Gegner seiner Balkan- und Mittelmeerpläne betrachtet. Deshalb ist es zunächst erforderlich, sich womöglich darüber zu orientieren, wie Rußland über die tripolitanischen Pläne Italiens denkt und welchen Grad von Ernst es denselben beimißt. Die unauffälligste und vielleicht auch sicherste Art darüber etwas zu erfahren, ist eine Sondierung von Sinowiew durch Marschall. Je nach dem Ergebnis kann man dann weiter sehen.

Holstein

Randbemerkung des Grafen von Bülow:
Besten Dank für interessante Aufzeichnung. Ich glaube aber, daß wir uns gegenüber der tripolitanischen Angelegenheit, bzw. zwischen Italien und der Pforte völlig reserviert und sehr vorsichtig verhalten müssen, bis der Dreibund unter Dach und Fach ist. Das ist schon deshalb notwendig, weil Seine Majestät auf die Erneuerung des Dreibundes das allergrößte Gewicht legt, dagegen der tripolitanischen Frage vorläufig keinerlei Bedeutung für uns beimißt. Übrigens ist er ja durch die Unterredung von Marschall mit Sinowiew * die russische Aufmerksamkeit genügend auf Tripolis gelenkt worden.

B. 2/5.

Nr. 5856

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 156 Pera, den 1. Mai 1902

Herr Sinowiew sagte mir auf meine beiläufige Bemerkung, daß man hier wegen Tripolis beunruhigt scheine, folgendes:

Er habe seinerzeit in verschiedenen Zeitungen gelesen, daß Italien sich mit Absichten auf Tripolis trage, daß Graf von Bülow Prinetti erklärt habe, Deutschland werde sich einer italienischen Aktion dort nicht widersetzen usw. Vor kurzem habe ihm Constans erzählt, der türkische Botschafter in Paris habe Delcassé gefragt, ob die Pforte im Falle eines italienischen Angriffs auf Tripolis auf Frankreichs Unterstützung rechnen dürfe? Delcassé habe ausweichend geantwortet, mit der Bemerkung, daß solche Anfragen nur unter Bundesgenossen üblich seien. Sei die Pforte geneigt, Frankreich irgendeine Gegenleistung zu gewähren und welche? Der türkische Botschafter habe darauf keine Antwort geben können.

---

* Siehe Nr. 5856.

In den letzten Tagen sei zu seiner — Sinowiews — Kenntnis gekommen, daß Italien sich mit Kolonisationsabsichten in Tripolis trage. Damit solle offenbar die spätere Besetzung des Landes vorbereitet werden. Er habe über diese Angelegenheit in dem Sinne nach St. Petersburg berichtet, daß eine italienische Aktion in Tripolis „un mauvais procédé" bilden werde, und „que toutes les puissances qui ont intérêt à l'intégrité de l'Empire Ottoman devraient s'opposer à une occupation de la Tripolitaine par l'Italie". Er habe noch keine Antwort erhalten, zweifle aber nicht, daß Graf Lamsdorff diese Ansicht teilen werde.

Herr Sinowiew hat mir nicht angedeutet, daß er die türkischen Besorgnisse für übertrieben halte; ich hatte vielmehr aus seinen sehr bestimmten Äußerungen den Eindruck, daß diese Besorgnisse ihm eine erwünschte Gelegenheit bieten, um Rußland wieder einmal die Rolle des Beschützers der Türkei spielen zu lassen.

Der Militärattaché der Kaiserlichen Botschaft* meldet mir, der hiesige italienische Militärattaché**, der sonst ziemlich apathisch sei, habe ihn in der letzten Zeit wiederholt um Informationen über die militärische Stärke der Türken in Tripolis angegangen und auch den Versuch gemacht, durch seine Vermittlung mit Rüdgisch Pascha, der längere Zeit dort tätig war, in Verbindung zu treten. Major von Leipziger hat sich selbstverständlich auf nichts eingelassen. Wenn Herr Silvestrelli*** auch anderen Kollegen gegenüber in dieser Weise vorgeht, so werden seine Versuche sehr bald den Türken bekannt werden und das vorhandene Mißtrauen vermehren.

Marschall

Nr. 5857

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept

Nr. 69 Berlin, den 10. Mai 1902
Geheim

Das deutschfeindliche Wiener Blatt „Information" bringt unter dem 7. d. Mts. einen aus Rom vom 2. datierten Artikel, in welchem behauptet wird, daß die Aktion Italiens in Konstantinopel wegen Abtretung von Tripolis sehr energisch durch Deutschland unterstützt werde. Wir würden, auf die Vergangenheit der deutschen Politik gestützt, diese Ausstreuung sowie ähnliche in der italienischen und

* Major von Leipziger.
** Oberstleutnant Signorile.
*** Mutmaßlich verschrieben für Signorile.

französischen Presse auftauchende Tendenznachrichten ruhig auf sich beruhen lassen können, wenn nicht Anzeichen dafür vorlägen, daß in der Tripolisfrage zwischen französischer und russischer Politik ein Gegensatz besteht. Frankreich möchte offenbar die Italiener bald gegen Tripolis vorschieben, um dann seinerseits ohne Zögern gegen Marokko vorgehen zu können. Dagegen hat die russische Regierung, wie wir positiv wissen, im Laufe dieses Winters in Paris zu verstehen gegeben, daß ihr ein französischer Angriff auf Marokko zurzeit unerwünscht sein würde, weil durch denselben Italien veranlaßt werden könnte, in Tripolis einzufallen, eine Rückwirkung dieser Vorgänge auf die Zustände der Balkanhalbinsel dann aber unvermeidlich sei.

Wenn die französische Regierung bestrebt ist, den leitenden italienischen Ministern einen Einfall in Tripolis plausibel zu machen, an dessen Verwirklichung ich übrigens nicht glaube, solange Italien der Unterstützung einer dritten Macht nicht fest versichert ist, so geht dies zunächst Deutschland nichts an. Wir haben kein Bündnis mit der Türkei, welches uns verpflichtete, für sie zu Felde zu ziehen. Aber ebensowenig haben wir Verpflichtung oder Absicht, Italien zu einer Politik zu ermutigen, welche die französischen Pläne fördert, die russische Politik aber durchkreuzt. Dementsprechend wollen Ew. die tripolitanische Frage überhaupt nicht anregen, und wenn Sie darauf angeredet werden, einfach erwidern, Sie hätten keinerlei Direktive erhalten, welche darauf schließen ließe, daß die deutsche Regierung ihren traditionellen Standpunkt der Abstinenz in Mittelmeerfragen aufgegeben habe. Dem italienischen Botschafter, falls dieser Sie fragt, könnten Ew. vielleicht andeuten, daß er gut daran täte, sich auch über Rußlands Stellung zur Sache zu orientieren, das in allen Sachen des türkischen Orients als mitbeteiligt anzusehen sei. Ich zweifle nicht, daß Ew. bei Ihren Unterredungen den deutschen Standpunkt, welcher sich durch die Abwesenheit von Sonderinteressen charakterisiert, ohne jede Unfreundlichkeit gegen Italien zur Geltung bringen werden.

Bülow

Nr. 5858

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Entzifferung

Nr. 183 Rom, den 27. Juni 1902

Herr Prinetti erzählte mir heute, Graf Tornielli habe ihm vor etwa 14 Tagen mitgeteilt, man sei in Paris wegen der Erneuerung

der Tripelallianz präokkupiert. Man meine, er, der Minister, hätte dem im Juni v. Js. Herrn Barrère gegebenen Versprechen, wonach der Vertrag nichts Feindliches gegen Frankreich enthalten solle, nicht die erforderliche Rechnung getragen. Herr Prinetti las mir dann sein Antworttelegramm an den italienischen Botschafter in Paris vor, das genau die in seiner Kammerrede gebrauchten Wendungen wiedergibt, nämlich, daß das Bündnis nichts Aggressives gegen Frankreich enthalte und dessen Ruhe und Sicherheit daher nicht gefährde, und daß zu dem Vertrage keinerlei geheime Protokolle existierten, die diesen Geist modifizieren würden *.

Das Telegramm schließt mit dem Wunsche, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern sich immer freundschaftlicher gestalten möchten.

Dieses Telegramm habe, wie Herr Prinetti hinzufügte, Herrn Delcassé nicht nur befriedigt, sondern merkwürdigerweise scheinbar wenigstens eine besonders günstige Aufnahme bei ihm gefunden.

Wedel

Nr. 5859

Der Botschafter in Rom Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 190 Rom, den 6. Juli 1902

In meinem gestrigen Gespräche mit Herrn Prinetti wurden auch die jüngst von Herrn Delcassé in der französischen Deputierten-

* In seiner Kammerrede vom 22. Mai, die sich ausführlich über die im Gange befindliche Erneuerung des Dreibundvertrages ausließ (vgl. CXXII, Nr. 3770), hatte Prinetti u. a. erklärt, der Dreibund enthalte nichts Aggressives gegen Frankreich, nichts dessen Ruhe und Sicherheit Bedrohendes, und könne demgemäß keinerlei Hindernis für die Erhaltung und die Weiterentwicklung der herzlichen Beziehungen zu Italiens lateinischem Schwestervolk sein. Ausdrücklich hob Prinetti in seiner Rede noch hervor, daß dem Dreibundvertrag keinerlei Sonderkonventionen oder Zusatzprotokolle eingefügt seien, die einen aggressiven Charakter gegenüber Frankreich hätten. Dieser Wortlaut der Prinettischen Rede stimmt in der Tat fast wortgetreu mit den Erklärungen überein, die der italienische Minister durch den Grafen Tornielli dem französischen Minister Delcassé am 4. Juni unterbreiten ließ; siehe deren Wortlaut im französischen Gelbbuch: „Les Accords Franco-Italiens de 1900—1902", p. 5 s. Freilich enthielt weder die Prinettische Rede vom 22. Mai noch das Telegramm an Graf Tornielli vom 4. Juni einen Hinweis darauf, daß der italienische Minister schon am 7. Mai sich mit dem Botschafter Barrère darüber verständigt hatte, daß man im Falle der Erneuerung des Dreibundes weiter verhandeln wolle „sur l'avenir de nos relations par rapport à ce traité". Vgl. Barrères Depesche vom 8. Mai 1902 im französischen Gelbbuch: „Les Accords Franco-Italiens de 1900—1902", p. 4.

kammer über Italien und den Dreibund abgegebenen Erklärungen* berührt. Der Minister äußerte bei dieser Gelegenheit, die erneute Kundgebung seines französischen Kollegen hätte ihn in einiges Erstaunen versetzt, weil seine, Prinettis, demselben gegebenen Erklärungen, wie ich wisse, Wort für Wort eine einfache Reproduktion seiner in der hiesigen Deputiertenkammer gebrauchten bezüglichen Wendungen seien.

---

* Die von Minister Delcassé am 2. Juli in der französischen Deputiertenkammer über das französisch-italienische Verhältnis abgegebenen Erklärungen besagten: „Die italienische Regierung sorgte selbst dafür, die durch die Erneuerung des Dreibundes geschaffene Lage aufzuklären und zu präzisieren. Die Erklärungen, welche uns gegeben wurden, haben uns gestattet, die Gewißheit zu erlangen, daß die Politik Italiens infolge seiner Bündnisse weder direkt noch indirekt gegen Frankreich gerichtet sei, daß sie in keinem Falle eine Drohung für uns bedeute, weder in der diplomatischen Form, noch durch die internationalen Protokolle oder militärischen Stipulationen, und daß endlich Italien in keinem Falle und in keiner Form ein Werkzeug oder ein Gehilfe eines Angriffs gegen unser Land werden könne." Diese Äußerungen Delcassés, die nach einem Ausdruck Graf Wedels (Bericht Nr. 192 vom 6. Juli) „an beruhigendem Inhalt weit über das Maß der von Herrn Prinetti in seiner Kammerrede vom 22. Mai gebrauchten Wendungen hinausgingen" (vgl. Nr. 5858, Fußnote), finden ihre Erklärung doch nicht bloß, wie Prinetti den deutschen Botschafter glauben machen wollte, in einem Streben, die französische Öffentlichkeit wegen der fatalen Tatsache der Dreibunderneuerung zu beschwichtigen, sondern hatten ihren Grund in der bereits festgelegten Absicht der italienischen Regierung, anläßlich der Erneuerung des Dreibundes der französischen Regierung bündige Versicherung bezüglich der Neutralität Italiens in einem künftigen Kriege zu geben. Nach dem französisch-italienischen Notenaustausch vom 1. November 1902, (von dem Minister Prinetti der deutschen Regierung keinerlei Kenntnis gegeben hat, obwohl er doch am 26. Dezember 1901 dem Grafen Wedel (vgl. Nr. 5842) gesagt hatte, er würde es für einen Akt der Illoyalität halten, wenn Italien in einem solchen Falle seinen Verbündeten nicht sofort entsprechende Mitteilung machte), verpflichtete Italien sich in aller Form: „Au cas où la France serait l'objet d'une aggression directe ou indirecte de la part d'une ou de plusieurs puissances, l'Italie gardera une stricte neutralité. Il en sera de même au cas où la France par suite d'une provocation directe, se trouverait réduite à prendre pour la défense de son honneur ou de sa sécurité l'initiative d'une déclaration de guerre." Französisches Gelbbuch: „Les Accords Franco-Italiens de 1900—1902", p. 9. Aus den Erklärungen, die Prinetti schon im Juli 1902 der französischen Regierung über die Tragweite des Begriffes „provocation directe" gab, ergibt sich auch, daß die geheime französisch-italienische Verständigung ihre Spitze direkt und allein gegen Deutschland richtete.

Daß das Abkommen vom 1. November mit dem Buchstaben wie mit dem Geist des Dreibundvertrages und mit den wiederholten Versicherungen Prinettis gegenüber den deutschen Staatsmännern durchaus unvereinbar war, liegt auf der Hand. Hätte man in Deutschland sichere Kunde davon gehabt, — daß Graf Monts, der Nachfolger Graf Wedels als Botschafter in Rom schon Anfang 1903 über den Abschluß eines weitgehenden und dem Dreibundvertrage direkt zuwiderlaufenden italienisch-französischen Abkommens berichtet habe (Pribram a. a. O. I, 259), trifft nicht zu —, so würde man das sicherlich nicht auf die leichte Achsel genommmen haben.

Herr Delcassé habe sich wohl vor die Frage gestellt gesehen, sich durch die Erneuerung der Tripelallianz entweder froissiert zu zeigen oder aber das fait accompli mit Ruhe hinzunehmen und keinerlei Sorge zur Schau zu tragen. Nachdem derselbe sich für das letztere entschieden, habe er es seinem Publikum gegenüber wohl für zweckmäßig erachtet, die Tatsache durch beruhigende Versicherungen möglichst abzuschwächen.

Was ihn, Prinetti, betreffe, so betrachte er übrigens die Frage als erledigt und werde er sich daher auf weitere Preßerörterungen nicht mehr einlassen.

Ich habe dem Minister gesagt, ich vermöge mich der Empfindung nicht zu verschließen, daß Herr Delcassé in dieser Angelegenheit wohlüberlegt gehandelt hätte. Die Redewendung des französischen Ministers dem Grafen Tornielli gegenüber, daß man in Frankreich wegen der Erneuerung der Tripelallianz präokkupiert sei, wiederhole sich, wenn auch in der vergangenen Zeit, in dessen Kammererklärung. Herr Delcassé scheine es also darauf angelegt zu haben, durch seine dem Grafen Tornielli gegenüber gemachten Äußerungen eine direkte Erklärung von seiner, Prinettis, Seite zu provozieren, um dieselbe vor der Kammer verwerten und damit den Schein erwecken zu können, als ginge dieselbe in ihrer Frankreich beruhigenden Tendenz über den Rahmen der von ihm, Prinetti, in der Deputiertenkammer abgegebenen Erklärung hinaus.

Über die Kommentierung, die die Delcasséschen Erklärungen in der hiesigen Presse gefunden hat, beehre ich mich besonders zu berichten.

Graf C. Wedel

Kapitel CXXVI

Deutsch-Französische Beziehungen 1900—1903

Nr. 5860

Der Botschafter in Paris Fürst Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 37 Paris, den 5. Februar 1900

Bereits in früheren Berichten habe ich darauf hingewiesen, daß die Stimmung hier* in ihrer jetzigen Abneigung gegen England den Zweck verfolgt, Deutschlands Kraft unter den gegenwärtigen Umständen an den französischen Wagen zu spannen. Von diesem Gesichtspunkt aus dürften auch die beiden Darlegungen des „Journal des Débats" und

* Seit den Anfängen des Burenkriegs im Spätherbst 1899 machte sich in der öffentlichen Stimmung Frankreichs, die von Faschoda her gegen England schwer gereizt war, die Neigung geltend, die Konstellation gegen dieses auszunutzen. Nach den Meldungen Fürst Münsters aus der zweiten Hälfte Dezember (vgl. Bd. XV, Kap. CIII, Nr. 4460, Fußnote) bereitete man sich in Frankreich geradezu auf einen Konflikt mit England vor. Am 21. Januar berichtete Münster: „Der Moment ist zu günstig. Der Haß gegen die Engländer ist fast größer als er jemals gegen uns war. Das Gefühl, daß es über kurz oder lang zu einem Kriege mit England kommen müsse, ist allgemein verbreitet, wenn auch wenige ernstlich darüber nachdenken und die Folgen erwägen. Es herrscht hier gegen England eine Art politischer Gewitterluft." Und am 3. Februar: „In politischer Beziehung herrscht hier Gewitterluft. Man ist sich aber noch nicht ganz klar darüber, wann und woher das Gewitter kommen wird. Viele glauben daran, daß der politische Cassecou Chamberlain, um den Krieg in Südafrika beenden zu können, denselben nach Frankreich hinüber spielen möchte. Hier gibt es aber auch kriegslustige Nationalisten, die wünschen würden, das zu Lande jetzt fast wehrlose England anzugreifen. Wenn auch solche Ideen und Gerüchte zu nichts führen sollten, so beunruhigen sie doch."

Tatsächlich hat die anfangs 1900 gegen England erregte Stimmung in Paris zu nichts geführt. Die französische Regierung hat sich nicht einmal von der russischen Anregung einer gemeinsamen Intervention der Kontinentalmächte im Burenkriege fortreißen lassen, auf die Deutschland auch nur dann allenfalls einzugehen bereit gewesen wäre, wenn die vertragschließenden Mächte sich für eine Reihe von Jahren ihren europäischen Besitzstand durch eine formelle Abmachung gesichert hätten. Vgl. Bd. XV, Kap. CIII, Nr. 4472.

der „Liberté“ von Interesse sein. Die erstere beschäftigt sich mit der Frage einer italienischen Unterstützung Englands in Ägypten, die zweite mit einem antienglischen französisch-deutsch-russischen Eingreifen in die ägyptischen Verhältnisse. Dieselbe Tendenz finde ich auch in anderen Blättern wieder. Eigentümlich ist dabei jedenfalls die Naivität, mit welcher die Franzosen glauben, uns eine Gegnerschaft zu England durch Preßtreibereien aufoktroyieren zu können, auf deren Haltlosigkeit auch durch die „Post“ vom 3. d. Mts. mit Recht hingewiesen worden ist.

Münster

Nr. 5861

Der Botschafter in Wien Fürst zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 46 Wien, den 15. Februar 1900

Graf Nigra, der stets gute und zuverlässige Nachrichten aus Frankreich erhält, sagte mir, daß ihm die Stimmung daselbst nicht gefalle. Der Haß gegen England habe kolossale Proportionen angenommen, und er wisse nicht, ob nach der Ausstellung, resp. nachdem die ersten Monate der Ausstellung mit Erfolg vorübergegangen seien*, das Ministerium und die Regierung stark genug sein würden, um einem auf den Boulevards gegen England losbrechenden Sturme[1] widerstehen zu können. Die Fortschritte, die augenscheinlich die Nationalisten machten, könnten die Lage in dieser Richtung nur komplizieren. Natürlich gehe das ganze Bestreben Frankreichs dahin, Deutschland von England zu trennen. Was die Franzosen damit eigentlich im Schilde führten, sei ihm nicht ganz klar; er hielte jedenfalls die Möglichkeit eines Abschwenkens der Franzosen auf die englische Seite im entscheidenden Augenblick für möglich[2]. Seine Erfahrungen lehrten ihn, daß der Gedanke, eine militärische Rache für 1870 zu nehmen, stärker als der Wunsch geblieben sei, die verlorenen Provinzen wiederzugewinnen. Deutschland eine Kompensation aus englischen Kolonien für Elsaß-Lothringen — oder wenigstens für Lothringen[3] allein — zu geben, sei ja eine Art Revanche, aber die erste Form werde dem Franzosen stets lieber bleiben.

Die ersten Anzeichen dafür, daß England an seine Flotte dächte, um sein Prestige in einem Kampfe gegen Frankreich (denn gegen einen andern Gegner werde es nicht kämpfen) wiederherzustellen, flößen dem Grafen große Besorgnis ein. Er faßt sowohl die Anspielung des

* Die Pariser Weltausstellung wurde am 14. April 1900 eröffnet.

Lord Lansdowne (mit der einen festgebundenen Hand) als gewisse Bemerkungen der „Times“ so auf. Zugleich neigt Graf Nigra dazu, anzunehmen, daß England auch auf der See einen unglücklichen Krieg führen werde[4]. pp. P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Na? Na? Ob der losbrechen wird?
[2] natürlich
[3] ich muß es mir doch ernstlich verbitten, daß über integrierende Theile des Deutschen Reiches wie über Africanische Colonien per Compensation immer noch verhandelt wird!
[4] In keiner Weise! Da wird es Keile austheilen

Nr. 5862

Der Botschafter in Paris Fürst Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 61 Paris, den 3. März 1900

pp. Daß es den Russen gelingen könnte, ein besseres Verhältnis zwischen Paris und London herbeizuführen, glaube ich vorläufig noch nicht. Die Regierung hier ist zu schwach, um der öffentlichen Meinung, die durchaus den Engländern feindlich ist, entgegen zu treten.

Der Haß gegen die Engländer tritt hier auch in den besseren Klassen mehr zutage als es den Deutschen gegenüber auch in der schlechtesten Zeit der Fall gewesen ist.

Daß englischen Damen im offenen Wagen Schimpfworte nachgerufen werden, geschieht fast täglich.

Dagegen ist die Pariser Bevölkerung gegen alle Deutschen artig wie nie zuvor. Zum Teil liegt das darin, daß von Deutschland aus der größte Zuspruch zur Ausstellung erwartet wird und man die Deutschen gut behandelt, um ihnen möglichst viel Geld aus der Tasche zu locken[1].

In politischer Beziehung hat der Franzose, der in der auswärtigen Politik unwissend ist und nur das sieht, was er wünscht, die Hoffnung, daß Deutschland doch schließlich mit Frankreich gemeinschaftliche Sache gegen England machen könnte. Geschieht das nicht, so wird die Freundschaft sich wieder ändern und wieder mehr an Elsaß-Lothringen gedacht und die alten Schlagwörter wieder benutzt werden[2].

Wir dürfen deshalb nicht zu viel auf die jetzige Stimmung geben und dürfen den Franzosen nicht zu sehr entgegenkommen[3].

Auf der anderen Seite bin ich aber auch der Meinung, daß in den Reichslanden von unseren Behörden versöhnlich aufgetreten und alles vermieden werden sollte, was die Franzosen unnütz reizen kann[4].

Daß nach und nach wir zu einer Verständigung mit Frankreich werden kommen können[5], glaube ich. Die materiellen Interessen sind

vielfach dieselben, und auf kolonialem Gebiete werden wir, wie bisher, so auch künftig uns verständigen können. Die Hoffnung, Elsaß-Lothringen wieder erobern zu können, wird jährlich geringer und an einen Krieg deshalb glauben ernstlich nur sehr wenige. Die Armee selbst würde das für ein gefährliches Spiel halten.

In letzterer Zeit sind durch die Spionenfrage, durch die Judenhetze, durch die Art, wie die zügellose Presse diese Frage behandelte, die Beziehungen zu Deutschland oft getrübt worden.

Von seiten anderer Mächte, namentlich von Rußland aus, ist der Zwiespalt zwischen Frankreich und Deutschland künstlich und absichtlich befördert worden[6]. pp. Münster

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Richtig

[2] richtig! schadet auch nichts

[3] richtig

[4] das ist zur Genüge geschehen!

[5] nur wenn Rußland es will sonst nicht! Auch England wird es verhindern, wie z. B. jetzt, wo eine Menge deutschfeindlicher Artikel in Paris durch ein starkes Aufgebot von Sovereigns, die dort rollen, ins Leben gerufen worden sind!

[6] ja auch von London.

Nr. 5863

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Mühlberg

Nr. 124 Berlin, den 8. März 1900
[abgegangen am 9. März]

Ew. pp. danke ich für die Wiedergabe der mit Herrn Constans gepflogenen Unterredung*, von welcher ich mit besonderem Interesse Kenntnis genommen habe.

Man wäre fast geneigt, darin eine Einladung zu erblicken, von jetzt an gemeinsam mit Frankreich im Orient die Kultur und das Fortschreiten des Westens gegen russische politische Ausbreitungsgelüste zu verteidigen. Allein die offene Bemerkung des Botschafters, daß es nur seine persönlichen Anschauungen seien, die er entwickle, und daß er seine Regierung nicht hinter sich wisse, geben einen Fingerzeig dafür, seine Worte mit Gleichmut aufzufassen und ihnen nicht die

---

* Am 4. März hatte Freiherr von Marschall telegraphisch (Nr. 69) über eine Unterredung mit seinem französischen Kollegen Constans berichtet, der sich sehr absprechend über das von egoistischem Machtstreben geleitete, mit den französischen Interessen in Palästina und Syrien kollidierende Vorgehen Rußlands in der kleinasiatischen Türkei ausließ und auf ein gemeinsames deutsch-französisches Vorgehen hindeutete.

Tragweite einer Schwenkung in der französischen Orientpolitik beizulegen. Mit einer ähnlichen persönlichen Reservation haben vor mehr als Jahresfrist sowohl der hiesige französische Botschafter als auch der französische Gesandte in Lissabon die Eventualität einer deutsch-französischen Konzentration in südafrikanischen Dingen behandelt. Noch heute beweisen die wiederholten Kundgebungen, mit denen in letzter Zeit der Kammerpräsident Deschanel den Beifall einer großen Anzahl seiner Landsleute erntete, daß es in Frankreich eine starke Partei gibt, welche nicht gesonnen ist, uns die Hand zu reichen, und welche nach wie vor in Deutschland allein den niederzuwerfenden Feind erblickt.

Diese Erkenntnis mahnt zu einer gewissen Zurückhaltung und legt uns die Vorsicht auf, nicht etwa mit Frankreich politische Ziele zu verfolgen, welche uns mit Rußland entzweien könnten. Bei einer solchen Arbeit würden wir Frankreich auch nur Handlangerdienste leisten, da dasselbe im Orient politische Interessen besitzt und zu verfolgen hat, während unsere sichtbaren Ziele dort nur wirtschaftlicher Natur sein dürfen. Es wird sich deshalb in allen Fragen, in welchen Rußland ungern unsern Mitbewerb in der Türkei wahrnimmt, ein Zusammengehen mit Frankreich nur insoweit empfehlen, als sich eine solche Kooperation auf einer realen, wirtschaftlichen Basis bewegt. Auf einem derartigen Boden steht nach meiner und wohl auch nach Ew. pp. Ansicht die Bagdadbahn*, und ich billige es deshalb vollkommen und habe keine Bedenken dagegen, wenn Ew. pp. in dieser für uns so wichtigen Angelegenheit unter Wahrung des vorstehend dargelegten Standpunkts die fördernde Mitwirkung und den Einfluß Ihres französischen Kollegen nicht von der Hand weisen. Für unser beiderseitiges Zusammenhalten bei dieser Unternehmung bildet die bedeutende finanzielle Beteiligung, welche der französischen Gruppe daran zugesichert ist, den natürlichen Grund und die unverfängliche Erklärung. Bülow

Nr. 5864

Der Botschafter in Paris Fürst Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 130 Paris, den 25. Juni 1900

Der Zudrang zu der Ausstellung nimmt täglich zu.

Das stärkste Kontingent der Besucher leistet entschieden Deutschland. Man hört auf der Ausstellung und den Straßen fast so viel deutsch als französisch sprechen.

---

* Vgl. dazu Bd. XVII, Kap. CXIV, A.

Das deutsche Haus, welches ganz allgemein als „le pavillon de l'Empereur" bezeichnet wird, ist so vom Publikum überlaufen, daß der Reichskommissar und die Beamten und Unteroffiziere gar nicht mehr wissen, wo ihnen der Kopf steht.

Für die oberen Zimmer und die Collection de l'Empereur müssen Karten ausgegeben werden, die aber in solcher Masse eingefordert sind, daß trotzdem viel Gedränge entsteht und auch die Besitzer solcher Karten erst sehr lange warten müssen, ehe sie eingelassen werden können.

An einem Nachmittage wurden von 2 bis 5 Uhr die Besucher des Hauses gezählt und die große Zahl von 67 000 erreicht.

Unsere Ausstellung wird ganz allgemein für die beste gehalten, und ich höre vielfach von Franzosen die Äußerung: „La Collection de l'Empereur est le clou de l'Exposition."

Die Stimmung für Deutschland ist völlig umgeschlagen. Abgesehen von der politischen Konstellation wird diese Ausstellung wesentlich dazu beitragen, ein dauernd besseres Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich anzubahnen. Es ist kein Mißton vorgekommen. Unsere deutschen Offiziere, deren bis heute sich schon 356 auf der Botschaft und dem französischen Gouvernement gemeldet haben, werden überall mit der größten Liebenswürdigkeit behandelt, und ist von Spionenriecherei nicht mehr die Rede. Kapitän zur See Siegel, der gestern von einer Rundreise in den französischen Häfen zurückkehrte, ist überall, namentlich in Rochefort, Brest und Cherbourg von den französischen Admiralen und Seeoffizieren auf die freundlichste und kameradschaftlichste Weise aufgenommen worden. Vor vier Jahren machte er dieselbe Reise; damals wurde er mit kalter Höflichkeit als Eindringling betrachtet. Die Aufnahme jetzt hat ihn geradezu angenehm berührt und überrascht.

Meiner Meinung nach, und ich erlaube mir dieselbe ganz offen auszusprechen, wäre jetzt entschieden an der Zeit, daß wir die Beschränkungen, die in Elsaß-Lothringen für die französischen Offiziere noch bestehen, aufheben, von ihnen verlangten, daß sie sich sofort bei der Militärbehörde melden und nicht vorher bei dem Ministerium in Elsaß-Lothringen sich die Erlaubnis erwirken müssen, nach Elsaß-Lothringen zu reisen.

Die letzten Bestimmungen, wonach die Offiziere nicht mehr wie früher sich an die Kaiserliche Botschaft wenden mußten, ist zwar für die Botschaft eine gewisse Erleichterung, wird aber von den Offizieren selbst nicht als solche angesehen und wird von ihnen unangenehm empfunden. Sollten Offiziere sich nicht melden, oder sollten solche, die sich gemeldet haben, irgendwie Anstoß erregen, so haben doch unsere Behörden unbedingt das Recht der Ausweisung, die für die Offiziere viel unangenehmere Folgen haben würde.

Der Gouverneur von Paris, General de Brugère, der als Chef der

Maison militaire beim Präsidenten Carnot war, und mit dem ich stets die besten Beziehungen erhalten habe, redete mich vor kurzem darauf an.

Er sagte mir, er freue sich sehr, aus den Meldungen die große Zahl von Offizieren zu ersehen, die jetzt Paris besuchten. Er freue sich besonders deshalb darüber, weil es ein Zeichen besserer Beziehungen zwischen unseren Nationen und Armeen wie bisher, und hoffe, daß auch von unserer Seite den Offizieren größere Erleichterungen zuteil werden könnten.

General Jamont, der Höchstkommandierende der französischen Armee, der von allen Generalen, die ich hier kenne, als der bedeutendste erscheint und mit dem ich mich sehr gern unterhalte, hat mir wiederholt Andeutungen im obigen Sinne gemacht.

Meine Aufgabe ist es, die guten Beziehungen zwischen beiden Nationen zu pflegen und womöglich zu bestärken. Deshalb wünsche ich dringend, daß jetzt, wo die Franzosen wirklich das Bestreben haben, ein besseres Nachbarverhältnis zu erreichen, auch von unserer Seite ihnen entgegengekommen werde. Wir können es jetzt ohne alle Gefahr tun, denn ernstlich denkt hier niemand mehr an die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens, und an eine Revolution in den Reichslanden denken nur unverbesserliche Chauvinisten hier, und leider haben wir auch solche in Deutschland.

Münster

Nr. 5865

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. an Bord S. M. J. „Hohenzollern"

Ausfertigung

Berlin, den 30. Juni 1900

In dem Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Allergnädigster Kenntnisnahme hierneben alleruntertänigst unterbreiteten Bericht vom 25. v. Mts.* kommt Euerer Majestät Botschafter in Paris bei einer Besprechung der möglichen Wirkungen der Weltausstellung für die deutsch-französischen Beziehungen auf seinen Euerer Majestät bekannten Vorschlag zurück, den französischen Offizieren für den Aufenthalt in den Reichslanden noch weitere Erleichterungen zu gewähren als sie schon jetzt, mit Euerer Majestät Zustimmung, genießen.

Euere Majestät wage ich ehrfurchtvollst zu bitten,

Allergnädigst gestatten zu wollen, daß ich den Bericht zur Kenntnis Euerer Majestät Kriegsministers** bringe, damit der-

* Siehe Nr. 5864.

** General von Goßler.

selbe sich zunächst über die Vereinbarkeit des Vorschlags des Fürsten zu Münster mit dem Interesse der militärischen Sicherheit in Elsaß-Lothringen und den militärischen Interessen überhaupt äußert.

Wie ich alleruntertänigst hinzufügen darf, hat Euerer Majestät Statthalter in Straßburg* bisher den Standpunkt vertreten, daß neben der militärischen auch die polizeiliche Kontrolle der französischen Offiziere unerläßlich sei. Bülow

Bemerkung des Grafen von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
Seine Majestät lehnen Antrag des Fürsten Münster ab, auf welchen derselbe zunächst nicht wieder zurückkommen möge. **. B. 2/7.

Nr. 5866

Der Geschäftsträger in Paris von Schlözer an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 149 Paris, den 3. August 1900

pp.*** Ich bemerke hierbei gehorsamst — worauf schon früher hingewiesen ist —, daß die jetzige deutschfreundliche Strömung in Frankreich mehr in momentanen Umständen, der Abneigung gegen England, der politischen Isoliertheit Frankreichs, der Ausstellung und dem Wunsche, sie besucht zu sehen, ihren Grund hat, jedoch keineswegs überschätzt werden und zu irgendwelchem zu weitgehenden Entgegenkommen unsererseits benutzt werden darf. Ich erwähne beispielsweise, daß mir von Augenzeugen eine Reihe von Fällen berichtet ist, in denen bei auffälligem Auftreten (Singen etc.) von Gesellschaften, u. a. von dänischen Touristen, in öffentlichen Lokalen das Publikum sich stets vergewissert, ob es nicht etwa Deutsche seien und vielleicht eine Provokation in ihren Liedern läge. Sobald einmal — was hoffentlich vermieden wird — Grund zu dieser Annahme vorliegen sollte, würden es sicherlich die Pariser nicht an Reibereien fehlen lassen. Es ist daher sehr zu wünschen, daß die noch zu erwartenden deutschen Studenten etc. sich diesen Umstand klar machten.

Auch das Verhalten der Universitäten auf die Einladung der hiesigen Studenten-Assoziation, worauf sich der beifolgende, zur Vorsicht

* Fürst zu Hohenlohe-Langenburg.
** In diesem Sinne wurde Fürst Münster am 6. Juli beschieden. Der Kriegsminister von Goßler, dem die Anregung Fürst Münsters zur Rückäußerung vorgelegt wurde, sprach sich in Übereinstimmung mit den Kommandierenden Generälen des XIV, XV. und XVI. Armeekorps gegen eine Änderung der bestehenden Bestimmungen aus.
*** Der Anfang des Berichts behandelt den Besuch der Weltausstellung durch eine größere Zahl deutscher Polytechniker.

mahnende „Temps"-Artikel bezieht, dürfte wohl nicht ganz entsprechend gewesen sein, wenn ich daraus auch mit Befriedigung entnehme, daß man unsererseits keine offiziellen Delegationen entsenden will.

Was die angebliche Einmischung des Konsulats betrifft, so beruht dieselbe auf Erfindung.

v. Schlözer

Nr. 5867

*Der Botschafter in Paris Fürst Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe**

Ausfertigung

Nr. 188 Paris, den 10. Oktober 1900

pp. Was das Verhältnis zu uns betrifft, so hat sich das wesentlich gebessert. Das Mißtrauen gegen Rußland und England treibt die französische öffentliche Meinung zu uns. Die Ausstellung, die Beteiligung Deutschlands und die deutschen Besucher, die in größerer Zahl hier sind als die aller anderen Nationen zusammen, das Fehlen der Engländer, der verhältnismäßig geringe Besuch der Russen haben wesentlich zu unseren Gunsten gewirkt.

Auf politischem Gebiete zeigt sich wegen der chinesischen Wirren auch ein gewisses Vertrauen und der Wunsch, mit uns womöglich Hand in Hand zu gehen[1]**.

Die erste Zirkulardepesche des Grafen von Bülow und die zweite Erklärung desselben*** haben bei Herrn Delcassé unbedingte Zustimmung gefunden.

Daß er sich als den ersten Urheber des Gedankens der Zirkulardepesche hinstellt und eine Zirkulardepesche erließ, die unsere Ansichten fast wörtlich wiedergibt, können wir seiner französischen Eitelkeit zugute halten.

Ursprünglich ist es aus Furcht vor den Nationalisten Herrn Delcassé schwer geworden, den Oberbefehl des deutschen Feldmarschalls Grafen Waldersee anzuerkennen. Die kleine Verstimmung, die das anfänglich erzeugte, ist jetzt ganz vorüber.

---

* Ein weiterer Teil des Berichts, der die russisch-französischen Beziehungen behandelt, findet sich in Kap. CXXVII, Nr. 5890.

** Nach einer Aufzeichnung Graf Bülows vom 21. Juli (siehe Bd. XVI, Kap. CIV, Nr. 4581) hatte der französische Botschafter Marquis de Noailles gesprächsweise hervorgehoben, wie sehr die französische Regierung in der chinesischen Frage mit der deutschen in Übereinstimmung und Fühlung zu bleiben wünsche; das französische Programm decke sich völlig mit dem deutschen, wie es Graf Bülow in dem Zirkularerlaß vom 11. Juli entwickelt hatte: Keine Aufteilung noch Erschütterung von China, aber energische Repression der Boxerbewegung.

*** Gemeint ist wohl der Zirkularerlaß vom 1. Oktober. Siehe Bd. XVI, Kap. CIV, Nr. 4653.

Ich bin davon überzeugt, daß das Einvernehmen unter den Truppen das beste sein wird [2].

Solange wir auf dem jetzigen Standpunkte in China stehen, können wir auf das hiesige Kabinett rechnen, sollten aber die Verhältnisse sich so gestalten, daß man mit der open-door-Politik nicht auskommt und Teile von China abgelöst würden, so würde die hiesige Kolonialpartei die Annexion Cambodgas und eines Teiles von Junnam verlangen [3].

Die früheren französischen Gesandten in China Constans und Gérard sprachen sehr offen in diesem Sinne.

Viele gehen noch weiter und sind unvernünftig genug, um eine Ausdehnung der Grenze Tonkins nach Siam zu wünschen [4].

Eine Allianz mit Deutschland wird viel, aber bis jetzt auf eine Weise besprochen, die nicht ernst zu nehmen ist. Die Idee, welche am meisten in den Vordergrund tritt, ist die, Lothringen gegen Madagaskar zu vertauschen, Metz zu schleifen oder zu neutralisieren [5].

Elsaß haben die Franzosen längst aufgegeben, es wird nur noch als Wahlruf oder als Angriff gegen die eigene Regierung benutzt. Das Wort zündet aber nicht mehr so wie früher.

Gehen noch mehrere Jahre hin, so wird auch Lothringen vergessen werden [6], und das Verhältnis zwischen beiden Ländern könnte, wenn auf beiden Seiten der gute Wille besteht, der sich jetzt zeigt, zu einem guten Einverständnis führen, da viele gemeinschaftliche Interessen vorhanden sind.

Herr Delcassé, den ich soeben sah, ist vorgestern zurückgekehrt, um diesen Morgen am Ministerkonseil teilzunehmen. Er bemerkte, daß er sich freue, daß wir in China dieselben Zwecke verfolgten. Neue Telegramme seien seit drei Tagen nicht eingelaufen.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Kann auch geschehen.

[2] ja! ist auch so

[3] das geht uns nichts an

[4] schadet nichts! qui trop embrasse mal etraint! Und sie kommen mit den Briten aneinander

[5] viel einfacher ist ein Plebiszit zu meinen Gunsten; Ich regiere 6 Monate in Paris, 6 Mon[ate] in Berlin, das Reich von Karl d[em] Großen ist wieder beieinander, und Frankreich ist mit den Reichslanden wieder verbunden

[6] ja! Die Lothringer haben jedenfalls Gallien schon vergessen

Nr. 5868

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 195 Paris, den 5. Juni 1901

Der spanische Botschafter Leon Castillo, der seit langen Jahren hier ist und eine besonders deutschfreundliche Haltung mir gegenüber

beobachtet, hatte mit mir kürzlich eine politische Unterhaltung und fing dieselbe damit an, daß er mit Entrüstung darauf hinwies, welche Unsummen England der französischen Presse in den Rachen wirft, um künstlich die Gehässigkeit gegen Deutschland zu nähren und um jede Annäherung beider Reiche zu verhindern. — Der „Matin" und „Gaulois" koste den Engländern hohe Summen, um diese Kampagne zu führen. (Es ist mir allerdings bekannt, daß der „Times"-Korrespondent, Herr Blowitz, in diesem Sinne erfolgreich arbeitet und auch alle „Times"-Reporter dem „Matin" in erster Hand zuführt.)

Mein spanischer Kollege meint, daß England mit scheelen Augen die sich immer besser gestaltenden Beziehungen zwischen uns und Frankreich beobachte, zumal — seitdem ersichtlich ist, daß die Milderung der Gefühle gegen Deutschland sich auf die Massen zu erstrecken beginnt.

Leon Castillo bemerkte vertraulich, indem er um Entschuldigung für die offene Sprache bat, daß mein Vorgänger* im Grund seines Herzens nur englische Sympathien hätte und sich von denselben in seiner hiesigen Stellung leiten ließ. —

Er hätte auch wohl niemals für eine Annäherung zu Frankreich gewirkt**, und selbst Herr Delcassé hätte es ihm (Leon Castillo) öfters angedeutet.

Nach dem Besuche der „Iphigénie"*** wäre ein selten günstiger Moment gewesen, das Band enger zu knüpfen.

Herr Delcassé wäre, wie er dem spanischen Botschafter selbst gesagt hätte, einer vertraulichen und freundschaftlichen Aussprache, wenn der deutsche Botschafter eine solche hätte haben wollen, überaus günstig gewesen, mit Bedauern hätte er aber konstatiert, daß Graf Münster einem solchen Gedankenaustausch stets ausgewichen wäre. Der Minister hätte alsdann den Eindruck gewonnen, daß eine Annäherung nicht gewünscht würde.

Leon Castillo wiederholte mir die Worte des Herrn Delcassé: „Je ne demande pas mieux que d'entrer en relations avec l'Ambassadeur d'Allemagne pour nous entendre sur toutes les questions et arriver à une entente, mais le prince Muenster ne me donne pas le moindre encouragement, et ne touche jamais ce sujet. Il ne paraît pas être favorablement disposé."

Die Gelegenheit ist, wie mein Kollege sagt, unausgenützt damals vorübergelassen worden. Inzwischen sei einige Zeit vergangen. Manche

---

* Fürst Münster-Derneburg, verabschiedet Ende November 1900.

** Das ist aktenmäßig unrichtig; Fürst Münster hatte sich vielmehr alle Mühe um eine deutsch-französische Annäherung gegeben; vgl. noch Nr. 5864.

*** Gemeint ist der Besuch, den Kaiser Wilhelm II. am 6. Juli 1899 gelegentlich seiner Nordlandreise dem französischen Schulschiff „Iphigénie" abgestattet hatte.

Zwischenfälle hätten sich zugetragen, die die Annäherung erschwert hätten. —

Ganz auffallend wäre nun aber der erstaunlich zuvorkommende Empfang gewesen, den ich in allen Schichten der Pariser Gesellschaft gefunden. —

Es wäre bisher undenkbar gewesen, daß der deutsche Botschafter mit so offenen Armen aufgenommen würde, wie es jetzt der Fall gewesen. Auch bildete dies den Gegenstand des allgemeinsten Erstaunens und bei den Wohlgesinnten der unverhohlenen Satisfaktion. Noch nie seit dem Kriege wäre ein solcher Zudrang der französischen Gesellschaft aller politischen Nüancen auf der Botschaft zu konstatieren gewesen, und wäre die Absicht mit der Botschaft auf freundschaftlichstem Fuße zu stehen, zutage getreten.

Der spanische Botschafter knüpfte an die von ihm gemachte Beobachtung die Bemerkung, daß es doch sehr glücklich wäre, wenn meine persönlichen Beziehungen dazu dienen könnten, das anzubahnen, was Fürst Münster von sich gewiesen, wenn vielleicht auch die Gelegenheit nicht mehr so günstig sei, wie zur Zeit der Begegnung der „Iphigénie".

Andererseits wäre aber der Haß gegen England zurzeit hier so groß, daß jede Suszeptibilität, die gegen Deutschland bestehen könnte, in den Hintergrund tritt.

Er, Leon Castillo, stelle sich ganz zur Verfügung, um die Situation zu beobachten und mich über die weitere Stimmung der Minister auf dem laufenden zu halten. Er hätte keinen sehnlicheren Wunsch, als eine Annäherung Frankreichs an Deutschland ins Leben treten zu sehen, und hätte er von der Königin-Regentin wiederholt den Auftrag erhalten, nach Kräften in diesem Sinne zu wirken. —

Er legte mir nahe, die für mich so günstige Stimmung zu benutzen, um das Eisen zu schmieden, solange es warm sei. —

Ich muß in der Tat konstatieren, daß auch ich sehr überrascht war, als wir von allen Seiten mit der denkbar größten Herzlichkeit von allen Parteien der hiesigen Gesellschaft aufgenommen worden sind, und bemühe ich mich nach Kräften das gute Verhältnis zu pflegen.

Ob ich weiter gehen darf, entzieht sich meiner Beurteilung und muß von den weiteren Weisungen Euerer Exzellenz abhängen. Daß ich mich überaus freuen würde, dazu beizutragen, die bestehende Kluft zwischen Frankreich und Deutschland zu überbrücken, liegt auf der Hand.

Den spanischen Botschafter habe ich ruhig angehört, ihm für seine wohlwollende Gesinnung gedankt, mich aber enthalten, in irgendwelcher Weise auf seinen Gedankengang einzugehen.

Radolin

Nr. 5869

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 207 Paris, den 15. Juni 1901
Vertraulich

Leon y Castillo* kam kürzlich auf mich zu und sagte mir à brûle-pourpoint:

„J'ai parlé à M. Delcassé. Je lui ai demandé s'il était encore animé des mêmes sentiments conciliants pour l'Allemagne qu'il y a 8 mois de cela. — Qu'alors il y avait le Prince Münster qui n'était guère bienveillant ni encourageant, tandis que le Prince Radolin est certainement bien disposé pour la France[1].

Le ministre m'a répondu qu'il était tout à fait doué des mêmes idées qu'alors et qu'il ne demandait pas mieux que de s'entretenir sur différents points avec l'Ambassadeur d'Allemagne, il serait très désireux d'arriver à une entente avec lui. Mais comme lui, Delcassé, représentait le parti vaincu, l'initiative d'un entretien devait venir de l'Ambassadeur d'Allemagne et ce serait à lui d'entamer le sujet."

Der Botschafter meinte weiter, der Augenblick wäre ein überaus günstiger, um eine Annäherung anzubahnen. Denn während früher nur ein geringer Bruchteil von Fürsprechern einer Annäherung existiert hätte, wäre jetzt das Bedürfnis einer solchen in die Massen gedrungen[2] und mache sich bei den meisten Schattierungen der Verwaltung geltend. —

Dieser Wandel sei nicht zum mindesten darauf zurückzuführen, daß die Animosität gegen England einen ungewöhnlich hohen Grad erreicht habe[3], wie dies sich in anliegenden Artikeln des „Figaro" etc. wiederspiegelt. —

„Je vous affirme," fuhr der Botschafter fort, „que la manière dont vous avez été reçu à bras ouverts par toutes les classes de la société parisienne et par la presse, est tellement extraordinaire et surprenante[4] que j'en suis aussi stupéfait que nos collègues et que cela cause de l'inquiétude en Angleterre[5]. C'est à peine croyable que l'Ambassadeur d'Allemagne ait jamais pu trouver à Paris un accueil aussi cordial que vous l'avez trouvé. Aucun de nos collègues n'est aussi populaire que vous pour le moment.

Croyez-moi que les Français ne demandent pas mieux que de se rapprocher de vous et qu'il serait profondément regrettable, si vous ne battiez pas le fer tant qu'il est chaud.

---

* Spanischer Botschafter in Paris.

Du reste, si je puis être utile à quoi que ce soit, disposez entièrement de moi et de mes services." —

Ich war sehr vorsichtig in meiner Erwiderung und beschränkte mich darauf, ihm für seine freundlichen Intentionen zu danken, indem ich ihm sagte, daß bei meiner Sympathie für Frankreich ich über den mir zuteil gewordenen Empfang sehr dankbar sei und mich glücklich schätzen würde, für die guten Beziehungen der beiden Reiche tätig sein zu können[6].

Symptomatisch für den Umschwung in der öffentlichen Meinung betreffs Deutschlands ist unter anderem ein Artikel der „Patrie", den ich gehorsamst einreiche*.

Vor kurzer Zeit noch wäre es undenkbar gewesen, daß ein Blatt wie dieses auch nur die Möglichkeit einer Annäherung zugelassen hätte. In dieser Hinsicht hat die Reise des Generals Bonnal und die ihm zuteil gewordene hohe Auszeichnung Seiner Majestät des Kaisers** besonders gewirkt. — Ich möchte hierbei nicht unerwähnt lassen, daß General Bonnal, der noch ganz unter dem Eindruck der Berliner Tage steht und von allem, was er auf militärischem Gebiet gesehen, benommen zu sein scheint, wie ich höre, sich dahin geäußert hat, Frankreich läge es näher, mit Deutschland zu halten als mit Rußland, das in seiner Kultur den hiesigen Begriffen allzufern steht. —

Dies hätte sich auch schon in China gezeigt, wo die französischen Truppen sich mit den Russen trotz ihrer Bemühungen nicht verständigen konnten, während mit den Deutschen das beste kameradschaftliche Verhältnis bestanden hätte.

Als Zeichen für das Interesse, welches zurzeit in Frankreich für deutsche Entwicklung herrscht, beehre ich mich die ersten beiden Lieferungen eines Werkes „L'Allemagne contemporaine"*** einzureichen.

Radolin

---

* Es handelt sich um eine Auslassung des Berliner Korrespondenten der „Patrie", die unter dem Titel „France et Allemagne. Nouvelle orientation" am 12. Juni veröffentlicht wurde und zu dem Schlusse kam: „En Allemagne on se tourne ouvertement vers la France et en France on ne tourne plus le dos à l'Allemagne".

** Im Hinblick auf das gemeinsame Zusammenwirken deutscher und französischer Truppen in China hatte Kaiser Wilhelm II. im März 1901 durch den Militärattaché Major von Hugo den französischen Kriegsminister André ersuchen lassen, zu der Frühjahrsparade auf dem Tempelhofer Feld (31. Mai) einen französischen General zu entsenden. Die Einladung wurde dann im April noch auf das Exerzieren der 2. Garde-Infanterie-Brigade am 29. Mai ausgedehnt. Der zu diesem Zweck nach Berlin entsandte General Bonnal, Direktor der französischen Kriegsakademie, nahm am 29. Mai an einem Frühstück im Kasino des 2. Garde-Regiments zu Fuß teil. Hier brachte Kaiser Wilhelm II. unter ausdrücklicher Hervorhebung, daß die deutschen und französischen Truppen zum ersten Mal gegen einen gemeinsamen Feind in guter Waffenbrüderschaft und treuer Kameradschaft gekämpft hätten, ein Hurra auf die französische Armee aus.

*** P. Jousset, L'Allemagne contemporaine illustrée, Paris (1901).

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Oui
[2] c'est sur les masses qu'il faut agir c'est-à-dire l'opinion publique, les salons le monde des lettres et des arts, etc.
[3] richtig
[4] das ist natürlich nicht das Verdienst von Radolin, sondern ein Ausdruck der französischen Stimmung
[5] sehr wahrscheinlich
[6] gut

Nr. 5870

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 209 Paris, den 15. Juni 1901

Vertraulich

Nachdem der spanische Botschafter mich vor wenigen Tagen gesprochen, wie ich dies zu berichten die Ehre hatte*, kam er heute wieder zu mir und bemerkte, Herr Delcassé wäre vorgestern nochmals wieder auf seinen Wunsch zurückgekommen, mit Deutschland noch engere Fühlung zu nehmen. Eine Sache aber, hätte Herr Delcassé dem Botschafter bemerkt, erschwere eine rückhaltlose Verständigung. Der öffentlichen Meinung gegenüber könne kein französischer Minister den Verzicht auf Elsaß-Lothringen „aussprechen". — Die allgemeine Stimmung sei jetzt n o c h n i c h t so weit. — Der Botschafter habe den Eindruck, als ob der Minister persönlich nicht an eine Änderung des Status quo hinsichtlich der Reichslande glaube, aber der öffentlichen Meinung Rechnung tragen müsse. Leon y Castillo ist aber überzeugt, daß die Franzosen auf dem besten Wege sind, nicht nur den Revanchegedanken aufzugeben, sondern auch aus dem Verzicht auf die Provinzen kein Hehl zu machen. — Dazu gehöre allerdings noch etwas Zeit, und müsse man versuchen, inzwischen auf anderem Gebiete die Annäherung zu fördern**. — Ich möchte hierbei die von mir gemachte Beobachtung wiedergeben, daß die hiesigen besseren gesellschaftlichen Kreise die Entwicklung der deutschen Industrie und des deutschen Handels ohne Animosität und Neid beobachten und anerkennen, indem sie dieselbe sich als nachzuahmendes Beispiel vorhalten[1]. In diesem Sinne sind auch viele Zeitungsartikel gehalten. —

Mein spanischer Kollege, der wegen der kürzlichen Kammerverhandlungen in London über Gibraltar*** sehr erregt war, wiederholte

* Siehe Nr. 5869.

** Diese Äußerungen Delcassés, überhaupt der ganze französische Annäherungsversuch wird dadurch in das richtige Licht gerückt, daß die französische Politik gleichzeitig ihre Bemühungen fortsetzte, Italien von Deutschland abzuziehen. Vgl. Kap. CXXV.

*** Am 27. Juni war im englischen Oberhaus die Frage der Erweiterung Gibraltars erörtert worden, nachdem in der Öffentlichkeit schon erregte Debatten

mir, wie englisches Geld bestrebt sei, die französischen Journalisten gegen uns zu beeinflussen, und ging gern auf meine Andeutung ein, dies in der spanischen Presse zu kennzeichnen. — Er wollte sich das Resultat seiner Bemühungen sogar telegraphieren lassen und dankte mir für die Idee. Radolin

Randbemerkung des Grafen von Bülow:
[1] Ganz anders wie in England.

Nr 5871

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 424 Berlin, den 19. Juni 1901

Ew. Durchlaucht Bericht Nr. 195 vom 5. d. Mts.* war geeignet, die Vermutung zu erwecken, daß die französische Regierung hinsichtlich irgendeiner bestimmten Frage eine Aussprache mit der deutschen Regierung herbeizuführen wünscht. Diese Vermutung wird zur Gewißheit durch die in Ew. Berichten Nr. 207 und 209** wiedergegebenen Äußerungen des spanischen Botschafters und — die Korrektheit dieser letzteren vorausgesetzt — auch des Herrn Delcassé. Ich gebrauche das Wort Aussprache im Gegensatz zu Verständigung, weil ich glaube, daß es der französischen Regierung zunächst nur darauf ankommt, Klarheit über Tendenzen und Ziele der deutschen Politik in der marokkanischen Frage, wie auch in der einen oder anderen ostasiatischen Frage zu erlangen. Wenn die Aussprache den Franzosen diese Aufklärung verschafft, so ist das schon für Frankreich ein großer Vorteil, selbst dann, wenn das Einverständnis, zu dessen Erreichung in die Besprechung eingetreten wurde, nicht herbeigeführt worden wäre. Daß man auf französischer Seite sich bezüglich der Erreichung eines Einverständnisses keine übertriebenen Illusionen macht, entnehme ich aus einer Stelle in dem Bericht Nr. 209. Herr Delcassé soll gesagt haben, „der öffentlichen Meinung wegen könne kein französischer Minister den Verzicht auf Elsaß-Lothringen aussprechen". Damit soll angedeutet werden, daß Frankreich auf kein Abkommen würde eingehen können, wo die Vertragschließenden sich zu gegenseitiger Verteidigung ihrer Gebiete verpflichten. Nun haben aber bereits wiederholt bei uns Sondierungen seitens dritter Kabinette stattgefunden, um zu ermitteln,

darüber stattgefunden hatten, ob die Befestigungen Gibraltars ausreichten, oder ob ein Stück Land von Spanien zur Verstärkung erworben werden müsse. Im Oberhaus lehnte der Erste Lord der Admiralität Lord Selborne ein Eingehen auf die Frage ab.
* Siehe Nr. 5868.
** Siehe Nr. 5869 und 5870.

ob Deutschland geneigt sein würde, unter Umständen für Erreichung eines gegebenen Zieles mit Frankreich zusammen zu operieren. Bei diesen Anlässen ist jedesmal von hier aus darauf hingewiesen worden, daß es für Deutschland schwierig sein würde, neue Feindschaften sich aufzuladen, solange die alten unvermindert fortbeständen, deren Abminderung sich nur dann konstatieren lassen würde, wenn beide Kontrahenten die Absicht kund gäben, sich ihren Besitzstand gegenseitig zu garantieren*. Die französische Regierung kennt diese unsere Auffassung. Wenn Herr Delcassé jetzt also von vornherein sagen läßt, daß er nicht in der Lage sei, den deutschen Erwartungen in dem Hauptpunkte zu entsprechen, so will er uns darauf vorbereiten, daß die Auseinandersetzung, welche er auf Umwegen herbeizuführen bemüht ist, zu einem positiven Resultat wahrscheinlich nicht führt. Man würde dann eben sagen, daß den Erörterungen von Hause aus ein lediglich akademischer Charakter beigelegt worden sei, aber tatsächlich würde die französische Regierung dabei den wesentlichen Vorteil erlangt haben, sich über verschiedene Punkte zu orientieren, die sie heute nicht kennt, aber kennen möchte. Die unvermeidliche Folge dieser ergebnislosen Verhandlungen würde in diesem Falle wie in allen analogen Fällen sich als eine zeitweilige Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern bemerkbar machen, und diese wiederum würde ungünstig auf die persönliche Stellung Ew. zurückwirken.

Es liegt daher sowohl im sachlichen Interesse wie auch im persönlichen Interesse Ew., einer Aussprache, deren Aussichtslosigkeit in so hohem Grade wahrscheinlich ist, aus dem Wege zu gehen. Ich darf es hiernach dem bewährten Takte Ew. überlassen, Ihrem spanischen Kollegen in verbindlichster Form zu sagen, daß die deutsche Regierung den Fall ernstlich ins Auge fasse, wo eine Frage auftauche, bei welcher wir nicht nur selber direkt interessiert seien, sondern auch ein

---

* Vgl. Bd. XV, Kap. CIII, Nr. 4472, 4476, 4496, 4497. Nach Holsteins Aufzeichnung vom 10. August 1901 (vgl. Kap. CXVI, Nr. 5392, Anlage V nebst Fußnote) hätte bei der damaligen Gelegenheit Graf Murawiew, der eben von Paris nach Petersburg zurückgekehrt war, im Gespräch mit dem Botschafter Fürst Radolin geäußert: „Kein Ministerium würde in Frankreich 24 Stunden am Ruder bleiben können, welches den Frankfurter Frieden freiwillig und ausdrücklich anerkennen wollte; die elsaß-lothringischen Ansprüche lassen die Franzosen unter keinen Umständen fallen.“ Dazu bemerkt Holstein: „Die von Graf Murawiew gekennzeichnete Stimmung erschwert es uns, mit dem Zweibunde zusammen zu gehen in den nicht seltenen Spezialfällen, wo das beiderseitige Interesse auf ein solches Zusammengehen hinweist. Wie die Dinge einmal liegen, müssen wir die Möglichkeit immer im Auge behalten, daß in Frankreich ein neuer mit mehr Entschlossenheit begabter Boulanger ans Ruder käme, der die Parole à Berlin! ausgäbe und losschlüge. In dem Falle würde, trotzdem es sich um einen unprovozierten französischen Angriff handelte, doch die russische Panslawistengruppe zum russisch-deutschen Kriege drängen, und sie würde alsdann verstärkt sein durch die vulkanische Kraft des Anhangs der allgemeinen Republik.“

entsprechendes Interesse Frankreichs voraussetzen könnten. Des weiteren wird es aber sowohl für die deutsche Regierung wie auch für Ew. nützlich sein, wenn eine Aussprache über konkrete Fragen für jetzt vermieden werden kann.

Im vorigen Sommer hat, wie Ew. aus den Akten der Botschaft ersehen werden, die deutsche Regierung vor dem Abschluß des deutsch-englischen China-Abkommens die Initiative zu einer Besprechung der Jangtse-Angelegenheiten mit Frankreich genommen, ist jedoch hierbei einer unüberwindlichen Zurückhaltung begegnet*, trotzdem bei Herrn Delcassé der Wunsch zur Wahrung guter Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich damals wie heute unzweifelhaft vorhanden war. Wir können nach diesem Vorgange also auch bei Herrn Delcassé Verständnis dafür voraussetzen, daß Zurückhaltung keineswegs gleichbedeutend mit unfreundlichen Absichten ist.

Ich fasse die vorstehende und die in meinem Erlaß Nr. 405 enthaltene Direktive** dahin zusammen, daß Ew. es als Ihre Aufgabe betrachten wollen, eine Aussprache über eine bestimmte Frage für jetzt zu vermeiden, weil ich unter den gegebenen Umständen annehmen muß, daß dieselbe nicht zu einer Annäherung, sondern eher zu einer Entfremdung führen würde. Es ist dies nur ein Teil Ihrer Gesamtaufgabe, welche darin besteht, die guten Beziehungen zwischen beiden Völkern sorgfältig zu pflegen und sich dementsprechend in möglichst enger und sympathischer Fühlung mit den gebildeten Schichten der französischen, insbesondere der Pariser Welt und mit allen Regungen des französischen Geistes zu halten. Bülow

---

* Vgl. Bd. XVI, Kap. CV, Nr. 4703 ff.

** Im Erlaß Nr. 405 vom 13. Juni hatte Graf Bülow zunächst seine Freude darüber ausgesprochen, daß Fürst Radolin sich so rasch eine angesehene soziale Stellung in Paris zu sichern gewußt habe. „Das gesellschaftliche Moment ist um so wichtiger, weil Frankreich schwerlich in absehbarer Zeit eine Regierung haben wird, die stark genug ist, um sich mit der Volksstimmung in Widerspruch setzen zu können. Erst dann, wenn auf geselligem Gebiete der Boykott der Deutschen, welcher nun gerade 30 Jahre gedauert hat, beseitigt und der Deutsche als gesellig gleichberechtigt anerkannt ist, wird die Möglichkeit für ein politisches Zusammenwirken von Deutschland und Frankreich gegeben sein.“ Von vorzeitigen Annäherungsversuchen, ehe die öffentliche Meinung in Frankreich auf ein Zusammengehen mit Deutschland eingestellt sei, vermochte sich Graf Bülow jedoch ein günstiges Ergebnis nicht zu versprechen, da man sich mit solchen Versuchen nur gegenseitig mißtrauisch und kopfscheu mache. „Für jetzt erscheint mir deshalb das soziale und kulturelle Gebiet als dasjenige, auf welchem die Annäherung der beiden großen kontinentalen Kulturvölker am besten gefördert und der Boden für spätere politische Eventualitäten geebnet werden kann.“

Nr 5872

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 288 Berlin, den 5. Juli 1901

Antwort auf Telegramm Nr. 478*.

Bitte an Lord Lansdowne persönlich und ganz vertraulich folgendes mitzuteilen:

Die angeblich von Herrn Delcassé herrührende, zunächst aber von dem stürmischen Herrn Révoil übermittelte Drohung an die Marokkaner wird auch hier auf Grund vorliegender Anzeichen für den Augenblick nicht als ernst betrachtet. Zwar schien es gleich nach Rückkehr des Herrn Delcassé aus Petersburg, als würde Frankreich die südafrikanische Verwicklung benutzen, um in Marokko ein fait accompli zu schaffen. Zu Anfang Juni wiesen Blätter, welche wie „Figaro" und „Temps" Fühlung mit dem Auswärtigen Ministerium haben, in Leitartikeln darauf hin, daß Deutschland jetzt Gelegenheit haben würde, in der marokkanischen Frage seine gute Gesinnung gegen Frankreich anders als bloß in Worten darzutun. Zu derselben Zeit, gleichfalls in den ersten Junitagen, eröffnete der Vertreter eines mit Frankreich befreundeten Landes dem Fürsten Radolin, daß jetzt für Deutschland der Zeitpunkt gekommen sei, um die Beziehungen mit Frankreich intimer zu gestalten. Für die französische Regierung sei es, da Frankreich im letzten Kriege besiegt worden sei, nicht tunlich, zu einer Annäherung den ersten Schritt zu tun. Herr Delcassé habe jedoch kürzlich geäußert: „Je ne demande pas mieux que d'entrer en relations avec l'Ambassadeur d'Allemagne pour nous entendre sur toutes les questions et arriver à une entente**." Der betreffende Vertreter erwähnte ferner, daß die öffentliche Meinung in Frankreich mehr und mehr versöhnlich für Deutschland gestimmt werde, obwohl ein Teil der französischen Presse, „Matin" und „Gaulois" an der Spitze, von England her beeinflußt sei, um gegen Deutschland zu hetzen. Diese letztere Insinuation sowie eine

---

* Nach Telegramm Nr. 478 Graf Hatzfeldts vom 3. Juli hatte der bisherige französische Gesandte in Tanger Révoil, der anläßlich seiner Ernennung zum Generalgouverneur von Algier in Paris weilte, den dortigen marokkanischen Gesandten im Namen Delcassés wissen lassen, daß jede Abmachung politischer oder kommerzieller Natur, die der in Spezialmission nach London und Berlin gesandte Kriegsminister El Menebbi dort ohne französische Zustimmung abschließen werde, von der französischen Regierung als unfreundlicher Akt angesehen und mit Vorkehrungen an der marokkanischen Grenze beantwortet werden würde. Vgl. auch Bd. XVII, Kap. CXIII.

** Vgl. Nr. 5868.

Anspielung auf die Bedeutung des westlichen Eingangs des Mittelmeers* berechtigen zu der Vermutung, daß das gewünschte französisch-deutsche Einvernehmen mit einer Spitze gegen England gedacht war. Daß Marokko ausdrücklich erwähnt wurde, geht aus der Berichterstattung des Fürsten Radolin nicht hervor. Da die diesseitige Antwort nicht gleich erfolgte, kam der fremde Diplomat nach wenigen Tagen noch einmal eindringlich auf die Sache zurück, indem er dabei wiederum hervorhob, daß die Initiative von Deutschland würde ausgehen müssen.

Fürst Radolin ward darauf angewiesen, freundlich aber ausweichend zu antworten und insbesondere eine Diskussion über Marokko zu vermeiden**. Diese Zurückhaltung ist wohl nicht ohne Einfluß auf die Schwenkung gewesen, welche sich dann plötzlich in der inspirierten französischen Presse vollzog. Letztere erklärte nunmehr, Frankreich betrachte, nachdem es von Marokko volle Befriedigung in allen schwebenden Fragen erhalten habe, die marokkanische Angelegenheit als für jetzt erledigt und denke nicht daran, sich auf Abenteuer einzulassen. Auch Herr Delcassé sprach sich ungefragt vor einigen Tagen dem Fürsten Radolin gegenüber in diesem Sinne aus. pp.

Richthofen

Nr 5873

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 358 Paris, den 27. Oktober 1901

Euerer Exzellenz möchte ich nicht unterlassen, eine Unterhaltung wiederzugeben, die ich kürzlich mit Herrn Hansen*** gehabt und der zweifelsohne in enger Fühlung mit Herrn Delcassé steht[1].

Er leitete seine Konversation damit ein, daß er mir erzählte, er habe kürzlich mit dem Minister eingehend gesprochen und im Laufe der Unterhaltung den Eindruck genommen, daß er, Herr Delcassé, selbst es nicht ganz korrekt gefunden habe, Berlin zu passieren, ohne sich bei Euerer Exzellenz melden zu lassen[2] †. Jedenfalls hatte der Minister, meint Herr Hansen, sich mit der Frage beschäftigt, als er nach Petersburg reiste, und wäre schwankend gewesen; er hätte aber ohne Zustimmung der übrigen Minister, die zufälligerweise alle abwesend

* Vgl. Nr. 5870.
** Vgl. Nr. 5871.
*** Über Jules Hansen vgl. Bd. XI, Kap. LXX, Nr. 2841 nebst Fußnote **.
† Im April 1901 hatte Delcassé auf seiner Petersburger Reise Berlin passiert, ohne dort von den deutschen Staatsmännern Notiz zu nehmen.

waren, es nicht gewagt, diesen bedeutsamen Schritt auf eigene Faust zu unternehmen[3]. Er habe den sehnlichsten Wunsch, Euere Exzellenz persönlich kennenzulernen[4].

„Mais comment et où?" hat er dem Herrn Hansen hinzugefügt. „Il m'est difficile de faire le premier pas, cela serait mal interprêté, après tout le Comte de Bülow est le vainqueur, cela serait à lui de nous tendre la main. Il faut cependant absolument saisir la première occasion qui se présente[4]."

Herr Hansen deutete dem Minister gegenüber an, ob nicht die bevorstehende Zuckerkonferenz in Brüssel eine Gelegenheit wäre, sich auf neutralem Gebiete zu begegnen. Herr Delcassé erwiderte darauf, daß, wenn die auswärtigen Minister anderer Staaten hingingen, er vielleicht auch Mittel und Wege finden würde, einen Abstecher dorthin zu machen, wenn er die Aussicht hätte, mit dem deutschen Reichskanzler dort zusammenzutreffen. Diese Brüsseler Konferenz, zu der der Ministerialdirektor Bompard designiert sei, wäre wohl, wie er fürchte, eine zu untergeordnete Gelegenheit, um die Reise des Grafen Bülow zu motivieren.

Gäbe es denn keine Möglichkeit, fuhr Herr Delcassé fort, daß Graf Bülow nach Paris käme, ganz unauffällig und privatim? Da er solange hier gewesen, hätte er gewiß manche Freunde zu besuchen[5], und da würde sich eine erste Begegnung ganz natürlich und wie von ungefähr leicht machen lassen.

Er könne ihm, Herrn Hansen, versichern, daß er den Reichskanzler auf das herzlichste empfangen würde. Herr Delcassé würde dann der Öffentlichkeit gegenüber eine Reise nach Berlin zur Erwiderung des Besuchs als ganz selbstverständlich motivieren können.

Die wenigsten Menschen, meint Herr Hansen, brauchten zu wissen[6], daß Graf Bülow hier gewesen, und würde die Fahrt des Herrn Delcassé nach Berlin doch als erster Schritt, als erster offizieller Besuch betrachtet werden, den Graf Bülow in ebenfals offizieller Weise alsdann erwidern könnte.

Herr Hansen fügte mir gegenüber hinzu, er wäre erstaunt gewesen zu sehen, wie eingehend Herr Delcassé die Frage des Besuchs hin und her erwogen und besprochen hätte, und sagte mir vertraulich, er führe dies möglicherweise auf russische Einflüsse zurück. Mehr noch. Ein hochstehender Russe habe ihm anvertraut, daß er bestimmt wisse, Graf Lamsdorff, der viel Sympathie für Deutschland hege, habe mit Herrn Delcassé dessen Berliner Reise besprochen.

Ohne es Herrn Hansen merken zu lassen, hat mich letztere Äußerung ungemein frappiert, nachdem Seine Majestät, unser allergnädigster Herr, kürzlich noch die Gnade gehabt hatten, mir zu sagen, er hätte dem Grafen Lamsdorff entsprechende Andeutungen gemacht.

Ich habe die Wiedergabe der Unterhaltung des Herrn Hansen mit Minister Delcassé ruhig mitangehört[5] und mich darauf beschränkt zu

bemerken, daß es wohl dem Herrn Reichskanzler nicht zugemutet werden könne, seinen ersten Besuch bei Herrn Delcassé zu machen, wie wünschenswert auch eine Begegnung beider Staatsmänner wäre[5].

Seltsamerweise sprach sich motu proprio der Gouverneur der Banque de France, Herr Pallain, mir gegenüber fast wörtlich so aus, wie es Herr Delcassé zu Herrn Hansen getan, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, daß Euere Exzellenz behufs Anknüpfung engerer Beziehungen mit der Regierung Paris gleichsam inkognito[7] besuchen und hierbei Herrn Delcassé Gelegenheit zu einer Begegnung eventuell an einem zweiten Orte geben, woraus sich ein offizieller Besuch des Ministers in Berlin und ein offizieller Gegenbesuch Euerer Exzellenz in Paris entwickeln könnte.

Ich konnte mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Herr Pallain, wenn nicht im Einverständnis, so doch nicht ohne Wissen des Herrn Delcassé sich in dieser Weise äußerte.

Da diese ganze Frage mir heikel erscheint, habe ich Herrn Pallain keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Ausführung dieses Planes, wie schön er auch wäre, manche ernste Bedenken enthalte, und daß man dabei leicht mehr Schaden anrichten als nützen könnte*.

Radolin

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Ja
[2] richtig
[3] ähnlich wie Gambetta 1880
[4] gut
[5] richtig
[6] ?
[7] geht das?
Schlußbemerkung des Grafen von Bülow:
Eine Begegnung würde an und für sich sehr nützlich sein, das Terrain für dieselbe muß aber von Radolin sorgsam vorbereitet werden. Die Hauptsache bleibt, den Franzosen (Regierung und Volk) die Möglichkeit künftiger intimerer politischer und persönlicher Beziehungen wie die Hoffnung auf solche nicht abzuschneiden. B.

---

* In einem Privatschreiben an den Reichskanzler vom 29. Oktober erwärmte sich Fürst Radolin für den Gedanken einer Reise Graf Bülows nach Paris: „Wenn ich meine Meinung über die Frage eines Besuchs Eurer Exzellenz in Paris sagen darf, so wäre es, daß ich eine solche Reise mit großer Freude begrüßen würde. Auch bin ich sicher, daß eine Begegnung mit Herrn Delcassé selbst an einem dritten Orte auf der Botschaft oder sonstwo von großer Tragweite wäre. Eine Reise nach Paris, die ja auch Fürst Hohenlohe als Reichskanzler des öfteren wiederholt hatte, hat doch nichts Ungewöhnliches. Es könnte einen ganz privaten Charakter haben, und wird niemand auf den Gedanken kommen, daß Ew. Exzellenz hergereist sind, um Herrn Delcassé zu besuchen. Eine zufällige Begegnung würde das Eis brechen und den Minister wohl veranlassen, seinen Besuch in Berlin zu machen."

Nr 5874

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Rücker-Jenisch

Nr. 717 Berlin, den 6. November 1901
Geheim

Ew. Bericht Nr. 358 vom 27. v. Mts.* über eine Unterredung mit Herrn Hansen betreffend die Eventualität einer Begegnung zwischen Herrn Delcassé und mir habe ich mit besonderem Interesse gelesen.

Das Zustandekommen einer solchen Begegnung würde an und für sich sehr nützlich sein können, und ich bin daher damit einverstanden, daß Ew. dies Herrn Hansen gegenüber haben durchblicken lassen. Andererseits scheint aber der Zeitpunkt noch nicht gekommen, um der Ausführung des Gedankens näherzutreten. Ew. werden es sich vielmehr zur Aufgabe machen müssen, das Terrain für eine solche Begegnung sorgsam vorzubereiten und vor allem dahin zu wirken, daß bei der französischen Regierung wie bei dem französischen Volke der Gedanke einer Anbahnung künftiger intimerer politischer und persönlicher Beziehungen mit uns sich allmählich verallgemeinert und mehr zum Ausdruck kommt. Bülow

Nr 5875

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 209 Paris, den 22. März 1902

In Anbetracht dessen, daß in letzter Zeit vielfach Poincaré als kommender Mann bezeichnet wird, wenn dies auch von anderer maßgebender Seite entschieden in Abrede gestellt wird, glaube ich mitteilen zu sollen, was ich über die Vergangenheit und die politischen Tendenzen dieser Persönlichkeit in Erfahrung gebracht habe.

Raymond Poincaré, geboren 1860 in Bar-le-Duc (Meuse), wurde mit 20 Jahren docteur en droit und licencié ès-lettres. Mitarbeiter des damals fortschrittlich-republikanischen Blattes „Le Voltaire" wurde er 1887 im Bezirk von Commercy als gemäßigter Republikaner und Anti-Boulangist zum Deputierten gewählt und hat dieses Mandat seither ununterbrochen inne.

Er wurde 1893 Unterrichtsminister im ersten Kabinett Charles Dupuy, 1894 im zweiten Kabinett Charles Dupuy Finanzminister und

* Siehe Nr. 5873.

1895 im Kabinett Ribot Unterrichtsminister, Vizepräsident der Kammer Ende 1895 bis 1898. Im Jahre 1899 lehnte er das ihm von Waldeck-Rousseau angebotene Portefeuille ab, wodurch derselbe genötigt war, seinem Kabinett eine radikale Färbung zu geben und die Mithülfe Millerands und Baudins in Anspruch zu nehmen. In der Dreyfusaffäre trat er erst nach der Entdeckung der Fälschung Henrys in einer Kammerrede und in seiner Zeugenaussage vor dem Kassationshof für die Revision des Dreyfusprozesses ein („pour libérer sa conscience") und trennte sich vorübergehend von Méline. In einer kürzlich in Rouen gehaltenen Programmrede griff er die Politik Waldeck-Rousseaus scharf an und bemühte sich — behufs Sicherung seiner Wiederwahl in seinem sehr nationalistisch gesinnten Wahlbezirke — das Wohlwollen der Konservativen und Nationalisten, welche ihn wegen seiner Haltung zu Ende der Dreyfusaffäre stark befehdet hatten, wieder zu gewinnen. Zu dem gleichen Zwecke veröffentlichte er vor einiger Zeit eine Erklärung, in welcher er darauf hinwies, daß er die advokatorische Vertretung reicher jüdischer Finanziers trotz deren dringenden Ersuchens abgelehnt habe[1].

Von den Radikalen wird Poincaré — gleich Deschanel und Barthou — als „Arriviste" bezeichnet, als ein Streber, dem es auf eine politische Schwenkung mehr oder weniger nicht ankomme, wenn er damit seine ehrgeizigen Ziele zu erreichen hoffe[2].

Poincaré gilt als einer der besten Pariser Advokaten, plädiert hauptsächlich in Zivilsachen und hat einen großen Teil der Klientel Waldeck-Rousseaus übernommen. Er ist ein ausgezeichneter, vielseitiger Redner und in finanzieller Hinsicht absolut makellos. Radolin

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] !
[2] Angenehmer Mitarbeiter am Europ[äischen] Frieden!

Nr 5876

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Alvensleben

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Rücker-Jenisch

Nr. 222 Berlin, den 26. März 1902
[abgegangen am 29. März]

Ew. beehre ich mich anbei Abschrift eines Berichtes des Kaiserlichen Botschafters in Paris vom 18. d. Mts., betreffend die Petersburger Reise und Herrn Delcassé*, zu Ihrer Information zu übersenden.

---

* Delcassé beabsichtigte, den Präsidenten Loubet, der im März vom Zaren eingeladen worden war, auf der Besuchsreise nach Petersburg (20.—23. Mai)

Hinsichtlich der Rückreise des letzteren von St. Petersburg haben Seine Majestät der Kaiser und König befohlen, daß Ew. in der Ihnen geeignet scheinenden Weise, (also etwa durch Vermittlung des Grafen Lamsdorff oder des Marquis von Montebello), an den französischen Minister den Gedanken heranbringen, daß es in Deutschland und außerhalb als Demonstration wirken muß, wenn er bei dieser Gelegenheit wiederum Berlin meidet oder ohne Reiseunterbrechung passiert.

Ew. Ermessen überlasse ich es, auf welchem Wege Sie, und zwar jedenfalls mittels einer leicht hingeworfenen Bemerkung und ohne irgendwie zu insistieren, diesen Gedanken an die Adresse gelangen lassen wollen. Richthofen

Nr 5877

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 311 Paris, den 20. Mai 1902

Der spanische Botschafter deutete mir in einem Gespräch, das ich mit ihm gestern gehabt, an, er stehe unter dem Eindrucke, daß, seitdem Frankreich sich mit Italien verständigt hätte*, es Herrn Delcassé weniger daran gelegen sei, mit Deutschland ein engeres Verhältnis anzubahnen. Außerdem glaube der Botschafter zu wissen, wie er vertraulich hinzufügte, daß der bei Delcassé stets zunehmende Einfluß der Gräfin Jean de Montebello, die bekanntlich in englischem Solde stehe und eine gefährliche Persönlichkeit wäre, nicht unwesentlich dazu beitrage, eine französisch-deutsche Annäherung in englischem Interesse zu hindern, und daß Herr Delcassé in dieser Richtung ein ihr gefügiges Werkzeug geworden sei.

Nach dieser Einleitung erwähnte mir der Botschafter ein Gerücht, das ihm zu Ohren gekommen, und das ihn lebhaft beunruhige, wenn ihm dasselbe auch unglaublich erscheine, daß nämlich Herr Delcassé bemüht wäre, eine englisch-französische Verständigung betreffend Marokkos zustande zu bringen.

Leon y Castillo meint, daß er nicht einsehen könne, auf welcher Basis eine solche Verständigung möglich sei, es wäre ausgeschlossen,

---

zu begleiten. In seinem Bericht vom 18. März (Nr. 184) bezweifelte Fürst Radolin, daß Delcassé den Mut haben werde, sich auf der Rückreise so einzurichten, daß er einen Abstecher nach Berlin mache. Dazu bemerkt Kaiser Wilhelm II. am Rande: „Das muß ihm von Petersburg aus gesteckt werden, daß das ungezogen ist."

* Vgl. dazu Kap. CXXV.

über einen Hafen oder festen Punkt Gibraltar gegenüber zu verhandeln, und von dem Hinterlande könne auch nicht die Rede sein, da im Inneren nur Spanien mit Marokko und Frankreich, nicht aber mit England zusammenstieße.

In seiner ganzen Haltung war beim Botschafter eine gewisse Gereiztheit gegen seinen bisherigen Freund Delcassé unverkennbar, und mag wohl seine Äußerung über die Abkühlung des Ministers, Deutschland näherzutreten, teilweise aus diesem Gefühl zu erklären sein.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich nicht unterlassen, einer zufälligen Unterhaltung mit Herrn Delcassé Erwähnung zu tun, die ich ganz kürzlich mit ihm gehabt, und die mir in der Tat den Eindruck hinterließ, als läge dem Minister nicht sonderlich daran, uns entgegenzukommen.

In einem Gespräch über die Wahlen ließ mir gegenüber der Minister die Bemerkung fallen, daß er in seinem Wahlkreis anderer Ansicht sei, wie viele seiner Wähler, die für den großen Canal des deux mers eingenommen seien, während er die Ansicht vertrete, daß es praktischer wäre, das dazu erforderliche Geld zur Vermehrung der Flotten auf den beiden Meeren zu verwenden.

Er zeigte mir die Lage des Kanals auf der Karte, und als zufällig sein Blick auf Nord-Europa fiel, bemerkte er, daß unser Nord-Ostsee-Kanal wohl von großer Bedeutung für den Handel wäre, und daß er seinerzeit gerade in Kiel gewesen sei, als der Kanal angelegt werden sollte. Nichts war natürlicher, als meinerseits die großen Vorzüge des für alle Welt geöffneten Kanals im Gegensatz zu der gefährlichen Schiffahrt um die Klippen Dänemarks hervorzuheben.

Herr Delcassé hätte, ohne sich irgend zu kompromittieren, dies wenigstens bestätigen können. Er tat es aber nicht und hob nur die Befriedigung hervor, die ihm eine „längere" Seereise bereite. Auf meine hingeworfene Bemerkung, daß dieser Kanal doch viel Interessantes biete, erwiderte er lächelnd, daß ihm jetzt die Zeit fehle, Privatreisen zu machen. Seitdem er an das Ministerium gebunden, könne er sich keine Erholung gönnen — was wohl seine Richtigkeit hat.

Mehr konnte ich ihm nicht gut sagen, und weniger entgegenkommend wie er es — freilich in der liebenswürdigsten Form — war, konnte er nicht gut antworten.

Mein Gesamteindruck ist der, daß, nachdem die kleinen Reibereien innerhalb des Zweibundes durch die Reise des Kaisers und die Erwiderung des Besuches durch Herrn Loubet wesentlich beigelegt sind, und nachdem Frankreich mit Italien zu einem besseren Verhältnis gelangt ist, man hier zurzeit nicht mehr das große Gewicht auf eine Verständigung mit Deutschland legt, welches mir noch vor kurzer Zeit vorhanden zu sein schien.

Hiermit stimmt auch die Haltung der Presse überein, denn neuerdings scheint ihr der Kamm gegen Deutschland etwas geschwollen

zu sein. Man erkennt diese Wendung nicht nur in einer Reihe gehässiger Bemerkungen gegen den deutschen Einfluß in Österreich und Konstantinopel, sondern auch in einem erstaunlicherweise im „Figaro" erschienenen Artikel über den Fürsten Urussow, in dem ohne Umschweif als Zweck des Zweibundes die Beseitigung der deutschen Hegemonie in Europa bezeichnet wird.

Der „Figaro" ist der Ansicht, daß dieser Zweck bereits erreicht sei. In der Tat ist die hier allgemeine Ansicht, daß Frankreich an Macht hinter Deutschland zurücksteht, aber durch die Verbrüderung mit Rußland eine Bedeutung gewinnt, die es über sein eigentliches Niveau erhebt. Radolin

Nr 5878

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Urville

Ausfertigung

Berlin, den 24. Mai 1902

Euerer Majestät hatte ich die Ehre gehabt zuletzt unter dem 28. März über die weiteren Folgen der Schlägerei zwischen lateinischen und griechischen Mönchen vor der Grabeskirche in Jerusalem* Bericht zu erstatten. Damals konnte die Türkei sich noch nicht dazu aufraffen, der Anerkennung des Rechtes Euerer Majestät auf den vollen und ungeteilten Schutz aller Deutschen im Auslande klaren Ausdruck zu geben. Unseren unausgesetzten Bemühungen ist es aber doch endlich gelungen, die Vorladung und Vernehmung der beiden verwundeten deutschen Franziskaner durch Vermittlung und unter alleiniger Assistenz Euerer Majestät Konsuls in Jerusalem durchzusetzen. Unserem Beispiel folgte dann auch kurze Zeit darauf, und zwar mit dem gleichen Erfolge, Italien, nachdem anfänglich die italienische Regierung eine zwischen den vermeintlichen traditionellen Rechten Frankreichs und dem von uns vertretenen klaren Rechtsstandpunkte schwankende Haltung eingenommen hatte.

---

* Am 4. November 1901 hatte auf dem Platze vor der Grabeskirche in Jerusalem ein Angriff griechischer Mönche und Laien türkischer Staatsangehörigkeit auf eine Anzahl Franziskaner verschiedener Nationalität, darunter deutsche, österreichische, französische und russische Staatsangehörige, stattgefunden, um diese von einem Teile des Heiligtums zu vertreiben. Während Frankreich trotz seiner so eifrig festgehaltenen Protektoratsansprüche (vgl. Bd. XII, Kap. LXXXIII, Anhang) gegen die am Angriff beteiligten griechischen Mönche nicht mittels eines Strafantrags bei der Türkei vorging — wohl aus Rücksicht auf das orthodoxe Rußland — trat die deutsche Regierung energisch bei der Pforte für die zwei beteiligten deutschen Franziskaner, die sich an den Kaiserlichen Konsul gewandt hatten, ein.

Der augenscheinliche Erfolg, der in der Vernehmung der deutschen Franziskaner ohne französische Assistenz zum Ausdruck gelangte, hat, wie vorauszusehen war, einen Protest der französischen Regierung in Konstantinopel zur Folge gehabt, in welchem der Artikel 62 des Berliner Vertrages vom Jahre 1878 angerufen wurde. Dieser Artikel, dessen Interpretation den Kernpunkt der ganzen Protektoratsfrage im Orient bildet, hat, soweit er sich auf den vorliegenden Gegenstand bezieht, folgenden Wortlaut: „Le droit de protection officielle est reconnu aux agents diplomatiques et consulaires des Puissances en Turquie, tant à l'égard des personnes susmentionnées (nämlich „ecclésiastiques, pélerins et moines") que de leurs établissements religieux, de bienfaisance et autres dans les Lieux Saints et ailleurs. Les droits acquis à la France sont expressément réservés et il est bien entendu qu'aucune atteinte ne saurait être portée au statu quo dans les Lieux Saints."

Hierin wird in klarer Weise den verschiedenen Mächten das Schutzrecht über ihre eigenen Untertanen eingeräumt. Unter den droits acquis à la France kann nicht eben dieses Schutzrecht über Personen verstanden werden, weil sonst der zweite Absatz den ersten Absatz aufheben würde, vielmehr beziehen sich die traditionellen Rechte Frankreichs entweder auf die heiligen Stätten und einige religiöse Anstalten Jerusalems oder sie müßten in einer neuen Konferenz im einzelnen festgestellt werden. Wir haben es aber vermieden, den sicheren Rechtsboden des Schutzes über die Personen zu verlassen und das Gebiet der Streitigkeiten der Konfessionen um den Besitz der heiligen Stätten zu betreten.

Nachdem der Sultan sich einmal auf den Rechtsboden des Berliner Vertrages gestellt hatte, wurde es der türkischen Regierung auch nicht schwer, die richtige Antwort auf die Protestnote des Herrn Constans zu finden. Die Pforte weist die französische Regierung darauf hin, daß ihren Sonderansprüchen die feste Stellungnahme zweier Signatarmäche des Berliner Vertrages, nämlich Deutschlands und Italiens gegenüberstehe. Sie überläßt es Frankreich, dieser Majorität gegenüber eine Einigung der Signatarmächte des Berliner Vertrages im Sinne des französischen Standpunktes herbeizuführen. Derselbe Notenwechsel wiederholte sich, nachdem am 13. und 14. d. Mts. auch die italienischen Franziskaner ohne französische Assistenz vor dem türkischen Kriminalgerichte als Zeugen vernommen worden waren. Die Wirkung auf die französischen Staatsmänner und Politiker war aber im zweiten Falle eine weit größere, weil noch bis in die neueste Zeit hinein zahlreiche Präzedenzfälle dafür vorlagen, daß da, wo es sich um italienische Mönche oder Priester handelte, der Schutz derselben von Frankreich entweder allein oder gemeinschaftlich mit der italienischen Vertretung ausgeübt worden war. Hierzu kommt noch, daß die Kurie dem Rechte Euerer Majestät auf den Schutz deutscher katholischer Geistlicher nicht ent-

gegenzutreten schien, daß sie jedoch Italien nicht als eine „befreundete Macht" gelten lassen wollte. Bei der bekannten Parteinahme des Kardinalstaatssekretärs Rampolla für Frankreich ist es aller Anerkennung wert, daß der lateinische Patriarch Monsignore Piavi und der Custode di Terra Santa, trotz einer entgegenstehenden allgemeinen Instruktion aus Rom, ihren Ordensbrüdern das Erscheinen vor dem türkischen Gericht ohne die französische Assistenz gestattet haben. Ich habe durch Euerer Majestät Gesandten bei der Kurie unseren Standpunkt in der Protektoratsfrage mit großem Nachdruck klarlegen lassen, um dadurch zu verhindern, daß in diesem oder einem künftigen ähnlichen Falle von Rom aus im französischen Sinne auf die Franziskaner eingewirkt werde, aber mehr als ein tolerari posse wird für uns unter dem jetzigen Papst schwerlich zu erreichen sein*.

Von anderen an der Frage interessierten Mächten kam außer Italien zunächst Österreich-Ungarn für uns in Betracht. Wie Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät bekannt, beansprucht die Habsburger Monarchie in Albanien ein ähnliches Protektoratsprivilegium, wie Frankreich dies im ganzen „Orient" ausüben möchte. Um diesem Interesse Österreichs, auf welches man in Wien großen Wert legt, nicht zu präjudizieren, habe ich dem Grafen Goluchowski gegenüber nur die Erwartung ausgesprochen, daß Österreich unserer Stellungnahme nicht entgegentrete, und habe auf eine aktive Unterstützung von jener Seite von vornherein verzichtet. Wir dürfen erwarten, daß diese Rücksichtnahme auf österreichische Interessen bei dem Wiener Kabinett einer gleichen Rücksichtnahme gegen uns begegnen wird. Von den übrigen Mächten kommen in erster Reihe noch Rußland und England in Betracht. Was das erstere betrifft, so ist es nicht anzunehmen, daß die Regierung des Zaren sich damit einverstanden erklären wird, wenn der Schutz über russische katholische Untertanen — beispielsweise polnische Mönche oder Priester — von einer fremden Macht, und sei es auch eine „befreundete und verbündete", beansprucht wird. England hat zwar an seinen katholischen, meist irischen Untertanen vielleicht kein besonderes warmes Interesse, indessen hat nach einer Meldung des Freiherrn von Marschall der großbritannische Botschafter am Goldenen Horn dem türkischen Minister des Äußern bereits seine Zu-

* Tatsächlich erklärte Kardinalstaatssekretär Rampolla dem preußischen Gesandten Freiherrn von Rotenhan am 23. Mai, die Kurie sei bezüglich des Schutzrechts im Orient traditionell an Frankreich gebunden; allgemeine Zusicherungen könne sie der deutschen Regierung auch deshalb nicht geben, weil es nicht ihre Sache, sondern die der Mächte sei, den Berliner Vertrag auszulegen; doch hoffe sie im jedesmaligen Einzelfalle mit der deutschen Regierung zu einer praktischen Verständigung zu gelangen. Telegramm Rotenhans Nr. 35 vom 24. Mai. Damit erklärte sich die deutsche Regierung zufriedengestellt. „Wir betrachten damit diese Frage zwischen uns und dem Heiligen Stuhl als abgetan und brauchen nicht weiter darauf zurückzukommen." Telegramm Richthofens an Rotenhan Nr. 29 vom 26. Mai 1902.

stimmung zu dem von Deutschland und Italien eingenommenen Standpunkte privatim ausgesprochen. Wenn sämtliche Mächte die Konsequenz aus unserem Vorgehen ziehen, so ist dem veralteten französischen Anspruch auf den „Schutz der Christen im Orient" ein Ende bereitet[1].

Ein solcher Zustand muß natürlich für die französische Eigenliebe sehr empfindlich sein und ist auch geeignet, der nationalistisch klerikalen Opposition in Frankreich eine Waffe gegen die jeweilige Regierung in die Hand zu drücken. Ich habe mit Rücksicht hierauf, solange es angeht, die deutsche Presse davon zurückgehalten, den Vorfällen in Jerusalem eine größere Bedeutung beizulegen. Nachdem aber einmal der Gegengstand in der französischen Presse allemein besprochen wird, kann auch die Antwort unserer Zeitungen nicht ausbleiben. Soweit bis jetzt erkennbar, zeigt sich hierbei die erfreuliche Erscheinung, daß die deutschen Katholiken nicht gewillt sind, auf den Schutz Euerer Majestät im Auslande zu verzichten und deutsche Priester, Mönche oder Pilger als Franzosen behandeln zu lassen. Bülow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Dem Himmel sei Dank.
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut.

Nr 5879

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung.

Nr. 191 Therapia, den 27. Mai 1902

Bei einem Besuch, den ich heute Herrn Constans machte, frug ich ihn, ob er Kenntnis von dem Artikel des „Temps" über Armenien* habe? Der Botschafter verneinte die Frage mit dem Bemerken, er habe auf Wunsch der Pforte die Verbreitung der betreffenden Nummer inhibiert. Nur aus der Mitteilung der Pforte wisse er den Inhalt des Artikels. Er habe in Paris keinen Zweifel gelassen, daß derartige Ausführungen in einem dem Auswärtigen Ministerium nahestehenden Blatt gar nichts nützten, sondern nur seine hiesige Stellung erschwerten.

Auf meine Frage, ob die türkenfeindliche Haltung eines Teils der französischen Presse etwa mit der Jerusalemfrage in Beziehung stehe,

* Am 25. Mai hatte der „Temps", offenbar um die Türkei wegen ihrer Haltung in der Protektoratsfrage (vgl. das vorige Schriftstück) zu strafen, bzw. sie einzuschüchtern (Telegramm Richthofens an Marschall Nr. 79 vom 26. Mai), einen scharfen Artikel über Armenien gebracht, nach dem die dort neuerdings vorgefallenen Greuel durch die Kurden auf direkten Befehl türkischer Behörden ausgeübt würden.

antwortete mir der Botschafter, er bezweifle dies. Daran anknüpfend entwickelte mir Herr Constans mit seiner bekannten Offenheit nochmals seine Stellung zu jener Frage. Er sei der Ansicht gewesen, daß die Bestimmungen des Artikels 62 des Berliner Vertrages einen Widerspruch enthielten und es deshalb ratsam erscheine, sich mit uns über einen faktischen modus vivendi zu verständigen. In Paris habe man aber diese Anschauung nicht geteilt, sondern sich darauf berufen, daß es sich hier um die Erhaltung des Status quo in den „Saints Lieux" handele und in dieser Beziehung das Recht Frankreichs klar durch den Berliner Vertrag definiert sei. Er habe Tewfik Pascha damals gesagt: Frankreich bestreite Deutschland das Recht nicht, bei einem gemeinsamen Vorgehen gegen einen deutschen Priester allein zu intervenieren. Im vorliegenden Falle könnten aber „les droits de la personne et les droits de la communauté" nicht getrennt werden, denn eine Verurteilung oder Freisprechung setze notwendig eine Prüfung der Rechte der unter französischem Schutz stehenden Körperschaft voraus, welche den Anlaß des ganzen Streites gebildet hätten. Daraus rechtfertige sich die gleichzeitige Assistenz des französischen Konsuls. Tewfik Pascha habe diese Auffassung auch anfangs akzeptiert, er, Constans, habe demselben aber gleich gesagt: „Je vous connais assez pour savoir que si le Baron Marschall de Biberstein insiste, vous me lâcherez." Der Botschafter hält die Angelegenheit bezüglich der deutschen und italienischen Franziskaner für erledigt und beabsichtigt nicht, hier auf dieselbe zurückzukommen. „Il ne faut pas faire une affaire d'une chose qui ne l'est pas." Seine Stellung sei insofern eine schwierige, als er klar sehe, daß man durch eine Weiterführung des Streites nur die Geschäfte der Orthodoxen besorgen würde. Wenn Frankreich mit dem protestantischen Deutschland in einen Streit über das Schutzrecht verwickelt werde, so sei die Orthodoxie der „tertius gaudens". Die ohnehin sehr schwierige Stellung der lateinischen Kirche gegenüber der orthodoxen Kirche würde durch einen derartigen Streit nur eine weitere Schwächung erfahren.

„Je sais que notre collègue de Russie* ne voit pas d'un mauvais oeil les dernières opérations à Jérusalem."

Herr Constans hat aus diesen Gründen den Konsul in Jerusalem kürzlich angewiesen, dafür zu sorgen, daß, wenn eine Vernehmung der englischen, spanischen und holländischen Franziskaner nötig werde, dieselbe, der alten Übung entsprechend, im Kloster stattfände. Bisher hätten die betreffenden Konsuln eine gleiche Behandlung mit ihren deutschen und italienischen Kollegen nicht begehrt.

Meinen russischen Kollegen habe ich verfehlt, zweifle aber nicht, daß Herr Constans die Haltung desselben richtig beurteilt.

---

* Sinowiew.

Von Tewfik Pascha erfahre ich, daß der spanische Gesandte* vorgestern für seine Franziskaner dieselbe Behandlung wie für die deutschen und italienischen verlangt hat. Die Antwort des Ministers war ausweichend. Marschall

Nr. 5880

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 319 Berlin, den 28. Mai 1902

pp. Wenn Euer pp. in dem Berichte Nr. 311** von einer scheinbaren Abnahme der früheren Geneigtheit des Herrn Delcassé sprechen, eine Annäherung an Deutschland zu suchen, so dürfte dies in erster Linie auf zwei Begebenheiten der letzten Zeit zurückzuführen sein, die vielleicht eine gewisse Mißstimmung in Paris hervorgerufen haben, nämlich unsere Haltung in der ostasiatischen und der Protektorats-Frage. In der ostasiatischen Frage mußten wir der französischen Politik dadurch eine Enttäuschung bereiten, daß wir es ablehnten, unseren bisherigen neutralen Standpunkt aufzugeben. Als der französische Botschafter hier vor einigen Monaten den Wortlaut der französisch-russischen „Déclaration“*** mitteilte, insistierte er darauf, daß der von Frankreich und Rußland eingenommene Standpunkt doch auch den deutschen Interessen entspreche. Wir haben auf diese Mitteilung mit dem Hinweise geantwortet, daß Deutschland in Ostasien für absehbare Zeit lediglich wirtschaftliche Interessen zu verfolgen habe und daß diese geschädigt werden würden, wenn wir unsere jetzige neutrale Haltung aufgeben und uns dadurch in eine oppositionelle Stellung zu anderen Nationen bringen wollten. Das Bedeutsame an dieser Eröffnung, der wir allerdings aus materiellen Gründen keine weitere Folge geben konnten, liegt darin, daß Frankreich zum ersten Male seit dem Kriege von 1870 ein Zusammengehen mit Deutschland amtlich angeregt hat. Dieser Umstand beweist auch, welche Bedeutung man französischerseits der Entwicklung der ostasiatischen Verhältnisse beilegt.

Vorstehende Mitteilungen über die ostasiatische Frage wollen Euer pp. lediglich als zu Ihrer persönlichen Information bestimmt betrachten.

Über den Verlauf der Protektoratsfrage† sind Euer pp. anderweitig auf dem laufenden erhalten worden. Ich befürchte, daß auch der Gang

---

* Marquis von Camposagrado.
** Siehe Nr. 5877.
*** Vgl. Bd. XVII, Kap. CX, B.
† Vgl. Nr. 5878 und 5879.

dieser Verhandlungen im Auswärtigen Amt in Paris eine gewisse Mißstimmung hervorgerufen hat, um so mehr als mir versichert wird, daß Herr Raindre* in dieser Frage einen noch weit intransigenteren Standpunkt einnimmt als Herr Constans in Konstantinopel. Die Angelegenheit hat, wie Euer pp. bekannt, jetzt eine unseren Wünschen entsprechende tatsächliche Erledigung gefunden, gemäß der Auslegung, die wir in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Mächte dem Artikel 62 des Berliner Vertrages geben.

Ganz ungerechtfertigt wäre es, wenn die angebliche Abkühlung des Herrn Delcassé durch unsere Haltung in der türkischen Finanzfrage hervorgerufen oder verstärkt sein sollte. Die Verdächtigung, daß von deutscher Seite gegen das Projekt Rouvier** gearbeitet werde, ist durchaus grundlos. Der deutsche Botschafter in Konstantinopel, dessen Aufgabe es allerdings nicht ist, eine Initiative in dieser Angelegenheit zu ergreifen, hat sich da, wo er von amtlicher türkischer Seite um seine Ansicht gefragt wurde, günstig für das Projekt ausgesprochen. Diese Tatsache werden Euer pp. erwähnen können, falls an berufener Stelle die Angelegenheit angeregt wird.

Richthofen

Nr. 5881

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 596 Berlin, den 30. Juni 1902

Äußerungen des hiesigen französischen Botschafters, welche durch eine Stelle in dem beigefügten Bericht Nr. 390 des Fürsten Radolin***, sowie durch die allgemeine Tonart der hauptsächlichen französischen Preßorgane unterstützt werden, lassen den Schluß zu, daß in Paris ein aktives Vorgehen gegen Siam erwogen wird. Der Botschafter bemühte sich vor ein paar Tagen herauszubekommen, wie wir uns in einem solchen Falle stellen würden. Er ging soweit, dem Herrn Reichskanzler zu sagen, die jetzigen guten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich berechtigten zu der Hoffnung, daß Frankreich in der sia-

* Direktor im französischen Außenministerium, Abteilung für Politische Angelegenheiten und Protektorate.

** Das Projekt Rouvier betraf die Unifikation der türkischen Staatsschuld; es wurde am 1. August vom Sultan genehmigt.

*** Nach Bericht Nr. 390 Fürst Radolins vom 21. Juni wünschte Delcassé, dem scheidenden Generalgouverneur für Indo-China Doumer einen möglichst fähigen und energischen Nachfolger zu geben.

mesischen Angelegenheit von Deutschland einen coup d'épaule bekommen werde.

Graf Bülow hat eine weitere Erörterung vermieden und läßt Ew. pp. zunächst ersuchen, durch möglichst unauffällige Erkundigungen an den in Betracht kommenden Stellen zu ermitteln, ob dort Nachrichten über französische Aktionspläne, deren Ziele und Umfang vorliegen.

Für Ew. pp. persönlich bemerke ich, daß dies seit dem deutsch-französischen Kriege erst das zweite Mal ist, wo die französische Regierung durch ihren amtlichen Vertreter uns den Gedanken eines Zusammengehens nahelegen läßt. Das erste Mal geschah es vor einigen Monaten, als der Marquis de Noailles die russisch-französische „Déclaration" zu dem englisch-japanischen Abkommen hier überreichte. pp.

Richthofen

Nr. 5882

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 576 Berlin, den 18. August 1902

Wie ich von dem Herrn Reichskanzler höre, hat ihm Marquis Noailles bei der Abschiedsunterredung Ende Juni d. Js. die Hoffnung ausgedrückt, daß Frankreich bei einem möglicherweise bald erforderlich werdenden Vorgehen in Siam von seiten der deutschen Politik freundwillige Förderung erhalten werde. Deutschlands Interesse an der siamesischen Halbinsel ist kein territoriales oder sonst politisches, sondern ausschließlich ein wirtschaftliches. Unsere Schiffahrt nach Siam ist bedeutend. Die zwei wichtigsten, Bangkok berührenden Schiffahrtslinien sind bekanntlich seit ein paar Jahren in Händen einer deutschen Unternehmung. Im Postwesen und im Eisenbahnwesen Siams sind eine Anzahl deutscher Beamter seit vielen Jahren mit Erfolg tätig. Endlich haben in Bangkok angesessene deutsche Firmen einen beträchtlichen Anteil an dem dortigen Handel. Für die Erhaltung und den Schutz unserer damit im wesentlichen umschriebenen rein wirtschaftlichen Interessen hat die Kaiserliche Regierung selbstverständlich einzutreten. Sind wir aber sicher, daß diese Interessen von französischer Seite nicht beeinträchtigt werden, so wird Frankreich bei etwaigen Maßnahmen zur Wahrnehmung seiner besonderen politischen Stellung auf der malayischen Halbinsel auf eine wohlwollende Haltung unsererseits rechnen können.

Ew. pp. bitte ich, die vorstehenden Bemerkungen bei dortigen maßgebenden Persönlichkeiten in ungezwungener Weise anzubringen. Die

Art, wie dieselben dort aufgenommen werden, wird im Hinblick auf unsere fernere Stellung zu dem siamesischen Problem von einigem Interesse sein. Mühlberg

Nr. 5883

Der Geschäftsträger in Paris von Schlözer an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 215 Paris, den 22. September 1902

Unter Bezugnahme auf Erlaß vom 18. August, 10. September*.

Bezüglich Siams habe ich nicht verfehlt, die Sondierungen bei maßgebenden Persönlichkeiten im Ministerium fortzusetzen und hierbei anzubringen, daß, wenn unsere dortigen Handelsinteressen französischerseits nicht beeinträchtigt würden, Frankreich bei etwaigen Maßnahmen zu Wahrnehmung seiner besonderen politischen Stellung auf der malayischen Halbinsel auf eine wohlwollende Haltung der Kaiserlichen Regierung werde rechnen können.

Wie ich aus dem Ministerium höre, ist man dort mit dieser Anschauung der Kaiserlichen Regierung völlig einverstanden und hat inzwischen bereits den Geschäftsträger in Berlin mit der Information versehen, der Kaiserlichen Regierung entsprechende Mitteilungen hierüber zu machen. Marquis de Noailles sagte mir heute gleichfalls, daß die Anschauung der Kaiserlichen Regierung am Quai d'Orsay durchaus geteilt werde, und man auch bei dieser Gelegenheit die Gemeinsamkeit der deutsch-französischen Interessen, und zwar nicht allein für Siam, betont habe. Schlözer

Nr. 5884

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 551 Paris, den 15. Oktober 1902

Der spanische Botschafter hat zu meinem nicht geringen Erstaunen einen neuen Überfall auf mich gemacht und die von ihm bereits früher angeregte Frage einer Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland wiederum berührt.

Ich verhielt mich sehr kühl und skeptisch seinem Wortschwall gegenüber und ließ dem Botschafter durchblicken, daß ich irgendein

* Durch den Erlaß vom 10. September (Nr. 661) war an die Erledigung des Erlasses vom 18. August (siehe Nr. 5882) erinnert worden.

Anzeichen von derartigen Absichten des Herrn Delcassé niemals bemerkt hätte. Ich fügte hinzu, daß unser jetziges Verhältnis zu Frankreich ja ein durchaus befriedigendes sei, und daß auch die französische Regierung nichts mehr zu wünschen scheine, als den gegenwärtigen Zustand aufrechterhalten zu sehen.

Der „Figaro" hätte übrigens vor einiger Zeit in einem offiziösen Artikel des Herrn Tardieu klar zum Ausdruck gebracht, daß es nicht in den Intentionen der Regierung liege, engere Beziehungen mit Deutschland anzuknüpfen, man sich aber freue, daß ein Verkehr gegenseitiger Courtoisie zwischen beiden Regierungen bestünde.

Euerer Exzellenz darf ich zur Erläuterung die Worte nachstehend wiedergeben, die Marquis Del Muni * mir gegenüber gebrauchte, indem er mir seine Unterhaltung mit dem ihm befreundeten Herrn Delcassé erzählte:

„Ich hatte kürzlich Gelegenheit," sagte der Botschafter, „mit Herrn Delcassé über die auswärige Politik akademisch zu reden und bemerkte ihm, daß meiner Ansicht nach Frankreich einen Fehler begehe, sich über den Verlust der Provinzen nicht beruhigen zu können.

Es wäre doch klüger, sich an Spanien ein Beispiel zu nehmen, das weit größere Verluste durch den Krieg erfahren und sich damit ein für allemal abgefunden habe. Der Verlust wäre verschmerzt, und das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten wieder ein normales, ja sogar ganz gutes geworden."

Der Minister des Auswärtigen erwiderte hierauf: „Mais je ne crois pas que l'Allemagne a le désir de s'entendre avec la France," und fuhr nach einer Pause fort: „je vais vous dire plus: il y a 4 ans, on a dit à Berlin à Mr. de Noailles qu'il y avait des points sur lesquels les deux pays pourraient se mettre d'accord. J'ai trouvé la chose si importante que je me suis rendu immédiatement chez le Président de la République et le Ministre du Conseil."

„J'ai été autorisé par eux de télégraphier à Mr. de Noailles pour lui dire que j'étais disposé à traiter avec l'Allemagne sur tous les points où nous pourrions nous entendre. Le Marquis de Noailles m'a répondu qu'on lui avait fait savoir à la Wilhelmstraße que la question méritait d'être étudiée, vu son importance. — Il y a 4 ans de cela!"

„Depuis ces 4 ans pas un mot de plus n'a été dit à ce sujet à Mr. de Noailles. Notre Ambassadeur attend encore la réponse!"

„Je suis tout disposé à discuter la question, mais il faut qu'on m'en parle. Que la réponse me vienne de Berlin!"

Diese Unterhaltung in direkter Rede habe ich wörtlich nachgeschrieben, während der Botschafter sprach, um sie genau wiederzugeben.

Wenn Herr Delcassé eine Annäherung wünscht, wie Leon y Castillo

---

* Leon y Castillo, Marquis del Muni.

es nachdrücklich versichert, so dürfte es vielleicht darauf zurückzuführen sein, daß er zur Erkenntnis gelangt ist, daß Deutschland, welches Frankreich nicht braucht und sowohl mit England wie mit Rußland auf dem besten Fuß steht, in der Weltpolitik sich selbst genügt, und daß es dem Minister Delcassé nicht gelungen ist, in England den Rückhalt zu finden, den er vielleicht auf Kosten Deutschlands sucht.

Die eigentümliche Zudringlichkeit des spanischen Botschafters und die von ihm mir gemachten Eröffnungen, denen gegenüber ich, wie gesagt, mich sehr kühl verhielt, entsprechen wohl seiner Auffassung, wonach Spanien aus politischer Tradition mit Frankreich unter allen Umständen gut stehen will, aber ebenso auch mit Deutschland die besten Beziehungen zu erhalten trachtet.

Aus diesem letzteren Grunde hat die Königin-Regentin meinem spanischen Kollegen — wie dieser mir anvertraute — ans Herz gelegt, nach Möglichkeit auf ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich hinzuarbeiten.

Die Annahme dürfte nicht fern liegen, daß Spanien sich dadurch gegen englisches Vorgehen (in Marokko und Gibraltar) zu sichern sucht.

Auch mag der Umstand, daß der Botschafter jetzt wieder dieses Thema mir gegenüber berührt, damit zusammenhängen, daß die Presse, im Anschluß an den Aufenthalt der Königin-Regentin in Paris, die Teilnahme des Prinzen von Asturien an den französischen Manövern und an die Ernennung Cambons zum Botschafter in Madrid, die Möglichkeit eines spanisch-französischen Bündnisses besprach.

Die Allianz-Gerüchte veranlaßten den „Figaro" zu einer Anfrage bei spanischen Politikern, deren Ergebnis in der Ausgabe vom 16. d. Mts. veröffentlicht ist. Demnach scheint man jedoch in Spanien Bedenken zu tragen, sich o f f e n für ein französisches Bündnis auszusprechen.

R a d o l i n

Nr. 5885

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 763 Berlin, den 23. Oktober 1902

Antwort auf Bericht Nr. 551 vom 15. d. Mts.*

Die „Revue politique et parlementaire" vom 10. d. Mts. bringt an erster Stelle einen anonymen, vielleicht von Herrn Hanotaux herrührenden Artikel, betitelt „Vier Jahre auswärtige Politik", wo Herr Del-

* Siehe Nr. 5884.

cassé scharf kritisiert wird. Ihm wird unter anderem vorgeworfen, daß er mit Deutschland, welches sich doch geneigt gezeigt habe, zu keiner Verständigung über einzelne koloniale Fragen gekommen sei. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Artikel Herrn Delcassé veranlaßt hat, zu seiner Rechtfertigung auseinanderzusetzen, wie es nicht an ihm liege, wenn man bis heute mit Deutschland zu nichts gekommen sei. Diese Behauptung ist indessen nicht richtig, es liegt an Herrn Delcassé mehr als an der deutschen Regierung.

Das Thema, daß Frankreich und Deutschland, wenn auch nicht zu einem allgemeinen, umfassenden Abkommen gelangen, so doch über einzelne Fragen sich verständigen könnten, ist zu verschiedenen Zeiten mit dem französischen Botschafter akademisch erörtert worden, wobei er meistens derjenige war, welcher die Initiative ergriff. Zu einem konkreten Falle ist niemals eine Anregung von Frankreich gekommen*, dagegen wissen Ew., daß Deutschland im Sommer 1900 in Paris eine Verständigung über mehrere mit der Jangtsefrage zusammenhängende Einzelfragen anregte**. Die Anregung blieb jedoch ergebnislos infolge der Zurückhaltung des Herrn Delcassé, welcher es ablehnte, in Besprechungen einzutreten.

Zum zweiten Mal hat Deutschland jetzt kürzlich einen Gedankenaustausch über die Modalitäten der Räumung von Schanghai angeregt***. Es ist noch zu früh, um über die Haltung Frankreichs in dieser Frage sich ein Urteil zu bilden. Jedenfalls aber hat die deutsche Regierung dadurch, daß sie nach jenem ersten Mißerfolge von vor zwei Jahren nochmals an das Pariser Kabinett herantrat, bewiesen, daß sie keine prinzipiellen Bedenken gegen politische Abmachungen mit Frankreich hat.

Im Sinne des Vorstehenden wollen Ew. mit dem spanischen Botschafter reden, jedoch ohne den Angriff der „Revue politique et parlementaire" zu erwähnen.

Unzweifelhaft geht, wie ich vertraulich bemerke, aus der ganzen Haltung des Herrn Delcassé während dieser vier Jahre dessen Neigung hervor, sich womöglich mit England zu einigen. Es liegt auch kein Grund vor, an der Wahrheit der von amtlicher englischer Stelle herrührenden Angabe zu zweifeln, wonach der französische Botschafter in London im Laufe des Monats August Vorschläge bezüglich einer Verständigung über Marokko machte, jedoch von Lord Lansdowne eine ablehnende Antwort erhielt†.

Richthofen

---

* Das stimmt nicht ganz; vgl. Nr. 5880 und 5881, wo ausdrücklich ein erster und ein zweiter Fall einer solchen Anregung konstatiert wird. Vgl. jedoch Nr. 5848, wo konstatiert wird, daß in dem einen Falle (Siam) die konkrete Anregung von deutscher Seite erfolgt sei, während Delcassé sich auf Redensarten beschränkt habe.

** Vgl. darüber Bd. XVI, Kap. CV.

*** Vgl. darüber Bd. XVI, Kap. CVIII.

† Vgl. dazu Bd. XVII, Kap. CXIII.

Nr. 5886

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 628 Paris, den 4. Dezember 1902
Vertraulich

Kürzlich bot sich mir eine Gelegenheit, den spanischen Botschafter im Sinne des hohen Erlasses Nr. 763 vom 23. Oktober d. Js.* zu sprechen.

Ich bemerkte ihm gegenüber gesprächsweise, soviel ich wüßte, sei die Möglichkeit einer Kolonialverständigung zwischen Frankreich und Deutschland von dem französischen Botschafter in Berlin verschiedentlich akademisch erörtert worden, wobei derselbe meistens selbst die Initiative ergriffen hätte.

In einem konkreten Falle habe Frankreich nie die Anregung gegeben.

Dagegen habe Deutschland im Jahre 1900 eine Verständigung in der Jangtsefrage angeregt, die Haltung des Herrn Delcassé wäre jedoch ablehnend gewesen.

Sodann habe Deutschland wieder Frankreich zur Verständigung über die Räumung von Schanghai aufgefordert, also damit bewiesen, daß es keine prinzipiellen Bedenken gegen ein Abkommen mit Frankreich habe.

Der spanische Botschafter hörte diese Äußerungen mit sichtlichem Interesse an und schien alles, was ich ihm darlegte, durchaus zu billigen.

Nach einigen Tagen sagte er mir, er hätte unsere Unterhaltung Herrn Delcassé wiederholt und von letzterem nur die Antwort erhalten: „Mais alors Mr. de Noailles est fou." Radolin

Nr. 5887

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Klehmet

Eigenhändig

Berlin, den 19. April 1903

Graf Groeben** erzählte mir: Baron Eckardstein habe ihm bei seiner letzten Anwesenheit in Paris von einer Äußerung Seiner Majestät des Kaisers gesprochen, die, dem Sinne nach, etwa dahin ging, daß er über die französische Regierung so gut wie nach Belieben disponieren

* Siehe Nr. 5885.
** Graf von der Groeben, erster Botschaftssekretär bei der Botschaft in Paris.

könne. Demgegenüber müsse er (Graf Groeben) konstatieren, daß in der Haltung der französischen Regierung uns gegenüber, die, insbesondere zur Zeit der Ausstellung, voller Entgegenkommen gewesen wäre, seit etwa Dezember v. Js. ein vollkommener Rückschlag eingetreten sei. Seitdem lasse sich Herr Delcassé auf politische Unterhaltungen mit dem Kaiserlichen Botschafter überhaupt nicht mehr ein. Während andere fremde Vertreter stundenlang bei dem Minister verweilten, verabschiede derselbe den Fürsten Radolin regelmäßig schon nach kaum fünf Minuten. Auf alle politischen Fragen des Fürsten erhalte derselbe die stereotype Antwort, daß seit vierzehn Tagen über den Gegenstand keine Nachrichten eingegangen seien. Dies Verhalten des Herrn Delcassé gegenüber der Deutschen Botschaft sei auffällig und, bei aller äußeren Korrektheit, fast ungezogen zu nennen. Zu dritten Personen habe Herr Delcassé, anscheinend zur Erklärung seines Verhaltens, geäußert, daß er in Berlin Eröffnungen im Sinne eines französisch-deutschen Zusammengehens habe machen lassen, damit aber zurückgewiesen worden sei.

Klehmet

Nr. 5888

*Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein**

Unsignierte Reinschrift

Berlin, April 1903

Seit Herr Delcassé im Juni 1898 Minister wurde, hat die deutsche Regierung viermal in Einzelfragen der französischen Regierung ein Zusammengehen angeboten, aber immer ohne Erfolg.

Zunächst gab im Juni 1898 die trostlose Finanzlage Portugals zusammen mit der auffälligen Rührigkeit des Herrn von Soveral Anlaß zur Befürchtung, daß wegen des ganzen oder teilweisen Verkaufs der portugiesischen Kolonien an England zwischen den beiden Regierungen verhandelt werde. Deshalb erhielt Fürst Münster am 18. Juni den Auftrag**, dem Minister Hanotaux zu sagen, daß Deutschland und Frankreich doch wohl beide ein Interesse daran hätten, eine totale Umwälzung des portugiesischen Status quo — des politischen wie des wirtschaftlichen — entweder zu verhindern oder dabei mitzureden. Wenn Frankreich sich wie bisher durch die trouée des Vosges hypnotisiert

---

* Die Aufzeichnung Holsteins, die offensichtlich durch die Mitteilungen Graf von der Groebens (vgl. den Schlußsatz von Nr. 5887) verursacht war, war nach einem Aktenvermerk bestimmt, dem Kaiser vorgelegt zu werden; doch dürfte von der Ausführung der Absicht, wie aus der Nichtparaphierung des Schriftstücks und der Nichtausfüllung des Datums zu entnehmen ist, Abstand genommen sein.

** Vgl. Bd. XIV, Kap. XCII, Nr. 3813.

zeige und deshalb kein Auge für die Beobachtung aktueller Fragen übrig habe, dann werde das russische Bündnis kaum verhindern können, daß England überall außerhalb Europas sich ohne Rücksicht auf französische Interessen ausbreite.

Fürst Münster meldete darauf am 19. Juni*:

„Herr Hanotaux ist entschieden der Ansicht, daß den portugiesischen Plänen entschieden Widerstand geleistet werden müsse. In diesem Augenblick der Krisis könne er seine Regierung leider nicht binden. Er habe aber doch vorgebeugt und habe in Lissabon keinen Zweifel darüber gelassen, daß die portugiesische Regierung auf einen energischen Widerstand von Paris aus rechnen müsse. Er hoffe, daß ähnliche Vorstellungen von Deutschland aus erfolgen würden. Weiter könne er in diesem Augenblick nichts sagen, weil kein Ministerium als solches bestehe." „Aus einem längeren Gespräche", sagt Fürst Münster weiter, „habe ich entnommen, daß Herr Hanotaux persönlich sehr dazu geneigt sein würde, mit uns in den Fragen wie diese, welche gemeinschaftliche Interessen betreffen, zusammenzugehen."

Wenige Tage später ward Hanotaux durch Delcassé ersetzt, und dieser schwieg sich vollständig aus. Überdies äußerte sich der Botschafter Marquis de Noailles, wenn derselbe über die Eventualität eines deutsch-französischen Zusammengehens sondiert wurde, in durchaus ablehnender Weise.

Mehrere Jahre später, am 10. Oktober 1902, erschien in der „Revue politique et parlementaire" unter dem Titel „Quatre ans de Politique Extérieure" eine scharfe Kritik der politischen Tätigkeit des Herrn Delcassé, welchem u. a. vorgeworfen wurde, im Jahre 1898 die damals gebotene wertvolle Gelegenheit eines Zusammengehens mit Deutschland in afrikanischen Dingen versäumt zu haben. Der Artikel war anonym, die vox publica jedoch und auch die genaue Sachkenntnis bezeichnete Hanotaux als Inspirator.

Als unmittelbare Folge dieses Angriffs berichtete am 15. Oktober Fürst Radolin, der spanische Botschafter sei zu ihm gekommen, um ihm mitzuteilen, daß Herr Delcassé sich über Deutschland beklage. Seit vier Jahren erwarte er eine deutsche Antwort auf die Frage, über welche Punkte und wie Frankreich und Deutschland sich wohl würden verständigen können. Er habe bis dahin keine Antwort erhalten. Das erste Anerbieten müsse von Berlin kommen**.

In Wirklichkeit war es nicht die französische, sondern die deutsche Regierung, welche vier Jahre zuvor die direkte Anfrage über ein Zusammengehen im konkreten Falle gestellt hatte und ohne Antwort geblieben war. Dieser plumpe Versuch, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen, war ebensowenig wie der von Herrn Delcassé gewählte Um-

---

* Siehe Bd. XIV, Kap. XCII, Nr. 3814.
** Vgl. Nr. 5885, Fußnote *.

weg über Spanien geeignet, das Mißtrauen zu entwaffnen, welches das Verhalten dieses Ministers während seiner vierjährigen Amtsführung bei uns wachgerufen hatte. Denn innerhalb jener vier Jahre war Deutschland außer jenem ersterwähnten Falle noch dreimal mit Anträgen zu gemeinsamem diplomatischen Handeln an Frankreich herangetreten, jedoch immer vergeblich. Im Sommer 1900 wurde an Frankreich der Vorschlag gemacht, sich prinzipiell darüber mit uns zu verständigen, daß die verschiedenen Detailfragen, welche Teile der Jangtsefrage bildeten, wie z. B. der Schutz der fremden Kolonien in Schanghai und die Überwachung der chinesischen Flotte am Ausfluß des Jangtse, als gemeinsame Angelegenheiten aller interessierten Mächte von diesen gemeinsam geordnet werden sollten. Herr Delcassé erwiderte, er könne von Paris aus die Angelegenheit nicht übersehen, dieselbe werde am besten durch die Gesandten in Peking (welche gerade damals belagert wurden) zu erledigen sein*.

Als im Sommer v. Js. die Frage der Räumung von Schanghai an uns herantrat, stellte Deutschland an alle Okkupationsmächte gleichzeitig und offen den Antrag, daß man sich von China vor der Räumung das Versprechen geben lassen solle, es würden von der chinesischen Regierung keiner Macht irgendwelche Sondervorteile im Jangtse bewilligt werden. Während England den Vorschlag ablehnte, hat die französische Regierung sich unseren Gedanken zunutze gemacht und sich von den Chinesen die gleiche Erklärung wie Deutschland geben lassen, sie hat jedoch weder in Presse noch in einem Gelbbuch etwas davon verlauten lassen, so daß die ganze Erbitterung Englands sich gegen Deutschland allein richtete**.

Der vierte und letzte Antrag endlich ist am 18. August v. Js. in siamesischen Angelegenheiten von hier nach Paris gerichtet worden. Der deutsche Geschäftsträger wurde beauftragt zu sagen, Deutschland habe in Siam keine anderen als wirtschaftliche Interessen, es wünsche dieselben jedoch nach Möglichkeit sicherzustellen und sei darum gern bereit, falls ihm hierbei Frankreich behülflich sein wolle, die französische Siampolitik zu unterstützen. Auch in diesem Falle antwortete Herr Delcassé nur mit allgemeinen Redensarten***.

Nachdem also Deutschland innerhalb vier Jahren viermal vergeblich ein Zusammengehen mit Frankreich in konkreten Einzelfällen versucht hatte, war die Behauptung des Herrn Delcassé, daß er vor vier Jahren angefragt habe und immer noch auf Antwort warte, nicht geeignet, Vertrauen zu erwecken. Fürst Radolin ward deshalb angewiesen, dem spanischen Vermittler einfach zu erwidern, daß es gerade Deutschland

---

* Vgl. Bd. XVI, Kap. CV, Nr. 4703 und 4704. Die Reminiszenz Holsteins ist nicht genau; Delcassé hatte gemeint, die Angelegenheit werde am besten durch die am Ausfluß des Jangtse befehligenden Admirale zu erledigen sein.
** Vgl. Bd. XVI, Kap. CVIII.
*** Vgl. Nr. 5882 und 5883.

sei, welches wiederholt, aber immer erfolglos den Gedanken eines Zusammengehens im Einzelfalle zu verwirklichen versucht habe.

Herr Delcassé hatte weder Anlaß noch Berechtigung, diese Antwort übelzunehmen. Seine ganze bisherige Haltung zeigt immer nur die Neigung, mit England zu kokettieren, und es ist nicht ausgeschlossen, daß er, als er die unverbindliche Vermittlung des spanischen Diplomaten in Anspruch nahm, die Hoffnung hegte, irgendetwas von uns herauszulocken, was dazu dienen könnte, die damals ohnehin besonders gespannten deutsch-englischen Beziehungen noch zu verschlechtern.

Wenn die deutsche Politik Herrn Delcassé geärgert hat, so liegen die Gründe auf anderen Gebieten als in der Ablehnung angeblich französischer Annäherungsversuche. Wir haben Herrn Delcassés Politik sowohl in Marokko wie in der Türkei durchkreuzt.

Es wird allgemein und namentlich in Frankreich angenommen, daß die Erwerbung von Marokko das große Ziel von Herrn Delcassés politischer Tätigkeit sei. In diesen Bestrebungen haben wir ihn gestört, indem wir wiederholt — zum ersten Mal im Dezember 1901 — das Petersburger Kabinett darauf aufmerksam machten, daß ein französischer Einfall in Marokko beabsichtigt sei, daß derselbe einen italienischen Einfall in Tripolis zur unmittelbaren Folge haben würde, und daß alsdann auch eine Balkankrisis unvermeidlich sei. Graf Lamsdorff äußerte das erste Mal nur, daß diese Perspektive ihm so unangenehm wie möglich sei. Bei den späteren Besprechungen des Gegenstandes erklärte der russische Minister, Herr Delcassé habe positiv versichert, daß er nicht die Absicht hege, gegen Marokko vorzugehen. Inzwischen ist auch auf anderem Wege festgestellt worden, daß jene Zusicherung des Herrn Delcassé nicht spontan erfolgt, sondern durch einen diplomatischen Schritt Rußlands veranlaßt worden war*. Wenn dabei von russischer Seite, was nicht unwahrscheinlich ist, etwa angedeutet wurde, daß gerade Deutschland gegen die marokkanische Politik Frankreichs mißtrauisch sei, so mag dies allerdings Herrn Delcassé in üble Laune versetzt haben, ebenso wie auch die Haltung Deutschlands in der türkischen, d. h. der mazedonischen Frage**.

Anfang Dezember v. Js. stand nämlich die sogenannte mazedonische Frage so, daß nicht nur England, sondern auch Frankreich und Österreich Reformvorschläge anregten, deren Durchsetzung ohne Waffengewalt seitens der Mächte ausgeschlossen war. Der russische Botschafter Sinowiew stand allein mit seinem gemäßigten Reformprogramm und machte sich über die Schwierigkeit seiner Lage keinerlei Illusionen.

Zu jener Zeit erhielt der deutsche Botschafter in Konstantinopel den Auftrag, das russische Programm zu unterstützen. Die Wirkung wurde

---

* Vgl. dazu Bd. XVII, Kap. CXIII.
** Vgl. darüber Kap. CXVII.

sofort bemerkbar, weniger beim Sultan als bei den Großmächten, deren Programme zusehends zusammenschrumpften. Namentlich hinsichtlich Frankreichs zeigte sich dieselbe Erscheinung wie 1895 bei der von Deutschland angeregten ostasiatischen Aktion; gleichwie seinerzeit Hanotaux fügte auch Delcassé sich in alles, um nur nicht Deutschland mit Rußland allein zu lassen. Die Reise des Grafen Lamsdorff nach Wien regelte dann vollständig ein gemeinsames Vorgehen von Rußland und Österreich. Schon vorher jedoch, noch im Dezember, hatte der Zar durch seinen hiesigen Botschafter seinen Dank für die deutsche Unterstützung aussprechen lassen. Dies ist selbstverständlich auch in Paris bekanntgeworden und wird in Verbindung mit der Tätigkeit der deutschen Diplomatie in den marokkanischen Angelegenheiten zur Verschlechterung der Stimmung des Herrn Delcassé beigetragen haben. Verbessert ist die Stimmung auch nicht durch die Vorwürfe worden, welche offiziöse russische Blätter gegen die Politik des Herrn Delcassé ausgesprochen haben und welche durch die Nordische Telegraphenagentur der nichtrussischen Welt zugänglich gemacht worden sind*.

Wenn durch die russische Abkanzelung das Prestige des Herrn Delcassé gelitten hat, so kann man andererseits annehmen, daß ihn als den anerkannten Vertreter guter französisch-englischer Beziehungen der englische Königsbesuch** in seiner Stellung befestigen wird. Nun kommt als neuestes Moment das Zerwürfnis des Herrn Delcassé mit dem Ministerpräsidenten Combes hinzu, welches durch den beigefügten heftigen Artikel des „Temps“ vom 13. d. Mts. „Une faute“ an die Öffentlichkeit gebracht wird. Herr Combes hat nämlich den Generalgouverneur von Algerien Révoil wegen einer Preßverleumdungsangelegenheit, welche demnächst die Gerichte beschäftigen wird, von seinem Posten entfernt. Révoil war aber ein bevorzugtes Werkzeug von Delcassé bei dessen chauvinistischer Politik gegen Marokko. Als Révoil vor Jahr und Tag vom Gesandten in Tanger zum Generalgouverneur avancierte***, wurde dies als das Symptom für eine aktive französische Marokkopolitik gekennzeichnet. Nun ist Herr Révoil durch den Ministerpräsidenten ganz plötzlich aus dem Dienst entfernt worden, und Herr Delcassé hat darüber, wie der ungewöhnlich heftige Angriff des „Temps“ auf den Ministerpräsidenten zeigt, zeitweilig den Gleichmut verloren. Daß danach der Ministerpräsident und der auswärtige Minister noch lange zusammen im Kabinett arbeiten werden, ist kaum anzunehmen; es bleibt abzuwarten, wer der Stärkere ist. Für die deutsche Politik empfiehlt sich Herr Delcassé deshalb, weil die Russen ihm mißtrauen. Indessen werden seine anglophilen Neigungen

---

* Vgl. Kap. CXVII, Nr. 5512, S. 236, Fußnote **.
** Vgl. Kap. CXV, Nr. 5389, S. 568, Fußnote *.
*** Vgl. Nr. 5872, S. 781, Fußnote *.

niemals ein Abschwenken Frankreichs vom Zweibunde herbeiführen, dafür fehlt dem auswärtigen Minister sowohl der Anhang wie die Energie. Auch fällt zu seinen Ungunsten für uns ins Gewicht, daß die Zeit seiner Amtsführung, wie in vorstehendem ausgeführt ist, einen vollständigen Stillstand in der Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen bezeichnet, und daß in der Venezuelafrage seine Presse ganz besonders hämisch gegen Deutschland war.

Wir können also den Ausgang des Konflikts Combes-Delcassé mit Ruhe abwarten.

Kapitel CXXVII

Russisch-Französische Beziehungen 1900—1903

Nr. 5889

Der Geschäftsträger in Paris von Schlözer an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 173 Paris, den 5. September 1900

Einige gehorsamst beigefügte Zeitungsstimmen geben ein Bild von der gereizten Aufnahme, welche hier die Nachricht hervorrief, daß der Zar nicht nach Paris kommen würde*. In der Tat hätte man an der Newa keinen weniger geschickten Weg finden können, um sich die französischen Sympathien noch mehr zu verscherzen, als dies in der letzten Zeit bereits geschehen ist[1]. Der Fehler der russischen Diplomatie, die sonst gerade in Paris glänzende Erfolge feierte, ist so unbegreiflich, daß selbst derjenige Teil der politisch denkenden Franzosen, der auch jetzt noch immer das Beste von seinem Alliierten hofft, vor einem Rätsel steht. Das Handschreiben, welches der russische Botschafter überbrachte**, war hier schon lange vorher von der Presse angekündigt worden. Alles nahm hier sicher an, daß es die Reise des Zaren oder irgend eine andere frohe Überraschung ankündigen würde. Das beifolgende Bild zeigt, welchen Hoffnungen man sich in Paris hingab. Die Enttäuschung war desto größer. Man versteht nicht, warum jener Brief überhaupt erscheinen mußte. Schon daß er nicht geschrieben wurde, hätte die Franzosen zufriedengestellt und ihnen einige Hoffnung gelassen, der Zar würde doch noch kommen, wenn nicht jetzt, so später, um Frankreich aus der Isoliertheit zu befreien[2], in die es gerade im Ausstellungsjahre geraten ist. Im gegenwärtigen Moment aber schwarz auf weiß zu geben, daß man vom russischen Gönner absolut nicht auf eine Aufmerksamkeit rechnen dürfe, welche den finanziellen Mißerfolg des Weltjahrmarkts abgeschwächt hätte, — war ein Mißgriff

* Nämlich zu der seit dem 14. April eröffneten französischen Weltausstellung.
** Am 3. September hatte der russische Botschafter Fürst Urussow dem Präsidenten Loubet den Andreasorden mit einem Handschreiben des Zaren überreicht, das nebenher dem Bedauern Ausdruck gab, Paris im Ausstellungsjahr nicht besuchen zu können.

und zugleich ein auffallender Mangel an Kenntnis des gallischen Charakters. Ebensowenig zutreffend ist die Anschauung, die man russisscherseits zu haben scheint, als ob sich jeder Franzose durch die Ehrung des Herrn Loubet geschmeichelt fühlen solle[3]. Das Gegenteil ist der Fall. In einem so republikanischen und von politischen Gegensätzen durchwühlten Staate wie Frankreich fühlt sich kaum einer mit dem Präsidenten identisch. Daß außerdem zu gleicher Zeit das Gespenst einer Anleihe auftaucht, macht dem Lande jene Auszeichnung noch unsympathischer.

Gerade in einer Zeit, wo Rußland Geld braucht, wo es bei seinem egoistischen Verhalten in China und bezüglich der Räumung Pekings auf Frankreichs Unterstützung hätte angewiesen sein sollen, drängt sich die Frage auf, wem die Verantwortung für diese Kette russischer Fehler zuzuschreiben ist. Wäre die Berichterstattung des russischen Botschafters die Ursache, so würde seine Stellung für die nächste Zeit gegenüber der hiesigen Regierung wohl eine noch weniger günstige werden, als sie es schon heute ist. Das Gerücht von der Abberufung des Fürsten Urussow ist in letzter Zeit stärker aufgetreten. Es wird dann stets von seiner prinzipiellen Gegnerschaft gegen das jetzige Kabinett* gesprochen. Ist aber das Schreiben, welches der ganzen Form nach wohl kaum als persönlicher Akt des Zaren anzusehen ist, im Schoß des russischen Ministeriums selbst entstanden, so wäre der Effekt ebenso verfehlt. Es wäre dann mehr als ein Uriasbrief, der nicht nur dem Überbringer schadet, sondern auch dem, an den er gerichtet ist.

Schlözer

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Bravo!
[2] es marschirt ja neben uns
[3] schade um den guten Orden
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut geschrieben und richtig geurtheilt

Nr. 5890

Der Botschafter in Paris Fürst Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 188 Paris, den 10. Oktober 1900

pp. Was die Stellung der französischen Regierung nach außen betrifft, so ist das Verhältnis zu Rußland entschieden kälter ge-

---

* Waldeck-Rousseau.

worden. Das unbedingte Vertrauen existiert in den Regierungskreisen kaum mehr.

In den Provinzen wird noch bei Manövern und sonstigen Gelegenheiten „Vive la Russie" geschrieen; in Paris geschieht das nicht mehr, und wenn man in den Spielläden russische Bleisoldaten oder Spielzeuge verlangt, sagen die Verkäufer „Cela ne se vend plus."

Im Kabinett und bei den Beamten des Quai d'Orsay steht Delcassé als unbedingter Anhänger Rußlands ziemlich allein. Waldeck-Rousseau war von jeher ein Gegner der französisch-russischen Allianz, und die sozialradikale Partei ist entschieden antirussisch, antienglisch und würde am liebsten eine Verständigung mit Deutschland sehen.

Das sehr arrogante Auftreten des russischen Finanzministers Witte hat hier verletzt, außerdem hat es sehr mißfallen, daß Rußland sich von Peking zurückziehen wollte und das erklärte, ohne mit dem hiesigen Kabinett eine Verständigung versucht zu haben*, wogegen Delcassé auf politischem Gebiete ohne die Zustimmung Petersburgs nichts tut.

Der Minister Witte war so taktlos, den Konseilpräsidenten Waldeck-Rousseau, der zwar anfänglich abwesend, zuletzt aber vier Tage gleichzeitig mit Witte hier war, nicht zu besuchen und ihm am Tage seiner Abreise eine Karte mit p. p. c. zu schicken. Waldeck-Rousseau, der an dem Abende bei mir war, lachte darüber und sagte, er habe ihm sofort eine Karte mit p. p. c. zurückgeschickt.

Von russischer Seite ist man in letzter Zeit sehr ungeschickt oder absichtlich unhöflich gewesen. Der russische Botschafter, der nur mit Nationalisten umging und mit übertriebener Geringschätzung von der republikanischen Regierung sprach, ist vorgestern auf längeren Urlaub nach Italien gereist. Herr Narischkin vertritt ihn als Geschäftsträger.

Es erinnert mich das alles an einen deutschen Studenten, der plötzlich seine Pumpquelle versiegen sieht.

Daß Seine Majestät der Zar trotz der früheren Versprechungen nicht nach Paris kommt, wird von den Anhängern der russischen Allianz schmerzlich empfunden und vielfach als ein Absagebrief angesehen. pp.**

Münster

---

* Vgl. Bd. XVI, Kap. CIV.

** Ein weiterer Teil des Münsterschen Berichts, der die deutsch-französischen Beziehungen behandelt, ist abgedruckt in Kap. CXXVI, Nr. 5867.

Nr. 5891

Der österreich-ungarische Botschafter in Petersburg Freiherr von Aehrenthal an den österreich-ungarischen Minister des Äußern Grafen Goluchowski

Vom österreich-ungarischen Botschafter in Berlin von Szögyény-Marich überreichte unsignierte Abschrift

Nr. 12 C St. Petersburg, den 26./13. Februar 1901

General Pendezec*, von dem mein Telegramm Nr. 6 vom 14./1. Februar l. Js. handelte, ist vorgestern nach zehntägigem Aufenthalte von Petersburg nach Paris zurückgereist. Ew. haben dem besagten Telegramme entnehmen können, daß der russische Generalstabschef General Sacharow mir gesagt hat, daß sein französischer Kollege hierher komme, um ihm den im vorigen Sommer in Paris abgestatteten Besuch zurückzugeben. Nach Angabe der der französischen Regierung nahestehenden Organe wäre vielmehr General Pendezec mit der Mission beauftragt gewesen, im Namen seiner Regierung den Kaiser Nikolaus zu seiner glücklichen Genesung zu beglückwünschen. Hinter diesen zwei Scheingründen läßt sich der eigentliche Zweck der Ankunft des französischen Generalstabschefs in der russischen Residenz unschwer erraten. Man hat sowohl in Paris wie in Petersburg wieder einmal das Bedürfnis empfunden, sich über verschiedene Fragen der Mobilisierung und Organisation der beiden verbündeten Armeen auszusprechen. Hierzu dürfte sich noch der Wunsch des Ministeriums Waldeck-Rousseau gesellt haben, durch Veranstaltung der gedachten Mission den von einem Teil der russischen Presse und von den nationalistischen Blättern in Frankreich gegen den Kriegsminister André ausgegangenen Angriffen entgegenzutreten und dieselben zum Schweigen zu bringen. Allein der Umstand, daß General Pendezec erst nach achttägigem Aufenthalt von Seiner Majestät dem Kaiser empfangen worden ist, läßt annehmen, daß der General außer seiner Kourtoisiemission auch noch andere Geschäfte abzuwickeln hatte.

In einem dieser Tage gehabten Gespräche mit General Kuropatkin sprach sich dieser mir gegenüber über die Persönlichkeit des französischen Generalstabschefs sympathisch aus. Letzterer stamme, wie General Boisdeffre, aus der Bretagne und sei mit diesem eng befreundet. Daß dieses Freundschaftsverhältnis dem Abgesandten eine gute Aufnahme sicherte, braucht nicht besonders betont zu werden. General Kuropatkin sagte mir ferner über General Pendezec, daß dieser ein erfahrener Offizier sei und schon im Jahre 1870 als Generalstabschef des Divisionsgenerals Douai fungiert habe. Kuro-

* Chef des französischen Generalstabes.

patkin machte noch einige Bemerkungen, welche seine Unzufriedenheit über die derzeitige Richtung in der französischen Armee verrieten. Er beklagt es lebhaft, daß die französische Armee sich immer mehr in eine bloße Miliz umwandelt. Kuropatkin scheint seine warnende Stimme gegen diese von ihm kritisierte Entwicklung erhoben zu haben und hofft, daß man in Paris infolge seiner Ratschläge sich auf der abschüssigen Bahn werde aufhalten lassen.

Auch einige Äußerungen des Generals Sacharow, mit dem ich vor wenigen Tagen zusammengetroffen bin, lassen die Unzufriedenheit erkennen, welche am Newastrande über die französischen Heeresangelegenheiten besteht, und gaben bis zu einem gewissen Grade denjenigen recht, welche hinter den journalistischen Angriffen auf General André eine ernste Verstimmung der maßgebenden russischen Militärkreise erblicken wollten. Die Ankunft des Generals Pendezec besprechend, sagte General Sacharow, daß ein engerer Kontakt mit der französischen Armeeverwaltung infolge des häufigen Personenwechsels in derselben sehr schwierig geworden sei. Er — Sacharow — habe während seiner dreijährigen Tätigkeit als russischer Generalstabschef nicht weniger als fünf französische Kriegsminister erlebt, was wohl seine früher ausgesprochene absprechende Bemerkung genügend illustriere.

Wie ich von einem Freunde des Generals Obrutschew vernehme, soll General Pendezec über die Zustände in der französischen Armee eine sehr freie und für dieselbe nicht günstig lautende Sprache geführt haben.

General Pendezec erhielt nach der Audienz bei Kaiser Nikolaus das Großkreuz des Annenordens.

Nr. 5892

Bericht des Militärattachés in Petersburg Hauptmanns Freiherrn von Lüttwitz

Abschrift

J. Nr. 27 St. Petersburg, den 1. März 1901

An das Königliche Kriegsministerium zu Berlin

In Ergänzung meiner beiden früheren Berichte (vom 20. Februar und 16. Februar) über den hiesigen Besuch des nunmehr wieder abgereisten französischen Generalstabschefs Generals Pendezec kann ich jetzt noch folgendes melden:

Der eigentliche Zweck des Besuches ist zweifellos eine eingehende erklärende Aussprache mit der hiesigen Armeeleitung ge-

wesen. Nicht nur einer, sondern drei längeren Sitzungen im Hauptstabe hat der General beigewohnt. Behandelt sollen in ihnen sein: 1. Stärken und Aufmarschzeiten in einem Kriege gegen den Dreibund; 2. Schritte, welche zu ergreifen bei politischen Veränderungen in Afghanistan (Tod des Emirs*); 3. Besprechung der letzten organisatorischen Maßnahmen der französischen Armeeleitung.

Ich berichte wörtlich, was dem österreichischen Militärattaché**, der über ausgezeichnete Quellen verfügt, zugetragen wurde.

Der in einer französischen Zeitung berichtete „Abschluß einer Militärkonvention" gehört wohl zweifellos in ein Gebiet der Chimäre, bei welcher der Wunsch der Vater war des Gedankens. Wäre die Nachricht richtig, so hätte man bestimmt hier davon erfahren.

(gez.) Freiherr von Lüttwitz
Hauptmann im Großen Generalstabe,
Militärattaché bei der Botschaft in St. Petersburg.

Nr. 5893

Der Botschafter in Petersburg Graf von Alvensleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung.

Nr. 172 St. Petersburg, den 6. Juni 1901

Generalkonsul Maron meldet mir folgendes als aus ganz zuverlässiger Quelle:

„Der Bau der ausschließlich strategischen Bahn Bologoi—Sielce ist auf Verlangen des französischen Generalstabs beschlossen, weil die Bahnen St. Petersburg—Warschau und Moskau—Warschau zu weit auseinander liegen für Mobilmachungsfall gegen Preußen. General Pendezec stellte bei seinem Besuch hier dieses Verlangen, und Herr Delcassé machte die sofortige Inangriffnahme zur Bedingung der Anleihe. Mit Rücksicht darauf ist Bahn Moskau—Kyschtym auf Herbstsession des Reichsrats verschoben, und sind die Persönlichkeiten, welche diese Strecke tracieren sollten, bereits für Strecke Bologoi—Sielce umbeordert. Verlangt hat der französische Generalstab diese Bahn schon im vorigen Jahre; man glaubte damals hier, auch Minister Witte, diesen Wunsch dilatorisch behandeln zu können; jetzt ist man, um die Anleihe durchzubringen, dazu gezwungen worden."

Alvensleben

---

* Abdur Rahman, † 1. Oktober 1901.
** Hauptmann Müller.

Nr. 5894

Der Botschafter in Petersburg Graf von Alvensleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung.

Nr. 173 St. Petersburg, den 6. Juni 1901
Ganz geheim

Im Anschluß an Telegramm Nr. 172*.

Das Zugeständnis der russischen Regierung betreffs des Bahnbaus Bologoi—Sielce eröffnet eine neue Phase in der russisch-französischen Allianz. Der Vorgang beweist, daß es Frankreich zum ersten Male gelungen ist, die wirtschaftliche Lage Rußlands auszunutzen, um eine weitgehende politische Konzession zu erlangen, deren Konsequenzen für den Augenblick gewiß nicht bedrohlich sind, in Zukunft aber unter Umständen von sehr schwerwiegender Bedeutung werden können.

Alvensleben

Nr. 5895

Der Botschafter in Petersburg Graf von Alvensleben an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 703 St. Petersburg, den 23. August 1901

Die erst verhältnismäßig spät hier bekanntgewordene Nachricht von der bevorstehenden Reise des russischen Kaiserpaars nach Frankreich hat hier allgemein überrascht und bildet begreiflicherweise das ausschließliche Gesprächsthema.

Die verbreitetste Auffassung ist, daß darin lediglich eine der Eigenliebe Frankreichs, welches durch Fernbleiben des Zaren von der Ausstellung enttäuscht worden war und sich durch die Danziger Zusammenkunft** zurückgesetzt fühlt, zu gewährende Genugtuung zu erblicken sei. Aber selbst in denjenigen Kreisen, deren Sympathien Frankreich angehören, wird es einigermaßen peinlich empfunden, daß der Herrscher des mächtigen Russischen Reiches, sogar in Begleitung seiner hohen Gemahlin, sich hat bereit finden lassen, dem Präsidenten der zurzeit von einer radikalen Regierung geleiteten Republik derartige Avancen zu machen[1].

---

* Siehe das vorige Schriftstück.

** Über die Danziger Zusammenkunft zwischen dem Deutschen und dem Russischen Kaiser (11.—13. September), der dann der Besuch des russischen Kaiserpaars in Frankreich auf dem Fuße folgte, vgl. Kap. CXVI, Nr. 5393 ff.

Man sagt sich, daß nur sehr zwingende Rücksichten die Kaiserlichen Majestäten zu dieser Hintansetzung höchstihrer persönlichen Gefühle vermocht haben können, und sucht diese Gründe wohl mit Recht auf finanziellem Gebiete.

Alvensleben

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Also weder Gallien noch Rußland macht es viel Freude! Wenn das man nicht eine Art Canossa wird.
Randbemerkung des Kaisers:
[1] Er mußte eben! und konnte nicht anders! Denn sonst bekam Witte kein Geld

Nr. 5896

Der Geschäftsträger in Petersburg Graf von Pückler an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 732 St. Petersburg, den 7. September 1901

Am 23. v. Mts. hatte der Kaiserliche Herr Botschafter über die Stimmung berichtet*, mit welcher die Nachricht des bevorstehenden Besuchs des russischen Kaiserpaars in Frankreich in hiesigen Kreisen aufgenommen ist. Es ist schwer, dieser Beurteilung noch etwas hinzuzufügen, da sich das Bild seither kaum verändert haben dürfte. Immer mehr befestigt sich der Eindruck, daß diese Reise nicht als ein Zeichen von Liebe oder Sympathie, sondern als Ergebnis nüchterner Erwägungen politischer, oder vielleicht besser finanzpolitischer Natur anzusehen ist. In den höchsten Kreisen weiß man, daß die Majestäten ohne Lust und Neigung nach Frankreich gehen, ja daß ihnen vor den zudringlichen Liebenswürdigkeiten ihrer französischen Freunde und den Strapazen der Reise bangt. Ganz ähnlich dürfte seinem ganzen Charakter nach auch Graf Lamsdorff empfinden. Unter der Hofgesellschaft fehlt es nicht an scharfen Zungen, welche den ganzen Vorgang ins Lächerliche ziehen. Andere machen sich wohl auch klar, daß die sich mehrenden Verbrüderungsfeste viel zur Verbreitung republikanischen und sozialistischen Giftes unter den empfänglichen Slawen beitragen können. Wenn dies auch Erwägungen sind, wie sie eigentlich nur den älteren konservativen, aus der Zeit Alexanders II. übriggebliebenen Elementen eigen sind, so läßt sich doch auch wahrnehmen, daß die maßgebenden Kreise sich gewissen Gefahren, die aus der französischen Freundschaft entstehen, nicht ganz verschließen, wenn sie es auch uns gegenüber nie zugeben. Man sagt sich wohl, daß die nachbarlichen, verwandtschaftlichen und monarchischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland auch

---

* Siehe Nr. 5895.

ganz naturgemäß einen regeren persönlichen Verkehr mit sich bringen. Wenn nun dann jedesmal die Franzosen ankämen und im Interesse des Gleichgewichts und des Bündnisses eine gleiche, wo nicht bevorzugte Behandlung verlangten und durchsetzten, so wäre das schon weniger Politik des Gleichgewichts als Equilibristik und der Anfang einer schiefen Ebene. Man fürchtet sich darum vor der Häufung und Steigerung solcher Gunstbezeugungen und wird in Dünkirchen und Compiègne wahrscheinlich sehr vorsichtig auftreten.

Um so dankbarer wird die Note empfunden werden, welche von Deutschland her ausgegeben ist, daß uns diese Stärkung der gegenwärtigen französischen Regierung nur sehr erwünscht sein kann*.

Der Marquis Montebello hat sich kürzlich gerühmt, daß selbst der Finanzminister Witte von der Entrevue in Compiègne nichts gewußt habe. Das ist unwahrscheinlich. Aber wie dem auch sei, es kann niemandem zweifelhaft sein, daß die Reise nach Compiègne den Zielen Herrn Wittes günstig ist.

Pückler

Nr. 5897

Der Geschäftsträger in Paris von Schloezer an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung.

Nr. 167 Paris, den 19. September 1901

Die von Dünkirchen zurückgekehrten Augenzeugen bezeichnen übereinstimmend dortigen Empfang** als Enttäuschung. Ausschmükkung von Stadt und Hafen hatte stark unter Sturm gelitten. Die Stimmung der Einwohner war außerdem infolge zu großer Absperrung so kühl, daß trotz Aufforderung des Maire keine Gelder für Illumination zusammenkamen und Dünkirchen am Vorabend nur erleuchtete Regierungsgebäude aufwies. Die Rückkehr des Präsidenten mit leerem Kaiserzelt an Bord des „Cassini" erregte weitere Mißstimmung und drückte Begeisterung herab, als der „Standart" erst nach einer Stunde nicht ohne Schwierigkeiten anlegte.

In Compiègne wurde dem Maire in der Ansprache die Erwähnung von Transvaal gestrichen.

---

* Vgl. Kap. CXVI, Nr. 5391.

** Am 18. September war die Ankunft des russischen Kaiserpaars in Dünkirchen erfolgt; noch am gleichen Tage ging die Weiterreise nach Compiègne und Reims vor sich; am 21. kehrte das Zarenpaar, ohne Paris berührt zu haben, nach Rußland zurück. Den Text der zwischen Nikolaus II. und dem Präsidenten Loubet erst in Dünkirchen, dann in Reims gewechselten Toaste siehe in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1901, S. 234 ff.

Der heutige Besuch von Reims soll günstiger verlaufen sein, wenn auch Feier in Kathedrale wegen Weigerung des Erzbischofs, seine Ansprache der Regierung vorher vorzulegen, eingeschränkt wurde. Im Toast auf die russische Armee beim Frühstück betonte der Präsident, daß die französische Regierung alles täte, um die Stärke der Armee auf die höchste Stufe zu bringen. Der Zar trank auf die französische Armee als mächtige Stütze der Ordnung, des Friedens und der Wohlfahrt der Völker.

Die Regierungspresse bespricht den Zarenbesuch bis jetzt in ziemlich gemäßigter Form, die übrige Presse kritisiert ihn in zum Teil direkt unsympathischer Weise. „Libre Parole" will sich nur erwärmen, wenn der Zar ein Wort zugunsten der Buren sagen würde. Da aber Zweck der Reise nur die Anleihe sei, könne Frankreich sich für den Besuch nicht begeistern. Der „Gaulois" bringt lange Berichte, welche voll Satire gegen die Regierung sind. Die sozialistisch-ministerielle „Petite République" will heute den Groll unterdrücken und bringt dem unterdrückten russischen Volk seinen Gruß. „Aurore" wendet sich gegen den russischen Despotismus.

Man nimmt in Paris noch immer an, daß der Zar morgen nachmittag hierher kommen und die Alexanderbrücke passieren werde. Trotzdem ist die Stadt noch immer ohne besondere Zeichen von Interesse und außer Regierungsgebäuden spärlich geflaggt.

Es verlautet, daß der Zar an die französischen China-Soldaten Medaillen verteilen würde.

Schloezer

Nr. 5898

Der Geschäftsträger in Petersburg Graf von Pückler an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 800 St. Petersburg, den 21. Oktober 1901
Vertraulich

Kurz vor Abreise des Zaren nach Kopenhagen, Danzig und Frankreich deutete mir der hiesige rumänische Gesandte Herr Rosetti an, daß seiner Auffassung nach die Tage von Compiègne als Ausgangspunkt einer Reaktion gegen die allzuenge Gestaltung des russisch-französischen Bündnisses anzusehen seien. Obwohl Herr Rosetti als Schwiegersohn des verstorbenen Ministers von Giers die hiesige offizielle Welt gut kennt und ein sachkundiges Urteil in Anspruch nehmen darf, habe ich seine Prophezeiung mit großer Vorsicht aufgenommen, da sie zu leicht zu voreiligen Erwartungen

führen könnte. Nichtsdestoweniger ist es unmöglich zu übersehen, daß die Gesinnungen der maßgebenden russischen Kreise der verbündeten Macht gegenüber an Herzlichkeit nichts gewonnen haben. Bestand hier von Hause aus die Besorgnis, daß der Zar mit jenem Besuch seiner Würde etwas vergeben könne, so scheinen die in Compiègne gemachten Erfahrungen diesen Eindruck vertieft zu haben. Die mehr oder weniger recht respektswidrigen aber — was sie um so gefährlicher macht — höchst gelungenen Zeichnungen und Glossen deutscher und französischer Witzblätter mögen das Ihrige beigetragen haben, jene Gefühle der Scham zu schärfen; ja man hat sich schließlich veranlaßt gesehen, gestern im „Regierungsboten" amtlich zu erklären, daß die Reise des Zaren nach Frankreich mit angeblichen Anleiheprojekten in keinerlei Zusammenhang stehe[1]. (Ob diese Erklärung, welche einer Entschuldigung gleichkommt, glücklich war, dürfte vom monarchischen wie finanziellen Standpunkte gleich zweifelhaft sein. Auf der Börse, wo man den Zaren schon mit vollen Taschen zurückkommen sah, soll sie den denkbar ungünstigsten Eindruck gemacht haben.) Es ist auch mehr als der bloße Wunsch, etwas Liebenswürdiges zu sagen, wenn uns Deutschen immer wiederholt wird, daß der Platz des Zaren wohl an der Seite des Deutschen Kaisers, nicht aber an derjenigen des Herrn Loubet sei[2]. So oder ähnlich drücken sich mit ihrem bekannten franc-parler Russen aus, welche sich nicht in allzu verantwortlichen Stellungen befinden. Aber auch in amtlichen Kreisen steht man solcher Auffassung nicht fern. Graf Lamsdorff selbst hat dem bayrischen Gesandten Baron Gasser gegenüber, wie dieser mir erzählte, eingestanden, daß der Zar nach Frankreich gegangen sei, weil er es nicht vermeiden konnte, ohne jene „ungezogenen Kinder"[3] empfindlich zu reizen, daß er, der Minister, jedoch dort nichts anderes getan habe, als die schönen Sachen und den guten Geschmack der Franzosen zu bewundern, und daß endlich — was die Hauptsache sei — sein kaiserlicher Herr sich in Danzig wohler gefühlt habe als in Compiègne, weil der erhabene Gastgeber es verstanden habe, ihm alles so angenehm als möglich einzurichten[4].

Im Interesse der deutsch-russischen Beziehungen dürfte es eine günstige Fügung gewesen sein, daß gerade in diesen Tagen, in welchen die Reise des Zaren zu so vielen Vergleichen zwischen Danzig und Compiègne herausforderte, die Aufmerksamkeit der Regierungen wieder auf die anarchistische Gefahr gelenkt wurde. Ist doch der Kampf gegen die Mächte des Umsturzes dasjenige Gebiet, auf welchem die russische Regierung am leichtesten den Anschluß an die Zentralmächte und in erster Linie an Deutschland wiederfindet, und der derzeitige Leiter der russischen äußeren Politik berechtigt zu dem Vertrauen, daß es ihm ernstlich um diesen Anschluß zu tun ist[5].

C. Pückler

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Unglaublich naiv!
[2] Soo! Ei? Ei? Erinnert man sich wieder einmal daran!?
[3] oh! Ja!
[4] die alte Erfahrung, daß beim Russen die Art wie für seine Behaglichkeit und Bequemlichkeit gesorgt wird, 9/10 des Eindrucks bei ihm ausmachen! D. h. „weil er auf seiner Yacht wohnen konnte"!
[5] ja
wie weit steht es mit den dafür ausgearbeiteten Vorschlägen?!

Nr. 5899

Der Geschäftsträger in Petersburg Graf von Pückler an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 820 St. Petersburg, den 27. Oktober 1901
Geheim

Ein Mitglied des Ministeriums des Äußern erzählte mir gestern „aus persönlicher Freundschaft" aber mit der Bitte, die Tatsache wie die Quelle streng geheimzuhalten, durch den Minister des Äußern sei Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus ein Bericht unterbreitet worden, in welchem die Ergebnisse des kaiserlichen Besuchs in Frankreich einer Erörterung unterzogen werden; darin sei bei aller gerechten Würdigung der Geschicklichkeit und der Verdienste des Herrn Waldeck-Rousseau doch die Auffassung niedergelegt, daß die derzeitigen in Frankreich zur Herrschaft gelangten Tendenzen in einem unverkennbaren Widerspruch zu jenen Ordnungen stünden, auf welche sich der Bestand und das Wohl des russischen Staatswesens gründe [1]. Namentlich sei hervorgehoben, daß das Ansehen der Religion und die Disziplin im Heere in Frankreich untergraben sei. Was mir hierbei neu und beachtenswert erschien, war die Erkenntnis, die auch unumwunden zugegeben wurde [2], daß von keiner Seite, auch nicht innerhalb der nationalistischen Partei, das Heil zu erwarten, vielmehr alle Parteien von zersetzenden Bestrebungen durchseucht seien [3].

Auch die Frage nach dem Nutzen der Kaiserreise wird nach meinem Gewährsmanne in jenem Bericht erörtert und im allgemeinen dahin beantwortet, daß keine nachteiligen [4] Folgen eingetreten seien, aber auch keine heilsamen Wirkungen sich erkennen ließen, daß im besonderen zweifelhaft bleibe, ob der eigentliche Zweck der Reise, die Stärkung der derzeitigen Regierung, erreicht sei [5].

Diese Mitteilungen finden eine Ergänzung in Äußerungen, welche Graf Lamsdorff selbst dem österreichisch-ungarischen Geschäftsträger gegenüber getan hat. Der Minister hat bemerkt, der Geist der Auflehnung greife überall um sich, in Frankreich gewinne der Sozialismus immer mehr Boden, die Ruhe auf dem Balkan werde von umstürzlerischen Elementen bedroht, auch hinter der allgemeinen Be-

geisterung für die Buren verstecke sich ein gefährlicher Gegensatz zu der Autorität der Regierungen, welche an dem Grundsatz der Nichteinmischung festhielten. All diesen Bestrebungen gegenüber müßten die monarchischen Mächte zusammenhalten[6]. So etwa faßte Graf Kinsky die Worte des Ministers zusammen.

Gewagt wäre es, oder doch zum mindesten verfrüht, wollte man aus all den Symptomen, welche ich seit der Rückkehr des Zaren zu beobachten Gelegenheit hatte, auf eine Lockerung der russisch-französischen Beziehungen schließen. Soviel aber läßt sich wohl sagen, und ist diesseits schon wiederholt angedeutet worden, daß die russische Politik sich ein wenig mehr als vorher auf das andere Eisen besinnt, welches sie im Feuer hat. Wie lange es ihr gelingt, über beide zu verfügen, ist eine Frage der Zukunft. Für die Gegenwart lassen sich die Ergebnisse der diesjährigen Reise des Zaren etwa folgendermaßen zusammenfassen: sie hat dem russisch-französischen Bündnisse nichts genützt[7], wohl aber allem Anschein nach dazu beigetragen, die Solidarität der konservativen Mächte, d. h. der Kaisermächte, und die Folgen, die sich hieraus für Rußlands auswärtige Politik ergeben, in ein schärferes Licht zu rücken.

Pückler

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Nicht neu!
[2] dahinter kommen sie nun 1901 erst! — Weil es keinen Mammon mehr giebt!
[3] richtig
[4] !
[5] die Anleihe! Nein die ist nicht erreicht
[6] aha! das haben wir die letzten 10 Jahre in Rußland, aber tauben Ohren gepredigt
[7] „the Fleet in Beeing" in Danzig! und unsere anständige unverrückbare Politik
Schlußbemerkung des Kaisers:
Richtig beurtheilt.

Nr. 5900

Der Botschafter in Petersburg Graf von Alvensleben an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 145 St. Petersburg, den 18. Februar 1902
Streng vertraulich

Baron Aehrenthal teilte mir mit der Bitte um Geheimhaltung mit, er höre von sehr zuverlässiger Seite, daß der beabsichtigte Erwiderungsbesuch des Präsidenten Loubet beim Zaren* noch auf Schwierigkeiten stoße. Seinem Gewährsmann zufolge sprächen An-

* Der Besuch des von Minister Delcassé begleiteten Präsidenten Loubet in Petersburg fand vom 20.—23. Mai 1902 statt.

zeichen dafür, daß dem Kaiser Nikolaus allmählich gewisse Bedenken über die Intimität der russischen Beziehungen zu dem republikanischen Alliierten aufzusteigen begännen[1] und sich bei ihm eine gewisse Neigung dafür bemerkbar mache, zu den früheren traditionellen Beziehungen Rußlands zu den beiden benachbarten Kaiserreichen zurückzukehren[2].

Selbstverständlich, meinte Baron Aehrenthal, müßten Deutschland[3] und Österreich-Ungarn[4] sich einer solchen möglichen Umwandlung gegenüber möglichst indifferent zeigen, um sie in ihrer ersten Entwicklung nicht zu stören.

Ich glaube dieser Mitteilung meines österreichisch-ungarischen Kollegen zunächst noch keine weitgehendere Bedeutung beimessen zu sollen. In gewissen hiesigen Kreisen ist das Bündnis mit dem republikanischen Frankreich nie sympathisch gewesen, und es liegt daher nahe, daß bei Gelegenheit des Besuchs des Erzherzogs Franz Ferdinand* der Gedanke an eine Wiederannäherung der drei Kaiserreiche auch von beachtenswerterer Seite dem österreichisch-ungarischen Botschafter gegenüber berührt und bei diesem auf besonders dankbaren Boden gefallen ist.

Soweit meine Nachrichten reichen, spricht man hier allgemein von dem Besuche des Präsidenten Loubet wie von einem bestimmt in Aussicht stehenden Ereignis. Über den Termin desselben scheint allerdings noch Unsicherheit zu herrschen.

Auf der französischen Botschaft sagt man, der Besuch werde jedenfalls erst nach den Kammerwahlen stattfinden, die mit dem 16. Mai ihr Ende erreichten. Zwischen diesem Termin und dem Zusammentritt des Parlaments am 5. Juni sei die Zeit für den Besuch sehr knapp, da Herr Delcassé jedenfalls am 5. Juni in Paris sein müsse. In dieser Zeit würde also, „falls es nicht der Zar ausdrücklich wünschen sollte", der Besuch nicht stattfinden, sondern erst Ende Juni oder im August[5]. Alvensleben

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Das wäre ein Segen! Und Folge des Eindrucks von Danzig und nachdem Compiègne.

[2] das wäre sehr vernünftig! Er muß es auch wegen Japan und England! Wenn er Truppen nach Osten dislozieren muß, will er seiner Nachbarn sicher sein

[3] D. h. der Kaiser neigt wahrscheinlich uns zu, und das paßt Aehrenthal nicht, daher sollen wir indifferent sein!!

[4] faule Fische! ob Österreich sich indifferent zeigt oder nicht ist für den Lauf der Weltgeschichte ganz irrelevant! Es ist unser Bundesgenosse und wird das mitthun, was ich mit dem Zaren abmache!! Wir beiden machen die Geschichte und lenken die Geschicke!

[5] da kommen wir

* Der österreich-ungarische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand weilte als Vertreter des Kaisers Franz Joseph am 5. Februar zu Besuch am Russischen Hofe.

Nr. 5901

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 204 Paris, den 21. März 1902

Die Antwort Frankreichs und Rußlands auf den englisch-japanischen Vertrag* hat hier allgemeines Aufsehen erregt[1].

Die meisten Stimmen sprechen sich dahin aus, daß diese Ausdehnung des sich bisher nur auf europäische Verhältnisse[2] beziehenden Bündnisses hauptsächlich im Interesse Rußlands[3] erfolgt sei. Denn die Konflikte, in welche dieses Land wegen der Mandschurei und wegen Koreas geraten könne, seien viel bedeutsamer, als etwaige Angriffe auf die französischen Kolonien in Ostasien. Man glaubt, daß Herr Delcassé sich besonders deswegen zum Abschluß des Vertrages hat bereitfinden lassen, weil er seine zu sehr in den Hintergrund getretene Person wieder bemerkbar machen wolle. Auch sei ihm die Gelegenheit, sich in weiteren Kreisen beliebt zu machen, willkommen, denn der neue Vertrag gefalle den Franzosen, weil er eine Spitze gegen England[4] enthalte.

Vielfach hört man die Ansicht, daß Deutschland von der politischen Lage in Ostasien den größten Vorteil haben werde[5]. Seine Unabhängigkeit sei beneidenswert, es sei ein Meisterstück[6] gewesen, sich von allen Verpflichtungen anderen Staaten gegenüber fernzuhalten, wodurch ihm die Möglichkeit geboten werde, bei Streitigkeiten unter den beiden verbündeten Gruppen den Schiedsrichter zu spielen[7]. Da es sich bisher für keine Konstellation entschieden habe, so werde seine Hilfe allseitig begehrt werden[8]. pp.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das klingt ja fast wie Selbstironie
[2] d. h. Elsaß-Lothr[ingen]
[3] natürlich das ist ja stets maßgebend
[4] bei Delcasse sehr spaßhaft!
[5] hoffentlich
[6] Jawohl! „La toute petite declaration" ist doch o h n e unser Mitwirken erfolgt! So ist es besser
[7] Oui Madame!
[8] Q[uod] e[rat] d[emonstrandum]

* Gemeint ist die französisch-russische Deklaration vom 16. März gegen das englisch-japanische Bündnis. Vgl. Bd. XVII, Kap. CX, Nr. 5064, Anlage. Deutschland hatte sich dieser Erklärung nicht angeschlossen, zum großen Mißvergnügen Rußlands.

Nr. 5902

Der Botschafter in Petersburg Graf von Alvensleben an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 252 St. Petersburg, den 22. März 1902

Die von Herrn Delcassé anläßlich der identischen Deklaration Rußlands und Frankreichs* sowie der bevorstehenden Reise des Präsidenten der Republik nach Petersburg im Senate** abgegebenen Erklärungen werden seitens hiesiger Blätter auf das freudigste begrüßt.

Die „Birshewyja Wjedomosti" schreiben: „Mit dem Gefühle lebhafter Freude werden die Worte des französischen Ministers in Rußland gelesen werden, wo alle Schichten der Bevölkerung ohne Ausnahme sich für einen würdigen Empfang des hohen Gastes vorbereiten." Ein geeigneterer Augenblick für die Ankündigung dieses Besuches hätte übrigens schwerlich gewählt werden können. Durch sie werde die internationale Bedeutung der franko-russischen Deklaration erst in das rechte Licht gestellt. Was die ausländische Beurteilung der letzteren anlange, so müsse „mit besonderer Befriedigung" festgestellt werden, daß die Berliner Presse in der identischen Erklärung eine neue Friedensgarantie sehe. Am Schlusse des Artikels heißt es: „Die Gruppierung der im Stillen Ozean miteinander rivalisierenden Mächte hat schon nach dem japanisch-chinesischen Kriege begonnen, und zwar unter sehr glücklichen Bedingungen, die eine einmütige Aktion Rußlands, Frankreichs und Deutschlands ermöglichten. Der Prozeß dieser Gruppierung ist noch keineswegs abgeschlossen, wird vielmehr noch verschiedene Änderungen erfahren. Der neue franko-russische Schritt prophezeit ihm einen glücklichen Ausgang."

Die „Nowosti" legen gleichfalls dem Umstande, daß die Reise Herrn Loubets nach St. Petersburg gleichzeitig mit der Veröffentlichung der franko-russischen Deklaration offiziell bekanntgegeben wurde, eine „besondere Bedeutung" bei. Augenscheinlich sei das franko-russische Bündnis jetzt in eine neue und wichtigere Entwicklungsphase getreten. Dann heißt es weiter:

„Bis jetzt erstreckte sich das Bündnis hauptsächlich auf die europäischen Beziehungen Rußlands und Frankreichs, wenn es auch zugleich in anderen Erdteilen eine wohltätige Wirkung ausübte. Von nun ab erstreckt es sich auf die ganze Welt. Die politische Solidarität Rußlands und Frankreichs wird fest und sicher auf dem Gebiete der Welt-

---

* Vgl. Nr. 5901, Fußnote.
** Am 20. März.

politik aufgerichtet. Wie wichtig dieser Umstand ist, ergibt sich unter anderem aus dem soeben erst von der französischen Regierung gefaßten Entschlusse, die Zeichnung auf die Aktien der Bagdadbahn in Frankreich nicht zuzulassen*. Die französische Regierung findet, daß es nicht angängig ist, daß französische Kapitalisten ein deutsches Unternehmen unterstützen, das sich in schädlicher Weise gegen die Interessen des verbündeten Rußland richtet. Dieser Entschluß der französischen Regierung hat eine um so größere Bedeutung, als bisher die Interessen Frankreichs und Rußlands in der europäischen Orientfrage keineswegs immer übereinstimmten, sondern im Gegenteile oft genug einander zuwiderliefen. Mit um so größerer Befriedigung kann man die Festigung der franko-russischen Solidarität sogar in der Sphäre ihrer widerstreitenden Interessen begrüßen."

Alvensleben

Nr. 5903

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 336 Paris, den 29. Mai 1902

Gestern abend hatte ich Gelegenheit, den Ministerpräsidenten, Herrn Waldeck-Rousseau, zu sprechen, als dieser uns in der Präsidentenloge der großen Oper, welche Mr. Loubet uns zur Verfügung gestellt hatte, besuchte.

Herr Waldeck-Rousseau sagte mir zunächst, daß der „Montcalm", welcher Herrn Loubet an Bord hatte, auf der Reise von Kopenhagen nach Frankreich infolge eines ungewöhnlich starken Nebels und schweren Wetters beinahe in die Themsemündung geraten sei und mit Mühe den französischen Hafen erreicht hätte.

Der Präsident der Republik sei überaus seetüchtig und habe die heftigen Stürme mit Gleichmut und ohne seekrank zu werden überstanden, während seine Begleiter, unter anderen auch Herr Delcassé, den letzteren nicht Widerstand leisten konnten.

Hieran anknüpfend brach Herr Waldeck-Rousseau zu meinem Erstaunen in Lobeserhebungen über Herrn Delcassé aus und bemerkte, er sei „un des meilleurs collaborateurs qu'il ait eu". Man könne sich auf sein Wort verlassen; was er einmal gesagt, daran halte er auch unter allen Umständen fest.

Ich nehme an, daß diese so günstige Beurteilung des Herrn Delcassé auf den Erfolg zurückzuführen ist, den derselbe in Peters-

* Vgl. Bd. XVII, Kap. CXIV, A.

burg* gehabt; denn früher konnte ich öfter feststellen, daß der Konseilpräsident mit einem gewissen Beigeschmack von Geringschätzung über seinen Kollegen des Auswärtigen sich zu äußern pflegte.

Daß Herr Delcassé in Petersburg außerordentlich gut abgeschnitten hat, wird mir von anderer Seite bestätigt. Er soll von Kaiser Nikolaus dermaßen ausgezeichnet worden sein, daß selbst Herr Loubet, etwas eifersüchtig geworden, darüber erstaunt gewesen und gesagt haben soll: „Il a décidément bien pris, je ne l'aurais pas cru."

Übrigens höre ich, daß der Präsident der Republik ganz überwältigt gewesen ist von der ihm in Petersburg zuteil gewordenen Aufnahme und die Kaiserin-Mutter nach einer langen intimen Audienz mit Tränen der Rührung in den Augen verlassen haben soll.

Die größte Genugtuung ist angeblich Herrn Loubet dadurch zuteil geworden, daß der Kaiser Nikolaus ihm gesagt habe, er könne ihm stets direkt schreiben, und er würde seinerseits ein gleiches tun: „Ne vous gênez pas, écrivez-moi comme le coeur vous en dit, je ferai de même."

Diese Worte des Kaisers, die in Gegenwart des Herrn Delcassé gesprochen worden sind, sollen letzteren etwas irritiert haben.

Wie mir versichert wird, hat sich Herr Delcassé mit Rußland dahin verständigt, daß in Frankreich eine absolut konservative Politik geführt werden soll, wobei die Sozialisten und Kollektivisten beiseite geschoben werden. Auch sei man entschlossen, in der Kirchenfrage milder vorzugehen und die bisher autorisierten Kongregationen ruhig bestehen zu lassen.

Mit Rücksicht auf die gefahrdrohenden inneren Zustände Rußlands, welche man in der Umgebung Loubets pessimistisch beurteilt, sei man dort gezwungen, als Derivativ sich zu einem Krieg in Asien vorzubereiten.

Rußland habe sich mit Österreich verständigt und sei sicher, auf keine Schwierigkeiten in Wien zu stoßen.

Mein Gewährsmann glaubt zu wissen, daß Österreich nicht unwesentlich dazu beitrage und besonders dazu beigetragen habe, jede Annäherung Frankreichs an Deutschland nach Kräften zu verhindern. Ein noch im Amt befindlicher österreichischer Botschafter habe angeblich ihm dies selbst zu verstehen gegeben als „unvereinbar mit den österreichischen Interessen".

Eine Persönlichkeit, die mit den hiesigen maßgebenden Kreisen enge Fühlung haben soll, will in Beantwortung einer Frage, wie man in Paris mit Deutschland zurzeit stehe, gehört haben: „avec l'Allemagne nous sommes à l'heure qu'il est, plus éloignés que jamais"

---

* 20.—23. Mai.

und hätte zur Erklärung hinzugefügt, daß ja alle Mächte darin einig wären, jede mögliche Annäherung Frankreichs und Deutschlands zu hintertreiben und Deutschland zu isolieren.

Wie mir schließlich noch erzählt wird, hätten zwei Deputierte in Petersburg versucht, auf Herrn Delcassé einzuwirken, dem autokratischen System durch seinen Einfluß ein Ende zu machen. Die kategorische Weigerung des Ministers, der überdies mit vielen Briefen in gleichem Sinne überschüttet worden ist, sich in die inneren Verhältnisse Rußlands einzumischen, soll wesentlich dazu beigetragen haben, ihm die besondere Zuneigung des Zaren zu erwirken.

Der Erfolg Herrn Delcassés nach seiner Petersburger Reise gilt für so groß, daß sein Bleiben im künftigen Ministerium als gesichert angesehen wird*.

Radolin

Nr. 5904

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 72 Berlin, den 1. Juni 1902

Wer ist der auf Seite 6 des Berichts 336** erwähnte Gewährsmann, dessen Mitteilungen an diejenigen des Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau angereiht sind?***

Darüber, wie Herr Delcassé in Petersburg abgeschnitten hat, ist hier von anderer Seite bisher nichts bekannt geworden. Im Interesse der für uns sympathischen französischen Regierung möchte ich wünschen, daß die Erzählung des Gewährsmanns über eine Gefühlsergießung des Kaisers Nikolaus gegenüber dem Präsidenten Loubet sich als wahr erwiese. Im allgemeinen soll der Empfang der Besucher, darin stimmen alle sonstigen Nachrichten überein, einen matten, um nicht zu sagen kühlen Charakter getragen haben. Auch das, was der Gewährsmann über das Bemühen der österreichischen Diplomatie gegen eine deutsch-französische Verständigung erzählt hat, entspricht nicht der wirklichen Sachlage, denn

---

* Tatsächlich verblieb Delcassé, als am 7. Juni das Ministerium Waldeck-Rousseau durch das Ministerium Combes ersetzt wurde, auch in diesem als Minister des Äußern.

** Siehe Nrr 5903.

*** Nach Radolins Antwort vom 2. Juni war der Gewährsmann ein politischer Agent „jesuitisch-nationalistischer Färbung" von Baladzi, der schon mit Graf Münster in näherer Beziehung gestanden hatte und der deutschen Botschaft des öfteren eingehende Stimmungsberichte lieferte.

1. würde das Wiener Kabinett und besonders die einflußreiche Polengruppe viel darum geben, wenn Deutschland mit Frankreich ausgesöhnt wäre, und letzteres dann wieder seine alte antirussische Orientpolitik verfolgen könnte;

2. ist Deutschland deshalb, weil es nicht mit Frankreich verbündet ist, doch noch lange nicht isoliert.

Bülow

Nr. 5905

Der Botschafter in Petersburg Graf von Alvensleben an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 469 St. Petersburg, den 7. Juni 1902

Wie Euerer Exzellenz bereits aus meiner gehorsamsten Berichterstattung bekannt, ist der Besuch des Präsidenten Loubet am hiesigen Kaiserlichen Hofe ohne jeden Mißton verlaufen. Die russische Presse hat in sehr warm gehaltenen Artikeln ihre Befriedigung darüber ausgedrückt und es sich auch besonders angelegen sein lassen, der einfachen und freundlichen Würde, womit hier der Präsident überall aufgetreten ist, ihre Anerkennung zu zollen. Man fühlt in allen diesen Kundgebungen, an denen sich das „Journal de St. Petersbourg" in hervorragender Weise beteiligt hat, den offiziösen Ton durch, welcher den in den hiesigen maßgebenden Kreisen hinterlassenen Eindruck des Präsidentenbesuches wiedergeben soll. Während der vorjährige Kaiserbesuch in Compiègne bei den Franzosen wohl eine gewisse Enttäuschung und bei den Russen Beklommenheit und ein unsicheres Gefühl gegenüber den inneren Zuständen bei dem Alliierten zurückgelassen hatte, hat die Begegnung in Zarskoje Selo anscheinend diese beiderseitigen Empfindungen, die wie ein Schatten auf dem Zweibund lagen, wesentlich geklärt. Auch Graf Lamsdorff hatte seinerzeit hier und da Andeutungen fallen lassen, die einige Besorgnis über die Zustände in Frankreich verrieten. Heute aber lautet die offiziöse Parole wesentlich vertrauensvoller; die weise Mäßigung, womit Herr Loubet, unterstützt durch Herrn Waldeck-Rousseau, auf die inneren Verhältnisse einzuwirken verstanden hat, wird rühmend hervorgehoben und die Hoffnung ausgesprochen, daß es dem Präsidenten jetzt gelingen werde, sein neues Kabinett* aus den gemäßigten Parteien zu bilden, welchem dann auch seitens des Alliierten das volle Vertrauen gesichert sein werde. Diese Herrn Loubet und seinen Bestrebungen in so offener Weise von Rußland zuteil gewordene Anerkennung dürfte ihren Eindruck in Frankreich

* Das Kabinett Waldeck-Rousseau war am 28. Mai zurückgetreten.

nicht verfehlt haben. Im Lager der Nationalisten wird sie allerdings schwerlich angenehm empfunden werden.

Während die in Compiègne von russischer Seite so bestimmt erfolgte Betonung der friedlichen Ziele des Zweibundes auf französischer Seite noch einigermaßen peinlich überrascht hatte, sind die bei der jetzigen Begegnung gehaltenen offiziellen Reden beider Staatsoberhäupter sämtlich von diesem von Rußland eingegebenen friedlichen Hauch durchweht. Dies berechtigt zu dem Schluß, daß das offizielle Frankreich sich mehr und mehr die Auffassung der russischen Ziele des Zweibundes zu eigen gemacht hat, in der Überzeugung, daß nur auf dieser Grundlage die Allianz eine dauernde Festigung erhalten konnte. Die beiderseitige Betonung der von Rußland vorgezeichneten friedlichen Tendenz des Zweibundes erscheint demnach als das hervorragendste Merkmal des Besuches des Präsidenten Loubet und wird mit Recht von den hiesigen maßgebenden Kreisen mit lebhafter Genugtuung begrüßt.

Alvensleben

Nr. 5906

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 591 Paris, den 14. November 1902

Es wird in hiesigen politischen Kreisen vielfach behauptet, die Politik des Herrn Delcassé entbehre der Konsequenz und stehe wegen der Anglophilie des Ministers zu der mit Rußland geschlossenen Allianz mitunter in Widerspruch.

Diese Behauptung mag nicht ganz ohne Berechtigung sein, und kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, daß Herrn Delcassé bis zu einem gewissen Grade die zielbewußte Stetigkeit der Direktion und vielleicht die erwünschte Weitsichtigkeit fehlt, und daß er vor allem darauf bedacht ist, den Wünschen der Kammer Rechnung zu tragen. Eines momentanen Vorteils wegen läßt Herr Delcassé, wie es mitunter scheinen will, einen weiteren Gesichtspunkt außer acht.

Seine Haltung der Türkei* gegenüber entsprang unzweifelhaft dem unbequemen Drängen der hiesigen Türkophoben, der Vorfechter der armenischen Sache in der Kammer, mit denen er zu zählen hatte, und der durch den Botschafter Constans unterstützten Forderungen mehr oder weniger tarierter Franzosen in der Levante. —

Diese Rücksichten stehen Herrn Delcassé näher als die vielleicht folgenschwere Schädigung des Ansehens des Sultans.

* Vgl. darüber Kap. CXVII und namentlich CXX.

Wie tief Letzterer dies empfindet, zeigt mir die gedrückte Stimmung seines hiesigen Vertreters*, der es kaum verbirgt, wie verletzend er die französische Politik für die Türkei findet.

Munir Bey hat dabei — abgesehen von früheren griefs — augenblicklich die Haltung des Herrn Delcassé zu der italienischen Aspiration in Tripolis**, in Albanien und bis zu einem gewissen Grade auch im Roten Meer im Auge.

Es muß ihm auffallen, wie der französische Minister den Italienern schmeichelt und hohe Ordensauszeichnungen verteilt. Auch ist es kein Geheimnis, daß die italienische Botschaft in der Pariser Presse sehr tätig ist und sogar so tätig, daß hiesige französische Journalisten sich erstaunt zeigten, wie wenig deutschfreundlich diese Inspirationen waren. —

Hierbei möchte ich nicht unterlassen zu bemerken, daß auf einer kleinen Jagd in Rombouillet vor einigen Tagen mir der Präsident der Republik im Laufe einer Unterhaltung in anerkennender Weise vom Sultan und von der Wichtigkeit des Bestandes der Türkei sprach. Nur Deutschland und Frankreich, meinte Herr Loubet, wären uninteressiert. Es müsse alles getan werden, um den Status quo zu erhalten, denn eine Krisis auf der Balkanhalbinsel mettrait le feu aux poudres.

Diese Äußerung des Präsidenten, der allerdings der auswärtigen Politik ferner steht, deckt sich nicht ganz mit der Haltung des Ministers, wenn auch die Worte des letzteren anders klingen mögen. —

Herr Delcassé glaubt der russischen Freundschaft so sicher zu sein, daß er es darauf ankommen zu lassen scheint, in Konstantinopel mitunter andere Wege zu wandeln wie der Vertreter des Zaren.

Aus der Zuversicht auf diese unerschütterliche Freundschaft erklärt sich wohl auch seine immer mehr zutage tretende, sprichwörtlich gewordene Rücksicht auf England, die andererseits wegen der wichtigen Handelsbeziehungen beider Länder natürlich erscheinen muß. —

Was nun die vielgerühmte russisch-französische Allianz anlangt, so höre ich — nicht ohne ein gewisses Erstaunen — von recht gut informierter Seite, daß es damit nicht ganz so gut geht, wie man es glauben möchte.

Die beiderseitigen Interessen sind so eng miteinander verknüpft, daß beide Reiche selbstverständlich zusammenhalten müssen. Aber es unterliegt auch keinem Zweifel, daß in dieser mariage de raison recht empfindliche Differenzen sich geltend machen. —

Die Ernennung Bompards zum Botschafter in Petersburg ist,

---

* Munir Bey.

** Vgl. dazu Kap. CXXV.

wie ich erfahre, darauf zurückzuführen, daß Frankreich ein ernstes Wort über die Notlage seiner Industrie in Rußland reden und handelspolitische Vorteile, wie z. B. die Zollermäßigung auf französische Waren, erreichen will. —

Wenn der neue Botschafter nicht die glänzende Rolle des Marquis de Montebello am Hofe des Kaisers und im Kreise der Großfürsten spielen wird, so setzt sich die hiesige Regierung darüber hinweg, ist aber überzeugt, daß dieser gewiegte Geschäftsmann die geeignete Persönlichkeit sein wird, Herrn Witte gegenüber die materiellen französischen Interessen zu vertreten.

Radolin

Nr. 5907

Der Gesandte in Bukarest von Kiderlen an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 15 Bukarest, den 14. Februar 1903

Das letzte französische Gelbbuch über Mazedonien* hat hier ziemliches Aufsehen erregt. Man sieht darin einen neuen Beleg für die hier schon länger gehegte, mir auch schon im Laufe des Sommers entgegengetretene Vermutung, daß Frankreich in Bulgarien seine eigenen Wege gehe. Nach hiesiger Auffassung hat Frankreich sich darin gefunden, daß mit Rumänien nichts zu machen sei, weder in Liebe, wie durch die Geldangebote zur Zeit des Carpschen Ministeriums, noch durch Einschüchterungsversuche, wie bei der Konsolidierung der 175 Millionen Schatzbonds. Deshalb habe sich Frankreich auf Bulgarien geworfen. Dies Land wollten die Franzosen nicht nur finanziell ganz an sich reißen, wozu sie die äußersten Anstrengungen machten; sie wollten es auch politisch ganz an sich ziehen, sodaß Bulgarien einmal mehr französisch als russisch gesinnt sein solle. Schon lange falle es auf, daß Frankreich überall sehr bulgarophil auftrete und speziell in Sofia selbst den Ansprüchen auf Mazedonien das Wort rede. Als Grund dieses französischen Vorgehens sieht man teils

* Vgl. über das am 30. Januar 1903 ausgegebene französische Gelbbuch „Affaires de Macédoine 1902", das in seinen Enthüllungen die Rücksicht auf Rußland vermissen ließ und den heftigen Unwillen der russischen Staatsmänner, sowohl Graf Lamsdorffs wie des Botschafters in Konstantinopel Sinowiew, hervorrief, Kap. CXVII, Nr. 5512, S. 236, Fußnote **. Auch der französische Botschafter in Konstantinopel Constans sprach sich gegenüber seinem deutschen Kollegen wiederholt sehr ungehalten über das Gelbbuch aus, dessen Veröffentlichung er eine ganz verkehrte Maßregel nannte. Telegramme Freiherrn von Marschalls vom 4. Februar (Nr. 72) und vom 11. März 1903 (Nr. 129).

die französische Eitelkeit an, die im Orient absolut einen Staat haben zu müssen glaube, der den Franzosen „inféode" sei, dann aber glaubt man auch die französische Haltung in Bulgarien auf eine gewisse Unzufriedenheit mit der russischen Politik, speziell in Syrien, zurückführen zu können; die Franzosen wollten im geeigneten Moment ihre Machtstellung in Bulgarien als Kompensationsobjekt für andere Orientfragen ausnutzen können. An die ganz intime russisch-französische Freundschaft glaubt man hier nicht mehr so recht.

Kiderlen

Nr. 5908

Der Botschafter in Petersburg Graf von Alvensleben an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Entzifferung

Nr. 108 St. Petersburg, den 21. Februar 1903

Gesprächsweise sagte mir heute Freiherr von Aehrenthal, das Interessanteste in der gegenwärtigen Phase der mazedonischen Frage scheine ihm die Haltung Frankreichs. Die sensationelle Publikation des Gelbbuchs und das kürzlich veranstaltete große Meeting von Vertretern aller französischen Parteien, welches als Ausdruck der öffentlichen Meinung die Regierung in der Befolgung einer energischen Politik zugunsten Armeniens und Mazedoniens zu bestärken bezwecke, seien höchst beachtenswerte Vorgänge. Er frage sich, welche Absichten Delcassé verfolge? Es wolle ihm scheinen, als ob es französischerseits darauf abgesehen sei, die Lage in der Türkei nicht zur Ruhe kommen zu lassen, um dadurch Deutschland Schwierigkeiten zu bereiten, sowohl in seinen Beziehungen zur Türkei als auch namentlich in den Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland.

Ich warf die Bemerkung hin, daß es Frankreich erwünscht sein möge, wenn die Zustände in der Türkei sich mehr und mehr verwickelten, um dadurch Gelegenheit zu finden, sich Marokko anzueignen; Freiherr von Aehrenthal ging indessen auf diesen Gedanken nicht ein, sondern blieb bei seiner obigen Ansicht.

Alvensleben

Nr. 5909

Der Botschafter in Petersburg Graf von Alvensleben an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 148 St. Petersburg, den 12. März 1903

Vertraulich

Die mir hochgeneigtest mitgeteilten Äußerungen des Herrn Waldeck-Rousseau zu dem unlängst erfolgten Wechsel in der Person

des französischen Botschafters am hiesigen Hofe* sind in verschiedener Hinsicht von Interesse.

Sie zeigen zunächst, welcher Mittel sich die Gegner des Marquis Montebello bedient haben, um ihn auf seinem Posten zu beseitigen. Denn für die Behauptung, daß die französische Botschaft unter dem Genannten geradezu in eine Art Petersburger Filiale von „Maxim" ausgeartet sei, gibt es nur die Erklärung, daß Herr Delcassé und Herr Waldeck-Rousseau das Opfer ganz perfider Verleumdungen geworden sind, wie sie Neid und Mißgunst hervorzubringen pflegen. Wenn sich Marquis Montebello von seiten des Hofes, in allen Schichten der Petersburger Gesellschaft, bei seinen Kollegen, in amtlichen Kreisen der weitgehendsten Sympathien erfreute, so hatte er dies einerseits seiner gewinnenden Persönlichkeit und der stets bewiesenen Loyalität seiner Gesinnungen, andererseits aber der ausgedehnten Gastlichkeit zu verdanken, die er in seinem Hause übte. Diese Geselligkeit bewegte sich, wie ich das während der zwei Jahre meines Zusammenseins mit dem Botschafter aus eigener Wahrnehmung feststellen konnte, durchaus in den überall in der guten Gesellschaft üblichen Formen, und es ist mir nie auch der geringste Vorgang bekannt geworden, an dem man hätte Anstoß nehmen können.

Was die dienstliche Tätigkeit des Marquis Montebello betrifft, so soll der Geschäftsbetrieb an der französischen Botschaft unter ihm allerdings manches zu wünschen übrig gelassen haben. Es ist aber nicht zu bezweifeln, daß der Botschafter dank seiner vorzüglichen persönlichen Beziehungen sehr vieles erreicht hat, was einem geschäftsgewandteren Vertreter der französischen Interessen aus dem Grunde versagt geblieben wäre, weil bekanntlich hier sehr oft an einer vorgefaßten Meinung oder einem bestimmten Entschluß die besten Argumente wirkungslos abprallen. Jedenfalls ist auch in den hiesigen amtlichen Kreisen das Bedauern über den Rücktritt Marquis Montebellos ein allgemeines und aufrichtiges gewesen, und ich habe in dieser Hinsicht nur eine Ausnahme feststellen können, nämlich Herrn Witte, der seiner Genugtuung über das Scheiden des Botschafters unverhohlen Ausdruck gab. Die Abneigung scheint aber eine durchaus gegenseitige gewesen zu sein, denn der Marquis hat mir wiederholt seine Verstimmung über den Finanzminister zum Ausdruck gebracht, der allen seinen Reklamationen prinzipiell ohne

* Nach einem Berichte Radolins vom 11. Februar (Nr. 38) hätte sich Waldeck-Rousseau ihm gegenüber anläßlich der Ersetzung des französischen Botschafters in Petersburg Grafen Montebello durch M. Bompard sehr abfällig über den bisherigen Botschafter geäußert: „Herr Delcassé habe geradezu Angst geschwitzt, bis er der schließlich geradezu unwürdigen Vertretung Frankreichs an der Newa ein Ende habe machen können, die geradezu eine Art Petersburger Filiale von ‚Maxim' sei, vermutlich um dort diese manchem der Großfürsten besonders teure Erinnerung an Paris immer wach zu halten."

Angabe von Gründen ein einfaches quod non entgegensetze, sodaß er sich schließlich beim Grafen Lamsdorff beschwert habe. Ich möchte dahingestellt sein lassen, ob die Gründe für diese Spannung in den beiderseitigen Beziehungen nicht tiefer liegen und ob sie nicht in einem Mangel an Entgegenkommen des Botschafters gegen die weitgehenden Ansprüche zu suchen sind, die Herr Witte an das französisch-russische Bündnis in finanzieller Hinsicht stellt. Wenn der Finanzminister aber annimmt, daß er in dieser Hinsicht mehr Verständnis bei Herrn Bompard finden wird, so könnte ihm vielleicht eine Enttäuschung bevorstehen. Von einer Persönlichkeit, die in regem Verkehr mit der französischen Botschaft steht, wurde mir gesagt, es sei mit Herrn Bompard ein neuer Geist in die Botschaft eingezogen. Der neue Botschafter fasse die Allianz mehr nüchtern und geschäftsmäßig auf und beabsichtige, unter Verzicht auf jede Hurrahstimmung praktischen Nutzen aus derselben zu ziehen.

Mit Herrn Bompard ist Vicomte Greigueil wieder nach Petersburg zurückgekehrt. Er war es bekanntlich, der als Sekretär der Botschaft durch Privatberichte an Herrn Delcassé und unerhörte Indiskretionen die Stellung des Marquis Montebello der französischen Regierung gegenüber zu einer unmöglichen machte. Er gilt als eine hervorragende Arbeitskraft und als ein ganz vorzüglicher Kenner russischer Verhältnisse, insbesondere aber als Vertrauensmann des Herrn Delcassé. Vicomte Grégueil hat sich nun, wie ich höre, kürzlich dahin ausgesprochen, es sei im französischen Interesse dringend wünschenswert, daß Herr Witte die weitere Anleihe, deren er noch bedürfe, in Deutschland plaziere[1]. Denn wenn der Moment einmal eintreten werde, daß Rußland seine Zinsen nicht mehr zu zahlen vermöge, so würde es sehr fatal sein, wenn Frankreich dann allein als Gläubiger Rußland gegenüberstehe[2]. Zieht man aus dem Gesagten den Schluß, daß Herr Bompard wohl auch nicht so ohne weiteres für die Witteschen Wünsche zu haben, sondern eher geneigt sein wird, darauf zu dringen, daß die Offenhaltung des französischen Marktes für Rußland an entsprechende Gegenleistungen geknüpft wird, so ist auch die weitere Schlußfolgerung nicht unberechtigt, daß seine Beziehungen zu Herrn Witte in diesem Falle auch sehr bald zu wünschen übrig lassen werden. Denn in diesem Punkte versteht Herr Witte keinen Spaß. Überhaupt dürften aber die französischen Machthaber sehr bald erfahren, daß ihr neuer Vertreter auch in den „ernsten Kreisen“ St. Petersburgs wenig Glück haben wird, wenn er den Versuch machen sollte, den Zweibund auf der Basis einer do-ut-des-Politik ganz allgemein für die französischen Interessen auszuschlachten. Die Äußerungen des Herrn Waldeck-Rousseau lassen erkennen, daß man sich in dieser Hinsicht in Paris doch etwas verkehrte Vorstellungen über die Empfindungen macht, die dem verbündeten Frankreich hier entgegengebracht werden.

Ich gehe gewiß nicht so weit, zu behaupten, wie man das jetzt in diplomatischen Kreisen oft hören kann, daß das französisch-russische Bündnis in letzter Zeit erheblich an Festigkeit verloren habe. Das unterliegt aber gar keinem Zweifel, daß die Politik des Ministeriums Waldeck-Rousseau und Combes nicht gerade dazu gedient hat, dasselbe hier populärer zu machen. Die Mytileneaffäre*, das Gelbbuch des Herrn Delcassé über Mazedonien ferner haben wohl auch zu denken gegeben, indem sie den Punkt klar erkennen ließen, an dem der Zweibund auf dem Gebiete der äußeren Politik verwundbar ist. Gerade darum aber war Marquis Montebello für Frankreich ein so außerordentlich wertvoller Vertreter am hiesigen Hofe, weil er durch seine Persönlichkeit über die Gegensätze hinwegzutäuschen und sie zu mildern vermochte, die in einer solchen Vernunftehe, wie sie das Bündnis des republikanischen Frankreich mit dem autokratischen Rußland ist und stets sein wird, notwendigerweise immer wieder hervortreten werden.

Wenn daher jemand bei dem Wechsel auf dem französischen Botschafterposten hier etwas gewonnen hat, so ist es gewiß nicht Frankreich[3]. Ganz abgesehen davon, daß der Zar die Abberufung als eine persönliche Kränkung empfindet, die seine Sympathien für die französische Regierung jedenfalls nicht erhöht hat, möchte ich nicht glauben, daß der nüchterne Geschäftsmann, der Herr Bompard zu sein scheint, bei allen Fähigkeiten die geeignete Persönlichkeit ist, um dem französisch-russischen Bündnis hier neue Freunde zuzuführen und ihm neue Impulse zu geben. Schon hat der Botschafter geäußert, die Allianz scheine auf die Beziehungen der Botschaft zum Hofe und zu der russischen Gesellschaft ihre Wirkungen nicht zu erstrecken. Tatsächlich ist auch die Botschaft mit dem Fortgang des Marquis Montebello aus den Petersburger Salons so gut wie verschwunden[3]. Das mag man in Paris zunächst nicht hoch anschlagen. Wir haben aber, glaube ich, nur alle Ursache, uns darüber zu freuen, daß die französische Botschaft aufgehört hat, einen der Brennpunkte des hiesigen geselligen Lebens zu bilden[4]. Denn, wenn auf diese Weise die Vertreter der monarchischen Staaten in Zukunft nicht mehr hinter dem Vertreter der Republik zurückstehen, sondern im Gegenteil in ihren Beziehungen zum Hofe und den leitenden russischen Kreisen ihm gegenüber eine bevorzugte Stellung einnehmen werden, so kann das nur in unserem Interesse gelegen sein[5].

Alvensleben

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das werden wir nicht!
[2] Ei seht doch mal an

---

* Vgl. Kap. CXX.

[3] gut
[4] ja sehr
[5] sehr gut
Schlußbemerkung des Kaisers:
Völlig einverstanden.

Nr. 5910

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Reichskanzler Grafen von Bülow, z. Z. in Sorrent

Telegramm. Konzept

Berlin, den 2. April 1903

Auch Lamsdorff betrachtet Frankreich als den Maikäfer am Faden*, das sieht man aus dem gestern durch „Nordisches Telegraphenbureau" verbreiteten, vorher vom „Journal de St. Petersbourg" reproduzierten, geradezu brutalen Angriff der „Nowoje Wremja" gegen offiziöse französische Presse und Delcassé wegen Ermutigung mazedonischen Aufstandes und Entstellung von Tatsachen in Gelbbüchern**. „Die großen Balkanaufgaben Rußlands haben nichts gemein mit einer Politik, welche den Lorando, Tubini & Cie*** dient und Zwecke verfolgt, die mit Staatsinteressen nichts gemein haben."

Offenbar soll damit Delcassé gestürzt werden; ob die Tonart richtig gewählt war, wird der Erfolg lehren. Radolin wird angewiesen, eingehend zu berichten, welche Blätter gegen Rußland und welche gegen Delcassé Stellung nehmen, ferner ob und wie etwa Kritik am Zweibund geübt wird. Hiesige Presse ist gestern abend und heute verständigt worden, den Vorgang möglichst ruhig und gleichmütig zu behandeln, als vorübergehendes Zerwürfnis.

---

* In einem für den Kaiser bestimmten Telegramm aus Sorrent vom 31. März hatte Reichskanzler Graf Bülow u. a. gesagt: „Der Einfluß Rußlands auf Frankreich ist gegenwärtig noch so stark, daß jede französische Regierung sich im entscheidenden Augenblick nach der russischen Direktive richten wird wie der Maikäfer am Bindfaden, der wohl hin und her flattern darf, in der Hauptsache aber von dem Knaben widerstandslos gezügelt wird. Trotz gelegentlicher Velleitäten vermag sich Frankreich heute der russischen Leitung nicht zu entziehen, und das weiß die russische Diplomatie ganz genau."
** Der angezogene Artikel der „Nowoje Wremja" vom 31. März über die Rolle Frankreichs in der mazedonischen Frage wandte sich aufs schärfste gegen das französische Gelbbuch vom 30. Januar, in dem die Dinge so dargestellt wären, als ob Frankreich und Delcassé die Führung in der Frage der mazedonischen Reformen gehabt hätten und Rußland nur dem französischen Leitseil gefolgt wäre, eine Darstellung, die direkt beleidigend für Rußland sei.
*** Vgl. Kap. CXX.

Der „Lokalanzeiger", welcher österreichische oder bulgarische Beziehungen, vielleicht auch französische, hat, veröffentlicht bereits heute früh ein angebliches Pariser Telegramm, welches in der Eile wohl kaum von dort gekommen sein kann. Darin wird gesagt, der russische Militärattaché in Paris Oberstleutnant Lazarew sei Mittelpunkt der dortigen bulgarischen Agitation und habe dieser Tage durch ein Komiteemitglied Petrow 20 000 Francs zur Übermittelung nach Bulgarien ausgehändigt.

Am liebsten würden die Russen wohl das Kabinett Combes durch Nationalisten ersetzen, dazu aber ist nach den bedeutenden parlamentarischen Erfolgen der Regierung zurzeit wenig Aussicht. Ich bin sogar zweifelhaft, ob die französische Regierung in Anbetracht der Brutalität des russischen Angriffs es Frankreich und der Welt gegenüber wagen wird, Delcassé jetzt oder demnächst auszuschiffen. Wir haben bei der gegenwärtigen Sachlage weniger als je Grund, die Beseitigung von Delcassé zu wünschen. Vielleicht wird die französische Regierung versuchen, Rußland durch verstärktes Kokettieren mit England ängstlich zu machen. Es wird sich dann fragen, wer zuerst Angst kriegt. Der Zweibund wird bei diesen Balkanreibungen abgenutzt, aber langsam.

Holstein

Nr. 5911

Der Reichskanzler Graf von Bülow, z. Z. in Sorrent, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 4 Sorrento, den 3. April 1903

Für Exzellenz Baron von Holstein.

Besten Dank für freundliche und interessante Mitteilung*. Ihre Beurteilung der russisch-französischen Reibungen erscheint mir zutreffend, und mit der diesbezüglichen Instruierung unserer Presse bin ich ganz einverstanden. Das Delcassésche Kokettieren mit England würde für uns nur bedenklich werden, wenn es dem französischen Minister des Äußern gelänge, auch zwischen England und Rußland eine Annäherung und damit die in den 70er Jahren von Gambetta angestrebte französisch-englisch-russische Entente herbeizuführen. Andernfalls wird sein Werben um England unsere in allen für Rußland wichtigen Fragen für Rußland freundliche, ruhige und sichere Politik in St. Petersburg in noch hellerem Lichte erscheinen lassen und Graf Lamsdorff in dem Gedanken bestärken, daß das alte Drei-Kaiser-Bündnis für die russische

---

* Siehe Nr. 5910.

Autokratie alles in allem die beste Kombination sei. Von heute auf morgen werden sich die bestehenden Gruppierungen aber nicht ändern, und wir können meo voto die Dinge gar nicht pomadig genug nehmen. Sie werden gewiß dafür sorgen, daß der eifrige Freiherr von Wangenheim unsere an und für sich richtige Haltung in Konstantinopel nicht zu sehr akzentuiert, weder im Sinne übertriebener Betonung des deutschen Einflusses, noch indem er bei den Russen das Mißtrauen erweckt, als ob wir sie nicht nur zu den Rajah-freundlichen Großmächten, sondern auch zu ihrer eigenen traditionellen Orientpolitik in zu scharfen Gegensatz bringen wollten. Bülow

Nr. 5912

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel

Ausfertigung

Berlin, den 6. April 1903

Eure Kaiserliche und Königliche Majestät haben zu Seite 2 des alleruntertänigst wieder beigefügten Berichtes des Botschafters in Rom vom 28. v. Mts.* auf die Folgen hinzuweisen geruht, die für die allgemeinen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland von dem Communiqué des russischen Regierungsboten und dem im „Journal de St. Pétersbourg" sanktionierten Angriff der „Nowoje Wremja" gegen die französische Orientpolitik zu erwarten seien. Über einige Anzeichen, die mir bisher einen Schluß auf diese Nachwirkungen zu gestatten scheinen, verfehle ich nicht, ehrfurchtsvollst das Nachstehende zu berichten.

In der französischen Presse ist der Eindruck des russischen Quos ego! dadurch geschickt abgeschwächt worden, daß die „Agentur Havas" verhindert wurde, den Blättern die Invektiven der „Nowoje Wremja" im Wortlaut mitzuteilen. Nur nach und nach und stückweise sickerten sie durch, wurden aber rasch abgetan. Teils erklärte man sie, unter Ignorierung des Abdrucks im „Journal de St. Pétersbourg", für eine bedeutungslose Privatleistung der „Nowoje Wremja", teils gab man den amtlichen Charakter der russischen Preßkundgebung zu, ging aber über dieses „Mißverstehen" des Delcasséschen Gelbbuches über Maze-

* In seinem Berichte vom 28. März 1903 (Nr. 45) hatte Botschafter Graf Monts einer Reise seines französischen Kollegen Barrère nach Paris gedacht, die offenbar zum Zweck habe, die italienischen Sympathien für den russisch-französischen Zweibund zu beleben. Dazu hatte Kaiser Wilhelm II. bemerkt: „Zuvor muß das Communiqué des Regierungsboten und der Artikel der „Nowoje Wremja" vom 31. März über Frankreich im Balkan verdaut werden, ehe sie dort Theatercoups gegen uns loslassen."

donien leicht hinweg. Nirgends ist bei diesem Anlaß die sonst manchen französischen Blättern so naheliegende Frage nach dem Wert des russischen Bündnisses für Frankreich aufgeworfen, nirgends außer in dem bedeutungslosen „Gil Blas" eine grundsätzliche Änderung seiner Politik gegenüber der russischen Instrumentierung in der Behandlung der Balkandinge als wünschenswert, oder auch nur als möglich erörtert worden. In einer Korrespondenz aus St. Petersburg plädiert vielmehr das Herrn Delcassé nahestehende „Journal des Débats" auf mildernde Umstände für den nordischen Alliierten, dessen Eigenliebe und Prestigesucht im Orient Frankreich durch Zugeständnisse „de bonne grâce" schonen müsse.

Herr Delcassé selbst ist im ersten Augenblick zweifellos, wie auch Euerer Majestät Botschafter in Paris gemeldet hat, durch die russische Abkanzelung schwer getroffen worden, dürfte aber diesen peinlichen Eindruck schon verwunden haben. Im Grunde stärkt der St. Petersburger Zornesausbruch gegen die manchem Deputierten noch viel zu zahme Initiativpolitik des Gelbbuches dem Minister den Rücken gegenüber den zur offenen Intervention Frankreichs in Mazedonien drängenden nationalistischen, aber auch sozialistischen Elementen, von denen die ersten ihr Sprachrohr im „Eclair" und „Gaulois", die zweiten vornehmlich im „Temps" finden. Sofern aber Delcassé, im heimlichen Gegensatz zu Rußlands konservativer und autoritärer Balkanpolitik, einem eigenen Aktionsprogramm folgt, ist er vorsichtig genug, sein Spiel nicht direkt am Bosporus oder an der Newa, sondern auf dem Umwege über London und Sofia weiter zu versuchen. Gerade in den letzten Tagen hat sich außerdem in der Pariser Presse die Tendenz bemerkbar gemacht, eine Ableitung dadurch zu schaffen, daß man Rußland gegen Österreich-Ungarn wegen angeblicher Begünstigung der Albanesen mißtrauisch macht. Die Balkanpolitik Frankreichs und Rußlands ist von der französischen offiziösen Presse auf die Formel gebracht worden, daß man die gleichen Ziele erstrebe, wenn auch nicht vielleicht mit den gleichen Mitteln. Hiermit glaubt man offenbar, die russische Strafpredigt abgetan zu haben. Falls wider Erwarten jedoch diese Polemik noch fortgesetzt werden sollte, darf ich mir weitere Meldung alleruntertänigst vorbehalten*.

Richthofen

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Im Uebrigen kommt ja H[is] M[ajesty] the king nach Paris! Das ist ein schöner bonton, und da kann ja Manches beredet werden

---

* Tatsächlich verzog sich die durch Frankreichs Extratouren in den Orientfragen zwischen ihm und Rußland entstandene Verstimmung sehr bald wieder, ohne der Allianz irgend wesentlichen Eintrag getan zu haben.

Nr. 5913

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 129 Paris, den 29. April 1903

Je näher der Tag der Ankunft des Königs von England* heranrückt, desto energischer nehmen die nationalistischen Blätter gegen eine französisch-englische Annäherung Stellung. In den Leitartikeln wird deshalb von der Erschütterung der russischen Allianz wie von einer selbstverständlichen Tatsache gesprochen, und alle Vorgänge in Frankreich, welche früher das Mißfallen des Zarenhofes erregt haben, werden von neuem der republikanischen Regierung zur Last gelegt. („Patrie" vom 21. und 27. d. Mts. „Autorité" vom 27. d. Mts.)

Hiervon dürfte wohl nur die eine Behauptung zutreffend sein, daß nämlich die russischen Diplomaten und die russischen Militärattachés zum großen Teil das radikal-sozialistische Regierungssystem als nachteilig für das französische Ansehen bezeichneten. Diejenigen Mitglieder der Botschaft, welche sich durch abfällige Äußerungen über die französische Regierung kompromittiert haben, sind jedoch beseitigt worden. Der Graf Murawiew-Amursky und Herr von Swjetschin. Letzterer begab sich gestern auf seinen neuen Posten in Konstantinopel.

Aus den vorerwähnten Preßstimmen die Folgerung zu ziehen, die russische Allianz könne eine Änderung erfahren, dürfte sehr verfrüht sein. In den nationalistischen Blättern ist weit mehr innerpolitischer Haß gegen das jetzige Ministerium als Aufrichtigkeit in der Beurteilung der auswärtigen Beziehungen vorhanden. Die Nationalisten tadeln jeden Schritt Frankreichs auf dem Gebiet der äußeren Politik, nicht deswegen, weil sie die jetzigen Beziehungen zu England und Italien als nachteilig für ihr Vaterland ansehen, sondern weil ihnen die Leiter der auswärtigen Politik verhaßt sind. Irgendwelchen Einfluß besitzen sie nicht. Die einzige Bedeutung der Nationalisten besteht in ihrer Verbindung mit der „Nowoje Wremja", welche ganz in ihrem Sinne schreibt und sich mit ihnen auch in antisemitischen Tendenzen berührt. Hierdurch entstehen periodisch Reibereien, die jedoch bisher noch kein Resultat gegeben haben.

Natürlich fühlen sich die Nationalisten, die in der Mehrheit Monarchisten sind, von dem autokratischen System Rußlands an-

---

* 1. Mai.

gezogen, während die Linke der Kammer in England den Hort der liberalen Ideen und des Freihandels, sowie das Asyl für politische Flüchtlinge erblickt. („La Petite République"). Insofern kann man immerhin sagen, daß die Kammermehrheit Sympathien für England besitzt, und daß ihre Presse an Rußland manches auszusetzen findet; auch fällt gewiß oft ein hartes Wort in Petersburg über diesen oder jenen allzu frei denkenden französischen Minister, aber von solchen Auffassungen, die auf sozialem Gebiete liegen, bis zur wirklichen Beeinträchtigung eines seit langen Jahren bestehenden Bündnisses ist ein weiter Schritt.

Von französischer Seite wird man wohl den Zweibund so lange wie möglich aufrechtzuerhalten suchen; dafür spricht die überall verbreitete und in der Presse auch zum Ausdruck gelangende Überzeugung, daß die Freundschaft mit Rußland die Grundlage der französischen Politik ist und dem Lande in der schweren Krisis der letzten Jahre eine große Stütze gewesen ist. Hierzu kommt, daß Frankreich durch die in Rußland untergebrachten Kapitalien noch mehr als früher an den Verbündeten gekettet ist.

Ob sich in St. Petersburg allmählich eine Abneigung gegen Frankreich herausgebildet hat, und ob insbesondere das eifrige Bestreben des Herrn Delcassé, sich mit Italien und England gut zu stellen, Mißfallen erregt, dürfte noch abzuwarten sein. Bei dem großen Gewicht, welches hier auf die russische Freundschaft gelegt wird, scheint es glaubhaft, daß man sich über die Ereignisse in der auswärtigen Politik zuvor mit Rußland ausgesprochen hat. Wie ich betonen möchte, beruht diese Ansicht lediglich auf Vermutung, ich habe darüber nichts Bestimmtes in Erfahrung gebracht. In der Presse bespricht bisher nur die „République Française", das Organ Mélines, diesen Punkt. Wie ich schon an anderer Stelle berichtet habe, glaubt das Blatt an eine Verständigung zwischen Rußland und England über die auf dem Balkan zu befolgende Politik. Der Verfasser des Artikels, de la Tour, ist nicht immer zuverlässig.

Auf Grund meiner Beobachtungen habe ich den Gesamteindruck gewonnen, daß die Reise des Königs von England in den bisher wenig günstigen Beziehungen zwischen Frankreich und England eine Détente herbeiführen wird, auf welche man am Quai d'Orsay stark hinarbeitet, daß jedoch Frankreich nach wie vor in erster Linie am russischen Bündnis festhält.

Das allgemeine Urteil lautet dahin: „Man wird dem König Eduard einen höflichen und glänzenden Empfang bereiten, es wird jedoch nicht entfernt dieselbe Begeisterung herrschen, wie bei dem Besuch des Zaren."

Radolin

Nr. 5914

Bericht des Militärattachés in Paris Majors von Hugo

Abschrift

Nr. 29 Paris, den 8. August 1903

Reise des Chefs des französischen Generalstabs nach Rußland

Der „Matin" meldet heute morgen, daß der Chef des französischen Generalstabes, General Pendezec, gestern in St. Petersburg angekommen sei. Diese Reise hat sich in aller Stille vollzogen und läßt daher schon auf ihren geheimen Charakter schließen. Daß nicht ausschließlich ihr Zweck der ist, der kaiserlichen Einladung zum Beiwohnen der großen Manöver zwischen Petersburg und Wilna zu folgen, sondern daß vor allem Abmachungen militärischer Natur zwischen den Mächten des Zweibundes, die sich ausschließlich gegen Deutschland richten, festgelegt werden, darf angenommen werden. Welcher Natur die letzteren sein werden, wird sich schwer feststellen lassen. Jedoch möge es mir gestattet sein, einige Vermutungen auszusprechen, selbst auf die Gefahr hin, Verhältnisse zu berühren, über welche mir unbekannte, aber sichere Nachrichten in Berlin vorliegen werden.

Die russisch-französische Allianz hat den Kulminationspunkt beiderseitiger Begeisterung schon seit längerer Zeit überschritten. Durch die Berührung der Vertreter beider Armeen im Chinafeldzuge hat sich in Frankreich die Meinung gebildet, daß man in bezug auf Kultur und Gesittung, Lebensart und Führung, Bildung und Ansichten doch sehr wenig Berührungspunkte miteinander habe. In Rußland ist das Mißtrauen gegen Frankreichs Armee seit dem Dreyfusprozeß nicht allein nicht geschwunden, sondern eher im Wachsen begriffen.

Die rücksichtslose Durchführung des Kongregationsgesetzes und die traurige Rolle, die einige in monarchischen und klerikalen Ideen aufgehende Offiziere der befehlenden republikanischen Staatsgewalt gegenüber hierbei spielten, kann dieses Mißtrauen nur verstärkt haben. Französische Offiziere, die nach Petersburg zu kriegsgeschichtlichen Studien entsandt wurden, sind unverrichteter Dinge heimgekehrt und beklagen sich laut darüber, daß sie keinerlei kameradschaftliches Entgegenkommen gefunden, sondern stets unter polizeilicher Kontrolle gestanden hätten. Der russische Versuch, im Herbst 1901 eine Anleihe in Paris aufzubringen, scheiterte und ward bis jetzt nicht wiederholt. Die russischen Offiziere genießen hier in der Öffentlichkeit nicht mehr das Ansehen wie noch vor zwei Jahren, und am 14. Juli d. Js. erfolgten bei der Revue die Rufe „Vive la Russie" nicht. Selbst die Anwesenheit des Zaren bei den Manövern 1901 ließ durch die Kälte und Gleich-

gültigkeit der Volksstimmung erkennen, daß die Zeiten enthusiastischer Begeisterung im Schwinden waren.

Es kann nun aber für Frankreich nur von größter Bedeutung sein, seine politischen Beziehungen zu Rußland zu befestigen und dort seine Armee wieder zu vollem Ansehen zu bringen. Und das um so mehr, weil Frankreich durch die Besserung seiner wirtschaftspolitischen Lage zu Italien und zu England sich unbezweifelt einen politischen Vorteil gesichert hat. In dieser Beziehung ist also der Augenblick des Besuchs besonders günstig. pp.

(gez.) von Hugo

Nr. 5915

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung.

Nr. 142 Paris, den 17. Oktober 1903

Die letzten politischen Ereignisse, d. h. der englische und italienische Besuch*, haben heute allgemein die Frage aufgeworfen, wie es denn in Rußland stehe. Dies um so mehr, als jetzt die französische Regierung auf das schärfste von der „Nowoje Wremja" und dem „Grashdanin" angegriffen wird. Die Möglichkeit einer Verbindung der drei Westmächte im Gegensatz zu den drei Kaiserreichen wird vielfach besprochen und hier und da in der Presse berührt, besonders am 15. d. Mts. in der „Revue Russe", welche der russischen Botschaft und dem Quai d'Orsay nahestehen soll. Darin heißt es, daß die Furcht vor dem Sozialismus den Anschluß der konservativen Länder zur Folge haben könnte.

In diese fragliche Stimmung platzte die Absage des Zaren in Rom** wie eine Bombe. Man fühlt, daß etwas geschehen müsse, um Klärung zu schaffen, da man annimmt, daß der Zar es bereut, zu vertraut mit Ländern zu sein, wo die Sozialisten das Szepter führen. Man denkt an zwei Auswege: Entweder Verschiebung der internationalen Allianzen, was in Frankreich befürchtet wird, da das Land und auch Delcassé an der Allianz hängen, oder an einen Systemwechsel in der französischen inneren Regierung.

Es fragt sich, ob Rußland wirklich den Einfluß hierzu in Frankreich besitzt.

---

* Dem Besuch König Eduards VII. in Paris (1. bis 4. Mai) war vom 14. bis 18. Oktober ein solcher des italienischen Königspaars gefolgt.

** Am 12. Oktober war der angesagte Besuch des Zaren in Rom wegen der von den italienischen Sozialisten dagegen entfachten Agitation wieder abgesagt worden.

Sollte die Regierung sich der Gefahr aussetzen, Rußland zuliebe sich weiter nach rechts wenden und den Weg zu betreten, welchen die Nationalisten und Monarchisten seit langer Zeit vorschreiben, indem sie hoffen, daß er zur Monarchie führt?

Würde ein Kampf zwischen der Regierung und den Nationalisten aufs neue entfacht werden, ohne freilich die Republik zu Falle zu bringen, könnte dies wohl nur im deutschen Interesse liegen, da Frankreich dann mit inneren Angelegenheiten vollauf beschäftigt sein würde.

Am interessantesten in der ganzen Sache ist die Haltung des auswärtigen Ministeriums. Delcassé scheinen schwerwiegende Bedenken gekommen zu sein, denn er befindet sich Rußland gegenüber in einer eigentümlichen Lage. Er hat sich sehr mit England und Italien eingelassen, er kann nicht gegen die Kammermehrheit angehen, die die Combessche Politik, welche von Rußland immer getadelt wird, billigt. Im „Temps" vom 16. Oktober, dessen Artikel „France et Italie" auf den Einfluß von Delcassé zurückzuführen sein soll, machte der Minister einen energischen Versuch, sich aus der Zwickmühle zu befreien. Es heißt darin: nie sei das Verhältnis zwischen Frankreich und Rußland enger und sicherer gewesen wie jetzt. Delcassé habe das Bündnis als das pivot der französischen auswärtigen Beziehungen bezeichnet, selbst Jaurès habe sich damit abgefunden, die Russen selbst hätten die Franzosen zu den neuen freundschaftlichen Beziehungen beglückwünscht. Dessen hätte es gar nicht einmal bedurft, um zu beweisen, daß die russische Regierung die Ausführungen des Fürsten Meschtscherski mißbillige. „Il ne nous déplaît pas néanmoins de répondre par les faits aux oracles étranges que rend du haut de son Grashdanin cet écrivain de mauvaise humeur." Paris könne deshalb sich jetzt unbesorgt den Festlichkeiten hingeben. Mehr wie alles Übrige zeigt der Artikel, wie sehr man um die russische Allianz besorgt ist.

Die Abwesenheit des russischen Botschafters fällt allgemein auf. Die „République Française" vom 16. bemerkt, daß Fürst Urussow nicht dieselben Gründe der Gesundheit geltend machen könne, wie Graf Wolkenstein*, und seine Abwesenheit von Paris vermehre die Bedeutung der Absage des Zaren in Rom. In russischen Botschaftskreisen läßt man mit bewunderungswürdiger Freimütigkeit durchblicken, daß der Botschafter kein großes Gewicht darauf lege, seinen Urlaub zu unterbrechen, um mit Combes die Festlichkeiten zu begehen.

Trotz der unzweifelhaft vorhandenen freudigen Stimmung schwebt [es] über dem italienischen Besuch bei der Umgebung des Königs wie eine Wolke des Unmuts wegen der Absage des Zaren, die sie als

---

* Österreich-ungarischer Botschafter in Paris.

affront empfindet und jedenfalls als neuen Triumph der Sozialisten bezeichnet.

In der hiesigen Presse wird eigentümlicherweise im Anschluß an die verfehlte Romreise gemeldet, der Kaiser Nikolaus werde demnächst Frankreich einen besonderen Beweis seiner Zuneigung geben.

Radolin.

Nr. 5916

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Konzept

Berlin, den 19. Oktober 1903

Ew. K. u. K. Majestät unterbreite ich ehrfurchtsvollst zwei Telegramme des Fürsten Radolin. Das Telegramm Nr. 141 * bestärkt die Ew. Majestät bereits seit längerer Zeit bekannte Vermutung, daß die Stellung des Grafen Lamsdorff erschüttert ist. Auch in Petersburger diplomatischen Kreisen scheint diese Annahme jetzt allmählich Boden zu gewinnen. Man sagt dort, daß Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus die Politik des Grafen Lamsdorff zu ruhig sei; Seine Majestät wolle raschere und größere Erfolge sehen. Hiernach würde es sich also nicht lediglich um einen Personen- sondern schon mehr um einen Systemwechsel in der auswärtigen Politik handeln, wie ein solcher durch die Errichtung der ostasiatischen Statthalterschaft ** ja auch bereits angedeutet ist.

Wenn die Absicht des Zaren sich wirklich auf eine Politik erfolgreicher Demonstrationen richten sollte — eine wirkliche Kriegspolitik zieht der Beherrscher aller Reussen nach seiner ganzen Individualität wohl schwerlich in den Kreis seiner Berechnungen —, so würde die Haltung des französischen Verbündeten dabei von größter Bedeutung sein. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Zar und seine Berater sich nicht freuen können, wenn Frankreich seine Freundschaft nicht mehr als russisches Monopol betrachtet, sondern auch England und Italien derselben teilhaftig werden läßt. Heute wieder wie vor 50 Jahren steht die Orientfrage im Vordergrunde, und gerade hinsichtlich der Orientfrage sind die Interessen Frankreichs denen von England und Italien gleichartiger als den russischen. Eine russisch-französische Freundschaft ist nur dadurch ermöglicht worden, daß Rußland 25 Jahre lang vor den Meerengen Halt gemacht hat. Es fehlen indessen nicht die Anzeichen dafür, daß auch während dieser Ruhepause besorgte

---

* Nach Fürst Radolins Telegramm Nr. 141 vom 17. Oktober galt in Paris die Stellung des Grafen Lamsdorff als schwer erschüttert.

** Sie war am 12. August 1903 erfolgt. Vgl. Kap. CXVI, Nr. 5425 nebst Fußnote ***.

Blicke von Paris wie von Rom aus sich nach den Meerengen richteten. Durch die Veröffentlichung eines Neffen von Crispi* ist neuerdings bekanntgeworden, daß dieser im Jahre 1887 dem Fürsten Bismarck erklärte, Italien würde nicht zugeben können, daß Konstantinopel russisch würde. Um das zu verhindern, habe Cavour 1854 am Krimkriege teilgenommen, und in gleicher Lage würde Italien wieder ebenso handeln müssen.

Zur Zeit der armenischen Wirren (1895) sagte der damalige französische Minister Hanotaux dem Fürsten Münster: „J'espère que la Russie ne va pas soulever la question des Détroits, parce que cela serait trop gros pour nous**." Sieben Jahre später versuchte, augenscheinlich unter französischem Einfluß, der italienische Minister Prinetti bei Erneuerung des Dreibundes eine Klausel einzuschieben***, daß der Dreibund verpflichtet sei, gegen jede Macht vorzugehen, welche eine Veränderung des Status quo in der europäischen Türkei würde herbeiführen wollen. Herr Prinetti gab hierbei die schriftliche Erklärung ab, Italien könne niemals zugeben, daß Konstantinopel eine russische bezw. eine slawische Stadt würde. Auf diese Zumutung hätte Deutschland eigentlich mit der volkstümlichen französischen Redensart antworten können: Je ne suis pas aussi bête que vous en avez l'air. Denn von der Annahme dieser Bestimmung hätte in erster Linie Frankreich den Vorteil und außerdem noch einen Grund gehabt, um Rußland gegen Deutschland als den Leiter des Dreibundes zu hetzen.

Es ist nicht denkbar, daß die russische Diplomatie von der gleichartigen Auffassung der Meerengenfrage in Paris und Rom nicht unterrichtet sein sollte. Man darf also sagen, daß der ultrademokratische Stempel der heutigen französischen und italienischen Regierung zwar ein Grund, aber nicht der alleinige Grund der Mißstimmung ist, welche russischerseits in der Absage des Zarenbesuchs, in der unentschuldigten Abwesenheit des russischen Botschafters in Paris von den italienischen Festlichkeiten und in einer Reihe sehr scharfer russischer Zeitungsartikel zum Ausdruck gebracht wird.

Dieses Thema der russisch-französischen Mißstimmung wird in dem zweiten Telegramm des Fürsten Radolin, Nr. 142†, behandelt. Die beiden Amis et Alliés haben das Bewußtsein, daß sie nicht mehr recht zusammen stimmen, und beide werden darüber nervös. Besonders bezeichnend ist es, daß die „Revue Russe", bei welcher man eine amtliche Inspiration als ausgemacht betrachten kann, die Franzosen mit dem Gespenst des Dreikaiserbundes zu schrecken sucht. Bei früheren Gelegenheiten hat immer schon der leise Verdacht, daß Ruß-

---

* Palamenghi-Crispi.
** Vgl. Bd. XI, Kap. LXVI, 2676.
*** Vgl. Kap. CXXII, Nr. 5720.
† Siehe Nr. 5915.

land nach der deutschen Seite neigen könnte, genügt, um Frankreich unter Nichtberücksichtigung eigener Interessen den russischen Wünschen fügsam zu machen. Es bleibt abzuwarten, ob heute nach der Herstellung der entente cordiale mit England und der Freundschaft mit Italien Frankreich immer noch in der gleichen Gebe- und Nachgebelaune bleibt. Um in der Orientfrage, falls diese sich wirklich zuspitzen sollte, fortdauernd gleichen Sinnes mit Rußland zu sein, müßte bei der französischen Regierung das Gefühl der Isolierung, der Hilflosigkeit und der Abhängigkeit von Rußland stärker sein als es mutmaßlich heute nach den beruhigten Beziehungen zu Deutschland, nach dem englischen und italienischen Besuche und den damit verbundenen Aussprachen ist. Unter diesen Umständen ist anzunehmen, daß russischerseits als wirksamstes Mittel zur Erhaltung der französischen Allianz eine gewisse freundliche Koketterie Deutschland gegenüber in Anwendung gebracht werden wird. Ein russisches Entgegenkommen, gleichviel aus welchem Grunde, ist immer besser als das Gegenteil, wobei freilich nicht vergessen werden darf, daß der Zweck des Entgegenkommens, nämlich die Festigung der russisch-französischen Beziehungen, für uns ein unerwünschter ist. Je mehr und je demonstrativer wir im gegenwärtigen Augenblick auch unsererseits die Annäherung an Rußland markieren, desto mehr ängstigen wir die Franzosen, und desto fester ketten wir sie an Rußland. Die Orientfrage ist der Keil, welcher den Zweibund langsam aber sicher auseinandertreiben wird. Aber dieser Prozeß ist heute erst in seinen Anfängen. Wir fördern denselben am besten dadurch, daß wir ruhig in unserer bisherigen Reservestellung bleiben und es den zunächst interessierten Mächten überlassen, sich auseinanderzusetzen. Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint es mir bei längerem Nachdenken immer richtiger, daß Ew. Majestät Seine Majestät den Kaiser Nikolaus nicht nach Potsdam und Berlin sondern einfach nach Wiesbaden* eingeladen haben. Vielleicht gelingt es Euerer Majestät, das Zusammensein mit dem Zaren derartig auszufüllen, daß derselbe keine Zeit und Gelegenheit hat, politische Wünsche vorzubringen. Diese würden nach Lage der Verhältnisse voraussichtlich das Ziel verfolgen, Frankreich durch einen Hinweis auf Rußlands deutsche Unterstützung nachgiebig zu machen. Im nahen Orient könnte es sich um Euerer Majestät diplomatische Unterstützung für eine russische Annäherung an Konstantinopel handeln und im fernen Osten um eine Verstärkung der russischen Stellung für den Fall, daß die Erwerbung der Mandschurei nicht ohne Krieg erreichbar wäre. Daß Rußland die Meerengen, den „Schlüssel zu seinem Hause", früher oder später erwirbt, ist eine

---

* Die Zusammenkunft des Kaisers mit dem Zaren in Wiesbaden und Wolfsgarten bei Darmstadt fand am 4./5. November statt. Vgl. Kap. CXVI, Nr. 5422.

Möglichkeit, welche Ew. Majestät in dem Programm Allerhöchstihrer Politik längst in Rechnung gezogen haben. Aber eine Unterstützung des russischen Vorgehens unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde gegen Deutschlands Interessen sein, denn sie würde Frankreichs Widerstand gegen den russischen Plan brechen. Gerade dieser Widerstand bietet die einzige Aussicht auf die Sprengung des Zweibundes. Ein etwaiger russischer Fühler dürfte daher nach meinem alleruntertänigsten Dafürhalten wohlwollend, aber dilatorisch zu behandeln sein, etwa unter Hinweis auf Kriegsgefahr.

Was den fernen Osten anlangt, so würde schon der leiseste Verdacht, daß Deutschland auf russischer Seite stehe, jeden Widerstand Japans sowohl wie Englands lähmen und die Zweibundmächte allerdings zu Herren von Asien machen. In der vergangenen Woche tauchte bereits in einzelnen englischen Zeitungen die vielleicht von russischer Seite inspirierte Behauptung auf, es bestehe zwischen Rußland und Deutschland ein geheimes ostasiatisches Abkommen, jeder Widerstand Japans sei somit unmöglich gemacht. Für den Fall, daß Kaiser Nikolaus diese Frage anregen sollte, möchte ich Ew. Majestät alleruntertänigst anheimgeben, auf Allerhöchstihrem bisherigen Standpunkt zu bleiben, daß nämlich Deutschland einem russisch-japanischen Duell ruhig zuschaut, und zwar bis ans Ende, daß aber das Hinzutreten noch anderer Mächte Situationen von unabsehbarer Tragweite schaffen könne, und daß einer solchen Eventualität gegenüber es unmöglich sei, sich im voraus zu binden. Diese allgemeine Andeutung wird voraussichtlich genügen, und es wird Ew. Majestät erspart bleiben, auf den heiklen Punkt einer gegenseitigen Gewährleistung des Besitzstandes als Vorbedingung einer jeden Verständigung hinzuweisen. Am günstigsten wäre es freilich, da Ew. Majestät weder hinsichtlich des nahen noch des fernen Ostens den russischen Wünschen würden ganz entsprechen können, wenn Allerhöchstdieselben in der Lage sein würden, die Äußerung solcher Wünsche überhaupt zu kupieren.

Im letzten Augenblick füge ich noch zwei Zeitungsausschnitte bei, von welchen ich nicht gleich feststellen kann, ob sie Ew. Majestät vorgelegen haben. Das eine ist die obenerwähnte Veröffentlichung von Palamenghi-Crispi mit der Erklärung, daß Italien die russische Besitznahme von Konstantinopel nicht zulassen könne, das andere eine Korrespondenz der „Neuen Freien Presse“ aus Paris, wonach der Präsident des Pariser Munizipalrats in seiner Anrede an Seine Majestät den König von Italien auf die Waffenbrüderschaft aus dem Krimkriege hingedeutet hat.

Bülow

Nr. 5917

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Entzifferung

Nr. 393 Paris, den 29. Oktober 1903

Der Besuch des Grafen Lamsdorff* bildet das Tagesgespräch. Man verliert sich in Kombinationen über den Zweck der Reise. Die Kollegen kommen zu mir, um zu sondieren, ob ich etwas wüßte. Der türkische Botschafter fragte mich ängstlich, ob es sich bei den Besprechungen wohl um die mazedonische Frage handeln könne. Munir Pascha bemerkte hierbei, seiner Ansicht nach könne der Sultan die russisch-österreichische Note** in der neuen Form nicht annehmen, und daß er an Koerzitivmaßregeln der Signatarmächte nicht glaube, weil die eine Macht der anderen nicht gestatten würde, solche zu ergreifen und bestimmte Plätze zu besetzen[1].

Von den hiesigen politischen Leuten meinen die einen, der ganze Besuch sei lediglich darauf gemünzt, die zweifelnde Welt von dem ungetrübten Fortbestande der engen Beziehungen zwischen beiden Reichen zu überzeugen. (Wenn dies so sicher wäre, bedürfe es keiner Beteuerung.) Andere glauben, daß Graf Lamsdorff Aufklärungen über den nicht erfolgten Besuch des Zaren in Rom*** geben wolle mit einer versteckten Warnung gegen die zunehmende radikal-sozialistische Gefahr in den befreundeten Staaten.

Der italienische Botschafter† sagte mir mit einiger Bitterkeit und Ironie: „l'entente ne doit pas être aussi complète puis qu'ils ont besoin de se voir á tout moment tantôt à St. Petersbourg tantôt à Paris", und murmelte beim Weggehen in den Bart: „ce n'est pas comme entre nous etc." Er wollte damit anscheinend sagen, daß zwischen uns die Sachen glatt gingen, ohne daß die Minister sich so oft zu sehen brauchten.

Der gewöhnlich gut informierte und vorsichtige Monsieur Germain, der Schöpfer des mächtigen „Crédit Lyonnais" hat den Eindruck, daß Graf Lamsdorff besonders wegen der japanisch-russischen Schwierigkeiten mit Delcassé einen Gedankenaustausch haben wolle.

---

* Der russische Minister des Auswärtigen weilte vom 29. bis 31. Oktober in Paris und überreichte hier dem Präsidenten Loubet ein Handschreiben des Zaren.

** Gemeint sind die Mürzsteger Reformvorschläge; vgl. dazu Kap. CXVIII, Nr. 5620 ff.

*** Vgl. Nr. 5915, Fußnote **.

† Graf Tornielli.

Er meinte, Japan sei à bout de ses ressources angelangt, nachdem es mit großen Opfern die Rüstungen vollendet. Hierzu sei es von England getrieben worden, das sich seinen Handel in den Mandschurei-Häfen sichern möchte, ohne in den eventuellen Kampf hineingezogen zu werden. Japan müsse daher losschlagen, bevor es zu spät sei, wenn es ihm nicht gelingen sollte, durch seine drohende Kriegsbereitschaft friedlich die ihm nötigen Vorteile sich zu sichern. Rußland sei noch nicht in der Lage, den Kampf aufzunehmen, es gelte Zeit zu gewinnen und sich eines Rückhalts an Frankreich zu vergewissern (namentlich, wenn es sich bewahrheiten sollte, daß einer der Hauptzwecke des Besuchs König Eduards in Paris darauf gerichtet gewesen sei, Frankreich abzuhalten, sich in den russisch-japanischen Konflikt einzumengen, um nicht selbst gezwungen zu werden, für Japan einzutreten).

Delcassé sei — wie Monsieur Germain fortfuhr — in einer schwierigen Lage. Auf der einen Seite möchte er à tout prix Rußland sich gefällig erweisen, auf der anderen Seite fürchte er, Frankreich in Verwicklungen zu ziehen und seine eigene Stellung ernstlich zu gefährden.

In diesem Moment, meinte Herr Germain vertraulich, hänge alles von Deutschland ab. Es sei das Zünglein an der Wage. Deutschland stehe auf freundschaftlichem Fuß mit Rußland, es könne durch sein Gewicht sozusagen jede friedliche Lösung diktieren[2].

Die jetzt bestehenden guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland würden auch auf Frankreich günstig einwirken. L'Allemagne pourrait aussi grâce à ses bonnes relations présentes avec la Russie par son intermédiaire arriver à une bonne entente avec la France, mais toujours en s'adressant à la Russie[3].

Von verschiedenen Seiten wird bezweifelt, daß Graf Lamsdorff die ostasiatische Frage überhaupt näher erörtern könne, nachdem Admiral Alexejew über seinen Kopf weg zum Vizekönig des Amurgebiets ernannt worden ist.

Auch heißt es vielfach in Kreisen, die mit Witte Fühlung haben, daß die Tage des Grafen Lamsdorff gefährdet seien, und er durch Iswolski, der für nichts weniger als deutschfreundlich gilt, ersetzt werden dürfte.

Meine Kollegen und ich werden kaum Gelegenheit finden, Graf Lamsdorff zu sehen. Wir haben Karten gewechselt. Er ist aber von Delcassé förmlich in Beschlag genommen. Heute früh schon um achteinhalb Uhr sind beide Herren nach Versailles gefahren, um den Tag daselbst allein zu verbringen.

Durch ein komisches Zusammentreffen stieg Graf Lamsdorff im selben Hotel fast gleichzeitig mit 250 englischen Citykaufleuten ab,

die nach Paris gekommen waren, um den Arbitragevertrag* mit Graf Estournelles** und Konsorten enthusiastisch zu feiern[4].

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Aha! da könnte er sich doch sehr irren!
[2] fällt mir nicht im Traum ein!
[3] Frechheit! das besorgen wir allein!
[4] sehr gut
Schlußbemerkung des Kaisers:
Die Gallier haben Angst, Geld im ostasiatischen Rummel zu verlieren, und wollen, wir sollen daher die Russen davon abhalten! Ich denke nicht daran.

Nr. 5918

Der Reichskanzler Graf von Bülow, z. Z. in Stettin, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat. Geheim Stettin, den 31. Oktober 1903

Für Exzellenz Baron von Holstein.

Seine Majestät ist stark beeindruckt durch die heute früh eingegangene ergänzende Meldung der „Agence Havas", daß der Zar in seinem Brief an den Präsidenten Loubet seine besondere Genugtuung über das französisch-englische Abkommen*** und die französisch-italienische † Annäherung ausgesprochen hat. Seine Majestät hält eine allgemeine Koalition gegen uns nicht für unmöglich und meinte, die Äußerung des Zaren beweise jedenfalls, daß die Annahme, als ob eine Krimkrieggruppe sich gegen Rußland bilden werde, eine Phantasmagorie gewesen sei. Seine Majestät betonte auch bei diesem Anlaß, daß er dem Zaren anders als auf der Basis voller Gegenseitigkeit und gegenseitiger Garantie keinerlei Zusicherungen geben werde††. — Mit meiner Behandlung des Sultansbriefes††† ist Seine Majestät ganz einverstanden und wünscht den türkischen Botschafter jetzt nicht zu

---

* Es handelt sich um den am 14. Oktober zwischen England und Frankreich abgeschlossenen Schiedsgerichtsvertrag.
** Baron (nicht Graf) d'Estournelles, bekannter französischer Pazifist.
*** Vgl. Nr. 5917, S. 853, Fußnote *.
† Vgl. dazu Kap. CXXV.
†† Nämlich bei der bevorstehenden Zusammenkunft in Wiesbaden und Wolfsgarten (4. und 5. November); vgl. dazu Nr. 5916, S. 849, Fußnote, Kap. CXVI, Nr. 5422 ff.
††† Vgl. Kap. CXVIII, Nr. 5623, Fußnote.

empfangen, da uns dies in den Vordergrund der orientalischen Frage schieben, in Widerspruch zu ganz Europa und insbesondere den beiden Ententemächten bringen würde.

Bülow

Nr. 5919

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Romberg an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 753 St. Petersburg, den 7. November 1903
Vertraulich

Der österreichisch-ungarische Geschäftsträger in Paris Graf Kinsky will, wie mir mein hiesiger österreichisch-ungarischer Kollege erzählt, erfahren haben, daß der französische Generalstabschef General Pendezec sich sehr ungehalten[1] über die Lässigkeit ausgesprochen habe, mit der Rußland den Bau der gelegentlich der letzten französischen Anleihe Frankreich zugesagten strategischen Bahnen für den Aufmarsch gegen Westen betreibe. Es seien diesbezüglich französischerseits in St. Petersburg Vorstellungen[2] gemacht worden.

Romberg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das glaube ich
[2] die werden wenig Wirkung haben! Die Russ[ische] Armee hat jetzt Japan im Kopf; der „Westen" ist augenblicklich nicht in feindlichem Sinne in Frage.

Namenregister zu Band XIII—XVIII *

* Vgl. die Vorbemerkung zum Namenregister in Band VI.

Abarzuza, span. Vertreter bei den Friedensverhandlungen in Paris 1898, Staatsminister im Kabinett Silvela 1902/03.
XV, S. 78. 84.
XVII, S. 353. 354.
Abdul Asis, Sultan von Marokko 1894/1908.
XVII, S. 327. 327 A. 328. 328 A. 329. 330. 332 A. 333 A. 334. 335. 338. 338 A. 339. 340. 342. 344. 347. 360.
Abdul Asis, türk. Sultan 1861/76.
XVIII, S. 425. 452 A.
Abdul Hamid II., türk. Sultan 1876/1909.
XIII, S. 51. 55. 60. 65.
XIV, S. 189. 223. 224. 374. 429. 430. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 452 A. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 464. 465. 466. 473. 477. 482. 483. 488. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 522. 523. 524. 526. 527. 528. 529 A. 533. 550. 555. 559. 560.
XV, S. 155. 156.
XVII, S. 10. 123. 125. 126. 129. 335. 351. 372. 372 A. 375. 376. 377. 379. 380. 380 A. 381. 382. 385. 385 A. 386. 388. 389. 391 A. 393. 400. 406. 407. 410. 411. 412. 413. 416. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 433. 435. 444. 451. 455. 466. 467. 468. 469. 472. 474. 477 A. 479. 481. 481 A. 482. 482 A. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 496 A. 497. 497 A. 499. 500. 502 A. 503. 504. 505. 506. 506 A. 508. 509. 510. 516. 522. 525. 537. 552.
XVIII. S. 65. 72. 80. 83. 102. 104. 115. 119. 121. 122. 124. 125. 138. 139. 140. 141. 143 A. 145. 146. 147. 147 A. 148. 148 A. 149. 151. 152. 153. 154. 156. 158. 159 A. 160. 160 A. 167. 170. 171. 172. 173. 179. 182. 184. 185. 186. 187. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201 A. 204. 206. 207. 208. 209. 210. 213. 214. 215. 218. 220. 221. 222. 224. 225. 226. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 238. 240. 241. 241 A. 245. 246. 248. 248 A. 249. 250. 251. 251 A. 252. 254. 255. 256. 256 A. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 275. 276. 277. 279. 279 A. 280. 282. 285. 286. 288. 290. 291. 293. 294. 296. 297. 307. 311. 312 A. 313. 316. 317. 318. 320. 322. 324. 326. 328. 333. 335. 336. 337. 341. 342. 343. 344. 346. 347. 348. 350. 352. 359. 368. 370. 373. 374. 375. 375 A. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 382 A. 383. 383 A. 385. 385 A. 386. 387. 388. 388 A. 389. 391. 391 A. 392. 393. 394. 395. 396. 398. 402. 403. 403 A. 404. 405. 405 A. 409 A. 410. 411. 412. 413. 414. 416. 417. 418. 419. 419 A. 420. 420 A. 421. 422. 423. 425. 426. 427. 428. 430. 431. 434. 437. 438. 440. 441. 442. 443. 443 A. 444. 445. 446 A. 449. 449 A. 450. 451. 452. 452 A. 453. 453 A. 454. 455. 456. 457. 458. 460. 461. 461 A. 462. 462 A. 463. 464. 465. 468. 469. 470. 471. 473.

474. 475. 477. 478. 479. 480. 538. 727. 733. 734. 736. 737. 739. 741. 744. 746. 751. 790. 795 A. 806. 831. 832. 851. 853.
Abdullah Pascha, türk. Divisionsgeneral, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 312. 333.
XVII, S. 423.
Abdullah Taashi, Mahdi, Oberbefehlshaber der Derwische, Nachfolger des Mahdi Mohammed Ahmed 1885/99.
XIII, S. 250 A.
XIV, S. 371 A. 378. 612.
XVI, S. 26.
Abdur Rahman Chan, Emir von Afghanistan 1880/1901.
XIII, S. 60.
XVII, S. 373. 521. 521 A. 527. 528. 541. 541 A. 549. 550.
XVIII, S. 816. 816 A.
Abdurrahman Pascha, türk. Minister der Justiz und des Kultus 1895/1908.
XIV, S. 492.
XVII, S. 412.
Abel, Jesuitenpater.
XIII, S. 174.
Abrahamowicz, von, Mitglied des österr. Abgeordnetenhauses (1898), Präsident des Abgeordnetenhauses 1897.
XIII, S. 140.
Adalbert, Prinz von Preußen, dritter Sohn Kaiser Wilhelms II.
XVIII, S. 16.
Adelheid, Herzogin zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, Witwe des Herzogs Friedrich, geb. Prinzessin zu Hohenlohe-Langenburg.
XV, S. 558. 558 A.
Adolf, Prinz zu Schaumburg-Lippe, Gemahl der Prinzessin Viktoria von Preußen.
XIII, S. 279.
XV, S. 129.
Aehrenthal, Alois Freiherr Lexa von, österr.-ung. Botschafter in Petersburg 1899/1906.
XIII, S. 224. 224 A. 225. 226. 272. 273. 273 A. 276. 278.
XV, S. 181. 315. 515 A.
XVI, S. 96. 115. 388.
XVII, S. 155. 163. 163 A. 175.
XVIII, S. 9. 10. 105. 114. 114 A. 115. 125. 126. 129. 130. 132. 236 A. 239. 251. 254. 283. 284. 290. 291. 320. 322. 323. 324. 334. 335. 345. 346. 351. 352. 355. 356. 402. 502 A. 622. 623. 823. 824. 834.
Afghanistan, s. Abdur Rahman, Habib Ullah, Ischak Chan, Jakub Chan.
Agüera, Gutierrez de, span. Botschafter in Wien 1898/1902.
XV, S. 9.
Aguinaldo, Führer der Insurgenten auf den Philippinen 1898.
XV, S. 72.
Ahlefeld, Kunold von, Konteradmiral, Zweiter Admiral des Kreuzergeschwaders in Ostasien 1901/02.
XVI, S. 491.
Ahmed ben Mussa, marokk. Großwesir (1900).
XVII, S. 304. 306. 318.
Ahmed Nauzeddin Effendi, türk. Prinz, Sohn Abdul Hamids II.
XVIII, S. 373.
Akim Effront, Korrespondent der „Agence politique russe“ in Paris (1898).
XIII, S. 313.
Albert, Fürst von Monaco.
XIII, S. 268. 269. 317.
Alençon, s. Sophie.
Alexander, Prinz von Battenberg, Fürst von Bulgarien 1879/86.
XVIII, S. 131.
Alexander I. Obrenowitsch, König von Serbien 1889/1903.
XIII, S. 212 A.
XIV, S. 232 A.
XV, S. 236 A.
XVIII, S. 112. 113. 114 A. 115. 116 A. 132. 161. 307 A.
Alexander II., Kaiser von Rußland 1855/81.
XIII, S. 82. 209.
XV, S. 409.
XVIII, S. 27. 36. 79. 108. 818.
Alexander III., Kaiser von Rußland 1881/94.
XIII, S. 79. 82.
XIV, S. 557. 560.

XV, S. 358.
XVII, S. 29. 104.
XVIII, S. 48.
Alexander Michailowitsch, Großfürst von Rußland, Sohn des Großfürsten Michael Nikolajewitsch.
XVII, S. 172.
XVIII, S. 39. 42. 57. 420. 660. 660 A. 663. 669.
Alexandra, Prinzessin von Wales, nachmal. Königin von Großbritannien und Irland, Gemahlin des Prinzen Eduard, geb. Prinzessin von Dänemark.
XV, S. 421. 553. 561.
XVI, S. 292.
XVII, S. 23. 90. 288. 587 A.
Alexandra Feodorowna, Kaiserin von Rußland, Gemahlin Nikolaus II., geb. Prinzessin Alix von Hessen-Darmstadt.
XIII, S. 73. 74. 77. 83. 85. 179. 196. 220. 222. 223 A. 227 A. 230. 275.
XIV, S. 543. 544. 547. 673 A.
XV, S. 292. 356. 409. 410. 529. 536.
XVII, S. 95 A.
XVIII, S. 11. 12. 32. 32 A. 33. 34 A. 67. 106. 107. 109. 817. 817 A. 818. 819.
Alexejew, russ. Vizeadmiral, Chef des Pazifik-Geschwaders (1897), Chef des russ. Expeditionskorps in China 1900, Generaladjutant Kaiser Nikolaus II. (1902), Statthalter im Fernen Osten (1903).
XIV, S. 52. 54. 73. 74. 75. 77. 79. 128. 129.
XVI, S. 29. 30. 34. 35. 37. 47. 80. 92. 93. 139. 235. 238. 299. 312.
XVII, S. 563.
XVIII, S. 52. 56. 57. 81. 82. 852.
Alexis Alexandrowitsch, Großfürst von Rußland, dritter Sohn Kaiser Alexanders II.
XVIII, S. 11. 39.
Alfons XII., König von Spanien 1874/85.
XVIII, S. 617.
Alfons XIII., König von Spanien seit 1886.
XV, S. 56. 90. 127.
XVII, S. 356. 363. 363 A. 364. 365.
Alfred, Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha 1893/1900, Herzog von Edinburg, zweiter Sohn der Königin Viktoria von Großbritannien und Irland.
XIV, S. 620 A.
XVIII, S. 433.
Algerien, s. Jonnart, Lafferière.
Ali Chan, Mohamed, pers. Gesandter in London 1890/1906.
XVII, S. 530.
Almodóvar del Río, Herzog von, span. Staatsminister im Kabinett Sagasta 1898/99 und 1901/02.
XV, S. 42. 73. 75. 76. 77. 80. 81. 87. 88. 89. 91. 91 A. 92. 94. 101. 102. 103. 105.
XVII, S. 343 A.
Alten, von, preuß. Major, kommandiert zur Teilnahme an der Reorganisation der mazedonischen Gendarmerie (1903).
XVIII, S. 405 A.
Alvensleben, Graf von, Gesandter in Brüssel 1888/1901, Botschafter in Petersburg 1901/05.
XIV, S. 581 A.
XV, S. 546. 547.
XVI, S. 302 A. 387 A. 420.
XVII, S. 148. 156. 156 A. 160 A. 161. 163 A. 175. 176. 180. 204. 352. 442. 454 A. 572 A. 589.
XVIII, S. 35 A. 36 A. 38 A. 39 A. 40 A. 42 A. 44 A. 45. 47. 47 A. 50. 52. 55. 59. 61. 62. 62 A. 70 A. 236 A. 251. 252. 296 A. 306. 306 A. 307. 308. 312 A. 344. 345. 348. 351. 402. 419. 449 A. 728. 728 A. 818.
Amalie, Prinzessin von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg.
XIII, S. 260. 261.
Ambró von Adamócz, Baron, österr.-ung. Gesandter in Tokio 1900/09.
XVI, S. 23.
Amir Chan, pers. Kriegsminister (1901).
XVII, S. 530.
Ampthill, Lord Arthur Oliver, Pri-

vatsekretär von Joseph Chamberlain 1897/1900.
XV, S. 480.
Andrássy, Julius Graf, Mitglied des ung. Reichstages (1898).
XIII, S. 144.
André, franz. Divisionsgeneral, Kriegsminister in den Kabinetten Waldeck - Rousseau und Combes 1900/05.
XVII, S. 106.
XVIII, S. 10. 776 A. 814. 815.
Anitschkow, Sekretär bei der russ. Botschaft in Konstantinopel (1903).
XVIII, S. 347. 347 A.
Anthouard de Wasservas, Albert Baron d', Erster Sekretär bei der franz. Gesandtschaft in Peking 1899/1901.
XVI, S. 153. 155. 156. 157.
Anzépy, franz. Generalkonsul in Jerusalem (1898).
XIII, S. 243 A.
Anzer, Bischof von Süd-Schantung (1896, 1897).
XIV, S. 26. 76. 76 A. 99 A. 184.
Aoki, Vicomte, japan. Gesandter in Berlin 1892/98, Minister des Äußern im Kabinett Yamagata 1898/1900.
XIV, S. 185.
XVI, S. 11. 23. 44. 47. 48. 82. 83 A. 175.
XVII, S. 140.
Arco-Valley, Graf von und zu, Erster Sekretär bei der Botschaft in London (1898), Gesandter in Tokio 1901/06.
XIV, S. 177.
XVI, S. 464. 467.
XVII, S. 139 A. 146. 147.
Ardagh, Sir John Charles, engl. Generalmajor, Technischer Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 203. 204. 205. 206. 207. 210. 357.
Arif Pascha, türk. General, Kommandant des II. Armeekorps in Adrianopel (1903).
XVIII, S. 342.
Arnim, Hermann Graf (Muskau), Mitglied des Reichstags (1902).
XVII, S. 216. 217.
Arthur, Herzog von Connaught, Sohn der Königin Viktoria von Großbritannien und Irland.
XIV, S. 619. 620.
Asghar Chan, Mirza Ali, pers. Großwesir (Sadrasam) 1898 bis 1903.
XIV, S. 512. 512 A. 513. 518 A.
XVII, S. 513. 520. 551. 552. 553. 555. 556.
Ashley, Evelyn Melbourne, engl. Parlaments - Unterstaatssekretär der Kolonien im Kabinett Gladstone 1882/85.
XVII, S. 536.
Asquith, Herbert Henry, Mitglied des engl. Unterhauses, Staatssekretär des Innern in den Kabinetten Gladstone und Rosebery 1892/95.
XVII, S. 210. 211. 216 A.
Asser, niederländ. Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 238. 238 A. 239. 240. 246. 249. 250. 251. 253 A. 269. 271. 272. 273. 275. 277. 278. 314. 315. 321. 322. 323. 331. 338. 339. 340. 342. 357.
Asturien, s. Karl.
Aubert, franz. Generalkonsul in Pretoria 1899/1902.
XV, S. 381.
Auboyneau, Generaldirektor der Banque Ottomane in Konstantinopel.
XVII, S. 398. 433. 434. 439. 440. 444. 446. 453. 454. 459. 460.
Auersperg, Karl Fürst von, Vizepräsident des österr. Herrenhauses (1899).
XIII, S. 157.
Auguste Viktoria, Deutsche Kaiserin und Königin von Preußen, Gemahlin Kaiser Wilhelms II., geb. Prinzessin von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg.
XIII, S. 75 A. 77. 78 A. 101. 101 A. 179. 196. 218. 219. 222. 246. 246 A.
XIV, S. 382 A. 673 A.
XV, S. 396. 421. 422. 423. 423 A. 494. 524. 558.
XVII, S. 93 A. 121 A.

XVIII, S. 567. 568.
Augustin, span. General, Kommandant von Luzon (Philippinen) (1898).
XV, S. 33 A.
Auler Pascha, preuß. Oberstleutnant z. D., türk. General (1903).
XVIII, S. 347.
Aumale, Henry, Duc d'Orléans, Sohn Louis Philipps.
XIII, S. 241.
Avarna, Duca d', ital. Botschafter in Wien 1904/15.
XVIII, S. 640. 643. 644. 645. 646. 647.
Avellan, russ. Admiral (1897).
XIV, S. 125.

Bacheracht, von, russ. Ministerresident in Tanger 1898/1906.
XVII, S. 350 A. 352.
Bachmetiew, russ. Generalkonsul und diplom. Agent in Sofia 1897/1906.
XVIII, S. 9. 88. 91. 94. 95. 96. 97. 114. 116. 127. 129. 131. 132. 137. 143. 149. 174. 176. 198. 206. 215. 237. 261. 275. 276. 277. 296. 300. 303. 304. 305. 306. 306 A. 308. 309. 311. 312. 321. 322. 326. 328. 330. 344. 347. 351. 352. 353. 362. 366. 369.
Baden, s. Friedrich I., Max.
Badeni, Graf, österr. Ministerpräsident und Minister des Innern 1895/97.
XIII, S. 113 A. 114. 117 A. 124. 130. 139. 140. 142.
XIV, S. 103. 103 A.
Bagdad, s. Namyk Pascha.
Bakitsch, montenegr. Gesandter in Konstantinopel 1897/1903.
XVIII, S. 188. 207.
Baladzi, von, politischer Agent in Paris (1902).
XVIII, S. 828. 829. 829 A.
Balfour, Arthur James, Erster Lord des Schatzes im Kabinett Salisbury 1895/1902, Premierminister 1902/05.
XIV, S. 161. 163. 166. 168. 169. 172 A. 173. 181 A. 193. 193 A. 195. 196. 204. 207. 208. 209. 209 A. 210. 211. 212. 216. 216 A. 225. 227. 230 A. 236 A. 254. 315. 316. 316 A. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 334. 334 A. 337. 339. 339 A. 340. 344. 345. 346. 347. 350. 351. 353. 356. 357. 358. 359. 388. 568. 569. 570. 571. 582. 588. 603. 615. 619. 625. 626. 669.
XV, S. 146. 150. 151. 414. 415. 417. 418. 419. 423. 428. 431. 434. 435. 436.
XVI, S. 62. 87. 88 A. 172. 218. 328.
XVII, S. 7. 46. 50. 51. 115 A. 116 A. 194. 214 A. 215. 216. 231. 278. 279. 283. 289. 309. 310. 311. 313. 316. 321. 352. 373. 437. 438. 440. 440 A. 511. 557. 558. 571 A. 586.
XVIII, S. 61. 61 A. 252. 390. 390 A. 392.
Ballin, Albert, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Paketfahrt-Aktiengesellschaft (Hapag) 1900 bis 1918.
XVII, S. 10. 81. 189.
Ballot, franz. Gouverneur von Dahomey (1897).
XIII, S. 96 A. 97.
Bánffy zu Losoncz, Freiherr von, ung. Ministerpräsident 1895/99.
XIII, S. 113. 144. 146. 146 A.
Bapst, Botschaftsrat bei der franz. Botschaft in Konstantinopel 1898/1905.
XIV, S. 477.
XVII, S. 446. 447.
XVIII, S. 182. 183. 212. 217. 218. 219. 328. 340. 341. 454. 457. 458. 460. 461 A. 467. 468. 470. 471. 474. 475. 476. 478. 479.
Baratier, franz. Kapitän (1898).
XIV, S. 379. 379 A. 383.
Baratieri di San Pietro, Conte, ital. Oberstleutnant, Militärattaché in Paris (1901).
XVIII, S. 690.
Barclay, George Head, Zweiter Sekretär bei der engl. Botschaft in Madrid (1898).
XV, S. 16. 22.
Bardac, franz. Finanzier.
XVII, S. 399.

Baring, s. Cromer.
Baring and Co., Londoner Bankhaus.
XVII, S. 594.
Bariset, franz. Refraktär (1897).
XIII, S. 106. 107.
Barkhausen, Wirklicher Geheimer Rat, Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats (1899).
XIII, S. 167 A.
Baroli, ital. Vizekonsul in Toulon (1898).
XIV, S. 394.
Barrère, Camille, franz. Botschafter in Rom seit 1897.
XIV, S. 393. 435.
XVIII, S. 39. 39 A. 252. 463. 465. 508. 512. 513. 514. 515. 515 A. 516. 522. 524. 526. 540. 542. 543. 544. 589. 594. 598. 615. 641. 645. 706. 711. 712. 716. 717. 717 A. 718. 719. 720. 721. 722. 724. 724 A. 726. 730. 731. 740. 740 A. 745. 748. 757. 757 A. 840 A.
Barrington, Sir Bernard Eric Edward, Privatsekretär des engl. Premierministers Marquess of Salisbury 1895/1900, Privatsekretär von Lord Lansdowne 1900/05.
XV, S. 450. 473. 474.
XVI, S. 66. 71.
XVII, S. 91. 492.
Barrow, Sir Edmund George, engl. Oberstleutnant, Chef des Generalstabs des engl. Expeditionskorps in China 1900.
XVI, S. 258. 299. 304. 306. 307.
Barthou, Louis, franz. Deputierter.
XVIII, S. 786.
Bartisol, franz. Bauunternehmer.
XVII, S. 428.
Barton, Sir Geoffry, engl. Generalmajor, Kommandeur der Füsilierbrigade in Südafrika 1899 bis 1902.
XV, S. 555.
Basily, von, Chef des Ersten Departements im russ. Ministerium des Äußern, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899, zeitweise stellvertretender Leiter des Ministeriums des Äußern.
XV, S. 220. 236. 295. 301. 308. 312. 314. 315. 327. 329. 334. 341. 342. 343. 350. 350 A. 351. 352. 353. 357.
XVI, S. 252. 253. 255.
Basily, Sohn des Vorigen.
XV, S. 352.
Bassorah, s. Hamdi Pascha, Mohsin Pascha, Nedjb Bey, Nury Pascha.
Battenberg, s. Alexander, Beatrix.
Baudin, franz. Deputierter, Minister der Öffentlichen Arbeiten im Kabinett Waldeck-Rousseau 1899/1902.
XIII, S. 340. 340 A. 342.
XVIII, S. 786.
Baumann, Arthur Anthony, Mitarbeiter der „National Review“ (1901).
XVII, S. 536.
Bayern, s. Elisabeth.
Beaconsfield, Earl of (Benjamin Disraeli), engl. Premierminister 1874/80.
XVIII, S. 417.
Beatrix, Prinzessin von Battenberg, Gemahlin des Prinzen Heinrich von Battenberg, Tochter der Königin Viktoria von Großbritannien und Irland.
XV, S. 418.
Beau, Kabinettschef des franz. Ministers des Äußern (1898, 1900).
XIII, S. 248. 249. 250. 251. 252.
XVI, S. 112.
Beaufort, de, niederl. Minister des Äußern 1897/1901.
XV, S. 173. 342. 346. 369. 370. 374. 375. 376. 377. 384. 391. 392. 537. 543. 544 A. 545.
Beccaria Incisa, Marchese di, ital. Gesandter in Bukarest 1895 bis 1911.
XVIII, S. 588.
Beck, Freiherr von, österr.-ung. Feldmarschalleutnant, Chef des Generalstabs 1881/1906.
XVIII, S. 134. 568. 671. 672.
Beernaert, Auguste, Präsident der belg. Repräsentantenkammer, De-

legierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 201. 202. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 261 A. 314. 362.
Beer Poortugael, den, niederländ. General, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 200. 201. 314. 342. 357.
Beirão, portugies. Minister des Äußern im Kabinett Castro 1898/1900.
XIV, S. 364. 365.
Beldiman, Alexander, rum. Gesandter in Berlin 1896/1916, Erster Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 262. 265 A. 312. 328. 333. 335. 338. 339. 340. 362.
XVIII, S. 486. 584. 651. 652. 655. 655 A. 656. 657. 658. 659. 660. 662. 664. 665. 666. 667. 669. 670. 676.
Belgien, s. Leopold II.
Bell, Charles Frederic Moberly, Chefredakteur der „Times“ (1902).
XVII, S. 230.
Below-Rutzau, von, Generalkonsul und diplom. Agent in Sofia 1900/05.
XVIII, S. 125. 125 A. 128. 143. 176. 296. 303 A. 305. 307. 314. 327. 355 A. 356. 403 A.
Below-Saleske, von, Erster Sekretär bei der Gesandtschaft in Peking 1899/1900.
XVI, S. 119.
Below-Schlatau, von, Erster Sekretär bei der Botschaft in Paris 1897/99.
XIII, S. 264 A. 326. 327. 327 A. 332.
XV, S. 145.
Benckendorff, Alexander Graf von, russ. Gesandter in Kopenhagen 1897/1902, Botschafter in London 1903/17.
XIII, S. 192. 193.
XVII, S. 569. 570. 572 A. 574. 575. 576.
Benckendorff, Paul Graf von, russ. Hofmarschall (1901).
XVIII, S. 34.
Bendemann, Felix, Konteradmiral, Chef des Admiralstabs der Marine 1899, Chef des Kreuzergeschwaders in Ostasien 1900 bis 1902.
XIV, S. 660 A.
XVI, S. 4. 7. 7 A. 8. 24. 25. 26. 27. 27 A. 28. 29. 32. 32 A. 41. 59. 64. 78. 93. 123. 124. 139. 202. 203. 206. 209. 209 A. 211. 256 A. 298. 452. 459.
XVIII, S. 409.
Benderew, bulg. Oberst.
XVIII, S. 95.
Bennett, Gordon, Besitzer des „New York Herald“.
XVII, S. 210.
Berchtold, Leopold Graf von, Botschaftsrat bei der österr.-ung. Botschaft in Petersburg 1903/06.
XVIII, S. 82. 83. 389. 390. 854.
Beresford, Charles Lord, engl. Admiral.
XIV, S. 183.
Berger, franz. Kapitän, Militärattaché in Konstantinopel (1891), Präsident der türk. Dette publique (1899, 1903).
XIV, S. 444. 484.
XVII, S. 440. 444. 446. 459 A.
Bernardo, Graf San, span. Staatsminister im Kabinett Villaverde 1903.
XVII, S. 356. 357. 359. 360. 361.
Bernstorff, Graf von, Erster Sekretär bei der Botschaft in London 1902/06.
XVII, S. 358, 571, 571 A. 572 A. 589.
XVIII, S. 349. 349 A.
Bertie, Francis Leveson, Hilfssekretär im Foreign Office 1894 bis 1903.
XIII, S. 37.
XIV, S. 174. 175. 177. 178 A. 318. 321. 346. 571. 622 A. 652.
XV, S. 443. 444.
XVI, S. 8. 10. 104 A. 106 A. 111. 114. 116. 117. 118. 126. 218. 218 A. 220. 221. 359. 360. 384. 395. 396. 399. 401. 436.
XVII, S. 5. 41. 41 A. 230. 231.
Betzold, franz. Finanzier.
XVII, S. 584. 584 A. 585. 586. 587. 590.

Beuron, s. Wolters.
Beust, Friedrich Ferdinand Graf von, österr.-ung. Minister des Äußern und Reichskanzler 1867/71.
XV, S. 242.
Biddulph, Sir Robert, engl. General, Gouverneur und Oberkommandeur von Gibraltar 1893/1900.
XVII, S. 325.
Biedermann, von, franz. Finanzier.
XVII, S. 399.
Biegeleben, Freiherr von, österr.-ung. Botschaftsrat in London 1887/89.
XVIII, S. 489.
Biermann, Konsul in Pretoria (1899).
XIV, S. 649. 653.
XV, S. 367. 369. 381. 383. 384. 398. 399.
Bihourd, Georges, franz. Gesandter im Haag 1895/1900, Zweiter Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 312. 313. 313 A. 319. 334. 343. 357. 359.
Bildt, Baron von, schwed. Gesandter in Rom 1889/1902, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 210. 211. 312. 313. 313 A. 336. 339. 340. 357. 362.
Bilinski, Ritter von, österr. Finanzminister im Kabinett Badeni 1895/97.
XIII, S. 115.
Bille, de, dän. Gesandter in London 1890/1908, Erster Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 211. 362.
Billot, Jean Baptiste, franz. General, Kriegsminister im Kabinett Méline 1896/98.
XIII, S. 291. 294 A. 301. 301 A. 305 A. 309.
Binger, Louis Gustave, Direktor für Afrika im franz. Ministerium der Kolonien (1901).
XVII, S. 333.
Birilew, russ. Konteradmiral, Kommandant des Mittelmeergeschwaders (1901).
XVIII, S. 714 A. 715.
Bismarck, Herbert Graf von, Staatssekretär des A. A. 1886/90.
XIV, S. 573.
XV, S. 82.
Bismarck, Johanna Fürstin von, Gemahlin des Fürsten Otto von Bismarck.
XVII, S. 583, 583 A.
Bismarck, Otto Fürst von, Reichskanzler 1871/90.
XIII, S. 7. 8 A. 10. 11. 24. 53. 54. 58. 107. 200.
XIV, S. 27 A. 321 A. 388. 441 A. 595. 621.
XV, S. 190. 402. 491.
XVI, S. 206.
XVII, S. 34. 39. 39 A. 40. 44 A. 61. 66. 74. 75. 83. 96. 533. 583. 583 A.
XVIII, S. 8. 48. 179. 182. 216. 310. 438. 488. 489. 687. 692 A. 848.
Blanc, von, Korvettenkapitän (1873).
XIV, S. 6.
Blanco, span. General-Kapitän, Generalgouverneur von Kuba 1897/98.
XV, S. 15. 22.
Bleibtreu, Karl, Schriftsteller.
XIII, S. 307.
Blennerhasset, Sir Rowland, Kurator der irischen Universität Cork, Mitarbeiter der „National Review“ (1901).
XVII, S. 86. 86 A. 87 A. 444. 535.
Blennerhasset, Lady, geb. Gräfin Leyden, Gemahlin des Vorigen.
XVII, S. 86 A.
Bloch, von, russ. Schriftsteller.
XIII, S. 210. 210 A.
XV, S. 184. 313. 349. 349 A. 350. 351. 352. 356.
Blowitz, Heinrich Opper, gen. von Blowitz, Korrespondent der „Times“ in Paris.
XIII, S. 278.
XVIII, S. 773.
Blunt Pascha, General, engl. Offizier in türk. Diensten (1902).
XVIII, S. 214. 395.

Bluntschli, Professor für Staatsrecht an der Universität Heidelberg.
XV, S. 468.
Bodelschwingh, von, Pfarrer in Bielefeld.
XVI, S. 187 A.
Bodman, Freiherr von, bad. Gesandter in München und Stuttgart 1894/1908.
XIII, S. 215 A.
Bodman, Hans Freiherr von und zu, Erster Sekretär bei der Gesandtschaft in Teheran 1896/98.
XIV, S. 513. 513 A.
Böhmen, s. Schönborn Franz, Schönborn Friedrich.
Boehn, von, preuß. Major, Diensttuender Flügeladjutant Kaiser Wilhelms II. (1900).
XV, S. 554 A.
Bogdanowitsch, russ. General.
XVIII, S. 48. 49. 50.
Boisdeffre, Le Mouton de, franz. General, Chef des Generalstabs 1894/99.
XIII, S. 275. 276. 305 A. 310. 338.
XVIII, S. 814.
Bompard, Maurice, Direktor im franz. Ministerium des Äußern 1894/1902, Botschafter in Petersburg 1902/08.
XVII, S. 353.
XVIII, S. 353. 355. 783. 832. 833. 835 A. 836. 837.
Bonnal, Guillaume, franz. Brigadegeneral, Präsident der Obersten Kriegsschule in Paris 1901/02.
XVII, S. 89 A.
XVIII, S. 776. 776 A.
Borel, Chef-adjoint im franz. Ministerium des Äußern (1898).
XIII, S. 248. 249. 250. 251. 252.
Boris, Kronprinz von Bulgarien, ältester Sohn des Fürsten Ferdinand.
XVIII, S. 94. 276.
Botha, Louis, General, Oberkommandierender der Truppen der Südafrikanischen Republik 1901/02.
XVII, S. 188. 207 A. 216. 216 A. 217. 218. 219. 219 A. 220. 225. 226. 227. 228. 229. 229 A. 230. 231. 231 A. 232. 233. 233 A. 234.
Bothmer, von, Legationsrat im A. A. (1901).
XVIII, S. 147.
Botkin, Erster Sekretär bei der russ. diplom. Agentur in Sofia (1898).
XVIII, S. 94.
Boucher, Franzose in Johannesburg (1899).
XV, S. 381.
Boulanger, franz. General, Kriegsminister in den Kabinetten Freycinet und Goblet 1886/87.
XIII, S. 312.
XIV, S. 537.
XVIII, S. 27. 779 A.
Boulinière, de la, franz. diplom. Agent in Sofia 1900/02.
XVIII, S. 144.
Bourbon-Sizilien, s. Karl.
Bourgarel, franz. diplom. Agent in Sofia 1902/04.
XVIII, S. 175. 296.
Bourgeois, Léon, franz. Ministerpräsident 1895/96, Unterrichtsminister im Kabinett Brisson 1898, Erster Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XIII, S. 88. 241. 274. 311. 311 A.
XV, S. 208. 211. 238. 245. 248. 249. 254. 261 A. 269. 271. 272. 276. 277. 293. 296. 312. 313. 313 A. 314. 315. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 327. 328. 329. 331. 338. 340. 340 A. 343. 353. 355. 357. 359. 360. 362.
Bourson, franz. Refraktär (1897).
XIII, S. 106. 107.
Boutiron, Botschaftsrat bei der franz. Botschaft in Berlin (1899, 1900), in Petersburg (1903).
XIII, S. 282. 326.
XVI, S. 151. 246.
XVII, S. 562. 563.
XVIII, S. 390.
Bowen, amerik. Gesandter in Carácas 1901/05.
XVII, S. 263. 267. 269. 270. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 282. 283. 284. 285. 286. 286 A. 287. 288. 290 A.

Bowles, Thomas Gibson, Mitglied des engl. Unterhauses (1903).
XVII, S. 437. 439.
Brändström, schwed. Oberst, Technischer Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 203. 204. 205. 206. 207. 210.
Brandt, von, Gesandter in Peking 1874/92.
XIII, S. 53.
XIV, S. 12. 12 A. 14. 15. 23. 23 A. 115 A.
XVI, S. 16. 17. 361 A.
Brasilien, s. Pedro II.
Brassey, Lord Thomas, Gouverneur von Victoria (Australien) (1900).
XV, S. 486.
Bratianu, Jean, rum. Minister des Äußern im Kabinett Sturdza 1901/04.
XVIII, S. 669. 670. 678.
Bredow, Graf von, preuß. Major, Militärattaché in London (1901).
XVII, S. 188.
Brenan, Byron, engl. Generalkonsul in Schanghai 1899/1901.
XVI, S. 266.
Bresci, Angelo, Mörder König Humberts I. von Italien.
XVIII, S. 501 A.
Breslau, s. Kopp.
Brincken, Egon Freiherr von den, Gesandter im Haag 1895/99.
XV, S. 383. 384 A.
Brisson, Präsident der franz. Kammer (1897), Ministerpräsident und Minister des Innern 1898.
XIII, S. 71. 238 A. 239. 240. 310. 310 A. 311. 311 A.
XIV, S. 268 A. 269 A. 372 A. 382 A.
XV, S. 351 A.
Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf, Zweiter Sekretär bei der Botschaft in Petersburg (1899. 1900).
XIII, S. 199.
XVI, S. 95 A. 103. 107. 108.
Brodrick, William, Parlaments-Unterstaatssekretär im Foreign Office unter dem Kabinett Salisbury 1898/1900, Staatssekretär des Krieges in den Kabinetten Salisbury und Balfour 1900/03, für Indien im Kabinett Balfour 1903/05.
XIV, S. 419. 419 A. 420.
XVI, S. 252. 252 A. 291.
XVII, S. 308 A.
Bruce, Sir James Andrew Thomas, engl. Konteradmiral, Zweiter Kommandeur der Flottenstation China 1900/01.
XVI, S. 36. 37.
Bruck, Karl Freiherr von, österr.-ung. Botschafter in Rom 1886/95.
XVIII, S. 489.
Brugère, franz. Divisionsgeneral, Gouverneur von Paris (1900).
XVIII, S. 768.
Brunet, franz. Deputierter (1898).
XIV, S. 392. 393.
Brussatis, Kapitän zur See, Kommandant des Kanonenboots „Cormoran“ (1897).
XIV, S. 68 A.
Bryan, William Jennings, amerik. Politiker (1898).
XV, S. 59.
Bryois, franz. Vizekonsul in Buschir (1899).
XIV, S. 416.
Brzeznowski, tschechischer Agitator (1899).
XIII, S. 160. 160 A.
Buchanan, George William, Erster Sekretär bei der engl. Botschaft in Berlin 1901/03.
XVI, S. 460. 461 A.
XVII, S. 198 A. 256.
XVIII, S. 442. 507. 508. 720.
Buchard, franz. Leutnant zur See, Marineattaché in Berlin (1897, 1899).
XIII, S. 93. 94. 95. 237 A.
Buck, Alfred, amerik. Gesandter in Tokio 1897/1903.
XVI, S. 23.
Buckle, George Earle, Herausgeber der „Times“.
XV, S. 496.
Budberg, Baron von, Botschaftsrat bei der russ. Botschaft in Wien (1898, 1899).

XIII, S. 211. 211 A. 212.
XV, S. 154.
Budweis, s. Riha.
Büchsel, Wilhelm, Vizeadmiral, Chef des Admiralstabs der Marine 1902/08.
XVI, S. 491.
XVII, S. 242. 245. 246. 248. 249.
Bülow, Bernhard von, Graf (seit 23. Juni 1899), Fürst (seit 6. Juni 1905), Botschafter in Rom 1894/97, Staatssekretär des A. A. 1897/1900, Reichskanzler 1900/1909.
XIII, S. 3. 75 A. 89 A. 127. 135. 135 A. 136. 138. 167 A. 170 A. 183 A. 184 A. 216 A. 217 A. 219. 219 A. 220 A. 224 A. 231 A. 233. 234. 247 A. 249. 283 A. 300. 300 A. 311 A. 317 A. 319 A. 320. 322. 322 A. 330 A. 332 A. 333 A.
XIV, S. 58 A. 74. 77. 82. 84 A. 85 A. 104 A. 111. 111 A. 125 A. 131 A. 132 A. 134 A. 135. 141 A. 142 A. 151 A. 164. 167. 172 A. 194. 196. 207. 209 A. 211. 216 A. 217. 218. 229 A. 230 A. 231 A. 239 A. 252 A. 268. 271. 296. 296 A. 303. 306 A. 309. 315. 323 A. 334 A. 338. 341 A. 366 A. 382 A. 395 A. 415. 421 A. 426 A. 467. 490 A. 517. 543 A. 561. 567 A. 572. 573. 580. 581 A. 584 A. 587. 590. 592. 592 A. 594. 596. 598. 602. 603. 611 A. 613 A. 616 A. 623 A. 629. 636 A. 641 A. 660 A. 668.
XV, S. 3. 3 A. 4. 34 A. 40 A. 55 A. 76. 82. 101 A. 103 A. 105 A. 131. 160. 161. 173. 182 A. 264. 266. 290. 298 A. 307 A. 312 A. 344. 344 A. 353. 354. 360. 362 A. 378 A. 384 A. 391. 396 A. 397 A. 400 A. 406 A. 407 A. 411. 414 A. 416 A. 424 A. 425 A. 427. 428. 431. 431 A. 433 A. 477 A. 480. 480 A. 489. 496. 501 A. 511. 515 A. 535 A. 541 A. 550 A. 554 A. 558 A. 560.
XVI, S. 13. 15 A. 18 A. 22 A. 27 A. 28. 33 A. 34 A. 40. 43. 43 A. 48 A. 50 A. 54 A. 58 A. 61 A. 63 A. 66. 66 A. 70 A. 72. 72 A. 73. 74 A. 76. 76 A. 83 A. 94. 95. 97. 113. 116. 116 A. 125 A. 128. 130 A. 132A. 137. 138. 181 A. 199 A. 202. 206 A. 211. 212. 213 A. 214. 216. 217. 219 A. 223. 227. 232. 233 A. 254. 256 A. 272 A. 278 A. 279 A. 285 A. 302. 302 A. 307 A. 316 A. 319. 321 A. 336 A. 341 A. 348. 348 A. 371. 378. 390 A. 408 A. 409. 424 A. 430 A. 447 A. 478 A. 483 A. 485 A. 491.
XVII, S. 32. 33. 34. 36. 41 A. 42 A. 47. 50 A. 53. 57. 71. 73 A. 88. 93 A. 94 A. 95. 98. 100 A. 101 A. 105 A. 115 A. 122. 127 A. 148 A. 150 A. 191. 198 A. 199 A. 208. 209. 209 A. 221 A. 233 A. 235 A. 243 A. 252 A. 261. 281. 288 A. 297. 297 A. 298 A. 309. 354. 354 A. 355 A. 356. 374. 375. 386. 390 A. 408 A. 415 A. 455. 457 A. 461. 477 A. 480. 488. 501. 503. 548. 572 A. 573 A. 590 A.
XVIII, S. 5 A. 12 A. 16. 18. 20 A. 24. 24 A. 29 A. 35 A. 36 A. 38 A. 39 A. 40 A. 42 A. 48. 50. 50 A. 52. 55 A. 56. 57. 61 A. 62 A. 68 A. 70 A. 76 A. 77. 101. 147 A. 213 A. 339 A. 340 A. 348. 381 A. 410 A. 430. 463. 486. 493 A. 494. 495. 496. 511. 512. 522. 523 A. 524 A. 525. 526. 530. 541. 551 A. 556. 559. 562 A. 563. 564. 565. 567 A. 585. 586. 601 A. 609 A. 613 A. 616 A. 624. 624 A. 626 A. 636. 640 A. 651. 655. 657. 662. 663. 664. 665. 667. 668. 672. 674. 675. 708. 740 A. 754. 771. 771 A. 780. 783. 784. 784 A. 795. 796. 838 A.
Bülow, von, preuß. Major, Militärattaché in Wien (1901).
XVIII, S. 671.
Bülow, Karl von, General der Kavallerie und Generaladjutant, Kommandierender General des XIV. Armeekorps (Karlsruhe) (1899, 1900).

XIII, S. 257.
XVIII, S. 770 A.
Bülow, Maria Gräfin (Fürstin seit 6. Juni 1905) von, Gemahlin des Reichskanzlers, geb. Beccadelli di Bologna.
XIII, S. 234.
Bülow, Otto von, preuß. Gesandter beim Päpstl. Stuhl 1892/98.
XIV, S. 18. 19.
Buffet, franz. Senator (1899).
XIII, S. 341 A.
Bulazell, Botschaftsrat bei der russ. Botschaft in Berlin (1901, 1902, 1903).
XVII, S. 189.
XVIII, S. 54. 57. 334 A. 354. 355. 357. 377. 378. 466.
Bulgarien, s. Alexander, Boris, Ferdinand.
Buller, Sir Redvers Henry, engl. General in Südafrika (1900).
XV, S. 554. 555. 556. 561.
Bunsen, Maurice de, Botschaftsrat bei der engl. Botschaft in Konstantinopel 1897/1902.
XVII, S. 393.
XVIII, S. 419.
Burchard, von, Präsident der preuß. Seehandlung (1898).
XIV, S. 469. 471.
Burger, Schalk William, Vizepräsident der Südafrikanischen Republik (1902).
XVII, S. 207 A.
Burrit, Elihu, amerik. Pazifist.
XV, S. 193.
Butros Pascha Gali, ägypt. Minister des Äußern (1898).
XIV, S. 371.

Cadogan, Earl George Henry, Lord-Leutnant und Generalgouverneur von Irland im Kabinett Salisbury 1895/1902.
XVI, S. 252. 252 A.
Caillard, franz. Konteradmiral (1901).
XVIII, S. 462. 469. 475.
Caillard, Sir Vincent, engl. Finanzier, Präsident der türk. Dette Publique 1883/98.
XVII, S. 393.
Caillaux, franz. Deputierter, Finanzminister im Kabinett Waldeck-Rousseau 1899/1902.
XIII, S. 340.
Calice, Franz Freiherr von, Legationssekretär bei der österr.-ung. Botschaft in Konstantinopel (1903).
XVIII, S. 288. 289.
Calice, Heinrich Freiherr von, österr.-ung. Botschafter in Konstantinopel 1880/1906.
XV, S. 156.
XVIII, S. 114. 115. 121. 122. 123. 125. 126. 129. 130. 138. 139. 140. 146. 147. 147 A. 160. 161. 165. 174. 182. 183. 187. 188. 190. 191. 192. 195. 198. 199. 201. 202. 202 A. 204. 206. 210. 211. 212. 218. 222. 224. 225. 226. 227. 228. 232. 233. 234. 234 A. 235. 237. 250. 252. 254. 255. 256. 257. 259. 261. 263. 264. 266. 267. 268. 270. 273. 274. 278. 288. 289. 292. 293. 294. 295. 307. 322. 323. 345. 346. 350 A. 356. 363. 365. 369. 370. 372. 375. 378 A. 379. 382. 386. 388 A. 393. 395. 396. 396 A. 397. 401. 402. 415. 443. 461.
Calice, Freifrau von, Gemahlin des Vorigen.
XVIII, S. 289.
Call zu Kulmbach und Rosenburg, Freiherr von, österr. Handelsminister im Kabinett von Koerber 1900/04.
XVIII, S. 505.
Cambon, Henry, Attaché bei der franz. Gesandtschaft in Tanger (1902), Sohn des Botschafters Paul Cambon.
XVII, S. 344. 346.
Cambon, Jules, franz. Botschafter in Washington 1897/1902, in Madrid 1902/07.
XV, S. 19. 21. 23. 24. 24 A. 27 A. 28. 29. 30. 40. 41. 66 A. 74 A. 158.
XVII, S. 286. 354 A.
XVIII, S. 799.
Cambon, Paul, franz. Botschafter in Konstantinopel 1891/98, in London 1898/1920.

XIV, S. 412. 413. 416. 423. 448. 451. 455. 456. 463. 473. 473 A.
XVI, S. 52. 58. 202. 291. 292. 400. 462. 467.
XVII, S. 50. 338. 342. 344. 346. 347. 348. 354. 354 A. 356. 358. 567. 571. 574. 575. 591.
XVIII, S. 431. 441. 800.
Cameron, Sir Ewen, Direktor der engl. Hongkong-Schanghai-Bank (1898, 1900).
XIV, S. 179.
XVI, S. 172.
Campbell-Bannerman, Sir Henry, Mitglied des engl. Unterhauses, Staatssekretär des Krieges in den Kabinetten Gladstone und Rosebery 1892/95.
XVII, S. 215. 224.
Camposagrado, Marquis von, span. Gesandter in Konstantinopel 1898/1909.
XVIII, S. 794.
Canevaro, ital. Admiral, Minister des Äußern im Kabinett Pelloux 1898/99.
XIII, S. 150. 151. 306. 306 A.
XIV, S. 393. 429. 430. 431. 435. 435 A. 436. 436 A. 437.
XV, S. 172. 187 A.
XVIII, S. 561. 570. 717.
Carignani, Erster Sekretär bei der ital. Botschaft in London (1903).
XVIII, S. 358.
Carlotti, Marquis, Erster Sekretär bei der ital. Botschaft in Konstantinopel (1903).
XVIII, S. 247. 400.
Carnot, Sadi, Präsident der franz. Republik 1887/94.
XVIII, S. 769.
Carp, Peter, rum. Ministerpräsident und Finanzminister 1900/01.
XVIII, S. 109. 111. 112. 126. 126 A. 127. 133. 134. 135. 136. 137. 657 A. 659. 669. 672. 833.
Casa Valencia, span. Botschafter in London 1895/98.
XIV, S. 108.
Casella, Henry, ital. Journalist (1898).
XIII, S. 302 A.
Casenave, Erster Sekretär bei der franz. Gesandtschaft in Peking (1902).
XVI, S. 461. 461 A. 469. 472.
Casimir Périer, Jean Paul Pierre, Präsident der franz. Republik 1894/95.
XIII, S. 293. 333 A.
Cassel, Sir Ernest, engl. Finanzier.
XVII, S. 393. 394. 415. 435.
Cassini, Graf, russ. Gesandter in Peking 1894/98, Botschafter in Washington 1898/1905.
XIV, S. 35. 36. 48. 49. 53. 55. 56. 57. 71. 73. 75. 76. 119. 128. 129. 131. 140.
XVI, S. 208. 367. 490.
XVII, S. 97.
Castell-Rüdenhausen, Erbgraf zu, Erster Sekretär bei der Botschaft in Rom 1899 bis 1901.
XV, S. 257 A. 266.
XVI, S. 110. 111.
Castillo, Leon y, Marquis del Muni, span. Botschafter in Paris 1897/1910.
XIII, S. 267.
XV, S. 10. 12 A. 79. 80. 125. 126. 127.
XVII, S. 302. 355. 356. 361. 362. 365.
XVIII, S. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 781. 782. 787. 788. 797. 798. 799. 800. 801. 803. 804. 805.
Castro, Cipriano, Präsident der Vereinigten Staaten von Venezuela 1900/10.
XVII, S. 244. 248. 264. 265. 266. 268. 270. 275. 278. 280. 288.
Castro, Luciano de, portugies. Ministerpräsident und Minister des Innern 1897/1900.
XIV, S. 272. 363. 364.
Cavaignac, Godefroy, franz. Abgeordneter, Kriegsminister im Kabinett Brisson 1898.
XIII, S. 305 A. 306. 309. 310. 336.
Cederkrantz, von, schwed. Kammerherr, Mitglied des internationalen Gerichts in Ägypten, vorher Oberrichter auf Samoa (1899).
XIV, S. 602.

Cerero, span. General, Mitglied der Friedenskommission in Paris 1898.
XV, S. 78. 84.
Cetto, Freiherr von, bayr. Gesandter beim Päpstl. Stuhl (1899).
XV, S. 174 A.
Chaffee, amerik. Generalmajor, Chef des amerik. Expeditionskorps in China 1900/01.
XVI, S. 138. 270. 272. 276.
Chamberlain, Austen, engl. General-Postmeister im Kabinett Balfour 1902/03.
XVII, S. 288.
Chamberlain, Joseph, engl. Staatssekretär der Kolonien in den Kabinetten Salisbury und Balfour 1895/1903.
XIII, S. 18. 24. 25. 43. 44. 47. 179 A.
XIV, S. 108. 109. 117. 161 A. 166. 168. 169. 188. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 202. 203. 204. 205. 207. 208. 209 A. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 216 A. 217 A. 218. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 229 A. 230 A. 231. 233. 234. 236. 236 A. 237. 238. 238 A. 239. 240. 241. 242. 244. 245. 246. 248. 254. 255 A. 261. 262. 264. 265. 279. 289. 290. 301. 302. 304. 318. 320. 336. 337. 338. 381. 387. 388. 389. 403. 405. 410. 413. 414. 422. 573. 580. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 595. 603. 606. 612. 613. 614. 615. 619. 620. 637. 637 A. 638. 639. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 674. 675.
XV, S. 48. 367. 367 A. 368. 368 A. 369. 371. 373. 377. 378. 378 A. 379. 382. 383. 385. 385 A. 386. 387. 390. 393. 394 A. 395. 397. 398. 400. 401. 402. 404. 411. 411 A. 412. 413. 415. 416. 416 A. 417. 418. 418 A. 419. 423. 424. 424 A. 425. 425 A. 426. 427. 428. 431. 468. 480. 482. 485. 487. 488. 489. 490. 491. 492.
XVI, S. 75. 87. 106 A. 207. 213. 218. 251. 252. 294. 328.
XVII, S. 4. 6. 8. 14. 15. 15 A. 16. 17. 19. 20. 22. 31. 42 A. 53 A. 67 A. 76. 91 A. 109. 112. 115. 115 A. 116. 117. 149. 150. 150 A. 194. 194 A. 196. 197. 198. 198 A. 199. 199 A. 200. 205. 211. 215. 216 A. 221. 221 A. 222. 223. 224. 225. 231. 235 A. 288. 289. 297. 297 A. 298 A. 304. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 316. 317. 321. 322. 342. 343. 345. 373. 567. 568. 574. 579. 586.
XVIII, S. 70. 412. 413. 417. 430. 763 A.
Chambers, Oberrichter auf Samoa (1898).
XIV, S. 567 A. 572 A. 573. 574. 577. 577 A. 578. 584. 586. 588. 591 A. 611 A. 623. 623 A.
Chanoine, franz. Divisionsgeneral, Kriegsminister im Kabinett Brisson 1898.
XV, S. 351. 352.
Chao-Chou-Hien, Boxerführer.
XVI, S. 187. 188.
Chaplin, Henry, Präsident der engl. Lokalverwaltung im Kabinett Salisbury 1895/1900.
XVI, S. 62.
Chaudordy, Comte, ehemaliger franz. Diplomat, Publizist (1899).
XV, S. 126.
Chelius, von, preuß. Major, Militärattaché in Rom (1901, 1902, 1903).
XVIII, S. 684. 687. 691. 703. 704. 705. 708.
Cheshire, Erster Dolmetscher bei der amerik. Gesandtschaft in Peking (1901).
XVI, S. 194.
China, s. Tsai-Tien Kwangssü, Tsu-Hßi.
Chinda Sutemi, japan. Gesandter in Petersburg 1901/02.
XVI, S. 314. 353.
XVII, S. 143.
Chirol, Valentine, Direktor des

Auswärtigen Departements der „Times“.
XV, S. 419. 497. 521.
XVII, S. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 109. 176. 214.
Chiwa, s. Seid Muhammed Rachim.
Chlumecky, Freiherr von, Mitglied des österr. Abgeordnetenhauses (1898).
XIII, S. 116. 157.
Choate, Joseph Hodges, amerik. Botschafter in London 1899 bis 1905.
XIV, S. 615.
XV, S. 504.
XVI, S. 21. 164. 170. 178. 411. 436.
XVII, S. 576.
Chovet, Maire von Compiègne (1897).
XIII, S. 68.
Chow-fu, chines. Finanzsachverständiger (1901).
XVI, S. 415.
Christian IX., König von Dänemark 1863/1906.
XVIII, S. 75.
Christian, s. Helena.
Christitsch, Erster Sekretär bei der serb. Gesandtschaft in Konstantinopel (1902).
XVIII, S. 188. 207.
Churchill, Lord Randolph, Schatzkanzler im Kabinett Salisbury 1886.
XVII, S. 107.
Claretie, Jules, franz. Schriftsteller, Mitglied der Akademie (1897).
XIII, S. 108.
Clari, Monsignore, Erzbischof, päpstl. Nuntius in Paris 1897/99.
XIV, S. 421. 421 A.
Clary und Aldringen, Manfred Graf, österr. Landespräsident in Ober- und Niederschlesien (1898), Statthalter im Herzogtum Steiermark (1899), Ministerpräsident 1899.
XIII, S. 171. 171 A. 176 A.
Clé, franz. Major (1899).
XIII, S. 280.
Clemenceau, franz. Deputierter.
XIII, S. 337.
Clements, Ralph Arthur Penrhyn, engl. Generalmajor, Kommandeur einer Infanteriebrigade in Südafrika 1899/1903.
XV, S. 556.
Clery, Sir Francis, engl. Generalleutnant, Kommandeur der 2. Infanteriedivision in Südafrika 1899/1900.
XV, S. 555.
Cleveland, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1885/89, 1893/97.
XIV, S. 204.
XV, S. 3 A. 53. 57. 59.
Coanda, rum. Oberst, Technischer Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 203. 204. 205. 206. 207. 210.
Cockburn, Henry, Erster Dolmetscher bei der engl. Gesandtschaft in Peking (1901).
XVI, S. 194.
Coerper, Korvettenkapitän, Marineattaché in London (1898).
XIV, S. 389.
Cologan, de, span. Gesandter in Peking 1895/1902.
XVI, S. 5. 5 A. 18. 26. 28 A. 35. 38. 39. 42. 55. 58. 92. 102. 149. 153. 155. 158 A. 159. 162. 190. 194. 360. 432. 439. 445.
Combes, franz. Ministerpräsident, Minister des Innern und des Kultus 1902/05.
XVII, S. 233 A. 353.
XVIII, S. 65 A. 605 A. 806. 807. 829 A. 837. 839. 846.
Conger, Edwin, amerik. Gesandter in Peking 1898/1905.
XVI, S. 3. 9. 18. 26. 28 A. 35. 38. 39. 42. 55. 58. 65. 65 A. 92. 102. 152. 153. 155. 156. 157. 164. 165. 169. 186. 187. 188. 367. 370. 379. 443 A. 444.
Connaught, s. Arthur.
Constans, franz. Senator, Gesandter in Peking 1886, Botschafter in Konstantinopel 1899/1907.
XIII, S. 316.
XIV, S. 407. 407 A. 473. 473 A. 480. 481. 482. 483. 484.
XVII, S. 351. 378. 378 A. 381. 404. 405. 418. 419. 427. 428. 429. 430. 445. 452. 453. 454. 459.

XVIII, S. 30. 30 A. 90. 147. 148 A. 149. 158. 160. 175. 192. 239 A. 254. 256. 257. 268. 270. 292. 293. 330. 345. 379. 397. 449 A. 450. 451. 452. 452 A. 453. 453 A. 454. 454 A. 455. 457. 458. 460. 464. 467. 471. 473 A. 474. 474 A. 476. 478. 517. 754. 766. 766 A. 767. 772. 790. 792. 793. 795. 831. 833 A.

Conter, franz. Refraktär (1897).
XIII, S. 106. 107.

Conter, Vetter des Vorigen.
XIII, S. 107.

Coppée, François, franz. Schriftsteller.
XIII, S. 108.

Cornély, Jean Joseph, franz. Journalist, Redakteur des „Gaulois" (1897).
XIII, S. 96.

Costaki Anthropulo Pascha, türk. Botschafter in London 1896 bis 1903.
XIV, S. 108.
XVII, S. 490. 491. 493. 499. 501. 508. 510.

Cotard, franz. Finanzmann (1899).
XIV, S. 481. 483. 484.

Courcel, Alphonse Baron de, franz. Botschafter in Berlin 1882/86, in London 1894/98.
XIII, S. 6. 53. 96 A. 109 A.
XIV, S. 95. 108. 117. 168. 170. 273. 361. 374. 382. 385. 386. 388. 389. 537.
XV, S. 535. 536.

Courrejolles, franz. Konteradmiral, Kommandant der Seedivision des Fernen Ostens (1900).
XVI, S. 7. 7 A. 8. 265.

Crailsheim, Freiherr von, Vorsitzender des bayr. Staatsministeriums, Staatsminister des Königlichen Hauses und des Äußern 1890/1903.
XIII, S. 122.

Cranborne, James Edward Hubert, Viscount (seit 22. August 1903 Marquess of Salisbury), Parlaments-Unterstaatssekretär im Foreign Office 1900/03.
XV, S. 24 A.
XVI, S. 451 A.
XVII, S. 150. 150 A. 206. 206 A. 345. 414. 549. 555. 557.
XVIII, S. 427.

Creagh, engl. Brigadegeneral, politischer Resident in Aden (1900).
XV, S. 482.

Crenneville, s. Folliot de Crenneville.

Crespi, Agent in Konstantinopel.
XVII, S. 428.

Crispi, Francesco, ital. Ministerpräsident und Minister des Äußern und Innern 1887/91.
XVIII, S. 489. 503. 619. 686. 848.

Crispi, s. Palamenghi-Crispi.

Cromer, Lord (Sir Evelyn Baring), engl. Generalkonsul und diplom. Agent in Kairo 1883/1907.
XIV, S. 391. 429. 430. 454. 455. 462.
XVII, S. 214.

Cronje, General der Südafrikanischen Republik (1900).
XV, S. 487 A. 561.

Crozier, amerik. Hauptmann, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 183 A. 203. 204. 205. 206. 207. 210. 217. 219. 220. 224. 226. 228. 229. 280. 357.

Cuignet, franz. Hauptmann (1899).
XIII, S. 320.

Cumora, franz. Arbeiter.
XIII, S. 108.

Cuningham, Sir William, indischer Generalsekretär des Äußern 1895/1900.
XVII, S. 527. 528.

Currie, Sir (später Lord) Philip, engl. Botschafter in Konstantinopel 1894/98, in Rom 1898/1903.
XIV, S. 282.
XVII, S. 114. 114 A.
XVIII, S. 529. 726. 734. 738. 739. 743. 749. 750. 751. 791.

Curzon, Lord George Nathaniel, engl. Parlaments-Unterstaatssekretär im Foreign Office 1895/98, Vizekönig von Indien 1898/1905.
XIII, S. 12. 12 A. 13. 14. 15.
XIV, S. 188. 422.

XVII, S. 502. 503. 504. 509. 514. 514 A. 515. 550. 554.
XVIII, S. 440.
Czikann von Wahlborn, Freiherr, österr.-ung. Gesandter in Peking 1897/1905.
XIV, S. 50.
XVI, S. 3. 18. 26. 28 A. 35. 38. 39. 42. 55. 58. 92. 102. 155. 156. 169. 186. 360. 379. 418. 419.

Dänemark, s. Alexandra, Christian IX., Luise, Maria Feodorowna, Marie.
Damianos, Patriarch von Jerusalem (1902).
XVIII, S. 162.
Danew, bulg. Minister des Äußern im Kabinett Karawelow 1901/02, Ministerpräsident und Minister des Äußern 1902/03.
XVIII, S. 144. 175. 175 A. 182. 183. 188. 223. 287. 287 A. 298.
Daumas, franz. Konsul in Jerusalem (1902).
XVIII, S. 793.
Davidson, William Edward, Rechtsrat im Foreign Office 1886/1918.
XVII, S. 259.
Davis.
XIV, S. 655. 656.
Davis, Präsident des Ausschusses des amerik. Senats für auswärtige Angelegenheiten (1898), Mitglied der Friedenskommission in Paris 1898.
XV, S. 67. 81. 82. 82 A. 84. 94. 95.
Dawkins, (Sir) Clinton Edward, engl. Finanzier, Teilhaber der Firma Morgan and Co.
XVII, S. 415. 435. 435 A. 441.
Day, amerik. Staatssekretär (des Äußern) unter Präsident Mac Kinley 1898, Präsident der Friedenskommission in Paris 1898.
XIV, S. 568.
XV, S. 41. 42. 51. 81. 82. 82 A. 84. 94. 95. 158.
Decrais, franz. Kolonialminister im Kabinett Waldeck-Rousseau 1899/1902.
XIII, S. 282 A. 340.
Delarey, Burengeneral.
XVII, S. 216. 216 A. 217. 218. 219. 219 A. 220. 225. 226. 227. 228. 229. 229 A. 230. 231. 231 A. 232. 233. 233 A. 234.
Delcassé, franz. Minister der Kolonien im Kabinett Dupuy 1894/95, Minister des Äußern in den Kabinetten Brisson, Dupuy, Waldeck-Rousseau, Combes und Rouvier 1898/1905.
XIII, S. 197. 228. 233. 238 A. 241. 241 A. 249. 251. 252. 252 A. 253. 253 A. 254. 270 A. 273. 273 A. 274. 275. 276. 276 A. 277. 277 A. 278. 282. 282 A. 311. 311 A. 312. 312 A. 326. 327. 328. 334. 339. 340.
XIV, S. 268 A. 269 A. 371 A. 372. 372 A. 374. 376. 380. 382 A. 383. 383 A. 384. 385. 386. 387. 392. 401. 402. 404. 409. 410. 419. 419 A. 420. 423. 424. 425. 431. 435. 438. 481.
XV, S. 123. 124. 126. 126 A. 131. 135. 145 A. 161. 163. 186. 187. 306 A. 314. 359. 359 A. 360. 382. 382 A. 387. 408 A. 420. 430. 503. 508 A. 518. 518 A. 520. 537. 537 A.
XVI, S. 8. 44. 45. 52. 52 A. 62. 63 A. 89. 90. 91. 112. 113. 115. 137. 204. 209. 400. 423 A. 462. 463. 464 A. 466. 467. 469.
XVII, S. 54. 55. 55 A. 228. 233 A. 301. 302. 303. 319. 325. 325 A. 326. 338. 348. 349. 350. 350 A. 351. 353. 356. 358. 361. 362. 363. 365. 399. 399 A. 401. 402. 430. 433. 445. 446. 447. 453. 456. 456 A. 459. 459 A. 563. 564. 569. 570. 571. 573 A. 581. 582. 583. 586. 588. 593. 594.
XVIII, S. 17. 30. 65. 65 A. 143. 175. 218. 219. 236. 253. 257. 268. 270. 301. 301 A. 390. 440. 440 A. 441. 450. 458. 460. 462 A. 467. 469. 469 A. 470. 472. 473. 474. 476. 515. 515 A. 521. 528. 536. 597. 598. 728. 745. 754. 757. 757 A. 758. 758 A. 759. 771. 772. 773. 775. 777. 778. 779. 780. 781. 781 A. 782. 782 A. 783. 784.

784 A. 785. 786. 786 A. 787. 787 A. 788. 794. 795. 795 A. 798. 799. 800. 800 A. 801. 802. 803. 804. 804 A. 805. 806. 807. 813. 816. 823 A. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 829 A. 831. 832. 834. 835. 835 A. 836. 837. 838. 838 A. 839. 840. 841. 843. 845. 846. 851. 852.

Delyannis, griech. Gesandter in Paris 1886/1910, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 312. 327. 328. 343. 362.

Demerik, russ. Generalkonsul in Beirut (1903).
XVIII, S. 401. 402. 402 A.

Demôle, Charles, franz. Senator, Justizminister im Kabinett Freycinet 1886.
XIII, S. 99.

Denhardt, Gebrüder, Afrikareisende (1897).
XIII, S. 23.

Derenthall, von, Gesandter in Lissabon 1894/97, in Stuttgart 1897/1903, Stellvertretender Staatssekretär des A. A. (1899, 1900).
XIV, S. 653.
XVI, S. 79 A. 88 A. 100. 210 A.

Déroulède, Präsident der franz. Patriotenliga.
XIII, S. 250. 316. 316 A. 341 A.
XIV, S. 425.

Descamps, belg. Senator, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 238. 238 A. 239. 246. 249. 251. 253 A. 269. 270. 272. 273. 275. 277. 314. 315. 318. 320. 321. 322. 323. 325. 328. 330. 336.

Deschanel, Präsident der franz. Deputiertenkammer (1899, 1900).
XIII, S. 232. 233. 537. 537 A.
XVIII, S. 767. 786.

Detring, chines. Seezolldirektor (1896).
XIV, S. 32. 33. 33 A. 37. 37 A. 38. 39. 41. 42.

Deuntzer, dän. Ministerpräsident und Minister des Äußern 1901/05.
XVIII, S. 76.

Deutsches Reich, s. Auguste Viktoria, Friedrich III., Friedrich Wilhelm, Wilhelm I., Wilhelm II., Wilhelm (Kronprinz).

Devonshire, Duke of, Lord-Präsident des engl. Geheimen Rats in den Kabinetten Salisbury und Balfour 1895/1903.
XIV, S. 212. 403. 413.
XV, S. 411. 411 A. 413. 419. 421. 481.
XVI, S. 87. 88 A. 106 A. 172. 251. 251 A. 328.
XVII, S. 15. 53 A. 67 A. 111. 215. 231. 587 A.

Devonshire, Luise Duchess of, Gemahlin des Vorigen, geb. von Alten.
XIV, S. 413.

Dewet, Christian Rudolf, Burengeneral.
XVII, S. 216. 216 A. 217. 218. 219. 219 A. 220. 225. 226. 227. 228. 229. 229 A. 230. 231. 231 A. 232. 233. 233 A. 234.

Dewey, George, amerik. Konteradmiral, Kommandant der Flottenstation Asien (1898), Admiral im Verwaltungsdepartement der Marine (1903).
XV, S. 33. 40 A. 62 A. 63 A. 72.
XVII, S. 286. 291. 292.

Deym, Graf, österr.-ung. Botschafter in London 1888/1903.
XIV, S. 108. 231. 231 A. 239. 239 A. 402. 402 A. 403. 416.
XV, S. 177. 433.
XVII, S. 106. 198. 199. 225 A. 373. 534.
XVIII, S. 237 A. 442. 750.

Diederichs, von, Konteradmiral, Chef der Kreuzerdivision in Ostasien (1897, 1898), Chef des Admiralstabs der Marine 1900/02.
XIV, S. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 77. 78. 79. 79 A. 80. 82. 124. 249.
XV, S. 33 A. 35. 36. 40. 40 A. 41. 56. 62 A. 63 A. 64. 64 A. 70. 74 A.

XVI, S. 26. 265 A. 268 A. 334.
XVII, S. 292.
Dilke, Sir Charles, Mitglied des engl. Unterhauses.
XIV, S. 205.
XV, S. 451.
XVII, S. 586.
Dipauli, Ritter von, Mitglied des österr. Abgeordnetenhauses (1898), Handelsminister im Kabinett Graf Thun 1898/99.
XIII, S. 115. 157. 157 A. 161.
Disraeli, Benjamin, s. Beaconsfield.
Djawid Bey, Sohn des türk. Großwesirs Rifaat Pascha.
XIV, S. 494. 497.
Djewad Pascha, türk. Großwesir 1891/95.
XIV, S. 447. 448. 449. 450. 451. 456. 459.
Dönhoff, Karl Graf von, preuß. Gesandter in Dresden 1879/1906.
XV, S. 487 A.
Doumer, Paul, franz. Generalgouverneur von Indo-China 1897/1902.
XVIII, S. 795 A.
Draga Maschin, Königin von Serbien, Gemahlin Alexanders I.
XVIII, S. 116 A. 307 A.
Dreyfus, Alfred, franz. Artilleriehauptmann.
XIII, S. 239. 255. 270. 272. 273. 275. 276 A. 277. 287. 287 A. 288. 289. 290. 291. 291 A. 292. 293. 293 A. 294. 294 A. 295. 295 A. 296. 296 A. 297. 298. 299. 300. 300 A. 302. 302 A. 303. 304. 305. 305 A. 306. 306 A. 307. 307 A. 308 A. 309. 310. 314. 315. 316 A. 317. 317 A. 318. 319. 320. 321. 323. 324. 325 A. 327. 329 A. 330. 331. 332. 333. 333 A. 334. 334 A. 335. 336. 336 A. 338. 341.
XIV, S. 375 A. 382 A. 385. 392. 425. 537.
XVII, S. 582.
XVIII, S. 606. 786. 844.
Dreyfus, Madame, Gemahlin von Alfred Dreyfus.
XIII, S. 269. 305 A.
Drummond, s. Wolff.
Dubsky von Třebomislyc, Graf, österr.-ung. Botschafter in Madrid 1882/1903.
XV, S. 16. 22. 119. 124.
Dumaine, Alfred, Subdirektor im franz. Ministerium des Äußern (Abteilung Ostasien) 1899 bis 1904.
XVI, S. 463.
Dumba, Botschaftsrat bei der österr.-ung. Botschaft in Paris (1899).
XIII, S. 320.
Dundonald, Earl of, engl. Generalmajor, Kommandeur der 2. Kavalleriebrigade in Südafrika 1899/1900.
XV, S. 554. 555.
Duperré, Charles Marie, franz. Vizeadmiral (1898).
XIV, S. 410.
Dupuy, franz. Ministerpräsident und Minister des Innern 1894/95, 1898/99, Ackerbauminister im Kabinett Waldeck-Rousseau 1899/1902.
XIII, S. 232. 241. 296. 297. 299. 310 A. 311. 311 A. 312. 312 A. 314. 333 A. 336.
XIV, S. 382 A. 383. 383 A. 391. 425.
XV, S. 126 A.
XVIII, S. 785.
Dupuy de Lôme, span. Gesandter in Washington 1895/98.
XV, S. 20. 22 A. 23.
Durand, Sir Henry Mortimer, engl. Gesandter in Teheran 1894 bis 1900, Botschafter in Madrid 1900/03.
XIV, S. 512.
XVII, S. 331. 331 A. 361. 520. 530.

Eckardstein, Freiherr von, Erster Sekretär bei der Botschaft in London 1899/1902.
XIII, S. 334.
XIV, S. 255 A. 321 A. 581 A. 604 A. 609. 612. 625. 626. 637. 637 A. 638. 642. 644. 645. 646. 648. 656. 657. 658. 659. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 675.
XV, S. 64 A. 371. 395. 397. 398. 400. 401. 407 A. 410 A. 418 A. 421 A. 425 A. 426. 427 A. 428. 429. 431. 435. 436. 445. 449. 449 A. 450. 471. 471 A. 475.

475 A. 476 A. 477 A. 490. 501 A. 523 A. 526.
XVI, S. 61 A. 106 A. 133. 177 A. 251 A. 266 A. 285 A. 290 A. 295. 312 A. 316. 317. 320. 334 A. 335 A. 340. 341 A. 343 A. 345 A. 361 A. 368 A. 396 A. 398 A. 435 A. 454. 467. 468. 468 A.
XVII, S. 14. 15 A. 17 A. 18 A. 19. 23 A. 30. 30 A. 34 A. 41 A. 42 A. 44. 46 A. 49 A. 50 A. 52 A. 53 A. 55 A. 60 A. 67 A. 68 A. 69. 69 A. 73 A. 86. 90 A. 91 A. 92. 92 A. 101 A. 112. 115 A. 121. 122. 123. 135. 135 A. 136 A. 137 A. 138 A. 139 A. 142 A. 149. 152. 187 A. 199 A. 215 A. 216 A. 221 A. 224 A. 225 A. 231 A. 233. 233 A. 242 A. 297. 309. 313. 333 A. 346 A. 403. 408 A. 442. 482 A. 483. 488. 492. 531. 567 A. 569 A. 570. 572. 572 A. 573. 579. 587. 587 A. 588. 589. 590.
XVIII, S. 422. 801.

Eddy, Erster Sekretär bei der amerik. Botschaft in Petersburg (1903).
XVIII, S. 82.

Edelsheim, Freiherr von, preuß. Rittmeister (1901).
XVII, S. 590. 590A.

Edhem Pascha, Chef des türk. Generalstabs (1902, 1903).
XVII, S. 423.
XVIII, S. 259. 264.

Edib Pascha, Wali von Monastir (1902).
XVIII, S. 184. 185. 204. 215. 233.

Edinburg, s. Alfred.

Eduard, Prinz von Wales, nachmal. König Eduard VII.
XIII, S. 67.
XIV, S. 218. 321. 321 A. 421. 625.
XV, S. 306 A. 409. 410. 410 A. 411. 411 A. 418. 421. 423. 423 A. 518. 519. 523. 524 A. 525. 526. 526 A. 527. 554 A.
XVI, S. 87 A. 96. 96 A. 97 A. 98. 99. 101. 211. 211 A. 212. 213. 215.
XVII, S. 7 A. 19. 315.

Eduard VII., König von Großbritannien und Irland 1901/10.
XVI, S. 291. 292. 312. 313. 321 A. 322. 330. 430 A. 441 A. 447 A. 484 A.
XVII, S. 23. 24. 25. 28. 29. 52 A. 88. 89. 90. 92 A. 93. 93 A. 94. 94 A. 95. 95 A. 96. 97. 98. 110. 115 A. 116. 116 A. 117. 121. 121 A. 123. 124. 126. 127. 129. 142 A. 187 A. 207. 207 A. 208. 209. 209 A. 210 A. 211 A. 212. 213. 216 A. 219. 220. 223. 227. 252 A. 262. 279. 281. 282. 288. 327. 332 A. 338. 364. 404 A. 435 A. 480. 481 A. 484. 488. 492. 501. 502. 552. 555. 562. 568. 568 A. 570. 581. 582. 582 A. 583. 585. 586. 587. 587 A. 588. 591.
XVIII, S. 14 A. 15. 19. 19 A. 35. 67. 68 A. 75. 272. 430. 431. 437. 437 A. 438. 439. 645. 738. 806. 841. 842. 843. 845 A. 852.

Ehrlich, Fregattenkapitän (1899).
XIII, S. 258. 259. 260. 261.

Eiswaldt, Konsul in Tientsin (1900).
XVI, S. 7 A. 26. 31.

Eitel Friedrich, Prinz von Preußen, zweiter Sohn Kaiser Wilhelms II.
XVIII, S. 251. 251 A.

Elisabeth, Kaiserin von Österreich und Königin von Ungarn, Gemahlin Kaiser Franz Josephs I., geb. Herzogin in Bayern.
XIII, S. 97 A. 132 A.

Elliot, Francis, engl. Generalkonsul in Sofia 1895/1903.
XVIII, S. 175. 296. 353 A. 354.

Engalitschew, Prinz, russ. Oberst, Militärattaché in Berlin (1899), Vertreter Rußlands im Hauptquartier des Oberstkommandierenden in China Grafen Waldersee 1900/01.
XVI, S. 236. 237. 238. 269. 270. 422.
XVIII, S. 42. 43.

Engel, Mitglied des österr. Abgeordnetenhauses (1898).
XIII, S. 121 A. 159 A.

En-tsê, chines. Vizekönig in der nördlichen Mandschurei (1900).
XVI, S. 59.
Ernst Ludwig, Großherzog von Hessen-Darmstadt 1892/1908.
XIII, S. 222.
Esterhazy, Walsin, franz. Major (1897).
XIII, S. 294 A. 295. 299. 300 A. 301. 302 A. 303. 304. 308. 318.
XVII, S. 583 A.
Esternaux, Kommissarischer Hilfsarbeiter im A. A. 1899/1903.
XVII, S. 187 A.
Estournelles de Constant, d', franz. Botschaftsrat in London 1890/95, Dritter Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XIII, S. 274. 281.
XV, S. 238. 238 A. 239. 240. 251. 253 A. 269. 272. 273. 275. 276. 277. 278. 293. 296. 312. 313. 313 A. 315. 319. 320. 321. 322. 329. 337. 343. 357. 359. 360.
XVIII, S. 853.
Étienne, franz. Deputierter von Oran.
XVII, S. 361.
XVIII, S. 301.
Eulenburg, Alexandrine Gräfin zu, geb. Freiin von Rothkirch und Panthen, Mutter des Fürsten Philipp.
XVIII, S. 568.
Eulenburg, Philipp Graf zu, Fürst (seit 1. Januar 1900), Botschafter in Wien 1894/1901, wiederholt Rat im Kaiserlichen Gefolge.
XIII, S. 3. 88. 115 A. 123. 128. 129. 138. 139. 141. 147. 152. 157 A. 161 A. 224 A. 317. 317 A.
XIV, S. 303. 306 A.
XV, S. 3. 3 A. 5. 9 A. 259 A. 265 A. 286. 378. 379 A. 515 A.
XVI, S. 43. 59 A. 64 A.
XVII, S. 203.
XVIII, S. 114 A. 519. 521. 534. 568.
Eustis, amerik. Botschafter in Paris 1893/97.
XIII, S. 65.
Eyschen, Präsident der luxemburgischen Regierung, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 362.

Faber, Wirklicher Oberkonsistorialrat, Generalsuperintendent, Probst in Berlin (1899).
XIII, S. 165. 167. 168.
Fadejew, Rostislaw, russ. General, Panslawist.
XVIII, S. 50.
Fagan, engl. Major, Konsul in Maskat 1897/99.
XIV, S. 417. 419 A. 509.
Falkenhausen, Freiherr von, Vizekonsul in Sofia 1903/06.
XVIII, S. 340. 349.
Falkenstein, Kuno Freiherr von, württemb. General der Infanterie und Generaladjutant, Kommandierender General des XV. Armeekorps (1899).
XIII, S. 257.
Fallières, Präsident des franz. Senats (1899).
XIII, S. 341.
Faure, Felix, Präsident der franz. Republik 1895/1902.
XIII, S. 67. 68. 69. 70. 71. 71 A. 72. 73. 74. 78. 83. 83 A. 84. 84 A. 85. 86. 87. 88. 89 A. 93. 94. 95. 97 A. 98. 101 A. 105. 106. 107. 109. 193 A. 240. 246. 247. 256. 256 A. 262. 263. 264. 276. 300 A. 301 A. 312. 313. 315. 316 A.
XIV, S. 188. 401 A. 409. 411. 412. 418. 418 A. 421. 424.
XV, S. 161. 163.
XVII, S. 533.
XVIII, S. 798.
Fava, Baron, ital. Botschafter in Washington 1893/1901.
XV, S. 19. 21. 23. 24. 24 A. 28.
Fehmi Pascha, Hassan, Wali von Saloniki (1902).
XVIII, S. 173. 215.
Feindel, Konsul in Serajewo (1902).
XVIII, S. 753.
Feizi Pascha, Oberkommandant (Muschir) des VI. türk. Armeekorps in Bagdad (1900).
XVII, S. 469.

Ferdinand Karl Ludwig, Erzherzog von Österreich, Bruder des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand.
XIII, S. 119.
Ferdinand, Prinz von Sachsen-Koburg-Gotha, Fürst von Bulgarien 1887/1918.
XIII, S. 227. 227 A.
XV, S. 155.
XVIII, S. 72. 73. 87. 88. 89. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 100. 116. 125. 125 A. 126. 126 A. 129. 131. 132. 139. 141. 143. 163. 163 A. 175. 223. 239. 276. 277. 280. 287. 287 A. 291. 307. 316. 326 A. 327. 403 A. 416. 653. 654.
Ferdinand, Prinz von Rumänien, Thronfolger.
XVIII, S. 672.
Ferrero, ital. General, Botschafter in London 1895/1901.
XIV, S. 108. 379.
Ferid Pascha, Wali von Konia (1902), Großwesir 1903/08.
XVII, S. 449. 450. 451. 452.
XVIII, S. 193. 194. 226. 226 A. 233. 238. 240. 241. 249. 251. 262. 263. 265. 266. 269. 285. 306. 308. 317. 329. 332. 336. 337. 368. 373. 374. 375. 375 A. 379. 381. 384. 386. 387. 394. 395. 396. 396 A. 401. 402.
Ferruh Bey, Ali, türk. Kommissar in Sofia 1902/04.
XVIII, S. 175. 176. 327. 337.
Ferry, Jules, franz. Ministerpräsident 1880/81, 1883/85.
XIII, S. 54. 58.
Firmilian, Archimandrit, Bischof von Üsküb 1897/1903.
XVIII, S. 124. 124 A. 140. 160. 160 A. 161. 162. 171.
Fischer, Staatsrat der Südafrikanischen Republik, Führer der Burendeputation an die Kabinette 1900/01.
XV, S. 543 A. 544. 545. 546. 547. 548.
XVII, S. 189. 189 A. 190. 200. 201. 202. 203. 204.
Fisher, Sir John Arbuthnot, engl. Vizeadmiral, Technischer Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899, Chef des Mittelmeergeschwaders 1899/1902.
XV, S. 183 A. 224. 225. 226. 228. 229. 230. 235 A. 306 A. 357.
Fleva, rum. Gesandter in Rom 1901/09.
XVIII, S. 588.
Flotow, Hans von, Erster Sekretär bei der Gesandtschaft im Haag (1899).
XV, S. 173. 537.
Focke, Generalkonsul in Odessa (1898), in Kapstadt (1900).
XIV, S. 383 A.
XV, S. 444.
Folliot de Crenneville-Poutet, Graf, österr.-ung. Generalkonsul in Algier (1899).
XIII, S. 258. 261.
Ford, Sir Francis Clare, engl. Botschafter in Konstantinopel 1892/93, in Rom 1893/98.
XIV, S. 448. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 458. 459. 461. 462. 463. 464.
XVII, S. 9.
Forgach von Ghymes und Gaés, Graf, österr.-ung. Geschäftsträger in Sofia (1903).
XVIII, S. 366. 367.
Foster, John Watson, amerik. Staatssekretär (des Äußern) unter Präsident Harrison 1892/93.
XV, S. 65.
Francica-Nava di Bontife, Monsignore, apostol. Nuntius in Madrid 1896/99.
XV, S. 18. 19. 22.
Frantzius, von, Vortragender Rat im A. A. (1899).
XV, S. 298.
Franz Ferdinand, Erzherzog-Thronfolger von Österreich-Ungarn 1896/1914.
XIII, S. 119. 170. 170 A. 171. 174.
XVIII, S. 539. 539 A. 824. 824 A.
Franzius, Geh. Marinebaurat (1896).
XIV, S. 47. 47 A. 50. 51. 52. 53. 54.
Franzius, Neffe des Vorigen.
XIV, S. 50. 54.
Franz Joseph I., Kaiser von Österreich und König von Ungarn 1848/1916.

XIII, S. 22. 22 A. 64. 68. 68 A. 116. 117 A. 119. 123. 125. 125 A. 126. 127. 128. 129. 131 A. 132. 132 A. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 142. 143. 143 A. 144 A. 145. 146. 147. 149. 150. 155. 156. 157. 158. 160. 161. 161 A. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 169. 173. 174. 175. 176. 194 A. 199. 199 A. 212. 212 A. 225. 226. 227 A. 231. 277 A.
XIV, S. 103 A. 144. 145. 231.
XV, S. 181. 359 A. 361.
XVI, S. 87 A. 115. 430 A.
XVII, S. 53. 58. 64. 203.
XVIII, S. 4 A. 99 A. 100. 101. 102. 202. 213 A. 219. 236. 246. 270. 279. 355 A. 360. 361. 362. 363. 364 A. 370. 396. 490. 491. 493. 494. 495. 496. 497. 502. 539 A. 565. 567. 568. 571. 572. 583. 603. 614. 617. 620. 624. 624 A. 625. 626. 640. 645. 678. 679. 824 A.

Fredericks, Baron, russ. Generalleutnant und Generaladjutant, Minister des Kaiserlichen Hofes 1897/1917.
XIII, S. 222. 223.
XV, S. 409.
XVIII, S. 34.

Fredericks, Baron, russ. General, Militärattaché in Paris (1899).
XIII, S. 275. 276. 277. 296 A. 331. 334. 338.

French, Sir John, engl. Generalleutnant, Kommandeur einer Kavalleriedivision in Südafrika 1899/1902.
XV, S. 556.

Freycinet, de, franz. Kriegsminister im Kabinett Dupuy 1898/99.
XIII, S. 312. 312 A.
XIV, S. 425.

Friedjung, Heinrich, österr. Journalist und Historiker.
XIII, S. 154.

Friedrich I., Großherzog von Baden 1856/1907.
XIII, S. 215 A.
XVIII, S. 573 A.

Friedrich III., Deutscher Kaiser und König von Preußen 1888.
XV, S. 408.

Friedrich, Erzherzog von Österreich, Herzog von Teschen.
XVIII, S. 602.

Friedrich, Kaiserin, s. Viktoria.

Friedrich Wilhelm, Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen, nachmal. Kaiser Friedrich III.
XVII, S. 39.

Fritze, Kapitän zur See (1899).
XIV, S. 182 A.

Frye, amerik. Senator, Mitglied der Friedenskommission in Paris 1898.
XV, S. 81. 82. 82 A. 84. 94. 95.

Fusinato, Unterstaatssekretär im ital. Ministerium des Äußern (1900).
XVI, S. 111.

Gaertner-Griebenow, Freiherr von, Gesandter in Teheran 1896/98.
XIII, S. 4. 4 A.

Galhardo, portugies. Gesandter in Peking, Gouverneur von Macao (1900).
XVI, S. 18. 26. 28 A. 35. 38. 39. 42. 55. 58. 92. 102.

Gallieni, Joseph, franz. Brigadegeneral, Generalgouverneur von Madagaskar 1896/1905.
XIV, S. 415.

Galliffet, Marquis de, franz. General, Kriegsminister im Kabinett Waldeck-Rousseau 1899/1900.
XIII, S. 95. 270. 271. 272. 274. 276. 276 A. 280. 327. 327 A. 328. 329. 329 A. 330. 330 A. 331. 338. 339. 340.

Gambetta, Léon, franz. Ministerpräsident 1881/82.
XIII, S. 231. 233.
XVII, S. 573 A.
XVIII, S. 235. 477. 784. 839.

Ganay, de, franz. General, Divisionskommandeur in Oran (1899).
XIII, S. 258.

García Loggorri y Rigo, Herzog von Vistahermosa, span. Botschafter in Petersburg 1899 bis 1902.
XIII, S. 278.

Garibaldi, Guiseppe.
XV, S. 428.
Garnica, Mitglied der span. Friedenskommission in Paris 1898.
XV, S. 78. 84.
Gaselee, Sir Alfred, engl. Generalmajor, Chef des engl. Expeditionskorps in China 1900.
XVI, S. 141. 235. 239. 256. 257. 270. 272. 273. 276. 299. 300. 301. 384. 417. 425. 451.
XVII, S. 89.
Gasser, Freiherr von, bayr. Gesandter in Petersburg 1883 bis 1903.
XVIII, S. 821.
Gatacre, Sir William Forbes, engl. Generalmajor, Kommandeur der 3. Infanteriedivision in Südafrika (1900).
XV, S. 556.
Gautsch von Frankenthurn, Freiherr, österr. Ministerpräsident und Minister des Innern 1897/98.
XIII, S. 113. 113 A. 114. 115. 115 A. 116. 127.
Gayl, Freiherr von, preuß. Generalmajor, Oberquartiermeister des Expeditionskorps in China 1900/01.
XVI, S. 238.
Gebsattel, Freiherr von, Vizekonsul in Kapstadt (1899).
XV, S. 367. 368.
Geißler, Konteradmiral (1900).
XVI, S. 265 A.
Génie, Präfekt von Algier (1899).
XIII, S. 260.
Genua, Herzog von, s. Thomas.
Geoffray, Botschaftsrat bei der franz. Botschaft in London (1903).
XVIII, S. 358.
Georg I., König von Griechenland 1863/1913.
XVIII, S. 659.
Georg, Herzog von York, seit 1901 Prinz von Wales, nachmal. König Georg V. von Großbritannien und Irland.
XV, S. 421. 423.
XVII, S. 281. 288. 315. 552. 587 A.
Georg, Prinz von Griechenland, zweiter Sohn des Königs Georg I.
XIII, S. 196.
XIV, S. 200.
XVIII, S. 190.
Georg Alexandrowitsch, Großfürst-Thronfolger von Rußland, Sohn Alexanders III.
XIII, S. 217 A. 223.
Georgiewitsch, Wladan, serb. Ministerpräsident und Minister des Äußern 1897/1900.
XVIII, S. 116 A.
Georgis, de, ital. General, Chef der Gendarmerie in Mazedonien (1903).
XVIII, S. 403 A.
Gérard, franz. Gesandter in Peking 1893/97.
XIII, S. 249.
XIV, S. 49. 140.
XVIII, S. 772.
Gerasimos, bulg. Bischof von Strumnitza (1903).
XVIII, S. 313. 321.
Germain, Direktor des Crédit Lyonnais in Paris (1903).
XVII, S. 583. 584.
XVIII, S. 851. 852.
Gernet, von, russ. Vizekonsul in Johannesburg (1899).
XV, S. 381.
Gervais, franz. Admiral, Botschafter in Spezialmission bei der Beisetzung der Königin Luise von Dänemark 1898.
XIII, S. 193. 193 A.
Geschow, bulg. Finanzminister im Kabinett Stoilow 1894/97, diplom. Agent in Konstantinopel 1899/1903.
XVIII, S. 95. 188. 207. 308 A.
Gevers, Baron, niederländ. Gesandter in Washington 1900/04.
XV, S. 538.
Ghika, Emil, rum. Gesandter in Wien 1891/1906.
XVIII, S. 113.
Giaccone, Dolmetscher bei der franz. Botschaft in Petersburg (1899).
XIII, S. 271. 271 A. 272.
Giers, Michael von, russ. Gesandter in Peking 1898/1901.
XVI, S. 3. 5. 6. 11. 18. 26. 28 A.

35. 38. 39. 42. 55. 58. 92. 101. 102. 106. 107. 127. 152. 153. 155. 156. 157. 165. 169. 184. 186. 187. 188. 193. 281. 287. 305. 325. 326. 379. 382 A. 389. 390. 418. 435. 440. 441. 444.
XVII, S. 25. 122.
Giers, Nikolaus von, russ. Minister des Äußern 1882/95.
XVIII, S. 40. 820.
Gies, Erster Dragoman bei der Botschaft in Konstantinopel (1902).
XVIII, S. 163. 186. 375 A. 401. 421. 424. 425.
Giolitti, Giovanni, ital. Ministerpräsident 1892/94 und 1903/05, Minister des Innern im Kabinett Zanardelli 1901/03.
XVII, S. 564 A.
XVIII, S. 595. 597. 619. 620. 621. 629. 629 A. 630. 632. 633. 639. 640. 642. 643. 644.
Gladstone, William, engl. Premierminister 1868/74, 1880 bis 1885, Januar bis Juli 1886, 1892/94.
XVII, S. 11. 26. 99. 194 A. 536.
Gleispach, Graf, österr. Justizminister im Kabinett Badeni 1895/97, Präsident des Oberlandesgerichts in Graz (1898).
XIII, S. 117. 117 A.
Göhring, Delegierter bei der internationalen afrikanischen Alkoholkonferenz in Brüssel 1899.
XIV, S. 614.
Goerz, Inhaber des gleichnamigen Handelshauses in London (1899).
XV, S. 380. 380 A. 381. 382. 383.
Goetsch, Konsulatsverweser in Algier (1899).
XIII, S. 262. 263. 264.
Goldmann, Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ in Paris (1896).
XIII, S. 290. 291.
Goltz, Conrad Freiherr von der, Erster Sekretär bei der Gesandtschaft in Peking 1900/06.
XVI, S. 461 A. 468 A. 470. 471. 472. 477 A. 478.
Goltz, Graf von der, preuß. Gesandter in Darmstadt 1896/99.
XIII, S. 89 A.
Goltz, Kolmar Freiherr von der, preuß. General der Infanterie, Kommandierender General des I. Armeekorps (1903).
XVII, S. 436.
Goluchowski, Agenor Graf, österr.-ung. Minister des Äußern 1895/1906.
XIII, S. 22. 57. 59. 64. 76. 113. 114. 118 A. 121 A. 122. 124. 125. 126. 127. 128. 131. 132. 132 A. 133. 135. 136. 138. 145. 153. 165. 166. 167. 168. 176. 194. 194 A. 200. 223. 224. 225. 226. 227.
XIV, S. 231. 232. 235. 236. 236 A. 400. 411. 436.
XV, S. 5. 7. 9. 153. 154. 161. 164. 174. 180. 181. 257. 258. 259. 265 A. 283. 335.
XVI, S. 68. 69. 111.
XVII, S. 44. 225 A.
XVIII, S. 79. 87. 92. 97. 99. 99 A. 100. 101. 111. 113. 113 A. 114. 115. 116. 118. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 137. 139. 145. 164. 165. 175. 177. 178. 179. 180. 181. 201. 202. 203. 211. 213 A. 216. 217. 218. 222. 223. 224. 227. 231. 236. 238. 239. 251. 271. 279. 280. 286. 290. 305 A. 320. 334. 352. 360. 361. 363. 364. 364 A. 365. 366. 367. 369. 370. 371. 396. 398. 399. 404. 405. 405 A. 427. 445 A. 491. 493. 494. 495. 505. 511. 521. 522. 525. 527. 528. 530. 532. 534. 537. 538. 540. 556. 565. 567. 567 A. 568. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 581. 582. 583. 584. 587. 591. 592. 595. 596. 598. 598 A. 599. 600. 601. 602. 602 A. 603. 604. 622. 622 A. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 630. 631. 637. 639. 639 A. 643. 644. 645. 646. 647. 657 A. 659. 667. 668. 671. 672. 674. 675. 676. 679. 791.
Gonse, franz. Divisionsgeneral (1899).
XIII, S. 336.

Goodnow, amerik. Generalkonsul in Schanghai (1902).
XVI, S. 457.
Goremykin, russ. Minister des Innern 1895/1899.
XIII, S. 181. 188. 190. 202. 208.
Gortschakow, Alexander Fürst, russ. Reichskanzler 1870/82 und Minister des Äußern 1856/82.
XV, S. 355.
Goschen, Viscount George Joachim, Erster Lord der engl. Admiralität im Kabinett Salisbury 1895/1900.
XIV, S. 381. 386. 406. 425. 425 A. 426. 653 A.
XV, S. 229. 230. 316. 317. 419. 458. 463. 469. 476.
XVIII, S. 74.
Gosselin, Sir Martin Le Marchant Hadsley, Hilfssekretär im Foreign Office 1898/1902.
XVII, S. 336. 336 A.
Goßler, Heinrich von, preuß. Kriegsminister 1896/1903.
XIII, S. 259. 313.
XV, S. 344. 361.
XVI, S. 13. 15. 49 A. 429. 433. 491.
XVII, S. 100.
XVIII, S. 15. 769. 770. 770 A.
Gough, Viscount, Erster Sekretär bei der engl. Botschaft in Berlin 1896/1901.
XV, S. 147. 148. 148 A. 149.
XVI, S. 20. 22 A. 30. 435.
XVII, S. 339. 340.
Grävenitz, Baron von, Botschaftsrat bei der russ. Botschaft in London (1903).
XVII, S. 557.
Granet, Direktor der franz. Quaigesellschaft in Konstantinopel (1901).
XVIII, S. 450.
Grant, Ulysses Simpson, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1868/77.
XV, S. 58.
Granville, George Earl, engl. Staatssekretär des Äußern im Kabinett Gladstone 1870/74 und 1880/85.
XIV, S. 285.
Greene, Sir William Conyngham, engl. Geschäftsträger in Pretoria 1896/99.
XIV, S. 649.
XV, S. 381.
Greigueil, Vicomte de, Zweiter Sekretär bei der franz. Botschaft in Petersburg (1903).
XVIII, S. 836.
Greiml, Journalist, Vertreter der „Hamburger Nachrichten“ in Wien (1899).
XIII, S. 223.
Grekow, bulg. Ministerpräsident 1899.
XVIII, S. 96. 97.
Grelle-Rogier, Comte de, belg. Gesandter im Haag 1894/1903, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 314.
Grey, Sir Edward, Parlaments-Unterstaatssekretär im Foreign Office 1892/95.
XVII, S. 7. 216 A.
Griechenland, s. Georg I., Georg.
Grierson, engl. Oberst, Militärattaché in Berlin 1896/1900, Teilnehmer der Expedition in China im Stabe des Generalfeldmarschalls Grafen von Waldersee 1900/01.
XVI, S. 377.
Griffin, Sir Lepel Henry, Vorsitzender der Kaiserlichen Bank von Persien (1899).
XIV, S. 518. 521.
Groeben, Graf von der, Erster Sekretär bei der Botschaft in Paris 1903/04.
XVII, S. 357. 359.
XVIII, S. 801. 802. 802 A.
Groß von Schwarzhoff, preuß. Oberst, Technischer Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899, Chef des Generalstabs des Expeditionskorps in China 1900/01.
XV, S. 182 A. 201 A. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209 A. 210. 211. 212 A. 221. 222. 224. 237. 244. 255. 260. 274. 281. 281 A. 284. 287. 294. 300. 301. 302.

303. 308. 313. 320. 326. 327. 344. 345. 356. 357. 362.
XIV, S. 238. 271. 272. 298. 407.
Großbritannien, s. Alexandra, Alfred, Arthur, Beatrix, Eduard VII., Georg, Helena, Luise, Viktoria, Viktoria (Kaiserin Friedrich).
Grube, Ernst, Gouverneur der (russ.) Banque d'Escompte de Perse in Teheran (1903).
XVII, S. 552. 553.
Gruitsch, Sawa, serb. Gesandter in Konstantinopel 1900/02
XVIII, S. 138.
Grunenwald, Konsul in Hankau (1900, 1902).
XVI, S. 199. 200. 200 A. 459. 471. 472.
Guérin, franz. Abgeordneter (1898).
XIII, S. 250.
Güssfeldt, Afrikareisender (1873 bis 1876).
XIII, S. 105.
Guicciardini, ital. Deputierter (1901).
XVIII, S. 507 A.
Guli Chan, Ali, Erster Sekretär bei der pers. Gesandtschaft in Petersburg (1902).
XVII, S. 550.
Gullon, Pio, span. Staatsminister im Kabinett Sagasta 1897/98.
XV, S. 16. 22.
Gutschmid, Freiherr von, Gesandter in Tokio 1891/97.
XIV, S. 30.
XVII, S. 141.
Gwinner, Artur von, Direktor der Deutschen Bank.
XVII, S. 387. 389. 414. 415. 431. 432. 433. 435. 435 A. 440. 441. 444. 445. 446.

Habib Ullah Chan, Emir von Afghanistan 1901/19.
XVII, S. 541 A. 549. 550. 591.
Habich, Baumeister.
XVII, S. 376 A.
Haeseler, Gottlieb Graf von, preuß. General der Kavallerie, Kommandierender General des XVI. Armeekorps (1899, 1900).
XIII, S. 257.
XVIII, S. 770 A.
Haggard, William Henry Doveton, engl. Ministerresident in Carácas 1897/1902.
XVII, S. 116. 250. 251. 254. 255. 256. 259 A.
Hahnke, von, preuß. General der Infanterie und Generaladjutant, Chef des Geheimen Militärkabinetts.
XIV, S. 468. 476.
XVI, S. 13. 15. 49 A. 277.
Hakim el Mülk, s. Mahmud Chan.
Hamdi Pascha, Wali von Bassorah (1900).
XVII, S. 468. 469.
Hamilton, Lord George Francis, Staatssekretär für Indien in den Kabinetten Salisbury und Balfour 1895/1903.
XV, S. 482.
XVII, S. 13.
Hammann, Otto, Vortragender Rat im A. A. 1894/1917.
XVII, S. 187 A. 217. 219. 228.
Hanotaux, Gabriel, franz. Minister des Äußern im Kabinett Méline 1896/98.
XIII, S. 53. 55. 65. 66. 67. 68. 68 A. 72. 83 A. 86. 88. 96. 97. 98. 100. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 109. 197. 237. 238. 238 A. 240. 241. 242. 252 A. 273. 289. 289 A. 292. 294. 296. 297. 298. 299. 333 A. 340.
XIV, S. 74. 100. 140. 197. 197 A. 213. 267. 268. 268 A. 371 A. 372 A. 374. 376. 384. 413. 419. 423 A.
XV, S. 12 A. 13. 27 A. 43. 163. 164. 408. 430.
XVII, S. 104. 583.
XVIII, S. 236. 747. 799. 802. 803. 806. 848.
Hans, Prinz von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, dän. Generalmajor.
XVIII, S. 75.
Hansemann, von, Direktor der Diskontogesellschaft (1898, 1899).
XIV, S. 179. 181 A. 655.
XVI, S. 481.
Hansen, Jules, franz. diplom. Agent (1898, 1901).
XIII, S. 247. 248. 249. 250. 251. 252.
XV, S. 407 A. 541. 541 A. 543.
XVIII, S. 782. 782 A. 783. 784. 785.

Harbel, von, Sektionschef im österr. Ministerium für Kultus und Unterricht (1898).
XIII, S. 115.
Harcourt, Sir William, Mitglied des engl. Unterhauses.
XIV, S. 212. 336. 410.
XVII, S. 194 195.
Hardinge, Charles, Erster Sekretär bei der engl. Botschaft in Petersburg 1898/1903, Hilfssekretär im Foreign Office 1903/04.
XVI, S. 258.
XVII, S. 145. 358. 514. 549. 550. 563.
XVIII, S. 148. 459 A.
Hardinge, Sir Arthur Henry, engl. Generalkonsul in Sansibar 1894 bis 1900, Gesandter in Teheran 1900/06.
XV, S. 452.
XVII, S. 512. 530. 534. 537. 538. 539. 552. 553. 555. 556. 557. 561.
Hardwicke, Earl of, engl. Finanzier.
XVII, S. 374.
Harmand, franz. Gesandter in Tokio 1894/1906.
XIII, S. 277.
XVI, S. 23.
Harris, Korrespondent der „Times“ (1902).
XVII, S. 344. 347. 347 A.
Harris, Mitglied des engl. Unterhauses, Bruder des Vorigen.
XVII, S. 347.
Harris, Sir Robert Hastings, engl. Konteradmiral, Chef der Marinestation Kap der guten Hoffnung 1898/1902.
XV, S. 444. 491.
Hart, Sir Robert, Chef der chinesischen Seezölle (1897, 1900).
XIV, S. 123.
XVI, S. 357. 362. 363. 364. 369. 396. 398. 403. 406. 417.
Hart-Synnot, Arthur Fitz Roy, engl. Generalmajor, Kommandeur der 1. Infanteriebrigade in Südafrika 1899/1902.
XV, S. 555. 556.
Hartwig, von, Vizedirektor des Ersten Departements des russ. Ministerium des Äußern (1899), Direktor des Ersten Departements (1903).
XV, S. 350.
XVII, S. 359.
XVIII, S. 345. 346. 353.
Hassan Pascha, türk. Marineminister (1901).
XVII, S. 507.
Hasse, Ernst, Reichstagsabgeordneter, Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes (1902).
XVII, S. 217.
Hasselmann, Reichstagsabgeordneter.
XVIII, S. 167.
Hatzfeldt-Wildenburg, Paul Graf von, Staatssekretär des A. A. 1881/85, Botschafter in London 1885/1901.
XIII, S. 3. 5 A. 36 A. 43 A. 44 A. 54. 88. 89 A. 90. 96 A. 109 A.
XIV, S. 26. 63 A. 85 A. 86 A. 96 A. 108. 116 A. 151 A. 160 A. 161 A. 164. 166. 169. 176 A. 178 A. 179 A. 181 A. 209 A. 216 A. 217. 217 A. 218. 226. 227. 229 A. 230 A. 231 A. 236 A. 239. 239 A. 248. 249. 254. 284. 295. 295 A. 296 A. 297. 303. 304. 305. 306 A. 307. 309. 309 A. 311 A. 312 A. 313 A. 316 A. 320 A. 323. 323 A. 334. 334 A. 341. 347. 350. 351. 353. 360 A. 414. 425. A. 426 A. 430 A. 460. 510. 517. 525 A. 543 A. 570 A. 571 A. 578. 579 A. 585 A. 589. 590. 591. 593. 594. 597. 605 A. 623. 625. 633. 634. 635. 636. 637 A. 638. 640. 641 A. 643. 648. 653 A. 657.
XV, S. 24 A. 38. 39 A. 40 A. 49 A. 52 A. 60 A. 71 A. 145 A. 148 A. 175 A. 286. 367. 370 A. 373. 374. 377. 378 A. 379. 379 A. 382. 383. 384. 390. 390 A. 391. 391 A. 393. 393 A. 398. 399 A. 407 A. 410 A. 418. 427. 431 A. 433 A. 435. 449 A. 455 A. 466. 468. 471. 476 A. 477 A. 481. 482. 484 A. 492. 509 A.
XVI, S. 26. 61 A. 73. 88 A. 90. 104 A. 110. 127. 137. 137 A. 140 A. 143 A. 146. 148 A. 150 A. 151 A. 158 A. 163 A. 201. 201 A. 202. 217. 218. 218 A. 219. 219 A. 220. 221. 229. 229 A. 230 A. 233 A. 245. 246 A. 248 A. 256 A.

257. 259. 266 A. 286. 297. 302 A. 312 A. 320. 321 A. 322 A. 324. 333 A. 334. 337 A. 341 A. 344 A. 366 A. 382. 399. 413.
XVII, S. 3 A. 8. 15 A. 16 A. 17 A. 23. 33 A. 34 A. 38 A. 39. 41 A. 54 A. 60 A. 68 A. 69 A. 72 A. 74 A. 85. 98. 100 A. 101 A. 102. 107. 110. 112. 112 A. 140. 142 A. 297 A. 298 A. 312. 324 A. 393. 529. 530.
XVIII, S. 410 A. 429. 432. 435. 489. 781 A.
Hatzfeldt-Wildenburg, Fürstin, geb. Gräfin von Dietrichstein.
XIII, S. 114.
Havenstein, Rudolf, Präsident der preuß. Seehandlung 1900/08.
XVII, S. 387. 390.
Hay, John, amerik. Botschafter in London 1897/98, Staatssekretär (des Äußern) unter Präsident Mac Kinley und Roosevelt 1898 bis 1905.
XIV, S. 108. 286. 575. 577 A. 588.
XV, S. 28. 51. 52. 53. 54. 60. 61. 86. 87. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 503. 504. 510. 511. 531.
XVI, S. 9. 65 A. 203. 208. 470. 490.
XVII, S. 18 A. 27. 269. 274. 283 A. 286. 287.
Hayashi, Count, japan. Gesandter in Petersburg 1897/99, Erster Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899, Gesandter in London 1900/06.
XIV, S. 69 A.
XV, S. 343. 362.
XVI, S. 164. 312. 313. 322. 322 A. 323. 324. 326. 327. 337. 337 A. 338. 339. 340. 344. 346. 347. 384. 436.
XVII, S. 135. 135 A. 136. 136 A. 137. 138. 138 A. 139 A. 142. 142 A. 143. 162 A.
XVIII, S. 75.
Heinrich, Prinz von Preußen, Bruder Kaiser Wilhelms II.
XIII, S. 264 A.
XIV, S. 101. 102 A. 113. 122. 126 A. 129. 141 A. 181 A. 182 A. 183. 399 A. 421 A. 626 A.
XV, S. 34. 34 A. 553.
XVI, S. 35. 278. 279. 334. 421.
XVII, S. 170. 170 A. 243. 243 A. 244.
XVIII, S. 34. 34 A. 35.
Heinrich, s. Irene.
Helena, Prinzessin zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, Gemahlin des Prinzen Christian, zweite Tochter der Königin Viktoria von Großbritannien und Irland.
XIV, S. 625.
XV, S. 418.
Helena Wladimirowna, Großfürstin von Rußland, Tochter des Großfürsten Wladimir Alexandrowitsch.
XV, S. 292 A.
Helene, Königin von Italien, Gemahlin Viktor Emanuels III., geb. Prinzessin von Montenegro.
XVIII, S. 72. 501. 501 A. 502. 503. 514. 524. 614. 626. 628. 686. 690. 695. 738. 845 A.
Hellwig, Direktor der Rechtsabteilung des A. A. (1899).
XV, S. 273 A. 285 A. 298. 298 A.
Hengelmüller von Hengervár, österr.-ung. Gesandter (seit 1902 Botschafter) in Washington 1891/1913.
XV, S. 19. 20. 21. 23. 24. 24 A. 28. 29.
Henry, franz. Oberstleutnant (1898).
XIII, S. 305 A. 306.
XVIII, S. 786.
Henry, Sohn des Vorigen.
XIII, S. 306.
Herbert, Sir Michael Henry, engl. Botschafter in Washington 1902 bis 1903.
XVII, S. 256. 272. 273. 275. 276. 277. 278. 279 A. 280. 282. 283. 284. 285. 285 A. 286. 286 A. 287. 290 A.
Herbette, Jules, franz. Botschafter in Berlin 1886/96.
XIII, S. 58.
XV, S. 408.
Hereford, Lord James of, Kanzler des Herzogtums Lancaster im Kabinett Salisbury 1895/1902.
XIV, S. 230 A.
Herold, franz. Dichter.
XIII, S. 108.
Hervé, Edouard.
XV, S. 537 A.

Herzen, Alexander, russ. Publizist.
XVIII, S. 19.
Hesse, von, russ. Generalleutnant und Generaladjutant, Palastkommandant des Zaren (1898).
XIII, S. 192. 193.
Hessen, Bureauchef im russ. Justizministerium, Sekretär der russ. Delegation auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 352. 353. 353 A.
Hessen-Darmstadt, s. Alexandra, Ernst Ludwig, Irene, Jelissaweta, Ludwig IV.
Hessen-Kassel, s. Luise.
Heureaux, Ulisses, General, Präsident der Dominikanischen Republik (1898).
XV, S. 109. 110. 111.
Heyking, Freiherr von, Gesandter in Peking 1896/99.
XIV, S. 34. 37. 46. 48. 48 A. 49. 49 A. 50. 54. 57. 61 A. 62 A. 63 A. 68. 71. 72. 74. 80 A. 82. 89. 98 A. 99 A. 102 A. 110 A. 114 A. 115 A. 123 A. 124. 128. 131 A. 134 A. 139. 145. 146. 172. 182. 184.
Hickel, österr.-ung. Generalkonsul in Saloniki (1903).
XVIII, S. 280.
Hicks-Beach, Sir Michael, Kanzler der Schatzkammer im Kabinett Salisbury 1895/1902.
XIV, S. 147. 147 A. 261. 265. 269. 378. 378 A. 413.
Hildyard, Sir Henry, engl. Generalmajor, Kommandeur der 2. Infanteriebrigade in Südafrika 1899/1900).
XV, S. 555. 556.
Hill, amerik. Stellvertretender Staatssekretär (des Äußern) (1899, 1900).
XV, S. 400.
XVI, S. 120. 121. 121 A.
Hillier, Präsident der engl. Hongkong and Shanghai Bank in Peking (1901).
XVI, S. 369. 403.
Hilmi Pascha, Hüssein, Wali von Jemen (1902), Generalinspektor für Mazedonien 1902/08.
XVIII, S. 187. 213. 214 A. 221. 226. 233. 237. 238. 240. 241. 248. 249. 266. 280. 332. 371. 379. 392. 393. 395. 396 A.
Hiltebrandt, russ. Vizeadmiral, Kommandant des Pazifik-Geschwaders (1900).
XVI, S. 7. 7 A.
Hintze, Kapitänleutnant, Flaggoffizier des Admirals von Diederichs in Ostasien (1898).
XV, S. 62.
Hirsch, Baron, Erbauer der Eisenbahn nach Konstantinopel.
XIV, S. 451.
Hirth, Friedrich, Professor der chines. Sprache und Literatur, Mitglied der Akademie der Wissenschaften in München (1900).
XVI, S. 361 A. 398.
Hitchcock, Ethan, amerik. Botschafter in Petersburg 1897/99.
XV, S. 158.
Hobart-Hampden Pascha, Augustus Charles, brit. Offizier in türk. Diensten.
XV, S. 428.
Hoepfner, Paul von, preuß. Generalmajor, Kommandeur der 3. ostasiatischen Infanteriebrigade 1900/01.
XVI, S. 24 A. 78. 82. 123. 124.
Hoffmann, Konteradmiral, Chef der Kreuzerdivision in Ostasien (1895).
XIV, S. 14. 17. 21 A. 25. 45 A. 48. 52.
Hohenlohe-Langenburg, s. Adelheid.
Hohenlohe-Langenburg, Herrmann Fürst zu, Statthalter in Elsaß-Lothringen 1894/1907.
XIII, S. 257. 279.
XV, S. 130.
XVIII, S. 770.
Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst von, Reichskanzler 1894/1900.
XIII, S. 3 A. 5 A. 55 A. 61. 67. 75. 75 A. 215 A. 228 A. 247. 329 A.
XIV, S. 12 A. 16. 22 A. 25. 43 A. 47. 58. 58 A. 63 A. 70. 74. 78. 78 A. 82. 84. 84 A. 85. 89. 97 A. 102 A. 333 A. 359 A. 394 A. 397 A. 588.

XV, S. 298 A. 421 A. 489.
XVIII, S. 784 A.
Hohenlohe-Schillingsfürst, Gottfried Prinz zu, österr.-ung. Hauptmann, Militärattaché in Petersburg (1903).
XVIII, S. 320.
Hohenwart zu Gerlachstein, Graf von, österr.-ung. Gesandter in Tanger 1896/1901.
XVII, S. 325.
Holland, Thomas Erskine, Professor des Internationalen Rechts in Oxford (1900).
XV, S. 452, 468.
Holleben, von, Botschafter in Washington 1897/1903.
XIV, S. 567 A. 568. 577. 577 A. 593.
XV, S. 19. 21. 22. 23. 24. 24 A. 27 A. 28. 49 A. 62. 64 A. 65 A. 68. 99. 110. 157 A. 183 A. 451. 455 A. 544. 545.
XVI, S. 9 A. 158. 166. 372. 420. 458 A.
XVII, S. 241 A. 242. 273 A.
Hollmann, (von), Admiral, Staatssekretär des Reichsmarineamts 1890/97.
XIV, S. 16. 20 A. 21 A. 38. 47 A.
Holls, Friedrich Wilhelm, deutsch-amerik. Publizist (1899), Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XIV, S. 615, 619.
XV, S. 183 A. 217. 219. 224. 226. 228. 229. 238. 238 A. 239. 240. 247. 248. 250. 251. 253 A. 269. 272. 273. 275. 276. 277. 278. 280. 280 A. 286 A. 287. 293. 293 A. 295. 298. 298 A. 299. 300. 315. 318. 319. 321. 322. 324. 325. 336. 337. 340. 340 A.
XVI, S. 120.
Holstein, s. Hans.
Holstein, Friedrich von, Vortragender Rat im A. A. 1880 bis 1906.
XIII, S. 5 A. 51 A. 54 A. 89 A. 93 A.
XIV, S. 114 A. 193. 229. 285 A. 294. 301. 302. 311. 311 A. 317. 543. 573. 574. 579. 582. 602. 640.
XV, S. 49 A. 52 A. 68. 175 A. 191 A. 281 A. 285. 285 A. 286. 286 A. 298 A. 407 A. 410. 471 A. 472. 473. 474. 501 A. 509 A. 535 A. 541 A.
XVI, S. 32. 61 A. 62. 66. 82 A. 83 A. 87. 106 A. 170. 181 A. 182 A. 184. 216. 250. 255. 290. 290 A. 305 A. 312 A. 316. 327. 334 A. 335 A. 341 A. 343 A. 345 A. 351. 361 A. 368. 368 A. 397. 398 A. 400. 426 A. 467 A.
XVII, S. 15 A. 16. 23. 23 A. 30. 38. 39 A. 41. 41 A. 44 A. 46 A. 49 A. 50 A. 52 A. 55 A. 60 A. 63. 65 A. 67 A. 68. 70. 72. 73 A. 90. 90 A. 92 A. 93 A. 94 A. 100. 101 A. 102 A. 138 A. 139 A. 141. 192 A. 225 A. 228. 333 A. 408 A. 486. 491. 513. 572 A. 573 A.
XVIII, S. 22 A. 24 A. 339 A. 409 A. 657 A. 670. 779 A. 802 A. 804 A. 839. 853.
Houssaye, Henry Comte, franz. Schriftsteller, Mitglied der Akademie (1897).
XIII, S. 108.
Howard, Sir Henry, engl. Gesandter im Haag 1896/1908, Zweiter Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 189 A. 313.
XVII, S. 200. 201.
Hsü-Ching-Chêng, chines. Gesandter in Berlin 1891/98 und in Petersburg 1891/97.
XIV, S. 18. 19. 20. 24. 24 A. 25. 26. 39. 40. 41. 42. 42 A. 43. 48 A. 49. 67. 100 A. 155.
Hsu-Shou-Peng, chines. Finanzsachverständiger (1901).
XVI, S. 415.
Huan, Zolltaotai in Tientsin (1901).
XVI, S. 390.
Huang-Tsun-Hsien, chines. Diplomat (1896).
XIV, S. 48. 48 A.
Hüssni Pascha, türk. Botschafter in Petersburg 1889/1908.
XIII, S. 278.
XVIII, S. 82. 173. 253. 297. 299. 405.
Hugo, von, preuß. Major, Militärattaché in Paris (1901).
XVIII, S. 776 A.
Huguenin, Generaldirektor-Adjoint der Anatolischen Eisenbahnen.

XVII, S. 391. 392. 398. 399. 414. 422. 423. 424. 425. 429. 430. 440. 452. 453. 454.
Huhn, Arthur von, Journalist, Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ in Berlin.
XIII, S. 253 A.
XV, S. 407 A. 540. 541 A. 543.
Hulot, franz. Arbeiter.
XIII, S. 108.
Humbert I., König von Italien 1878/1900.
XV, S. 361.
XVI, S. 87 A.
XVII, S. 300. 302.
XVIII, S. 64 A. 501. 501 A. 503. 520. 606. 614. 625. 635. 683. 711. 711 A. 720. 722.
Humbracht, von, Erster Sekretär bei der Botschaft in Madrid 1902/05.
XVII, S. 352 A.
Hu-Wei-Tê, chines. Gesandter in Petersburg 1902/08.
XVIII, S. 82.

I (Pu-tsching), chines. Prinz.
XVI, S. 186.
Ibn Reschid, Scheich der Schammay-Beduinen (1901).
XVII, S. 480. 496. 499. 500. 505. 510. 511.
Ibrahim Bey, Sekretär des Sultans Abdul Hamid II. für fremde Korrespondenz (1901, 1902).
XVII, S. 422.
XVIII, S. 209. 451. 452.
Ibrahim Bey, türk. Oberzeremonienmeister (1903).
XVIII, S. 221.
Ignatiew, Nikolaus Graf, russ. General, Minister des Innern 1881/82, Panslawist.
XV, S. 236.
XVIII, S. 103. 107. 108. 174. 174 A. 176. 204. 206. 335. 440.
Inouye Katsunoske, japan. Gesandter in Berlin 1898/1907.
XVI, S. 23. 23 A. 44. 133. 163. 344. 345. 345 A. 346.
XVII, S. 96.
Ireland, Erzbischof von St. Paul (Amerika) (1898).
XV, S. 17.
Irene, Prinzessin von Preußen, Gemahlin des Prinzen Heinrich, geb. Prinzessin von Hessen-Darmstadt.
XIV, S. 399 A.
XVIII, S. 34 A.
Ischak Chan, Prätendent in Afghanistan (1902).
XVII, S. 550.
Iswolsky, Alexander von, russ. Gesandter in Tokio 1900/02.
XVI, S. 23.
XVII, S. 56. 141.
XVIII, S. 48. 66. 852.
Italien, s. Helene, Humbert, Margaretha, Viktor Emanuel III.
Ito, Marquis, japan. Ministerpräsident 1892/96, 1900/01.
XIV, S. 29.
XVI, S. 10. 157. 335. 338. 408.
XVII, S. 138. 138 A. 140 A. 144. 144 A. 145. 149. 162.
Iwanowitsch, Alexa, serb. Ministerpräsident 1900/01.
XVIII, S. 116 A.
Iwantschow, bulg. Ministerpräsident 1899/1901.
XVIII, S. 96.
Izzet Bey (Pascha), Zweiter Sekretär des Sultans Abdul Hamid II. (1899, 1902).
XIV, S. 491. 492. 493. 500. 501. 503. 504. 528.
XVII, S. 385. 391. 392. 410. 421. 422. 423. 508.
XVIII, S. 213. 214. 215. 221. 225. 226. 316. 388 A. 421. 424. 425. 426. 427. 443. 444.

Jackson, Erster Sekretär bei der amerik. Botschaft in Berlin (1898, 1899).
XV, S. 67. 288.
XVI, S. 100. 133.
Jacoby, Hofrat.
XIII, S. 280.
Jadowski, von, russ. Gesandter in Belgrad 1898/1900.
XIII, S. 212.
Jaeschke, Kapitän zur See, Gouverneur von Kiautschou (1900, 1901).
XVI, S. 3. 4. 64. 279.
Jaille, de la, franz. Vizeadmiral,

Marinepräfekt des Marine-Arrondissements Toulon (1898).
XIV, S. 394.
Jakul Chan, Prätendent in Afghanistan (1900).
XVII, S. 521.
Jameson, Leander Starr, Administrator von Rhodesia der British South Africa Company.
XIII, S. 13. 14. 15. 16. 18.
XIV, S. 267. 273. 582.
XV, S. 367 A. 403. 494. 535.
XVII, S. 102.
Jamont, franz. Divisionsgeneral, Vizepräsident des obersten Kriegsrats (1898, 1900).
XIII, S. 313. 316.
XVIII, S. 769.
Jang-Ju, chines. Gesandter in Petersburg 1897/1902, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XIV, S. 133.
XV, S. 343. 362.
XVI, S. 311 A. 346.
Japan, s. Mutsuhito.
Jaurès, Jean, franz. Deputierter.
XV, S. 296.
XVII, S. 358. 358 A. 573 A. 582. 583 A.
XVIII, S. 846.
Javorski, von, Mitglied des österr. Abgeordnetenhauses (1898).
XIII, S. 121 A.
Jelissaweta Feodorowna, Großfürstin von Rußland, Gemahlin des Großfürsten Sergius, geb. Prinzessin von Hessen-Darmstadt.
XVIII, S. 106. 109.
Jemen, s. Hilmi Pascha.
Jepantschin, russ. Oberst (1900).
XVIII, S. 95. 95 A. 107.
Jilinsky, russ. Oberst, Technischer Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 210. 312. 313. 314.
Johann Albrecht, Herzog zu Mecklenburg, Regent des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin 1897/1901, Erster Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft.
XV, S. 511. 511 A. 512.
Jollivet, Gaston, franz. Journalist (1899).
XIII, S. 269.
Jonaust, franz. Oberst (1899).
XIII, S. 337.
Jonnart, Generalgouverneur von Algerien (1901).
XVII, S. 337.
Joostens, Maurice, belg. Ministerresident in Peking 1900/04.
XVI, S. 153. 158 A. 159. 264. 360.
Jossif I., bulg. Exarch in Konstantinopel (1902).
XVIII, S. 160 A. 161. 162. 183. 313. 330.
Jousset, franz. Schriftsteller.
XVIII, S. 776 A.
Jullemier, Souschef im franz. Ministerium des Äußern (1898).
XIII, S. 248. 249. 250. 251. 252.
Junglu, Mitglied des chines. Staatsrats, Generalissimus der chines. Armee 1900.
XVI, S. 131.

Kaizl, österr. Finanzminister im Kabinett Graf Thun 1898/99.
XIII, S. 117 A. 140. 143. 148. 155. 158. 159. 159 A. 160. 161. 163. 172.
Kalau vom Hofe, Korvettenkapitän, Marineattaché in Petersburg 1892/98.
XIV, S. 118. 125. 165 A.
Kállay, von, österr.-ung. Reichsfinanzminister 1882/1903.
XIII, S. 113. 116. 134.
XVIII, S. 87. 92. 127. 130. 131. 134. 286.
Kálnoky, Gustav Graf, österr.-ung. Minister des Äußern 1881/95.
XVIII, S. 93. 489. 527.
Kang-Yi, Vizepräsident des chines. Staatsrats (1900).
XVI, S. 186. 187. 188.
Kantakuzen, Fürst, russ. Gesandter in Stuttgart 1895/1903.
XIII, S. 213. 214. 215. 215 A. 216.
Kapnist, Dmitri Alexejewitsch Graf, Direktor des Asiatischen Departements im russ. Ministerium des Äußern 1891/97.
XIV, S. 514.
Kapnist, Peter Alexejewitsch Graf,

russ. Botschafter in Wien 1895/1904.
XIII, S. 143. 143 A. 199. 199 A. 232. 234.
XVI, S. 111.
XVIII, S. 201. 203. 204. 205. 210. 211. 223. 229. 231. 237. 285. 286. 287. 568.
Kapp, Otto von, Geheimer Baurat (1900).
XVII, S. 376. 465. 474. 475.
Karatheodory Pascha, Alexander, Mitglied des türk. Staatsrats (1902).
XVIII, S. 213. 214. 225. 402.
Karl I., König von Portugal 1889 bis 1908.
XIV, S. 265. 272. 279. 280. 281.
Karl I., König von Rumänien 1866 bis 1914.
XVIII, S. 112. 113. 129. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 486. 651. 652. 654. 656. 659. 660. 662. 663. 668. 669. 672. 674. 675. 676. 678. 679.
Karl, Prinz von Bourbon-Sizilien, Prinz von Asturien, Infant von Spanien, Brigadegeneral.
XVIII, S. 799.
Karnebeek, van, niederländ. Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 202. 205. 206. 207. 216. 217. 314. 315. 319. 324. 342. 346. 357. 362.
Károlyi, Alois Graf, österr.-ung. Botschafter in London 1878/88.
XVIII, S. 489.
Katkow, russ. panslawistischer Publizist, Herausgeber der „Moskauer Zeitung".
XVIII, S. 107.
Kato, japan. Gesandter in London 1895/1900, Minister des Äußern im Kabinett Ito 1900/01.
XIV, S. 150. 151.
XVII, S. 140 A.
Katsura, Taro Vicomte, japan. Ministerpräsident 1901/06.
XVII, S. 139 A. 140. 144.
Kaulla, Alfred (von), Direktor der Württembergischen Vereinsbank.
XIV, S. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 456. 457. 458. 459. 461. 464.
Kautz, amerik. Admiral (1899).
XIV, S. 585.
Kayser, Paul, Dirigent der Kolonialabteilung des A. A. 1890/96.
XIII, S. 8 A.
Keller, russ. Oberst in China (1900).
XVI, S. 269. 272. 275.
Kemball, engl. Oberst (1901).
XVII, S. 480.
Kempff, amerik. Konteradmiral, 2. Kommandant der Flottenstation Asien (1900).
XVI, S. 7. 7 A.
Kessel, von, preuß. Generalleutnant und Generaladjutant, Chef der zweiten Gardedivision (1899).
XIII, S. 268.
Ketels, belg. Vizekonsul in Tientsin (1900).
XVI, S. 263. 264.
Ketteler, Freiherr von, Gesandter in Peking 1899/1900.
XIII, S. 282 A.
XVI, S. 3. 3 A. 4. 5. 5 A. 7 A. 8. 12 A. 14. 15. 17. 18. 25. 27 A. 31. 32 A. 36. 40. 55. 63 A. 65. 79. 95. 131. 134. 144 A. 145 A. 146. 155. 161. 186. 267 A. 395.
XVIII, S. 261.
Keyserlingk, Freiherr von, Kapitänleutnant, Kommandant S. M. Spezialschiffs „Loreley" (1903).
XVIII, S. 288.
Khazal, Emir (Scheich) von Mohammere (1902).
XVII, S. 512.
Khuepach zu Ried, Zimmerlehen und Halsburg, Viktor, österr.-ung. Oberstleutnant, Technischer Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 203. 204. 205. 206. 207. 210.
Kiamil Pascha, türk. Großwesir 1885/91, 1895.
XIV, S. 442.
Kiderlen-Waechter, von, Gesandter in Kopenhagen 1895/99, in Bukarest 1899/1910.
XIII, S. 220 A.
XVII, S. 102.

XVIII, S. 113 A. 114 A. 657 A. 660. 675.
Kimberley, Earl of, engl. Staatssekretär des Äußern im Kabinett Rosebery 1894/95.
XIII, S. 27. 40.
XIV, S. 165 A. 259. 302.
Kinder, Claude William, engl. Ingenieur in China (1900).
XVI, S. 239. 257. 270.
Kindt, Kapitän zur See (1898).
XIII, S. 238.
Kinsky von Wchinitz und Tettau, Graf, Botschaftsrat bei der österr.-ung. Botschaft in Petersburg (1899, 1900, 1901, 1903), in Paris (1903).
XV, S. 341.
XVII, S. 562. 563.
XVIII, S. 148 A. 219. 220. 502 A. 822. 823. 854.
Kirejew, russ. General, Panslawist.
XVIII, S. 107.
Kitchener, Sir (seit 31. X. 1898 Lord) Horatio Herbert, engl. General, Sirdar der ägypt. Armee 1892/99, Generalstabschef in Südafrika 1899/1900, Oberkommandierender in Südafrika 1900/02.
XIII, S. 250. 250 A.
XIV, S. 371 A. 372. 373. 377. 378. 379. 382.
XV, S. 428. 430. 505 A. 561.
XVII, S. 23. 38. 207 A.
Klehmet, Vortragender Rat im A. A. 1896/1908.
XIV, S. 21 A. 63 A. 395.
XV, S. 298.
XVI, S. 118 A. 390 A. 426 A. 487 A.
XVII, S. 219.
XVIII, S. 357 A.
Kleinmichel, russ. Gräfin.
XVIII, S. 60.
Kleymenow, russ. Generalkonsul in Schanghai (1900).
XVI, S. 123.
Knappe, Generalkonsul in Schanghai (1900, 1901).
XVI, S. 119. 256 A. 265. 265 A. 452. 452 A. 457. 472. 478. 487 A. 489. 491 A.
Knobel, niederländ. Ministerresident in Peking 1895/1903.
XIV, S. 124. 124 A.
XVI, S. 5. 18. 26. 28 A. 35. 38. 39. 42. 55. 58. 92. 102. 158 A. 159. 360.
Knorr, von, Kommandierender Admiral der Marine 1895/99.
XIV, S. 16. 20. 21. 22. 22 A. 37 A. 45 A. 47 A. 85.
Knorring, von, Zweiter Sekretär bei der russ. Botschaft in Berlin (1902).
XVIII, S. 42. 43.
Knox, Sir Ralph Henry, permanenter Unterstaatssekretär im engl. Kriegsamt 1897/1901.
XIV, S. 386.
Kobekow, russ. Finanzrat (1900).
XVIII, S. 89. 89 A. 94. 95. 96. 97. 103. 107.
Koburg-Gotha, s. Alfred, Ferdinand, Maria Alexandrowna, Mensdorff-Pouilly.
Köhler, Landeshauptmann von Togo (1897).
XIII, S. 101 A. 103.
Köller, von, Korrespondent des „Lokalanzeigers“ in Konstantinopel (1902).
XVI, S. 417. 418.
Koerber, von, österr. Ministerpräsident 1900/04.
XVIII, S. 101. 360. 567. 568. 576. 631.
Koerner, von, Direktor der Handelspolitischen Abteilung des A. A. (1902).
XVIII, S. 44.
Koester, (von), Admiral, Chef der Marinestation der Ostsee (1897), Generalinspektor der Marine 1899/1903.
XIV, S. 82 A.
XVIII, S. 28.
Kohn, Fürst-Erzbischof von Olmütz (1899).
XIII, S. 175.
Komarow, Alexander Wissarionowitsch, russ. General, Panslawist.
XVIII, S. 50.
Komarow, russ. Oberst a. D., Journalist, Redakteur des „Swet“.
XIII, S. 188. 190. 208.
XV, S. 349. 350. 351. 353.
XVIII, S. 107.

Komura, japan. Gesandter in Petersburg 1900/01, in Peking 1901, Minister des Äußern im Kabinett Katsura 1901/06.
XVI, S. 110. 193. 299 A. 314. 376. 390. 418. 442. 473.
XVII, S. 147.
Königsberg, s. Tieschowitz.
Konia, s. Ferid Pascha.
Konstantin Konstantinowitsch, Großfürst von Rußland, Sohn des Bruders Alexanders II.
XVIII, S. 4 A. 101.
Kopp, Kardinal, Fürstbischof von Breslau (1898, 1899).
XIII, S. 167 A. 170 A. 175.
XV, S. 14. 14 A. 15. 173.
Korea, s. Li hui.
Kossowo, s. Reschad Bey.
Kossuth, Franz, Mitglied des ung. Abgeordnetenhauses (1898).
XIII, S. 144.
Kotzebue, von, russ. Gesandter in Washington 1896/98.
XV, S. 19. 21. 23. 24. 24 A. 28.
Koziebrodzki, Leopold Graf Bolesta-, Erster Sekretär bei der österr.-ung. Botschaft in Madrid (1899).
XV, S. 133. 134.
Kramář, Mitglied des österr. Abgeordnetenhauses (1898, 1899).
XIII, S. 140. 143. 147. 148. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 158. 159. 160. 162 A. 163.
XVII, S. 87 A.
Krantz, franz. Minister für Öffentliche Arbeiten im Kabinett Dupuy 1898/99.
XIII, S. 314.
Krebs, Dolmetscher bei der Gesandtschaft in Peking (1897, 1901).
XIV, S. 53.
XVI, S. 194.
Kremer, russ. Admiral, Generaladjutant Kaiser Nikolaus II. (1902).
XVIII, S. 57.
Kreyer, Sekretär bei der chines. Gesandtschaft in Berlin und Petersburg (1896).
XIV, S. 26. 39. 40. 41. 42. 49.
Krüger, Präsident der Südafrikanischen Republik 1883/1900.
XIII, S. 3 A. 13. 15. 18. 24. 25.
XIV, S. 117. 204.
XV, S. 367 A. 368. 369. 369 A. 370. 371. 372. 374. 375. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 385 A. 389. 390. 392. 430. 432. 490. 531. 532. 533. 535. 537. 538. 549. 549 A. 550. 550 A.
XVI, S. 171. 171 A. 289.
XVII, S. 37. 151. 187 A. 205. 220. 222. 226.
Krüger, Friedrich, Konsul in Manila 1897/1903.
XV, S. 33. 34. 36. 39. 43 A. 70. 97.
Kruglow, Alexis, russ. Konsul in Bagdad (1900, 1901).
XVII, S. 473. 474. 475. 476. 478. 505.
Krupp, Alfred von, Industrieller.
XIV, S. 41.
XV, S. 162. 164. 452.
XVIII, S. 295. 662.
Kuba, s. Weyler Marquis de Tenerife.
Kühlmann, Otto von, Generaldirektor der Anatolischen Eisenbahnen.
XIV, S. 442.
Kueit, s. Mubarek-es Sabah.
Kuenzli, Arnold, schweizer. Oberst, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 200. 312.
Kung, Prinz, Präsident des Tsungli Yamen (1895).
XIV, S. 20. 21. 23. 98.
Kurino, japan. Gesandter in Paris 1897/1902, in Petersburg 1902/04.
XVI, S. 45.
XVII, S. 155.
Kuropatkin, russ. Generalleutnant, Kriegsminister 1898/1904.
XIII, S. 211.
XIV, S. 158. 375. 376.
XV, S. 145 A. 184. 351. 352. 363.
XVI, S. 19. 23. 24. 33. 34. 35. 35 A. 38. 39. 40. 42. 42 A. 62. 72 A. 80. 81. 81 A. 82. 82 A. 86. 87. 92. 92 A. 96. 106. 107. 269. 272. 273. 305.
XVII, S. 520. 521. 522. 523. 545. 546. 547. 550.
XVIII, S. 98. 814. 815.

Kuyper, niederländ. Minister des Innern 1901/05.
XVII, S. 218. 219. 220. 231. 232.

Labori, franz. Advokat und Deputierter, Verteidiger von Dreyfus.
XIII, S. 318. 325. 329. 332. 332 A. 337.

Labouchère, Henry de, Mitglied des engl. Unterhauses.
XIV, S. 205.

Laffan, William, Herausgeber der „New York Sun".
XVI, S. 416.

Lafferière, Generalgouverneur von Algerien (1899).
XIII, S. 260. 262. 264 A.

Lamington, Baron Charles Wallace, Mitglied des engl. Oberhauses, Gouverneur von Bombay 1903/07.
XVII, S. 558.

Lammasch, Heinrich, Professor für Völkerrecht an der Universität Wien, Technischer Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 238. 238 A. 239. 240. 246. 247. 248. 252. 253 A. 269. 271. 272. 273. 275. 277. 278. 293. 296. 315. 319. 321. 322. 325. 330. 334. 338. 341.

Lamsdorff, Graf, Adjunkt des russ. Ministers des Äußern 1897/1900, Verweser des russ. Ministeriums des Äußern 1900, Minister des Äußern 1901/06.
XIII, S. 212. 218. 220. 221. 222. 223. 223 A. 338.
XIV, S. 55. 62. 62 A. 63. 64. 79. 81.
XV, S. 308. 309. 314. 350. 364. 364 A.
XVI, S. 20. 28. 30. 38. 39. 40. 47. 53. 54. 57 A. 58. 59. 61 A. 62. 66. 66 A. 72 A. 74. 78 A. 80. 82. 83 A. 84. 87. 89. 89 A. 90. 92 A. 93. 94. 95. 101. 102. 103. 106. 107. 108. 109. 121. 122. 123. 123 A. 125. 127. 128. 129. 130. 132. 134. 203. 205. 245. 252. 252 A. 253. 255. 258. 280. 284. 284 A. 287. 303. 305. 306. 307. 312 A. 325. 330. 331. 332. 341. 341 A. 346. 353. 387. 388. 434. 435. 437.
XVII, S. 155. 156. 156 A. 157. 158. 159. 160. 160 A. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 171. 172. 173. 174. 175. 177. 178. 179. 180. 203. 204. 343 A. 349. 350. 351. 352. 359. 401. 407. 408. 409. 442. 447. 448. 454 A. 457 A. 504. 535. 539. 551. 552. 562. 563. 573 A.
XVIII, S. 7. 8. 9. 12. 12 A. 18. 23. 28. 30. 31. 35. 36. 36 A. 37. 38. 38 A. 40. 40 A. 41. 42 A. 43. 44. 46. 48. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 62 A. 63. 63 A. 65. 66. 69. 70 A. 77. 78. 79. 80. 81. 81 A. 82. 83. 114. 129. 132. 148. 148 A. 149. 161. 173. 177. 179. 180. 199. 202. 202 A. 205. 210. 213 A. 214. 215. 215 A. 216. 216 A. 217. 217 A. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 223 A. 224. 227. 229. 231. 236. 236 A. 237. 239. 245. 250. 252. 253. 254. 256 A. 266. 270. 274. 275. 276. 277. 278. 283. 284. 290. 291. 294. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 305. 306. 306 A. 307. 308. 311. 312 A. 314. 315. 316. 317. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 334. 335. 338. 339. 340. 340 A. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 351. 352. 353. 353 A. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 364 A. 366. 370. 371. 375. 381 A. 383. 388. 389. 389 A. 390. 391. 395. 396. 398. 405. 458. 459. 459 A. 462 A. 465. 467. 473. 474. 478. 479. 539. 541. 543. 622 A. 623. 725. 727. 728. 755. 783. 787. 805. 806. 818. 821. 822. 823. 830. 833 A. 836. 838. 839. 847. 847 A. 851. 851 A. 852.

Lan, Herzog, Boxerführer, Bruder des Prinzen Tuang.
XVI, S. 187. 188.

Lanessan, franz. Deputierter, Marineminister im Kabinett Waldeck-Rousseau 1899/1902.
XIII, S. 340.

Lang, John Irvine, engl. Kapitän (1899).
XIV, S. 184.
Lang, Sir R. Hamilton, Leiter der Ottomanbank-Agentur in Ägypten 1872/75, Generaldirektor der Ottomanbank in Konstantinopel 1897/1902.
XVII, S. 68.
Langénieux, franz. Kardinal, Erzbischof von Reims (1901).
XVIII, S. 821.
Lansdowne, Marquess of, Staatssekretär des Krieges im Kabinett Salisbury 1895/1900, des Äußern in den Kabinetten Salisbury und Balfour 1900/05.
XIV, S. 653 A. 669.
XV, S. 434. 435. 556.
XVI, S. 87. 88 A. 164. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 176. 177. 178. 182. 183. 184. 252. 252 A. 265. 266. 270. 286. 287. 288. 289. 291. 292. 301. 303. 307. 307 A. 311. 311 A. 312. 312 A. 313. 317. 319. 320. 322. 322 A. 326. 327. 328. 330. 331. 332. 335 A. 338. 339. 341. 342. 343. 344. 346. 346 A. 347. 348. 358. 361. 362. 364. 365. 366. 366 A. 368. 379. 380. 381. 383. 395. 396. 397. 398. 400. 401. 402. 404. 405. 406. 409. 410. 411. 413. 414. 435. 436. 439. 440. 441. 441 A. 443. 454. 464. 465. 473. 474. 475. 476. 477. 480. 481. 482. 483. 483 A. 484. 484 A. 485. 486. 491.
XVII, S. 15 A. 16. 16 A. 17. 18 A. 19. 24. 25. 26. 27. 29. 30. 30 A. 31. 32. 33 A. 34 A. 35. 38. 38 A. 39. 39 A. 40. 40 A. 41. 42. 44. 45. 46. 47. 48. 49 A. 53. 53 A. 54. 54 A. 55. 57. 58. 59. 60. 63. 64. 65. 66. 67. 67 A. 68. 68 A. 69. 70. 71. 72. 73. 86. 88. 90. 90 A. 91. 92. 94 A. 96. 98. 101 A. 103. 110. 111. 112. 113. 114. 115 A. 116. 118. 121 A. 122 A. 138. 138 A. 139 A. 140. 141. 142. 142 A. 143. 145. 194 A. 197. 198. 198 A. 205. 230. 231. 235. 236 A. 237. 250. 250 A. 251. 252. 253. 254. 254 A. 255. 256. 257. 257 A. 258. 260. 262. 263. 265. 265 A. 266. 267. 268. 270. 271. 277. 277 A. 278. 279. 280. 282. 283. 284. 285 A. 287. 288. 288 A. 289. 289 A. 290 A. 333. 333 A. 338. 339. 343 A. 344. 345. 346. 346 A. 347. 348. 349. 358. 360. 362. 363. 431. 432. 441 A. 443. 448. 449. 481. 481 A. 482. 483. 485. 486. 488. 492. 502. 503. 515. 534. 535. 544. 547. 552. 558. 559. 560. 571. 571 A. 575. 587 A. 589. 592.
XVIII, S. 28. 175. 238. 357. 358. 375. 376. 397. 398. 422. 423. 427. 428. 429. 430. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 441. 442. 444. 726. 727. 750. 765. 781. 800.
Lanza, Conte di, ital. Botschafter in Berlin 1892/1907.
XIII, S. 150.
XIV, S. 433. 436. 437.
XV, S. 171. 204 A. 267. 268. 288. 304.
XVI, S. 15. 68. 136.
XVII, S. 300. 302.
XVIII, S. 491. 492. 504. 506. 507. 508. 523. 523 A. 533. 537. 544. 549. 550. 551. 551 A. 553. 554. 555. 556. 557. 560. 562. 563. 569. 571. 573. 574. 575. 577. 582 A. 586. 590. 591. 592. 606. 607. 608. 609. 609 A. 620. 626. 640. 640 A. 646. 698. 713. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747.
Laptew, russ. Konsul in Tientsin (1901).
XVI, S. 299.
Larchey, franz. Divisionsgeneral, Kommandierender General des XIX. Armeekorps (Algier) (1899).
XIII, S. 260.
Lascelles, Sir Frank Cavendish, engl. Botschafter in Berlin 1895/1908.
XIII, S. 7 A. 8. 8 A. 9. 10. 11. 188. 188 A.
XIV, S. 63 A. 125 A. 161. 162. 163. 166. 171. 179 A. 180. 253. 254. 255. 255 A. 304. 305. 306. 306 A. 333. 334. 334 A. 335.

336. 337. 338. 339. 339 A. 340. 475. 593. 596. 597. 598. 599. 600. 604. 605. 606. 625. 635. 636. 636 A. 649. 654. 664. 670.
XV, S. 288. 304. 379. 379 A. 399. 410 A. 411. 442. 466 A. 483. 484. 492. 521. 525. 526.
XVI, S. 15. 20. 20 A. 21. 22. 62. 68. 75. 76. 84. 85. 88. 88 A. 96. 96 A. 97 A. 98. 99. 101. 105. 118. 174. 207 A. 211. 211 A. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 221. 234. 239. 256 A. 270. 272. 281. 285. 286. 287. 289. 289 A. 300. 301. 304. 344. 345. 346 A. 365. 394. 440. 443. 444. 455 A. 456. 465. 469 A. 478 A. 481.
XVII, S. 10. 25. 39. 51. 52. 52 A. 73 A. 85. 86. 88. 90. 91. 92. 93. 94. 94 A. 96. 97. 98. 109. 110. 146. 147. 148. 156 A. 193. 207 A. 220. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231 A. 232. 233. 234. 277 A. 339. 403. 408 A. 432. 436. 441. 442. 477. 477 A. 480. 481. 512.
XVIII, S. 15. 19. 19 A. 24. 157. 158. 175. 176. 428. 428 A. 433.

Lauenstein, preuß. Major, Militärattaché in Petersburg 1893 bis 1902.
XIII, S. 79.
XVI, S. 19. 24. 33. 34. 35. 38. 42. 81. 92. 106.
XVII, S. 521.

Lazare, Bernard, franz. Schriftsteller.
XIII, S. 291. 292. 293 A.

Lazarew, russ. Oberstleutnant, Militärattaché in Paris (1903).
XVIII, S. 839.

Lebon, franz. Kolonialminister im Kabinett Méline 1896/98.
XIII, S. 96.

Lecomte, Zweiter Sekretär bei der franz. Botschaft in Berlin (1897).
XIII, S. 102.

Leduc, Erster Dolmetscher bei der franz. Gesandtschaft in Peking (1901).
XVI, S. 194.

Lee-Warner, Sir William, Korrespondenz-Sekretär im Politischen Departement des India Office 1895/1903.
XVII, S. 530.

Legrand, Jules, franz. Deputierter, Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern im Kabinett Dupuy 1898/99.
XIII, S. 314.

Leipziger, von, preuß. Major, Militärattaché in Konstantinopel (1902).
XVIII, S. 755.

Lemaître, Jules, franz. Publizist (1899).
XIII, S. 269.

Lenz, Vizekonsul in Tschifu (1896, 1900).
XIV, S. 36.
XVI, S. 12. 12 A.

Leo XIII., Papst 1878/1903.
XIV, S. 356.
XV, S. 11. 14. 15. 17. 18. 18 A. 19. 20. 21. 22. 153. 173. 174 A. 175 A. 176. 177. 177 A. 178 A. 187. 187 A. 294. 342. 343. 344. 346.
XVII, S. 496.
XVIII, S. 462. 513 A. 519. 520. 791.

Leontiew, Nikolai, russ. Afrikaforscher, früherer Erzbischof und Metropolit von Moskau.
XIV, S. 402.

Leopold II., König der Belgier 1865/1905.
XIV, S. 294. 300. 302. 581 A.

Lermantow, Erster Sekretär bei der russ. diplom. Agentur in Sofia (1902).
XVIII, S. 159.

Lessar, russ. Botschaftsrat in London (1900), Gesandter in Peking 1901/05.
XVI, S. 71. 114. 305 A.
XVIII, S. 31. 66.

Lessel, von, preuß. Generalleutnant, Chef des Expeditionskorps in China 1900/01.
XVI, S. 124. 258.

Lesseps, Vicomte de, franz. Ingenieur, Erbauer des Suezkanals.
XVII, S. 68.

Leyden, Graf, Generalkonsul in Kairo 1890/93, Gesandter in Tokio 1898/1901.

XIV, S. 185. 462.
XVI, S. 8.
Leyds, Gesandter der Südafrikanischen Republik im Haag, in Berlin und Paris 1898/1902.
XV, S. 376. 377. 384. 403. 405. 406 A. 430. 435. 472. 474. 475. 475 A. 480. 503 A. 504. 505. 506. 544 A. 546. 547. 548. 549. 550. 550 A. 558.
XVII, S. 185. 201. 202. 203. 204. 220.
Liang-Hu, s. Tschang-Tschi-Tung.
Lichnowsky, Prinz von (seit 1901 Fürst von), Erster Sekretär bei der Botschaft in Wien 1894 bis 1899, Vortragender Rat im A. A. 1899/1904.
XV, S. 312 A. 335. 515 A.
XVI, S. 179 A.
XVII, S. 199.
XVIII, S. 41. 50.
Lieber, Reichstagsabgeordneter (1899).
XV, S. 212.
Liebert, Eduard (von), preuß. Oberst, (Generalmajor), Gouverneur von Deutsch-Ostafrika 1896/1901.
XIV, S. 42. 42 A. 43. 581 A.
Liechtenstein, Alfred Fürst von und zu, Mitglied des österr. Herrenhauses (1899).
XIII, S. 157.
Liechtenstein, Aloys Prinz von und zu, Mitglied des österr. Abgeordnetenhauses (1899).
XIII, S. 157 A.
Liechtenstein, Franz Prinz von und zu, österr.-ung. Botschafter in Petersburg 1894/98.
XIII, S. 84. 199. 200. 224 A. 226.
XIV, S. 106.
Liechtenstein, Rudolf Fürst von und zu, österr.-ung. Erster Obersthofmarschall (1899).
XIII, S. 226.
Li hui, Kaiser von Korea 1897 bis 1907.
XIV, S. 159.
Li-Hung-Tschang, chines. General und Minister, Mitglied des Tsungli-Yamen (1895, 1896), Vizekönig von Kanton (1899), Generalgouverneur von Tschili (1900, 1901).
XIV, S. 5. 12. 27. 27 A. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 33 A. 34. 41. 48. 50. 61. 62 A. 63 A. 71. 74. 88. 114 A. 146 A.
XVI, S. 27. 78 A. 79. 93. 94. 95. 96. 98. 99. 100. 100 A. 108. 109. 115. 123. 124. 125. 125 A. 126. 130. 132. 139. 141. 141 A. 144. 146. 147. 157. 181 A. 194. 195. 200. 228. 235. 238. 281. 288. 291. 325. 333. 340. 346. 348. 367. 382 A. 386. 393. 432. 439.
XVIII, S. 141.
Limburg-Stirum, Graf, Mitglied des Reichstags (1900).
XV, S. 550 A.
Linares, franz. Leibarzt des Sultans von Marokko (1901).
XVII, S. 328. 339.
Linewitsch, russ. General, Truppenbefehlshaber in China 1900.
XVI, S. 92. 92 A. 106. 108. 234 A. 235. 236. 238. 258. 259. 262. 271. 272. 276. 283. 287. 421.
Li-Ping-Hîng, chines. Gouverneur von Schantung (1897).
XIV, S. 99 A.
Lischin, russ. Generalkonsul in Beirut (1898).
XIV, S. 395.
Li-Shêng-toh, chines. Gesandter in Tokio 1898/1902.
XVI, S. 312. 331.
Liu-Kun-Yi, Generalgouverneur der chines. Provinz Liang-Kiang (1900, 1901, 1902).
XVI, S. 175. 199. 200. 256. 266 267. 340. 346. 377. 386. 398 452. 452 A. 454. 456. 457. 459. 460. 468. 469. 470. 472. 473. 474. 476. 479.
Livonius, von, Admiral a. D. (1903).
XVII, S. 590. 590 A.
Lobanow-Rostowsky, Fürst, russ. Minister des Äußern 1895/96.
XIII, S. 61. 62. 70. 226.
XIV, S. 12 A. 104 A. 341. 361. 362. 414.
XV, S. 363. 408. 530. 535. 536.

XVII, S. 191.
XVIII, S. 52. 53. 56. 501.
Lobkowitz, Fürst, Oberstlandmarschall von Böhmen (1898).
XIII, S. 114. 115.
Lockroy, Edouard, franz. Maler, Abgeordneter, Marineminister in den Kabinetten Brisson und Dupuy 1898/99.
XIII, S. 238 A.
XIV, S. 407.
Lodge, Henry Cabot, amerik. Senator (1898).
XV, S. 59.
Löwenberg, Konsul in Victoria (Australien) (1900).
XV, S. 491.
Loewenfeld, Alfred von, preuß. Oberst, Kommandeur des 3. Garde-Regiments zu Fuß 1898/1900, Flügeladjutant Kaiser Wilhelms II.
XIV, S. 616 A.
Lo-Fêng-Luh, chines. Gesandter in London 1897/01.
XVI, S. 146. 313. 322. 326. 346. 346 A. 347. 384.
Lorando, franz. Staatsangehöriger in Konstantinopel (1901).
XVIII, S. 148 A. 270. 452. 452 A. 453. 457. 458. 459. 460. 462. 463. 468. 469. 471. 476. 477. 480. 752. 838.
Loubet, Präsident des franz. Senats (1897), Präsident der Republik 1899/1906.
XIII, S. 71. 233. 264. 268. 268 A. 277 A. 316. 316 A. 317. 336.
XIV, S. 188. 418 A. 421. 425.
XV, S. 312. 359. 550 A.
XVI, S. 63 A. 82 A. 83 A. 87 A. 89.
XVII, S. 95 A. 104. 163. 163 A. 185 A. 233 A. 327. 452. 453. 562. 568 A.
XVIII, S. 15. 18. 19. 32. 40. 40 A. 45. 53. 53 A. 55. 57. 64. 65. 389 A. 620. 620 A. 628. 711. 712. 714 A. 715. 786 A. 788. 811 A. 812. 817. 819. 819 A. 820. 821. 823. 823 A. 824. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 851 A. 853.
Loubet, Madame, Gemahlin des Vorigen.
XVIII, S. 628.
Low, Seth, Präsident der Kolumbia-Universität in New York, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 183 A. 217. 219. 224. 226. 228. 229. 280.
Lozanitsch, Sima, serb. Gesandter in London 1900/01.
XVIII, S. 423 A.
Lucanus, von, Chef des Geheimen Zivilkabinetts 1888/1908.
XVII, S. 187 A.
Ludwig IV., Großherzog von Hessen 1877/92.
XV, S. 408.
Ludwig Viktor, Erzherzog von Österreich, Bruder Kaiser Franz Josephs I.
XIII, S. 114.
Lüderitz, Zweiter Dragoman bei der Gesandtschaft in Tanger (1901).
XVII, S. 334. 337.
Lueger, Erster Bürgermeister von Wien (1899).
XIII, S. 175.
Lützow zu Drey-Lützow und Seedorf, Graf von, Erster Sektionschef im österr.-ung. Ministerium des Äußern (1902, 1903), Botschafter in Rom 1904/10.
XVIII, S. 165. 257 A. 327. 645.
Luzzati, ital. Schatzminister in den Kabinetten Rudini 1896/98 und Giolitti 1903/05.
XVII, S. 564.
XVIII, S. 252. 594. 594 A. 615. 629. 629 A. 637. 642. 728. 728 A. 729.
Lü-Hai-Huan, chines. Gesandter in Berlin 1898/1901.
XVI, S. 65. 100. 317. 326 A. 331. 333. 379.
Lüttwitz, Arthur Freiherr von, preuß. Hauptmann (Major), Militärattaché in London (1898), Militärattaché in Petersburg (1903).
XIV, S. 385. 389.
XV, S. 368. 389.
XVIII, S. 319.
Luise, Königin von Dänemark, Gemahlin König Christians IX.,

geb. Prinzessin von Hessen-Kassel.
XIII, S. 192 A. 193 A.
Luise, Prinzessin von Großbritannien und Irland, Tochter der Königin Viktoria, Gemahlin von John Campbell Marquess of Lorne.
XV, S. 418.
Lushington, Sir Godfrey, Permanenter Unterstaatssekretär im Home Office 1885/95.
XV, S. 468.
Lynden, Melvil Baron van, niederländ. Minister des Äußern 1901/05.
XVII, S. 200. 200 A. 201. 202. 203.
Lyttelton, Sir Neville Gerald, engl. Generalmajor, Kommandeur der 4. Infanteriebrigade in Südafrika 1899/1900.
XV, S. 555. 556.

Macao, s. Galhardo.
Macedo, Graf von, portugies. Gesandter in Madrid 1894/1902, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 339. 362.
MacDonald, Hector Archibald, engl. Major im Sudan (1898).
XIV, S. 371.
MacDonald, Sir Claude Maxwell, engl. Gesandter in Peking 1896 bis 1900, in Tokio 1900/12.
XIV, S. 62 A. 123. 124. 128. 151. 172. 173. 177. 179 A. 193 A.
XVI, S. 3. 5. 6. 10. 18. 26. 28 A. 35. 38. 39. 42. 55. 58. 92. 102. 114. 118. 126. 127. 140. 146. 152 A. 238. 257.
XVII, S. 142 A.
Mac Donell, Sir Hugh, engl. Gesandter in Lissabon 1893/1902.
XIV, S. 260.
XV, S. 401. 401 A. 402. 403. 404. 405.
Mackay, Sir James Lyle, engl. Spezialkommissar für die Handelsvertragsverhandlungen mit China 1902.
XVI, S. 471. 484. 487 A.
Mackensen, Eisenbahndirektor (1900).
XVII, S. 376 A.
Mac Kinley, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1897/1901.
XIV, S. 92. 249. 334. 568. 590. 591 A. 593. 615. 617. 622.
XV, S. 3 A. 4. 17. 21. 21 A. 22 A. 23. 23 A. 25. 39 A. 51. 52. 62. 65. 66 A. 74 A. 78. 82 A. 84. 86. 87. 95. 99. 158. 219. 280. 504. 510. 538.
XVI, S. 120. 121. 142. 164. 171. 203. 208. 367. 370.
Maclean, Direktor der pers. Münze (1901).
XVII, S. 539.
Maclean, Kaid, engl. Agent beim Sultan von Marokko (1901).
XVII, S. 327. 328. 331. 333 A. 336. 336 A. 337. 360.
Mac Mahon, franz. Marschall, Präsident der Republik 1873/79.
XVIII, S. 520.
Madagaskar, s. Gallieni.
Maenß, Dolmetscher-Eleve, Verweser des Konsulats in Fes (1902).
XVII, S. 344.
Mahan, Alfred Thager, amerik. Marineschriftsteller, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XIV, S. 409.
XV, S. 157 A. 183 A. 217. 219. 224. 226. 228. 229. 280. 357.
Mahmud Chan, pers. Hofminister (Hakim el Mülk) (1901).
XVII, S. 530.
Mahmud Nedim Pascha, türk. Großwesir 1871/76.
XVIII, S. 425.
Mahmud Pascha, Gemahl der türk. Prinzessin Seniha-Sultane, Schwester Abdul Hamids II.
XVII, S. 372. 372 A.
Mahnkopf, Hofrat.
XV, S. 558.
Majkow, Erster Dragoman bei der russ. Botschaft in Konstantinopel (1903).
XVIII, S. 245. 246. 387. 401.
Makarow, russ. Vizeadmiral, Kom-

mandant der 1. Division im Baltischen Meer (1900).
XV, S. 509.
Malaspina di Carbonara, Marchese, ital. Botschafter in Konstantinopel 1901/04.
XVIII, S. 183. 192. 254. 268. 292. 293. 379. 397. 402. 442. 443. 752. 756.
Malet, Sir Edward, engl. Botschafter in Berlin 1884/95.
XIV, S. 452. 453.
Malherbe, de, Präfekt von Oran (1899).
XIII, S. 258.
Malietoa, König von Samoa 1880/87, 1889/98.
XIV, S. 567. 567 A. 569. 572 A.
Malmusi, ital. Gesandter in Tanger 1896/1906.
XVII, S. 329.
Malvano, Generalsekretär im ital. Ministerium des Äußern (1902).
XVIII, S. 529. 530. 711. 712. 730. 740. 744.
Man, Tom, engl. Arbeiterführer (1896).
XIII, S. 8 A.
Mandas, Herzog von, span. Botschafter in Paris 1895/97.
XIII, S. 65.
Mandelstam, Zweiter Dragoman bei der russ. Botschaft in Konstantinopel (1903).
XVIII, S. 329. 331. 332.
Mansurow, Erster Sekretär bei der russ. Botschaft in Konstantinopel (1903).
XVIII, S. 310. 387. 395.
Marchand, franz. Major (1898).
XIII, S. 250 A. 371. 371 A. 372 A. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379 A. 383. 384. 384 A. 387. 392. 395 A. 437.
Maret, Henry, franz. Deputierter und Journalist (1897).
XIII, S. 108.
Margaretha, Königin von Italien, Gemahlin König Humberts I., geb. Prinzessin von Savoyen.
XVIII, S. 711 A.
Marghiloman, rum. Minister des Äußern im Kabinett Carp 1900 bis 1901.
XVIII, S. 110. 110 A. 111. 112. 113. 114 A.
Maria Alexandrowna, Herzogin von Sachsen-Koburg-Gotha, Gemahlin des Herzogs Alfred, Tochter Kaiser Alexanders II. von Rußland.
XIV, S. 620.
Maria Christina, Erzherzogin von Österreich, Tochter des Erzherzogs Friedrich, Gemahlin des Prinzen Emanuel zu Salm-Salm.
XVIII, S. 602.
Maria Christine, Königin-Regentin von Spanien 1885/1902, geb. Erzherzogin von Österreich.
XIII, S. 278. 278 A. 279.
XV, S. 5. 6. 9. 11. 12 A. 13. 15. 22. 23. 25. 26. 27. 56. 72. 75. 76. 88. 89. 90. 91. 92. 102. 104. 105 A. 115. 122. 123. 125. 127. 128. 129. 130. 132. 134. 135.
XVII, S. 354. 355. 356. 357. 357 A. 360. 362.
XVIII, S. 774. 799.
Maria Feodorowna, Kaiserin von Rußland, Gemahlin Alexanders III., Tochter des Königs Christian IX. von Dänemark.
XIII, S. 71. 193.
XIV, S. 543. 544. 547.
XVIII, S. 75. 828.
Maria Pawlowna, Großfürstin von Rußland, Gemahlin des Großfürsten Wladimir, geb. Prinzessin von Mecklenburg-Schwerin.
XIV, S. 375.
Marie, Prinzessin von Dänemark, Gemahlin des Prinzen Waldemar, geb. Prinzessin von Orleans.
XIII, S. 193.
Marokko, s. Abdul Asis.
Maron, Generalkonsul in Petersburg (1901, 1903).
XVII, S. 580. 589.
XVIII, S. 816.
Marschall von Bieberstein, Adolf Freiherr, Staatssekretär des A. A. 1890/97, Botschafter in Konstantinopel 1897/1912.

XIII, S. 5 A. 7 A. 8. 12 A. 55 A. 64. 96 A. 200. 203. 215. 215 A. 247.
XIV, S. 21 A. 33 A. 39. 45 A. 47 A. 69. 146 A. 464 A. 477. 528.
XVII, S. 123. 129. 350. 371 A. 378 A. 380 A. 386. 387. 388. 390 A. 391 A. 401. 409. 410. 411. 416 A. 428. 434. 446 A. 457. 496. 504. 506 A. 507 A. 513. 553. 554 A.
XVIII, S. 70 A. 90. 90 A. 102. 128. 130. 143. 147 A. 159 A. 160. 174. 179. 181. 182. 187. 187 A. 192. 193. 195 A. 200. 201 A. 213 A. 227 A. 234 A. 235. 237. 239 A. 246. 254. 274. 285. 313. 348 A. 350. 350 A. 357. 360. 372. 375 A. 379. 379 A. 382 A. 383. 384. 387. 388 A. 389. 390 A. 391 A. 394. 395. 397. 399. 402 A. 405 A. 412. 412 A. 413. 452 A. 461 A. 462 A. 470. 470 A. 471. 473. 747. 749. 754. 766 A. 791. 792 A. 793. 795. 805. 833 A.
Martens, von, Mitglied des russ. Außenministeriums, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 220. 225 A. 233. 234. 236. 238. 238 A. 239. 240. 241. 242. 246. 248. 250. 251. 253. 253 A. 261 A. 263. 269. 271. 272. 273. 275. 276. 277. 278. 292. 295. 301. 308. 312. 314. 315. 318. 319. 322. 323. 324. 325. 327. 329. 331. 334. 336. 337. 341. 342. 343. 352. 357.
Martin, franz. Administrateur en chef in Mazunga (Madagaskar) (1898).
XIII, S. 238.
Martinez de Campos, General-Kapitän der span. Armee (1895).
XV, S. 3 A.
Mary, Prinzessin von Wales, Gemahlin des Prinzen Georg, geb. Fürstin von Teck.
XVII, S. 587 A.
Mataafa, Thronprätendent in Samoa 1898.
XIV, S. 567 A. 572 A. 573.
Maunsell, Francis Richard, engl. Oberstleutnant, Militärattaché in Konstantinopel 1901/05.
XVIII, S. 330.
Mavrocordato, Fürst, griech. Gesandter in Konstantinopel 1889/1903.
XVIII, S. 162.
Mavrocordato, rum. Gesandter in Belgrad 1899/1906.
XVIII, S. 112. 113.
Max, Prinz von Baden.
XV, S. 292. 292 A.
Maximow, Dolmetscher bei der russ. Botschaft in Konstantinopel (1899, 1900, 1901, 1902), Diplom. Agent und Generalkonsul in Kairo 1902/05.
XIV, S. 486. 488.
XVII, S. 371 A. 408. 417. 418. 507.
XVIII, S. 310. 426. 470 A. 471. 479.
Maxse, Ernest George Berkeley, engl. Konsul in Apia (Samoa) 1898.
XIV, S. 567 A. 572 A. 573. 574. 578. 584. 585. 589. 590. 591. 593. 599. 622. 666. 673.
Maxse, Herausgeber der „National Review“ (1901).
XVII, S. 534. 535. 536.
Mayewsky, russ. Konsul in Wan (1900).
XVIII, S. 119. 156.
Mayor des Planches, ital. Botschafter in Washington 1901/10.
XVII, S. 272. 273. 274. 282. 285. 287.
Mecklenburg, s. Johann Albrecht, Maria Pawlowna.
Medana, ital. Generalkonsul in Tripolis (1902).
XVIII, S. 751. 752.
Meerscheidt-Hüllessem, Freiherr von, preuß. Generalleutnant, Kommandierender General des XV. Armeekorps (1900).
XVIII, S. 770 A.
Mehemed Pascha, türk. Konteradmiral, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 312. 333.
Mehmed Pascha, Hafis, Wali von Tripolis (1901, 1902).
XVIII, S. 204. 733. 751.

Mekka, s. Refik Pascha.
Melchers, Firma in Schanghai (1900).
XVI, S. 361 A.
Meletios, Patriarch von Syrien in Antiochia (1902).
XVIII, S. 162.
Méline, franz. Ministerpräsident u. Ackerbauminister 1896/98.
XIII, S. 70. 88. 197. 238. 238 A. 239. 240. 241. 296. 297. 298. 299. 314. 322. 336. 340. 341.
XIV, S. 268 A.
XVIII, S. 786. 798. 843.
Melvil, franz. Journalist, Vertreter des „Eclair" (1900).
XV, S. 511. 511 A.
Melvill, Philip James, engl. Major, Generalkonsul in Bagdad 1899 bis 1901.
XVII, S. 475.
Memduh Pascha, Mehemed, türk. Minister des Innern (1902).
XVIII, S. 163. 182.
Mendelssohn, Robert von, Chef des Bankhauses Mendelssohn und Co. in Berlin.
XVIII, S. 44. 45. 46. 47.
Mendez de Vigo, span. Botschafter in Berlin 1893/1900.
XV, S. 7. 20. 42. 79.
Menebhi, Mehedi el, marokk. Kriegsminister, Leiter der außerordentlichen Gesandtschaft nach London und Paris 1901.
XVII, S. 124. 125. 327. 328. 332 A. 333. 333 A. 334. 334 A. 335. 336 A. 338. 338 A. 339. 341 A. 342. 343. 344.
XVIII, S. 781 A.
Mensdorff-Pouilly, Sophie Gräfin, geb. Herzogin von Sachsen-Koburg-Gotha, Großmutter des Grafen Albert.
XVII, S. 205 A.
Mensdorff-Pouilly-Dietrichstein, Albert Graf, Erster Sekretär bei der österr.-ung. Botschaft in London (1900, 1902, 1903).
XVI, S. 251.
XVII, S. 204. 205. 205 A. 224 A. 225 A. 514. 562. 563.
XVIII, S. 376. 399. 427. 431. 436. 645.
Mentzingen, Freiherr von, Gesandter in Tanger 1899/1904.
XVII, S. 299. 324 A. 326. 328. 329. 329 A. 330. 331. 334. 334 A. 335. 350 A.
XVIII, S. 239 A. 241 A.
Mercier, franz. General, Kriegsminister in den Kabinetten Casimir Périer und Dupuy 1893 bis 95, Kommandierender General des IV. Armeekorps (1896).
XIII, S. 291. 309. 310. 329. 329 A. 336.
Méreyvon Kapos-Mére, Zweiter Sektionschef im österr.-ung. Ministerium des Äußern (1902).
XVIII, S. 164. 165.
Merry del Val, span. Botschafter beim Päpstl. Stuhl 1893/1901.
XV, S. 18.
Méry, Paulin, franz. Deputierter (1897).
XIII, S. 108.
Meschtschersky, Fürst, russ. Journalist, Herausgeber des „Grashdanin".
XIII, S. 79. 80.
XVIII, S. 49. 846.
Messier de St. James, franz. Militärattaché in Rom (1901).
XVIII, S. 690.
Meßmer, von, preuß. Hauptmann z. D., türk. Militärinstrukteur (1899).
XIV, S. 560.
Mesureur, Vizepräsident der franz. Deputiertenkammer 1898/1902.
XIII, S. 314.
Metaxas, griech. Gesandter in London 1901/08.
XVIII, S. 157.
Metternich, Paul Graf von Wolff-, preuß. Gesandter in Hamburg 1896/1900, Stellvertretender Botschafter in London 1900, 1901, Botschafter in London 1901/12, wiederholt Rat im kaiserl. Gefolge.
XIII, S. 319.
XIV, S. 166. 333 A. 396.
XV, S. 425 A. 443. 484 A. 497. 515 A. 527 A. 547. 559. 559 A. 560.
XVI, S. 95 A. 124. 125 A. 210 A.

316. 316 A. 462. 464. 479. 480. 484 A.
XVII, S. 3 A. 74 A. 91 A. 92 A. 94 A. 98. 99. 100. 100 A. 101 A. 110. 115 A. 116. 118. 122 A. 142 A. 146. 147. 151 A. 194 A. 195 A. 196 A. 198 A. 199 A. 206. 209 A. 212. 229. 232. 245. 250. 250 A. 259. 270. 271 A. 288 A. 289. 289 A. 290 A. 343 A. 345. 477 A. 481 A. 495. 498. 502 A. 548. 572 A. 590. 594.
XVIII, S. 75. 397. 423 A. 429. 437.

Metzsch-Reichenbach, Georg von, sächs. Minister des Äußern 1892/1906 und des Innern 1891 bis 1910.
XV, S. 487 A.

Meyer, Arthur, franz. Journalist, Direktor des „Gaulois".
XIII, S. 269.

Meyer, Lucas, Präsident des Ersten Volksraads der Südafrikanischen Republik.
XVII, S. 229.

Mézières, franz. Deputierter und Schriftsteller (1897).
XIII, S. 108.

Michael Alexandrowitsch, Großfürst von Rußland, Bruder Kaiser Nikolaus II., Thronfolger von Rußland 1899/1904.
XV, S. 409.
XVII, S. 209.

Michael Nikolajewitsch, Großfürst von Rußland, Bruder Kaiser Alexanders II.
XV, S. 194.

Michahelles, Ministerresident in Port-au-Prince (Haiti) 1898 bis 1900.
XV, S. 109. 110.

Mier, de, mexikan. Gesandter in Paris 1894/1912, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 362.

Mijatowitsch, serb. Gesandter in London 1895/1900, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 209. 338. 339. 362.

Milan Obrenowitsch I., Fürst von Serbien 1868/89 (seit 1882 König), Kommandant der serb. Armee 1897/1901.
XIII, S. 194. 212. 212 A. 224 A.
XIV, S. 232. 232 A.
XVIII, S. 93. 105. 116 A. 140. 140 A.

Millerand, franz. Deputierter, Handelsminister im Kabinett Waldeck-Rousseau 1899/1902.
XIII, S. 340. 340 A. 342.
XVIII, S. 19. 786.

Milner, Sir Alfred, Gouverneur und Oberbefehlshaber der engl. Kapkolonie 1897/1901.
XV, S. 368. 369. 369 A. 385 A. 387. 392. 402. 426. 428.
XVII, S. 38. 207 A.

Milvain, Thomas, engl. Jurist.
XVII, S. 123.

Miquel, Johannes von, preuß. Finanzminister 1890/1901.
XIV, S. 467. 468. 469. 471. 472. 472 A.
XVII, S. 386. 386 A. 388. 389. 390. 390 A.
XVIII, S. 645.

Mirza Riza Chan, pers. Gesandter in Petersburg 1895 bis 1901, Erster Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 200. 362.

Misu, rum. Generalkonsul und diplom. Agent in Sofia 1900/08.
XVIII, S. 125. 125 A. 126. 129.

Miyaoka Tsunejiro, Erster Sekretär und Geschäftsträger bei der japan. Gesandtschaft in Berlin (1897).
XIV, S. 121.

Möller, Theodor, Mitglied des Reichstags (1900), preuß. Minister für Handel und Gewerbe 1901/05.
XV, S. 480 A.
XVII, S. 572.

Mohamed Es Sadok Pascha, Bey von Tunis 1859/82.
XVIII, S. 458.

Mohammere, s. Khazal.

Mohrenheim, Arthur Baron von, russ. Botschafter in Paris 1884/98.

XIII, S. 65. 68. 71. 75. 233 A. 275. 295 A.
XIV, S. 414.
Mohsin Pascha, Kommandant, später Wali von Bassorah (1900).
XVII, S. 469. 473.
Mollard, Chef adjoint des Direktors des Protokolls im franz. Ministerium des Äußern (1897).
XIII, S. 83.
Monaco, s. Albert.
Monastir, s. Risa Pascha.
Monis, franz. Senator, Justizminister im Kabinett Waldeck-Rousseau 1899/1902.
XIII, S. 336.
Monson, Sir Edmund, engl. Botschafter in Wien 1893/96, in Paris 1896/1905.
XIII, S. 65. 233.
XIV, S. 371 A. 372. 372 A. 373. 374. 375. 376. 383. 392. 400. 400 A. 408. 411. 420. 423 A.
XV, S. 420.
XVI, S. 8. 83 A. 343.
XVII, S. 233 A. 348.
Montebello, Comte de, franz. Botschafter in Petersburg 1891 bis 1903.
XIII, S. 71. 73. 190. 233. 271. 273. 277. 278.
XIV, S. 401. 419.
XV, S. 145. 163. 170. 528. 533.
XVI, S. 52. 116. 388. 465.
XVII, S. 155. 401. 545.
XVIII, S. 15. 40. 49. 787. 819. 833. 835. 835 A. 836. 837.
Montebello, Comtesse de (1902, 1903).
XVII, S. 353.
XVIII, S. 787.
Montenegro, s. Helene, Nikolaus I.
Montero Rio, Präsident des span. Senats, Präsident der Friedenskommission in Paris 1898.
XV, S. 78. 81. 84.
Monts, Graf, preuß. Gesandter in München 1895/1902, Botschafter in Rom 1902/09.
XVII, S. 86 A.
XVIII, S. 70 A. 615. 616 A. 630. 640 A. 645. 707. 708. 758 A. 840. 840 A.
Moore, Sir John Voze, Lordmayor von London 1898/99.
XIV, S. 390. 390 A. 393.
Mordtmann, Konsul in Saloniki (1899).
XVIII, S. 410.
Morgan, John Pierpont, amerik. Finanzier.
XVII, S. 415. 435. 441.
Morgan, Sohn des Vorigen.
XVII, S. 415.
Morgan, amerik. Senator (1898).
XV, S. 59. 66.
Morgen, Hauptmann (Major), Militärattaché bei der Botschaft in Konstantinopel (1898, 1899).
XIII, S. 229.
XIV, S. 467. 476. 555. 556. 559. 560. 561. 562. 563.
XVIII, S. 89. 89 A.
Morin, ital. Vizeadmiral, Marineminister im Kabinett Zanardelli 1901/03, Minister des Äußern im Kabinett Zanardelli 1903.
XVIII, S. 240. 271. 271 A. 272. 378. 614. 615. 618. 619. 620. 621. 627. 628.
Morley, John (Lord), Mitglied des engl. Unterhauses, Sekretär für Indien 1905/10, Lord-Präsident des Geheimen Rats 1910/14 in den Kabinetten Campbell-Bannerman und Asquith.
XV, S. 403.
XVII, S. 194.
Morra de Lavriano e della Montà, Graf, ital. Botschafter in Petersburg 1897/1904.
XIII, S. 278.
XVI, S. 388.
XVIII, S. 353.
Moskau, s. Leontiew.
Most, Johann Joseph, Reichstagsabgeordneter bis 1878.
XVIII, S. 167.
Mounier, franz. Brigadegeneral, Technischer Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XIII, S. 274.
XV, S. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 210. 312. 313. 360.
Mubarek-es Sabah, Scheich von Kueit (1899, 1900, 1901, 1902, 1904).
XVII, S. 123. 129. 420. 466. 467. 469. 470. 471. 474. 476. 477.

479. 480. 480 A. 481. 483. 485. 486. 487. 488. 490. 493. 496. 499. 500. 504. 505. 507. 510. 511. 515. 591.
Mühlberg, von, Vortragender Rat im A. A. 1885/1900, Unterstaatssekretär 1900/07.
XIV, S. 529 A.
XVI, S. 346 A. 426 A. 435. 461 A.
XVII, S. 335. 446 A. 456 A. 480. 481. 513.
XVIII, S. 44. 44 A. 305 A. 321. 334 A. 495.
Müller, Erwin, österr.-ung. Hauptmann, Militärattaché in Petersburg (1901).
XVIII, S. 816.
Müller, Felix von, Erster Sekretär bei der Botschaft in Paris 1895/97, Generalkonsul in Kairo 1898/1903.
XIII, S. 101. 102. 287. 288.
XIV, S. 399 A.
Müller von Roghoy, österr.-ung. Generalkonsul in Odessa (1900), Ministerialrat im Ministerium des Äußern 1900/03.
XVIII, S. 401. 402. 402 A.
Müller von Szentgyörgy, österr.-ung. Generalkonsul und diplom. Agent in Sofia 1900 bis 1904.
XVIII, S. 129. 159. 261. 296. 304. 352.
Münster, Georg Graf zu (Fürst Münster zu Derneburg), Botschafter in Paris 1885/1900, Erster Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XIII, S. 3. 17. 53. 65. 72. 94. 100 A. 101 A. 152. 231. 231 A. 232. 233. 234. 238 A. 241 A. 242. 246 A. 252 A. 254. 255 A. 256 A. 257 A. 262. 264 A. 271. 272 A. 276. 276 A. 289 A. 292. 293 A. 295 A. 296. 296 A. 301. 302 A. 310. 311. 311 A. 318. 318 A. 319. 319 A. 322. 322 A. 325. 332. 333 A.
XIV, S. 217 A. 268 A. 420 A.
XV, S. 42. 43. 82 A. 83. 84. 85 A. 87. 95. 96. 182 A. 188 A. 194. 201 A. 204 A. 221. 221 A. 222. 233 A. 235 A. 243 A. 255. 256. 258. 260. 261 A. 262. 263. 264. 274. 278 A. 280 A. 281. 281 A. 284. 285 A. 286. 287. 287 A. 289. 292. 294. 296. 297. 298 A. 300. 301. 302. 303. 305. 306 A. 307 A. 313 A. 316. 316 A. 319. 326. 327. 328 A. 336. 341. 343. 344. 345. 350 A. 356. 357. 358 A. 359. 359 A. 362. 362 A. 430. 501. 501 A. 502 A. 503 A. 508 A. 534. 550 A.
XVI, S. 44 A. 137. 229.
XVII, S. 302. 303. 326. 582 A. 763 A. 769. 770. 773. 773 A. 774. 775. 802. 803. 813 A. 829 A. 848.
Mukhtar Pascha, türk. General, Oberkommissar in Ägypten (1899).
XIV, S. 492.
Mumm von Schwarzenstein (Freiherr seit 21. Januar 1903), Vortragender Rat im A. A. 1894/98, Geschäftsträger in Washington 1899, Gesandter in Peking 1900/06, Botschafter in Tokio 1906/11.
XIII, S. 5 A.
XIV, S. 624. 628. 628 A.
XV, S. 400 A.
XVI, S. 110. 119 A. 120 A. 123. 124. 125 A. 132. 139. 141 A. 143 A. 145. 145 A. 148 A. 151. 153 A. 156 A. 157. 158 A. 163 A. 165. 166. 170. 176. 178. 180. 184. 192. 194 A. 219. 235. 266. 272. 317. 321. 337 A. 357. 357 A. 360. 361. 364. 370 A. 373 A. 374 A. 379. 385. 389 A. 391 A. 392. 406. 409. 410. 411. 414. 416. 418 A. 420. 431. 432. 433. 435. 436. 439. 443. 446. 447 A. 457. 458. 459.
XVII, S. 122. 124. 125. 127.
XVIII, S. 31. 66.
Mun, Comte de, franz. Deputierter (1898).
XIV, S. 392. 393.
Muni, Marquis del, s. Castillo.
Munir Bey, türk. Botschafter in Paris 1895/1908.
XIII, S. 55. 65.
XIV, S. 431. 433. 438.
XVIII, S. 450. 461. 754. 832. 851. 853.
Murawiew, Michael Graf, Ver-

weser des russ. Ministeriums des Äußern 1897, Minister des Äußern 1897/1900.
XIII, S. 51 A. 55. 55 A. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 64 A. 65. 70. 72. 75. 76. 82. 86. 88. 89. 123. 181. 182. 183. 188. 189. 189 A. 190. 191. 192. 193. 193 A. 194. 202. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 212. 213. 218. 220. 226. 226 A. 229. 230. 231. 231 A. 232. 233. 234. 241 A. 250. 265. 266. 267. 273 A. 274. 274 A. 275. 276. 277. 278. 283 A. 311. 311 A. 340.
XIV, S. 55. 56. 57. 58. 60. 61. 62 A. 63. 63 A. 64. 69 A. 71. 72 A. 73. 74. 75. 77. 78. 80. 80 A. 82. 83. 84 A. 87. 89. 90 A. 100. 103. 104 A. 105. 106. 107. 108. 111. 112. 113. 119. 120. 126. 127. 133. 133 A. 137. 138. 148. 151 A. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 167. 170. 232. 252 A. 280. 280 A. 341. 360 A. 361. 362. 363. 375. 376. 377. 379. 379 A. 380. 385. 394. 395 A. 396. 400. 401. 402. 404. 405. 414. 418. 419. 478. 479. 480. 490 A. 491. 534. 538. 539. 543. 546. 547. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 673.
XV, S. 25. 26. 27. 43. 124. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 141. 142. 143. 145. 152. 152 A. 153. 154. 155. 156. 158. 159. 160. 161. 161 A. 162. 163. 164. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 174. 178. 179. 179 A. 199. 199 A. 206. 210. 219. 236. 256. 257. 265. 265 A. 272. 290. 291. 292. 293. 306 A. 309. 310. 314. 341. 349. 351. 352. 354. 358. 359. 360. 363. 363 A. 364. 388. 407 A. 409. 420. 430. 503. 516. 517. 519. 520. 521. 522. 523. 523 A. 528. 529. 530. 532. 533. 536. 541 A.
XVI, S. 89 A. 245. 305.
XVII, S. 191. 297. 297 A. 319. 321. 321 A. 381. 524. 525. 528. 529. 549. 550.
XVIII, S. 3. 3 A. 26. 27. 92. 93. 94. 95. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 104. 105. 118. 416. 432. 501. 779 A.

Murawiew-Amursky, russ. Oberst, Militärattaché in Paris (1901).
XVIII, S. 842.

Musurus Pascha, türk. Botschafter in London 1903/08.
XVII, S. 515.

Mutsuhito, Kaiser von Japan 1867/1912.
XVI, S. 43. 44. 83. 87 A. 376.

Muzaffer ed-din, Schah von Persien 1896/1907.
XIV, S. 518 A.
XV, S. 363.
XVII, S. 512. 512 A. 513. 529. 530. 536. 537. 537 A. 546. 551. 552. 553. 556.

Nagelmakers, belg. Finanzmann (1891).
XIV, S. 448. 463. 482. 483. 484.

Nagemine, japan. Kapitän (1900).
XVI, S. 7. 7 A.

Nakagawa, Erster Sekretär bei der japan. Gesandtschaft in Washington (1900).
XVI, S. 10.

Namyk Pascha, Wali von Bagdad (1900).
XVII, S. 474.

Napoleon III., Kaiser der Franzosen 1852/71.
XV, S. 13.

Napoleon Viktor, Prinz, Enkel Jérômes, Königs von Westfalen.
XIV, S. 411.

Narischkin, Botschaftsrat bei der russ. Botschaft in Paris (1900).
XVIII, S. 813.

Nasi, ital. Unterrichtsminister im Kabinett Zanardelli 1901/03.
XVIII, S. 619.

Nassir Pascha, türk. Divisionsgeneral, militärischer Adjoint des Generalinspektors für Mazedonien (1902, 1903).
XVIII, S. 214. 214 A. 285. 288. 336.

Natschewitsch, bulg. Minister für Handel und Ackerbau im Kabinett Iwantschow 1899/1900, diplom. Agent in Konstantinopel 1903/06.

XVIII, S. 95. 291. 291 A. 298. 302. 368. 368 A. 374. 375. 378.
Natung, chines. Finanzminister (1901).
XVI, S. 415.
Neapel, s. Viktor Emanuel.
Nedim Bey, Mahmud, türk. Botschafter in Wien 1896/1908.
XVIII, S. 164. 279.
Nedjib Bey, Bruder des Walis von Bassorah Nury Pascha.
XVII, S. 507.
Nedschib Bey, türk. Kommissar in Sofia 1897/1902.
XVIII, S. 138.
Négrier, de, franz. Divisionsgeneral, Mitglied des obersten Kriegsrats (1900).
XVI, S. 89.
Nelidow, von, russ. Botschafter in Konstantinopel 1883/97.
XIII, S. 60.
XIV, S. 487, 489.
Nelidow, Erster Sekretär bei der russ. Gesandtschaft in Teheran (1899).
XVII, S. 520.
Neßler, österr.-ung. Vizekonsul in Oran (1899).
XIII, S. 258.
Newel, Stanford, amerik. Gesandter im Haag 1897/1905, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 183 A. 217. 219. 224. 226. 228. 229. 280.
XVII, S. 201.
Newton, Frank John Stuart Hay, engl. Generalkonsul in Algier (1899).
XIII, S. 261.
Nicolson, Sir Arthur, engl. Gesandter in Tanger 1895/1904.
XVII, S. 318. 326. 328. 329. 331. 332. 333 A. 338. 339. 344. 347. 347 A. 352.
Nieberding, Rudolf, Staatssekretär des Reichsjustizamts 1893/1909.
XV, S. 361.
Niederlande, s. Wilhelmina.
Nieuwenhuis, Domela, niederländ. Generalkonsul in Pretoria 1895/1902.
XV, S. 370.
Nigra, Conte, ital. Botschafter in Wien 1885/1904, Erster Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XIII, S. 151. 225. 226.
XIV, S. 436.
XV, S. 204. 204 A. 217. 220. 238. 239. 240. 245. 246. 247. 249. 251. 253. 254. 257 A. 258. 259. 259 A. 266. 267. 268. 269. 271. 272. 273. 277. 287. 293. 296. 312. 315. 316. 319. 321. 322. 324. 325. 331. 340. 342. 343. 361. 362.
XVIII, S. 130. 177. 217. 240. 251. 252. 271. 367. 503. 504. 505. 510. 511. 518. 520. 521. 522. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 534. 535. 537. 556. 568. 573. 574. 576. 578. 579. 583. 592. 595. 598. 599. 600. 601. 615. 619. 622. 626. 640 A. 764. 765.
Nikolaus I. (Nikita), Fürst von Montenegro 1860/1919.
XV, S. 155.
XVIII, S. 72. 169. 253. 502. 614. 695.
Nikolaus II., Kaiser von Rußland 1894/1917.
XIII, S. 7 A. 55. 56. 57. 64. 65. 68. 70. 71. 71 A. 73. 74. 75. 76. 77. 77 A. 78 A. 79. 80. 82. 83. 83 A. 84. 85. 86. 87. 88. 89 A. 90 A. 143 A. 179 A. 180. 181. 183 A. 185. 186. 186 A. 187. 188. 188 A. 189. 189 A. 190. 191. 191 A. 192. 192 A. 193. 195 A. 199 A. 202. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 213. 214. 214 A. 216. 216 A. 217. 217 A. 218. 219. 219 A. 220. 220 A. 221. 222. 223. 223 A. 227. 227 A. 228. 230. 231. 231 A. 240. 244. 246. 265. 267. 274. 275. 276. 278. 283. 283 A. 331. 338.
XIV, S. 12. 12 A. 25. 27 A. 31. 42 A. 43 A. 58. 58 A. 59. 60 A. 61. 68. 69. 70. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 80 A. 82. 84. 85. 90. 91. 95. 97. 98. 100 A. 101. 101 A. 103. 105. 106. 107. 111. 113. 119. 121. 122. 123. 125. 126. 126 A. 129. 130. 132. 133. 133 A. 139. 140. 144. 156. 159. 160 A. 165 A. 183. 200. 201. 226. 232. 239 A. 250 A. 251.

252. 252 A. 334 A. 337. 339. 342. 383. 394. 394 A. 395. 395 A. 396. 397. 397 A. 398. 401 A. 402. 409. 411. 487. 539. 543. 546. 550. 552. 553. 556. 557. 673. 673 A.
XV, S. 13. 25. 80. 130. 134. 141. 141 A. 142. 143. 143 A. 144. 145. 145 A. 146. 147. 148. 149. 152. 152 A. 153. 154. 155. 157. 159. 160. 162. 166. 170. 178. 184. 185. 186. 187. 188. 190. 193. 194. 195. 195 A. 200. 203 A. 210. 211. 236. 237. 271. 283. 286. 287. 287 A. 289. 291. 292. 297. 301. 303. 305. 306. 310. 313. 314. 314 A. 349. 349 A. 350. 350 A. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 358 A. 359. 360. 363. 364. 388. 405 A. 409. 410. 502. 507. 509. 510. 516. 517. 519. 522. 523 A. 529. 530. 536. 537. 542. 544. 545. 548.
XVI, S. 11. 16. 28. 29. 33. 33 A. 34. 35. 40. 44. 56. 56 A. 61 A. 72. 72 A. 73. 82. 82 A. 83. 83 A. 84. 85. 86. 87. 87 A. 88. 89. 91. 92. 95. 96. 101. 102. 103. 107. 108. 109. 115. 116. 121. 123. 128. 129. 236. 256. 258. 285. 332. 388. 420 A. 421. 430 A.
XVII, S. 21. 21 A. 28. 29. 30. 36. 61. 94. 95. 95 A. 98. 104. 156. 162. 163. 163 A. 164. 168. 169. 170. 172. 180. 185. 185 A. 186. 186 A. 188. 189. 191. 209. 350. 381. 408. 408 A. 456 A. 521. 524. 525. 538. 551. 562.
XVIII, S. 3. 3 A. 4 A. 5. 5 A. 8. 12. 12 A. 13. 14. 14 A. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 23. 24 A. 25. 26. 27. 28. 28 A. 29. 29 A. 30. 31. 32. 32 A. 33. 33 A. 34. 34 A. 35. 36. 37. 38. 39. 42. 42 A. 43. 47. 48. 49. 50. 51. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 66. 66 A. 67. 69. 70. 70 A. 71. 71 A. 72. 72 A. 73. 74. 75. 76. 76 A. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83 A. 95. 97. 98. 99. 102. 103. 106. 107. 108. 114. 114 A. 119. 149. 161. 162. 173. 180 A. 192. 193. 199. 200. 203. 206. 211. 216. 220. 220 A. 246. 250. 253. 270. 274. 276. 277. 279. 279 A. 306. 312. 316. 321. 323. 325. 334. 336. 340 A. 362. 363. 364 A. 370. 381 A. 382. 383 A. 389. 389 A. 391. 392. 394. 396. 410 A. 415. 420. 421. 423. 430. 430 A. 441. 442. 456. 457. 459 A. 462 A. 516. 517. 519. 539 A. 545. 552. 568. 786 A. 788. 791. 806. 811. 811 A. 812. 813. 814. 815. 817. 817 A. 818. 819 A. 820. 821. 822. 823. 828. 829. 831. 832. 833. 837. 843. 844. 845. 845 A. 846. 847. 848. 849. 849 A. 850. 851. 851 A. 853.

Nikolaus Nikolajewitsch, Großfürst von Rußland, Bruder Alexanders II.
XVIII, S. 108.

Nikolaus Nikolajewitsch, Großfürst von Rußland, Neffe Alexanders II.
XVIII, S. 173. 173 A. 206. 326 A. 420. 420 A. 421. 425. 426 A.

Nishi, Baron, japan. Minister des Äußern 1897/98, Gesandter in Peking 1899/1901.
XIV, S. 132. 132 A.
XVI, S. 3. 18. 26. 28 A. 35. 38. 39. 42. 55. 58. 92. 102. 152. 153. 155. 156. 156 A. 157. 169. 186. 187. 299. 299 A.

Noailles, Marquis de, franz. Botschafter in Berlin 1896/1902.
XIII, S. 98. 109. 246. 246 A. 247. 249. 273.
XIV, S. 266. 267. 285 A. 411.
XV, S. 47. 47 A. 52 A. 406. 406 A. 407 A. 408. 408 A. 513. 513 A. 518 A. 520. 543.
XVI, S. 15. 62. 63. 68. 74 A. 83 A. 89. 164. 203. 204. 211.
XVII, S. 107. 179.
XVIII, S. 128. 469. 474. 767. 771 A. 794. 795. 796. 797. 798. 800. 801. 803.

Nowikow, Frau Olga von, geb. Kirigew, russ. Journalistin in Petersburg und in England.
XV, S. 355.

Nuri Bey, Generalsekretär im türk. Ministerium des Äußern, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 312. 333.

Nury-Pascha, Mustapha, Wali (Nakib) von Bassorah (1901, 1902).
XVII, S. 420. 479. 507. 509.

O'Brien, Sir George Thomas Michael, engl. Generalkonsul in Suva (Tongainseln) 1897 bis 1902.
XIV, S. 666. 673.
Obrutschew, russ. General, Chef des Generalstabs 1881/98.
XIII, S. 89. 89 A. 90.
XVIII, S. 815.
O'Conor, Sir Nicholas, engl. Botschafter in Konstantinopel 1898 bis 1906.
XIV, S. 490. 492. 504.
XVII, S. 123. 129. 350. 379. 392. 393. 395. 396. 397. 404. 405. 427. 431. 452. 466. 470. 471. 472. 483. 490. 491. 493. 494. 499. 500. 501. 502. 509. 510. 511. 513. 554 A.
XVIII, S. 72. 90. 138. 139. 142. 158. 160. 182. 183. 187. 188. 191. 192. 197. 198. 199. 202. 204. 207. 208. 210. 211. 212. 213. 214. 221. 225. 230. 235. 246. 247. 250 A. 251. 252. 254. 255. 256. 262. 263. 268. 280. 292. 295. 329. 341. 345. 368. 375. 379. 384. 390. 397. 400. 401. 411. 422. 423. 428. 430. 431. 443. 448.
Odier, Eduard, schweizer. Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 238. 238 A. 239. 240. 246. 250. 253 A. 269. 272. 273. 275. 277. 312. 315. 318. 321. 322.
Österreich, s. Elisabeth, Ferdinand Karl Ludwig, Franz Ferdinand, Franz Joseph I., Friedrich, Ludwig Viktor, Maria Christina, Otto.
Ojeda, de, span. Gesandter in Tanger 1894/1902.
XVII, S. 329.
Ojetti, ital. Journalist, Vertreter des „Giornale d'Italia" in Paris (1902).
XVIII, S. 301, 515, 515 A. 521. 529. 536. 745.
Okolicsángi von Okolicsna, österr.-ung. Gesandter im Haag 1894/1905, Zweiter Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 181. 220. 312. 334. 341.
Olmütz, s. Kohn.
Oman, s. Seyyid Feysal bin Turki.
Omar Ruschdi Pascha, Zweiter Chef des türk. Generalstabs (1903).
XVII, S. 423.
XVIII, S. 264. 280. 285. 336.
Oran, s. Malherbe.
Orleans, s. Aumale, Marie, Philipp.
Ornellas Vasconcellos, d', portugies. Gesandter in Petersburg 1895/1901, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 336. 337.
Orr-Ewing, Charles Lindsay, Mitglied des engl. Unterhauses (1898).
XIV, S. 281. 282. 284.
Orsini, Conte, ital. Gesandter in Tokio 1895/1901.
XVI, S. 23.
Osborn, amerik. Generalkonsul in Apia (Samoa) 1897/1901.
XIV, S. 567 A. 572 A. 573. 574. 578. 585. 588. 591. 591 A. 622.
Oskar II., König von Schweden 1872/1907.
XIV, S. 623. 624. 626. 641. 643. 644. 650. 675 A.
Osten-Sacken, Graf von der, russ. Botschafter in Berlin 1895 bis 1912.
XIII, S. 195. 200. 202. 217. 217 A. 222. 229. 265. 266.
XIV, S. 79. 89. 90. 102. 103. 104. 105. 106. 125. 126. 130. 131. 135. 137. 138. 139. 140. 166. 167. 168. 169. 170. 172 A. 252 A. 395. 398. 402. 411. 426 A. 491. 533. 534. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 546. 547. 548. 549. 554. 557. 559. 600. 610. 613 A.
XV, S. 193. 195. 303. 307. 307 A. 309. 310. 314 A. 353. 407 A. 506. 507. 508. 509. 510. 516. 517. 518 A. 519. 520. 528. 530. 533. 541 A.
XVI, S. 11. 15. 28. 40. 41. 42. 53.

58. 68. 70 A. 72. 72 A. 74. 82. 93. 94. 99. 101 A. 125. 132. 133. 134. 181 A. 199. 202. 254. 325. 348. 349. 351. 352. 408. 412.
XVII, S. 160. 161. 162. 164. 168. 170. 171. 172. 174. 179. 180. 180 A. 350. 417. 456 A. 457 A. 504. 512. 513. 572 A. 573 A.
XVIII, S. 5. 6. 12. 14. 18. 20. 40. 41. 42. 43. 44. 47. 49. 54. 199. 202 A. 227 A. 237. 237 A. 238. 251. 261. 274. 321. 430. 806.

Otagiri Masunosuke, japanischer Generalkonsulatsverweser in Schanghai (1902).
XVI, S. 460.

Ottavi, franz. Vizekonsul in Maskat (1899).
XIV, S. 417. 419 A.

Otto, Erzherzog von Österreich, Bruder des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand.
XIII, S. 119.

Otto, Erster Dragoman bei der österr.-ung. Botschaft in Konstantinopel (1903).
XVIII, S. 401.

Oudry, franz. General (1899).
XIII, S. 258. 259.

Ovzienko, russ. Kanzler-Dragoman in Bagdad (1900).
XVII, S. 473. 474.

Padel, Zweiter Dragoman bei der Botschaft in Konstantinopel (1903).
XVIII, S. 294. 335 A.

Pahlen, Graf von der, Botschaftsrat bei der russ. Botschaft in Berlin (1897).
XIV, S. 73. 75. 82.
XV, S. 352.

Palamenghi-Crispi, ital. Abgeordneter und Publizist (1903).
XVIII, S. 848. 850.

Palézieux gen. Falconnet, von, preuß. Generalleutnant, Flügeladjutant des Großherzogs Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar-Eisenach (1901).
XVIII, S. 10.

Pallain, Georges, Gouverneur der Banque de France (1901).
XVIII, S. 784.

Pallavicini, Markgraf von, Botschaftsrat bei der österr.-ung. Botschaft in Petersburg 1894 bis 1897, Gesandter in Bukarest 1899/1906.
XIV, S. 106.
XVIII, S. 111. 114 A. 115. 134. 135. 136. 137. 660. 672. 678.

Palumbo, ital. Konteradmiral, Marinekommandant von Tarent (1901).
XVIII, S. 463. 465.

Pamard, franz. Brigadegeneral, Kommandant von Toulon (1898).
XIV, S. 394.

Panizzardi, ital. Oberstleutnant, Militärattaché in Paris (1896).
XIII, S. 287 A. 289. 291. 303. 304. 332 A. 333.

Pansa, ital. Botschafter in Konstantinopel 1895/1901, in London 1901/06.
XIV, S. 432. 434. 435.
XV, S. 156.
XVIII, S. 142, 160. 431. 641. 726. 750.

Papiniu, rum. Gesandter im Haag 1898/1905, Zweiter Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 312. 338. 339.

Paprikow, bulg. Oberst, Kriegsminister (1900, 1902).
XVIII, S. 89. 89 A. 95. 97. 98. 327.

Pára, österr.-ung. Konsul in Üsküb (1901).
XVIII, S. 124. 332.

Parseval, von, Oberst, Erzieher des Herzogs Philipp von Orléans.
XIII, S. 295.

Pasetti, Marius Freiherr von, österr.-ung. Botschafter in Rom 1895/1904.
XIV, S. 437.
XVIII, S. 177. 178. 240. 463. 466. 472. 525. 533. 534. 537. 539. 540. 543. 557. 562 A. 575. 577. 578. 579. 580. 581. 583. 591. 593. 595. 596. 598. 599. 600. 601. 603. 604. 619. 629. 637. 638. 641. 642. 645. 645 A. 717. 718.

Patenôtre, franz. Botschafter in Madrid 1897/1902.
XIII, S. 267.

XV, S. 16. 22. 74. 119 A. 123. 124. 127.
Paulis, von, russ. Fregattenkapitän, Marineattaché in Berlin (1901, 1902).
XVII, S. 172.
XVIII, S. 11. 12. 16. 18. 39. 40. 41. 42. 43. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 56. 57. 59.
Pauncefote, Sir Julian (Lord), engl. Botschafter in Washington 1889/1902, Erster Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XIII, S. 32.
XIV, S. 586. 586 A. 587. 589. 590. 593. 594. 595. 604. 624.
XV, S. 19. 21. 23. 24. 24 A. 28. 29. 29 A. 30. 39 A. 183. 183 A. 189 A. 217. 218. 219. 220. 223. 224. 225. 229. 233 A. 234. 234 A. 238. 239. 240. 243 A. 245. 248. 249. 253. 254. 269. 270. 271. 272. 275. 278. 279. 280. 284. 287. 289. 291. 293. 296. 298. 301. 302. 313. 315. 316. 319. 322. 323. 324. 331. 343. 353. 357. 362. 404.
XVII, S. 18 A. 27.
Pawlow, Alexander, Sekretär bei der russ. Gesandtschaft in Peking (1897).
XIV, S. 57. 80 A. 89. 99. 102. 115. 122. 124. 125. 134 A. 155.
Pedotti, ital. Generalleutnant, Kriegsminister in den Kabinetten Giolitti und Fortis 1903/06.
XVIII, S. 706.
Pedro II., Kaiser von Brasilien 1831 bis 1889.
XIII, S. 313.
Pelletan, franz. Deputierter (1898).
XIII, S. 314.
Pellieux, franz. General (1898).
XIII, S. 310.
Pelloux, ital. General, Ministerpräsident 1898/1900.
XV, S. 172.
XVIII, S. 697. 717 A.
Pendezec, Jean, franz. Divisionsgeneral, Chef des Generalstabs 1900/05.
XVIII, S. 814. 815. 816. 844. 854.
Pendleton, George H., amerik. Gesandter in Berlin 1885/89.
XV, S. 82. 83.
Pephau, franz. Konteradmiral, Technischer Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 313. 360.
Perels, Wirklicher Geheimer Admiralitätsrat, Direktor des Verwaltungsdepartements im Reichsmarineamt (1897).
XIV, S. 63 A.
Pereiro, span. politischer Schriftsteller (1895).
XV, S. 75.
Perestrello, portugies. Generaldirektor des Schatzes (1898).
XIV, S. 357. 358.
Pergelt, Mitglied des österr. Abgeordnetenhauses (1898).
XIII, S. 131 A.
Périer s. Casimir Périer.
Persien, s. Muzaffer ed-din.
Petkow, bulg. Minister des Innern im Kabinett Petrow 1903/06.
XVIII, S. 287 A.
Petrow, bulg. Ministerpräsident 1901, 1903/06.
XVIII, S. 132. 132 A. 287 A. 291. 296. 304. 305. 308. 309. 336. 366. 367. 839.
Pfeil, Graf von, Konsul in Bombay (1901).
XVII, S. 498.
Philipp, Herzog von Orléans.
XIII, S. 295. 295 A.
Piavi, kathol. Patriarch von Jerusalem (1902).
XVIII, S. 791.
Pichon, franz. Gesandter in Peking 1897/1901.
XVI, S. 3. 6. 18. 26. 28 A. 35. 38. 39. 42. 55. 58. 92. 102. 112. 127. 149. 153. 186. 187. 192. 367. 370. 389. 416. 418. 419.
Picquart, franz. Oberstleutnant (1897).
XIII, S. 294 A. 300 A.
Pilgrim-Baltazzi, von, Erster Sekretär bei der Gesandtschaft in Tanger (1901), Geschäftsträger ad interim in Carácas (1902).
XVII, S. 116. 242. 244. 248. 251. 252. 254. 255. 259 A. 339.

Pilgrim-Baltazzi, Frau von, Gemahlin des Vorigen.
XVII, S. 264.
Pilon.
XIII, S. 261.
Pinconnière, franz. Oberst, Militärattaché in Rom (1900).
XVIII, S. 690.
Pindella, Vicomte de, portugies. Gesandter in Berlin 1893/1910.
XIV, S. 358. 365. 366.
XV, S. 405.
Plehwe, von, russ. Minister des Innern 1902/04.
XVIII, S. 51.
Plessen, Hans von, preuß. Generalleutnant, diensttuender Generaladjutant und Kommandant des kaiserlichen Hauptquartiers (1897).
XIV, S. 85.
Pleß, Hans Heinrich XV., Prinz von.
XV, S. 524 A.
Pleß, Hans Heinrich XVII., Graf von.
XV, S. 524. 524 A.
Pleß, Mary Gräfin von, geb. Gräfin Delawarr.
XV, S. 524 A.
Plunkett, Sir Francis Richard, engl. Gesandter in Brüssel 1893/1900, Botschafter in Wien 1900/05.
XV, S. 506.
XVIII, S. 568.
Pobedonoszew, Konstantin, Generalprokurator des russ. Heiligen Synods 1880/1905.
XIII, S. 188. 208. 242.
XV, S. 236.
Podbielski, Viktor von, Staatssekretär des Reichspostamts 1897/1901.
XV, S. 361.
Podewils-Dürnitz, Freiherr von, bayr. Gesandter in Wien 1896/1902.
XIII, S. 122. 123.
Pohitonow, russ. Generalkonsul in Buschir (1902).
XVII, S. 509.
Poincaré, Raymond, franz. Unterrichtsminister im Kabinett Dupuy 1893/94, Finanzminister im Kabinett Dupuy 1894/95, Unterrichtsminister im Kabinett Ribot, Vizepräsident der Kammer 1895/98.
XVIII, S. 785. 786.
Poklewsky, Erster Sekretär bei der russ. Botschaft in London (1903).
XVII, S. 442. 444. 570.
Polacco, ital. Generalkonsul und diplom. Agent in Sofia 1901/03.
XVIII, S. 159. 296.
Pomjanow, bulg. diplom. Agent in Wien 1902/03.
XVIII, S. 239.
Ponsonby, Justinian Gordon, engl. Oberst, Militärattaché in Konstantinopel 1896/1901.
XVIII, S. 89 A.
Portugal, s. Karl I.
Posadowsky-Wehner, Arthur Graf von, Staatssekretär des Reichsamts des Innern 1897 bis 1907.
XV, S. 361.
Posen, s. Witting.
Pourtalès, Graf von, Gesandter im Haag 1899/1902.
XV, S. 543 A. 544 A. 545.
XVII, S. 218. 219. 220. 225. 226. 232.
Pressel, Wilhelm von, Baudirektor a. D.
XVII, S. 421.
Pressensé, franz. Deputierter und Journalist (1903).
XVIII, S. 257.
Preußen, s. Adalbert, Auguste Viktoria, Eitel Friedrich, Friedrich III., Friedrich Wilhelm, Heinrich, Irene, Viktoria, Wilhelm I., Wilhelm II., Wilhelm (Kronprinz).
Prinet, Gaston, franz. Botschaftsrat in Berlin 1901/05.
XVI, S. 462.
XVIII, S. 797.
Prinetti, ital. Minister des Äußern im Kabinett Zanardelli 1901/03.
XVII, S. 45 A. 203. 204.
XVIII, S. 39. 39 A. 65. 177. 177 A. 178. 179. 180. 181. 217. 240. 271 A. 440. 441. 446 A. 462. 463. 465. 466. 472. 494. 504. 505. 506. 507. 507 A. 508. 509. 512. 513. 514. 515. 515 A. 516. 517. 521. 521 A. 522. 523. 523 A. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530.

531. 533. 534. 535. 536. 537. 539. 540. 542. 543. 544. 546. 547. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 562 A. 563. 564. 565. 566. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 581 A. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 606 A. 607. 608. 609. 610. 614 A. 615. 616. 618. 619. 621. 696. 697. 704. 704 A. 713. 714. 717. 718. 719. 720. 720 A. 722. 723. 724. 724 A. 725. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 738 A. 739. 740. 741. 742. 744. 745. 746. 748. 749. 751. 754. 756. 757. 757 A. 758. 758 A. 759. 848.

Prinetti, Frau, Gemahlin des Vorigen.
XVIII, S. 581.

Prittwitz und Gaffron, von, Erster Sekretär bei der Gesandtschaft in Peking 1896/99.
XVI, S. 17.

Pückler, Graf von, Erster Sekretär bei der Botschaft in Rom 1895 bis 1899, Erster Sekretär bei der Botschaft in Wien 1899 bis 1900, Erster Sekretär bei der Botschaft in Petersburg 1900/01.
XIII, S. 306 A.
XVI, S. 17. 110. 111. 253 A. 258. 311 A.
XVII, S. 408 A.
XVIII, S. 148 A. 459 A.

Quadt, Albert Graf von, Erster Sekretär bei der Botschaft in Washington 1900/02.
XVI, S. 489 A.

Quesnay de Beaurepaire, Präsident des Zivilsenats des franz. Kassationshofes (1899).
XIII, S. 336. 336 A.

Radolin, Fürst von, Botschafter in Konstantinopel 1892/94, in Petersburg 1895/1900, in Paris 1900/1910.
XIII, S. 3. 55. 56. 61. 88. 89 A. 187. 188 A. 189 A. 191 A. 217. 218. 219 A. 220. 220 A. 223 A. 229. 265. 271 A. 273 A. 276 A. 278.
XIV, S. 42. 42 A. 57. 63. 63 A. 72 A. 80 A. 84. 84 A. 104 A. 105 A. 118. 119. 120. 131 A. 133 A. 135 A. 137. 139. 157 A. 165 A. 167. 170. 334 A. 338. 360 A. 398. 451. 452. 455. 461. 462. 463. 464. 491. 538. 546. 548. 556. 558. 559.
XV, S. 24 A. 25. 26. 143 A. 146 A. 149. 151. 152 A. 160. 163. 168. 179 A. 182 A. 183 A. 286. 303. 305. 307. 349 A. 407 A. 515 A. 535.
XVI, S. 48 A. 54 A. 56. 57. 57 A. 58. 58 A. 61 A. 62. 78 A. 81. 81 A. 83 A. 84. 86. 113. 125. 134. 179. 179 A. 181. 181 A. 246. 252. 284 A. 285. 312 A. 387 A. 423 A.
XVII, S. 148 A. 325 A. 326 A. 343 A. 589.
XVIII, S. 7. 27. 70 A. 94. 104. 114 A. 219. 775. 777. 779 A. 780 A. 781. 782. 784. 784 A. 786. 787 A. 795. 795 A. 802. 803. 804. 829 A. 835 A. 838. 841. 847. 847 A. 848.

Radoslawow, bulg. Minister des Innern im Kabinett Iwantschow 1899/1901.
XVIII, S. 129.

Radowitz, Joseph von, Botschafter in Konstantinopel 1882/92, in Madrid 1892/1908.
XIII, S. 3. 267. 278 A.
XIV, S. 441 A.
XV, S. 7 A. 12 A. 14. 14 A. 22. 26. 27 A. 42. 69. 76. 77. 87 A. 91 A. 119 A. 134.
XVII, S. 331. 331 A. 343 A. 355 A.

Raffel, Präsident des Munizipalrats in Apia (Samoa) 1897/98.
XIV, S. 567 A. 572. 572 A. 574. 577. 578. 583 A. 584. 585. 586. 599.

Raghib Bey (Pascha), Kammerherr des Sultans Abdul Hamid II. (1892, 1893, 1903).
XIV, S. 449. 456. 457. 458. 459. 460.
XVIII, S. 394.

Rahusen, niederländ. Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.

XV, S. 314. 342. 357.
Raif Pascha, türk. Minister für Öffentliche Arbeiten, Handel und Ackerbau (1890).
XIV, S. 442.
Raindre, franz. Gesandter in Kopenhagen 1895/99, Direktor für Politische Angelegenheiten und Protektorate im Außenministerium (1902).
XIII, S. 193.
XVIII, S. 795.
Rampolla, Kardinal, päpstl. Staatssekretär 1887/1903.
XV, S. 11. 17. 18. 19. 173. 174 A. 344.
XVIII, S. 791. 791 A.
Ratard, franz. Generalkonsul in Schanghai (1902).
XVI, S. 460.
Rechnitzer, ung. Finanzmann (1899, 1900).
XIV, S. 490. 494. 504.
XVII, S. 374. 421.
Recke von dem Horst, von der, preuß. Minister des Innern 1895 bis 1899.
XIII, S. 201. 202. 203.
Reed, Thomas Brackett, Sprecher des amerik. Repräsentantenhauses (1898).
XV, S. 66.
Refik Pascha, Emir (Scherif) von Mekka (1902).
XVII, S. 425.
Refik Pascha, Hadschi Hassan, Wali von Saloniki (1899).
XVIII, S. 411.
Regis, franz. Antisemitenführer (1899).
XIII, S. 260.
Rehders, Direktor der Deutsch-Asiatischen Bank (1898).
XIV, S. 179.
Reichenau, von, Erster Sekretär bei der Botschaft in Washington 1896/98.
XIII, S. 42.
Reid, Whitelaw, Besitzer und Herausgeber der „New York Tribune", Mitglied der amerik. Friedenskommission in Paris 1898.
XV, S. 81. 82. 82 A. 83. 84. 94. 95. 96.
Reims, s. Langénieux.
Reinhardt, Vizekonsul in Buschir (1901).
XVII, S. 478.
Reinach, Joseph, franz. Deputierter und Schriftsteller (1897, 1903).
XIII, S. 108.
XVII, S. 582. 582 A.
Reitz, Staatssekretär der Südafrikanischen Republik 1898 bis 1902.
XV, S. 385 A.
Renaud, franz. Oberstaatsanwalt (1899).
XIII, S. 336. 341.
Renault, franz. Professor, Jurist. Delegierter bei der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XIII, S. 274.
XV, S. 329. 330. 360.
Rennow, russ. Konteradmiral (1897).
XIV, S. 129 A.
Renzis di Montanaro, Baron de, ital. Botschafter in Madrid 1895/98, in London 1898/1900.
XIV, S. 432. 433.
XV, S. 16. 22.
XVII, S. 311. 317.
Reschad Bey, Wali von Kossowo (1902).
XVIII, S. 204. 215.
Reschid Bey, türk. Botschafter in Rom 1896/1908.
XIV, S. 433.
XVIII, S. 751.
Reuß, Heinrich VII. Prinz, Botschafter in Wien 1878/94.
XV, S. 12.
Reuter, Baron de, engl. Finanzier.
XVII, S. 397.
Reuter, Baron de, Bruder des Vorigen.
XVII, S. 397.
Reverseaux, Marquis de, franz. Botschafter in Madrid 1894/97, in Wien 1897/1907.
XIII, S. 140.
XV, S. 9. 10.
XVI, S. 17.
XVIII, S. 130. 175. 236 A. 528.
Révoil, franz. Gesandter in Tanger 1900/01, Generalgouverneur von Algier 1901/05.
XVII, S. 327. 329. 339.
XVIII, S. 781. 781 A. 806.

Rex, Graf von, Gesandter in Teheran 1898/1906.
XIV, S. 417. 512 A. 518. 518 A.
XVII, S. 536, 553. 575.
Rhodes, Sir Cecil, Premierminister der Kapkolonie 1890/94, 1894 bis 1896.
XIII, S. 13. 14. 15. 16. 18. 19.
XIV, S. 187. 298. 475. 475 A. 518. 581. 581 A. 582. 583. 588. 592. 595. 609. 610. 617. 655. 656.
XV, S. 368. 416.
Ribot, Alexandre, franz. Ministerpräsident und Finanzminister 1895.
XVIII, S. 786.
Richarz, Konsul in Bagdad (1896, 1900, 1901).
XIII, S. 4 A.
XVII, S. 469. 479. 505. 506 A. 515.
Richter, von, russ. General der Infanterie und Generaladjutant, Generalkommandant des Hauptquartiers des Zaren (1897, 1900).
XIII, S. 89 A. 222.
XVIII, S. 101.
Richter, Vortragender Rat im Reichsamt des Innern, Reichskommissar für die Pariser Weltausstellung 1900.
XVIII, S. 768.
Richter, Eugen, Reichstagsabgeordneter.
XIII, S. 8. 8 A. 300 A. 336 A.
Richter, Paul.
XIV, S. 25.
Richthofen, Ferdinand Freiherr von, Chinareisender, Professor der Erdkunde in Berlin (1895).
XIV, S. 6. 25. 35. 52.
Richthofen, Oswald Freiherr von, Kommissar bei der ägyptischen Dette Publique (1896), Direktor der Kolonialabteilung des A. A. 1896/97, Unterstaatssekretär im A. A. 1897/1900, Staatssekretär des A. A. 1900/06.
XIII, S. 8. 8 A. 217 A. 318. 319. 319 A.
XIV, S. 47 A. 161. 303. 306 A. 309 A. 313 A. 316 A. 341 A. 365. 592. 592 A. 594. 636. 636 A.
XV, S. 27 A. 47 A. 55 A. 60 A. 64. 265 A. 328 A.
XVI, S. 32. 116. 116 A. 126. 133. 135. 148 A. 167 A. 219 A. 321. 345 A. 346 A. 426 A. 456. 487 A. 491.
XVII, S. 50 A. 72 A. 73. 100. 115 A. 135 A. 136. 137. 142 A. 187 A. 198 A. 216. 226. 228. 229. 231 A. 249. 334. 334 A. 335. 445.
XVIII, S. 20 A. 29 A. 44. 58. 59. 144 A. 160 A. 239 A. 241 A. 297 A. 339 A. 340 A. 419 A. 559. 560. 560 A. 586. 655. 655 A. 656. 679. 740. 745. 752. 791 A. 792 A.
Ridley, Sir, engl. Staatssekretär des Innern im Kabinett Salisbury 1895/1900.
XIII, S. 9.
Rifaat Pascha, Halil, türk. Großwesir 1895/1901.
XIV, S. 492. 494. 497.
XVII, S. 472.
Riffault, Erster Sekretär bei der franz. diplom. Agentur in Kairo (1898).
XIV, S. 372. 373.
Riha, Bischof von Budweis (1899).
XIII, S. 171.
Rios, span. General-Kapitän, Generalgouverneur der Philippinen (1898).
XV, S. 43. 44. 44 A. 55.
Risa Pascha, türk. Kriegsminister in den Kabinetten Rifaat, Said, Ferid Pascha 1895/1908.
XIV, S. 485. 494.
XVIII, S. 196. 263. 278. 303.
Risa Pascha, Wali von Monastir (1903).
XVIII, S. 342. 342 A. 395.
Ritchie, Charles Thomson, engl. Handelsminister (Präsident des Board of Trade) im Kabinett Salisbury 1895/1900.
XIV, S. 381. 381 A.
Riva, de, ital. Ministerresident in Carácas 1895/1903.
XVII, S. 242.
Roberts of Kandahar, Pretoria and Waterford, Earl, Oberbefehlshaber in Südafrika 1899/1900.

XV, S. 505 A. 554 A. 556. 557. 559. 561.
XVII, S. 151. 211. 212. 213.
Robinson, Sir Hercules, Gouverneur und Oberbefehlshaber der engl. Kapkolonie 1895/97.
XV, S. 427. 428.
Rochefort-Luçay, Henri Marquis de, franz. Journalist, Chefredakteur des „Intransigeant" (1899).
XIII, S. 260. 296. 298. 299.
Rockhill, William Woodville, amerikan. Kommissar in China 1900/01.
XVI, S. 390. 391.
Roeder, E. von, preuß. Zeremonienmeister (1902).
XVIII, S. 41.
Roeder, Frau von, Gattin des Vorigen.
XVIII, S. 41.
Roget, franz. Brigadegeneral (1899).
XIII, S. 316 A. 336.
Rolin, siames. Generalkonsul in Brüssel, Vierter Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 336, 339.
Rolin Jacquemyns (Abhai Rakha), General-Ratgeber in Siam (1899).
XIV, S. 185.
Romberg, Freiherr von, Zweiter Sekretär bei der Botschaft in Wien (1899), Erster Sekretär bei der Botschaft in Petersburg 1901/05.
XV, S. 257 A. 265 A.
XVII, S. 358.
XVIII, S. 56. 349. 354. 355 A. 357. 358 A. 375. 672.
Roosevelt, Theodore, amerik. Oberst, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1901/09.
XV, S. 374.
XVI, S. 470. 489. 489 A. 490.
XVII, S. 243. 268. 269. 270. 283. 284. 285. 287. 289. 291. 292.
Rose, Generalkonsul in Apia (Samoa) 1896/98.
XIV, S. 567 A. 572. 572 A. 573. 574. 577. 577 A. 578. 584. 585. 586. 591. 599. 600. 619. 622. 666. 673.
Rosebery, Archibald Earl of, engl. Staatssekretär des Äußern im Kabinett Gladstone 1892/94, Premierminister 1894/95.
XIV, S. 116. 212. 259. 300. 410. 452. 454. 455. 460. 461. 462. 463. 464.
XV, S. 451.
XVII, S. 4. 6. 7. 9. 14. 26. 76. 111. 111 A. 151. 151 A. 196 A. 205. 210. 215. 216 A. 235. 236. 237. 289.
Rosen, Baron von, russ. Gesandter in Tokio 1897/1900.
XIV, S. 130. 159.
Rosen, Friedrich, Vortragender Rat im A. A. 1901/04.
XVII, S. 92. 403. 513. 539 A. 542.
Rosetti-Solesco, rum. Gesandter in Petersburg 1895/1911.
XVIII, S. 820.
Ross, Alexander Carnegie, engl. Konsul in Laurenzo Marquez (1900).
XV, S. 437.
Rossolato.
XVIII, S. 387. 395.
Rostkowsky, russ. Konsul in Monastir (1903).
XVIII, S. 328. 328 A. 330 A. 331. 332. 334. 339 A. 342. 342 A.
Rotenhan, Freiherr von, Unterstaatssekretär im A. A. 1890 bis 1897, preuß. Gesandter beim Päpstl. Stuhl 1898/1908.
XIV, S. 63 A. 76 A. 85. 100 A.
XV, S. 171. 174 A.
XVIII, S. 791. 791 A.
Roth, Arnold, schweizer. Oberst, Gesandter in Berlin 1877/1904, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 246. 312. 362.
Rothkirch, s. Eulenburg.
Rothschild, Alfred de, Londoner Bankier.
XIV, S. 193. 195. 269. 389. 582. 600. 603. 653 A.
XV, S. 382. 391 A. 394. 435. 474. 496. 497. 534. 539. 540.
XVI, S. 87. 172. 213. 397. 403.

XVII, S. 374. 397. 569. 577. 584. 590. 593. 594.
Rothschild, Alphonse de, Pariser Bankier.
XV, S. 534.
XVII, S. 584. 585. 586.
Rothschild, Edmond de, Pariser Bankier.
XVII, S. 584. 585.
Rothschild, Gustave Samuel James de, Pariser Bankier.
XVII, S. 584. 585.
Rothschild, Leopold de, Londoner Bankier.
XVII, S. 374. 397. 569. 577. 584. 590. 593. 594.
Rothschild, Nathan Mayer Baron, Londoner Bankier.
XVII, S. 584. 586. 590. 593. 594.
Rothstein, russ. Finanzier (1900).
XVIII, S. 103.
Rottenburg, Ingenieur, Vertreter der Firma Krupp in Marokko (1901).
XVII, S. 335.
Rouet, franz. Vizekonsul in Bagdad (1900).
XVII, S. 475. 476. 478.
Rouvier, franz. Gesandter in Lissabon 1898/1906.
XIV, S. 272. 276.
XVIII, S. 767.
Rouvier, Maurice, franz. Finanzminister im Kabinett Combes 1902/05.
XVII, S. 453. 456.
XVIII, S. 795. 795 A.
Rozwadowski von Groß-Rozwadów, österr.-ung. Major, Militärattaché in Bukarest (1901).
XVIII, S. 135.
Rücker-Jenisch, Erster Sekretär bei der Gesandtschaft in Brüssel 1897/99.
XV, S. 406 A.
Rüdgisch, von, preuß. Major z. D., türk. Militärinstrukteur (1899, 1902).
XIV, S. 560.
XVIII, S. 755.
Rudini, Marchese di, ital. Ministerpräsident 1896/98.
XVIII, S. 506. 561. 588. 594.
Ruggeri Laderchi, Graf, ital. Oberstleutnant, Militärattaché in Petersburg (1903).
XVIII, S. 283.
Rumänien, s. Ferdinand, Karl I.
Rumbold, Sir Horace, engl. Botschafter in Wien 1896/1900.
XIV, S. 400.
XV, S. 420. 421.
XVI, S. 17.
Russell, Sir Baker Creed, engl. Generalleutnant, Kommandeur des Southern-Distrikts (1898).
XIV, S. 385.
Rußland, s. Alexander II., Alexander III., Alexander Michailowitsch, Alexandra Feodorowna, Alexis Alexandrowitsch, Georg Alexandrowitsch, Helena Wladimirowna, Jelissaweta Feodorowna, Konstantin Konstantinowitsch, Maria Alexandrowna, Maria Feodorowna, Maria Pawlowna, Michael Alexandrowitsch, Michael Nikolajewitsch, Nikolaus II., Nikolaus Nikolajewitsch, Nikolaus Nikolajewitsch, Wladimir Alexandrowitsch.
Ruyssenaers, Kabinettschef des niederländ. Ministers des Äußern (1899), Generalsekretär im Ministerium des Äußern (1900).
XV, S. 374. 375. 376. 522.

Sacharow, russ. Generalleutnant, Chef des Generalstabes (1901).
XVIII, S. 814. 815.
Sagasta, span. Ministerpräsident 1897/99.
XV, S. 75. 76. 89. 91 A. 94. 105 A. 125. 127.
Said Kalid, Prätendent in Sansibar (1896).
XIV, S. 117. 283. 607.
Said Pascha, türk. Großwesir 1895, 1901/03.
XIV, S. 492.
XVII, S. 410. 412. 414. 425. 426. 432. 449 A.
XVIII, S. 163. 165. 182. 184. 186. 196. 226. 226 A. 228. 374. 444. 445. 450.
Saint-Saëns, franz. Komponist.
XIII, S. 108.

Salenko, Pazifistin.
XV, S. 313.
Saletta, ital. Generalleutnant, Chef des Generalstabs (1901, 1902, 1903).
XVIII, S. 606. 683. 684. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 695. 698. 699. 700. 701. 703. 704. 705. 706. 707. 708.
Salisbury, Marquess of, engl. Premierminister 1886/92, 1895/1902.
XIII, S. 3 A. 6. 8. 8 A. 9. 10. 11. 18. 19. 20. 21. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 36. 36 A. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 43 A. 44. 45. 46. 47. 57 A. 68. 68 A. 82. 89 A. 90. 100.
XIV, S. 11. 63 A. 86 A. 87. 88. 92. 93. 94. 95. 96. 96 A. 97. 108. 109. 110. 116. 117. 125 A. 129. 142. 145. 146. 147. 147 A. 148. 149. 150. 151. 165 A. 173 A. 174. 175. 176. 177. 178. 178 A. 179. 179 A. 180. 188. 193 A. 195. 204. 205. 208. 210. 217 A. 220. 225. 226. 228. 229 A. 230. 230 A. 231. 231 A. 232. 233. 234. 235. 236. 236 A. 237. 238. 239. 239 A. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 254. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 268. 270. 271. 272. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 309 A. 310. 311. 311 A. 312. 313. 314. 315. 316. 318. 319. 320. 320 A. 322. 326. 335. 358. 361. 366. 367. 372 A. 374. 375. 378. 378 A. 382. 386. 388. 389. 390. 390 A. 395. 403. 405. 406. 410. 412. 413. 414. 416. 417. 418. 420. 421. 422. 424. 425. 430 A. 432. 433. 437. 455. 511. 512. 520. 537. 547. 569. 570. 570 A. 571. 571 A. 572. 572 A. 573. 574. 576. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 585. 586. 587. 588. 590. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 601. 602. 603. 604. 604 A. 605. 606. 607. 608. 610. 611. 612. 615. 616. 617. 618. 620. 621. 621 A. 622 A. 623. 623 A. 624. 625. 627. 628. 629. 631. 632. 633. 634. 635. 640. 641. 642. 643. 646. 647. 649. 650. 651. 652. 653. 653 A. 654. 655. 656. 657. 659. 665. 666. 668. 669. 670. 673. 674. 675.
XV, S. 38. 39 A. 49. 49 A. 52. 52 A. 53. 69. 70. 71. 71 A. 72. 150. 151. 170. 176. 177. 223. 229. 279. 280. 367. 367 A. 369. 371. 372. 373. 378. 378 A. 379. 380. 386. 387. 388. 389. 390. 392. 393. 395. 396. 397. 398. 399 A. 401. 402. 411. 417. 418. 423. 425. 426. 436. 437. 442. 443. 445. 446. 449. 449 A. 450. 451. 452. 453. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 466 A. 467. 468. 469. 470. 472. 473. 474. 475. 476. 476 A. 477. 477 A. 478. 479. 483. 484. 486. 495. 505. 515. 521. 526. 527. 531. 532. 535.
XVI, S. 20. 21. 26. 36. 37. 52. 58. 60. 61. 61 A. 62. 65. 66. 71. 73. 75. 76. 77. 85. 86. 87. 88. 88 A. 105. 106 A. 111. 114. 115. 117. 118. 126. 127. 135. 136. 137. 140. 141. 143 A. 146. 147. 148. 158. 177. 182. 201 A. 202. 205. 206. 207. 213. 213 A. 214. 215. 216. 217. 218. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 230 A. 231. 232. 233. 233 A. 234. 235. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246 A. 247. 248. 248 A. 249. 251. 252 A. 255. 257. 294. 295. 297. 312 A. 313. 326. 328. 329. 330. 331. 334. 335 A. 336. 482.
XVII, S. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 14. 16. 16 A. 17. 19. 21. 23. 24. 34. 35. 36. 39. 39 A. 40. 41 A. 42. 44 A. 46. 49. 51. 53 A. 54. 54 A. 55. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 66. 67. 67 A. 68. 76. 82. 83. 84. 85. 87. 88. 91. 92. 96. 98. 102. 103. 104. 105. 106. 108. 109. 111. 112. 114. 115. 115 A. 117. 138 A. 140. 192. 195. 205. 214. 214 A. 215.

216. 295. 296. 297. 299. 300. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 321. 322. 323. 332. 340. 341. 346. 346 A. 372. 373. 403. 472. 485. 502. 523. 526. 530. 538. 591.
XVIII, S. 24. 25. 29. 61 A. 74. 105. 410 A. 412. 413. 416. 422. 422 A. 423 A. 428. 429. 430. 431. 432. 432 A. 434. 436. 437. 438. 443. 467. 489. 720. 726. 727. 736. 738. 739. 747.
Salisbury, Lady, Gattin des Vorigen.
XIV, S. 424. 425.
XVII, S. 3. 4.
Salisbury, s. Cranborne.
Salm-Salm, s. Maria Christina.
Salm-Salm, Emanuel Prinz zu, preuß. Leutnant (1902).
XVIII, S. 559. 603.
Saloniki, s. Fehmi Pascha, Refik Pascha.
Salvago Raggi, Marchese, ital. Gesandter in Peking 1899 bis 1902.
XVI, S. 3. 18. 26. 28 A. 35. 38. 39. 42. 55. 58. 92. 102. 152. 155. 156. 156 A. 160. 160 A. 162. 165. 169. 186. 360. 379.
Samoa, s. Malietoa, Mataafa, Tanu.
Sanderson, Sir Thomas Henry, permanenter Unterstaatssekretär im Foreign Office 1894/1906.
XIII, S. 36. 36 A. 37.
XIV, S. 169. 366. 366 A. 378. 379. 382. 573. 574. 585 A. 589. 597. 602. 603. 604. 607. 608. 609.
XV, S. 442. 443. 449. 449 A. 450. 465. 469. 472. 473. 497.
XVI, S. 60. 146. 182. 184. 217. 226. 251. 257. 260. 264. 265. 280. 281. 282. 293. 300. 314. 326. 327. 328. 332. 338. 341 A. 342. 343. 344. 347. 353. 368.
XVII, S. 17 A. 392. 393. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 490. 491. 492. 592.
XVIII, S. 427. 750.
Sansibar, s. Said Kalid.
Sarafow, bulg. Bandenführer in Mazedonien.
XVIII, S. 132. 143. 144. 144 A. 167.
Sardar Chan, s. Amir Chan.
Sarrien, franz. Justizminister im Kabinett Brisson 1898.
XIII, S. 305 A.
Satow, Sir Ernest Mason, engl. Gesandter in Tokio 1895/1900, in Peking 1900/06.
XIII, S. 277.
XVI, S. 23. 152. 152 A. 153. 155. 156. 160. 160 A. 162. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 173. 176. 177. 178. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 192. 228. 239. 263. 264. 300. 314. 322. 327. 346. 348. 359. 360. 361. 364. 369. 370. 378. 380. 389. 390. 391. 392. 401. 401 A. 404. 411. 413. 416. 418. 419. 425. 431. 432. 433. 434. 437. 439. 440. 441. 442. 444. 445. 446. 456. 461 A. 478 A.
XVII, S. 122.
Saunders, George, Korrespondent der „Times“ in Berlin (1899, 1902).
XV, S. 412. 413. 415. 417. 419. 513. 521.
XVII, S. 152. 208.
Saurma-Jeltsch, Anton Freiherr von, Botschafter in Konstantinopel 1895/97, in Rom 1897/99.
XIII, S. 3. 51. 58.
XIV, S. 464 A.
XV, S. 187 A.
Saussier, franz. Divisionsgeneral, Mitglied des obersten Kriegsrats (1898).
XIII, S. 312.
Savoyen, s. Margaretha.
Schaedler, Franz Xaver, Erzbischof, Mitglied des Reichstags (1901).
XVI, S. 336.
Schakir Pascha, Wali von Skutari (1902).
XVIII, S. 184. 185. 215.
Schantung, s. Li-Ping-Hîng.
Schaumburg-Lippe, s. Adolf.
Schemsi Pascha, türk. General (1903).
XVIII, S. 285.
Schenck zu Schweinsberg, Freiherr von, Gesandter in Peking 1893/96.

XIV, S. 6. 15. 26. 40. 48. 49.
Scheurer-Kestner, franz. Senator (1897).
XIII, S. 292. 293. 294 A. 295. 299.
Schewitsch, russ. Botschafter in Madrid 1896/1905.
XV, S. 16. 22. 119 A. 124. 130.
Schiel, Adolf, preuß. Leutnant a. D., Oberst der Südafrikanischen Republik, Kommandeur des deutschen Freikorps im Burenkriege.
XV, S. 402 A. 426. 428.
Schimmelmann, Freiherr von, Fregattenkapitän, Marineattaché in Petersburg (1902).
XVIII, S. 49.
Schischkin, von, Verweser des russ. Ministeriums des Äußern 1896/97.
XIII, S. 65.
Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, s. Adelheid, Amalie, Auguste Viktoria, Helena.
Schlieffen, Alfred Graf von, Chef des Generalstabs der Armee 1891/1905.
XIII, S. 254. 302 A. 313.
XVI, S. 13. 15. 49 A. 67. 139. 209. 209 A. 210. 210 A. 257. 377. 393 A. 420. 433.
XVII, S. 221 A.
XVIII, S. 688. 702. 703. 704. 705.
Schlippenbach, Graf von, preuß. Oberst, Kommandeur des 1. Ostasiatischen Infanterie-Regiments, Befehlshaber in Schanghai (1902).
XVI, S. 489. 490.
Schlözer, von, Erster Sekretär bei der Botschaft in Konstantinopel 1897/99, Erster Sekretär bei der Botschaft in Paris 1899 bis 1903.
XIV, S. 525. 526.
XVI, S. 78 A. 88. 89. 110. 112. 209 A. 464 A. 469 A.
XVIII, S. 18. 804.
Schmidt, Konsul in Jerusalem (1902).
XVIII, S. 789. 789 A.
Schneider, österr.-ung. Oberst, Militärattaché in Paris (1899).
XIII, S. 320.
Schnitzler, Vizekonsul in Schanghai (1900, 1902).
XVI, S. 200. 460.
Schönborn, Franz Graf, Kardinal-Fürst-Erzbischof, Primas von Böhmen (1899).
XIII, S. 171.
Schönborn, Friedrich Graf, Mitglied des österr. Herrenhauses (1899).
XIII, S. 171.
Schönburg-Hartenstein, Prinz von, Botschaftsrat bei der österr.-ung. Botschaft in Rom (1904).
XVIII, S. 641.
Schönerer, Georg Ritter von, Mitglied des österr. Abgeordnetenhauses (1898).
XIII, S. 118. 118 A. 175.
Schreiner, Premierminister der Kapkolonie 1898/1900.
XV, S. 387. 391.
Schtscherbatzky, Zweiter Sekretär bei der russ. Botschaft in Konstantinopel (1902, 1903).
XVIII, S. 201. 212. 223. 223 A. 224. 229. 232. 400.
Schulenburg, Friedrich Graf von der, preuß. Rittmeister, Militärattaché in London 1902/06.
XVII, S. 211.
Schumacher, Hermann, außerordentlicher Professor der Staatswissenschaften an der Universität Kiel (1900).
XVI, S. 361 A.
Schuwalow, Paul Graf, russ. Botschafter in Berlin 1885/94.
XIII, S. 89.
XVII, S. 61. 66.
XVIII, S. 488.
Schuwalow, Peter Graf, russ. Botschafter in London 1874/79, Vertreter Rußlands auf dem Berliner Kongreß 1878.
XIII, S. 89.
Schuwalow, Gräfin, geb. Komarow, Gemahlin des Grafen Paul Schuwalow.
XV, S. 349.
Schwabach, Paul, Chef des Bankhauses Bleichröder in Berlin.
XV, S. 474.
XVII, S. 459 A.

Schweden, s. Oskar II.
Scott, Sir Charles Stewart, engl. Botschafter in Petersburg 1898/1904.
XIII, S. 278.
XIV, S. 402.
XV, S. 149. 388. 513. 514. 522.
XVI, S. 21. 37. 47. 52. 59. 66 A. 80. 127. 251. 264. 280. 281. 288. 306. 307. 330. 331. 332. 341 A. 353. 388.
XVII, S. 155. 185. 528. 529.
XVIII, S. 11. 353. 353 A. 354.
Schwarzenberg, Friedrich Prinz von.
XIII, S. 171.
Schwarzhoff, s. Groß von Schwarzhoff.
Schwartzkoppen, von, preuß. Oberstleutnant, Militärattaché in Paris 1891/97.
XIII, S. 287 A. 289. 301. 301 A. 302. 302 A. 303. 305 A. 307. 325. 326. 327. 329. 331. 332 A. 333.
XVII, S. 583 A.
Seckendorff, Freiherr von, Konsul in Prag (1898).
XIII, S. 131 A. 329 A.
Ségur d'Aguesseau, Comte de, Erster Sekretär bei der franz. Gesandtschaft im Haag (1901).
XVII, S. 201.
Seid Muhammed Rachim Babadur Chan, Emir von Chiwa 1865/1910.
XVIII, S. 426.
Selborne, William Waldegrave Palmer Earl of, Erster Lord der Admiralität in den Kabinetten Salisbury und Balfour 1900/05.
XVIII, S. 778 A.
Selim Pascha, türk. Nasir für Wälder, Bergwerke und Ackerbau (1903).
XVIII, S. 382.
Selir, Graf von, portugies. Gesandter im Haag 1896/1908.
XVII, S. 201.
Selves, de, Präfekt des Departements Seine (1898).
XIII, S. 309.
Senden-Bibran, Freiherr von, Konteradmiral, Chef des Marinekabinetts 1890/1906.
XIII, S. 238. 268.
XIV, S. 22. 85.
XV, S. 410 A. 411. 412.
XVI, S. 49 A. 377.
XVII, S. 207. 249.
XVIII, S. 53. 56. 59.
Serbien, s. Alexander, Draga Maschin, Milan Obrenowitsch I.
Sercey, Comte de, Erster Sekretär bei der franz. Gesandtschaft in Peking (1897).
XIV, S. 80 A. 102.
Sergius Alexandrowitsch, Großfürst von Rußland, vierter Sohn Kaiser Alexanders II.
XIV, S. 404.
XVIII, S. 106. 109.
Servan, franz. Konteradmiral, Kommandant der Marine von Algier (1899).
XIII, S. 260. 261. 262. 264 A.
Server Pascha, türk. Minister des Äußern 1877/78.
XVIII, S. 425.
Seymour, Sir Edward Hobart, engl. Vizeadmiral, Kommandeur der Marinestation China 1898 bis 1901.
XVI, S. 7. 7 A. 10. 10 A. 14. 26 A. 74 A. 99. 103. 139. 379.
Seyyid Feysal bin Turki, Sultan von Oman 1888/1913.
XIV, S. 417. 418. 419. 420. 509. 510. 515. 517.
XVII, S. 591.
Sheng, Taotai, Direktor der chines. Telegraphenadministration in Schanghai (1900), Generaldirektor der nördlichen Eisenbahnen in Schanghai (1901).
XVI, S. 142. 452. 452 A. 454.
Sherman, John, amerik. Staatssekretär (des Äußern) unter Präsident Mac Kinley 1897/98.
XIV, S. 92.
Shung, Direktor der chines. Eisenbahnen (1896).
XIV, S. 41.
Siegel, Kapitän zur See, Marineattaché bei der Botschaft in Paris, Technischer Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 182 A. 201 A. 221. 222. 224. 244. 260. 274. 281. 281 A. 284.

287. 294. 300. 301. 302. 303. 306 A. 308. 313. 326. 327. 344. 345. 356. 357. 362.
XVIII, S. 768.
Siemens, Georg (von), Direktor der Deutschen Bank.
XIV, S. 189. 442. 474. 475. 476. 483. 484. 490. 528.
XV, S. 418.
XVII, S. 10. 93. 129. 371 A. 372. 374. 375. 377. 378. 382. 386. 387. 388. 389. 390. 392. 392 A. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 399 A. 400. 401. 402. 404. 405. 406. 413. 419. 424. 467. 471. 500.
XVIII, S. 22.
Siemering, Professor, Leiter des Burenhilfsbundes (1902).
XVII, S. 217. 218.
Sieveking, Rechtsanwalt in Hamburg (1901).
XVII, S. 126. 128. 129.
Signorile, ital. Oberstleutnant, Militärattaché in Konstantinopel (1902).
XVIII, S. 755.
Silvela, span. Ministerpräsident und Minister des Äußern 1899/1900, Ministerpräsident 1902/03.
XIII, S. 267. 267 A. 278.
XIV, S. 552. 553. 559.
XV, S. 105. 105 A. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 127. 128. 130. 131. 132. 133. 134.
XVII, S. 352. 352 A. 353. 357. 358.
Silvestrelli, ital. Generalkonsul und diplom. Agent in Sofia 1896/1901.
XVIII, S. 96.
Simpson, engl. Marinekommandant in Aden (1900).
XV, S. 482. 483.
Singer, österr. Journalist, Chefredakteur des „Neuen Wiener Tagblatts“ (1899).
XIII, S. 173.
Sinowiew, russ. Botschafter in Konstantinopel 1898/1909.
XIV, S. 542.
XV, S. 156. 350.
XVII, S. 371 A. 376. 378. 380. 380 A. 381. 399. 405. 409. 415. 415 A. 416. 416 A. 417. 418. 427. 430. 447. 448. 450. 451. 455. 457. 491. 504. 505. 508. 509. 511. 525.
XVIII, S. 65. 108. 114. 115. 116. 123. 125. 126. 129. 130. 137. 138. 139. 140. 142. 143. 143 A. 146. 147. 148. 160. 160 A. 161. 172. 176. 183. 184. 185. 187 A. 188. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 195 A. 197. 198. 199. 200. 201. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 210. 211. 212. 215. 218. 222. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 234 A. 235. 237. 245. 246. 249. 250. 252. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 270. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 281. 282. 288. 289. 290. 292. 293. 294. 295. 300. 302. 303. 306. 306 A. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 314. 316. 317. 318. 318 A. 321. 322. 324. 327. 328. 329. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 338. 341. 343. 344. 345. 346. 347. 347 A. 348. 350 A. 352. 362. 363. 365. 367. 368. 370. 372. 375. 378 A. 379. 382. 383. 388. 388 A. 391. 393. 395. 396. 396 A. 397. 401. 402. 417. 441. 443. 444. 445. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 467. 468. 471. 472. 473 A. 474. 478. 479. 754. 755. 793. 805. 832. 833 A.
Skobelew, Michael, russ. General, Panslawist.
XVIII, S. 51.
Skutari, s. Schakir Pascha.
Sliman, Abdelkrim ben, marokk. Minister des Äußern, Leiter der außerordentlichen Gesandtschaft nach Paris und Petersburg 1901.
XVII, S. 328. 332 A. 336. 336 A. 344.
Smalley, George Washburn, Korrespondent der „Times“ in New York (1902).
XV, S. 24 A.
Solf, Wilhelm, Präsident des Munizipalrats in Apia (Samoa) 1898 bis 1900, Gouverneur von Samoa 1900/11.
XIV, S. 583. 583 A. 584.

Sone Arasuke, japan. Finanzminister im Kabinett Katsura 1901/06, provisorischer Leiter des Ministeriums des Äußern Mai bis September 1901.
XVI, S. 140. 144.
Sonnino, Barone Sidney di, ital. Abgeordneter.
XVIII, S. 550. 561. 731.
Sophie, Herzogin von Alençon, Gemahlin des Prinzen Ferdinand von Orléans, Herzogs von Alençon und von Nemours, geb. Herzogin in Bayern.
XIII, S. 97 A.
Soveral, Luiz Marie Pinto de, portugies. Gesandter in London 1897/1910.
XIV, S. 259. 261. 264. 265. 266. 279. 283. 287. 346. 357. 358. 359.
XV, S. 405. 405 A.
XVII, S. 587. 587 A.
XVIII, S. 802.
Spanien, s. Alfons XII., Alfons XIII., Karl, Maria Christine.
Speck von Sternburg, Freiherr, Erster Sekretär bei der Botschaft in Washington 1898 bis 1900, Generalkonsul in Kalkutta 1900/03, Gesandter in außerordentlicher Mission in Washington 1903, Botschafter in Washington 1903/08.
XIV, S. 605. 611 A.
XV, S. 85 A. 86 A. 87 A. 95.
XVI, S. 110. 120. 121. 121 A. 133. 158. 489 A. 490.
XVII, S. 272. 273. 273 A. 280. 283. 283 A. 286. 286 A. 287. 290. 290 A. 292.
Spring-Rice, Cecil Arthur, Erster Sekretär bei der engl. Botschaft in Petersburg 1903/06.
XVIII, S. 390.
Squiers, Erster Sekretär bei der amerik. Gesandtschaft in Peking (1901).
XVI, S. 415. 418.
Ssipjagin, russ. Minister des Innern 1899/1902.
XVI, S. 81 A. 92 A.
XVIII, S. 36. 38. 51 A.
St. Paul, s. Ireland.
Staal, Baron von, russ. Botschafter in London 1884/1903, Erster russ. Delegierter und Vorsitzender auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XIII, S. 275.
XIV, S. 108. 229 A. 249. 388. 389. 413.
XV, S. 182. 182 A. 183. 188. 190. 193. 194. 195. 199. 220. 224. 228. 233. 233 A. 236. 238. 241. 244. 249. 250. 253. 254. 255. 256. 257. 269. 278. 284. 287 A 291. 292. 293. 295. 301. 308. 310. 312. 313. 314. 315. 316. 327. 329. 331. 334. 341. 342. 343. 346. 352. 353. 354. 355. 357. 362.
XVI, S. 251.
XVII, S. 195 A. 196. 534. 547. 548. 549.
Staal van Piershil, van der, niederländ. Gesandter in Petersburg 1900/04.
XV, S. 522.
Stackelberg, Baronin.
XIII, S. 233.
Stambulow, Stefan, bulg. Ministerpräsident und Minister des Innern 1903/06.
XVIII, S. 287 A. 653.
Stanciow, bulg. diplom. Agent in Petersburg 1897/1906, Erster Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 336. 343. 362.
XVIII, S. 284. 291. 299.
Staniforth, engl. Eisenbahnunternehmer in der Türkei (1891, 1892).
XIV, S. 444. 448.
Stead, William Thomas, engl. pazifistischer Publizist.
XV, S. 254. 254 A. 313. 314. 355. 356.
Steed, Korrespondent der „Times“ in Rom (1901).
XVIII, S. 731. 732.
Steeg, franz. Konsul in Saloniki (1903).
XVIII, S. 236 A.
Steijn, Präsident des Oranje-Freistaats 1896/1902.

XV, S. 531.
XVII, S. 229.
Stemrich, Generalkonsul in Konstantinopel (1898, 1900).
XIV, S. 471.
XVII, S. 376 A. 378. 469. 474.
Stengel, Freiherr von, Professor für Völkerrecht an der Universität München, Zweiter Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 182 A. 188. 188 A. 192. 195. 221. 222. 224. 244. 260. 274. 281. 281 A. 284. 287. 294. 300. 301. 302. 303. 308. 311. 313. 326. 327. 330. 343. 344. 345. 352. 356. 357. 362.
Stenz, Pater, Missionar in China (1899).
XIV, S. 184.
Stephen, Sir Alexander Condie, engl. Gesandter in Dresden 1897/1901.
XV, S. 487.
Stoessel, russ. Generalmajor.
XVI, S. 70.
Stoilow, bulg. Ministerpräsident, Minister des Äußern und des Kultus 1897/99.
XVIII, S. 95. 96 A. 97.
Stolberg-Wernigerode, Udo Graf zu, Erster Vizepräsident des Reichstags (1902).
XVII, S. 217.
Stolberg-Wernigerode, Wilhelm Prinz zu, Dritter Sekretär bei der Botschaft in Petersburg (1902).
XVIII, S. 56.
Stopford, engl. Oberst (1898).
XIV, S. 385.
Strumnitza, s. Gerasimos.
Struve, von, russ. Gesandter im Haag 1893/1904.
XVII, S. 200.
Stuart, engl. Kapitän.
XIV, S. 634.
Stuebel, Oskar Wilhelm, Direktor der Kolonialabteilung des A. A. 1900/05.
XVI, S. 278. 361 A. 394. 394 A. 395. 396. 397. 400.
XVII, S. 52. 101 A.
Stuers, von, niederländ. Gesandter in Paris 1885/1919.
XV, S. 376. 377.
Stumm, Wilhelm von, Zweiter Sekretär bei der Botschaft in Petersburg (1902).
XVIII, S. 56. 57.
Sturdee, engl. Marineoffizier, Kommandant des Kriegsschiffs „Porpoise“ (1899).
XIV, S. 572 A. 590. 617. 622.
Sturdza, Demeter, rum. Ministerpräsident 1901/04.
XVIII, S. 651. 652. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 674. 675. 676.
Strykow, russ. General (1897).
XIV, S. 91.
Süd-Schantung, s. Anzer.
Süßkind, Freiherr von, preuß. Major, Militärattaché in Paris 1897/1900.
XIII, S. 327.
Sumarokow-Elston, Graf, russ. General, Flügeladjutant Kaiser Alexanders II. (1876).
XVIII, S. 217 A.
Suriya, Phya, siames. Gesandter in Paris 1897/1906, Erster Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 362.
Suttner, Berta Baronin von, Schriftstellerin.
XV, S. 196. 254. 254 A. 261 A. 313.
Swansy, engl. Firma an der Volta-Mündung.
XIV, S. 644.
Swjetschin, Erster Sekretär bei der russ. Botschaft in Paris (1903), Botschaftsrat bei der russ. Botschaft in Konstantinopel (1903).
XVIII, S. 278. 842.
Syrien, s. Meletios.
Széchényi, Emanuel Graf, österr.-ung. Botschaftsrat in Petersburg (1898).
XV, S. 154.
Szécsen von Temerin, Graf, Sektionschef im österr.-ung. Ministerium des Äußern (1900, 1901), Botschafter beim Päpstl. Stuhl 1901/11.
XVI, S. 69.
XVIII, S. 165. 667. 668.

Szell von Duka, Koloman, ung. Ministerpräsident 1899/1903.
XIII, S. 156.
XVIII, S. 360. 567. 568. 576.
Szilágyi, Desider, Mitglied des ung. Abgeordnetenhauses (1896, 1898).
XIII, S. 144. 145. 146 A.
XV, S. 350 A.
Szögyényi-Marich, österr.-ung. Botschafter in Berlin 1892 bis 1914.
XIII, S. 10. 59. 122. 125. 128. 142. 143. 146. 148. 165. 166. 170. 174.
XIV, S. 436.
XV, S. 10. 12. 307. 514. 514 A. 515. 515 A.
XVI, S. 15. 68.
XVII, S. 526.
XVIII, S. 202. 213 A. 222. 226. 227. 237. 237 A. 238. 334. 399. 491. 493. 493 A. 494. 496. 511. 528. 538. 539. 568. 609 A. 636. 647. 661. 662. 664. 671. 672. 673. 674. 675. 679.

Taaffe, Graf von, österr. Ministerpräsident und Minister des Innern 1879/93.
XIII, S. 113 A.
Tadema, niederländ. Kapitän zur See, Chef des Generalstabs der Marine, Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 314. 342. 357.
Tahsin Bey, Erster Sekretär des Sultans Abdul Hamid II. (1899, 1901, 1902).
XIV, S. 501. 522. 524.
XVII, S. 406. 429.
XVIII, S. 186. 387. 418. 421. 427.
Taliani, apostol. Nuntius in Wien 1896/1903.
XVIII, S. 568.
Tanu, Sohn König Malietoas von Samoa (1898).
XIV, S. 567 A. 572 A. 604. 611 A.
Tardieu, André, franz. Journalist.
XVIII, S. 798.
Tarnassi, Monsignore, Internuntius im Haag 1896/1902.
XV, S. 187. 344.
Tatitschew, russ. Finanzagent in London (1901).
XVII, S. 535.
Tattenbach, Graf von, Gesandter in Lissabon 1897/1908.
XIV, S. 259 A. 260. 272. 358. 359 A. 360.
XV, S. 401 A. 436.
Teck, s. Mary.
Tei Nagakuni, Erster Dolmetscher bei der japan. Gesandtschaft in Peking (1901).
XVI, S. 194.
Temple, Sir Richard, Gouverneur von Bombay 1877/80.
XIV, S. 516. 518. 521.
Teschen, s. Friedrich.
Testa, Dolmetscher bei der Botschaft in Konstantinopel (1899, 1903).
XIV, S. 501. 529 A.
XVII, S. 440.
Tets van Goudriaan, van, niederländ. Gesandter in Berlin 1894/1905.
XV, S. 172. 173. 215. 216. 218. 549.
Tetuan, O'Donell, Herzog von, span. Minister des Äußern im Kabinett Canovas 1890/92, Erster Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 362.
Tewfik Pascha, türk. Minister für Handel und Öffentliche Arbeiten im Kabinett Djewad Pascha 1891/95.
XIV, S. 448. 449.
Tewfik Pascha, türk. Botschafter in Berlin 1886/95, Minister des Äußern in den Kabinetten Rifaat, Said, Ferid und Kiamil Pascha 1895/1909.
XIV, S. 431. 432. 433. 437. 438. 442. 444. 445. 449. 452. 460. 474. 494. 501. 502. 504.
XVII, S. 123. 371 A. 376. 377. 379. 380. 381. 382. 384. 385. 401. 414. 425. 450. 455. 465. 466. 467. 468. 469. 471. 472. 483. 490. 491. 493. 494. 499. 501. 507. 509. 510. 511. 516. 517. 554 A.
XVIII, S. 124. 129. 130. 137. 138.

142. 158. 163. 166. 173. 176. 182. 184. 185. 192. 196. 245. 246. 247. 248. 249. 256. 259. 260. 262. 268. 269. 297 A. 308 332. 336. 337. 373. 374. 382. 385. 386. 387. 401. 402. 403. 405. 417. 444. 445. 456. 457. 459. 460. 461. 461 A. 474. 476. 478. 751. 752. 791. 793. 794.

Tewfik Pascha, türk. General, Botschafter in Berlin 1897/1908.
XVII, S. 334. 335. 371. 372. 383. 489. 495. 496.
XVIII, S. 147 A. 159. 258. 261. 268. 269. 275. 286. 326. 357. 380. 391. 394. 417. 418. 456. 752. 853.

Tewfik Pascha, Ahmed, türk. Großwesir 1878.
XVIII, S. 425.

Thiébaud, Georges, franz. Journalist, Redakteur des „Gaulois" (1897).
XIII, S. 100.

Thiébaut, Erster Sekretär bei der franz. Botschaft in Washington (1898).
XV, S. 158.

Thielmann, Freiherr von, Botschafter in Washington 1895 bis 97, Staatssekretär des Reichsschatzamts 1897/1903.
XIII, S. 3. 32.
XV, S. 361.

Thiers, Louis Adolphe, Präsident der franz. Republik 1871/73.
XVII, S. 583.
XVIII, S. 520.

Thomas, Emanuel, chaldäischer Patriarch von Mossul (1901).
XVIII, S. 469.

Thomas, Herzog von Genua, ital. Prinz, Admiral der Flotte (1901).
XVIII, S. 712. 714 A.

Thornton, Charles Conway, Erster Sekretär bei der engl. Gesandtschaft in Lissabon (1898).
XIV, S. 358. 364.

Thun und Hohenstein, Franz Graf von, österr. Ministerpräsident 1898/99.
XIII, S. 114. 115 A. 116. 117. 117 A. 121. 121 A. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 131 A. 132. 132 A. 133. 134. 134 A. 135. 135 A. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 144. 145. 146 A. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 155. 156. 157. 157 A. 161. 163. 167. 168. 169. 171. 171 A. 172. 173. 176 A. 194. 199 A. 224. 224 A.
XIV, S. 186.

Thurn-Valsassina, Graf, Botschaftsrat bei der österr.-ung. Botschaft in Berlin (1903).
XVIII, S. 351. 354. 355. 357. 377. 378.

Tieschowitz von Tieschowa, Regierungspräsident in Königsberg (1897).
XIII, S. 184 A. 201.

Timirjasew, Gehilfe des russ. Finanzministers (1903).
XVII, S. 580.
XVIII, S. 220.

Tirpitz, Alfred (von), Admiral, Chef der Kreuzerdivision in Ostasien 1896/97, Staatssekretär des Reichsmarineamtes 1897/1916.
XIV, S. 35. 36. 38. 39. 43. 52. 78. 85. 129. 201. 660 A.
XV, S. 361.
XVI, S. 4. 13. 49 A. 279. 334. 421. 491.
XVII, S. 228. 242. 248. 249.

Tisza, Stephan Graf, ung. Ministerpräsident und Minister des Innern 1903/1905.
XVIII, S. 631. 639. 639 A.

Tittoni, ital. Minister des Äußern in den Kabinetten Giolitti und Fortis 1903/05.
XVIII, S. 397. 397 A. 400. 629. 629 A. 633. 636. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 646. 647.

Tôgo Heihatchiro, japan. Vizeadmiral, Geschwaderchef (1900).
XVI, S. 7 A.

Tolstoi, Leo Graf.
XVIII, S. 30. 30 A. 64.

Tores, Sid el, Vertreter des Sultans von Marokko für auswärtige Angelegenheiten in Tanger (1901).
XVII, S. 339. 342.

Tornielli Brusati di Vergani,

Conte, ital. Botschafter in Paris 1895/1908.
XIII, S. 65. 86.
XV, S. 145 A.
XVIII, S. 462. 472. 597. 598. 716. 747. 756. 757. 757 A. 759. 851.
Tours, de la, franz. Journalist (1903).
XVIII, S. 843.
Tower, Charlemagne, amerik. Botschafter in Petersburg 1899 bis 1902, in Berlin 1902/07.
XIII, S. 278.
XVI, S. 122. 208. 388.
XVII, S. 260 A. 267. 268. 269. 270. 271.
Tower, Reginald Thomas, Zweiter Sekretär bei der engl. Botschaft in Washington (1899).
XV, S. 400. 400 A.
XVI, S. 273.
Treutler, von, Erster Sekretär bei der Gesandtschaft in Tokio 1895/98.
XIV, S. 131 A. 132 A. 158 A.
Tripolis, s. Hafis Mehmed Pascha.
Trouillot, franz. Kolonialminister im Kabinett Brisson 1898.
XIII, S. 238 A.
Truppel, Kapitän zur See, Gouverneur von Kiautschou (1902).
XVI, S. 457.
Tsai-Lien, chines. Prinz.
XVI, S. 186.
Tsai-Tien Kwangssü, Kaiser von China 1889/1908.
XIV, S. 29. 34. 42. 42 A. 89. 113. 114 A. 335 A. 422 A.
XVI, S. 63. 63 A. 65. 130. 131. 132. 141. 142. 144. 144 A. 148. 155. 382. 384 A. 393. 432. 459.
Tsai-Ying, chines. Prinz.
XVI, S. 186.
Tschang-Jing-Huang, Mitglied des Tsungli Yamen (1896, 1897).
XIV, S. 48. 55. 56. 110. 110 A. 113. 114. 114 A. 123. 145.
Tschang-Tschi-Tung, Generalgouverneur der chines. Provinz Liang-Hu (1900, 1901, 1902).
XVI, S. 157. 175. 199. 200. 256. 266. 267. 331. 340. 346. 377. 386. 452. 454. 456. 457. 459. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 476. 477. 478 A. 479. 483.
Tschang-Tschi-Tung, Sohn des Vorigen.
XVI, S. 459.
Tscherbina, russ. Konsul in Mitrowitza (1903).
XVIII, S. 250. 250 A. 254. 256 A. 258. 259. 261. 262. 265. 267. 279. 279 A.
Tscherkawsky, russ. Vizekonsul in Varna (1901).
XVIII, S. 143.
Tsching, Prinz, Präsident des Tsungli Yamen (1895, 1900).
XIV, S. 23. 49. 61. 62 A.
XVI, S. 126. 130. 132. 144. 147. 148. 190. 194. 195. 333.
Tschirschky, von, Erster Sekretär bei der Botschaft in Petersburg 1894/1900, Gesandter in Luxemburg 1900/02, preuß. Gesandter in Hamburg 1902/06, wiederholt Rat im kaiserlichen Gefolge.
XIII, S. 211 A. 313.
XIV, S. 71. 73. 73 A. 79. 81. 82. 90 A. 134 A. 280 A. 361. 362. 394. 398.
XV, S. 42. 43. 257 A. 265 A. 503 A. 550 A.
XVI, S. 28 A. 33 A. 34.
XVII, S. 321 A.
XVIII, S. 52 A. 55.
Tschwang, chines. Prinz, Boxerführer.
XVI, S. 187. 188.
Tsêng-ch'i, Oberbefehlshaber der chines. Feldtruppen in der Mandschurei (1901).
XVI, S. 312.
Tsu-Hßi, Kaiserin-Mitregentin von China (1899, 1900).
XIV, S. 422 A.
XVI, S. 13. 42. 96. 109. 115. 122. 130. 135. 140. 141.
Tuang, chines. Prinz, Präsident des Staatsrats 1900.
XVI, S. 31. 42. 46. 131. 140. 141. 141 A. 163. 186. 187. 188.

Tubini, franz. Staatsangehöriger in Konstantinopel (1901).
XVIII, S. 148 A. 270. 452 A. 457. 469. 838.
Türkei, s. Abdul Asis, Abdul Hamid, Ahmed Nauzeddin Effendi.
Türr, Stephan, ital. General (1895).
XV, S. 350. 350 A.
Tungfusiang, chines. General (1900).
XVI, S. 131. 152. 186. 187. 188.
Tunis, s. Mohamed Es Sadok Pascha.
Turkhan Pascha, türk. Minister des Äußern im Kabinett Said 1895, Erster Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 312. 333. 362.
XVIII, S. 67. 392.
Turner, Sir George, Premier- und Schatzminister von Victoria (Australien) (1900).
XV, S. 486. 491.
Tyrtow (I), russ. Vizeadmiral, Kommandant des vereinigten Geschwaders im Stillen Ozean (1895).
XIV, S. 48.
Tyrtow (II.), russ. Vizeadmiral, Kommandant der Flotte und der Häfen des Schwarzen Meeres (1902).
XVIII, S. 417.
Tzokow, Generalsekretär im bulg. Ministerium des Äußern (1903).
XVIII, S. 327. 328.

Uchtomsky, Esper Fürst, russ. Journalist, Herausgeber des „Peterburgskija Wjedomosti", Begleiter des Thronfolgers Nikolaus auf der Orientreise 1890/91.
XIII, S. 183. 207. 208.
XIV, S. 55. 126.
Uchtomsky, Fürst, russ. Marineoffizier, Kommandant des Kreuzers „Wladimir Monomach" (1897).
XIV, S. 101. 104.
Üsküb, s. Firmilian.
Ungarn, s. Franz Ferdinand, Franz Joseph I., Vastary.
Urussow, Fürst, russ. Botschafter in Paris 1898/1903.
XIII, S. 233. 295 A.
XIV, S. 409. 542.
XV, S. 187. 188.
XVI, S. 229.
XVII, S. 456 A.
XVIII, S. 316. 460. 789. 811. 811 A. 812. 813. 846. 848.
Usedom, Guido von, Kapitän zur See, Diensttuender Flügeladjutant Kaiser Wilhelms II. und Kommandant S. M. Y. „Hohenzollern" (1902).
XVI, S. 460.

Valfrey, franz. Journalist, Mitarbeiter des „Figaro" (Pseudonym „Whist") (1898).
XIII, S. 248. 249. 250. 251. 252.
Vandal, Louis Comte, franz. Historiker, Mitglied der Akademie.
XIII, S. 108.
Vaszary, Kardinal, Erzbischof und Fürst-Primas von Ungarn (1899).
XIII, S. 171.
Vauvineux, Comte de, franz. Botschaftsrat in Petersburg 1886/1900.
XVI, S. 21.
Velics von Lászlófalva, Botschaftsrat bei der österr.-ung. Botschaft in Berlin (1899).
XV, S. 283. 304.
Vereinigte Staaten von Amerika, s. Roosevelt.
Vernes, Vizepräsident der Bagdadbahngesellschaft in Paris (1903).
XVII, S. 440. 445.
Viebahn, von, preuß. Generalleutnant, Direktor im Kriegsministerium (1899).
XV, S. 212 A.
Viktor Emanuel, Prinz von Neapel, Sohn des Königs Humbert von Italien, nachmal. König Viktor Emanuel III.
XVIII, S. 99 A. 102. 501. 635.
Viktor Emanuel III., König von Italien seit 1900.
XVI, S. 430 A.
XVII, S. 353 A. 562.
XVIII, S. 53. 53 A. 55. 65. 66 A. 72.

177. 177 A. 397 A. 463. 465. 490. 491. 493. 501 A. 502. 503. 504. 514. 522. 524. 527. 529. 529 A. 531. 534. 535. 546. 547. 550. 561. 565. 570. 571. 572. 573. 574. 581. 583. 584. 586. 588. 591. 592. 593. 597. 600. 606. 608. 613. 613 A. 614. 615. 616 A. 620. 622. 624. 625. 626. 627. 628. 630. 636. 637. 638. 640. 642. 643. 683. 684. 685. 686. 687. 689. 690. 695. 698. 699. 701. 704. 705. 705 A. 706. 707. 712. 713. 731. 737. 738. 740. 745. 845 A. 846. 850.

Viktoria, Königin von Großbritannien und Irland 1837/1901.
XIII, S. 14. 256. 332 A.
XIV, S. 189. 216 A. 326. 334. 342. 346. 347. 351. 408. 412. 418. 420. 421. 422. 424. 425. 580. 600. 615 A. 616 A. 617 A. 618 A. 621. 621 A. 623. 625.
XV, S. 135. 389. 393. 396. 402. 410. 411. 412. 414 A. 418. 421. 423. 423 A. 447 A. 466. 467. 468. 469. 482. 483. 492. 494. 497. 517. 519. 523 A. 524. 526. 526 A. 529. 535. 536. 537. 553. 558. 561.
XVI, S. 33. 85. 86. 87. 88. 89. 182. 183. 184. 214. 217. 225. 226. 230. 239. 241. 248. 249. 251. 256. 270. 284 A. 285 A. 289 A. 451 A.
XVII, S. 12 A. 19. 19 A. 23. 100 A. 110. 111. 123. 282. 315.
XVIII, S. 10 A. 73. 720.

Viktoria, Deutsche Kaiserin und Königin von Preußen, Gemahlin Kaiser Friedrichs III., Tochter der Königin Viktoria von England.
XIII, S. 7. 7A. 256. 256 A.
XIV, S. 411.
XV, S. 524. 553. 561.
XVII, S. 20. 121 A.
XVIII, S. 73.

Villagonzalo, Graf de, span. Botschafter in Petersburg 1896/99.
XV, S. 43.

Villa-Urrutia, de, span. Gesandter in Brüssel 1898/1902, Mitglied der Friedenskommission in Paris 1898.
XV, S. 78. 84.

Villaverde, span. Ministerpräsident 1903.
XVII, S. 355. 355 A. 356. 357. 358.

Villiers, Francis Hyde, Hilfssekretär im Foreign Office 1896/1905.
XIV, S. 573. 574. 584.
XVII, S. 242 A. 254. 256. 278. 279. 283.

Vincent, Sir Edgar, Generaldirektor der Banque Ottomane in Konstantinopel 1889/97.
XIV, S. 456. 484.

Vinck de deux Orp, Baron de, belg. Ministerresident in Peking 1896/1900.
XIV, S. 124. 124 A.

Visconti Venosta, Marchese, ital. Abgeordneter, Minister des Äußern im Kabinett Rudini 1896/98, im Kabinett Pelloux 1899/1900.
XIII, S. 303.
XV, S. 257. 267. 268.
XVI, S. 111. 137.
XVII, S. 300. 302.
XVIII, S. 509. 526. 531. 532. 532 A. 542. 558. 561. 570. 614. 640. 713. 714. 717. 718. 719. 724. 725. 730. 740. 747. 747 A. 748.

Vitali, Comte George, franz. Bauunternehmer.
XIV, S. 444.
XVII, S. 398. 399. 399 A. 400. 401. 402. 584.

Vohsen, Ernst, Konsul, Verlagsbuchhändler, Mitglied des Kolonialrats (1897).
XIII, S. 101 A. 103.

Voyron, franz. Divisionsgeneral, Chef des Expeditionskorps in China 1900.
XVI, S. 89. 91. 271. 272. 276. 417.
XVII, S. 89 A. 106. 106 A.

Vüllers, Kapitän zur See (1899).
XIII, S. 258. 259. 260. 261.

Waecker-Gotter, Freiherr von, Gesandter in Belgrad 1892 bis 1903.
XV, S. 236 A.
XVIII, S. 103. 216 A.

Wahlborn, s. Czikann.
Waldeck-Rousseau, franz. Ministerpräsident und Minister des Innern 1899/1902.
XIII, S. 270. 274. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 326 A. 327 A. 332. 339. 340.
XV, S. 126 A. 360.
XVIII, S. 19. 65. 65 A. 477. 516. 605. 605 A. 786. 812 A. 813. 814. 822. 827. 828. 829. 829 A. 830. 830 A. 834. 835. 835 A. 836. 837.
Waldersee, Alfred Graf von, preuß. Generalfeldmarschall, Generalinspekteur der 3. Armeeinspektion in Hannover 1898 bis 1900, Oberbefehlshaber der verbündeten Truppen in Ostasien 1900/01.
XVI, S. 61 A. 82. 82 A. 83. 83 A. 84. 85. 86. 87 A. 88. 89. 91. 92. 92 A. 96. 97 A. 99. 104 A. 106. 107. 108. 111. 113. 117. 121. 125. 129. 130. 133. 138. 138 A. 142. 144. 147. 148. 179. 181. 181 A. 191. 191 A. 193. 210. 219. 234. 234 A. 235. 235 A. 236 A. 239. 240. 245. 245 A. 251. 256. 257. 258. 259. 259 A. 260. 261. 262. 265. 265 A. 266. 267. 267 A. 268. 268 A. 270. 271. 272. 272 A. 273. 274. 276. 277. 277 A. 278. 278 A. 279. 279 A. 280. 280 A. 300. 301. 302. 304. 317. 367. 370. 370 A. 371. 371 A. 372. 373. 373 A. 374. 376 A. 381. 382. 382 A. 383. 384. 385. 386. 386 A. 389. 390 A. 392. 393 A. 394. 395 A. 401 A. 404. 405. 407. 407 A. 408. 408 A. 416. 418. 419 A. 424. 424 A. 425. 429. 430. 430 A. 431. 431 A. 433. 451. 452.
XVII, S. 25. 89. 89 A. 96. 106. 106 A. 211. 211 A. 212. 213.
XVIII, S. 4 A. 13 A. 32. 771.
Waldorp, Ingenieur in der Türkei (1903).
XVII, S. 450.
Waldteufel, Eduard, Elsässer, Redakteur an „La Paix“ (1899).
XIII, S. 337.
Wales, s. Alexandra, Georg, Mary, Eduard.
Wallace, Sir Donald Mackenzie, Redakteur der „Times“ (1896, 1899, 1900).
XIII, S. 11.
XIV, S. 584.
XVI, S. 228.
Walter, Arthur Fraser, Besitzer der „Times“ (1900).
XVI, S. 228.
Wangenheim, Freiherr von, Reichstagsabgeordneter.
XVIII, S. 560. 840.
Wangenheim, Freiherr von, Erster Sekretär bei der Botschaft in Konstantinopel 1899 bis 1903.
XVII, S. 406. 455. 482. 483. 488. 489. 490. 494. 495.
XVIII, S. 185. 207. 247. 249. 250. 250 A. 251. 252. 256 A. 257. 261. 262 A. 263. 264 A. 268. 269. 270. 296. 296 A. 304. 306 A. 312. 318. 318 A. 319. 321. 322. 324. 330. 347 A. 456.
Warren, Sir Charles, engl. General, Kommandeur der 5. Infanteriedivision in Südafrika 1899 bis 1900.
XV, S. 554. 555.
Warren, Sir Pelham Laird, engl. Generalkonsul in Schanghai 1901/11.
XVI, S. 460.
Wasitsch, serb. Oberstleutnant, Kriegsminister (1900).
XVIII, S. 112.
Waters, Wallscourt Hely Hutchinson, engl. Oberst, Militärattaché in Berlin 1900/03.
XVII, S. 193.
Webster, Sir Richard Everard, Attorney-General (Generalstaatsanwalt) 1895/1900.
XV, S. 458.
Wedel, Botho Graf von, Erster Sekretär bei der Gesandtschaft in Tokio 1898/1901, Erster Sekretär bei der Botschaft in Wien 1901/04.
XVI, S. 12. 100 A. 110.
XVII, S. 136.
XVIII, S. 305 A. 327. 583. 598 A.

Wedel, Karl Graf von, General, Botschafter in Rom 1899/1902, in Wien 1902/07.
XVIII, S. 72. 179. 213 A. 237 A. 257 A. 364. 365. 445 A. 446 A. 473 A. 515 A. 523. 537. 539. 542. 559. 560. 581 A. 589. 600 A. 615 A. 622 A. 626. 647. 668. 691. 700. 720. 724. 725. 735. 738 A. 747 A. 758 A.
Weißmann, russ. Agent in Sofia (1903).
XVIII, S. 327.
Weimar-Eisenach, s. Wilhelm Ernst.
Weitz, Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" in Konstantinopel (1902, 1903).
XVII, S. 446. 447.
XVIII, S. 193. 194. 198. 199. 210. 212. 217. 223. 224. 340. 368. 400. 441. 454. 470.
Wejlkowitsch, Professor für Völkerrecht an der Universität Belgrad, Technischer Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 338. 339. 340.
Welsersheimb, Rudolf Graf, Erster Sektionschef im österr.-ung. Ministerium des Äußern 1895/1900, Erster Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 181. 217. 220. 258. 259. 259 A. 312. 334. 340. 341. 343. 361. 362.
Weng-Tung-Ho, Mitglied des Tsungli Yamen (1895, 1897).
XIV, S. 23. 110. 110 A. 113. 114. 114 A. 123. 145.
Werder, von, General, Botschafter in Petersburg 1892/95.
XV, S. 152.
Werther, Oberleutnant à la suite.
XIV, S. 509. 510. 510 A. 511. 515. 517.
Wesselitzky, von, (Pseudonym „Argus"), Korrespondent der „Nowoje Wremja" in London (1900, 1903).
XV, S. 475 A. 480.
XVII, S. 442. 444.
XVIII, S. 69.
Wessels, Vorsitzender des Volksrats des Oranje-Freistaats, Mitglied der Burendeputation an die Kabinette 1900/01.
XV, S. 543 A. 544. 545. 546. 547. 548.
XVII, S. 189. 189 A. 190. 200. 201. 202. 203. 204.
Westmann, von, russ. Vizekonsul in Philippopel (1902).
XVIII, S. 215.
Weyler, Marquis de Tenerife, span. General-Kapitän, Generalgouverneur von Kuba 1896.
XV, S. 3 A. 75.
White, Andrew Dickson, amerik. Botschafter in Berlin 1897 bis 1902, Erster Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XIV, S. 577. 578. 591. 591 A. 593.
XV, S. 52. 53. 54. 54 A. 55. 55 A. 56. 57. 58. 59. 60 A. 61. 62. 64. 65. 66. 67. 68. 98. 182 A. 183 A. 191 A. 217. 222. 224. 226. 228. 229. 235 A. 253 A. 256 A. 280. 280 A. 286 A. 293. 293 A. 295. 298 A. 304. 332 A. 358 A. 362.
XVI, S. 15. 65 A. 68. 164. 166. 333. 366.
White, Erster Sekretär bei der amerik. Botschaft in London (1898, 1902).
XV, S. 28. 531. 532.
XVII, S. 262. 263. 269.
White, Edward, amerik. Bundesoberrichter, Mitglied der Friedenskommission in Paris 1898.
XV, S. 81. 82. 82 A. 84. 94. 95.
White, Montague, Generalkonsul der Südafrikanischen Republik in London (1899).
XV, S. 504.
White, Sir George Stuart, engl. Generalleutnant, Truppenbefehlshaber in Natal 1899/1900.
XV, S. 408 A. 523. 253 A.
White, Sir William, engl. Botschafter in Konstantinopel 1887/91.
XVIII, S. 444.
Whitelaw Reid, s. Reid.
Wiborg, Mrs.
XV, S. 68.
Wichert, von, Vortragender Rat im A. A. (1899).

XV, S. 212 A.
Wilhelm I., Deutscher Kaiser (1871) und König von Preußen 1861 bis 1888.
XIII, S. 7. 94. 130. 141.
XV, S. 84.
XVIII, S. 496. 590.
Wilhelm II., Deutscher Kaiser und König von Preußen 1888/1918.
XIII, S. 3 A. 5 A. 6. 7. 7 A. 8. 8 A. 9. 11. 15. 20. 21. 22. 22 A. 28. 31 A. 35 A. 54. 55 A. 56. 57 A. 68. 68 A. 69. 70. 75. 75 A. 76. 77. 77 A. 78. 78 A. 79. 80. 89. 89 A. 90 A. 93 A. 94. 95. 96. 97. 97 A. 98. 99. 100. 101 A. 102. 109. 124. 125. 131 A. 132 A. 133. 134. 134 A. 135. 137. 139. 142. 143. 145. 146. 148. 150. 161. 166. 167. 174. 179 A. 180. 182. 183. 183 A. 186. 186 A. 187. 188. 188 A. 189. 189 A. 192. 193. 195 A. 204. 205. 207. 208. 212. 213. 214. 214 A. 216 A. 217 A. 218. 219. 219 A. 220. 220 A. 221. 222. 223 A. 228 A. 231. 237 A. 238. 238 A. 242. 243. 243 A. 246. 246 A. 247. 249. 256. 257. 257 A. 260. 263. 265. 266. 267. 268. 268 A. 269. 270 A. 272. 272 A. 275 A. 279. 280. 280 A. 293 A. 295 A. 296. 296 A. 298. 299. 308. 317. 317 A. 318. 319. 321. 323. 324. 325. 325 A. 326. 327. 327 A. 328. 329. 330. 331. 332. 332 A. 333. 333 A. 334 A. 338.
XIV, S. 11. 12. 12 A. 13. 20. 20 A. 21. 21 A. 22. 22 A. 25. 27 A. 37 A. 47. 47 A. 55. 56. 57. 58. 58 A. 59. 60. 60 A. 61. 63 A. 67. 67 A. 68. 70. 72. 73. 75. 76. 76 A. 77. 78 A. 79. 80. 81. 82. 85. 86. 87. 89. 90. 90 A. 97. 97 A. 98. 100 A. 101. 101 A. 102 A. 103. 104. 105. 107. 113. 114. 115. 121. 122. 123. 125. 126. 126 A. 129. 129 A. 130. 130 A. 132 A. 135. 136. 137. 138. 139. 142. 143. 144. 148. 156. 158. 159. 160 A. 164. 165 A. 172 A. 173. 183. 185. 186. 188. 189. 204. 205. 206. 209 A. 216 A. 219. 227. 230 A. 232. 239 A. 250 A. 251. 252. 253. 255. 255 A. 260. 265. 266. 267. 269. 271. 272. 273. 274. 281. 281 A. 282. 283. 284. 284 A. 287. 290. 292. 295. 296 A. 297. 301. 309 A. 315. 320. 320 A. 321. 321 A. 322. 323. 334. 334 A. 335. 338. 339. 339 A. 347. 347 A. 351. 360 A. 382 A. 394. 395 A. 397. 398. 398 A. 399. 411. 412. 442. 443. 445. 446. 447. 449. 450. 452. 452 A. 457. 458. 459. 460. 462. 467. 468. 491. 492. 502. 503. 506. 510 A. 511 A. 518. 518 A. 527. 528. 529 A. 538. 541. 543. 546. 547. 548. 550. 552. 554. 555. 556. 561. 562. 567 A. 580. 581 A. 590. 592 A. 593. 596. 597. 600. 602. 603. 605. 608. 609. 615 A. 616 A. 617 A. 618 A. 620 A. 621 A. 622 A. 623. 624. 625. 626 A. 627. 628. 630. 633. 635. 636. 640. 643. 648. 649. 654. 662. 663. 665. 669. 673. 673 A.
XV, S. 3. 3 A. 4. 5. 6. 8. 11. 13. 17. 18. 24 A. 27. 27 A. 39. 40 A. 41. 44. 45. 46. 49 A. 51. 52. 55. 56. 57. 64. 66. 67. 68. 73. 80. 80 A. 82. 101 A. 102. 111. 121. 123. 129. 141. 141 A. 144. 146. 147. 149. 151. 152. 152 A. 156. 157. 159. 160. 162. 168. 171. 173. 178. 180. 182 A. 183 A. 185. 186. 188 A. 192. 194. 195. 218. 221. 222. 234. 244. 255. 260. 268. 272. 273. 283. 286. 287. 287 A. 289. 290. 293. 295. 296. 297. 298 A. 306 A. 307. 308. 344. 344 A. 349. 350 A. 356. 378. 378 A. 379. 396. 396 A. 398. 401 A. 405. 405 A. 407 A. 408 A. 410 A. 411. 412. 413. 415. 417. 418. 418 A. 421. 421 A. 422. 423. 423 A. 424. 424 A. 427. 427 A. 428. 432. 433. 453. 456. 459. 460. 471. 471 A. 487. 487 A. 489. 492. 494. 506. 509. 509 A. 510. 512. 513. 513 A. 514. 514 A. 515. 515 A. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523 A. 524. 524 A. 525. 526. 527. 527 A. 528. 531. 535 A. 543.

544. 545. 545 A. 547. 548. 549. 549 A. 550. 550 A. 554 A. 558 A.
XVI, S. 7. 13. 14. 18. 18 A. 22. 23. 24. 25. 26. 27 A. 28. 28 A. 29. 32. 33. 35. 37. 41. 43. 43 A. 44. 45. 45 A. 48. 48 A. 49. 49 A. 55. 56 A. 59 A. 61. 61 A. 63 A. 66. 68. 72 A. 73. 74. 74 A. 77. 78. 79. 80. 82 A. 83 A. 84. 85. 86. 87. 87 A. 88. 90. 94. 95. 95 A. 96 A. 97 A. 104. 105. 120. 121 A. 124. 125. 125 A. 131. 132. 132 A. 133. 134. 138. 138 A. 139. 144 A. 148. 149. 171. 171 A. 174. 179. 181. 191. 200 A. 202. 203. 206. 206 A. 209. 210. 210 A. 211. 211 A. 213. 214. 217. 218. 223. 235 A. 245. 245 A. 256. 257. 259 A. 272 A. 277 A. 279 A. 280 A. 284 A. 285 A. 289. 290. 291. 291 A. 292. 295. 296. 297. 300. 302 A. 315. 316. 316 A. 318. 321. 321 A. 330. 333 A. 334 A. 335 A. 336 A. 371. 372. 381. 385. 386 A. 389. 392. 394. 395. 408 A. 419. 419 A. 420 A. 421. 424. 424 A. 425. 426. 429. 430. 430 A. 431. 438. 440. 441 A. 443. 444. 447 A. 459 A. 461. 461 A. 466. 483 A. 484. 485. 485 A. 488. 489. 490. 491. 491 A.
XVII, S. 3 A. 7. 7 A. 15 A. 19 A. 21 A. 23. 24. 34. 37. 42 A. 47. 49 A. 50. 50 A. 51. 52. 52 A. 83. 84. 85. 89 A. 91. 91 A. 92. 92 A. 93. 93 A. 94 A. 95 A. 97 A. 100. 101. 101 A. 102. 104. 105. 108. 110. 115 A. 116 A. 117. 121. 121 A. 126. 127. 127 A. 142 A. 146. 148. 151. 156. 156 A. 160 A. 170. 178. 180. 185. 185 A. 186. 186 A. 187 A. 188. 193. 199 A. 207. 207 A. 208. 209. 209 A. 211 A. 212. 217. 219. 221 A. 223. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 231 A. 233 A. 234 A. 243 A. 252. 252 A. 253. 254. 264. 281. 282. 289. 292. 298 A. 300. 301. 306. 307. 309. 311. 312. 315. 318. 320. 321. 332 A. 333. 339. 341. 342. 353 A. 354. 356. 363 A. 364. 365. 383. 387. 388. 389. 390. 393. 403. 404 A. 408 A. 412. 416. 436. 438. 454. 454 A. 455. 456 A. 458. 467. 480. 481 A. 484. 492. 495. 496. 497. 512 A. 520. 526. 533. 536. 537. 537 A. 543. 553. 572 A. 573 A. 583 A.
XVIII, S. 3. 3 A. 4 A. 5 A. 6. 10. 10 A. 12. 12 A. 13. 14 A. 16. 19 A. 20. 22 A. 24 A. 26. 27. 28. 28 A. 29. 29 A. 30. 31. 32. 33. 33 A. 34. 37. 39. 42. 43. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 52. 52 A. 53. 54. 55. 57. 58. 59. 60. 61 A. 62. 62 A. 63. 63 A. 64. 67 A. 68 A. 70. 70 A. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 76 A. 77. 78. 83. 83 A. 127. 159 A. 180 A. 185. 186. 199. 200. 225. 235. 238. 250. 250 A. 258. 260. 261. 263. 265. 266. 267. 269. 270. 275. 276. 286. 297. 314. 335. 341. 343. 355. 355 A. 357. 360. 380. 381. 381 A. 382. 383 A. 389. 389A. 391. 402 A. 405 A. 409. 410 A. 416 A. 430 A. 432. 434. 434 A. 437. 437 A. 438. 490. 491. 493. 496. 497. 516. 517. 519. 520. 524. 538. 541. 544. 565. 567. 567 A. 570. 571. 573. 575. 576. 577. 579. 580. 582. 582 A. 583. 590. 591. 592. 593. 602. 605. 607. 610. 613. 613 A. 615. 616. 624. 628. 639. 652. 664. 667. 676. 679. 689. 691 A. 754. 768. 770. 773 A. 776. 776 A. 783. 787. 787 A. 801. 802 A. 817 A. 821. 838 A. 840 A. 849 A. 853.
Wilhelm II., König von Württemberg 1891/1918.
XIII, S. 215 A.
Wilhelm, Prinz von Preußen (s. auch Wilhelm II., Deutscher Kaiser).
XVII, S. 39.
Wilhelm, Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen, ältester Sohn Kaiser Wilhelms II.
XVII, S. 484.
XVIII, S. 4 A. 99 A. 101. 251. 251 A.
Wilhelm Ernst, Großherzog von

Sachsen-Weimar-Eisenach 1901 bis 1918.
XVIII, S. 10 A.
Wilhelmina, Königin der Niederlande seit 1890.
XV, S. 74 A. 185. 342. 346. 357. 535 A.
Windischgraetz, Fürst, österr. Ministerpräsident 1893/95.
XIII, S. 113 A. 114.
Witte, russ. Finanzminister 1892 bis 1903, Präsident des Ministerkomitees 1903/05.
XIII, S. 61. 69. 70. 72. 75. 76. 82. 84. 88. 184. 185. 187. 190. 191 A. 196. 196 A. 197. 198. 199. 202. 207. 209. 209 A. 210. 211.
XIV, S. 60 A. 104 A. 105 A. 126. 127. 137. 158. 158 A. 375. 376. 402. 413. 547.
XV, S. 144. 144 A. 146 A. 149. 164. 165. 183. 183 A. 184. 306 A. 349. 349 A. 363. 388. 409.
XVI, S. 38. 39. 51 A. 54 A. 55 A. 56. 72 A. 81 A. 92 A. 96. 103. 116. 128. 314. 329.
XVII, S. 28. 30. 36. 143. 144. 381. 409. 416. 457 A. 525. 535. 539. 539 A. 540. 547. 552. 561. 579. 580. 584. 593.
XVIII, S. 8. 10. 11. 14. 17. 18. 44. 44 A. 46. 47. 47 A. 49. 51. 69. 81 A. 96. 102. 103. 107. 108. 315. 323. 415. 813. 816. 818. 819. 833. 835. 836. 852.
Witting, Richard, Oberbürgermeister von Posen 1891/1902.
XVII, S. 220.
Wladimir Alexandrowitsch, Großfürst von Rußland, zweiter Sohn Kaiser Alexanders II.
XIII, S. 313.
XIV, S. 375.
XV, S. 410.
XVIII, S. 10.
Wladimir, s. Maria Pawlowna.
Wlassow, russ. Gesandter in Teheran 1902/04.
XVII, S. 555. 561.
Woermann, Adolf, Teilhaber der Firma C. Woermann in Hamburg.
XV, S. 443. 444.
Wogak, russ. General in China (1901).
XVI, S. 298. 299. 304. 307.
Wolf, Karl, Mitglied des österr. Abgeordnetenhauses (1898).
XIII, S. 118. 118 A. 119.
Wolf, Lucien, engl. Journalist, Mitarbeiter der „Times“ (1901).
XVII, S. 187 A.
Wolff, Sir Henry Drummond-, engl. Gesandter in Teheran 1887/91, Botschafter in Madrid 1897 bis 1900.
XV, S. 116. 123. 131. 420.
XVII, S. 538.
Wolkenstein-Trostburg, Graf von, österr.-ung. Botschafter in Petersburg 1882/94, in Paris 1894/1903.
XIII, S. 65. 226.
XIV, S. 421.
XVIII, S. 489. 846.
Wolmarans, Mitglied des Ausführenden Rats der Südafrikanischen Republik, Mitglied der Burendeputation an die Kabinette 1900/01.
XV, S. 543 A. 544. 545. 546. 547. 548.
XVII, S. 189. 189 A. 190. 200. 201. 202. 203. 204.
Wolseley, Viscount, engl. Feldmarschall, Oberbefehlshaber der engl. Armee 1895/1900.
XVI, S. 73.
Wolters, Plazidus, Erzabt von Beuron (1902).
XVIII, S. 60 A.
Woodford, Stewart Lyndon, amerik. General, Gesandter in Madrid 1897/98.
XV, S. 3 A. 16.
Woodgate, Edward Robert Prevost, engl. Generalmajor, Kommandeur einer Infanteriebrigade in Südafrika (1900).
XV, S. 555.
Wratislaw, engl. Konsul in Bassorah (1900).

XVII, S. 473.
Württemberg, s. Wilhelm II.
Wunderlich, Konsul in Marseille (1901).
XVII, S. 326.
Wu-Ting-Fang, chines. Gesandter in Washington 1897/1903.
XVI, S. 65 A. 166. 331. 367.
Wyndham, George, Parlamentsunterstaatssekretär des Krieges unter dem Kabinett Salisbury 1898/1900, Chef-Sekretär für Irland in den Kabinetten Salisbury und Balfour 1900/05.
XVI, S. 252. 252 A.

Xenia Alexandrowna, Großfürstin von Rußland, Gemahlin des Großfürsten Alexander Michailowitsch, Schwester Kaiser Nikolaus II.
XVIII, S. 39.

Yamagata, Marquis, japan. Ministerpräsident 1898/1900.
XVI, S. 10.
Yamaguchi, japan. Generalleutnant, Chef des japan. Expeditionskorps in China 1900/01.
XVI, S. 270. 272. 276. 376. 417.
Ying-Nien, Boxerführer.
XVI, S. 187. 188.
York, s. Georg.
York von Wartenburg, Graf, preuß. Oberst, kommandiert zum Expeditionskorps in China 1900.
XVI, S. 238.
Yuan-Schi-Kai, Gouverneur von Schantung (1900).
XVI, S. 64. 65 A. 67. 119. 267. 278.
Yühsien, Gouverneur von Schansi (1900).
XVI, S. 152. 186. 187. 188.
Yükîng, chines. Gesandter in Paris 1899/1902.
XVI, S. 65.

Zanardelli, ital. Ministerpräsident 1901/03.
XVII, S. 45 A. 177 A.
XVIII, S. 462 A. 504 A. 514. 514 A. 522. 529. 545. 546. 552. 579. 580. 581. 586. 587. 588. 589. 590. 592. 593. 595. 596. 597. 607. 608. 614. 619 A. 712. 713.
Zander, Kurt, Generaldirektor der Anatolischen Eisenbahnen.
XIV, S. 465. 466. 467. 468. 472. 473. 477. 485. 496. 523. 524.
XVII, S. 377. 379. 382. 390. 391. 392. 398. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 414. 422. 423. 425. 430. 433. 440. 446 A. 450. 452.
Zedlitz und Trützschler, Graf von, preuß. Kultusminister 1891/92.
XVIII, S. 645.
Zeki Pascha, Chef des türk. Artilleriewesens (1899, 1900, 1902, 1903).
XIV, S. 485. 494.
XVII, S. 391. 392. 421. 422. 423.
XVIII, S. 402. 426.
Zeppelin, Graf, Leutnant zur See (1897).
XIV, S. 50. 54.
Zeye, Kapitän zur See, Stellvertretender Chef der Kreuzerdivision in Ostasien (1897).
XIV, S. 50. 51. 52. 53. 54.
Zihni Pascha, türk. Minister für Handel und Öffentliche Arbeiten 1899/1907.
XIV, S. 477. 499. 500.
XVII, S. 371 A. 382. 385. 410. 423.
XVIII, S. 450.
Zimmermann, Vizekonsul in Tientsin (1900), Ständiger Hilfsarbeiter im A. A. 1902.
XVI, S. 262. 263. 298.
XVII, S. 217.
Zola, Émile, franz. Schriftsteller.
XIII, S. 239. 293 A. 300 A. 301. 301 A. 302. 306. 337.
Zorn, Philipp, Professor für Völkerrecht an der Universität Königsberg, Wissenschaftlicher Delegierter auf der Ersten Haager Friedenskonferenz 1899.
XV, S. 182 A. 192. 221. 222. 224. 229. 333 A. 235. 237. 238. 238 A. 239. 240. 244. 245. 246. 247. 248. 252 A. 253 A. 255. 260. 261. 263. 265. 267. 268.

BIBLIOTEKA NAUKOWA
WAP
38754/2.